Ausländisches Privat- und Privatverfahrensrecht in deutscher Sprache

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Ausländisches Privat- und Privatverfahrensrecht in deutscher Sprache

Systematische Nachweise aus Schrifttum, Rechtsprechung und Gutachten 1990–2011

8. Auflage

Professor Dr. Dr. h.c. mult. **Christian von Bar**, Osnabrück

unter Mitarbeit insbesondere von
Ulf Marr sowie **Christian Dankerl**, **Julia Fedke**,
Denis Schlimpert und **Florian Wolf**

sellier.
european law
publishers

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

ISBN (print) 978-3-86653-188-8
ISBN (eBook) 978-3-86653-947-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2011 by sellier. european law publishers GmbH, München.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Herstellung: Karina Hack, München. Satz: fidus Publikations-Service GmbH, Nördlingen. Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik, Kempten. Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier. Printed in Germany.

Zur Einführung

1. Die systematischen Nachweise aus Schrifttum, Rechtsprechung und Gutachten reagieren auf eine Anfrage, die jedes Institut in Deutschland kennt, das sich mit ausländischem Recht befasst: „Was gibt es in deutscher Sprache zum Recht von ...?" Auch uns erreichten Fragen dieser Art so häufig, dass wir uns daran machten, die entsprechenden Publikationen systematisch zusammenzutragen und jederzeit verfügbar zu halten. Das Ergebnis dieser Arbeit legen wir hiermit in achter Auflage vor; erstmalig im Verlag sellier. european law publishers (s.elp), dem wir für die Aufnahme in sein Verlagsprogramm sehr verbunden sind. Trotz der Sammelleidenschaft, die uns bei unserem Vorhaben beflügelte, wissen wir natürlich, dass es uns unmöglich gelungen sein kann, wirklich vollständig zu sein. Wen wir übersahen, den bitten wir einerseits um Nachsicht und andererseits um einen Hinweis, damit wir unseren Datenbestand ergänzen können. Denjenigen, die dieser Bitte in den vergangenen Jahren nachgekommen sind, sprechen wir an dieser Stelle unseren aufrichtigen Dank aus.

2. Unsere Sammlung bringt ausländisches Privat- und Privatverfahrensrecht in deutscher Sprache; fremdsprachige Titel zu integrieren, hätte bedeutet, eine weltweite Bibliographie vorzulegen. Selbst auf englischsprachige Einträge mussten wir ihrer schieren Menge wegen verzichten. Das Sprachkriterium versagte freilich dort, wo schon die Primärliteratur (auch) auf Deutsch erscheint, also insbesondere in Liechtenstein, Österreich und der Schweiz. Insoweit haben wir zu einem zusätzlichen Auswahlkriterium greifen müssen und uns für den Erscheinungsort entschieden. Was in der Bundesrepublik zum Recht dieser Länder publiziert worden ist, wurde also erfasst, ebenso die in Österreich und der Schweiz zum Recht von Drittstaaten erschienenen Titel (soweit uns zugänglich), nicht aber die österreichische Literatur zum österreichischen Recht (usw.).

3. Unsere Sammlung bringt systematische Nachweise aus Schrifttum, Rechtsprechung und Gutachten. Wir haben also Monographien, Festschriften, Sammelbände, Kommentare und Zeitschriften ausgewertet, Leitsätze von Urteilen und Beschlüssen nachgewiesen und uns bemüht, auch die veröffentlichten Gutachten der Fachinstitute zu dokumentieren. Die Leitsätze der Entscheidungen sind teils wörtlich übernommen, teils für unsere Zwecke von uns neu formuliert worden; Parallelzitate sind angegeben.

4. Nicht aufgenommen wurden die auf der Welt einzigartigen Loseblattwerke Bergmann/Ferid/Henrich, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Ferid/Firsching/Dörner/Hausmann, Internationales Erbrecht, ferner Geimer/Schütze, Internationaler Rechtsverkehr in Zivil- und Handelssachen sowie Rieck, Ausländisches Familienrecht. Wir sagten uns, dass jedermann, der unsere Bibliographie findet, längst auch schon den Weg zu jenen Werken gefunden haben wird.

5. Da es unser Anliegen ist, eine Antwort auf Fragen vorhalten zu können wie: was gibt es zum Ehegüterrecht von Brasilien, zum Gesellschaftsrecht von Frankreich oder zum Internationalen Vertragsrecht Japans?, ist diese Sammlung nach Ländern aufgebaut. Beiträge und Entscheidungen, die sich gleichzeitig zum Recht verschiedener Länder äußern, sind folgerecht mehrfach verzeichnet worden. Gewisse Schwierigkeiten bereiteten bei diesem Aufbau freilich die Staaten mit personal oder territorial gespaltenen Rechtsordnungen. In der ersten Gruppe findet sich deshalb Material gelegentlich auch in der Systemstelle „Religiöse Rechte". Wir haben sie aber jeweils nur mit Titeln besetzt, die sich entweder nur mit dem religiösen Recht als solchem (also nicht in seiner Eigenschaft als staatlich verwiesenes Recht) befassen, oder mit solchen Titeln, die die Besonderheiten im Recht religiöser Minderheiten beleuchten. In manchen stark vom Islam geprägten Staaten hätten wir sonst z. B. das Familienrecht weitgehend entleeren müssen. Nicht ganz einfach durchzuhalten war unser Ansatz aber auch für die Staaten mit territorial gespaltenen Rechtsordnungen. Für die USA haben wir uns z. B. entschlossen, Arbeiten zum Bundesrecht und gliedstaatenübergreifende Darstellungen „vor der Klammer" in einem Allgemeinen Teil zu bringen. Für das Vereinigte Königreich empfahl sich dasselbe Vorgehen dagegen schon deshalb nicht, weil man in Schottland, Nordirland und auf den Kanalinseln (letztere sind, genau genommen, nicht einmal ein Teil des Vereinigten Königreiches) häufig nur auf Modifikationen eines gemeinsamen Basisrechtes trifft. Alles Material, das sich nicht spezifisch zuordnen ließ, musste deshalb unter „England und Wales" ausgewiesen werden, und dies trotz des Umstandes, dass die meisten der hier eingestellten Informationen auch für die anderen Teilrechtsgebiete des Vereinigten Königreiches von Belang sind.

6. Die Länderliste und die Schreibweise der Ländernamen orientiert sich an dem „Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland (Stand: 22. April 2009)", verfügbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/332368/publicationFile/3097/Staatennamen.pdf. Das ehemalige Birma (engl. Burma) z. B. findet man also unter Myanmar, das ehemalige Zaire unter Dem. Rep. Kongo, Puerto Rico als ein Teilrechtsgebiet unter USA und die Elfenbeinküste unter Côte d'Ivoire.

7. Wir möchten nicht unerwähnt lassen, dass unsere Sammlung über ihren reinen Informationswert hinaus auch der Wissenschaft nützlich sein kann. Die Zahl der zu einem bestimmten Thema veröffentlichten auslandskundlichen und rechtsvergleichenden Forschungsarbeiten ist ein nicht unerheblicher Indikator für das Wirksamwerden von Rezeptionsvorgängen. Eine Sammlung wie die vorliegende macht aber auch deutlich, dass und welche Rechtsordnungen von der deutschen Rechtswissenschaft bislang vernachlässigt wurden. Unser Nachbarstaat Dänemark ist hierfür ein Beispiel. Eine verblüffende Lücke tut sich z. B. aber auch auf, wenn man den geringen Bestand an Informationen über ein solch riesiges Land wie Indien auf sich wirken lässt. Würde es uns gelingen, mit unserer „Datenbank" die Aufmerksamkeit zukünftiger Doktoranden vermehrt auf die Rechtsordnungen von Ländern zu richten, über die in deutscher Sprache bislang noch allzu wenig vorliegt, so wäre das ein gewollter Nebeneffekt.

8. Die rechtsberatenden Berufe mögen mit Blick auf die Rechtswahl insbesondere im Vertragsrecht erkennen, ob über das gewählte Recht in ausreichender Zahl schnell zugängliche Materialien verfügbar sind. Besonders hervorheben möchten wir schließlich, dass wir für den Berichtszeitraum ca. 2500 bundesdeutsche Entscheidungen nachweisen konnten, die auf der Basis von ausländischem Recht ergangen sind. Einen besonders hohen Anteil daran haben familienrechtliche Entscheidungen;

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

einen auffällig geringen schuldrechtliche. Insbesondere im Vertragsrecht ist das ein recht aussagekräftiger Indikator. Er zeigt, dass größere Vertragsrechtsstreitigkeiten mit Auslandsberührung heute weitgehend vor Schiedsgerichten ausgetragen werden.

9. Der ausdrückliche Hinweis darauf, dass unsere Bibliographie nahezu ausschließlich Sekundärliteratur zusammenführt und dass solche Sekundärliteratur aufs Ganze fehleranfälliger ist als das Material, aus dem sie schöpft, mag manchem überflüssig erscheinen; wir mögen gleichwohl nicht auf ihn verzichten. Ein Referenzbuch kann für den Inhalt des in ihm erschlossenen literarischen Stoffes keine Verantwortung übernehmen.

10. Gegenständlich ist die nachstehende Sammlung jeweils in drei Hauptgruppen untergliedert: Internationales Privatrecht, Sachrecht und Verfahrensrecht. Der Ausdruck „Internationales Privatrecht" wird hier also im herkömmlich engen Verständnis des deutschen Rechts verwendet; er steht für Rechtsanwendungsrecht i.S.v. „choice of law". Nicht immer decken sich freilich der Titel eines literarischen Beitrages und sein Inhalt; wir haben stets auf letzteren abgestellt. Vor allem (aber nicht nur) im Bereich der Rechtsprechung und der Gutachten hatten wir es zudem häufig mit übergreifenden Erkenntnissen zu tun: Ein Urteil äußert sich eben, wenn die deutsche Kollisionsnorm eine Gesamtverweisung ausspricht, bei ordnungsgemäßer Begründung oft zu allen drei Gebieten. Wir haben darauf im Interesse des Benutzers jedenfalls bei den Ländern, für die uns viel Material vorlag, mit einer Mehrfachnennung der Entscheidungen reagiert. Man findet Rechtsprechung im Übrigen jeweils am Ende der entsprechenden Systemstelle. Insgesamt verzeichnet diese Auflage ca. 25.000 Publikationen und Entscheidungen, verschlüsselt auf insgesamt ca. 40.000 Einträge.

11. In der Einzelgliederung stimmen die beiden Hauptgruppen Internationales Privatrecht und Sachrecht nahezu vollständig überein. Wir mussten ein Schema entwerfen, in dem einerseits weder mit zu groben noch mit zu feinen Systemstellen gearbeitet wird, und in das sich andererseits das oft auf andere dogmatische Kategorien zugeschnittene auslandskundliche Material einigermaßen zuverlässig einfügen ließ. Seine schnelle Auffindbarkeit war unser oberstes Ziel. Nach einem auf die Rechtsquellen bezogenen ersten Abschnitt, dessen wichtigster Teil Nachweise über ins Deutsche übersetzte ausländische Gesetzestexte bringt, findet man deshalb zunächst das bürgerliche Vermögensrecht, sodann das Personen-, Familien- und Erbrecht und schließlich das Arbeits- und Wirtschaftsrecht. Im Verfahrensrecht sind nach den Quellen zunächst das Recht der Internationalen Zuständigkeit und das Anerkennungsrecht besonders herausgegriffen. Abschnitte über Verfahren und Beweis, über das Schiedsgerichtswesen, über Zustellungsfragen und über das Zwangsvollstreckungsrechts schließen sich an.

12. Unsere Sammlung hält sonach wiederkehrend für jedes Land die folgenden Systemstellen vor:

A. Internationales Privatrecht
I. Gesetze; Gesetzesentwürfe; Internationale Abkommen
1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen
2. Gesetzesentwürfe und Entwürfe von Staatsverträgen
3. Vertragsstaat internationales Übereinkommen
II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen
III. Vermögensrecht
1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines
2. Schuldrecht
a. Vertragsrecht
b. Deliktsrecht
c. Sonstige gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag; ungerechtfertigte Bereicherung)
3. Sachenrecht
IV. Personen-, Familien- und Erbrecht
1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines
2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht
3. Familienrecht
a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines
b. Eherecht
c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)
d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft
e. Vormundschaft; Pflege
4. Erbrecht
V. Arbeits- und Wirtschaftsrecht
1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines
2. Arbeits- und Sozialrecht
3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht
4. Gesellschaftsrecht
5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz
6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht
7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte
VI. Fragen des allgemeinen Teils, des interlokalen, des intertemporalen und des interpersonalen Rechts
VII. Fallsammlungen
VIII. Sonstiges
B. Sachrecht
I. bis V. wie A.
VI. Religiöse Rechte
1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines
2. Christentum
3. Islam
4. Übrige Religionsrichtungen
VII. Fallsammlungen und Rechtsprechungsberichte
VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit
C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)
I. Gesetze, Gesetzesentwürfe; Internationale Abkommen
1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen
2. Gesetzesentwürfe und Entwürfe von Staatsverträgen
3. Vertragsstaat internationaler Übereinkommen
II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines
III. Internationale Zuständigkeit
IV. Anerkennung ausländischer Entscheidungen
1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland
2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land
V. Verfahren und Beweis
VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag
VII. Zustellung
VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht
IX. Sonstiges

13. Wiewohl sich die vorstehende Gliederung im Lauf der Jahre als nach unserem Eindruck hinreichend leistungsfähig erwiesen hat, blieben Einordnungszweifel natürlich nicht aus. Der Benutzer sollte deshalb zunächst sehen, dass sich Übersetzungen gesetzlicher Rechtsquellen stets am Anfang des jeweiligen Länderberichtes finden und in dem systematischen Teil nicht noch

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

einmal aufgeführt sind. Den Text eines ausländischen Urheberrechtsgesetzes etwa findet man demgemäß in der obigen Gliederung nicht unter B. V. 5. sondern unter B. I. 1. In den Sachabschnitten sind wir jeweils von der breit angelegten Gesamtdarstellung zur Untersuchung von Einzelfragen vorangeschritten. Wer etwas zum Deliktsrecht (A. III. 2. b. oder B. III. 2. b.) sucht und dort enttäuscht wird, mag also noch in den vorgelagerten Rubriken III. 1. (Schuldrechtliche Gesamtdarstellungen) oder II. (Allgemeine Einführungen) fündig werden. Entsprechend sind wir grundsätzlich bei gebietsübergreifenden Darstellungen verfahren, sofern nicht die Fülle des Materials im Interesse der Benutzbarkeit eine doppelte Nennung eines Titels angeraten sein ließ. Ein Titel, der z. B. sowohl die vertrags- als auch die deliktsrechtliche Verjährung untersucht, steht demgemäß bei III. 2. (Schuldrecht), eine Darstellung des gesamten Unterhaltsrechts bei IV. 3. a. usw. Rein auf die literarische Gattung haben wir nur bei den Fallsammlungen und Rechtsprechungsberichten (VII.) abgestellt; ihres temporären Charakters wegen meinten wir, sie aus den zugehörigen Sachabschnitten heraushalten zu sollen.

14. Vielfach waren die Einordnungsprobleme freilich auch gegenständlicher Art. So haben wir Arbeiten zum Produkthaftungsrecht i. d. R. zum Deliktsrecht gestellt, mögen sie sich oft auch noch zusätzlich zum Vertragsrecht äußern. Untersuchungen zu Joint Ventures findet man im Gesellschaftsrecht, Abhandlungen über Lizenzverträge im gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, solche zur Anerkennung ausländischer Schiedssprüche unter C. VI. (Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag), und Beiträge zur Anerkennung ausländischer Entscheidungen haben wir (wiewohl sie sich zwangsläufig dazu ebenfalls äußern) nicht noch einmal unter der Rubrik Internationale Zuständigkeit (C. III.) gebracht. Hier wie in ähnlichen Fällen musste eine Schwerpunktbetrachtung helfen, die Fülle des Materials im Griff zu behalten.

15. Diese Sammlung verzeichnet die uns bis zum 1. Juni 2011 bekannt gewordenen Veröffentlichungen.

Osnabrück, im Juni 2011 Christian v. Bar

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegeben Ort
A.B.	Wet houdende algemene bepalingen der wetgeving van het Koninkrijk (Niederlande)
a.F.	alte(r) Fassung
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch v. 1. Juni 1811 (Österreich)
Abk.	Abkommen
ABl.	Amtsblatt
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (seit 1968, Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen/ seit 1958, Ausgabe L: Rechtsvorschriften)
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
Abt.	Abteilung
AbzG	Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte v. 16. Mai 1894 (RGBl. 450)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Tübingen, seit 1818; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Acta Jur. Hung.	Acta juridica Hungaricae Academiae Scientiarum (Budapest, seit 1959; zitiert nach Jahr (Band) und Seite)
AdoptG	Gesetz über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften v. 2. Juli 1976 (BGBl. 1976 I 1749)
AdWirkG	Gesetz über Wirkungen der Annahme als Kind nach ausländischem Recht v. 5. November 2001 (BGBl. 2001 I 2950), geändert durch das Gesetz vom 17. Dezember 2008 (BGBl. 2008 I 2586)
ADS	Allgemeine Deutsche Seeversicherungsbedingungen v. 1919
ADSp	Allgemeine deutsche Spediteurbedingungen v. 31. Oktober 1978 (BAnz. Nr. 211, S. 5)
AE	Arbeitsrechtliche Entscheidungen (Bonn, seit 1991; zitiert nach Jahr und Seite)
afgh.	afghanisch (-e, -es, -er)
AfkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht (Paderborn, seit 1959/60; zitiert nach Jahr und Seite)
AfP	Zeitschrift für Medien und Kommunikationsrecht (Düsseldorf, seit 1995; zitiert nach Jahr und Seite)
Afr. R.	Afrika-Recht und Wirtschaft. Vierteljahreszeitschrift für Recht und Wirtschaft im südlichen Afrika; deutsch-südafrikanische Juristenvereinigung e.V. (Wiesbaden, seit 1979; zitiert nach Jahr und Seite)
Afr.Spectrum	Afrika-Spectrum. Deutsche Zeitschrift für moderne Afrika-Forschung; deutsches Institut für Afrika-Forschung (Hamburg u.a., seit 1966; zitiert nach Jahr und Seite)
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen v. 9. Dezember 1976 (BGBl. 1976 I 3317)
AGBGB	Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
AgrarR	Agrarrecht. Zeitschrift für das gesamte Recht der Landwirtschaft der Agrarmärkte und des ländlichen Raumes (Münster, seit 1971; zitiert nach Jahr und Seite)
AGs	Die Aktiengesellschaft (Köln, seit 1977; zitiert nach Jahr und Seite)
ägypt.	ägyptisch (-e, -es, -er)
AHK	Außenhandelskammer
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb. Zeitschrift für Betriebsratsmitglieder (Köln, seit 1980; zitiert nach Jahr und Seite)
AIDA	Landesreferate der internationalen Vereinigung für Versicherungsrecht. Association Internationale du Droit des Assurances = Weltkongreß für Versicherungsrecht (seit 1962; zitiert nach Jahr, Thema, Titel und Band)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Lachen/ Schweiz seit 1992; zitiert nach Jahr und Seite)
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung
AktG	Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) v. 6. September 1965 (BGBl. 1965 I 1089)
ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte v. 29. Juli 1994 (BGBl. 1994 I 1890)
alg.	algerisch (-e, -es, -er)
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
amerikan.	amerikanisch (-e, -es, er)
amtl.	amtlich
AnfG	Gesetz betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens vom 21. Juli 1879 (RGBl. 277) i.d.F. vom 20. Mai 1898 (RGBl. 709)
angol.	angolanisch (-e, -es, -er)
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Anw.	Anweisung
AnwBl.	Anwaltsblatt. Nachrichten für Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins (Hamburg, seit 1926; zitiert nach Jahr und Seite)
AO	Abgabenordnung v. 16. März 1976 (BGBl. 1976 I 613)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Tübingen u.a., seit 1911; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu „Das Parlament" (Bonn, seit 1953; zitiert nach Jahr und Seite)
arab.	arabisch (-e, -es, -er)
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung v. 2. Juli 1979 (BGBl. 1979 I 853, ber. 1036)
ArbR	Arbeit und Recht. Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis (Köln, seit 1953; zitiert nach Jahr und Seite)
Arch. iur. Crac.	Archivum iuridicum Cracoviense (Warschau, seit 1968; zitiert nach Jahr und Seite)
ArchVR	Archiv für Völkerrecht (Tübingen, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
arg.	argentinisch (-e, -es, -er)
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie = Archives de philosophie du droit et de philosophie sociale (Wiesbaden, seit 1933/ 34; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Art., Artt.	Artikel
ArztR	Zeitschrift für Arztrecht (Karlsruhe, seit 1965; zitiert nach Jahr und Seite)
Ast., ASt	Antragsteller (-in)
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (Österreich)
AsylVfG	Gesetz über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz) v. 16. Juli 1982 (BGBl. 1982 I 946)
AT	Allgemeiner Teil
ATV	Altguthabentilgungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 26. August 1997 (BGBl. 1997 I 2214)
äthiop.	äthiopisch (-e, -es, -er)
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren i.d.F. v. 15. Juli 1985 (BGBl. 1985 I 1565), geändert durch Gesetz. v. 18. Februar 1986 (BGBl. 1986 I 265)
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht. Monatsheft für die betriebliche Praxis (Berlin, seit 1963; zitiert nach Jahr und Seite)
AufenthaltsG/EWG	Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Aufenthaltsgesetz/ EWG) i.d.F. v. 31. Januar 1980 (BGBl. 1980 I 116)
Aufl.	Auflage
AusfG	Ausführungsgesetz
ausl.	ausländisch (-e, -es, -er)
AuslG	Ausländergesetz v. 28. April1965 (BGBl. 1965 I 353)
AuslInvestmG	Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen v. 28. Juli 1969 (BGBl. 1969 I 986)
Außenwirtschaft	Schweizerische Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen (Zürich, seit 1946; zitiert nach Jahr und Seite)
austr.	australisch (-e, -es, -er)
AußStrG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen (Österreich)
AV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift; Allgemeine Verfügung
AVA	Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen v. 30. Mai 1988 (BGBl. 1988 I 662)
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz i.d.F. v. 28. Mai 1924 (RGBl. 1924 I 5563)
AVÜ	Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis. Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis (Köln, seit 1995; zitiert nach Jahr und Seite)
AW/R	Recht im Außenhandel. Beilage zu: Der Außenhandel. Fortsetzung: Recht in der Außenwirtschaft (Ost-Berlin, seit 1959; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
AWG	Außenwirtschaftsgesetz v. 28. April1961 (BGBl. 1961 I 481; 1961 III 7 7400-1)
AWVO	Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes i.d.F. v. 20. Dezember 1966 (BGBl. 1966 I 1)
Az.	Aktenzeichen
B.M.J.	(Deutsches) Bundesministerium der Justiz
BW	Burgerlijk Wetboek v. 10. April1938 (Niederlande)
B.W.-N.A.	Burgerlijk Wetboek der Niederländischen Antillen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (Düsseldorf, seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
BAnwBl.	Berliner Anwaltsblatt (Berlin, seit 1927; zitiert nach Jahr und Seite)
BArbBl	Bundesarbeitsblatt (Stuttgart, seit 1950; zitiert nach Jahr und Seite)
Bay. JMBl.	Bayerisches Justizministerialblatt; vormals: Justizministerialblatt für den Freistaat Bayern (München, seit 1863; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen (München, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern v. 3. Oktober 1946
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Der Betriebs-Berater. Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Zehntagedienst für Wirtschafts-, Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht; (Heidelberg, seit 1946; zitiert nach Jahr und Seite)
Bd.	Band
BEG	Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung v. 29. Juni 1956 (BGBl. 1956 I 562)
Beil.	Beilage
Bek.	Bekanntmachung
Bekl.	Beklagte(r)
belg.	belgisch (-e, -es, -er)
Bem.	Bemerkung
BetrAV	Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung (Heidelberg, seit 1955; zitiert nach Jahr und Seite)
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz) v. 19. Dezember 1974 (BGBl. 1974 I 3610)
Betrifft Justiz	Betrifft Justiz, Zeitschrift für Richterinnen und Richter, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen (Mühltal, seit 1985; zitiert nach Jahr und Seite)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz v. 15. Januar 1972 (BGBl. 1972 I 13)
BeurkG	Beurkundungsgesetz v. 28. August 1969 (BGBl. 1969 I 1513)
BfAI	Bundesstelle für Außenhandelsinformation
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofs (Bonn, seit 1952; zitiert nach Band und Seite)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch v. 18. August 1896 (RGBl. 195)
BGBl.	Bundesgesetzblatt (seit 1950, dann in Teilen: BGBl. I (seit 1951), BGBl. II (seit 1951), BGBl. III = Sammlung des Bundesrechts (Lfg. 1. 1958 – 117. 1966); zitiert nach Jahr, Teil und Seite)
BGE	Bundesgerichtsentscheidungen (Schweiz)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHWarn	Warneyer, Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Köln u.a., seit 1959; zitiert nach Jahr und Nr.)
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Köln, seit 1951; zitiert nach Band und Seite)
BHaftG	Preußisches Gesetz über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt v. 1. August 1909
BinnSchG	Gesetz betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt v. 15. Juni 1895 i.d.F. 20. Mai 1898 (RGBl. 868)
BKGG	Bundeskindergeldgesetz i.d.F. v. 30. Januar 1990 (BGBl. 1990 I 150)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (München, seit 2001; zitiert nach Jahr und Seite)
BldiP	Blätter für deutsche und internationale Politik (Bonn, seit 1956; zitiert nach Jahr und Seite)
BNotO	Bundesnotarordnung v. 24. Februar 1961 (BGBl. 1961 I 98)
BörsG	Börsengesetz v. 27. Mai 1908 (RGBl. 215)
bosn.	bosnisch-herzegowinisch (-e, -es, -er)
BR	Behindertenrecht (München, seit 1995; zitiert nach Jahr und Seite)
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte v. 26. Juli 1957 (BGBl. 1957 I 907)
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer-Mitteilungen (Köln, seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung v. 1. August 1959 (BGBl. 1959 I 565)
brasil.	brasilianisch (-e, -es, -er)
BRats-Drucks.	Bundesratsdrucksachen, Verhandlungen des Bundesrates (Bonn, seit 1949; zitiert nach Legislaturperiode, Nummer und Seite)
BRepD	Bundesrepublik Deutschland
brit.	britisch (-e, -es, -er)
BRüG	Bundesrückerstattungsgesetz v. 19. Juli 1957 (BGBl. 1957 I 734)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts (Köln, seit 1955; zitiert nach Band und Seite)
BStBl.	Bundessteuerblatt (Bonn, seit 1951; zitiert nach Jahr, Teil und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

BT-Drucks.	Bundestagsdrucksachen, Verhandlungen des Deutschen Bundestages (Bonn, seit 1949; zitiert nach Legislaturperiode, Nummer und Seite)
BtG	Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige – Bundesbetreuungsgesetz (BGBl. 1990 I 2002)
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis (Köln, seit 1992; zitiert nach Jahr und Seite)
bulg.	bulgarisch (-e, -es, -er)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Tübingen, seit 1952; zitiert nach Band und Seite)
BVertrG	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) v. 23. Oktober 1961 i.d.F. v. 10. August 2007 (BGBl. 2007 I 1902)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (Berlin, von 1955 – 1990, Köln, seit 1991; zitiert nach Band und Seite)
BVFG	siehe unter BVertrG
BVG	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges i.d.F. v. 20. Januar 1967 (BGBl. 1967 I 142)
BWNotZ	Mitteilungen aus der Praxis, Vorgänger: Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg (Stuttgart, seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
bzw.	beziehungsweise
C. Bust.	Código Bustamente
C.com.	Code de commerce; Código comercio
C.pen.	Code pénale; Código penal
C.proc.civ.	Code de procédure civile; Codice di procedura civile; Código de procedimiento civil; Código de processo civil
CARICOM	Caribbean Community
CaS	Causa Sport. Die Sport-Zeitschrift für nationales und internationales Recht sowie für Wirtschaft (Zürich, seit 2004; zitiert nach Jahr und Seite)
Cass.	Cour de Cassation; Corte di Cassatione
Cass.Civ.	Cour de Cassation, Chambre Civile
Cass.Crim.	Cour de Cassation, Chambre Criminelle
Cass.Req.	Cour de Cassation, Chambre des Requêtes
Cc	Code civil; Código civil; Codice civile; Civil code
CCC	Civil and Commercial Code (Thailand)
CCM	Caribbean Common Market
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift (München, seit 2008; zitiert nach Jahr und Seite)
ch.	chapter
CHF	Schweizer Franken
chil.	chilenisch (-e, -es, -er)
chin.	chinesisch (-e, -es, -er)
China aktuell	Monatszeitschrift des Instituts für Asienkunde (Hamburg, seit 1972; zitiert nach Jahr und Seite)
CIC	Codex Iuris Canonici
CIEC	Commission Internationale de l'Etat Civil
CIEC-Übk. Nr. 1	CIEC-Übereinkommen Nr. 1 v. 27. September 1956 über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Auszüge aus Personenstandsbüchern (BGBl. 1961 II 1055; 1962 II 42; BAnz. Nr. 53/74)
CIEC-Übk. Nr. 2	CIEC-Übereinkommen Nr. 2 vom 26. September 1957 über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und den Verzicht auf ihre Legalisierung (BGBl. 1961 II 1055, 1067; 1962 II 43)
CIEC-Übk. Nr. 3	CIEC-Übereinkommen Nr. 3 über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten v. 4. September 1958 (BGBl. 1961 II 1055, 1071; 1962 II 44)
CIEC-Übk. Nr. 4	CIEC-Übereinkommen Nr. 4 über die Änderung von Namen und Vornamen v. 4. September 1958 (BGBl. 1961 II 1055, 1076; 1962 II 45)
CIEC-Übk. Nr. 5	CIEC-Übereinkommen Nr. 5 über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden können v. 14. September 1961 (BGBl. 1965 II 19, 1162)
CIEC-Übk. Nr. 6	CIEC-Übereinkommen Nr. 6 über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder v. 12. September 1962 (BGBl. 1965 II 17, 23)
CIEC-Übk. Nr. 7	CIEC-Übereinkommen Nr. 7 zur Erleichterung der Eheschließung im Ausland v. 10. September 1964 (BGBl. 1969 II 445, 451, 588, 2054)
CIEC-Übk. Nr. 8	CIEC-Übereinkommen Nr. 8 v. 10. September 1964 über den Austausch von Einbürgerungsmitteilungen
CIEC-Übk. Nr. 9	CIEC-Übereinkommen Nr. 9 betreffend die Entscheidung über die Berichtigung von Einträgen in Personenstandsbüchern (Zivilstandsregistern) v. 10. September 1964 (BGBl. 1969 II 445, 588; 1969 II 2054)
CIEC-Übk. Nr. 10	CIEC-Übereinkommen Nr. 10 v. 18. September 1966 über die Feststellung gewisser Todesfälle

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

CIEC-Übk. Nr. 11	CIEC-Übereinkommen Nr. 11 über die Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen v. 8. September 1967 (Erik Jayme/ Rainer Hausmann, Internationales Privat- und Verfahrensrecht, 8. Auflage München 1996, Nr. 89)
CIEC-Übk. Nr. 12	CIEC-Übereinkommen Nr. 12 v. 10. September 1970 über die Legitimation durch nachfolgende Eheschließung (Erik Jayme/ Rainer Hausmann, Internationales Privat- und Verfahrensrecht, 8. Auflage München 1996, Nr. 32)
CIEC-Übk. Nr. 13	CIEC-Übereinkommen Nr. 13 zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit v. 13. September 1973 (BGBl. 1977 II 613; I 1101 (Ausführungsgesetz))
CIEC-Übk. Nr. 14	CIEC-Übereinkommen Nr. 14 über die Angabe von Familiennamen und Vornamen in den Personenstandsbüchern v. 13. September 1973 (BGBl. 1976 II 1473; 1977 II 254)
CIEC-Übk. Nr. 15	CIEC-Übereinkommen Nr. 15 zur Schaffung eines internationalen Stammbuches der Familie v. 12. September 1974 (StAZ 1975, S. 45 – 47; Riv. dir. int. priv. proc. 1981, S. 229 – 232)
CIEC-Übk. Nr. 16	CIEC-Übereinkommen Nr. 16 v. 8. September 1976 über die Erteilung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern (Riv. dir. int. priv. proc. 1984, S. 603 – 607)
CIEC-Übk. Nr. 17	CIEC-Übereinkommen Nr. 17 v. 15. September 1977 über die Befreiung bestimmter Akten und Dokumente von der Legalisation (Riv. dir. int. priv. proc. 1982, S. 399 – 401)
CIEC-Übk. Nr. 18	CIEC-Übereinkommen Nr. 18 v. 5. September 1980 über die freiwillige Anerkennung nichtehelicher Kinder
CIEC-Übk. Nr. 19	CIEC-Übereinkommen Nr. 19 v. 5. September 1980 über das auf Namen und Vornamen anwendbare Recht (StAZ 1980, S. 113/ 114)
CIEC-Übk. Nr. 20	CIEC-Übereinkommen Nr. 20 v. 5. September 1980 über die Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses (Riv. dir. int. priv. proc. 1985, S. 898 – 902)
CIEC-Übk. Nr. 21	CIEC-Übereinkommen Nr. 21 v. 8. September 1982 über die Ausstellung eines Zeugnisses über unterschiedliche Familiennamen
CIEC-Übk. Nr. 22	Übereinkommen über die Angabe von Familiennamen und Vornamen in den Personenstandsbüchern vom 13. September 1973 (BGBl. 1976 II 1473)
CIETAC	China International Economic and Trade Arbitration Commission
CIM	Convention internationale concernant le transport de marchandises par chemins de fer. Internationales Übereinkommen v. 7. Februar 1970 über den Eisenbahnfrachtverkehr (BGBl. 1974 II 381)
Cjud	Code judiciaire (Belgien)
CMR	Convention relative au Contrat de transport international de marchandises par route. Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr v. 19. Mai 1956 (BGBl. 1961 II 1120)
Comm. It.-Germ.	Il Commercio Italo-Germanico (Mailand, seit 1940; zitiert nach Jahr und Seite)
Comp. L. Rev.	Comparative Law Review. Hikakuhó Zasshi, Chuo Universität (Tokio; zitiert nach Band, Jahr und Seite)
CPLR	New York Civil Practice Law and Rules
CR	Computer und Recht (Zürich, seit 1976; zitiert nach Jahr und Seite)
CR	Computer und Recht (Köln, seit 1985; zitiert nach Jahr und Seite)
Conf. La Haye	Conférence de La Haye de droit international privé, Haager Konferenz für Internationales Privatrecht
Corp.	Corporation
COTIF	Convention relative aux transports internationaux ferroviaires, Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr v. 9. Mai 1980
CSFR	Tschechoslowakische Föderative Republik
CSME	Carribbean Single Market and Economy
CStP	Code du statut personnel
CVR	Genfer Übereinkommen über die internationale Beförderung von Personen und Gepäck auf der Straße v. 1. März 1973 (Revue de droit uniforme 1974 II S. 68 ff.)
d.h.	das heißt
DA	Allgemeine Verwaltungsschrift zum Personenstandsgesetz; Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden, i.d.F. v. 23. November 1987 (BAnz. Nr. 227a)
DÄ	Deutsches Ärzteblatt (Köln, seit 1964; zitiert nach Jahr und Seite)
dän.	dänisch (-e, -es, -er)
DAJV-NL	Deutsch-Amerikanische-Juristen-Vereinigung, Newsletter (Bonn, seit 1975; zitiert nach Jahr und Seite)
DAngVers	Die Angestelltenversicherung (Berlin, seit 1954; zitiert nach Jahr und Seite)
DAR	Deutsches Autorecht (München, seit 1926; zitiert nach Jahr und Seite)
DAVorm	Der Amtsvormund. Rundbrief des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen (Heidelberg, seit 1951; zitiert nach Jahr und Seite)
DB	Der Betrieb. Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht, (Düsseldorf, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR-Außen-wirtschaft	siehe unter RiA
dem.	demokratisch (-e, -es, -er)
Der Bürger im Staat	Der Bürger im Staat (Opladen, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Der Konzern	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen (Köln, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
ders.	derselbe
DEZ	Deutsche Erbrechtszeitschrift (Stuttgart, von 1996 – 2009; zitiert nach Jahr und Seite)
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung. Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen; (Berlin, seit 1881; zitiert nach Jahr und Seite)
Die AG	Die Aktiengesellschaft. Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen (Köln, seit 1956; zitiert nach Jahr und Seite)
Die Bank	Die Bank. Zeitschrift für Bankpolitik und Bankpraxis (Köln. seit 1977; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Die Mitbestimmung	Monatszeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung (Düsseldorf, seit 1982; zitiert nach Jahr und Seite)
DIS-Mitteilungen	Mitteilungen des Deutschen Instituts für Schiedsgerichtswesen
disp. prel.	Disposizioni preliminari (Disposizioni sulla legge in generale). Disposizione per l'attuazione del Codice civile e disposizione transitorie. Bestimmungen zur Durchführung des Zivilgesetzbuches u. Übergangsbestimmungen v. 30. März 1942 Nr. 318 (Italien)
DIV	Deutsches Institut für Vormundschaftswesen
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift. Verkündungsblatt der Bundesnotarkammer (München u. a., seit 1901; zitiert nach Jahr und Seite)
dominik.	dominikanisch (-e, -es, -er)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik (Stuttgart, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
DPA	Deutsches Patentamt
DPJZ	Deutsch-Polnische Juristenzeitschrift, (Berlin, seit 2000; zitiert nach Jahr und Seite)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung. Organ des Deutschen Richterbundes (Köln u. a., seit 1909; zitiert nach Jahr und Seite)
DRV	Deutsche Rentenversicherung (Frankfurt/ M., seit 1939; zitiert nach Jahr und Seite)
dsgl.	desgleichen
DStR	Deutsches Steuerrecht. Zeitschrift für Praxis und Wissenschaft des gesamten Steuerrechts (München u. a., seit 1962; zitiert nach Jahr und Seite)
DSWR	Datenverarbeitung, Steuer, Wirtschaft, Recht (München, seit 1971; zitiert nach Jahr und Seite)
dt.	deutsch (-e, -es, -er)
Dt.-belg. AVA	Deutsch-belgisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen v. 30. Juni 1958 (BGBl. 1959 II 766)
Dt.-brit. AVA	Deutsch-britisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v. 14. Juli 1960 (BGBl. 1961 II 302)
Dt.-griech. AVA	Deutsch-griechisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen v. 4. November 1961 (BGBl. 1963 II 110)
Dt.-iran. Ndl. Abk.	Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien v. 17. Februar1 929 (RGBl. 1930 I 1006)
Dt.-ital. AVA	Deutsch-italienisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v. 9. März 1936 (RGBl. 1937 II 145)
Dt.-ndl. AVA	Deutsch-niederländisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen v. 30. August 1962 (BGBl. 1965 II 27)
Dt.-österr. AVA	Deutsch-Österreichisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen v. 6. Juni 1959 (BGBl. 1960 II, 1246)
Dt.-österr. Vormund-schaftsabk.	Vormundschaftsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich vom 5. Februar 1927 (RGBl. 1927 II 511)
Dt.-schweiz. AVA	Deutsch-schweizerisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen v. 2. November 1929 (RGBl. 1930 II 1066)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Dt.-span. AVA	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen sowie vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen vom 14. November 1983 (BGBl. 1987 II 35)
Dt.-tun. AVA	Deutsch-tunesisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen, Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Rechtsschutz und Rechtshilfe, die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit v. 19. Juli 1966 (BGBl. 1969 II 890)
DuD	Datenschutz und Datensicherung (Braunschweig u.a., seit 1977; zitiert nach Jahr und Seite)
DVO	Durchführungsverordnung
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (Berlin, seit 1991; zitiert nach Jahr und Seite)
DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft. Zentralorgan für das gesamte Haus- und Grundstückswesen (Düsseldorf, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
e.V.	eingetragener Verein
EAG	Einheitliches Gesetz über den Abschluß von internationalen Kaufverträgen über bewegliche Sachen vom 17. Juli 1973 (BGBl. 1973 I 868; 1974 I 358)
Eastlex	Fachzeitschrift für Osteuroparecht (Wien, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
ECE	Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission für Europa)
Ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht (Wien, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
EDV u. Recht	Elektronische Datenverarbeitung und Recht (Berlin, seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
EG	Einführungsgesetz (soweit nichts näheres angegeben ist, handelt es sich um das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch [EGBGB] i.d.F. v. 25. Juli 1986 [BGBl. 1986 I 1142] oder a.F. v. 18. August 1896 [RGBl. 1896 604]. außer Kraft getreten am 1. September 1986)
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	siehe EG
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz v. 27. Januar 1877 (RGBl. 1877 77)
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch v. 10. Mai 1897 (RGBl. 1897 437)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGScheckG	Einführungsgesetz zum Scheckgesetz v. 14. August 1933 (RGBl. 1933 I 605)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften v. 25. März 1957
EGVVG	Einführungsgesetz zum Versicherungsvertragsgesetz v. 7. November 1939 (RGBl. 1939 I 2223)
EGZGB	Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch
EGZPO	Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung v. 30. Januar 1877 (RGBl. 1877 244)
EheFamBezG	Gesetz über die Ehe und die Familienbeziehungen (Serbien)
EheG	Ehegesetz v. 22. Februar 1946 i.d.F. v. 25. Juli 1986 (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, S. 77; BGBl. 1986 III 4 Nr. 404-1)
EheNÄndG	Gesetz über die Änderung des Ehenamens (Ehenamensänderungsgesetz) v. 27. März 1979 (BGBl. 1979 I 401)
ehel.	ehelich (-e,-es,-er,-es)
EheRG	(Erstes) Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (Eherechtsreformgesetz) v. 14. Juni 1976 (BGBl. 1976 I 1421)
EheVO	Verordnung über Eheschließung und Ehescheidung v. 24. November 1955 (GBl. DDR 1955 I 849)
Einl.	Einleitung
einschl.	einschließlich
EKG	Einheitliches Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen v. 17. Juli 1973 (BGBl. 1973 I 856; 1974 I 358)
EKG Einf. Übk.	Haager Übereinkommen zur Einführung des EKG v. 1. Juli 1964 (BGBl. 1973 II 886)
El Mensajero	Mitteilungsblatt der deutsch-mexikanischen Juristenvereinigung (München, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
ELR	European Law Reporter (Luxemburg, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
EMRK	Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention), Gesetz v. 7. August 1952 (BGBl. 1952 II 685)
engl.	englisch (-e, -es, -er)
Entsch.	Entscheidung
EPCA	Employment Protection (Consolidation) Act 1978 (Vereinigtes Königreich)
EPÜ	Münchener Europäisches Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente v. 5. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II 649)
ERA	Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis (Berlin, seit 2006; zitiert nach Jahr und Seite)
ErbStG	Erbschaftssteuergesetz i.d.F. v. 17. April1974 (BGBl. 1974 I 933)
ERPL	European Review of Private Law/ Revue europeenne de droit public (London, seit 1993; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

EuBVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EuEheGVVO	Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten („Brüssel II“)
EuEheVO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 („Brüssel IIa“)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Kehl, seit 1974; zitiert nach Jahr und Seite)
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen v. 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl. 1972 II 774)
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl.EG L 12, S. 1) („Brüssel I“)
EuGWO	EG-Verordnung vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuIns Saarbrücken	Europa-Institut der Universität des Saarlandes: Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut (zitiert nach Band und Seite)
EuIHÜ	Europäisches Übereinkommen über die Internationale Handelsgerichtsbarkeit vom 21. April1961 (BGBl. 1964 II 426)
EuLF	The European Legal Forum. Forum iuris communis Europae (München, seit 2001; zitiert nach Jahr und Seite)
Europa ethnica	Europa ethnica. Zeitschrift für Minderheitenfragen mit offiziellen Mitteilungen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (Wien, seit 1958; zitiert nach Jahr und Seite)
Europarecht	Europarecht (Baden-Baden, seit 1966; zitiert nach Jahr und Seite)
EurUP	Zeitschrift für europäisches Umwelt- und Planungsrecht (Berlin, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
EuSorgÜ	Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (BGBl. 1990 II 220)
EuTranspR	Europäisches Transportrecht, European Transport Law, Droit européen des transports (Antwerpen, seit 1966; zitiert nach Jahr und Seite)
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 vom 21. April2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen
EuZVerbraucherR	Europäische Zeitschrift für Verbraucherrecht (Baden-Baden, von 1986 – 1988; zitiert nach Jahr und Seite)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (München, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
evtl.	eventuell
EVÜ	EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht
EWG-V	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft v. 25. März 1957 (BGBl. 1957 II 766)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Köln, seit 1985; zitiert nach Jahr und Seite)
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (München, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht (Köln u.a., seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
Fam.	Familien-...
FamG	Familiengericht; Familiengesetz
FamGB	Familiengesetzbuch
FamPra.ch	Die Praxis des Familienrechts = La pratique du droit de la famille (Basel/ Genf, seit 2000; zitiert nach Jahr und Seite)
FamRÄndG	Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz) v. 11. August 1961 i.d.F. v. 17. Dezember 2008 (BGBl. 2008 I 2586)
FamRB	Familien-Rechtsberater (Köln, seit 2002; zitiert nach Jahr und Seite)
FamRB Int.	Familien-Rechtsberater, Internationaler Teil (Köln, seit 2002; zitiert nach Jahr und Seite)
FamRG	Familienrechtsgesetz
FamRRefG	Gesetz vom 19. Mai 1975, Nr. 151 über die Familienrechtsreform (Italien)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (Bielefeld, seit 1954; zitiert nach Jahr und Seite)
ff.	fortfolgende
FF	Forum Familien und Erbrecht (Berlin, seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
FG	Finanzgericht
FG Prax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (München, seit 1995; zitiert nach Jahr und Seite)
FGB	siehe FamGB
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit v. 21. Juli 1879 i.d.F. und Bekanntmachung v. 20. Mai 1898 (RGBl. 771)
finn.	finnisch (-e, -es, -er)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

FIW-Schriftenreihe	Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb, FIW-Schriftenreihe (Köln u. a.. seit 1962; zitiert nach Jahr, Heft und Seite)
FlaggRG	Gesetz zur Einführung eines zusätzlichen Registers für Seeschiffe unter der Bundesflagge im internationalen Verkehr v. 23. März 1989 (BGBl. 1989 I 550)
FLF	Zeitschrift für Finanzierung, Leasing und Factoring (Bonn, seit 1954; zitiert nach Jahr und Seite)
Fn.	Fußnote
Forderungs-Praktiker	Forderungs-Praktiker (Heidelberg, seit 2009; zitiert nach Jahr und Seite)
Forderung & Voll-streckung	Forderung & Vollstreckung (Bonn, seit 2008; zitiert nach Jahr und Seite)
Forost Arbeitspapiere	Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa
Forum International (D)	Forum des Internationalen Rechts (München, seit 1996; zitiert nach Jahr und Seite)
FOWI	Schriftenreihe des Forschungsinstituts für mittel- und osteuropäisches Wirtschaftsrecht der Wirtschaftsuniversität Wien (zitiert nach Band)
FPR	Familie, Partnerschaft und Recht (München, seit 1995; zitiert nach Jahr und Seite)
FRES	Familienrechtsentscheidungssammlung. Entscheidungssammlung zum gesamten Bereich von Ehe und Familie; (Baden-Baden, seit 1979; zitiert nach Band und Seite)
FRL	Friedlandrichtlinien. Richtlinien für die Prüfung der Staatsangehörigkeit und Namensführung im Grenzdurchgangslager Friedland vom 28. Juli 1976 (StAZ 1979, S. 256)
frz.	französisch (-e, -es, -er)
FS	Festschrift
Fundamenta Juridica	Fundamenta Juridica. Hannoversche Beiträge zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung (Baden-Baden, seit 1986; zitiert nach Band und Seite)
FuR	Familie und Recht (Neuwied, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
FVG	Familien- und Vormundschaftskodex v. 25. Februar 1964 (Polen)
g. F.	geltende Fassung
GBG	Grundbuchgesetz (Österreich)
GBl.	Gesetzesblatt
GBO	Grundbuchordnung v. 24. März 1897 i. d. F. v. 26. Mai 1994 (BGBl. 1994 I 1114)
GBVfg.	Allgemeine Verfügung über die Einrichtung und Führung des Grundbuchs v. 8. August 1935 (RMBl. 637)
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz i. d. F. v. 28.August 1986 (BGBl. 1986 I 1455)
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften v. 1. Mai 1889 i. d. F. v. 25. Mai 1998 (RGBl. 1889 810)
Ges.	Gesetz
Ges. u. jur. Pers. Übk.	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen vom 29. Februar 1968 (BGBl. 1972 II 370)
GeschmMG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen (Geschmacksmustergesetz) v. 11. Januar 1876 (RGBl. 1876 I 11)
Gesgeb. sozial.Staaten	Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten (Berlin, seit 1971; zitiert nach Band)
GesR	Gesellschaftsrecht
GesRZ	Der Gesellschafter. Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Wien, seit 1972; zitiert nach Jahr und Seite)
GesundhR	Gesundheitsrecht (Köln, seit 2000; zitiert nach Jahr und Seite)
GewO	Gewerbeordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 24. September 1980 (BGBl. 1980 I 425)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. Mai 1949 (BGBl. 1949 I 51)
Giur. it.	Giurisprudenza italiana (Turin, seit 1862; zitiert nach Jahr (Teil) und Seite)
GKG	Gerichtskostengesetz i. d. F. v. 15. Dezember 1975 (BGBl. 1975 I 3047)
GleichberG	Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts v. 18. Juni 1957 (BGBl. 1957 I 609)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung v. 20. April1892 (RGBl. 1892 477) i. d. F. v. der Bekanntmachung v. 20. Mai 1898 (RGBl. 1898 846)
GmbHR	GmbH-Rundschau (Köln, seit 1977; zitiert nach Jahr und Seite)
GmbHSt	GmbH-Steuerpraxis. Gestaltungsempfehlungen für die GmbH-Praxis; Steuern, Vergütung, Haftung (Bonn, seit 1978; zitiert nach Jahr und Seite)
GMBl.	Gemeinsames Ministerialblatt
G. O. L.	General Obligations Law (USA/ New York)
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht (München, seit 2004; zitiert nach Jahr und Seite)
grdsl.	grundsätzlich
griech.	griechisch (-e, -er, -es)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Weinheim, seit 1980; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil (Weinheim, seit 1980; zitiert nach Jahr und Seite)
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungs-Report (München u.a., seit 2001; zitiert nach Jahr und Seite)
GS	Gedächtnisschrift
GSZ	Großer Senat in Zivilsachen
GuG	Grundstücksmarkt und Grundstückswert (Neuwied, seit 1994; zitiert nach Jahr und Seite)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz i.d.F. v. 9. Mai 1975 (BGBl. 1975 I 1077)
GVÜ	siehe EuGVÜ
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) i.d.F. v. 24. September 1980 (BGBl. 1980 I 1761)
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz) v. 13. August 2008 (BGBl. 2008 I 1690)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (München, seit 2009; zitiert nach Jahr und Seite)
H.L.	House of Lords
h.M.	herrschende Meinung
H.R.	Hoge Raad (Niederlande)
Haager AdÜbk.	Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption v. 29. Mai 1993 (BGBl. 2001 II 1034)
Haager BeweisÜbk.	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen v. 18. März 1970 (BGBl. 1977 II 1472)
Haager EheWÜbk.	Haager Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten v. 17. Juli 1905 (RGBl. 1912 453; BGBl. 1955 II 188)
Haager KindesentÜbk.	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung v. 25. Oktober 1980 (BGBl. 1990 II 206, 220)
Haager KindesUnterhAVÜ	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern v. 15. April1958 (BGBl. 1961 II 1006)
Haager KindesUnterhÜbk.	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht v. 24. Oktober 1956 (BGBl. 1961 II 1013)
Haager Konf.	siehe unter Hague Conf.
Haager Test. Übk.	Haager Übereinkommen über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anwendbare Recht v. 5. Oktober 1961 (BGBl. 1965 II 1145)
Haager UnterhAVÜ	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen v. 2. Oktober 1973 (BGBl. 1986 II 826)
Haager UnterhÜbk.	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht v. 2. Oktober 1973 (BGBl. 1986 II 837)
Haager ZPÜbk.	Haager Übereinkommen über den Zivilprozeß v. 1. März 1954 (BGBl. 1958 II 577)
Haager Zust. Übk.	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen v. 15. November 1965 (BGBl. 1977 II 1453)
Habil.	Habilitation
Hague Conf.	Hague Conference on Private International Law = Haager Konferenz für Internationales Privatrecht
Hamb.JVBl.	Hamburgisches Justizverwaltungsblatt (Hamburg seit 1912; zitiert nach Jahr und Seite)
HanefGB	Hanefitisches Gesetzbuch
Harv.L.Rev.	Harvard Law Review (Cambridge, Mass, seit 1887/ 88; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
HaSta	Der Hamburger Standesbeamte. Mitteilungsblatt des Landesverbandes der Hamburgischen Standesbeamten (Hamburg, seit 1958; zitiert nach Jahr und Seite)
HAuslG	Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet v. 25. April1951 (BGBl. 1951 I 269)
HausratsVO	VO über die Behandlung der Ehewohnung und des Hausrats nach der Scheidung (6. DVO zum EheG) v. 21. Oktober 1944 (RGBl. 1944 I 256)
Hdb	Handbuch
HeimatlAuslG	siehe unter HAuslG
hess.	hessisch (-e, -er, -es)
HessAGBGB	Hessisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch v. 17. Juli 1899 (GVBl. II 230-1)
HGB	Handelsgesetzbuch v. 10. Mai 1897 (RGBl. 1897 219)
HKÜ	siehe unter Haager KindesentÜbk.
Hogaku Shimpo	The Chuo Law Review (Tokyo, seit 1891; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften (Haustürwiderrufsgesetz) v. 16. Januar 1986 (BGBl. 1986 I 122)
i.d.F.	in der Fassung
i.S.d.	im Sinne der/ des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IATA	International Air Transport Association
ICC	International Chamber of Commerce
IDR	Journal of international dispute resolution (Frankfurt/ M., von 2004 – 2006; zitiert nach Jahr und Seite)
iFamZ	Inderdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht (Wien, seit 2006; zitiert nach Jahr und Seite)
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHK	Industrie- und Handelskammer
IHR	Internationales Handelsrecht (Hamburg, seit 1999; zitiert nach Jahr und Seite)
IJVO	Jahresheft der Internationalen Juristenvereinigung Osnabrück (Osnabrück, seit 1989/ 1990; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ILA	International Law Association
ILO	International Labour Association
InVo	Insolvenz & Vollstreckung (Bonn, seit 1996; zitiert nach Jahr und Seite)
in Vorb.	in Vorbereitung
Incoterms	International Commercial Terms
ind.	indisch (-e, -es, -er)
InDAT-Report	InDAT-Report: Verwalter – Verfahren – Gerichte (Köln, seit 2000; zitiert nach Jahr und Seite)
indones.	indonesisch (-e, -es, -er)
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht (Frankfurt/ M., seit 1979; zitiert nach Jahr und Seite)
Informaciones	Informaciones. Zeitschrift für den deutsch-spanischen Rechtsverkehr (Barcelona, seit 1984; zitiert nach Jahr und Seite)
Informatik und Recht	Informatik und Recht (Frankfurt/ M, seit 1985; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
insbes.	insbesondere
InsVZ	Zeitschrift für Insolvenzverwaltung und Sanierungsberatung (Köln, seit 2009; zitiert nach Jahr und Seite)
IntEheR	Internationales Eherecht
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IntSteuerR	Internationales Steuerrecht (München, seit 1991; zitiert nach Jahr und Seite)
IPG	Gutachten zum Internationalen und ausländischen Privatrecht (Frankfurt/ M., seit 1965/ 66; zitiert nach Jahr und Nummer)
IPR	Internationales Privatrecht
IPR-G	IPR-Gesetz
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Bielefeld, seit 1981; zitiert nach Jahr und Seite)
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts (Berlin u.a., seit 1926/ 27; zitiert nach Jahr und Nr.)
IPuG	Internationale Politik und Gesellschaft (Bonn, seit 1994; zitiert nach Jahr und Seite)
irak.	irakisch (-e, -es, -er)
iran.	iranisch (-e, -es, -er)
islam.	islamisch (-e, -es, -er)
ISO	International Organisation for Standardization
israel.	israelisch (-e, -es, -er)
IT-Rechtsberater	Der IT-Rechtsberater (Köln, seit 2001; zitiert nach Jahr und Seite)
ital.	italienisch (-e, -es, -er)
IÜS	siehe unter IÜZ
IÜZ	Brüsseler Internationales Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen v. 23. September 1910 (RGBl. 1913 49)
IVR	siehe unter IZVR
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe. Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht (Herne u.a., seit 1954; zitiert nach Jahr, Fach, Land, Gruppe und Seite)
IWF-Abk.	Abkommen über den Internationalen Währungsfonds von Bretton Woods vom 1. – 22. Juli 1944
IzRspr.	Sammlung der deutschen Entscheidungen zum interzonalen Privatrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
j.P.	juristische Person
J.Trib.	Journal des Tribunaux (Lausanne, seit 1877; zitiert nach Jahr (Nummer) und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

JA	Juristische Arbeitsblätter (Bielefeld, seit 1969; zitiert nach Jahr und Seite)
JAmt	Das Jugendamt (Heidelberg, seit 2001; zitiert nach Jahr und Seite)
jap.	japanisch (-e, -es, -er)
Jap. Ann. Int. Law	Japanese Annual of International Law. The International Law Association of Japan (seit 1957; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Jb. BauR	Jahrbuch Baurecht (Düsseldorf, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
Jb. f. Afr. R.	Jahrbuch für Afrikanisches Recht (Heidelberg, seit 1980; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Jb. InterGU	Jahrbuch der internationalen Gesellschaft für Urheberrecht (Baden-Baden, von 1964 – 1993; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Jb. ital. R.	Jahrbuch für Italienisches Recht (Heidelberg, seit 1988; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Jb. d. Kam. u. Ber. R.	Jahrbuch des Kammer- und Berufsrechts (Baden-Baden, seit 2003, zitiert nach Jahr (Erscheinungsjahr) und Seite)
jBGB	japanisches Bürgerliches Gesetzbuch
JbIntR	Jahrbuch für internationales Recht (Göttingen, seit 1949; zitiert nach Band und Seite)
JzS	Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht (St. Gallen, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
JBl	Juristische Blätter (Wien, seit 1872; zitiert nach Jahr und Seite)
JBlSaar	Justizblatt des Saarlandes (Saarbrücken, seit 1957; zitiert nach Jahr und Seite)
JbOstR	Jahrbuch für Ostrecht (Bonn, seit 1960; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Jg.	Jahrgang
JMBl.NRW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (Moers, von 1947 – 2009; zitiert nach Jahr und Seite)
JN	Gesetz über die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtssachen (Jurisdiktionsnormen) v. 1. August 1895 (RGBl. 1895 Nr. 111)
jordan.	jordanisch (-e, -es, -er)
JR	Juristische Rundschau (Berlin, seit 1947; zitiert nach Jahr und Seite)
JRP	Journal für Rechtspolitik (Wien, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
jugosl.	jugoslawisch (-e, -es, -er)
Jura	Jura. Juristische Ausbildung (Berlin, seit 1979; zitiert nach Jahr und Seite)
JurBüro	Das Juristische Büro (Köln, seit 1956; zitiert nach Jahr und Seite)
Juridikum	Juridikum. Zeitschrift im Rechtsstaat (Wien, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
JurisPR-FamR	Juris Praxisreport Familien- und Erbrecht (Online-Publikation, Saarbrücken, seit 2004; zitiert nach Nummer, Jahr und Anmerkung)
JuS	Juristische Schulung (München, seit 1961; zitiert nach Jahr und Seite)
JuS-Magazin	Beilage zu: Juristische Schulung (München, seit 2004; zitiert nach Jahr und Seite)
Justiz	Die Justiz. Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg (Villingen, seit 1952; zitiert nach Jahr und Seite)
JWG	Gesetz für Jugendwohlfahrt i. d. F. v. 25. April1977 (BGBl. 1977 I 633, ber. 795)
JZ	Juristenzeitung (Tübingen, seit 1945; zitiert nach Jahr und Seite)
K & R	Kommunikation & Recht. Betriebs-Berater für Medien, Telekommunikation, Multimedia (Heidelberg, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
kalif.	kalifornisch (-e, -es, -er)
kanad.	kanadisch (-e, -es, -er)
Kap.	Kapitel
KaRS	Kapitalanlagen, Recht und Steuern (Göttingen, seit 1988; zitiert nach Jahr und Seite)
KartA	Kartellamt
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
Kirche & Recht	Kirche & Recht. Zeitschrift für die kirchliche und staatliche Praxis (Berlin, seit 1995; zitiert nach Jahr und Seite)
KJUG	Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (München, seit 2008; zitiert nach Jahr und Seite)
Kl.	Kläger(in)
KO	Konkursordnung i. d. F. v. 20. Mai 1898 (RGBl. 1898 369)
kolumb.	kolumbianisch (-e, -es, -er)
KonsularG	Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) v. 11. September 1974 (BGBl. 1974 I 2317)
KostO	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung) i. d. F. v. 26. Juli 1957 (BGBl. 1957 I 960)
KreisG	Kreisgericht
KRG	Kontrollratsgesetz
KriseG	Gesetz Nr. 95 v. 3. April1979 über Eilmaßnahmen für die außerordentliche Verwaltung in Krise geratener Großunternehmen (Italien)
Kritische Justiz	Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik (Baden-Baden, seit 1968; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (München, seit 1859; zitiert nach Jahr und Seite)
kroat.	kroatisch (-e, -es, -er)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz v. 25. August 1969 (BGBl. 1969 I 1371)
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung (Berlin, seit 2005; zitiert nach Jahr und Seite)
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht (Köln, seit 2010; zitiert nach Jahr und Seite)
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen. Zeitschrift für alle Fragen des Konkurs-, Vergleichs- und Treuhandwesens sowie der Zwangsversteigerung und -verwaltung (Köln u.a., seit 1927; zitiert nach Jahr und Seite)
KUR	Kunst und Recht. Journal für Kunstrecht, Urheberrecht und Kulturpolitik (Berlin, seit 2006; zitiert nach Jahr und Seite)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen i.d.F. v. 3. Mai 1976 (BGBl. 1976 I 1122)
LAG	Landesarbeitsgericht
L.Ed.2d	United States Supreme Court Reports. Lawyer's Edition, 2d Series (Rochester, N.Y., seit 1957; zitiert nach Band und Seite)
LegitimG	Legitimationsgesetz
lfd.	laufende
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
liban.	libanesisch (-e, -es, -er)
liecht.	liechtensteinisch (-e, -es, -er)
LiechtOG	Liechtensteinischer Oberster Gerichtshof
lit.	litera
LJZ	Liechtensteinische Juristenzeitung (Vaduz, seit 1980; zitiert nach Jahr und Seite)
LM	Lindenmaier-Möhring. Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofes, Entscheidungen in Zivilsachen (München, seit 1951; zitiert nach Nr. und §)
LohnfortzG	Lohnfortzahlungsgesetz
LS	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
Ltd.	Limited
LuftVG	Luftverkehrsgesetz i.d.F. v. 21. August 1936 (RGBl. 1936 I 653, 936); v. 4. November 1968 (BGBl. 1968 I 1113)
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung v. 10. August 1963 (BGBl. 1963 I 652)
LuftVZO	Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung v. 19. Juni 1964 (BGBl. 1964 I 370)
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, geschlossen in Lugano am 16. September 1988 (BGBl. 1994 II 2658)
luxemb.	luxemburgisch (-e, -es, -er)
LVG	Landesverwaltungsgericht
LwVG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen v. 21. Juli 1953 (BGBl. 1953 I 667)
m.a.W.	mit anderen Worten
m.Anm.	mit Anmerkung
m.Aufs.	mit Aufsatz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
malays.	malaysisch (-e, -es, -er)
MarkenR	Markenrecht (Köln, seit 1999; zitiert nach Jahr und Seite)
marok.	marokkanisch (-e, -es, -er)
mazed.	mazedonisch (-e, -es, -er)
Mdj.	Minderjähriger
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Köln u.a., seit 1947; zitiert nach Jahr und Seite)
MDStV	Staatsvertrag über Mediendienste zwischen den deutschen Bundesländern (am 1. März 2007 abgelöst durch das Telemediengesetz)
MedR	Medizin und Recht. Mitteilungen aus gerichtlicher Medizin und Psychiatrie, Gefängnismedizin und -psychologie, Kriminologie, Strafrecht und Strafvollzug (seit 1959/ 60; zitiert nach Jahr und Seite)
MedizinR	Medizinrecht (München u.a., seit 1983; zitiert nach Jahr und Seite)
mexik.	mexikanisch (-e, -es, -er)
mfl	Marknadsföringslag (Schwedisches Marktgesetz)
MFOR	siehe unter WGO
Minn.	Minnesota
MittArgDJ	Mitteilungsblatt der Argentinisch-Deutschen Juristenvereinigung (Gütersloh, seit 1989; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

MittBayNotK	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern (München, seit 1965; zitiert nach Jahr und Seite)
MittDBJV	Mitteilungen der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung (zitiert nach Jahr und Seite)
MittDtPatentanw.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte (Berlin u.a., seit 1901; zitiert nach Jahr und Seite)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Köln, seit 1961; zitiert nach Jahr und Seite)
MittVDRW	Mitteilungen Vereinigung für Deutsch-Russisches Wirtschaftsrecht e.V., (Hamburg, seit 1992; zitiert nach Jahr und Seite)
MMA	Madrider Abkommen betreffend die internationale Registrierung von Fabrik- und Handelsmarken v. 14. April1891 in der Stockholmer Fassung v. 1967 (BGBl. 1970 II 293, 418, 991; 1971 II 200; 1973 II 1)
MMR	Multimedia und Recht. Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht (München, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
mongol.	mongolisch (-e, -es, -er)
MRG	Militärregierungsgesetz
MR Int.	Europäische Rundschau zum Medienrecht, IP- & IT-Recht (Wien, München, seit 2004; zitiert nach Jahr und Seite)
MRK	siehe EMRK
MSA	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (Haager Minderjährigenschutzabkommen) v. 5. Oktober 1961 (BGBl. 1971 II 219)
MSchG	Schweizerisches Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz)
MuR	Medien und Recht (Wien, seit 2001; zitiert nach Jahr und Seite)
muslim.	muslimisch (-e, -es, -er)
Mypos	Myops. Berichte aus der Welt des Rechts (München, seit 2007; zitiert nach Jahr und Seite)
n.F.	neue Fassung
NAG	Bundesgesetz betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter (Schweiz)
NÄG	Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Namensänderungsgesetz) v. 5 Januar 1938 (RGBl. 1938 I 9)
NamÄnd.VwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 11. August 1980 (Beilage Nr. 26/80 zum BAnz. Nr. 153a/1980, StAZ 1980, S. 291)
NBW	Nieuw Burgerlijk Wetboek (Niederlande)
NCPC	Nouveau Code de procédure civile (Frankreich)
ndl.	niederländisch (-e, -es, -er)
Nds. Ärztebl.	Niedersächsisches Ärzteblatt. Mitteilungsblatt der Ärztekammer Niedersachsens und der kassenärztlichen Vereinigungen (Hannover, seit 1963; zitiert nach Jahr und Seite)
Nds.,	Niedersachsen
nds.	niedersächsisch (-e, -es, -er)
Nds. Rpfl.	Niedersächsische Rechtspflege (Celle, seit 1947; zitiert nach Jahr und Seite)
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge (Berlin, seit 1920; zitiert nach Jahr und Seite)
NEhelG	Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder v. 19. August 1969 (BGBl. 1969 I 1243)
nicarag.	nicaraguanisch (-e, -es, -er)
niger.	nigerianisch (-e, -es, -er)
NJ	Neue Justiz. Zeitschrift für Rechtsentwicklung und Rechtsprechung in den Neuen Ländern(Berlin, Baden-Baden, seit 1947; zitiert nach Jahr und Seite)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (München u.a. seit 1947; zitiert nach Jahr und Seite)
NJW-CoR	NJW-Computerreport (München, seit 1988; zitiert nach Jahr und Seite)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport (München u.a., seit 1986; zitiert nach Jahr und Seite)
norweg.	norwegisch (-e, -es, -er)
Notar	Notar. Monatsschrift für die gesamte notarielle Praxis (Berlin, seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- & Beurkundungspraxis (Köln, seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
Nr., Nrn.	Nummer, -n
NTS	Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Nato-Truppenstatut) v. 19. Juni 1951 (BGBl. 1961 II 1190)
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht (München u.a., seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (München, seit 1993; zitiert nach Jahr und Seite)
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (München, seit 2000; zitiert nach Jahr und Seite)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (München u.a., seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
NZI	Neue Zeitschrift für das Insolvenzrecht und Sanierung (München, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht (München, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (München u.a., seit 1992; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (München u.a., seit 1988; zitiert nach Jahr und Seite)
o.ä.	oder ähnliches
o.g.	oben genannt (-e, -es, -er)
OER	Osteuropa-Recht. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens (Stuttgart, seit 1955; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ÖAnwBl.	Österreichisches Anwaltsblatt (Wien, seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖARR	Österreichisches Archiv für Recht & Religion (Freistadt, seit 1999; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖBA	Österreichisches Bank-Archiv. Zeitschrift für das gesamte Bank- und Börsenwesen (Wien seit 1953; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖBl	Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (Wien, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung (Wien, seit 1946; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖNZ	Österreichische Notariatszeitung (Wien, seit 1868; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖRdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft (Wien, seit 1983; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖRZ	Österreichische Richterzeitung (Wien, seit 1908; zitiert nach Jahr und Seite)
österr.	österreichisch (-e, -es, -er)
OG	Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege v. 16. Dezember 1943 (Schweiz)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit (München u.a., seit 1965; zitiert nach Jahr und Seite)
OR	Obligationenrecht. Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, Fünfter Teil, Obligationenrecht, v. 30. März 1911/ 18. Dezember 1936 (Schweiz)
Orientierungen	Orientierungen zur Wirtschafts- und Gsellschaftspolitik (Bonn, seit 1979; zitiert nach Jahr und Seite)
Osaka Univ. L. Rev.	Osaka University Law Review (Osaka, seit 1952; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Osteuropa	Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Stuttgart u.a., seit 1951; zitiert nach Jahr und Seite)
Osteuropa-Wirtschaft	Gesellschaft für Osteuropakunde (Stuttgart u.a., seit 1956; zitiert nach Jahr und Seite)
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Wien, seit 1974; zitiert nach Jahr und Seite)
P.I.L.	Private International Law
pakistan.	pakistanisch (-e, -es, -er)
pan.	panamesisch (-e, -es, -er)
PatG	Patentgesetz i.d.F. v. 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I 1)
PersF	Personalführung (Düsseldorf, seit 1968; zitiert nach Jahr und Seite)
peru.	peruanisch (-e, -es, -er)
PflVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für KfZ-Halter v. 5. April1965 (BGBl. 1965 I 213; 1965 III 925-1)
Pharma-Recht	Pharma-Recht (Frankfurt/ M., seit 1978; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
PHI	Produkthaftpflicht international (Karlsruhe, seit 1981; zitiert nach Jahr und Seite)
phil.	philippinisch (-e, -es, -er)
Plädoyer	Plädoyer. Zeitschrift für Recht und Politik (Zürich, seit 1983; zitiert nach Jahr und Seite)
PMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen (München u.a., seit 1894/ 95; zitiert nach Jahr und Seite)
PolAHK	Polnische Außenhandelskammer, Warschau
poln.	polnisch (-e, -es, -er)
port.	portugiesisch (-e, -es, -er)
Pravna misal	Pravna misal. Organ na Instituta za Pravni Nauki pri Balgarskata Akademija na Naukite (Sofia, seit 1957; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
Proc.civ.	siehe unter C.proc.civ.
Prot.	Protokolle
PStG	Personenstandsgesetz v. 8. August 1957 (BGBl. 1957 I 1125)
PStV	Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (Personenstandsverordnung) i.d.F. der Bekanntmachung v. 25. Februar 1977 (BGBl. 1977 I 377)
PuG	Politik & Gesellschaft (Bonn, seit 2008; zitiert nach Jahr und Seite)
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums v. 20. März 1883. Mehrfach revidiert: 2. Juni 1934 London, 31. Oktober 1958 Lissabon, 14. Juli 1967 Stockholm (BGBl. 1970 II 391)
r+s	Recht und Schaden. Monatliche Informationsschrift für Schadensversicherung und Schadensersatz; (Kippenheim, seit 1974; zitiert nach Jahr und Seite)
R.L.R. Int. Ed.	Ritsumeikan Law Review International Edition (Kyoto, seit 2007; zitiert nach Jahr und Seite)
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und Internationales Privatrecht (Berlin u.a., seit 1927; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
RArbG	Reichsarbeitsgericht
RB	Rechtbank (Niederlande)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

RBÜ (P.F.)	Revidierte Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst v. 9. September 1886 (in der Pariser Fassung v. 1971)
RdA	Recht der Arbeit. Zeitschrift für die Wissenschaft und Praxis des gesamten Arbeitsrechts (Berlin u.a., seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
RdE	Recht der Energiewirtschaft (Köln, seit 1992; zitiert nach Jahr und Seite)
RdErl.	Runderlaß
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsausbildung und Jugenderziehung (Darmstadt, seit 1952; zitiert nach Jahr und Seite)
Rdnr., Rdnrn.	Randnummer, -n
RDSA	Recognition of Divorces and Legal Separation (Jersey) Act 1973
RdW	Recht der Wirtschaft (Stuttgart u.a., seit 1976; zitiert nach Jahr und Seite)
Rec.des Travaux	Travaux du Comité Français de Droit International privé (Paris, seit 1934; zitiert nach Jahr und Seite)
Recht in Japan	Recht in Japan. Berichte über Entwicklungen und Tendenzen im japanischen Recht (Frankfurt/ M., seit 1975; zitiert nach Heft und Seite)
Recht und Medizin	Recht und Medizin (Frankfurt/ M., seit 1979; zitiert nach Band und Seite)
Recht & Psychiatrie	Recht & Psychiatrie (Bonn, seit 1983; zitiert nach Jahr und Seite)
Recht und Staat	Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart (Tübingen, seit 1913; zitiert nach Band und Seite)
Rechts-anwendungsVO	Verordnung v. 7. Dezember 1942 über die Rechtsanwendung bei Schädigungen deutscher Staatsangehöriger außerhalb des Reichsgebietes (RGBl. 1942 I 706)
Rechtstheorie	Rechtstheorie. Zeitschrift für Logik und juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts (Berlin, seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
RegBl.	Regierungsblatt
RegE.	Regierungsentwurf
Rev.hell.dr.int.	Revue hellénique de droit international (Athen, Paris, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
Rev. IVSS	Internationale Revue für soziale Sicherheit (Oxford u.a., seit 1967; zitiert nach Jahr und Seite)
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt (1871 – 1945; seit 1922 aufgeteilt in die Teile I und II; Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Oesterreich; Reichsgesetzblatt für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder)
RGZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Berlin, von 1872 – 1945; zitiert nach Band und Seite)
RHaftG	Gesetz über die Haftung des Reichs für seine Beamten v. 22. Mai 1910 (RGBl. 1910 798)
RiA	Recht in der Außenwirtschaft (Ost-Berlin, von 1968 – 1973; zitiert nach Jahr (Band) und Seite)
RiAf	Recht in Afrika (Köln, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
RiAmt	Das Recht im Amt. Zeitschrift für Behörden, Verwaltungen und öffentliche Betriebe (Berlin u.a., seit 1954; zitiert nach Jahr (Nummer) und Seite)
RIW-Schriftenreihe	Recht der internationalen Wirtschaft, Schriftenreihe, (Heidelberg, seit 1956; zitiert nach Band und Seite)
RIW/AWD	Recht der internationalen Wirtschaft (Heidelberg, seit 1954; zitiert nach Jahr und Seite)
RNotzZ	Rheinische Notar-Zeitschrift (Köln, seit 2011; zitiert nach Jahr und Seite)
ROW	Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und interzonale Rechtsprobleme (Berlin, seit 1957; zitiert nach Jahr und Seite)
RPfleger	Der deutsche Rechtspfleger (Bielefeld, seit 1889; zitiert nach Jahr und Seite)
RPflStud	Rechtspfleger Studienhefte (Bielefeld, seit 1977; zitiert nach Jahr und Seite)
RpflG	Rechtspflegergesetz v. 5. November 1969 (BGBl. 1969 I 2065)
RPG	Recht und Politik im Gesundheitswesen (Frankfurt/ M, seit 1995; zitiert nach Jahr und Seite)
RRa	Reiserecht aktuell (München, seit 1993; zitiert nach Jahr und Seite)
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Rspr.	Rechtsprechung
rum.	rumänisch (-e, -es, -er)
russ.	russisch (-e, -es, -er)
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz v. 22. Juli 1913 (RGBl. 1913 583)
RuStAGÄndG	Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes v. 20. Dezember 1974 (BGBl. 1974 I 3714)
RV	Die Rentenversicherung. Zeitschrift über die Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung, einzige und unabhängige Monatsschrift über Rechtsfragen, Organ für den Bundesverband der Sozial- und Rentenberater (Sankt Augustin, seit 1960; zitiert nach Jahr und Seite)
RVaktuell	Fachzeitschrift und amtliche Mitteilungen der Deutschen Rentenversicherung (Berlin, seit 2005; zitiert nach Jahr und Seite)
Rv.	Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering (Niederlande)
Rvgl.	Rechtsvergleichung

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

RVO	Reichsversicherungsordnung v. 19. Juli 1911 (RGBl. 1911 509) i.d.F. der Bekanntmachung v. 15. Dezember 1924 (RGBl. 1924 I 779)
Rz	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
S.Ct.	Supreme Court Reporter (St. Paul, Minn., seit 1883; zitiert nach Band und Seite)
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen (Köln, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
SAG	Die Schweizerische Aktiengesellschaft. Zeitschrift für Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung = La société anonyme suisse (Zürich, seit 1928; zitiert nach Jahr und Seite)
ScheckG	Scheckgesetz v. 14. August 1933 (RGBl. 1933 I 597)
SchiedssprücheAVÜ	siehe unter UN-SchiedsAVÜ
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren (München, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
SchiffsRG	Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken v. 15. November 1940 (RGBl. 1940 I 1499)
SchKG	Schuldbeitreibungs- und Konkursgesetz (Schweiz)
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Glückstadt, seit 1837; zitiert nach Jahr und Seite)
schwed.	schwedisch (-e, -es, -er)
Schwed. AdoptG	Schwedisches Gesetz v. 19. November 1971 über internationale, die Adoption betreffende Rechtsverhältnisse
Schwed. EheG	Schwedisches Ehegesetz v. 11. Juni 1920
Schwed.ElternG	Schwedisches Elterngesetz v. 10. Juni 1949 (i.d.F.v. 10. Mai 1974)
schweiz.	schweizerisch (-e, -es, -er)
SchZfWiR	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zürich, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
sec., secs.	section(s)
SeefrachtG	Seefrachtrecht. Gesetz zur Änderung v. Vorschriften des Handelsgesetzbuches über das Seefrachtrecht v. 10. August1937 (RGBl. 1937 I 891)
SeeMG	Seemannsgesetz vom 26. Juli 1957 (BGBl. 1957 II 713)
senegal.	senegalesisch (-e, -es, -er)
serb.	serbisch (-e, -es, -er)
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SGB	Sozialgesetzbuch v. 11. Dezember 1975 (BGBl. 1975 I 3015)
SGB IV	Sozialgesetzbuch (SGB) – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – v. 23. Dezember 1976 (BGBl. 1976 I 3845)
SGB VI	Sozialgesetzbuch (SGB) – Gesetzliche Rentenversicherung – v. 18. Dezember 1989 (BGBl. 1989 I 2261, 1990 I 1337)
SGB X	Sozialgesetzbuch (SGB) – Verwaltungsverfahren – v. 18. August 1980 (BGBl. 1980 I 1469)
SGB XII	Sozialgesetzbuch (SGB) – Sozialhilfe – v. 27. Dezember 2003 (BGBl. 2003 I 3022)
SGG	Sozialgerichtsgesetz i.d.F. v. 23. August 1958 (BGBl. 1958 I 613)
Sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht (Zürich, seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zürich, seit 1904; zitiert nach Jahr und Seite)
Slg.	Sammlung
slowen.	slowenisch (-e, -es, -er)
SorgeRG	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge v. 18. Juli 1979 (BGBl. 1979 I 1061)
SorgeRÜbkAG	Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung und des Europäischen Übereinkommens vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (BGBl. 1990 I 701)
SozA	Soziale Arbeit. Dt. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete (Berlin, seit 1975; zitiert nach Jahr und Seite)
SozG	Sozialgericht
Soziale Sicherheit	Sozialpolitische Monatszeitschrift der Gewerkschaften (Köln, seit 1952; zitiert nach Jahr und Seite)
Sozialer Fortschritt	Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik (Berlin, seit 1975; zitiert nach Jahr und Seite)
SozSich Öst	Soziale Sicherheit. Fachzeitschrift der österreichischen Sozialversicherung (Wien, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
Sp.	Spalte
span.	spanisch (-e, -es, -er)
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht (München u.a., seit 1994; zitiert nach Jahr und Seite)
ss.	subsection(s)
st. pers.	statut personnel
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

StA	Staatsangehörigkeit
Staat und Recht	Staat und Recht (Ost-Berlin, von 1952 – 1989; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
StARegG	Erstes Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit v. 22. Februar 1955 (BGBl. 1955 I 65)
StAZ	Das Standesamt. Zeitschrift für Standesamtswesen, Personenstandsrecht (Frankfurt/ M., seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
StB	Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden
STB	Der Steuerberater (Frankfurt/ M., seit 1958; zitiert nach Jahr und Seite)
StBürgerG	Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR (Staatsbürgerschaftsgesetz v. 20. Februar 1967)
StGB	Strafgesetzbuch i.d.F. v. 10. März 1987 (BGBl. 1987 I 945)
StGBl.	Staatsgesetzblatt (Österreich)
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Stimmen zur Zeit	Monatsschrift für Frieden und Völkerverständigung. Österreichischer Friedensrat (Wien, von 1956 – 1966; zitiert nach Jahr und Seite)
StPO	Strafprozeßordnung i.d.F. v. 7. April1987 (BGBl. 1987 I 1075)
StrVert	Strafverteidiger (Frankfurt/ M., seit 1981; zitiert nach Jahr und Seite)
Studia Cywilistyczne	Chronique de politique étrangère (Krakau, seit 1961; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
StVG	Straßenverkehrsgesetz v. 19. Dezember 1952 (BGBl. 1952 I 832)
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung i.d.F. v. 29. März 1956 (BGBl. 1956 I 327)
süd-korean.	süd-koreanisch (-e, -es, -er)
Südosteuropa-ML	Südosteuropa-Mitteilungen (München, seit 1975; zitiert nach Jahr und Seite)
SVR	Straßenverkehrsrecht (Baden-Baden, seit 2004; zitiert nach Jahr und Seite)
syr.	syrisch (-e, -es, -er)
SZ Germ. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Weimar, seit 1880; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht (Zürich, seit 1991; zitiert nach Jahr und Seite)
SZSV	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (Zürich, seit 1989; zitiert nach Jahr und Seite)
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht (Zürich, seit 2006; zitiert nach Jahr und Seite)
TabWerbG	Gesetz über Tabakwerbung
TMG	Telemediengesetz v. 26. Februar 2007 (BGBl. 2007 I 179)
thail.	thailändisch (-e, -es, -er)
TranspR	Transportrecht (Frankfurt/ M., seit 1983; zitiert nach Jahr und Seite)
Trib. civ.	Tribunal civil (Frankreich)
trib.d'inst.	Tribunal d'instance (Frankreich)
Trib. gr. inst.	Tribunal de grande instance (Frankreich)
tsch.	tschechisch (-e, -es, -er)
TSG	Gesetz über die Änderung der Vornamen und der Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz) v. 10. September 1980 (BGBl. 1980 I 1654)
tun.	tunesisch (-e, -es, -er)
türk.	türkisch (-e, -es, -er)
u.a.	unter anderem
u.a.m.	und andere(s) mehr
u.U.	unter Umständen
Übers.	Übersetzer
Übk.	Übereinkommen
UCC	Uniform Commercial Code (USA)
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht (Berlin, Baden-Baden, seit 1928, zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ukrain.	ukrainisch (-e, -es, -er)
UN	United Nations
Universitas	Universitas. Orientierung in der Wissenswelt (Stuttgart, seit 1946; zitiert nach Jahr und Seite)
UN-SchiedsAVÜ	New Yorker UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche v. 10. Juni 1958 (BGBl. 1961 II 122)
ung.	ungarisch (-e, -es, -er)
UngWZG	Gesetz Nr. 17/1969 über das Warenzeichen (Ungarn)
unstr.	unstreitig
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) v. 9. September 1965 (BGBl. 1965 I 1273)
Urt.	Urteil
US	United States

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

U.S.	United States Supreme Court, cases adjudged in Supreme Court (Washington, D.C., seit 1875; zitiert nach Band und Seite)
U.S.C.	United States Code
UStA	Haager Abkommen über das auf Unterhaltspflichten anwendbare Recht (Haager Unterhaltsstatutsabkommen) v. 2. Oktober 1973 (BGBl. 1986 II 837)
UStG	Umsatzsteuergesetz v. 29. Mai 1967 (BGBl. 1967 I 545)
UTransferV.	Unterhaltstransfervereinbarung v. 25. April1974 (BGBl. 1974 II 621 ff.)
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb v. 7. Juni 1909 (RGBl. 1909 499)
v.	von, vom
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (Versicherungsaufsichtsgesetz) i.d.F. v. 13. Oktober 1983 (BGBl. 1983 I 1262)
VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichshärteregelungsgesetz) v. 21. Februar 1983 (BGBl. 1983 I 105)
venezol.	venezolanisch (-e, -es, -er)
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VerbrSchG	Verbraucherschutzgesetz (Spanien)
Verein. Arab. Rep.	Vereinigte Arabische Republiken
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfOdSIHK	Verfahrensordnung des Schiedsgerichtshofes der Internationalen Handelskammer
VergR	Vergaberecht (Köln, seit 2001; zitiert nach Jahr und Seite)
VerschÄndG	Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Verschollenheitsrechts v. 15. Januar 1951 (BGBl. 1951 I 59; 1951 III 4 Nr. 401-7)
VerschG	Verschollenheitsgesetz i.d.F. v. 15. Januar 1951 (BGBl. 1951 I 63, BGBl. 1951 III 4 Nr. 401-6)
VersR	Versicherungsrecht. Juristische Rundschau für die Individualversicherung (Karlsruhe, seit 1950; zitiert nach Jahr und Seite)
VersRAI	Versicherungsrecht. Beilage Ausland (Karlsruhe, seit 1959; zitiert nach Jahr und Seite)
VersRdSch	Die Versicherungsrundschau. Fachzeitschrift für Sozial- und Vertragsversicherung (Wien, seit 1946; zitiert nach Jahr und Seite)
VersW	Versicherungswirtschaft (Karlsruhe, seit 1945; zitiert nach Jahr und Seite)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Berlin u.a., seit 1892; zitiert nach Jahr und Seite)
VerwR	Verwaltungsrecht
VFGüterstandsG	Gesetz über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen und Flüchtlingen v. 4. August 1969 (BGBl. 1969 I 1067)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VglO	Vergleichsordnung v. 26. Februar 1935 (RGBl. 1935 I 321)
VO	Verordnung
VOBl.	Verordnungsblatt
Vorauss.	Voraussetzung (-en)
Vorbem.	Vorbemerkung
Vorgänge	Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik (Berlin, seit 1962; zitiert nach Jahr und Seite)
VP	Die Versicherungspraxis (Bonn, seit 2000; zitiert nach Jahr und Seite)
VPP-Rundbrief	Rundbrief der Vereinigung von Fachleuten des Gewerblichen Rechtsschutzes (Duisburg, seit 1955; zitiert nach Jahr und Seite)
VR	Volksrepublik
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung. Entscheidungen aus allen Gebieten des Verkehrsrechts (Berlin, seit 1949; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee (Baden-Baden, seit 1968; zitiert nach Jahr und Seite)
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Köln, seit 1990; zitiert nach Jahr und Seite)
VuR	Verbraucher und Recht (Düsseldorf, seit 1986; zitiert nach Jahr und Seite)
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag v. 30. Mai 1908 (RGBl. 1908 263)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung v. 21. Januar 1960 (BGBl. 1960 I 17)
VwVerfG	Verwaltungsverfahrensgesetz v. 25. Mai 1976 (BGBl. 1976 I 1253)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz v. 3. Juli 1952 (BGBl. 1952 I 379)
WA	Warschauer Abkommen v. 12. Oktober 1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr. Erstes Abkommen zur Vereinheitlichung des Luftprivatrechts (RGBl. 1933 II 1039) in der Haager Fassung v. 28. September 1955 (BGBl. 1958 II 291, 312, 1964 II 1295)
WährG	Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) v. 20. Juni 1948 (Gesetz Nr. 61 der amerikanischen und der britischen Militärregierung; VO Nr. 158 der französischen Militärregierung)
Waseda Bull.Comp.L.	Waseda Bulletin of Comparative Law (zitiert nach Band (Jahr) und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

WBl	Wirtschaftsrechtliche Blätter (Wien u.a., seit 1987; zitiert nach Jahr und Seite)
WechselO	siehe unter WO
WEG	Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht v. 15. März 1951 (BGBl. 1951I 175)
WG	Wechselgesetz v. 21. Juni 1933 (RGBl. 1933 I 399)
WGO	Die wichtigsten Gesetzgebungsakte in den Ländern Ost- und Südeuropas und den ostasiatischen Volksdemokratien. Monatshefte für Osteuropäisches Recht (Hamburg, seit 1958; zitiert nach Jahr und Seite)
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes i.d.F. der Bekanntmachung v. 23. September 1986 (BGBl. 1986 I 1529, ber. 1654)
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung. Zeitschrift für Wirtschaftsanwälte und Unternehmensjuristen (München u.a., seit 1994; zitiert nach Jahr und Seite)
WIPO	World Intellectual Property Organization (Weltorganisation für geistiges Eigentum)
WiR	Wirtschaftsrecht. Zeitschrift für Theorie und Praxis des sozialistischen Wirtschaftsrechts (Berlin-Ost, von 1970 – 1989; zitiert nach Jahr und Seite)
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa. Zeitschrift zur Rechts- und Wirtschaftsentwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas (München u.a., seit 1992; zitiert nach Jahr und Seite)
WiSt	Wirtschaftwissenschaftliches Studium. Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt (München, seit 1972; zitiert nach Jahr und Seite)
Wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (Heidelberg, seit 1982; zitiert nach Jahr und Seite)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung. Vierteljahresbeilage zum Gewerbearchiv (Alfeld/ Leine, seit 1976; zitiert nach Jahr und Seite)
WM	Wertpapier-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Köln, seit 1947; zitiert nach Jahr und Seite)
WO	Wechselordnung i.d.F. vom 3. Juni 1908 (RGBl. 326)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung. Zeitschrift für Betriebs- und Finanzwirtschaft (Stuttgart, seit 1950; zitiert nach Jahr und Seite)
WPNR	Weekblad voor Privaatrecht. Notariaat en Registratie (Den Haag; zitiert nach Jahr und Seite)
WR	Wirtschaftsrecht. Zeitschrift für Theorie und Praxis (Berlin, seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Frankfurt/ M., seit 1955; zitiert nach Jahr und Seite)
WRV	Weimarer Reichsverfassung v. 11. August 1919 (RGBl. 1919 1383)
WSI-Mitteilungen	Monatsschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Köln, seit 1973; zitiert nach Jahr und Seite)
WUA	Welturheberrechtsabkommen v. 6. September 1962 in der Pariser Fassung v. 24. Juli 1971 mit Zusatzprotokoll (BGBl. 1973 II 1069, 1111)
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht (Köln, seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
WürttAGBGB	Württembergisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch v. 29. Dezember 1931 (RegBl. 545)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb. Zeitschrift für Kartellrecht, Wettbewerbsrecht und Marktorganisation; Düsseldorf (Basel, seit 1951; zitiert nach Jahr und Seite)
WvK	Wetboek van Koophandel (Niederlande)
WVR	Wiener Vertragsrechtskonvention v. 23. Mai 1969 (BGBl. 1985 II 923)
WZG	Warenzeichengesetz i.d.F. v. 2. Januar 1968 (BGBl. 1968 I 1)
z.B.	zum Beispiel
z.F.	zukünftige Fassung
Z.f.d.ges.StaatsW.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (Tübingen, seit 1944; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
z.T.	zum Teil
z.Zt.	zur Zeit
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Stuttgart, seit 1929; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis (zitiert nach Jahr und Seite)
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (Baden-Baden, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (Köln, seit 1989; zitiert nach Jahr und Seite)
ZBergR	Zeitschrift für Bergrecht (Köln, seit 1860; zitiert nach Jahr und Seite)
ZBernJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins. Organ für Rechtspflege und Gesetzgebung des Bundes sowie der Kantone Bern, Luzern und Soloturn = Revue de la Société des Juristes Bernois (Bern, seit 1864; zitiert nach Jahr und Seite)
ZBF	Zeitschrift für die Betriebswirtschaftliche Forschung (Köln, seit 1906; zitiert nach Jahr und Seite)
ZBl	Schweizerische Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (Zürich, seit 1900; zitiert nach Jahr und Seite)
ZChinR	Zeitschrift für chinesisches Recht (Freiburg, seit 1994; zitiert nach Jahr und Seite)
ZDMG	Zeitschrift der deutsch-morgenländischen Gesellschaft (Leipzig, Wiesbaden, seit 1845; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

ZentrfSSV	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung (Sankt Augustin, seit 1904; zitiert nach Jahr und Seite)
ZErb	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis (Östringen, seit 1999; zitiert nach Jahr und Seite)
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (Berlin, seit 2002; zitiert nach Jahr und Seite)
ZEuIPR	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung (Wien, seit 1991; zitiert nach Jahr und Seite)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (München, seit 1993; zitiert nach Jahr und Seite)
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien (Saarbrücken, seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge (München, seit 1994; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht (Köln u.a., seit 1970; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft (Wiesbaden, seit 1924; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht. Offizielles Organ der Deutschen Gesellschaft für Baurecht e.V. und des Instituts für deutsches und Internationales Baurecht e.V. (Wiesbaden, seit 1978; zitiert nach Jahr und Seite)
ZFE	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht (Recklinghausen, seit 2002; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen (Hannover, seit 1949; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfGS	Gesundheits- und Sozialpolitik (Baden-Baden, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht (Köln, seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt (Köln u.a., seit 1924/ 25; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht (Köln, seit 1992, zitiert nach Jahr und Seite)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht (Wien, seit 1960; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht (Bonn, seit 1980; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfSH/SGB	Sozialrecht in Deutschland und Europa (Starnberg, seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfSo	Zeitschrift für Soziologie (Stuttgart, seit 1972; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfSV	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung (Sankt Augustin, seit 1964; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik, Analysen und Konzepte zur sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und Risikoberatung = Journal of Environmental Policy. Revue de la politique d'envirennement; (Frankfurt/ M., seit 1978; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen (Hamburg, seit 1950; zitiert nach Jahr und Seite)
ZfV aktuell	Zeitschrift für Verwaltung (Wien, seit 2005; zitiert nach Jahr und Seite)
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZGE	Zeitschrift für geistiges Eigentum (Tübingen, seit 2009; zitiert nach Jahr und Seite)
ZgGenW	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen. Organ für Kooperationsforschung und -praxis; (Göttingen, seit 1952; zitiert nach Jahr und Seite)
ZgKredW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (Frankfurt/ M. seit 1948; zitiert nach Jahr und Seite)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Berlin, seit 1972; zitiert nach Jahr und Seite)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (Stuttgart, seit 1858; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ZIAS	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht (Heidelberg, seit 1987; zitiert nach Jahr und Seite)
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Herne u.a., seit 1998; zitiert nach Jahr und Seite)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (Köln, seit 1980; zitiert nach Jahr und Seite)
ZJapanR	Zeitschrift für japanisches Recht, zugl. DJJV-Mitteilungen/ Dt.-Japanische Juristenvereinigung e.V. (Hamburg, seit 1996; zitiert nach Jahr und Seite)
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe (Köln, seit 2006; zitiert nach Jahr und Seite)
ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement (Köln, seit 2000; zitiert nach Jahr und Seite)
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht (Frankfurt/ M., seit 1974; zitiert nach Jahr und Seite)
ZLW	Zeitschrift für Luftrecht und Weltraumrechtsfragen (Berlin u.a., seit 1926; zitiert nach Jahr und Seite)
ZNotP	Zeitschrift für die NotarPraxis (Münster, seit 1997; zitiert nach Jahr und Seite)
ZNR	Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte (Wien, seit 1979; zitiert nach Jahr und Seite)
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht (Wien, zitiert nach Jahr und Seite)
ZOV	Zeitschrift für offene Vermögensfragen (Berlin, seit 1991; zitiert nach Jahr und Seite)
ZPO	Zivilprozeßordnung v. 30. Januar 1877 (RGBl. 83)
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft (Baden-Baden, seit 1996; zitiert nach Jahr und Seite)
ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen v. 19. Oktober 1956 i.d.F. v. 29. Dezember 1970 (BAnz. 1971 Nr. 1)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (München, seit 1968; zitiert nach Jahr und Seite)
ZSchR	Zeitschrift für schweizerisches Recht, ZSR (Basel, seit 1852; zitiert nach Jahr und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

ZSR	Zeitschrift für Sozialreform (Wiesbaden, seit 1955; zitiert nach Jahr und Seite)
ZSt	Zeitschrift zum Stiftungswesen (Berlin, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen (Baden-Baden, seit 2010; zitiert nach Jahr und Seite)
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, und Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes (München, seit 1996; zitiert nach Jahr und Seite)
zugl.	zugleich
ZUM	Film und Recht. Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (Baden-Baden, seit 1985; zitiert nach Jahr und Seite)
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht (Baden-Baden, seit 1993; zitiert nach Jahr und Seite)
Zus. Abk.	Zusatzabkommen
zust.	zustimmend (-e, -es, -er)
ZustDG	Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedsstaaten v. 9. Juli 2001 (BGBl. 2001 I 1536)
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (Karlsruhe, seit 1901; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung v. 24. März 1897 i. d. F. v. 20. Mai 1898 (RGBl. 1898 713)
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher- und Privat-Insolvenzrecht (Köln, seit 2002; zitiert nach Jahr und Seite)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, einschließlich der ethnologischen Rechtsforschung (Stuttgart, seit 1878; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht (Wien, seit 1956; zitiert nach Jahr und Seite)
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (Köln, seit 2003; zitiert nach Jahr und Seite)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß (Köln u. a., seit 1879; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International (Köln, seit 1996; zitiert nach Band (Jahr) und Seite)

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Inhalt

Afghanistan ... 1
Ägypten ... 8
Albanien ... 10
Algerien ... 12
Andorra ... 13
Angola ... 14
Antigua und Barbuda ... 14
Argentinien ... 17
Armenien ... 18
Aserbaidschan ... 19
Äthiopien ... 19
Australien ... 23
  Australien / New South Wales ... 24
  Australien / Northern Territory ... 24
  Australien / Queensland ... 25
  Australien / South Australia ... 25
  Australien / Tasmania ... 25
  Australien / Western Australia ... 25
Bahamas ... 25
Bahrain ... 25
Bangladesch ... 26
Barbados ... 27
Belgien ... 41
Belize ... 42
Benin ... 42
Bermuda Inseln ... 42
Bhutan ... 42
Bolivien ... 43
Bosnien und Herzegowina ... 46
Botsuana ... 47
Brasilien ... 56
Brunei Darussalam ... 57
Bulgarien ... 62
Burkina Faso ... 63
Burundi ... 64
Chile ... 66
China, Rep. ... 68
China, VR ... 84
  China, VR / Hong Kong ... 86
  China, VR / Macao ... 87
Costa Rica ... 87
Côte d'Ivoire ... 88
Dänemark ... 97
Dominica ... 98
Dominikanische Republik ... 98
Dschibuti ... 99
Ecuador ... 100
El Salvador ... 101
Eritrea ... 101
Estland ... 103
Fidschi ... 104
Finnland ... 109
Frankreich ... 179
Gabun ... 180
Gambia ... 180
Georgien ... 181
Ghana ... 182
Grenada ... 183
Griechenland ... 201
  Griechenland / Thrazien ... 202
Guatemala ... 202
Guinea ... 203
Guinea-Bissau ... 203
Guyana ... 203
Haiti ... 203
Honduras ... 204
Indien ... 208
  Indien / Goa ... 209
  Indien / Kaschmir ... 209
  Indien / Pondicherry ... 209
Indonesien ... 210
Irak ... 212
Iran ... 225
Irland ... 229
Island ... 230
Israel ... 234
Italien ... 304
Jamaika ... 305
Japan ... 323
Jemen ... 324
Jordanien ... 327
Kambodscha ... 328
Kamerun ... 328
Kanada ... 332
  Kanada / Alberta ... 333
  Kanada / British Columbia ... 334
  Kanada / Manitoba ... 334
  Kanada / New Brunswick ... 334
  Kanada / New Foundland ... 334
  Kanada / Nova Scotia ... 334
  Kanada / Ontario ... 335
  Kanada / Quebec ... 336
  Kanada / Saskatchewan ... 336
Kap Verde ... 336
Kasachstan ... 338
Katar ... 339
Kenia ... 340
Kirgisistan ... 341
Kiribati ... 342
Kolumbien ... 343
Kongo, Dem. Rep. ... 344
Kongo, Rep. ... 345
Korea, Dem. VR ... 345
Korea, Rep. ... 349
Kosovo ... 350
Kroatien ... 356
Kuba ... 357
Kuwait ... 359
Laos ... 360
Lesotho ... 361
Lettland ... 362
Libanon ... 365
Liberia ... 366
Libysch-Arabische Dschamahirija ... 367

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Liechtenstein ... 371
Litauen ... 374
Luxemburg ... 379
Madagaskar ... 380
Malawi ... 381
Malaysia ... 381
Malaysia / Penang ... 382
Malaysia / Sarawak ... 382
Malediven ... 382
Mali ... 382
Malta ... 382
Marokko ... 387
Marshallinseln ... 388
Mauretanien ... 388
Mauritius ... 389
Mazedonien ... 389
Mexiko ... 392
Mikronesien ... 393
Moldau ... 393
Monaco ... 394
Mongolei ... 395
Montenegro ... 396
Mosambik ... 397
Myanmar ... 398
Namibia ... 398
Nauru ... 398
Nepal ... 399
Neuseeland ... 399
Nicaragua ... 400
Niederlande ... 426
Niederlande/ Niederländische Antillen und Aruba ... 427
Niger ... 427
Nigeria ... 428
Norwegen ... 434
Oman ... 435
Österreich ... 475
Pakistan ... 479
Pakistan / Kaschmir ... 480
Palau ... 480
Panama ... 480
Papua-Neuguinea ... 481
Paraguay ... 482
Peru ... 484
Philippinen ... 486
Polen ... 516
Portugal ... 527
Ruanda ... 528
Rumänien ... 535
Russische Föderation ... 557
Salomonen ... 558
Sambia ... 558
Samoa ... 558
San Marino ... 558
Sao Tomé und Príncipe ... 558
Saudi-Arabien ... 560
Schweden ... 571
Schweiz ... 611
Schweiz / Basel-Stadt ... 612
Schweiz / Bern ... 612
Schweiz / Genf ... 612
Schweiz / Obwalden ... 612
Schweiz / Waadt ... 612
Schweiz / Zürich ... 612
Senegal ... 612
Serbien ... 616
Seychellen ... 617
Sierra Leone ... 617
Simbabwe ... 618
Singapur ... 618
Slowakei ... 622
Slowenien ... 628
Somalia ... 629
Spanien ... 664
Spanien / Aragonien ... 665
Spanien / Balearen ... 665
Spanien / Galizien ... 665
Spanien / Katalonien ... 666
Spanien / Navarra ... 666
Sri Lanka ... 667
St. Lucia ... 668
St. Vincent und die Grenadinen ... 668
Südafrika ... 671
Sudan ... 672
Suriname ... 673
Swasiland ... 673
Syrien ... 675
Tadschikistan ... 676
Tansania ... 677
Thailand ... 679
Timor-Leste ... 680
Togo ... 680
Tonga ... 681
Trinidad und Tobago ... 681
Tschad ... 681
Tschechische Republik ... 691
Tunesien ... 694
Türkei ... 734
Turkmenistan ... 735
Tuvalu ... 735
Uganda ... 735
Ukraine ... 738
Ungarn ... 751
Uruguay ... 753
USA ... 838
USA / Alabama ... 839
USA / Alaska ... 839
USA / Arizona ... 839
USA / Arkansas ... 839
USA / California ... 841
USA / Colorado ... 842
USA / Connecticut ... 843
USA / Delaware ... 843
USA / District of Columbia ... 844
USA / Florida ... 845
USA / Georgia ... 846
USA / Guam ... 846
USA / Hawaii ... 846
USA / Idaho ... 847
USA / Illinois ... 847

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

USA / Indiana 847
USA / Iowa 847
USA / Kansas 848
USA / Kentucky 848
USA / Louisiana 848
USA / Maryland 849
USA / Massachusetts 849
USA / Michigan 849
USA / Minnesota 850
USA / Mississippi 850
USA / Missouri 850
USA / Montana 850
USA / Nebraska 850
USA / Nevada 850
USA / New Hampshire 850
USA / New Jersey 851
USA / New Mexico 851
USA / New York 854
USA / North Carolina 855
USA / North Dakota 855
USA / Ohio 855
USA / Oklahoma 856
USA / Oregon 856
USA / Pennsylvania 856
USA / Puerto Rico 856
USA / Rhode Island 857
USA / South Carolina 857
USA / South Dakota 857
USA / Tennessee 857
USA / Texas 857
USA / Utah 858
USA / Vermont 858
USA / Virginia 858
USA / Washington 858
USA / West Virginia 858
USA / Wisconsin 858
USA / Wyoming 859
Usbekistan 859
Vanuatu 860
Vatikanstadt 860
Venezuela 862
Vereinigte Arabische Emirate 864
Vereinigte Arabische Emirate / Abu Dhabi 865
Vereinigte Arabische Emirate / Dubai 865
Vereinigtes Königreich / England und Wales 934
Vereinigtes Königreich / Kanalinseln 935
Vereinigtes Königreich / Nordirland 936
Vereinigtes Königreich / Schottland 939
Vietnam 941
Weißrußland 943
Zentralafrikanische Republik 944
Zypern 945

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Afghanistan

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Trabzadah (Übers.). ›Zivilgesetzbuch‹, Jan Kropholler/ u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 2-13, Hamburg, Würzburg, 1999

A.IV.3.b. Eherecht

Kampe, Petra. ›Eheschließung eines afghanischen Staatsangehörigen und einer deutsch/afghanischen Staatsangehörigen in Pakistan - Fachausschuss-Nr. 3821, verhandelt am 26. und 27. April 2007‹, StAZ 2008, S. 85-86

Köln (Gutachten). ›Afghan. Verfassung Art. 102; afghan. ZGB Artt. 1 Nr. 2, 2, 20 Nr. 2 u. 3, 115, 118, 120, 122, 131, 183, 184, 191, 778; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 6, 15 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1. 1. Anknüpfung der Ehescheidung nach den Regeln des afghanischen internationalen Privatrechts. 2. Zur allgemeinen Rechtslage in Afghanistan. 3. Zum materiellen afghanischen Scheidungsrecht.‹, IPG 2003-2004 Nr. 18

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Freiburg/ Brsg. Az. 12 UR III 23/79 v. 26.02.80. ›Afgh. ZGB Artt. 17, 22; EGBGB Artt. 22, 30. 1. Zur Frage der Rückverweisung in Legitimationsfragen durch das afghanische IPR. 2. Nach afghanischem Recht sind Legitimation und Vaterschaftsanerkenntnis ausgeschlossen. Dieser Ausschluß verstößt gegen den deutschen ordre public.‹, IPRspr. 1980 Nr. 106A = StAZ 1981, S. 149

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. ›Ehegesetz aus dem Jahre 1971‹, StAZ 1980, S. 48-51

B.I.3.a. Ratifikation

LG Bremen. Az. 2 T 987/2000 b v. 28.03.01. ›PStG §§ 11, 47, 49. Der Staat Afghanistan ist dem Namensübereinkommen vom 13.09.1973 nicht beigetreten.‹, StAZ 2001, S. 176

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Köln (Gutachten). ›Afghan. Verfassung Art. 102; afghan. ZGB Artt. 1 Nr. 2, 2, 20 Nr. 2 u. 3, 115, 118, 120, 122, 131, 183, 184, 191, 778; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 6, 15 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1. 1. Anknüpfung der Ehescheidung nach den Regeln des afghanischen internationalen Privatrechts. 2. Zur allgemeinen Rechtslage in Afghanistan. 3. Zum materiellen afghanischen Scheidungsrecht.‹, IPG 2003-2004 Nr. 18

Krüger, Hilmar. ›Überblick über das Zivilrecht der Staaten des ägyptischen Rechtskreises‹, Recht van de Islam 14 (1997), S. 67-131

OLG Karlsruhe. Az. 11 Wx 113/99 v. 15.11.99. ›EGBGB Art. 7; BGB §§ 1741, 1752. Nach afgh. Recht tritt die Volljährigkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres ein.‹, IPRspr. 1999 Nr. 2

Schwarz, Axel. ›Das Recht Afghanistans‹, IPRax 2005, S. 383-386

B.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Weishaupt, Axel. ›Afghanisches Familienrecht - Aktueller Stand und Anwendungsfragen‹, StAZ 2004, S. 162-164

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Bolte, Rudolf. ›Afghanisches Namensrecht‹, StAZ 1986, S. 109

DIV-Gutachten v. 17.01.1990, Az. LA 2. ›Afghanistan: Volljährigkeit nach afghanischem Recht‹, ZfJ 1990, S. 454

Müller, Mathias. ›Afghanisches Namensrecht‹, StAZ 2010, S. 151

B.IV.3.b. Eherecht

AG Bonn. Az. 47 F 259/83 v. 21.02.84. ›Afgh. ZGB Artt. 140, 144, 146. Zu den Voraussetzungen der Ehescheidung nach afghanischem Recht. Scheidungsurteile deutscher Gerichte werden von den Behörden Afghanistans grundsätzlich dann anerkannt, wenn sie nicht im Widerspruch zu den entsprechenden zivilrechtlichen Bestimmungen Afghanistans stehen.‹, IPRax 1985, S. 165 = IPRspr. 1984 Nr. 154

AG Kulmbach. Az. 1 F 512/00 v. 28.10.03. ›EGBGB Artt. 6, 14, 17; GG Art. 103. Nach afgh. Recht kann der Ehemann die Scheidung durch Verstoßung (talaq) der Ehefrau erwirken. Er muss sie im Falle des Getrenntlebens hierüber unterrichten. Ein vorherige Anhörung der Ehefrau ist jedoch nicht erforderlich.‹, FamRZ 2004, S. 631-632 = Iprax 2004, S. 529-530 = IPRspr. 2003 Nr. 72

Böhmer, Christof. ›Der Ledigkeitsnachweis bei Angehörigen außereuropäischer Staaten. Anhand von Beispielen aus Afrika, Asien und Amerika‹, StAZ 1986, S. 273-278

Kampe, Petra. ›Eheschließung eines afghanischen Staatsangehörigen und einer deutsch/afghanischen Staatsangehörigen in Pakistan - Fachausschuss-Nr. 3821, verhandelt am 26. und 27. April 2007‹, StAZ 2008, S. 85-86

KG. Az. 3 UF 3906/00 v. 27.06.01. ›Afghan. ZGB Artt. 20, 21, 131, 135, 142, 143, 176, 183, 184, 191, 194; EGBGB Artt. 4, 14, 17; ZPO §§ 293, 606a. Das bisher geltende afghanische internationale Familienrecht wählte als Anknüpfungspunkt für die Scheidung gem. Artt. 20, 21 afghan. ZGB das Heimatrecht des Ehemannes. Dabei ist davon auszugehen, dass diese Anknüpfung durch die Einführung der Scharia seitens der Taliban nicht verändert wurde. Obwohl das afghan. ZGB dadurch nicht förmlich aufgehoben wurde, kann seine Geltung nicht allein aufgrund der Tatsache angenommen werden, dass es einmal gegolten hat. Das ehemals geltende afghan. ZGB sah die Möglichkeit einer Scheidung auch auf Antrag der Ehefrau vor. Dabei konnte das Gericht gem. Art. 135, Abs. 2, 2. Alt. afghan. ZGB die Verstoßung aussprechen. Ebenso anerkannt war die Verstoßungserklärung durch den Ehemann in Vertretung seiner Frau gem. Artt. 142, 143 afghan. ZGB. Außerdem exisiterte die Scheidung durch Selbst-Loskauf gem. Artt. 156 ff. afghan. ZGB, die Scheidung wegen eines Fehlers des Ehemannes gem. Artt. 176 ff. afghan. ZGB, die gerichtliche Scheidung wegen Schädigung gem. Artt. 183 ff. afgh. ZGB, die Scheidung wegen Nichtleistung des Unterhalts gem. Artt. 191 ff. afghan. ZGB sowie die Scheidung aufgrund Abwesenheit des Ehemannes gem. Artt. 194 ff. Eine Scheidung auf Antrag der Frau ist auch in anderen islamischen Eherechten sowohl der malekitischen als auch der hanefitischen Schule anerkannt.‹, IPRspr. 2001 Nr. 3 = FamRZ 2002, S. 166

Köln (Gutachten). ›Afghan. Verfassung Art. 102; afghan. ZGB Artt. 1 Nr. 2, 2, 20 Nr. 2 u. 3, 115, 118, 120, 122, 131, 183, 184, 191, 778; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 6, 15 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1. 1. Anknüpfung der Ehescheidung nach den Regeln des afghanischen internationalen Privatrechts. 2. Zur allgemeinen Rechtslage in Afghanistan. 3. Zum materiellen afghanischen Scheidungsrecht.‹, IPG 2003-2004 Nr. 18

Kraus, Helga. ›Eheschließung eines Deutschen und einer Afghanin im afghanischen Generalkonsulat in Pakistan. Fachausschuss-Nr. 3860, verhandelt am 13. und 14. November 2008‹, StAZ 2009, S. 279-280

Krömer, Karl. ›Wirksamkeit der Eheschließung von afghanischen Staatsangehörigen in Teheran‹, StAZ 2001, S. 115-116

Ksiks, Fadlallah. ›Wie man islamisch heiratet. Die islamische Ehe nach der Rechtsteilung von Qur'an und Sunna‹, Düsseldorf, 2010

OLG Hamburg. Az. 2 UF 91/99 v. 21.03.00. ›afgh. ZGB Artt. 117, 122, 135, 183, 186, 191; EGBGB Artt. 14, 17; ZPO §§ 539, 606a, 607, 608. Nach afghanischem Recht kann eine Ehe gem. Art. 183 afgh. ZGB geschieden werden, sofern die behauptete Verfehlung des Ehemannes nicht bewiesen werden kann und eine Aussöhnung durch einen Vermittler im Sinne des Art. 186 afgh. ZGB nicht gelingt. Für diesen nichtgerichtlichen Versöhnungsversuch ist ein Vermittler aus dem Verwandtenkreis der Parteien einzuschalten. Darüber hinaus kann eine Scheidung gem. Art. 191 afgh. ZGB auch dann erfolgen, wenn der Ehemann den Unterhalt nicht leistet.‹, IPRspr. 2000 Nr. 57 = FamRZ 2001, S. 1007

Unberath, Hannes. ›Scheidung durch talaq vor einem deutschen Gericht und Recht auf rechtliches Gehör‹, IPRax 2004, S. 515-519

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Freiburg/ Brsg. Az. 12 UR III 23/79 v. 26.02.80. ›Afgh. ZGB Artt. 17, 22; EGBGB Artt. 22, 30. 1. Zur Frage der Rückverweisung in Legitimationsfragen durch das afghanische IPR. 2. Nach afghanischem Recht sind Legitimation und Vaterschaftsanerkenntnis ausgeschlossen. Dieser Ausschluß verstößt gegen den deutschen ordre public.‹, IPRspr. 1980 Nr. 106A = StAZ 1981, S. 149

AG Karlsruhe. Az. UR III 26/07 v. 14.06.07. ›EGBGB Artt. 19 Abs. 1, BGB §§ 1592, 1594; PStG § 45 Abs. 1. Nach afghanischem Recht wird ein Kind, das innerhalb von 300 Tagen nach der Scheidung geboren wird, noch dem geschiedenen Ehemann zugeordnet, sodass dieser der Vater des Kindes ist.‹, FamRZ 2007, S. 1585-1586

AG Kassel. Az. 7 III 14/93 v. 17.02.95. ›Ein Vaterschaftsanerkenntnis kann nicht als Legitimanerkennung islamischen Rechts angesehen werden, wenn das Kind nicht ausdrücklich als legitimes Kind anerkannt wird und sich aus der Urkunde dadurch, daß der Vater als ledig bezeichnet wird, Hinweise auf die Nichtehelichkeit ergeben.‹, StAZ 1995, S. 295-296

AG Korbach. Az. 7 F 410/02 (SO) v. 06.09.02. ›MSA Artt. 2, 3, 8, 16; BGB §§ 1666, 1666a, 1628. Nach afghanischem Recht steht bei Töchtern, die das neunte Lebensjahr und Söhnen, die das siebente Lebensjahr vollendet haben, sowohl die Personensorge (Hizanat) als auch die väterliche Gewalt und Vormundschaft (Wilayat) kraft Gesetzes dem Vater der Kinder zu.‹, FamRZ 2003, S. 1496-1497

DIV-Gutachten v. 01.04.1982, Az. LA2. ›Vaterschaftsanerkennung durch Moslems‹, DAVorm 1983, S. 715-718

DIV-Gutachten v. 13.04.1994; Az. LA2. ›Afghanistan: Vaterschaftsanerkennung‹, ZfJ 1994, S. 434

LG Freiburg/ Brsg. Az. 4 T 36/80 v. 01.03.82. ›Ein nach islamisch-hanefitischem Recht zulässiges Vaterschaftsanerkenntnis kann eine legitimationsähnliche Wirkung herbeiführen, dies aber nur, wenn es die illegitime Abstammung des Kindes nicht erkennen läßt.‹, IPRspr. 1982 Nr. 97 = Justiz 1982, S. 294

LG Hamburg. Az. 301 T 226/97 v. 07.04.98. ›Afghan. ZBG Artt. 253, 254; MSA Artt. 1, 2, 8; EGBGB Art. 24; BGB §§ 1666, 1666a, 1674; FGG §§ 19, 20. Nach afghanischem Recht geht die väterliche Gewalt und Vormundschaft (wilayat) nach dem Tod des Vaters auf den Onkel des Kindes kraft Gesetzes über. Gem. Artt. 253, 254 afghan. ZGB steht dem Onkel während der Zeit, in der das Kind noch unter der Personensor-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

ge (hizanat) der Großmutter oder einer anderen weiblichen Verwandten steht, ein Mitentscheidungsrecht über den Aufenthalt zu‹, IPRax 1998, S. 490 = IPRspr. 1998 Nr. 100

B.IV.4. Erbrecht

Pattar, Andreas Kurt. ›Grundzüge des islamischen Erbrechts‹, ErbR 2009, S. 272-279

B.VI.3. Islam

AG Korbach. Az. 7 F 982/99 v. 09.03.01. ›Afghan. ZGB Art. 20; EGBGB Artt. 5 Abs. 1 S. 1, 14 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1 S. 1, ZPO §§ 606a Abs. 1 Nr. 2, 606 Abs. 2 S. 1. Nach dem ungeschriebenen Recht der hanafitischen Rechtsschule ist eine Ehe zu scheiden, wenn aufgrund einer unversöhnlichen Disharmonie zwischen den Parteien ein harmonischer Ehestand nicht möglich ist. Die Frau hat ein Recht auf Scheidung, wenn nach der Überzeugung des Qadi erwiesen ist, daß Eintracht zwischen den Ehegatten nicht möglich ist. Die Ehegatten müssen in ihrer Ehegemeinschaft die Gebote Gottes einhalten können. Das Gebot des Korans für die Ehemänner, ihren Frauen in Güte zu begegnen, macht es zu deren Pflicht, ihre Ehefrauen von den Ehebanden zu befreien, wenn wechselseitige Zuneigung und Liebe nicht erzielt werden kann. Wenn trotz der Unzufriedenheit der Frau der Mann sie nicht aus der Ehe entläßt, verstößt er gegen die Gebote des Korans. Die Ehe ist deshalb wegen der Mißachtung des heiligen Textes durch den Mann zu scheiden. Die Frau hat also das Recht auf Ehescheidung, wenn zur Überzeugung des Gerichts erwiesen ist, daß Harmonie zwischen den Ehegatten nicht aufrechterhalten werden kann. Es kommt nicht darauf an, ob der Ehemann im Unrecht ist, sondern nur darauf, ob eine harmonische Beziehung möglich ist oder nicht; der Grund für die Disharmonie ist unwesentlich. Der Qadi hat der Frau Rechtsschutz zu gewähren, indem er dem Ehemann befiehlt, sich von seiner Frau scheiden zu lassen. Kommt der Ehemann der Anordnung des Qadi nicht nach oder weigert er sich, die Scheidung zu beantragen, ist der Qadi befugt, die Scheidung im Namen des Ehemannes auszusprechen. Die Frau hat kein Recht auf Scheidung aufgrund eines vorübergehenden Impulses. Der Richter hat zu prüfen, ob ein ernsthaftes Zerwürfnis zwischen den Parteien vorliegt, auch wenn er nicht die Gründe für das Zerwürfnis zu ermitteln hat. Die Frau muß nicht beweisen, daß ihre Behauptungen zutreffen, sie hat nur nachzuweisen, daß ihre Ehe zerrüttet ist und daß Hoffnung auf Versöhnung nicht besteht.‹, IPRspr. 2001 Nr. 62 = FamRZ 2002, S. 612-613

Bälz, Kilian Rudolf. ›Islamisches Kreditwesen. Religion, Wirtschaft und Recht im Islam‹, ZVglRWiss 3 (2010), S. 272-292

Ebert, Hans-Georg. ›Die Qadrî-Pâshâ-Kodifikation. Islamisches Personalstatut der hanafitischen Rechtsschule‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 23, Frankfurt/ M. u.a., 2010

Kellner, Martin. ›Islamische Rechtsmeinungen zu medizinischen Eingriffen an den Grenzen des Lebens. Ein Beitrag zur kulturübergreifenden Bioethik‹, Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt, Bd. 29; zugl. Diss. Wien 2007, Würzburg, 2010

Rohe, Mathias. ›Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart‹, 2. Aufl., München, 2009

Yassari, Nadjma. ›Die islamische Brautgabe im deutschen Kollisions- und Sachrecht (zu BGH, 9.12.2009 - XII ZR 107/08, unten S. 85, Nr. 8)‹, IPRax 2011, S. 63-68

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.III. Internationale Zuständigkeit

Krüger, Hilmar. ›Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte zur Scheidung von Afghanen (insb. zu AG Bonn v. 21.2.1984, IPRax 1985, S. 165)‹, IPRax 1985, S. 151-152

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

AG Bonn. Az. 47 F 259/83 v. 21.02.84. ›Afgh. ZGB Artt. 140, 144, 146. Zu den Voraussetzungen der Ehescheidung nach afghanischem Recht. Scheidungsurteile deutscher Gerichte werden von den Behörden Afghanistans grundsätzlich dann anerkannt, wenn sie nicht im Widerspruch zu den entsprechenden zivilrechtlichen Bestimmungen Afghanistans stehen.‹, IPRax 1985, S. 165 = IPRspr. 1984 Nr. 154

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Ägypten

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

N.N. (Übers.). ›Zivilgesetzbuch. Präliminarartikel - Kapitel 1‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 14-25, Hamburg, Würzburg, 1999

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Menhofer, Bruno. ›Religiöses Recht und Internationales Privatrecht: dargestellt am Beispiel Ägypten‹, Heidelberger rechtsvergleichende und wirtschaftsrechtliche Studien, Bd. 24; zugl. Diss. Heidelberg 1993, Heidelberg, 1995

Nofal, P. M. ›Das Kollisionsrecht der wichtigsten arabischen Staaten‹, RiA 1971, S. 1-5

A.III.2.a. Vertragsrecht

Jung, Holger. ›Ägyptisches internationales Vertragsrecht‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 77; zugl. Diss. Hamburg 1999, Tübingen, 1999

Jung, Holger. ›Ägyptisches internationales Vertragsrecht‹, in: Herbert Kronke (Hrsg.) Islamisches und arabisches Recht als Problem der Rechtsanwendung, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 60; S. 37-61, Frankfurt/ M. u.a., 2001

A.III.2.b. Deliktsrecht

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 13‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Hoffmann, Bernd von. ›Außervertragliche Schuldverhältnisse: Art. 38 n.F. (Unerlaubte Handlungen), Rz. 90‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1992

A.III.2.c. Sonstige gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag; ungerechtfertigte Bereicherung)

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 13‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Marcks, Dietrich. ›Namensführung eines als Kind angenommenen Ägypters‹, StAZ 1984, S. 317

A.IV.3.b. Eherecht

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZGB Artt. 10-28, 875, 915; ägypt. Dekretgesetz Nr. 78 vom 12.5.1931 Artt. 99, 132; ägypt. Notargesetz Nr. 68 von 1947 i.d.F. des Gesetzes Nr. 629 von 1955 Art. 3; ägypt. Gesetz Nr. 100 von 1985 Art. 11; ägypt. Ma'dhonin-Verordnung vom 5.1.1955 Artt. 18, 19, 24, 33-38; ägypt. Gesetz Nr. 1/2000 Art. 17; liban. Dekretgesetz Nr. 60 vom 13.3.1936 i.d.F. Nr. 146 vom 18.11.1938 Art. 10; EGBGB Artt. 4, 5, 11, 13; BGB § 1310. 1. Formvorschriften im ägyptischen Eheschließungsrecht. 2. Urfi-Eheschließung und Registrierung von Ehen im ägyptischen Recht. 3. Nichtklagbarkeit nicht registrierter Ehen. 4. Qualifikation von Beweisvorschriften im Eheschließungsrecht‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 1, Frankfurt/ M., 2005

Iskander, Sameh. ›Hinkende Ehen zwischen islamischem Recht und europäischem internationalen Privatrecht. Dargestellt am Beispiel Deutschlands und Ägyptens‹, Schriftenreihe zum internationalen Einheitsrecht und zur Rechtsvergleichung, Bd. 9; zugl. Diss. Leipzig 2009, Hamburg, 2009

Jauß, Wolfgang. ›Wirksamkeit der in einer Moschee geschlossenen und im ägyptischen Generalkonsulat beurkundeten Ehe eines Ägypters und einer Tschechin‹, StAZ 2005, S. 111-112

OLG Koblenz. Az. 11 UF 722/92 v. 06.01.94. ›Koran Sure 60 Vers 10; EGBGB Artt. 17 Abs. 1 S. 1, 14 Abs.1. Im ägyptischen Recht besteht das Ehehindernis der Religionsverschiedenheit. Eine Ägypterin moslemischen Glaubens kann keine gültige Ehe mit einem Nichtmoslem schließen. Dieses Eheverbot gehört zum ägyptischen ordre public.‹, NJW-RR 1994, S. 647-648 = IPRspr. 1994 Nr. 76 = FamRZ 1994, S. 1262-1263

OLG München. Az. 4 UF 433/04 v. 26.07.05. ›Ägypt. Ges. über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanifitischen Ritus (ägypt. Ges.) Artt. 11, 12 Abs. 2, 17; EGBGB Artt. 14 Abs. 1 Nr. 2, 15, 220 Abs. 3 Satz 5; BGB §§ 119, 125, 313 Abs. 2, 1378 Abs. 1, 1408, 1410; ZPO §§ 513 Abs. 2, 621 Abs 1 Nr. 8. Mit der Vereinbarung einer Morgengabe bei einer islam. Trauung wird einer allgemeinen, d.h. länderübergreifend, im Islam verbreiteten Vorstellung Rechnung getragen, ohne dass damit zugleich eine ausschließliche Unterstellung gerade unter das Recht des Staats der Eheschließung verbunden ist. Die Eheschließung nach ägypt. Recht gibt das Recht auf die übliche Morgengabe (Artt. 11, 12 Abs. 2, 17 ägypt. Ges.). Sie ist keine güterrechtliche Regelung (7. Kap. ägypt. Ges.). Vermögensrechte werden durch die Eheschließung nicht berührt. Eine güterrechtliche Rechtswahl nach ägypt. Recht unterliegt keiner Formvorschrift und kann somit auch durch konkludentes Verhalten getroffen werden.‹, IPRspr. 2005 Nr. 46

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Heidelberg (Gutachten). v. 22.12.82. ›EGBGB Art. 22; ägypt. ZPO Art. 911. 1. Zum Adoptionsstatut nach ägyptischem IPR. 2. Das interreligiöse Privatrecht in Familiensachen. 3. Adoption und Vaterschaftsanerkenntnis im islamisch-hanafitischen Recht.‹, IPG 1982 Nr. 27

KG. Az. 3 UF 2406/80 v. 27.03.81. ›Ius Matrimoniale Orientalium, can. 105; ägypt. Ges. Nr. 462/1955 Art. 6 i.V.m. Ges. Nr. 147/1949 Art. 13. 1. Das ägyptische Recht verweist im Falle der Legitimation eines unehelichen Kindes durch die nachfolgende Ehe eines Ägypters und einer Deutschen nicht auf deutsches Recht zurück. 2. Erkennt das ägyptische Recht ausnahmsweise die Legitimation durch nachfolgende Eheschließung ägyptischer Bürger der koptisch-ka-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

tholischen Glaubensgemeinschaft an, so setzt dies voraus, daß die Ehe im religiösen Ritus geschlossen worden ist.‹, IPRspr. 1981 Nr. 116 = NJW 1982, S. 528

A.IV.4. Erbrecht

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. Staatsangehörigkeitsgesetz Artt. 10, 16. 1. Staatsangehörigkeit. 2. Verlust der ägyptischen Staatsangehörigkeit. 3. Erbstatut‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 6, Frankfurt/ M. u.a., 2005

Heidelberg (Gutachten). v. 22.04.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau und Kindern. 3. Zur islamisch-rechtlichen Brautgabe. 4. Das Erbhindernis der Religionsverschiedenheit.‹, IPG 1987-1988 Nr. 42

Köln (Gutachten). v. 13.05.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.; EGBGB Art. 6. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau, Kindern und Eltern. 3. Ehelichkeit eines nach dem Tode des Vaters geborenen Kindes. 4. Ausschluß des Ehegattenerbrechts im Scheidungsverfahren. 5. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung.‹, IPG 1987-1988 Nr. 43

LG Hamburg. Az. 302 T 8/99 v. 06.08.99. ›Ägypt. Testamentsrecht Art. 37; Ägypt. ZGB Art. 17 Abs. 1; EGBGB Artt. 4 Abs. 2, 6, 25 Abs. 2, 26; BGB §§ 133, 139, 208 Abs. 1, 1937, 2084, 2085, 2100 ff., 2231, 2232, 2253, 2084, 2085; FGG §§ 12, 15; ZPO § 293. Nach Art. 37 ägypt. Testamentsrecht kann nur über ein Drittel des Nachlasses testamentarisch verfügt werden. Gem. Art. 17 Abs. 1 ägypt. ZGB soll das Erbstatut das Heimatrecht des Erblassers sein. Art. 37 Abs. 2 ägypt. Testamentsrecht lässt Verfügungen zugunsten gesetzlicher Erben auch über den übersteigenden Drittteil hinaus grdsl. zu.‹, IPRspr. 1999 Nr. 96

Obergfell, Eva Inés. ›Ägyptisches Erbstatut und deutscher ordre public‹, ErbR 2008, S. 349-353

OLG Hamm. Az. 15 W 117/04 v. 28.02.05. ›EMRK Art. 14; ägypt. ZGB Art. 17; ägypt. Gesetz zum Erbrecht § 11; EGBGB Artt. 3 III, 6, 25; GG Artt. 3, 4, 14; BGB § 2369; FGG §§ 12, 16a, 19, 27, 29; KostO §§ 30 I, 131 II. Das ägyptische Recht nimmt in seiner Kollisionsnorm Art. 17 ZGB die deutsche Verweisung uneingeschränkt an. Die Amtsermittlungspflicht folgt im ägyptischen Recht aus § 12 FGG. Das ägyptische Recht sieht einen allseitigen interreligiösen Erbrechtsausschluss vor, diskriminiert also nicht eine bestimmte Religion. Es folgt damit der sunnitischen, genauer der hanafitischen Rechtsschule. Es kennt aufgrund des religiösen Geltungsanspruchs des Erbrechts keine gewillkürte Erbfolge, sondern lediglich die testamentarische Zuwendung von Vermächtnissen. Nichtmuslime sind von der Erbfolge ausgeschlossen.‹, FamRZ 2005, S. 1705-1711 = IPRspr. 2005 Nr. 78

Riering, Wolfgang. ›Der Erb- und Pflichtteilsverzicht im islamischen Rechtskreis‹, ZEV 1998, S. 455-457

A.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Jung, Holger. ›Ägyptisches internationales Vertragsrecht‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 77; zugl. Diss. Hamburg 1999, Tübingen, 1999

A.V.4. Gesellschaftsrecht

Kneip, Andreas. ›Geschäftsführungsverträge im Internationalen Privatrecht. Die Stellung des Geschäftsführers im Spannungsverhältnis zwischen Internationalem Gesellschaftsrecht und Arbeitsrecht‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 28, München, 1983

A.VI. Fragen des allgemeinen Teils, des interlokalen, des intertemporalen und des interpersonalen Rechts

AG Bielefeld. Az. 3 III 325/78 v. 17.08.79. ›Ägypt. Gesetz Nr. 462/1955 Art. 6; hanefitisches GB Art. 350; orientalisch-kath. Kodex Motu Proprio can. 105, 106; CIC can. 1116, 1117; EGBGB Artt. 13 Abs. 3, 22; PStG § 31. 1. Die Legitimation des vorehelichen Kindes einer deutschen Mutter und eines ägyptischen Vaters richtet sich nach ägyptischem Recht. 2. Ist die Mutter römisch-katholischer Konfession, der Vater koptischer Christ, so gilt nicht das hanefitische Recht. Vielmehr tritt die Legitimation nach orientalisch-katholischem Kirchenrecht ein.‹, IPRax 1981, S. 179-180

Börner, Andreas. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer zivilrechtlicher Titel in Syrien mit Hinweisen auf das Recht anderer arabischer Staaten und Schlußfolgerungen für die Behandlung syrischer zivilrechtlicher Titel in Deutschland‹, Abhandlungen zum Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 38; zugl. Diss. München 1994, Heidelberg, 1996

Heidelberg (Gutachten). v. 22.12.82. ›EGBGB Art. 22; ägypt. ZPO Art. 911. 1. Zum Adoptionsstatut nach ägyptischem IPR. 2. Das interreligiöse Privatrecht in Familiensachen. 3. Adoption und Vaterschaftsanerkenntnis im islamisch-hanafitischen Recht.‹, IPG 1982 Nr. 27

Heidelberg (Gutachten). v. 22.04.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau und Kindern. 3. Zur islamisch-rechtlichen Brautgabe. 4. Das Erbhindernis der Religionsverschiedenheit.‹, IPG 1987-1988 Nr. 42

Jung, Holger. ›Ägyptisches internationales Vertragsrecht‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 77; zugl. Diss. Hamburg 1999, Tübingen, 1999

Köln (Gutachten). v. 13.05.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.; EGBGB Art. 6. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau, Kindern und Eltern. 3. Ehelichkeit eines nach dem Tode des Vaters geborenen Kindes. 4. Ausschluß des Ehegattenerbrechts im Scheidungsverfahren. 5. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung.‹, IPG 1987-1988 Nr. 43

Wähler, Klaus. ›Internationales Privatrecht und interreligiöses Kollisionsrecht (zu AG Bielefeld 17.08.1979, IPRax 1981, S. 179)‹, IPRax 1981, S. 163-164

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Baumann, Herbert/ Ebert, Matthias (Hrsg.). ›Die Verfassungen der Mitgliedsländer der Liga der Arabischen Staaten‹, Verfassungen der Länder Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens, Bd. 1, Berlin, 1995

Ebert, Hans-Georg/ Salama, Ibrahim (Übers.). ›Ägypten. Rechtliche Bestimmungen zum Verfahren der Eheschließung und Verstoßung‹, StAZ 2011, S. 83-91

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

Krüger, Hilmar. ›Arabische Staaten: Das Recht der Forderungsabtretung‹, BfAI AWSt Nr. A-7/91, 2. Aufl., Köln, 1991

Krüger, Hilmar. ›Arabische Staaten: Das Recht der Forderungsabtretung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4832, 4. Aufl., Köln, Berlin, 1996

Stark, Eslah H. (Übers.). ›Gesetz Nr. 354/1954 über den Schutz des Urheberrechts, in der Fassung vom 21. April 1994‹, GRUR Int. 1995, S. 573-579

B.I.3.a. Ratifikation

Piltz, Burghard. ›Internationales Kaufrecht. Das UN-Kaufrecht (Wiener Übereinkommen von 1980 in praxisorientierter Darstellung)‹, München, 1993

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Bälz, Kilian. ›Europäisches Privatrecht jenseits von Europa? Zum fünfzigjährigen Jubiläum des ägyptischen Zivilgesetzbuches (1948)‹, ZEuP 2000, S. 51-76

Krüger, Hilmar. ›Überblick über das Zivilrecht der Staaten des ägyptischen Rechtskreises‹, Recht van de Islam 14 (1997), S. 67-131

B.III.1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Grabau, Fritz-René/ Hundt, Irina. ›Ägypten - Moderne Entwicklung des Rechts.„Abd ar-Razzaq Ahmad as-Sanhuri“ (1895-1971) - Begründer der modernen ägyptischen Rechtswissenschaft‹, ZfRV 44 (2003), S. 12-17

B.III.2.a. Vertragsrecht

Bälz, Kilian. ›Die „Islamisierung“ des Rechts in Ägypten und Libyen: Islamische Rechtsetzung im Nationalstaat‹, RabelsZ 62 (1998), S. 437-463

Böckstiegel, Karl-Heinz (Hrsg.). ›Vertragspraxis und Streiterledigung im Wirtschaftsverkehr mit arabischen Staaten‹, Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Schiedsgerichtswesen, Bd. 2, Köln u.a., 1981

Bucksch, Georg. ›Die Mängelhaftung der Bauunternehmer in Frankreich und in den Arabischen Staaten‹, RIW/AWD 1984, S. 437-440

Diem, Werner. ›Arabischer Terminkauf: Ein Beitrag zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte Ägyptens im 8. bis 14. Jahrhundert‹, Wiesbaden, 2007

Fetih, Almontasser. ›Die zivilrechtliche Haftung bei Vertragsverhandlungen. Eine rechtsvergleichende Studie zum deutschen, französischen, ägyptischem und islamischen Recht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 54; zugl. Diss. Regensburg 1999/2000, Frankfurt/ M., 2000

Kemke, Andreas H. E. ›Privatautonome Rechtsgestaltung im modernen Staat: Stiftungen in Ägypten, Deutschland und der Schweiz‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 99; zugl. Diss. Erlangen-Nürnberg 1996, Berlin, 1998

Klaiber, Sven/ Ranjbar, Reza. ›Die Forderungsabtretung in den MENA-Staaten‹, RIW/AWD 2007, S. 522-529

Krüger, H. ›Zum Recht der Forderungsabtretung in der arabischen Welt‹, in: FS Ulrich Spellenberg (2010), S. 605-617

Lohlker, Rüdiger. ›Schari'a und Moderne: Diskussionen zum Schwangerschaftsabbruch, zur Versicherung und zum Zinswesen‹, Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes, Bd. 51, Stuttgart, 1996

Samson-Himmelstjerma, Rene von. ›Vertriebsverträge in Ägypten‹, in: Michael Martinek/ Franz-Jörg Semler/ Stefan Habermeier (Hrsg.), Handbuch des Vertriebsrechts, S. 1197-1208, 2. Aufl., München, 2003

Seifert, Jörg. ›Rücktritt wegen Nichterfüllung nach dem Vertragsrecht arabischer Staaten‹, RIW/AWD 1998, S. 464-468

Yassari, Nadjma. ›Die Vertragsfreiheit im islamischen Recht und im zeitgenössischen Recht islamischer Länder‹, IJVO 14 (2007), S. 1-16

B.III.2.b. Deliktsrecht

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungs-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

möglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

LG Frankfurt/ M. Az. 2-01 S 182/01 v. 16.12.05. ›WAH Artt. 17, 22, 24, 25; ägypt. ZGB Artt. 163, 174 f., 221 f.; ägypt. HGB Artt. 22 I, 25; EGBGB Artt. 28, 40; BGB § 651a; LuftVG § 49 1, 51; ZPO §§ 412, 529, 531. Eine unerlaubte Handlung nach Art. 163 ägypt. ZGB liegt vor, wenn jemand die von einer Durchschnittsperson zu beachtenden allgemeinen Sorgfaltspflichten außer Acht gelassen und den Geschädigten durch eine rechtlich missbilligte Gefahr körperlich verletzt hat. Diese wird dem Arbeitgeber nach Artt. 174 f. ägypt. ZGB zugerechnet, wenn die Verletzung während oder auf Grund der Verrichtung der Arbeit eingetreten ist und der Schädiger vom Arbeitgeber beaufsichtigt wurde. Die infolge der Verletzungshandlung eingetretenen materiellen und immateriellen Schäden sind nach Artt. 221 f. ägypt. ZGB zu ersetzen, wobei das ägypt. Recht begrifflich nicht zwischen den Schadensarten unterscheidet und namentlich kein Schmerzensgeld kennt. Gem. Art. 221 ägypt. ZGB sind auch unmittelbare Verluste zu entschädigen. Die Schätzung des entsprechenden Schadensersatzanspruchs der Höhe nach liegt im Ermessen des Gerichts. Dabei sind die persönlichen Umstände des Geschädigten, aber auch die des Schädigers, sowie das Ausmaß der Schädigung zu berücksichtigen. Die Artt. 292 und 287 des ägypt. HGB setzen eine Haftungshöchstgrenze von 150.000 L.E. fest. In Ägypten ist ein Zinsanspruch nicht ausgeschlossen.‹, NJW-RR 2006, S. 704-706 = IPRspr. 2005 Nr. 32

B.III.3. Sachenrecht

KG. Az. 10 U 286/05 v. 16.10.06. ›Ägypt. Ges. Nr. 117/1983 für den Schutz von archäologischen Gegenständen Artt. 1, 6, 26 Satz 1; EGBGB Artt. 6, 43 Abs. 1; BGB §§ 861 Abs. 1, 985, 1007 Abs. 1; ZPO §§ 286, 293, 294, 415, 417, 418, 437 Abs. 1, 935, 940. Nach Art. 6 des ägypt. Ges. Nr. 117/1983 für den Schutz von archäologischen Gegenständen sind alle archäologischen Gegenstände als öffentliches Eigentum anzusehen, mit Ausnahme von awqaf (Anwesen religiöser Stiftungen). Nach Art. 26 Satz 1 des ägyp. Ges. Nr. 117/1983 hat die Behörde für bewegliche Monumente Register über Antiquitäten zu führen. Art. 1 des ägypt. Ges. Nr. 117/1983 definiert den Begriff der Antiquität. Der Zeitpunkt der Registrierung als Antiquität richtet sich nach Art. 26 Satz 1 des ägypt. Ges. Nr. 117/1983.‹, IPRspr. 2006 Nr. 42

Riedel, Jürgen/ Pollak, Christian. ›Recht und Entwicklung, rechtliche Rahmenbedingungen privatwirtschaftlicher Tätigkeit in Entwicklungsländern‹, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 75, München, Köln, London, 1986

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

BGH. Az. XII ZR 266/91 v. 07.04.93. ›Ägypt. BGB Art. 44 Abs. 2; EGBGB Artt. 3, 19 a.F. Nach ägypt. Recht tritt die Volljährigkeit mit Vollendung des 21. Lebensjahres ein.‹, WM 1993, S. 1600-1602

Jauß, Wolfgang. ›Ehename nach Eheschließung einer Deutschen mit einem Ägypter‹, StAZ 2001, S. 303

LG Essen. Az. 7 T 626/97 v. 29.01.98. ›Ägypt. Gesetzbuch über das Personenrecht und die Erbfolge nach hanefitischem Ritus Artt. 494 ff; EGBGB Artt. 10, 14 Abs. 1 Nr. 1, 19 Abs. 2. Nach libanesisch-hanefitischem Recht entfällt das Recht des Vaters, den Vornamen des Kindes zu bestimmen, nicht durch die Tatsache, daß der Vater keinen Kontakt zu seinem Kind während der ersten sieben Lebensjahre hat, da nach hanefitischen Recht nach Ablauf der „hadanah" der „hadine" fortzunehmen und an den vom Vater bestimmten Aufenthaltsort zu bringen ist‹, IPRax 1999, S. 50 (LS) = IPRspr. 1998 Nr. 11

Mengringhaus, Ingo. ›Ägyptisches Namensrecht‹, StAZ 1996, S. 342

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Büchler, Andrea. ›Das islamische Familienrecht: Eine Annäherung. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des klassischen islamischen Rechts zum geltenden ägyptischen Familienrecht‹, Abhandlungen zum Familienrecht, Bd. 1, Bern, 2003

El Akrat, Hany. ›Möglichkeiten und Grenzen der familienrechtlichen Gestaltung nach ägyptischem Recht mit einem Ausblick auf das deutsche Recht‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 762; zugl. Diss. Erlangen-Nürnberg 2009, München, 2009

Ertl, Andrea. ›Warum Ägypten? Spurensuche einer österreichischen Familienrichterin in der Scharia. Teil 1‹, ÖRZ 2009, S. 28-31

Ertl, Andrea. ›Warum Ägypten? Spurensuche einer österreichischen Familienrichterin in der Scharia. Teil 2‹, ÖRZ 2009, S. 55-58

Ertl, Andrea. ›Warum Ägypten? Spurensuche einer Österreichischen Familienrichterin in der Scharia. Teil 3‹, ÖRZ 2009, S. 77-82

Lohlker, Rüdiger. ›Islamisches Familienrecht‹, 1. Methodologische Studien zum Recht malikitischer Schule in Vergangenheit und Gegenwart, Göttinger Forum für Arabistik, Bd. 1, Göttingen, 2002

Rohe, Mathias. ›Das neue ägyptische Familienrecht. Auf dem Weg zu einem zeitgemäßen Islamischen Recht‹, StAZ 2001, S. 193-207

Saad, Wagih. ›Grundzüge des ägyptischen Ehe- und Kindschaftsrechts‹, StAZ 1983, S. 153-164

B.IV.3.b. Eherecht

AG Mannheim. Az. 1A F 29/96 v. 29.07.97. ›Ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25 v. 1929 betreffend einige Fragen des Personenrechts Art. 6; EGBGB Artt. 14 Abs. 1 Nr. 2, 17 Abs. 1; BGB § 1565 Abs. 1; ZPO §§ 606 Abs. 2 Satz 1, 606a Abs. 1 Nr. 1. Eine einverständliche Scheidung ist nach ägypt. Recht möglich. Eine streitige Scheidung auf Antrag der Ehefrau ist nach Art. 6 des ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25 zwar ebenfalls möglich, setzt aber voraus, dass die Ehefrau Verfehlungen des Ehemannes beweisen kann, die das gemeinschaftliche Leben zwischen den Eheleuten unmöglich gemacht haben.‹, IPRspr. 1997 Nr. 75

AG Solingen. Az. 16 F 909/79 v. 02.03.83. ›Ägypt. ZGB Art. 13 Abs. 1; ägypt. Ges. Nr. 25/1929 Artt. 1, 16; ägypt. Ges. Nr. 462/1955 Art. 6 Abs. 2; ägypt. Ges. Nr. 25/1920 i.d.F. durch Ges. Nr. 44/1979 Artt. 1, 2, 6 b, 18 a. Im ägypt. Recht bestimmen sich nach Art. 13 Abs. 1 ZGB die Wirkungen der Ehe, also auch die Ansprüche auf ehelichen Unterhalt, nach dem Heimatrecht des Ehemannes zur Zeit der Heirat. Im ägypt. Recht richtet sich das anzuwendende Recht bei dem zu den Angelegenheiten des Personalstatuts zählenden ehelichen Unterhaltsrecht nach der Religionszugehörigkeit der Betroffenen. Gemäß Art. 16 Gesetz Nr. 25/1929 ist die Höhe des ehelichen Unterhalts nach der finanziellen Lage des Ehemannes zur Zeit der Unterhaltsfälligkeit festzusetzen. Der Unterhalt muß angemessen sein und beschränkt sich nur bei Armut des Ehemannes auf Deckung der nur notwendigen Bedürfnisse der Ehefrau.‹, IPRax 1984, S. 102-103 = IPRspr. 1983 Nr. 52

Bälz, Kilian. ›Die „Islamisierung" des Rechts in Ägypten und Libyen: Islamische Rechtsetzung im Nationalstaat‹, RabelsZ 62 (1998), S. 437-463

Bälz, Kilian. ›Eheauflösung aufgrund von Apostasie durch Popularklage: der Fall Abu Zayd (zu Appellationsgericht Kairo, 14.6.1995 - E. 287/111)‹, IPRax 1996, S. 353-356

BayObLG. Az. BReg. 1 Z 41/81 v. 30.11.81. ›FamRÄndG Art. 7 §§ 1, 2; EGBGB Artt. 17, 30; ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25 v. 10.3.1929 ergänzt durch das Ges. Nr. 44 v. 17.6.1979 Art. 5 a. Eine private Ehescheidung nach ägyptisch-hanefitischem Recht (Verstoßung/talaq), die ohne Wissen und gegen Willen der in Deutschland befindlichen Ehefrau in Ägypten durchgeführt worden ist und der die Ehefrau im Anerkennungsverfahren widersprochen hat, ist nicht anerkennungsfähig, wenn die Ehefrau selbst die Scheidung vor einem dt. Gericht erstrebt.‹, IPRspr. 1981 Nr. 193 = BayObLGZ 1981, 353 = IPRax 1982, S. 104 = FRES 11, 256 = NJW 1982, S. 1949 (LS) = FamRZ 1982, S. 296 = Bay.JMBl. 1982, S. 47

BGH. Az. XII ZR 220/92 v. 09.02.94. ›Ägypt. ZGB Art. 12; Einheitliches Familienrecht für alle christlichen Konfessionen in Ägypten § 21; EGBGB Art. 18 Abs. 1 S. 1; BGB §§ 1361 Abs. 3, 1579 Nr. 2 bis Nr. 7. Die vor dem dt. Standesbeamten geschlossene Ehe ist sowohl nach ägypt. Zivilrecht als auch nach koptischem Kirchenrecht absolut ungültig, wenn nicht der eine Ehegatte seine vorangegangene Ehe durch kirchliche Scheidung beendet und somit eine gültige (für ihn zweite) Ehe herbeiführt.‹, IPRspr. 1994 Nr. 88 = BGHWarn 1994 Nr. 40 = NJW-RR 1994, S. 644-645 = FamRZ 1994, S. 558-589

Diener, G. ›Zur Scheidung deutsch-ägyptischer Ehen nach deutschem Recht. Zur Religionsverschiedenheit als Ehehindernis nach ägyptischem Recht‹, FamRZ 1994, S. 1262-1263

Ebert, Hans-Georg. ›Das Personalstatut arabischer Länder. Problemfelder, Methoden, Perspektiven. Ein Beitrag zum Diskurs über Theorie und Praxis des islamischen Rechts‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 7, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Ebert, Hans-Georg/ Salama, Ibrahim. ›Zum Verfahren der Eheschließung und Verstoßung in Ägypten‹, StAZ 2011, S. 74-76

Elwan, Omaia. ›Die Form von zwischen Ägyptern und Deutschen in Ägypten geschlossenen Ehen aus dem Blickwinkel des deutschen Kollisionsrechts‹, in: FS Erik Jayme (2004), S. 153-168, München, 2004

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875 ff., 915; ägypt. Gesetz Nr. 25 vom 23.2.1944 Art. 1; ägypt. Gesetz Nr. 77 vom 06.08.1943 Art. 7; ägypt. Intestaterbgesetz Art. 11; EGBGB Artt. 6, 15, 25, 30, 220; GG Artt. 3, 117; RuStAG § 4; FGG § 72, 73; BGB §§ 1371, 2369. 1. Koptisches Erbrecht. 2. Mahr/Brautgabe. 3. Benachteiligung weiblicher Erben und ordre public. 4. Erbrechtlicher Ausgleich des Zugewinns‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 5, Frankfurt/ M. u.a., 2005

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZGB Artt. 13, 14, 15; ägypt. Gesetz Nr. 100/ 1985 Art. 18; ägypt. Gesetz Nr. 20/1920 Artt. 1, 20; EGBGB Art. 14. 1. Mahr/ Brautgabevereinbarung. 2. Wahl des deutschen Rechts als Ehegüterstatut‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 4, Frankfurt/ M. u.a., 2005

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZGB Artt. 10-28, 875, 915; ägypt. Dekretgesetz Nr. 78 vom 12.5.1931 Artt. 99, 132; ägypt. Notargesetz Nr. 68 von 1947 i.d.F. des Gesetzes Nr. 629 von

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

1955 Art. 3; ägypt. Gesetz Nr. 100 von 1985 Art. 11; ägypt. Ma'dhonin-Verordnung vom 5.1.1955 Artt. 18, 19, 24, 33-38; ägypt. Gesetz Nr. 1/2000 Art. 17; liban. Dekretgesetz Nr. 60 vom 13.3.1936 i.d.F. Nr. 146 vom 18.11.1938 Art. 10; EGBGB Artt. 4, 5, 11, 13; BGB § 1310. 1. Formvorschriften im ägyptischen Eheschließungsrecht. 2. Urfi-Eheschließung und Registrierung von Ehen im ägyptischen Recht. 3. Nichtklagbarkeit nicht registrierter Ehen. 4. Qualifikation von Beweisvorschriften im Eheschließungsrecht‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 1, Frankfurt/ M., 2005

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›EMRK Artt. 9, 14; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBürgR) Artt. 18, 26; ägypt. ZGB vom 16.7.1948 Artt. 14, 17, 875, 915; ägypt. Intestaterbgesetz Nr. 77 vom 6.8.1943 Artt. 7, 19; ägypt. Gesetz Nr. 462/1955 Art. 6; ägypt. Dekretgesetz Nr. 25 von 1929 Art. 19; EGBGB Artt. 6, 15, 25, 220; GG Artt. 3, 4; FGG §§ 72, 73; BGB §§ 1371, 2369. 1. Ägyptisches Erbrecht. 2. Erbhindernis der Religionsverschiedenheit. 3. Mahr/Brautgabe‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 3, Frankfurt/ M., 2005

Forstner, Martin. ›Änderungen im ägyptischen Eherecht‹, StAZ 1986, S. 130-134

Heidelberg (Gutachten). v. 22.04.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau und Kindern. 3. Zur islamischrechtlichen Brautgabe. 4. Das Erbhindernis der Religionsverschiedenheit.‹, IPG 1987-1988 Nr. 42

Iskander, Sameh. ›Hinkende Ehen zwischen islamischem Recht und europäischem internationalen Privatrecht. Dargestellt am Beispiel Deutschlands und Ägyptens‹, Schriftenreihe zum internationalen Einheitsrecht und zur Rechtsvergleichung, Bd. 9; zugl. Diss. Leipzig 2009, Hamburg, 2009

Kissner, Peter. ›Eheschließung einer Deutschen mit einem ägyptischen Staatsangehörigen in Ägypten‹, StAZ 2005, S. 299-300

Köln (Gutachten). v. 13.05.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.; EGBGB Art. 6. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau, Kindern und Eltern. 3. Ehelichkeit eines nach dem Tode des Vaters geborenen Kindes. 4. Ausschluß des Ehegattenerbrechts im Scheidungsverfahren. 5. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung.‹, IPG 1987-1988 Nr. 43

Krüger, Hilmar. ›Allgemeine Ehewirkungen im Recht der orientalischen Staaten. Zugleich eine Anmerkung zu Aufregungen über eine Richterin‹, FamRZ 2008, S. 649-656

Ksiks, Fadlallah. ›Wie man islamisch heiratet. Die islamische Ehe nach der Rechtsteilung von Qur'an und Sunna‹, Düsseldorf, 2010

Marcks, Dietrich. ›Das Gesetzbuch über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanefitischen Ritus von 1875 in der heute geltenden Fassung, das für die mohammedanische Bevölkerung Ägyptens maßgebend ist, beinhaltet sowohl religiöses als auch staatliches Recht. Nach koranischer Lehre ist die Ehe ein Versprechen und ein Vertrag.‹, StAZ 1994, S. 198-200

OLG Koblenz. Az. 11 UF 722/92 v. 06.01.94. ›Koran Sure 60 Vers 10; EGBGB Artt. 17 Abs. 1 S. 1, 14 Abs.1. Im ägyptischen Recht besteht das Ehehindernis der Religionsverschiedenheit. Eine Ägypterin moslemischen Glaubens kann keine gültige Ehe mit einem Nichtmoslem schließen. Dieses Eheverbot gehört zum ägyptischen ordre public.‹, NJW-RR 1994, S. 647-648 = IPRspr. 1994 Nr. 76 = FamRZ 1994, S. 1262-1263

OLG München. Az. 4 UF 433/04 v. 26.07.05. ›Ägypt. Ges. über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanifitischen Ritus (ägypt. Ges.) Artt. 11, 12 Abs. 2, 17; EGBGB Artt. 14 Abs. 1 Nr. 2, 15, 220 Abs. 3 Satz 5; BGB §§ 119, 125, 313 Abs. 2, 1378 Abs. 1, 1408, 1410; ZPO §§ 513 Abs. 2, 621 Abs 1 Nr. 8. Mit der Vereinbarung einer Morgengabe bei einer islam. Trauung wird einer allgemeinen, d.h. länderübergreifend, im Islam verbreiteten Vorstellung Rechnung getragen, ohne dass damit zugleich eine ausschließliche Unterstellung gerade unter das Recht des Staats der Eheschließung verbunden ist. Die Eheschließung nach ägypt. Recht gibt das Recht auf die übliche Morgengabe (Artt. 11, 12 Abs. 2, 17 ägypt. Ges.). Sie ist keine güterrechtliche Regelung (7. Kap. ägypt. Ges.). Vermögensrechte werden durch die Eheschließung nicht berührt. Eine güterrechtliche Rechtswahl nach ägypt. Recht unterliegt keiner Formvorschrift und kann somit auch durch konkludentes Verhalten getroffen werden.‹, IPRspr. 2005 Nr. 46

Rohe, Mathias. ›Eheschließung in islamischen Staaten - Prüfung der Wirksamkeit durch deutsche Behörden‹, StAZ 2006, S. 93-101

Scholz, Peter. ›Islam-rechtliche Eheschließung und deutscher ordre public‹, StAZ 2002, S. 321-334

VwGH. Az. ZI 89/01/0276 v. 30.01.91. ›Die Voraussetzungen der Eheschließung und die Gültigkeit einer Ehe in Ägypten.‹, ZfRV 33 (1992), S. 224-230 m. Anm. Hoyer

Wurmnest, Wolfgang. ›Die Mär von der mahr. Zur Qualifikation von Ansprüchen aus Brautvergabevereinbarungen‹, RabelsZ 2007, S. 527-558

Yassari, Nadjma. ›Das Eheverständnis im Islam und in ausgewählten islamischen Ländern‹, FamRZ 2011, S. 1-3

Yehia, Abdelwadoud. ›Neue Aspekte im islamischen Recht: Änderungen im ägyptischen Ehegesetz: Die Scheidung‹, in: Studien zum islamischen Recht, Veröffentlichungen der Kommission für Europarecht, Internationales und ausländisches Privatrecht, Nr. 2, S. 31-37, Wien, 1983

Zinke, Kurt. ›Art. 13 Abs. 3 EGBGB und § 15a EheG; konsularische Eheschließung zwischen Ägypter und Syrerin in der Bundesrepublik‹, StAZ 1982, S. 181-182

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Bielefeld. Az. 3 III 325/78 v. 17.08.79. ›Ägypt. Gesetz Nr. 462/1955 Art. 6; hanefitisches GB Art. 350; orientalisch-kath. Kodex Motu Proprio can. 105, 106; CIC can. 1116, 1117; EGBGB Artt. 13 Abs. 3, 22; PStG § 31. 1. Die Legitimation des vorehelichen Kindes einer deutschen Mutter und eines ägyptischen Vaters richtet sich nach ägyptischem Recht. 2. Ist die Mutter römisch-katholischer Konfession, der Vater koptischer Christ, so gilt nicht das hanefitische Recht. Vielmehr tritt die Legitimation nach orientalisch-katholischem Kirchenrecht ein.‹, IPRax 1981, S. 179-180

AG Solingen. Az. 16 F 1000/80 v. 29.03.82. ›StaatsangehörigkeitenG Nr. 26/1975 der Verein. Arab. Rep. Art. 2 Nr. 1; GB über das PersonensorgeR u. die Erbfolge nach hanefitischem Ritus Art. 130 Abs. 2. 1. Nach religiösem islamitischen Recht hanefitischer Schule steht dem Vater auch nach der Scheidung das Recht zu, für die Kinder alle rechtlich bedeutsamen Entscheidungen zu treffen, während der Mutter nur die tatsächliche Personensorge, die das Aufenthaltsbestimmungsrecht nicht umfaßt, zusteht. 2. Gemäß Art. 2 Nr. 1 StaatsangehörigkeitenG Nr. 26/1975 der Verein. Arab. Rep. erwerben eheliche Kinder eines ägypt. Vaters die ägypt. Staatsangehörigkeit. Gehört der Vater der islamitischen Glaubensrichtung an, so gelten die Kinder als Muslime gemäß Art. 130 Abs. 2 d. GB über das PersonensorgeR u. die Erbfolge nach hanefitischem Ritus.‹, IPRspr. 1982 Nr. 78 = FamRZ 1982, S. 738

DIV-Gutachten v. 03.08.1978 (I),/ 19.05.1980 (II), 10.08.1981 (III),/ 19.06.1984 (IV), Az LA 1. ›Legitimation durch Anerkennung nach ägyptischem (islam.) Recht, Erbunwürdigkeit wegen Tötung des Erblassers‹, DAVorm 1984, S. 878-886

DIV-Gutachten v. 03.08.1983, Az. LA 1. ›Anerkennung durch einen islamischen Vater‹, DAVorm 1983, S. 804-806

DIV-Gutachten v. 21.11.1988, Az. LA 1. ›Ägypten/ Indonesien: Anerkennung der Vaterschaft durch einen indonesischen Kindesvater zu einem von einer ägyptischen Staatsangehörigen in Deutschland geborenen Kinde, Mutterschaftsanerkennung (ZfJ 1987/ 26)‹, ZfJ 1989, S. 132

DIV-Gutachten v. 27.10.1988, Az. IA/ 2.110. ›Legitimation durch gemischt-nationales (ägyptisch/deutsches) Ehepaar ohne gemeinsamen Aufenthalt, Einbenennung, Legitimanerkennung, Unterhaltsanspruch und Sorgerecht, Anrechnung einer Kinderzulage; Art. 21, 14, 10 EGBGB‹, ZfJ 1989, S. 132-134

DIV-Gutachten v. 29.01.1992, Az. LA1. ›Ägypten: Vaterschaftsanerkennung eines Ägypters‹, ZfJ 1992, S. 343

Gallala, Imen. ›Personensorge einer christlichen Mutter für ihre muslimischen Kinder‹, StAZ 2010, S. 235-240

Heidelberg (Gutachten). v. 22.04.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau und Kindern. 3. Zur islamischrechtlichen Brautgabe. 4. Das Erbhindernis der Religionsverschiedenheit.‹, IPG 1987-1988 Nr. 42

Heidelberg (Gutachten). v. 22.12.82. ›EGBGB Art. 22; ägypt. ZPO Art. 911. 1. Zum Adoptionsstatut nach ägyptischem IPR. 2. Das interreligiöse Privatrecht in Familiensachen. 3. Adoption und Vaterschaftsanerkenntnis im islamisch-hanafitischen Recht.‹, IPG 1982 Nr. 27

Illner, Renate. ›Familienname des nichtehelichen Kindes einer peruanischen Staatsangehörigen; Vaterschaftsanerkenntnis durch einen Ägypter‹, StAZ 1997, S. 215-216

KG. Az. 3 UF 2406/80 v. 27.03.81. ›Ius Matrimoniale Orientalium, can. 105; ägypt. Ges. Nr. 462/1955 Art. 6 i.V.m. Ges. Nr. 147/1949 Art. 13. 1. Das ägyptische Recht verweist im Falle der Legitimation eines unehelichen Kindes durch die nachfolgende Ehe eines Ägypters und einer Deutschen nicht auf deutsches Recht zurück. 2. Erkennt das ägyptische Recht ausnahmsweise die Legitimation durch nachfolgende Eheschließung ägyptischer Bürger der koptisch-katholischen Glaubensgemeinschaft an, so setzt dies voraus, daß die Ehe im religiösen Ritus geschlossen worden ist.‹, IPRspr. 1981 Nr. 116 = NJW 1982, S. 528

Köln (Gutachten). v. 13.05.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.; EGBGB Art. 6. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau, Kindern und Eltern. 3. Ehelichkeit eines nach dem Tode des Vaters geborenen Kindes. 4. Ausschluß des Ehegattenerbrechts im Scheidungsverfahren. 5. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung.‹, IPG 1987-1988 Nr. 43

OLG Koblenz. Az. 11 UF 771/03 v. 04.08.05. ›Ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25 Art. 20; ägypt. Gesetzbuch über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanefitischen Ritus v. 10. 3. 1929 (hanefit. Ges.) Artt. 365, 380, 381, 384 420; EGBGB Artt. 4, 6, 21; BGB § 1696 Abs. 1; FGG § 16a Nr. 4; GG Art. 3 Abs. 2 Satz 1, 4, 6;

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

StAG § 4 Abs. 1 Satz 1; ZPO §§ 261 Abs. 3 Nr. 2, 606a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 621, 621e, 629a Abs. 2 Satz 1. In Ägypt. besteht - wie in allen islam. Rechtsordnungen - während der Ehe und auch nach ihrer Auflösung eine Aufspaltung des Rechts der elterlichen Sorge einerseits in Erziehungsgewalt und die Vermögenssorge (wilayat) sowie andererseits in die Personensorge. Während die wilayat dem Vater zufällt (Artt. 365, 420 hanefit. Ges.), steht die hadanah vorrangig der Mutter oder bei deren Verhinderung den - weiblichen - Verwandten des Kindes der mütterlichen Linie nach näher bestimmter Rangfolge zu (Art. 380 hanefit. Ges.). Das Recht der hadanah endet bei Mädchen mit der Vollendung des 12. Lebensjahrs, wobei der Richter eine Verlängerung bis zur Verheiratung bestimmen kann (Art. 20 Abs. 1 des ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25). Ein Übergang der hadanah auf die Frauen der väterlichen Linie oder den Vater selbst (zum Vorrang der mütterlichen Linie s. Art. 384 hanfit. Ges.; zur hadanah einer Mutter christlichen oder jüdischen Glaubens s. Art. 381 hanefit. Ges.) ist in der Regel nicht vorgesehen.‹, IPRspr. 2005 Nr. 71

OLG München. Az. 20 U 1945/81 v. 14.12.83. ›Ägypt. Gesetzbuch über das Personenrecht nach hanefitischem Ritus Art. 336; BGB § 1594; EGBGB Artt. 18, 30. Nach ägytischem (hanefitischem) Recht kann die Ehelichkeit eines in der Ehe geborenen Kindes nur am Tage der Geburt oder in dem Zeitpunkt, in dem er die notwendigen Gegenstände für die Niederkunft einkauft oder in den Tagen, welche gemäß den Ortsgebräuchen für den Glückwunsch bestimmt sind, angefochten werden.‹, NJW 1984, S. 2043 = IPRspr. 1983 Nr. 80 = IPRax 1984, S. 163 (Bericht) = DAVorm 1984 1984, S. 328-331

OLG Stuttgart. Az. 17 UF 40/86 v. 10.03.86. ›Ägypt. GB über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanefitischen Ritus Artt. 380 ff., 420 ff.; ägypt. Dekret Nr. 25 Art. 20. Nach hanefitischem Ritus steht auch nach der Scheidung das Recht, für die gemeinsamen Kinder alle rechtlich bedeutsamen Entscheidungen zu treffen, dem Vater zu, während der Mutter die tatsächliche Personensorge gebührt.‹, IPRspr. 1986 Nr. 77 = DAVorm 1986, S. 556 = FamRZ 1986, S. 1039 (LS)

Wengler, Wilhelm. ›Immer wieder: Die Legitimanerkennung des Islamrechts‹, StAZ 1985, S. 269-272

B.IV.4. Erbrecht

DIV-Gutachten v. 03.08.1978 (I),/ 19.05.1980 (II), 10.08.1981 (III),/ 19.06.1984 (IV), Az LA 1. ›Legitimation durch Anerkennung nach ägyptischem (islamischem) Recht, Erbunwürdigkeit wegen Tötung des Erblassers‹, DAVorm 1984, S. 878-886

DIV-Gutachten v. 06.06.1993, Az. LA 1. ›Ägypten: Erbfolge nach ägyptischem Recht, „fard"-Erben/ „asab"-Erben‹, Zfj 1993, S. 383

Ebert, Hans-Georg. ›Das Erbrecht arabischer Länder‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 18, Frankfurt/ M. u.a., 2004

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875 ff., 915; ägypt. Gesetz Nr. 25 vom 23.2.1944 Art. 1; ägypt. Gesetz Nr. 77 vom 06.08.1943 Art. 7; ägypt. Intestaterbgesetz Art. 11; EGBGB Artt. 6, 15, 25, 30, 220; GG Artt. 3, 117; RuStAG § 4; FGG § 72, 73; BGB §§ 1371, 2369. 1. Koptisches Erbrecht. 2. Mahr/Brautgabe. 3. Benachteiligung weiblicher Erben und ordre public. 4. Erbrechtlicher Ausgleich des Zugewinns‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 5, Frankfurt/ M. u.a., 2005

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›EMRK Artt. 9, 14; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBürgR) Artt. 18, 26; ägypt. ZGB vom 16.7.1948 Artt. 14, 17, 875, 915; ägypt. Intestaterbgesetz Nr. 77 vom 6.8.1943 Artt. 7, 19; ägypt. Gesetz Nr. 462/1955 Art. 6; ägypt. Dekretgesetz Nr. 25 von 1929 Art. 19; EGBGB Artt. 6, 15, 25, 220; GG Artt. 3, 4; FGG §§ 72, 73; BGB §§ 1371, 2369. 1. Ägyptisches Erbrecht. 2. Erbhindernis der Religionsverschiedenheit. 3. Mahr/Brautgabe‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 3, Frankfurt/ M., 2005

Hamburg (Gutachten). v. 30.11.81. ›Ägypt. Testamentsgesetz Art. 2. Die Testamentsform nach ägyptischen Recht.‹, IPG 1980-81 Nr. 42

KG. Az. 1 W 59/07 v. 26.02.08. ›Ägypt. Gesetz Nr. 77/1943 über die Erbfolge Artt. 6 Satz 1, 7, 8, 9, 10, 12a, 13, 16, 17, 19 Satz 1 Nr.1, 41, 47; ägypt. Gesetz Nr. 71/1946 über das Vermächtnis/Testament Artt. 1, 37 Satz 1, 76; ägypt. ZGB Art. 17 Abs. 1; EGFGB der DDR § 8 Abs. 1; FGB der DDR § 55; EGBGB Artt. 6, 19 Satz 1, 25, 26 Abs. 1 Satz 1, 224 § 1, 234 § 7 Abs. 4; BGB §§ 1924 Abs. 4, 2174, 2231 Nr. 2, 2247 Abs. 1, 2303 Abs. 1, 2361, 2369; FGG §§ 20 Abs. 1, 27 Abs. 1 Satz 4, 29 Abs. 4; GG Artt. 3, 6 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1; ZPO § 546. Die Erbfolge für Muslime richtet sich im ägypt. Recht nach islam. Recht. Eine gewillkürte Erbeinsetzung findet nicht statt. Maßgebend ist das ägypt. Gesetz Nr. 77/1943 über die Erbfolge; die in Art. 7 des Gesetzes 77/1943 genannten Berufungsgründe sind abschließend. Als Berufungsgrund kommt danach die Verwandtschaft in Betracht, die nach Art. 7 Satz 3 des Ges. 77/1943 die Erbfolge aufgrund des koranischen Erbteils (Art. 8 ff. des Ges. 77/1943) bzw. aufgrund der agnatischen Abstammung (Art. 16 ff. des Ges. 77/1943) begründet. Nach ägypt. Recht werden nichteheliche Kinder eines männlichen Erblassers bei der Erbfolge mangels Verwandschaftsverhältnis nicht berücksichtigt, was sich auch aus der Sonderregelung für illegitime Kinder weiblicher Erblasser unter Art. 47 des Ges. 77/1943 ergibt. Ein Vaterschaftsanerkenntnis kann nicht erfolgen, wenn das Kind aus einer nichtehelichen Beziehung des Anerkennenden stammt. Eine Erbfolge zwischen einem Muslim und einem Nichtmuslim gibt es nicht. Die Wirksamkeit eines Testamentes bestimmt sich nach dem ägypt. Gesetz 71/1946 über das Vermächtnis/Testament.‹, FamRZ 2008, S. 1564-1569 (mit Anm. Thomas Rauscher)

Köln (Gutachten). v. 13.05.88. ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875; ägypt. ErbG Artt. 11, 16 f.; EGBGB Art. 6. 1. Interpersonales und internationales Erbstatut. 2. Gesetzliches Erbrecht von Frau, Kindern und Eltern. 3. Ehelichkeit eines nach dem Tode des Vaters geborenen Kindes. 4. Ausschluß des Ehegattenerbrechts im Scheidungsverfahren. 5. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung.‹, IPG 1987-1988 Nr. 43

LG Hamburg. Az. 302 T 8/99 v. 06.08.99. ›Ägypt. Testamentsrecht Art. 37; Ägypt. ZGB Art. 17 Abs. 1; EGBGB Artt. 4 Abs. 2, 6, 25 Abs. 2, 26; BGB §§ 133, 139, 208 Abs. 1, 1937, 2084, 2085, 2100 ff., 2231, 2232, 2253, 2084, 2085; FGG §§ 12, 15; ZPO § 293. Nach Art. 37 ägypt. Testamentsrecht kann nur über ein Drittel des Nachlasses testamentarisch verfügt werden. Gem. Art. 17 Abs. 1 ägypt. ZGB soll das Erbstatut das Heimatrecht des Erblassers sein. Art. 37 Abs. 2 ägypt. Testamentsrecht lässt Verfügungen zugunsten gesetzlicher Erben auch über den übersteigenden Drittteil hinaus grdsl. zu.‹, IPRspr. 1999 Nr. 96

Lorenz, Stephan. ›Islamisches Ehegattenerbrecht und deutscher ordre public: Vergleichsmaßstab für die Ergebniskontrolle‹, IPRax 1993, S. 148-150

Marcks, Dietrich. ›Das Gesetzbuch über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanefitischen Ritus von 1875 in der heute geltenden Fassung, das für die mohammedanische Bevölkerung Ägyptens maßgebend ist, beinhaltet sowohl religiöses als auch staatliches Recht. Nach koranischer Lehre ist die Ehe ein Versprechen und ein Vertrag.‹, StAZ 1994, S. 198-200

OLG Hamm. Az. 15 W 117/04 v. 28.02.05. ›EMRK Art. 14; ägypt. ZGB Art. 17; ägypt. Gesetz zum Erbrecht § 11; EGBGB Artt. 3 III, 6, 25; GG Artt. 3, 4, 14; BGB § 2369; FGG §§ 12, 16a, 19, 27, 29; KostO §§ 30 I, 131 II. Das ägyptische Recht nimmt in seiner Kollisionsnorm Art. 17 ZGB die deutsche Verweisung uneingeschränkt an. Die Amtsermittlungspflicht folgt im ägyptischen Recht aus § 12 FGG. Das ägyptische Recht sieht einen allseitigen interreligiösen Erbrechtsausschluss vor, diskriminiert also nicht eine bestimmte Religion. Es folgt damit der sunnitischen, genauer der hanafitischen Rechtsschule. Es kennt aufgrund des religiösen Geltungsanspruchs des Erbrechts keine gewillkürte Erbfolge, sondern lediglich die testamentarische Zuwendung von Vermächtnissen. Nichtmuslime sind von der Erbfolge ausgeschlossen.‹, FamRZ 2005, S. 1705-1711 = IPRspr. 2005 Nr. 78

Pattar, Andreas Kurt. ›Islamisch inspiriertes Recht und deutscher Ordre public: Die Erbrechtsordnungen von Ägypten, Tunesien und Marokko und ihre Anwendbarkeit im Inland‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 169; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2005/2006, Berlin, 2007

Riering, Wolfgang. ›Der Erb- und Pflichtteilsverzicht im islamischen Rechtskreis‹, ZEV 1998, S. 455-457

Umstätter, Achim. ›Das Testament im ägyptischen Erbrecht. Eine Untersuchung unter Berücksichtigung des klassischen islamischen Rechts‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2858; zugl. Diss. Mainz 1999, Frankfurt/ M. u.a., 2000

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Schoeller-Schletter, Anja. ›Investitionsförderung und Unternehmensgründung in Ägypten‹, RIW/ AWD 1999, S. 430-437

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Lohlker, Rüdiger. ›Schari'a und Moderne: Diskussionen zum Schwangerschaftsabbruch, zur Versicherung und zum Zinswesen‹, Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes, Bd. 51, Stuttgart, 1996

Riedel, Jürgen/ Pollak, Christian. ›Recht und Entwicklung, rechtliche Rahmenbedingungen privatwirtschaftlicher Tätigkeit in Entwicklungsländern‹, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 75, München, Köln, London, 1986

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Ambari, Mazhar. ›Die Kfz-Haftpflichtversicherung in Syrien und anderen arabischen Staaten - Das System der Orangenen Karte -‹, VersR 1980, S. 894-896

Amereller, Florian. ›Das Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler in der MENA-Region‹, Köln, 2007

Bälz, Kilian Rudolf. ›Versicherungsvertragsrecht in den arabischen Staaten. Der Versicherungsvertrag im islamischen Recht und den modernen arabischen Zivilrechtskodifikationen; unter besonderer Berücksichtigung des ägyptischen ZGB (1948) und des jordanischen ZGB (1976)‹, Beiträge zum Privat- und Wirtschaftsrecht, H. 99; zugl. Diss. Berlin 1997, Karlsruhe, 1997

Böhmer, Alexander. ›Die Arrestbeschlagnahme von Seeschiffen nach neuem ägyptischen Seehandelsrecht‹, TranspR 1996, S. 187-190

Detzer, Klaus. ›Ägypten‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 27-31, Heidelberg, 1997

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Ebert, Hans-Georg (Hrsg.). ›Beiträge zum Islamischen Recht‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 9, Frankfurt/ M. u.a., 2000

Elwan, Omaia. ›Das Recht des „Handelsvertreters" (Vermittlungsvertreters) im arabisch-deutschen Wirtschaftsverkehr. Unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in Ägypten‹, ZVglRWiss 80 (1981), S. 89-149

Grapentin, Sabine. ›Technologietransfer nach Ägypten. Die Regelungen des neuen Handelsgesetzbuchs‹, in: Herbert Kronke (Hrsg.) Islamisches und arabisches Recht als Problem der Rechtsanwendung, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 60; S. 151-168, Frankfurt/ M. u.a., 2001

Hök, Götz-Sebastian. ›Einführung in das ägyptische Handels- und Zivilprozeßrecht‹, RIW/AWD 1986, S. 614-619

Klaiber, Sven. ›Kfz-Haftpflichtversicherung: Das neue Gesetz zur Kfz-Haftpflichtversicherung in Ägypten‹, VersRAI 2008, S. 38-42

Krüger, Hilmar. ›Neues Handelsrecht in Ägypten: Umfassende gesetzliche Neuregelungen‹, in: Hans-Georg Ebert (Hrsg.), Beiträge zum islamischen Recht 2000, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 9; S. 29-33, Frankfurt/ M. u.a., 2000

Lohlker, Rüdiger. ›Schari'a und Moderne: Diskussionen zum Schwangerschaftsabbruch, zur Versicherung und zum Zinswesen‹, Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes, Bd. 51, Stuttgart, 1996

Samson-Himmelstjerma, Rene von. ›Vertriebsverträge in Ägypten‹, in: Michael Martinek/ Franz-Jörg Semler/ Stefan Habermeier (Hrsg.), Handbuch des Vertriebsrechts, S. 1197-1208, 2. Aufl., München, 2003

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Grabau, Fritz-René. ›Der Gesellschaftsvertrag im klassischen Islamrecht und das geltende Gesellschaftsrecht der islamischen Staaten‹, ZVglRWiss 89 (1990), S. 330-357

Kemke, Andreas H. E. ›Privatautonome Rechtsgestaltung im modernen Staat: Stiftungen in Ägypten, Deutschland und der Schweiz‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 99; zugl. Diss. Erlangen-Nürnberg 1996, Berlin, 1998

Kemke, Andreas H. E. ›Stiftungen im muslimischen Rechtsleben des neuzeitlichen Ägypten: die schariatrechtlichen Gutachten (Fatwas) von Muhammad Abduh zum Wakf‹, Islamkundliche Untersuchungen, Bd. 143, Berlin, 1990

Langefeld-Wirth, Klaus. ›Joint Ventures in Ägypten‹, in: Klaus Langenfeld-Wirth (Hrsg.), Joint Ventures im internationalen Wirtschaftsverkehr; Schriftenreihe Recht der internationalen Wirtschaft, Bd. 35, S. 514-519, Heidelberg, 1990

Langefeld-Wirth, Klaus (Hrsg.). ›Joint Ventures im internationalen Wirtschaftsverkehr - Praktiken und Vertragstechniken internationaler Gemeinschaftsunternehmen‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 35, Heidelberg, 1990

Sandl, Gerd Ulrich. ›Aktienrecht in Ägypten - Geschichte und Neuordnung des Aktienrechts in Ägypten und die Führungsstruktur der ägyptischen Aktiengesellschaft nach dem Gesetz über die Kapitalgesellschaften von 1981‹, Diss. Gießen 1989/90

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Grapentin, Sabine. ›Das Markenrecht in Ägypten unter Berücksichtigung zivilprozessualer Aspekte‹, Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, Bd. 107; zugl. Diss. München 1998, Köln u.a., 1999

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Hamadeh, Susan. ›Urheberrecht in Ägypten‹, Urheberrechtliche Abhandlungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, Bd. 45; zugl. Diss. München 2002, München, 2003

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

Stark, Eslah H. ›Grundzüge des ägyptischen Urheberrechts‹, GRUR Int. 1995, S. 552-563

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Weidlich, Iris. ›Das Recht des unlauteren Wettbewerbs in Ägypten‹, Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, Bd. 126; zugl. Diss. München 2002, Köln u.a., 2003

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Amereller, Florian. ›Hintergründe des „Islamic Banking". Rechtliche Problematik des riba-Verbotes in der Shari'a und seine Auswirkungen auf einzelne Rechtsordnungen arabischer Staaten‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 71; zugl. Diss. Mainz 1994, Berlin, 1995

Busch, Rainer. ›Das Akkreditivgeschäft‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 9658, Köln, 2003

Elwan, Omaia. ›Der Scheck im ägyptischen Recht - Mit vergleichenden Hinweisen auf das Recht anderer arabischer Staaten‹, in: FS Rolf Serick (1992), S. 57-85, Bonn, Heidelberg, 1992

LG München. Az. 5 O 2895/83 v. 18.09.85. ›ScheckG Art. 63. Die Wirkungen eines in Ägypten ausgestellten Schecks beurteilen sich mangels abweichender Rechtswahl nach ägyptischem Recht. Zum Rückgriffsanspruch des Scheckinhabers nach ägyptischem Recht.‹, IPRax 1987, S. 175-176

OLG Düsseldorf. Az. 6 U 258/88 v. 28.09.89. ›IWF-Abk. Art. VIII Abschn. 2 b. Der in Ägypten vorgenommene Tausch ägyptischer Pfund gegen einen in der Bundesrepublik zahlbaren und auf Deutsche Mark lautenden Scheck stellt ein Devisengeschäft dar, daß die Währung der Arabischen Republik Ägypten berührt und gegen ägyptische Devisenkontrollbestimmungen verstößt.‹, IPRspr. 1989 Nr. 171 = ZIP 1989, S. 1387-1388 = NJW 1990, S. 1424-1425 = RIW/AWD 1989, S. 987-988

B.VI.2. Christentum

BGH. Az. XII ZR 220/92 v. 09.02.94. ›Ägypt. ZGB Art. 12; Einheitliches Familienrecht für alle christlichen Konfessionen in Ägypten § 21; EGBGB Art. 18 Abs. 1 S. 1; BGB §§ 1361 Abs. 3, 1579 Nr. 2 bis Nr. 7. Die vor dem deutschen Standesbeamten geschlossene Ehe ist sowohl nach ägyptischem Zivilrecht als auch nach koptischen Kirchenrecht absolut ungültig, wenn nicht der eine Ehegatte seine vorangegangene Ehe durch kirchliche Scheidung beendet und somit eine gültige (für ihn zweite) Ehe herbeiführt.‹, IPRspr. 1994 Nr. 88 = BGHWarn 1994 Nr. 40 = NJW-RR 1994, S. 644-645 = FamRZ 1994, S. 558-589

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZGB Artt. 17, 875 ff., 915; ägypt. Gesetz Nr. 25 vom 23.2.1944 Art. 1; ägypt. Gesetz Nr. 77 vom 06.08.1943 Art. 7; ägypt. Intestaterbgesetz Art. 11; EGBGB Artt. 6, 15, 25, 30, 220; GG Artt. 3, 117; RuStAG § 4; FGG § 72, 73; BGB §§ 1371, 2369. 1. Koptisches Erbrecht. 2. Mahr/Brautgabe. 3. Benachteiligung weiblicher Erben und ordre public. 4. Erbrechtlicher Ausgleich des Zugewinns‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 5, Frankfurt/ M. u.a., 2005

B.VI.3. Islam

AG Solingen. Az. 16 F 1000/80 v. 29.03.82. ›StaatsangehörigkeitenG Nr. 26/1975 der Verein. Arab. Rep. Art. 2 Nr. 1; GB über das PersonensorgeR u. die Erbfolge nach hanefitischem Ritus Art. 130 Abs. 2. 1. Nach religiösem islamitischen Recht hanefitischer Schule steht dem Vater auch nach der Scheidung das Recht zu, für die Kinder alle rechtlich bedeutsamen Entscheidungen zu treffen, während der Mutter nur die tatsächliche Personensorge, die das Aufenthaltsbestimmungsrecht nicht umfaßt, zusteht. 2. Gemäß Art. 2 Nr. 1 StaatsangehörigkeitenG Nr. 26/1975 der Verein. Arab. Rep. erwerben eheliche Kinder eines ägypt. Vaters die ägypt. Staatsangehörigkeit. Gehört der Vater der islamitischen Glaubensrichtung an, so gelten die Kinder als Muslime gemäß Art. 130 Abs. 2 d. GB über das PersonensorgeR u. die Erbfolge nach hanefitischem Ritus.‹, IPRspr. 1982 Nr. 78 = FamRZ 1982, S. 738

Bälz, K. ›Das islamische Recht als Grundlage arabischer Rechtseinheit‹, in: H.- G. Ebert (Hrsg.), Beiträge zum Islamischen Recht, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 9, S. 35-51, Frankfurt/ M. u.a., 2000

Bälz, Kilian. ›Die „Islamisierung" des Rechts in Ägypten und Libyen: Islamische Rechtsetzung im Nationalstaat‹, RabelsZ 62 (1998), S. 437-463

Bälz, Kilian. ›Europäisches Privatrecht jenseits von Europa? Zum fünfzigjährigen Jubiläum des ägyptischen Zivilgesetzbuches (1948)‹, ZEuP 2000, S. 51-76

Bälz, Kilian. ›Eheauflösung aufgrund von Apostasie durch Popularklage: der Fall Abu Zayd (zu Appellationsgericht Kairo, 14.6.1995 - E. 287/111)‹, IPRax 1996, S. 353-356

Bälz, Kilian Rudolf. ›Islamisches Kreditwesen. Religion, Wirtschaft und Recht im Islam‹, ZVglRWiss 3 (2010), S. 272-292

Bentlage, Björn. ›Protest im Anzug. Der Ägyptische Richterclub und der Konflikt mit dem Justizministerium, 2000-2007‹, Bonner islamwissenschaftliche Hefte, Bd. 12, Hamburg, 2008

Büchler, Andrea. ›Das islamische Familienrecht: Eine Annäherung. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des klassischen islamischen Rechts zum geltenden ägyptischen Familienrecht‹, Abhandlungen zum Familienrecht, Bd. 1, Bern, 2003

Coulson, Noel J./ Yehia, Abdelwadoud. ›Studien zum islamischen Recht‹, Veröffentlichungen der Kommission für Europarecht, Internationales und ausländisches Privatrecht 2 (= österr. Akademie d. Wissensch., PHilosoph.-histor. Klasse), Bd. 408, Wien, 1983

Diener, G. ›Zur Scheidung deutsch-ägyptischer Ehen nach deutschem Recht. Zur Religionsverschiedenheit als Ehehindernis nach ägyptischem Recht‹, FamRZ 1994, S. 1262-1263

Ebert, Hans-Georg. ›Die Qadrî-Pâshâ-Kodifikation. Islamisches Personalstatut der hanafitischen Rechtsschule‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 23, Frankfurt/ M. u.a., 2010

Ebert, Hans-Georg. ›Das Personalstatut arabischer Länder. Problemfelder, Methoden, Perspektiven. Ein Beitrag zum Diskurs über Theorie und Praxis des islamischen Rechts‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 7, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Flores, Alexander. ›Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: Ägypten‹, in: Werner Ende/ Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, S. 474-486, 4. Aufl., München, 1996

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Gallala, Imen. ›Personensorge einer christlichen Mutter für ihre muslimischen Kinder‹, StAZ 2010, S. 235-240

Grabau, Fritz-René/ Hundt, Irina. ›Ägypten - Moderne Entwicklung des Rechts.„Abd ar-Razzaq Ahmad as-Sanhuri" (1895-1971) - Begründer der modernen ägyptischen Rechtswissenschaft‹, ZfRV 44 (2003), S. 12-17

Hepperle, Ursula. ›Die Stellung der Frau im islamisch-sunnitischen und römisch-katholischen Eherecht. Ein Rechtsvergleich‹, Tübinger kirchenrechtliche Studien, Bd. 1; zugl. Diss. Tübingen 2005, Berlin, Münster, 2006

Iskander, Sameh. ›Hinkende Ehen zwischen islamischem Recht und europäischem internationalen Privatrecht. Dargestellt am Beispiel Deutschlands und Ägyptens‹, Schriftenreihe zum internationalen Einheitsrecht und zur Rechtsvergleichung, Bd. 9; zugl. Diss. Leipzig 2009, Hamburg, 2009

Kellner, Martin. ›Islamische Rechtsmeinungen zu medizinischen Eingriffen an den Grenzen des Lebens. Ein Beitrag zur kulturübergreifenden Bioethik‹, Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt, Bd. 29; zugl. Diss. Wien 2007, Würzburg, 2010

KG. Az. 1 W 59/07 v. 26.02.08. ›Ägypt. Gesetz Nr. 77/1943 über die Erbfolge Artt. 6 Satz 1, 7, 8, 9, 10, 12a, 13, 16, 17, 19 Satz 1 Nr.1, 41, 47; ägypt. Gesetz Nr. 71/1946 über das Vermächtnis/Testament Artt. 1, 37 Satz 1, 76; ägypt. ZGB Art. 17 Abs. 1; EGFGB der DDR § 8 Abs. 1; FGB der DDR § 55; EGBGB Artt. 6, 19 Satz 1, 25, 26 Abs. 1 Satz 1, 224 § 1, 234 § 7 Abs. 4; BGB §§ 1924 Abs. 4, 2174, 2231 Nr. 2, 2247 Abs. 1, 2303 Abs. 1, 2361, 2369; FGG §§ 20 Abs. 1, 27 Abs. 1 Satz 4, 29 Abs. 4; GG Artt. 3, 6 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1; ZPO § 546. Die Erbfolge für Muslime richtet sich im ägypt. Recht nach islam. Recht. Eine gewillkürte Erbeinsetzung findet nicht statt. Maßgebend ist das ägypt. Gesetz Nr. 77/1943 über die Erbfolge; die in Art. 7 des Gesetzes 77/1943 genannten Berufungsgründe sind abschließend. Als Berufungsgrund kommt danach die Verwandtschaft in Betracht, die nach Art. 7 Satz 3 des Ges. 77/1943 die Erbfolge aufgrund des koranischen Erbteils (Art. 8 ff. des Ges. 77/1943) bzw. aufgrund der agnatischen Abstammung (Art. 16 ff. des Ges. 77/1943) begründet. Nach ägypt. Recht werden nichteheliche Kinder eines männlichen Erblassers bei der Erbfolge mangels Verwandschaftsverhältnis nicht berücksichtigt, was sich auch aus der Sonderregelung für illegitime Kinder weiblicher Erblasser unter Art. 47 des Ges. 77/1943 ergibt. Ein Vaterschaftsanerkenntnis kann nicht erfolgen, wenn das Kind aus einer nichtehelichen Beziehung des Anerkennenden stammt. Eine Erbfolge zwischen einem Muslim und einem Nichtmuslim gibt es nicht. Die Wirksamkeit eines Testamentes bestimmt sich nach dem ägypt. Gesetz 71/1946 über das Vermächtnis/Testament.‹, FamRZ 2008, S. 1564-1569 (mit Anm. Thomas Rauscher)

Lohlker, R. ›Das islamische Recht im Wandel: Wucher, Zins und Riba in Vergangenheit und Gegenwart‹, Münster, 1999

Lohlker, Rüdiger. ›Islamisches Familienrecht‹, 1. Methodologische Studien zum Recht malikitischer Schule in Vergangenheit und Gegenwart, Göttinger Forum für Arabistik, Bd. 1, Göttingen, 2002

Lohlker, Rüdiger. ›Schari'a und Moderne: Diskussionen zum Schwangerschaftsabbruch, zur Versicherung und zum Zinswesen‹, Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes, Bd. 51, Stuttgart, 1996

Lorenz, Stephan. ›Islamisches Ehegattenerbrecht und deutscher ordre public: Vergleichsmaßstab für die Ergebniskontrolle‹, IPRax 1993, S. 148-150

Marcks, Dietrich. ›Das Gesetzbuch über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanefitischen Ritus von 1875 in der heute geltenden Fassung, das für die mohammedanische Bevölkerung Ägyptens maßgebend ist, beinhaltet sowohl religiöses als auch staatliches Recht. Nach koranischer Lehre ist die Ehe ein Versprechen und ein Vertrag.‹, StAZ 1994, S. 198-200

Nagel, Tilman. ›Das islamische Recht - eine Einführung‹, Westhofen, 2001

OLG Hamm. Az. 15 W 117/04 v. 28.02.05. ›EMRK Art. 14; ägypt. ZGB Art. 17; ägypt. Gesetz zum Erbrecht § 11; EGBGB Artt. 3 III, 6, 25; GG Artt. 3, 4, 14; BGB § 2369; FGG §§ 12, 16a, 19, 27, 29; KostO §§ 30 I, 131 II. Das ägyptische Recht nimmt in seiner Kollisionsnorm Art. 17 ZGB die deutsche Verweisung uneingeschränkt an. Die Amtsermittlungspflicht folgt im ägyptischen Recht aus § 12 FGG. Das ägyptische Recht sieht einen allseitigen interreligiösen Erbrechtsausschluss vor, diskriminiert also nicht eine bestimmte Religion. Es folgt damit der sunnitischen, genauer der hanafitischen Rechtsschule. Es kennt aufgrund des religiösen Geltungsanspruchs des Erbrechts keine gewillkürte Erbfolge, sondern lediglich die testamentarische Zuwendung von Vermächtnissen. Nichtmuslime sind von der Erbfolge ausgeschlossen.‹, FamRZ 2005, S. 1705-1711 = IPRspr. 2005 Nr. 78

OLG Koblenz. Az. 11 UF 771/03 v. 04.08.05. ›Ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25 Art. 20; ägypt. Gesetzbuch über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanefitischen Ritus v. 10. 3. 1929 (hanefit. Ges.) Artt. 365, 380, 381, 384 420; EGBGB Artt. 4, 6, 21; BGB § 1696 Abs. 1; FGG § 16a Nr. 4; GG Art. 3 Abs. 2 Satz 1, 4, 6; StAG § 4 Abs. 1 Satz 1; ZPO §§ 261 Abs. 3 Nr. 2, 606a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 621, 621e, 629a Abs. 2 Satz 1. In Ägypt. besteht - wie in allen islam. Rechtsordnungen - während der Ehe und auch nach ihrer Auflösung eine Aufspaltung des Rechts der elterlichen Sorge einerseits in Erziehungsgewalt und die Vermögenssorge (wilayat) sowie andererseits in die Personensorge. Während die wilayat dem Vater zufällt (Artt. 365, 420 hanefit. Ges.), steht die hadanah vorrangig der Mutter oder bei deren Verhinderung den - weiblichen - Verwandten des Kindes der mütterlichen Linie nach näher bestimmter Rangfolge zu (Art. 380 hanefit. Ges.). Das Recht der hadanah endet bei Mädchen mit der Vollendung des 12. Lebensjahrs, wobei der Richter eine Verlängerung bis zur Verheiratung bestimmen kann (Art. 20 Abs. 1 des ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25). Ein Übergang der hadanah auf die Frauen der väterlichen Linie oder den Vater selbst (zum Vorrang der mütterlichen Linie s. Art. 384 hanfit. Ges.; zur hadanah einer Mutter christlichen oder jüdischen Glaubens s. Art. 381 hanefit. Ges.) ist in der Regel nicht vorgesehen.‹, IPRspr. 2005 Nr. 71

OLG München. Az. 4 UF 433/04 v. 26.07.05. ›Ägypt. Ges. über das Personenrecht und die Erbfolge nach dem hanifitischen Ritus (ägypt. Ges.) Artt. 11, 12 Abs. 2, 17; EGBGB Artt. 14 Abs. 1 Nr. 2, 15, 220 Abs. 3 Satz 5; BGB §§ 119, 125, 313 Abs. 2, 1378 Abs. 1, 1408, 1410; ZPO §§ 513 Abs. 2, 621 Abs 1 Nr. 8. Mit der Vereinbarung einer Morgengabe bei einer islam. Trauung wird einer allgemeinen, d.h. länderübergreifend, im Islam verbreiteten Vorstellung Rechnung getragen, ohne dass damit zugleich eine ausschließliche Unterstellung gerade unter das Recht des Staats der Eheschließung verbunden ist. Die Eheschließung nach ägypt. Recht gibt das Recht auf die übliche Morgengabe (Artt. 11, 12 Abs. 2, 17 ägypt. Ges.). Sie ist keine güterrechtliche Regelung (7. Kap. ägypt. Ges.). Vermögensrechte werden durch die Eheschließung nicht berührt. Eine güterrechtliche Rechtswahl nach ägypt. Recht unterliegt keiner Formvorschrift und kann somit auch durch konkludentes Verhalten getroffen werden.‹, IPRspr. 2005 Nr. 46

Rauscher, Thomas. ›Sharia, Islamisches Familienrecht der sunna und shia‹, Schriftenreihe der wissenschaftlichen Gesellschaft für Personenstandswesen und verwandte Gebiete m.b.H., Neue Folge Bd. 28, Frankfurt/ M., 1987

Rohe, Mathias. ›Eheschließung in islamischen Staaten - Prüfung der Wirksamkeit durch deutsche Behörden‹, StAZ 2006, S. 93-101

Rohe, Mathias. ›Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart‹, 2. Aufl., München, 2009

Rohe, Mathias. ›Das neue ägyptische Familienrecht. Auf dem Weg zu einem zeitgemäßen Islamischen Recht‹, StAZ 2001, S. 193-207

Umstätter, Achim. ›Das Testament im ägyptischen Erbrecht. Eine Untersuchung unter Berücksichtigung des klassischen islamischen Rechts‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2858; zugl. Diss. Mainz 1999, Frankfurt/ M. u.a., 2000

Wohlgemuth, Arno. ›Das islamische Recht in der Welt der Muslimbrüder‹, StAZ 1986, S. 206-211

Yassari, Nadjma. ›Die Vertragsfreiheit im islamischen Recht und im zeitgenössischen Recht islamischer Länder‹, IJVO 14 (2007), S. 1-16

Yassari, Nadjma. ›Das Eheverständnis im Islam und in ausgewählten islamischen Ländern‹, FamRZ 2011, S. 1-3

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

AG Solingen. Az. 16 F 1000/80 v. 29.03.82. ›StaatsangehörigkeitenG Nr. 26/1975 der Verein. Arab. Rep. Art. 2 Nr. 1; GB über das PersonensorgeR u. die Erbfolge nach hanefitischem Ritus Art. 130 Abs. 2. 1. Nach religiösem islamitischen Recht hanefitischer Schule steht dem Vater auch nach der Scheidung das Recht zu, für die Kinder alle rechtlich bedeutsamen Entscheidungen zu treffen, während der Mutter nur die tatsächliche Personensorge, die das Aufenthaltsbestimmungsrecht nicht umfaßt, zusteht. 2. Gemäß Art. 2 Nr. 1 StaatsangehörigkeitenG Nr. 26/1975 der Verein. Arab. Rep. erwerben eheliche Kinder eines ägypt. Vaters die ägypt. Staatsangehörigkeit. Gehört der Vater der islamitischen Glaubensrichtung an, so gelten die Kinder als Muslime gemäß Art. 130 Abs. 2 d. GB über das PersonensorgeR u. die Erbfolge nach hanefitischem Ritus.‹, IPRspr. 1982 Nr. 78 = FamRZ 1982, S. 738

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. Staatsangehörigkeitsgesetz Artt. 10, 16. 1. Staatsangehörigkeit. 2. Verlust der ägyptischen Staatsangehörigkeit. 3. Erbstatut‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 6, Frankfurt/ M. u.a., 2005

KG. Az. 10 U 286/05 v. 16.10.06. ›Ägypt. Ges. Nr. 117/1983 für den Schutz von archäologischen Gegenständen Artt. 1, 6, 26 Satz 1; EGBGB Artt. 6, 43 Abs. 1; BGB §§ 861 Abs. 1, 985, 1007 Abs. 1; ZPO §§ 286, 293, 294, 415, 417, 418, 437 Abs. 1, 935, 940. Nach Art. 6 des ägypt. Ges. Nr. 117/1983 für den Schutz von archäologischen Gegenständen sind alle archäologischen Gegenstände als öffentliches Eigentum anzusehen, mit Ausnahme von awqaf (Anwesen religiöser Stiftungen). Nach Art. 26 Satz 1 des ägyp. Ges. Nr. 117/1983 hat die Behörde für bewegliche Monumente Register über Antiquitäten zu führen. Art. 1 des ägypt. Ges. Nr. 117/1983 definiert den Begriff der Antiquität. Der Zeitpunkt der Registrierung als Antiquität richtet sich nach Art. 26 Satz 1 des ägypt. Ges. Nr. 117/1983.‹, IPRspr. 2006 Nr. 42

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Hök, Götz-Sebastian. ›Einführung in das ägyptische Handels- und Zivilprozeßrecht‹, RIW/AWD 1986, S. 614-619

C.III. Internationale Zuständigkeit

OLG Braunschweig. Az. 1 WF 123/84 v. 18.12.84. ›Ägypt. ZPO Art. 28; liban. Ges. Nr. 73/67 vom 19.12.1967. Nach der ägypt. ZPO Art. 28 sind die Gerichte der Republik Ägypten zuständig, Klagen zu entscheiden, die gegen einen Ägypter erhoben werden, auch wenn er weder Wohnsitz noch Aufenthalt in Ägypten besitzt. Infolge dieser ausschließlichen Zuständigkeit bei Klagen gegen einen Ägypter kommt eine Anerkennung ausländischer Scheidungsurteile nicht in Betracht. Voraussetzung einer Anerkennung eines ausländischen Scheidungsurteils im Libanon ist vor allem, daß das Gericht des Urteilsstaates das religiöse Recht angewendet hat, das auch das libanesische religiöse Gericht hätte anwenden müssen.‹, IPRspr. 1984 Nr. 163 = FamRZ 1985, S. 1145 = Nds.Rpfl. 1985, S. 42

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

BayObLG. Az. BReg. 1 Z 41/81 v. 30.11.81. ›FamRÄndG Art. 7 §§ 1, 2; EGBGB Artt. 17, 30; ägypt. Dekret-Ges. Nr. 25 v. 10.3.1929 ergänzt durch das Ges. Nr. 44 v. 17.6.1979 Art. 5 a. Eine private Ehescheidung nach ägyptisch-hanefitischem Recht (Verstoßung/talaq), die ohne Wissen und gegen Willen der in Deutschland befindlichen Ehefrau in Ägypten durchgeführt worden ist und der die Ehefrau im Anerkennungsverfahren widersprochen hat, ist nicht anerkennungsfähig, wenn die Ehefrau selbst die Scheidung vor einem deutschen Gericht erstrebt.‹, IPRspr. 1981 Nr. 193 = BayObLGZ 1981, 353 = IPRax 1982, S. 104 = FRES 11, 256 = NJW 1982, S. 1949 (LS) = FamRZ 1982, S. 296 = Bay.JMBl. 1982, S. 47

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Börner, Andreas. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer zivilrechtlicher Titel in Syrien mit Hinweisen auf das Recht anderer arabischer Staaten und Schlußfolgerungen für die Behandlung syrischer zivilrechtlicher Titel in Deutschland‹, Abhandlungen zum Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 38; zugl. Diss. München 1994, Heidelberg, 1996

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZPO von 1949 Artt. 881, 882; ägypt. ZPO von 1968 Artt. 248, 249, 251, 252, 254, 256, 298; ägypt. ZPO i.d.F. des Gesetzes Nr. 13/1973 Artt. 248, 249, 263, 264, 269; ägypt. Gesetz Nr. 1/2000 Artt. 1, 4, 56, 62, 63; ägypt. Règlement von 1931 Art 99; deutsche ZPO § 328. 1. Vorläufige Vollstreckbarkeit und Rechtsmittelzug im ägyptischen Recht. 2. Keine Anerkennungsfähigkeit ausländischer Urteile bei entgegenstehender inländischer Entscheidung. 3. Eheregistrierung als Klagbarkeitsvoraussetzung nach ägyptischem Recht‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 2, Frankfurt/ M., 2005

Fadlalla, Mohamed. ›Die Problematik der Anerkennung ausländischer Gerichtsurteile - Beiträge zum Internationalen Zivilprozessrecht und zur Schiedsgerichtsbarkeit‹, Marburg, 2004

OLG Braunschweig. Az. 1 WF 123/84 v. 18.12.84. ›Ägypt. ZPO Art. 28; liban. Ges. Nr. 73/67 vom 19.12.1967. Nach der ägypt. ZPO Art. 28 sind die Gerichte der Republik Ägypten zuständig, Klagen zu entscheiden, die gegen einen Ägypter erhoben werden, auch wenn er weder Wohnsitz noch Aufenthalt in Ägypten besitzt. Infolge dieser ausschließlichen Zuständigkeit bei Klagen gegen einen Ägypter kommt eine Anerkennung ausländischer Scheidungsurteile nicht in Betracht. Voraussetzung einer Anerkennung eines ausländischen Scheidungsurteils im Libanon ist vor allem, daß das Gericht des Urteilsstaates das religiöse Recht angewendet hat, das auch das libanesische religiöse Gericht hätte anwenden müssen.‹, IPRspr. 1984 Nr. 163 = FamRZ 1985, S. 1145 = Nds.Rpfl. 1985, S. 42

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.V. Verfahren und Beweis

Bälz, Kilian. ›Die Popularklage zur Verteidigung der „Rechte Gottes“: Hisba im heutigen Ägypten‹, VRÜ 1998, S. 60-69

Bälz, Kilian. ›Eheauflösung aufgrund von Apostasie durch Popularklage: der Fall Abu Zayd (zu Appellationsgericht Kairo, 14.6.1995 - E. 287/111)‹, IPRax 1996, S. 353-356

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZPO von 1949 Artt. 881, 882; ägypt. ZPO von 1968 Artt. 248, 249, 251, 252, 254, 256, 298; ägypt. ZPO i.d.F. des Gesetzes Nr. 13/1973 Artt. 248, 249, 263, 264, 269; ägypt. Gesetz Nr. 1/2000 Artt. 1, 4, 56, 62, 63; ägypt. Règlement von 1931 Art 99; deutsche ZPO § 328. 1. Vorläufige Vollstreckbarkeit und Rechtsmittelzug im ägyptischen Recht. 2. Keine Anerkennungsfähigkeit ausländischer Urteile bei entgegenstehender inländischer Entscheidung. 3. Eheregistrierung als Klagbarkeitsvoraussetzung nach ägyptischem Recht‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 2, Frankfurt/ M., 2005

Grapentin, Sabine. ›Das Markenrecht in Ägypten unter Berücksichtigung zivilprozessualer Aspekte‹, Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, Bd. 107; zugl. Diss. München 1998, Köln u.a., 1999

Henninger, Michael. ›Die Frage der Beweislast im Rahmen des UN-Kaufrechts. Zugleich eine rechtsvergleichende Grundlagenstudie zur Beweislast‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 448; zugl. Diss. München 1994, München, 1995

N.N. ›Ägypten: Rechtsverfolgung (vgl. DIV-Gutachten in ZBlJugR 1986, S. 104)‹, ZfJ 1990, S. 72-73

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Adolphsen, Jens/ Schmalenberg, Franziska. ›Islamisches Recht als materielles Recht in der Schiedsgerichtsbarkeit?‹, SchiedsVZ 2007, S. 57-64

Börner, Andreas. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer zivilrechtlicher Titel in Syrien mit Hinweisen auf das Recht anderer arabischer Staaten und Schlußfolgerungen für die Behandlung syrischer zivilrechtlicher Titel in Deutschland‹, Abhandlungen zum Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 38; zugl. Diss. München 1994, Heidelberg, 1996

Ellaboudi, Mohamed. ›Schiedsgerichtsbarkeit in Ägypten‹, Studien zur Rechtswissenschaft, Bd. 189; zugl. Diss. Erlangen-Nürnberg 2006, Hamburg, 2006

Vogl, Thorsten. ›Schiedsgerichtsbarkeit im Mittelmeerraum‹, SchiedsVZ 2010, S. 32-41

C.VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Ägypt. ZPO von 1949 Artt. 881, 882; ägypt. ZPO von 1968 Artt. 248, 249, 251, 252, 254, 256, 298; ägypt. ZPO i.d.F. des Gesetzes Nr. 13/1973 Artt. 248, 249, 263, 264, 269; ägypt. Gesetz Nr. 1/2000 Artt. 1, 4, 56, 62, 63; ägypt. Règlement von 1931 Art 99; deutsche ZPO § 328. 1. Vorläufige Vollstreckbarkeit und Rechtsmittelzug im ägyptischen Recht. 2. Keine Anerkennungsfähigkeit ausländischer Urteile bei entgegenstehender inländischer Entscheidung. 3. Eheregistrierung als Klagbarkeitsvoraussetzung nach ägyptischem Recht‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 2, Frankfurt/ M., 2005

C.IX. Sonstiges

Bentlage, Björn. ›Protest im Anzug. Der Ägyptische Richterclub und der Konflikt mit dem Justizministerium, 2000-2007‹, Bonner islamwissenschaftliche Hefte, Bd. 12, Hamburg, 2008

Albanien

A. Internationales Privatrecht

A.III.2.a. Vertragsrecht

Knieper, Judith. ›Der Rechtsweg Albaniens nach Europa - ein Schritt dahin: Die Konvention über das internationale Kaufrecht‹, WiRO 2010, S. 175-177

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Freiburg (Gutachten). ›Alban. IPR-G Artt. 5, 10, 31; alban. Familiengesetzbuch (FGB) Artt. 48, 49, 59; Gesetz Nr. 7650 über die Adoption von Minderjährigen durch Ausländer und einige Änderungen des Familiengesetzbuches vom 17.12.1992 (AdoptionsÄndG) Art.16; EGBGB Artt. 3 Abs. 2, 4 Abs. 1, 10, 21, 22, 23; BGB §§ 1747, 1749, 1757, 1767, 1768 Abs. 1, 1770, 1772; FGG § 43b Abs. 1. 1. Zur internationalen Adoptionszuständigkeit im Verhältnis zu Albanien. 2. Zur Maßgeblichkeit deutschen Rechts für die Adoption eines Volljährigen albanischen Staatsangehörigen durch eine deutsche Staatsangehörige. 3. Zur Maßgeblichkeit und zum Inhalt albanischen Rechts als Zustimmungsstatut. 4. Zur Unerheblichkeit des Verbots der Erwachsenenadoption nach albanischem Recht bei deutschem Adoptionsstatut. 5. Zu den namensrechtlichen Wirkungen einer solchen Erwachsenenadoption.‹, IPG 2003-2004 Nr. 29

A.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Ehricke, Ulrich. ›Grundzüge des albanischen Außenwirtschaftsrechts‹, IWB 1989, Fach 5, Albanien, Gruppe 3, S. 5-10

A.V.4. Gesellschaftsrecht

Drobnig, Ulrich. ›Das internationale Gesellschaftsrecht nach der Privatisierung der Wirtschaft in den osteuropäischen Ländern‹, in: Christian von Bar (Hrsg.), Perspektiven des IPR nach dem Ende der Spaltung Europas, Osnabrücker Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 37, S. 111-124, Köln u.a., 1993

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Bernhard, Peter. ›Albanien auf dem Weg zur Marktwirtschaft: Das „Gesetz über Grund und Boden“ vom 19.07.1991‹, RIW/AWD 1992, S. 23-29

Brunner, Georg/ Schmid, Karin/ Westen, Klaus. ›Wirtschaftsrecht der osteuropäischen Staaten - WOS. Systematische Sammlung der Rechtsetzungsakte. (Loseblattsammlung)‹, Baden-Baden, 1991

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Halili, Gent. ›Joint ventures in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien‹, IPRax 1991, S. 202-204

Löwenstein, Michael Prinz zu. ›Albanien: Erster Teil des Handelsgesetzbuchs und Gesetz über Handelsgesellschaften‹, WiRO 1994, S. 348-358

Schmidt-Neke, Michael (Übers.). ›Gesetz Nr. 7756 vom 11. Oktober 1993 über die Presse‹, WGO 1994, S. 96-105

Stoppel, W. (Übers.). ›Gesetz Nr. 7764 über ausländische Investitionen vom 2. November 1993 - Auszug -‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 361-362, Berlin, 1996

Stoppel, W. (Übers.). ›Gesetz Nr. 7652 über die Privatisierung der staatlichen Wohnungen vom 23. Dezember 1992 - Auszug -‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 361, Berlin, 1996

Stoppel, W. (Übers.). ›Gesetz Nr. 7512 über Privateigentum, private Wirtschaftstätigkeit und Privatisierung vom 10. August 1991 - Auszug -‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 360, Berlin, 1996

Stoppel, W. (Übers.). ›Bodengesetz Nr. 7501 vom 19. Juli 1991 - Auszug -‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 357-358, Berlin, 1996

Stoppel, Wolfgang. ›Straßengesetzbuch vom 26.12. 1984, Besonderer Teil, VII. Abschnitt, „Ausländische Fahrzeuge“‹, WGO 1988, S. 175-183

Walter, Torsten. ›Albanien: Gesetz über ausländische Investitionen‹, WiRO 1994, S. 92-94

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Ajani, Gianmaria. ›Die Kodifikation des Zivilrechts in Albanien‹, ROW 1993, S. 257-260

Stoppel, Wolfgang. ›Rechtsentwicklung und Rechtsanwendung in der VR Albanien‹, ROW 1983, S. 220-226

B.III.2.a. Vertragsrecht

Brockhoff, Bernd. ›Maßnahmen der AGV zur Unterstützung von Verbraucherorganisationen in den Ländern Mittel- und Osteuropas‹, in: Hans-W. Micklitz (Hrsg.), Rechtseinheit oder Rechtsvielfalt in Europa? Rolle und Funktionen des Verbraucherrechts in der EG und in den MOE-Staaten, Schriftenreihe der Vereinigten Institute für europäisches Wirtschafts- und Verbraucherrecht e.V., Bd. 1, S. 241-244, Baden-Baden, 1996

Micklitz, Hans-W. ›Divergente Ausgangsbedingungen des Verbraucherrechts in Ost und West‹, in: Hans-W. Micklitz (Hrsg.), Rechtseinheit oder Rechtsvielfalt in Europa? Rolle und Funktionen des Verbraucherrechts in der EG und in den MOE-Staaten, Schriftenreihe der Vereinigten Institute für europäisches Wirtschafts- und Verbraucherrecht e.V., Bd. 1, S. 3-22, Baden-Baden, 1996

B.III.2.b. Deliktsrecht

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungsmöglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Band 1: Ost-Europa‹, 5. Aufl., Bonn, 2006

Neidhart, Hermann. ›Die westlichen Balkanstaaten - auf dem langen Weg nach Europa. Aktuelles zum Verkehrsrecht in sieben Ländern Südosteuropas‹, DAR 2008, S. 568-579

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Schmidt-Neke, Michael. ›Probleme des neuen albanischen Presserechts‹, WGO 1994, S. 85-96

Stoppel, Wolfgang. ›Ausländer im albanischen Straßenverkehrsrecht‹, WGO 1988, S. 175-183

B.III.3. Sachenrecht

Bernhard, Peter. ›Albanien auf dem Weg zur Marktwirtschaft: Das „Gesetz über Grund und Boden“ vom 19.07.1991‹, RIW/AWD 1992, S. 23-29

Callas, Lara/ Knieper, Judith. ›Privatisierung von Grundeigentum in Albanien‹, in: Das Budapester Symposium, S. 165-180, Bremen, 2003

Halili, Evis/ Salamun, Michaela. ›Eigentumsordnung, -formen und Restitution unbeweglichen Eigentums in Albanien‹, ZfRV 2006, S. 123-138

Hinteregger, Monika/ Boric, Tomislav (Hrsg.). ›Sicherungsrechte an Immobilien in Europa‹, Grazer Beiträge zum Recht der Länder Südosteuropas und der europäischen Integration, Bd. 1, Wien, 2009

Roggemann, Herwig. ›Eigentum in Ost und West - Zur Entwicklung eines Rechtsinstituts aus vergleichender Sicht‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 17-58, Berlin, 1996

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Gaaz, Berthold. ›Zum Recht des Kindesnamens in Europa‹, StAZ 2008, S. 365-369

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Stoppel, Wolfgang. ›Das Unterhaltsrecht in Albanien‹, in: Das Unterhaltsrecht in Osteuropa, Schriftenreihe des Instituts für Ostrecht München, Bd. 36, S. 11-36, Bonn, 1989

B.IV.3.b. Eherecht

Battes, Robert/ Korenke, Thomas. ›Entwicklungstendenzen des Familienrechts im Ausland - zu einem Jahresbericht‹, FuR 1996, S. 196-204

Dethloff, Nina/ Maschwitz, Alexandra. ›Ehemündigkeit in Europa. Ein Beitrag zur Entwicklung gesamteuropäischer Prinzipien‹, StAZ 2010, S. 162-173

Homeyer, Ingrid. ›Gültigkeit einer in der albanischen Botschaft in Athen geschlossenen Ehe eines Albaners und einer Deutschen‹, StAZ 2005, S. 266-267

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Freiburg (Gutachten). ›Alban. IPR-G Artt. 5, 10, 31; alban. Familiengesetzbuch (FGB) Artt. 48, 49, 59; Gesetz Nr. 7650 über die Adoption von Minderjährigen durch Ausländer und einige Änderungen des Familiengesetzbuches vom 17.12.1992 (AdoptionsÄndG) Art.16; EGBGB Artt. 3 Abs. 2, 4 Abs. 1, 10, 21, 22, 23; BGB §§ 1747, 1749, 1757, 1767, 1768 Abs. 1, 1770, 1772; FGG § 43b Abs. 1. 1. Zur internationalen Adoptionszuständigkeit im Verhältnis zu Albanien. 2. Zur Maßgeblichkeit deutschen Rechts für die Adoption eines Volljährigen albanischen Staatsangehörigen durch eine deutsche Staatsangehörige. 3. Zur Maßgeblichkeit und zum Inhalt albanischen Rechts als Zustimmungsstatut. 4. Zur Unerheblichkeit des Verbots der Erwachsenenadoption nach albanischem Recht bei deutschem Adoptionsstatut. 5. Zu den namensrechtlichen Wirkungen einer solchen Erwachsenenadoption.‹, IPG 2003-2004 Nr. 29

B.IV.4. Erbrecht

Bonfils, Dieter. ›Gesetzliche Erbfolge, Erbrecht des Staates und Testierfreiheit im Erbrecht der Sowjetunion, der osteuropäischen Länder und der DDR‹, Diss. Göttingen 1969

Süß, Rembert. ›Erbrecht in Albanien‹, in: Rembert Süß/ Ulrich Haas (Hrsg.), Erbrecht in Europa, S. 261-262, Baden-Baden, 2004

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Ebenroth, Carsten Thomas/ Bader, Tom O./ Lamaj, Agron. ›Rechtliche Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen in Albanien‹, RIW/AWD Beilage, Heft 1/91

Ehricke, Ulrich. ›Grundzüge des albanischen Außenwirtschaftsrechts‹, IWB 1989, Fach 5, Albanien, Gruppe 3, S. 5-10

Lamaj, Agron A. ›Die rechtliche Absicherung von Direktinvestitionen in Albanien‹, Studien zum internationalen Privat-, Wirtschafts- und Steuerrecht, Bd. 5; zugl. Diss. Konstanz 1996, Frankfurt/ M. u.a., 1997

Scheele, Michael. ›Rechtliche, steuerliche und politische Rahmenbedingungen für Investoren in Albanien‹, WiRO 1993, S. 291-294

Stoppel, Wolfgang. ›Albaniens Recht im Umbruch‹, WGO 1990, S. 227-232

Walter, Torsten. ›Albanien: Gesetz über ausländische Investitionen‹, WiRO 1994, S. 92-94

Zwernemann, Dieter. ›Informationshandbuch Wirtschaftsrecht, Bd. 1: Die Staaten Europas‹, München, 1991

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Braun, Helmut/ Kerluku, Erjola. ›Probleme der sozialen Sicherung in Albanien‹, Südosteuropa-Mitteilungen 2007, S. 38-51

Voka, Jetmir. ›Das albanische Arbeitsrecht im Überblick‹, ZIAS 2007, S. 1-28

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Löwenstein, Michael Prinz zu. ›Albanien: Erster Teil des Handelsgesetzbuchs und Gesetz über Handelsgesellschaften‹, WiRO 1994, S. 348-358

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Drobnig, Ulrich. ›Grundzüge des Stiftungsrechts in Mittel- und Osteuropa‹, in: Klaus J. Hopt/ Dieter Reuter (Hrsg.), Stiftungsrecht in Europa, Schriftenreihe des Instituts für Stiftungsrecht, S. 541-554, Köln u.a., 2001

Halili, Gent. ›Joint ventures in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien‹, IPRax 1991, S. 202-204

Herberstein, Gabriele (Hrsg.). ›Die GmbH in Europa - 50 Länder im Vergleich‹, 2. Aufl., Wien, 2001

Löwenstein, Michael Prinz zu. ›Albanien: Erster Teil des Handelsgesetzbuchs und Gesetz über Handelsgesellschaften‹, WiRO 1994, S. 348-358

Pilch, Anna B. ›Rechtliche Rahmenbedingungen für Ost-West Joint-ventures‹, OER 39 (1993), S. 42-57

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Sárközy, Tamás. ›Die „juristische" Person in den sozialistischen Ländern‹, RabelsZ 47 (1983), S. 1-21

Voka. Jetmir. ›Die GmbH im albanischen Recht‹, WiRO 2003, S. 109-111

Wietzorek, Michael. ›Muster. Antrag auf Ersteintragung einer Kollektivgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder einer einfachen Gesellschaft in Albanien‹, Eastlex 2010, S. 54-58

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Stoppel, Wolfgang. ›Erfindungs- und Markenschutz in Albanien‹, GRUR Int. 1984, S. 721-725

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Kellezi, Pranvera. ›Das neue Wettbewerbsgesetz in Albanien‹, WGO 2006, S. 415-427

Knieper, Judith. ›Das Recht des unlauteren Wettbewerbs in Albanien‹, WIRO 1998, S. 416-417

B.VI.3. Islam

Ebert, Hans-Georg. ›Die Qadrî-Pâshâ-Kodifikation. Islamisches Personalstatut der hanafitischen Rechtsschule‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 23, Frankfurt/ M. u.a., 2010

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Halili, Dritan. ›Rechtswörterbuch Deutsch-Albanisch, Albanisch-Deutsch‹, Hamburg, 2008

Hecker, Hellmuth. ›Die Staatsangehörigkeit in der Gesetzgebung Osteuropas‹, WGO 1992, S. 377-382

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Stoppel, Wolfgang. ›Richter in Albanien: Das neue Richtergesetz vom 18. Februar 2008‹, OER 54 (2008), S. 223-241

Stoppel, Wolfgang (Übers.). ›Gesetz Nr. 7382 über die Advokatur in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien vom 8. Mai 1990 (Gazeta Zyrtare 1990 Nr. 3, S. 74 ff)‹, WGO 1990, S. 307-310

Stoppel, Wolfgang (Übers.). ›Gesetz Nr. 7383 über die Gesellschaftsgerichte vom 8. Mai 1990 (Gazeta Zyrtare 1990 Nr. 3, S. 79 ff.)‹, WGO 1990, S. 310-312

C.III. Internationale Zuständigkeit

Halili, Gent. ›Das albanische internationale Zivilverfahrensrecht‹, in: Erik Jayme (Hrsg.), Ein internationales Zivilverfahrensrecht für Gesamteuropa, S. 35-43, Heidelberg, 1992

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Uka, Oriola/ Wietzorek, Michael. ›Anerkennung einer deutschen Ehescheidung durch das Appellationsgericht Tirana (zu Gjykata e apelit Tirane, 12.4.2010 - Urteil Nr. 31, oben S. 90, Nr. 10)‹, IPRax 2011, S. 99-101

Wietzorek, Michael. ›Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Albanien‹, Eastlex 2009, S. 164-165

C.IX. Sonstiges

Stoppel, Wolfgang. ›Richter in Albanien: Das neue Richtergesetz vom 18. Februar 2008‹, OER 54 (2008), S. 223-241

Algerien

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

N.N. ›Algerisches Zivilgesetzbuch‹, IPRax 2007, S. 557-559

Rieck, Jürgen (Übers.). ›Zivilgesetzbuch. 1. Buch - Allgemeine Vorschriften, I. Titel - Wirkung und Anwendung der Gesetze, Kapitel II - Räumliche Rechtskonflikte‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 26-35, Hamburg, Würzburg, 1999

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Alger. ZGB Artt. 6-8, 11, 12, 13, 19; alger. Gesetz Nr. 62/157 Art. 2; alger. Gesetz Nr. 84/11 vom 9.6.1984 Artt. 8, 9, 18, 23; alger. Verordnung Nr. 70/20 vom 19.02.1970 Artt. 71, 73, 74; alger. Code pénal Artt. 323, 330, 331, 337-339; ägypt. Cc Art. 14; franz. Cc Art. 3; EGBGB Art. 13. 1. Alger. IPR. 2. Eheschließung nach algerischem Sachrecht. 3. Zivil- und strafrechtliche Folgen der Polygamie‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 1, Frankfurt/ M., 2005

Nelle, Dietrich. ›Neues Kollisionsrecht in Algerien‹, IPRax 2007, S. 548-551

Schuster. ›Das Kollisionsrecht Algeriens‹, Diss. Hamburg 1970

A.III.2.a. Vertragsrecht

Krüger, Hilmar. ›Probleme des algerischen internationalen Vertrags- und Schiedsrechts‹, in: K.-H. Böckstiegel (Hrsg.), Vertragspraxis u. Streiterledigung im Wirtschaftsverkehr mit arab. Staaten; Schriftenreihe d. Dt. Inst. f. Schiedsgerichtswesen, Bd. 2, S. 17-60, Köln u.a., 1981

A.III.2.b. Deliktsrecht

Hoffmann, Bernd von. ›Außervertragliche Schuldverhältnisse: Art. 38 n.F. (Unerlaubte Handlungen), Rz. 91‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1992

A.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Dennerlein, B. ›Islamisches Recht und sozialer Wandel in Algerien. Zur Entwicklung des Personalstatuts‹, Islamkundliche Untersuchungen, Bd. 221, Berlin, 1998

A.IV.3.b. Eherecht

Berlin (Gutachten). v. 11.10.82. ›Alg. Cc Artt. 1, 12; alg. Ordonnance über den Personenstand Artt. 91, 95; alg. C.proc.civ. Art. 325. 1. Zum Zustand des Familienrechts in Algerien. 2. Anerkennung deutscher Ehescheidungen in Algerien. 3. Ehescheidungsstatut nach algerischem Recht. 4. Eheschließungsstatut nach algerischem Recht.‹, IPG 1982 Nr. 37

Kotzur, Hubert. ›Kollisionsrechtliche Probleme christlich-islamischer Ehen: dargestellt am Beispiel deutsch-maghrebinischer Verbindungen‹, Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 66; zugl. Diss. Tübingen 1987, Tübingen, 1988

OLG Frankfurt/ M. Az. 4 UF 113/89 v. 15.02.90. ›EGBGB Art. 17 Abs. 1; BGB § 1671. Die Regelung der elterlichen Sorge für ein in Algerien lebendes Kind richtet sich nach dem Scheidungsstatut, nicht nach Art. 19 Abs. 2 Satz 2 EGBGB.‹, FamRZ 1990, S. 783

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Duisburg. Az. 12 III 59-60/77 v. 24.07.80. ›EGBGB Artt. 18 Abs. 1, 22 Abs. 1, 27 Abs. 1; alg. ZGB Art. 1 Abs. 2; tun. CStP Artt. 68 ff.. 1. Fehlen algerische Rechtssätze zum Kindschaftsrecht, so ist ersatzweise auf Gesetze in Tunesien und Marokko zurückzugreifen. 2. Der Ausschluß der Legitimation durch nachfolgende Ehe zählt zum algerischen ordre public, der auch vom deutschen Richter zu beachten ist. 3. Das islamische Vaterschaftsanerkenntnis ist nicht nur Beweismittel für die eheliche Abstammung, sondern ändert den Status des Kindes. 4. Zum tunesischen Kindschaftsrecht.‹, IPRspr. 1980 Nr. 110 = StAZ 1980, S. 335

AG Essen. Az. 20 C 416/84 v. 25.10.85. ›Alg. ZGB Art. 10 Abs. 1 Satz 1. 1. Das algerische Familienrecht trifft keine Unterscheidung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern, sondern nur eine Unterscheidung zwischen Kindern aus einer „legitimen" und solcher aus einer „illegitimen" Geschlechtsbeziehung. 2. Das alg. Kollisionsrecht verweist in Kindschaftssachen, bei verschiedenem Heimatrecht von Kind und Vater, auf das Heimatrecht des als „Vater" in Betracht kommenden Mannes.‹, IPRspr. 1985 Nr. 83 = DAVorm 1986, S. 452

OLG Frankfurt/ M. Az. 4 UF 113/89 v. 15.02.90. ›EGBGB Art. 17 Abs. 1; BGB § 1671. Die Regelung der elterlichen Sorge für ein in Algerien lebendes Kind richtet sich nach dem Scheidungsstatut, nicht nach Art. 19 Abs. 2 Satz 2 EGBGB.‹, FamRZ 1990, S. 783

A.IV.4. Erbrecht

Riering, Wolfgang. ›Der Erb- und Pflichtteilsverzicht im islamischen Rechtskreis‹, ZEV 1998, S. 455-457

A.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Knapp, Wolfgang. ›Das algerische internationale Wirtschaftsrecht‹, RIW/AWD 1980, S. 27-37

Krüger, Hilmar. ›Probleme des algerischen internationalen Vertrags- und Schiedsrechts‹, in: K.-H. Böckstiegel (Hrsg.), Vertragspraxis u. Streiterled im Wirtschaftsverkehr mit arab. Staaten; Schriftenreihe d. Dt. Inst. f. Schiedsgerichtswesen, Bd. 2, S. 17-60, Köln u.a., 1981

A.V.4. Gesellschaftsrecht

Ben Abderrahmane, Dahmane. ›Das neue algerische Gesetz über gemischtwirtschaftliche Unternehmen (Société d'économie mixte)‹, RIW/AWD 1987, S. 759-762

A.VI. Fragen des allgemeinen Teils, des interlokalen, des intertemporalen und des interpersonalen Rechts

Kotzur, Hubert. ›Kollisionsrechtliche Probleme christlich-islamischer Ehen: dargestellt am Beispiel deutsch-maghrebinischer Verbindungen‹, Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 66; zugl. Diss. Tübingen 1987, Tübingen, 1988

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Baumann, Herbert/ Ebert, Matthias (Hrsg.). ›Die Verfassungen der Mitgliedsländer der Liga der Arabischen Staaten‹, Verfassungen der Länder Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens, Bd. 1, Berlin, 1995

Kätker, Rüdiger (Übers.). ›Rechtsverordnung Nr. 93-17 über den Schutz von Erfindungen vom 7. Dezember 1993‹, PMZ 1995, S. 344-347

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Krüger, Hilmar. ›Arabische Staaten: Das Recht der Forderungsabtretung‹, BfAI AWSt Nr. A-7/91, 2. Aufl., Köln, 1991

Krüger, Hilmar. ›Arabische Staaten: Das Recht der Forderungsabtretung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4832, 4. Aufl., Köln, Berlin, 1996

Nelle, Dietrich (Übers.). ›Algerien: Neues Familiengesetzbuch‹, StAZ 2005, S. 301-305

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Krüger, Hilmar. ›Überblick über das Zivilrecht der Staaten des ägyptischen Rechtskreises‹, Recht van de Islam 14 (1997), S. 67-131

Krüger, Hilmar. ›Arabische Staaten: Übersicht über die wichtigsten Gesetzesbestimmungen‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4591, 6. Aufl., Köln, 1996

B.III.2.a. Vertragsrecht

Ben Abderrahmane, Dahmane. ›Die Praxis der Verträge zwischen Staaten und ausländischen Unternehmen am Beispiel Algeriens‹, RIW/AWD 1993, S. 821-825

Böckstiegel, Karl-Heinz (Hrsg.). ›Vertragspraxis und Streiterledigung im Wirtschaftsverkehr mit arabischen Staaten‹, Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Schiedsgerichtswesen, Bd. 2, Köln u.a., 1981

Bucksch, Georg. ›Die Mängelhaftung der Bauunternehmer in Frankreich und in den Arabischen Staaten‹, RIW/AWD 1984, S. 437-440

Hasse, Andreas/ Stenz, Peter. ›Das Arabisierungsgesetz in Algerien‹, RIW/AWD 1993, S. 292-296

Klaiber, Sven/ Ranjbar, Reza. ›Die Forderungsabtretung in den MENA-Staaten‹, RIW/AWD 2007, S. 522-529

Seifert, Jörg. ›Rücktritt wegen Nichterfüllung nach dem Vertragsrecht arabischer Staaten‹, RIW/AWD 1998, S. 464-468

B.III.2.b. Deliktsrecht

Neidhart, Hermann. ›Straßenverkehrsrecht in den Maghreb-Ländern. Kfz-Unfälle und Sanktionen in Tunesien, Marokko und Algerien‹, DAR 2009, S. 566-573

B.III.3. Sachenrecht

Seidl-Hohenveldern, Ignaz. ›Entschädigungslose Entziehung eines Gebäudes in Algerien (Urt.Anm.)‹, RIW/AWD 1985, S. 413-415

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

B.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Kuske, Silvia. ›Reislamisierung und Familienrecht in Algerien. Der Einfluß des malikitischen Rechts auf den „Code Algérien de la famille"‹, Islamkundliche Untersuchungen, Bd. 205, Berlin, 1996

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Forstner, Martin. ›Das neue algerische Ehe- und Kindschaftsrecht - Gesetz und soziale Wirklichkeit‹, Teil 1: StAZ 1987, S. 197-221; Teil 2: StAZ 1987, S. 237-249

Nelle, Dietrich. ›Familienrechtliche Modernisierung und islamische Bioethik im neuen Familiengesetzbuch von Algerien‹, StAZ 2005, S. 289-295

Nelle, Dietrich. ›Neue familienrechtliche Entwicklungen im Maghreb (Marokko, Algerien, Lybien, Mauretenien und Tunesien)‹, StAZ 2004, S. 253-269

B.IV.3.b. Eherecht

AG Bonn. Az. 36 III 91/81 - 94/81 v. 02.12.81. ›EheG § 15; PStG § 47. Eine vor dem Mufti in Köln geschlossene Ehe zwischen algerischen Staatsangehörigen ist für den deutschen Rechtsbereich nicht gültig, da der Mufti zu Eheschließungen nicht ermächtigt ist.‹, StAZ 1982, S. 245

Berlin (Gutachten). v. 11.10.82. ›Alg. Cc Artt. 1, 12; alg. Ordonnance über den Personenstand Artt. 91, 95; alg. C.proc.civ. Art. 325. 1. Zum Zustand des Familienrechts in Algerien. 2. Anerkennung deutscher Ehescheidungen in Algerien. 3. Ehescheidungsstatut nach algerischem Recht. 4. Eheschließungsstatut nach algerischem Recht.‹, IPG 1982 Nr. 37

Ebert, Hans-Georg. ›Das Personalstatut arabischer Länder. Problemfelder, Methoden, Perspektiven. Ein Beitrag zum Diskurs über Theorie und Praxis des islamischen Rechts‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 7, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Alger. ZGB Artt. 6-8, 11, 12, 13, 19; alger. Gesetz Nr. 62/157 Art. 2; alger. Gesetz Nr. 84/11 vom 9.6.1984 Artt. 8, 9, 18, 23; alger. Verordnung Nr. 70/20 vom 19.02.1970 Artt. 71, 73, 74; alger. Code pénal Artt. 323, 330, 331, 337-339; ägypt. Cc Art. 14; franz. Cc Art. 3; EGBGB Art. 13. 1. Alger. IPR. 2. Eheschließung nach algerischem Sachrecht. 3. Zivil- und strafrechtliche Folgen der Polygamie‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 1, Frankfurt/ M., 2005

Ksiks, Fadlallah. ›Wie man islamisch heiratet. Die islamische Ehe nach der Rechtsteilung von Qur'an und Sunna‹, Düsseldorf, 2010

OLG Köln. Az. 27 WF 104/01 v. 16.05.01. ›Alger. Familiengesetzbuch (FGB) Artt. 48, 53, 54; EGBGB Art. 6. Gemäß Art. 48 des Gesetzes Nr. 84-11 vom 09.06.1984 über das Familiengesetzbuch erfolgt die Scheidung nach algerischem Recht durch Willenserklärung des Ehemannes, durch gegenseitiges Einvernehmen oder auf Antrag der Ehefrau innerhalb der Schranken der Artt. 53, 54 alger. FGB. Dabei bedarf der Mann für die Verstoßungserklärung keines Grundes, während die Ehefrau nur in den engen Grenzen der Artt. 53, 54 alger. FGB die Scheidung verlangen kann.‹, IPRspr. 2001 Nr. 65 = FamRZ 2002, S. 166 = NJWE-FER 2001, S. 308

OLG Rostock. Az. 10 WF 69/05 v. 07.11.05. ›Genfer Flüchtlingskonvention Art. 12 Abs. 1; Alg. FamGB v. 9.6.1984 (alg. FamGB) Artt. 4 Satz 2, 48 Satz 2, 53; EGBGB Artt. 6, 14 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1; AsylVfG § 2 Abs. 2; BGB §§ 1564, 1565, 1566 Abs. 2; GG Art. 3. Der Ehemann kann nach alg. Recht gem. Art. 48 Satz 2 alg. FamGB durch einfache Willenserklärung (sog. talaq) die Scheidung herbeiführen. Der Scheidungsantrag der Ehefrau ist nur unter den engen Voraussetzungen des Art. 53 alg. FamGB zulässig. Nach Art. 4 Satz 2 alg. FamGB beruht die Ehe auf „Zuneigung, Sanftmut und gegenseitigem Beistand".‹, IPRspr. 2005 Nr. 59

OLG Zweibrücken. Az. 2 UF 1/98 v. 11.12.98. ›EGBGB Artt. 6, 18 Abs. 1, 4; BGB §§ 1361, 1601; ZPO §§ 322, 318. Nach algerischem Recht steht der geschiedenen Ehefrau nach der gesetzlichen Wartezeit von rund drei Monaten nach der Scheidung kein Unterhaltsanspruch mehr zu.‹, IPRspr. 1998 Nr. 10 = FamRZ 2000, S. 32-33 = NJWE-FER 1999, S. 228-229

OLG Zweibrücken. Az. 2 UF 132/95 v. 05.07.96. ›Alger. FamGB Artt. 78, 79; EGBGB Art. 18 Abs. 7; ZPO § 328; FamRÄndG Art. 7 § 1 Abs. 1 S. 3. Nach Art. 79 S. 1 alger. FamGB sind bei der Festsetzung des Unterhalts die Lage der Ehegatten und deren Lebensumstände zu berücksichtigen. Gem. Art. 78 alger. FamGB besteht der Unterhalt in der Ernährung, der Kleidung, der ärztlichen Versorgung, der Unterbringung oder entsprechender Miete sowie all demjenigen, was nach Brauch und Gewohnheit als notwendig angesehen wird. Das alger. Recht stellt somit auf den tatsächlichen Bedarf der Ehegatten und die konkreten Lebensumstände ab. Für die Zeit nach Ablauf der gesetzlichen Wartezeit bis zu einer Wiederverheiratung (drei Monate) steht der Frau nach alger. Recht kein Anspruch auf nachehelichen Unterhalt zu.‹, FamRZ 1997, S. 93-95

OVG des Saarlandes. Az. 1 W 8/01 v. 18.01.02. ›EMRK Art. 8; Alg. Familiengesetzbuch Artt. 18, 22; EGBGB Art. 13 Abs. 3 Satz 1; BGB § 1310; GG Art. 6 Abs. 1. Nach Art. 18 des alg. Familiengesetzbuchs muss die Urkunde über die Eheschließung vor einem Notar oder einem gesetzlich für zuständig erklärten Beamten errichtet werden. Art. 22 des alg. Familiengesetzbuchs schreibt einen Nachweis der Eheschließung vor. Diese wird grdsl. durch Aushändigung eines Auszugs aus dem Zivilstandsregister bewiesen. Fehlt es an einer Eintragung, so wird die Ehe durch Urteil für gültig erklärt, wenn sämtliche Gültigkeitsvoraussetzungen nach den gesetzlichen Bestimmungen vorliegen.‹, IPRspr. 2002 Nr. 63

Scholz, Peter. ›Islam-rechtliche Eheschließung und deutscher ordre public‹, StAZ 2002, S. 321-334

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Essen. Az. 20 C 416/84 v. 25.10.85. ›Alg. ZGB Art. 10 Abs. 1 Satz 1. 1. Das algerische Familienrecht trifft keine Unterscheidung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern, sondern nur eine Unterscheidung zwischen Kindern aus einer „legitimen" und solcher aus einer „illegitimen" Geschlechtsbeziehung. 2. Das alg. Kollisionsrecht verweist in Kindschaftssachen, bei verschiedenem Heimatrecht von Kind und Vater, auf das Heimatrecht des als „Vater" in Betracht kommenden Mannes.‹, IPRspr. 1985 Nr. 83 = DAVorm 1986, S. 452

AG Hamburg. Az. 60 III 281/63 v. 20.12.85. ›1. Das islamische Recht kennt zwar keine Legitimation durch nachfolgende Eheschließung, ein Kind kann aber durch sogenannte Legitimanerkennung die Stellung eines ehelichen Kindes erlangen. 2. Zu den Voraussetzungen des Vaterschaftsanerkenntnisses („iqrar") nach islamischem Recht.‹, IPRspr. 1985 Nr. 105A = DAVorm 1987, S. 286

Boehm, Ana-Sabine. ›Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien, Tunesien). Sieben Fragen zur Geltendmachung von Unterhalt‹, JAmt 2007, S. 24-25

BVerfG. Az. 1 BvR 37/85 v. 30.11.88. ›GG Art. 6; EGBGB Artt. 22 (a.F.), 30 (a.F.), 220; PStG § 31. Zur Anwendung des Art. 30 EGBGB (a.F.) im Zusammenhang mit der Legitimation eines nichtehelichen Kindes durch den ausländischen (hier: algerischen) Vater.‹, FamRZ 1989, S. 143-145 = NJW 1989, S. 1275

DIV-Gutachten v. 16.06.1994; Az. LA4. ›Algerien: Vaterschaftsanerkennung‹, ZfJ 1994, S. 435

DIV-Gutachten v. 27.04.1992, Az. LA 4. ›Algerien: Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen‹, ZfJ 1992, S. 438-439

DIV-Gutachten v. 30.10.1987, Az. LA 4. ›Algerien: Unterhaltsansprüche gegen einen Vater, der in Algerien Wehrdienst leistet‹, ZfJ 1988, S. 39

KG. Az. 3 UF 7118/88 v. 12.07.89. ›MSA; EUGVÜ; Haager KindesUnterhÜbk.; FGG § 16 a Nr. 2 u. 4. Gegenteilige Sorgerechtsentscheidungen, ethnische Unterschiede, Einsatz der Arbeitskraft, Umfang der „konkreten Bemühungen" (Arbeitsbiografie), fiktives Einkommen, „Mangelfall".‹, DAVorm 1991, S. 206-215 = IPRspr. 1990 Nr. 239

LG Hamburg. Az. 1 T 155/83 v. 28.07.83. ›Die Legitimanerkennung eines deutschen Kindes durch seinen algerischen Vater nach islamischem Recht ist als

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Ehelicherklärung zu qualifizieren.‹, IPRspr. 1983 Nr. 105 = HaSta 1984, S. 8

Menhofer, Bruno. ›Das grenzüberschreitende Besuchsrecht in europäisch- islamischen Kindschaftsfällen - Der algerisch-französische Staatsvertrag als Modell‹, IPRax 1991, S. 353-355

OLG Karlsruhe. Az. 16 UF 13/91 v. 02.10.91. ›Alger. FamGB Artt. 62, 65, 7, 87; ZGB Art. 40; MSA Art. 13; EGBGB Artt. 14 Abs. 1, 17 Abs. 1; 19 Abs. 2; BGB § 1671 Abs. 2. Die tatsächliche Personensorge nach alg. Recht endet für Knaben mit Vollendung des 10. Lebensjahres, bei gerichtlicher Verlängerung spätestens mit 16 Jahren, für Mädchen gemäß Artt. 62, 65, 7 alg. FamGB grundsätzlich mit 18 Jahren. Diese Personensorge kann auf die Mutter übertragen werden. Der Vater bleibt aber bis zur Volljährigkeit der Kinder, die erst mit Vollendung des 19. Lebensjahres eintritt, Vormund der Kinder.‹, IPRax 1993, S. 97-100 = FamRZ 1992, 1465-1467 = IPRspr. 1991 Nr. 129

B.IV.4. Erbrecht

Ebert, Hans-Georg. ›Das Erbrecht arabischer Länder‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 18, Frankfurt/ M. u.a., 2004

Scholz, Peter. ›Erbrecht der maghrebinischen Staaten und deutscher ordre public‹, Studien zum Internationalen Privat- und Zivilprozessrecht sowie zum UN-Kaufrecht, Bd. 17; zugl. Diss. Berlin 2006, Hamburg, 2006

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Knapp, Wolfgang. ›Das algerische internationale Wirtschaftsrecht‹, RIW/AWD 1980, S. 27-37

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Andrieux, Jean-Pierre/ Tillmanns, Wolfhard. ›Das algerische Arbeits- und Sozialrecht‹, ZVglRWiss 86 (1987), S. 171-226

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Abderrahmane, Dahmane Ben. ›Handelsvertreterrecht in Algerien - ein Überblick‹, RIW/AWD 1999, S. 772-774

Ambari, Mazhar. ›Die Kfz-Haftpflichtversicherung in Syrien und anderen arabischen Staaten - Das System der Orangenen Karte -‹, VersR 1980, S. 894-896

Amereller, Florian. ›Das Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler in der MENA-Region‹, Köln, 2007

Andrieux, Jean-Pierre/ Tillmanns, Wolfhard. ›Das algerische Außenwirtschaftsrecht‹, RIW/AWD 1984, Beilage 3 zu Heft 12

Detzer, Klaus. ›Algerien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 35-36, Heidelberg, 1997

Maskow, Dietrich. ›Grundzüge des algerischen Außenwirtschafts- und Handelsrechts‹, DDR-Außenwirtschaft, RiA 1981 (28) S. 1

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Ben Abderrahmane, Dahmane. ›Das neue algerische Gesetz über gemischtwirtschaftliche Unternehmen (Société d'économie mixte)‹, RIW/AWD 1987, S. 759-762

Grabau, Fritz-René. ›Der Gesellschaftsvertrag im klassischen Islamrecht und das geltende Gesellschaftsrecht der islamischen Staaten‹, ZVglRWiss 89 (1990), S. 330-357

Sachs, Klaus. ›Gemeinschaftsunternehmen in Algerien (Société d'Économie Mixte)‹, RIW/AWD 1985, S. 201-206

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Fink, Elisabeth (Übers.). ›Verordnung Nr. 98-68 vom 21.2.1998 über die Errichtung und das Statut des Nationalen Algerischen Instituts für gewerbliches Eigentum (INAPI)‹, PMZ 2000, S. 82-84

B.VI.3. Islam

Bälz, Kilian Rudolf. ›Islamisches Kreditwesen. Religion, Wirtschaft und Recht im Islam‹, ZVglRWiss 3 (2010), S. 272-292

Dilger, Konrad. ›Die Stärkung des islamischen Rechts in Afrika als Folge der Emanzipation afrikanischer Staaten der Arabischen Liga‹, Jb.f.Afr.R. 1 (1980), S. 53-73

Ebert, Hans-Georg. ›Das Personalstatut arabischer Länder. Problemfelder, Methoden, Perspektiven. Ein Beitrag zum Diskurs über Theorie und Praxis des islamischen Rechts‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 7, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Kellner, Martin. ›Islamische Rechtsmeinungen zu medizinischen Eingriffen an den Grenzen des Lebens. Ein Beitrag zur kulturübergreifenden Bioethik‹, Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt, Bd. 29; zugl. Diss. Wien 2007, Würzburg, 2010

Kuske, Silvia. ›Reislamisierung und Familienrecht in Algerien. Der Einfluß des malikitischen Rechts auf den „Code Algérien de la famille"‹, Islamkundliche Untersuchungen, Bd. 205, Berlin, 1996

Rohe, Mathias. ›Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart‹, 2. Aufl., München, 2009

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

C.I.3.a. Ratifikation

Sachs, Klaus. ›Das bilaterale französisch-algerische Schiedsabkommen vom 27. März 1983 - Ein Muster auch für andere Staaten?‹, IPRax 1986, S. 309-313

C.III. Internationale Zuständigkeit

Klaiber, Sven. ›Neues internationales Zivilprozess- und Schiedsrecht in Algerien‹, IPRax 2010, S. 87-90

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

OLG Zweibrücken. Az. 2 UF 132/95 v. 05.07.96. ›Alger. FamGB Artt. 78, 79; EGBGB Art. 18 Abs. 7; ZPO § 328; FamRÄndG Art. 7 § 1 Abs. 1 S. 3. Nach Art. 79 S. 1 alger. FamGB sind bei der Festsetzung des Unterhalts die Lage der Ehegatten und deren Lebensumstände zu berücksichtigen. Gem. Art. 78 alger. FamGB besteht der Unterhalt in der Ernährung, der Kleidung, der ärztlichen Versorgung, der Unterbringung oder entsprechender Miete sowie all demjenigen, was nach Brauch und Gewohnheit als notwendig angesehen wird. Das alger. Recht stellt somit auf den tatsächlichen Bedarf der Ehegatten und die konkreten Lebensumstände ab. Für die Zeit nach Ablauf der gesetzlichen Wartezeit bis zu einer Wiederverheiratung (drei Monate) steht der Frau nach alger. Recht kein Anspruch auf nachehelichen Unterhalt zu.‹, FamRZ 1997, S. 93-95

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Berlin (Gutachten). v. 11.10.82. ›Alg. Cc Artt. 1, 12; alg. Ordonnance über den Personenstand Artt. 91, 95; alg. C.proc.civ. Art. 325. 1. Zum Zustand des Familienrechts in Algerien. 2. Anerkennung deutscher Ehescheidungen in Algerien. 3. Ehescheidungsstatut nach algerischem Recht. 4. Eheschließungsstatut nach algerischem Recht.‹, IPG 1982 Nr. 37

Klaiber, Sven. ›Neues internationales Zivilprozess- und Schiedsrecht in Algerien‹, IPRax 2010, S. 87-90

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Ben Abderrahmane, Dahmane. ›Das neue algerische internationale Schiedsrecht‹, IPRax 1994, S. 313-318

Klaiber, Sven. ›Neues internationales Zivilprozess- und Schiedsrecht in Algerien‹, IPRax 2010, S. 87-90

Krüger, Hilmar. ›Probleme des algerischen internationalen Vertrags- und Schiedsrechts‹, in: K.-H. Böckstiegel (Hrsg.), Vertragspraxis u. Streiterledigung im Wirtschaftsverkehr mit arab. Staaten, Schriftenreihe d. Dt. Inst. f. Schiedsgerichtswesen, Bd. 2, S. 17-60, Köln u.a., 1981

C.VII. Zustellung

DIV-Gutachten v. 16.06.1994; Az. LA4. ›Algerien: Vaterschaftsanerkennung‹, ZfJ 1994, S. 435

Andorra

A. Internationales Privatrecht

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Rau, Hans. ›Internationales Privat- und Prozeßrecht in Andorra‹, RabelsZ 53 (1989), S. 207-244

A.III.2.b. Deliktsrecht

Neidhart, Hermann. ›Wenn es in Liechtenstein, Andorra oder Gibraltar kracht. Gilt europäisches, nationales oder autonomes Recht - oder von jedem etwas?‹, DAR 2009, S. 770-771

B. Sachrecht

B.III.2.b. Deliktsrecht

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Band 2: West-Europa‹, 5. Aufl., Bonn, 2007

Neidhart, Hermann. ›Wenn es in Liechtenstein, Andorra oder Gibraltar kracht. Gilt europäisches, nationales oder autonomes Recht - oder von jedem etwas?‹, DAR 2009, S. 770-771

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Neidhart, Hermann. ›Unfallabwicklung in den europäischen Kleinstaaten‹, DAR 1990, S. 400

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Breuer, Kai. ›Ehe- und Familiensachen in Europa. Das internationale Mandat mit Länderberichten‹, FamRZ-Buch, Bd. 26, Bielefeld, 2008

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Zwernemann, Dieter. ›Informationshandbuch Wirtschaftsrecht, Bd. 1: Die Staaten Europas‹, München, 1991

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Zwernemann, Dieter. ›Andorra‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 38, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Herberstein, Gabriele (Hrsg.). ›Die GmbH in Europa - 50 Länder im Vergleich‹, 2. Aufl., Wien, 2001

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

LG Frankfurt/ M. Az. 3/2 O 145/90 v. 04.02.94. ›ScheckG Artt. 12, 63 f. Die Zivilgerichte Andorras wenden die Genfer Konvention zum Scheckrecht an, obwohl sie von Andorra nicht unterzeichnet worden ist.‹, RIW/AWD 1994, S. 684-685 = IPRspr. 1994 Nr. 55

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Rau, Hans. ›Internationales Privat- und Prozeßrecht in Andorra‹, RabelsZ 53 (1989), S. 207-244

C.VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht

Rau, Hans. ›Zahlungseinstellung und Konkurs in Andorra‹, RIW/AWD 1990, S. 881-887

Angola

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Hartard, Matthias (Übers.). ›Zivilgesetzbuch. Buch I - Allgemeiner Teil, Titel I - Die Gesetze, ihre Interpretation und Anwendung, Kapitel III, Rechte der Ausländer und Gesetzeskollisionen‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 36-75, Hamburg, Würzburg, 1999

A.IV.3.b. Eherecht

München (Gutachten). v. 28.07.81. ›Angol. Gesetz Nr. 52/1976 vom 2.7.1976 Artt. 2, 6; port. Cc Artt. 1778, 1792. 1. Angolanisches Staatsangehörigkeitsrecht. 2. Scheidungsvoraussetzungen nach angolanischem Recht. 3. Weitergelten vorrevolutionären Rechts in Angola. 4. Scheidungsstatut nach angolanischem IPR. 5. Scheidungsvoraussetzungen nach port. Recht und Scheidungsstatut nach port. IPR.‹, IPG 1980-81 Nr. 30

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Jayme, Erik. ›Angola: Neues Staatsangehörigkeitsrecht‹, StAZ 2008, S. 51-53

N.N. ›Staatsangehörigkeitsgesetz Nr. 2/84 vom 07.02.1984‹, StAZ 1984, S. 220-221

N.N. ›Staatsangehörigkeitsgesetz vom 10.11.1975‹, StAZ 1981, S. 29

N.N. ›Ehescheidungsgesetze (1976 und 1978)‹, StAZ 1982, S. 50-51

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Denissow, W. N. ›Rechtssysteme in Entwicklungsländern‹, Berlin (Ost), 1981

B.IV.3.b. Eherecht

AG Wennigsen/ Deister. Az. 7 F 12/81 v. 14.10.81. ›Verf. der VR Angola Art. 58; port. Cc Artt. 55 Abs. 1 i.V.m. 55 Abs. 2; angol. Ges. Nr. 53/1976 und Nr. 9/1978; port. Cc Artt. 1792 i.V.m. 1778; Ges. v. 30.7.1969 der UdSSR Art. 34. 1. Zu den Voraussetzungen einer Ehescheidung nach angolanischem Recht. 2. Sowohl die Gesetze der VR Angola als auch der UdSSR lassen innerhalb eines an sich bestehenden gesetzlichen Gewaltverhältnisses gerichtliche oder behördliche Eingriffe hinsichtlich der Regelung der elterlichen Sorge nach Scheidung zu. 3. Nach Art. 58 der angolanischen Verfassung ist das portugiesische IPR anwendbar.‹, IPRspr. 1981 Nr. 102

München (Gutachten). v. 28.07.81. ›Angol. Gesetz Nr. 52/1976 vom 2.7.1976 Artt. 2, 6; port. Cc Artt. 1778, 1792. 1. Angolanisches Staatsangehörigkeitsrecht. 2. Scheidungsvoraussetzungen nach angolanischem Recht. 3. Weitergelten vorrevolutionären Rechts in Angola. 4. Scheidungsstatut nach angolanischem IPR. 5. Scheidungsvoraussetzungen nach port. Recht und Scheidungsstatut nach port. IPR.‹, IPG 1980-81 Nr. 30

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Angola‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 39, Heidelberg, 1997

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Jayme, Erik. ›Angola: Neues Staatsangehörigkeitsrecht‹, StAZ 2008, S. 51-53

Kubitz, Joachim. ›Probleme bei der Überprüfung angolanischer Personenstandsurkunden‹, StAZ 1997, S. 147

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Antigua und Barbuda

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. ›Bekanntmachung zu dem Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 7.10.1988‹, BGBl. II 1988, S. 966

B. Sachrecht

B.IV.3.b. Eherecht

N.N. ›Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen‹, BGBl. II 1989, Nr. 8

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

N.N. ›Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche‹, BGBl. II 1989, S. 292

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Hummer, Waldemar. ›(Schieds-)gerichtsbarkeit in der Karibik: Von der Ad-hoc-Schiedsgerichtsbarkeit in der CARICOM/CCM zum „Karibischen Gerichtshof“ in der CSME‹, Völkerrecht und internationale Beziehungen, Bd. 2, Münster, 2007

N.N. ›Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche‹, BGBl. II 1989, S. 292

Argentinien

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. (Übers.). ›Zivilgesetzbuch‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 76-105, Hamburg, Würzburg, 1999

A.I.3.a. Ratifikation

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Eine neue Konvention zum Schutz von Adoptivkindern - Das Interamerikanische Übereinkommen über das auf die Minderjährigen-Adoption anwendbare Recht vom 24.05.1984‹, StAZ 1985, S. 124-129

Neuhaus, Heinrich. ›Die Konventionen der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) über Internationales Privatrecht in der Sicht eines Europäers (Konventionen von Montevideo (1979) und von Panama (1975))‹, ZfRV 23 (1982), S. 287-301

Samtleben, Jürgen. ›Neue interamerikanische Konventionen zum Internationalen Privatrecht‹, RabelsZ 56 (1992), S. 1-114

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Samtleben, Jürgen. ›Das Internationale Prozess- und Privatrecht des Mercosur. Ein Überblick‹, RabelsZ 63 (1999), S. 3-69

A.III.2.a. Vertragsrecht

Hernández-Bretón, Eugenio. ›Internationale Gerichtsstandsklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 21; zugl. Diss. Heidelberg 1991, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Moeremans, Daniel/ Renken, Cornelius. ›Der Vertragsabschluß mit argentinischen Partnern‹, ZVglRWiss 91 (1992), S. 87-95

Weinberg, Inés M. ›Die Rechtsstellung ausländischer Gläubiger in Argentinien‹, IPRax 1986, S. 316-319

A.III.2.b. Deliktsrecht

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 15‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.III.2.c. Sonstige gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag; ungerechtfertigte Bereicherung)

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 15‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.III.3. Sachenrecht

Ahrens, Helen. ›Kreditsicherheiten in Südamerika. Mobiliarsicherheiten nach den nationalen und internationalen Privatrechten der Länder des Cono Sur und ihre Bedeutung für den Rechtsverkehr mit Deutschland‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 18; zugl. Diss. Kiel 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Schmeinck, Sabine. ›Internationalprivatrechtliche Aspekte des Kulturgüterschutzes‹, Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft, Bd. 82; zugl. Diss. Münster 1993, Berlin, 1994

A.IV.3.b. Eherecht

AG Bonn. Az. 45 (48) F 132/85 v. 27.10.88. ›ZPO § 606 a Abs. 1 Nr. 2; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 14 Abs.

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

1 Nr. 1, 17 Abs. 1; arg. Cc Art. 164. Für die Ehescheidung argentinischer Staatsangehöriger mit dem letzten gemeinsamen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland sind kraft einer Rückverweisung des argentinischen Rechts die deutschen Scheidungsbestimmungen anwendbar. Schließen argentinische Ehegatten den Versorgungsausgleich aus, so kann das Gericht eine solche Vereinbarung gemäß § 1587 o BGB genehmigen.‹, IPRax 1989, S. 108-110

AG Detmold. Az. 16 F 189/88 v. 13.09.89. ›Arg. Cc Artt. 164, 207 Abs. 2 Nr. 4, 217 Abs. 1. Das neue argentinische Ehescheidungsrecht enthält in Art. 164 Cc eine Kollisionsnorm, die auf den letzten Wohnsitz der Eheleute abstellt. Das argentinische Ehegesetz kennt keine gesonderte Kollisionsnorm für den Versorgungsausgleich. Auch im argentinischen Recht wird ein Bedürfnis gesehen, dem geschiedenen Ehegatten einen Ausgleich für scheidungsbedingte Nachteile im Bereich der Versorgung zu gewähren.‹, IPRspr. 1989 Nr. 100 = IPRax 1990, S. 415

AG Freiburg/ Brsg. Az. 46 F 8/88 v. 27.04.88. ›ZPO § 606 a Abs. 1 Nr. 2; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 14 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1; arg. Cc Art. 164. Die Ehescheidung argentinischer Eheleute mit letztem Wohnsitz in der Bundesrepublik richtet sich kraft einer Rückverweisung des argentinischen Rechts nach deutschem Recht.‹, IPRax 1989, S. 108

Imhof, Ralf. ›Das Ehegüterrecht in Argentinien‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2433; zugl. Diss. Regensburg 1997, Frankfurt/ M. u.a., 1998

KG. Az. 3 UF 4688/78 v. 25.07.78. ›ZPO § 606 b Nr. 1; EGBGB Artt. 27, 17; GG Art. 3; BGB § 156. 1. Argentinien würde mit großer Wahrscheinlichkeit die im Ausland ausgesprochene Scheidung einer Ehe mit argentinischer Beteiligung anerkennen, wenn diese Ehe im Ausland (hier: Spanien) geschlossen worden ist und kein Anhalt für die Annahme besteht, daß durch die Ehescheidung außerhalb Argentiniens argentinisches Recht umgangen werden sollte. 2. Das argentinische Recht verweist in einem solchen Fall verdeckt auf deutsches materielles Eherecht zurück, sofern das Domizilrecht entscheidet. Diese Zurückverweisung führt hier nach Art. 27 EGBGB zur Anwendung deutschen materiellen Eherechts.‹, NJW 1980, S. 535-536

Niewöhner, Franz. ›Zur Problematik des gespaltenen Ehegüterrechts im internationalen Privatrecht‹, MittRhNotK 1981, S. 219-234

Piltz, Burghard. ›Neues materielles und internationales Scheidungsrecht in Argentinien‹, IPRax 1988, S. 320-322

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Köln (Gutachten). ›Uruguayischer Código del Nino Artt. 156-169; uruguayischer Cc Artt. 885, 1026, 1027; Abkommen über das internationale Privatrecht v. 19.3.1940 Artt. 5-7, 23, 25; argent. Gesetz Nr. 19.134 Artt. 32, 36, 37; argent. Adoptionsgesetz Nr. 13.255 Artt. 5, 8; argent. Gesetz Nr. 13.252 Art. 12 S. 1. 1. Zum uruguayischen Adoptionsrecht. 2. Zum argentinischen internationalen Adoptionsrecht. 3. Zum argentinischen materiellen Adoptionsrecht‹, IPG 1996 Nr. 36

A.IV.4. Erbrecht

Dörner, Heinrich. ›Nachlaßplanung in argentinisch-deutschen Erbfällen‹, Arbeitshefte des Lateinamerika-Zentrums, Bd. 9, Münster, 1994

Dörner, Heinrich. ›Nachlaßplanung in argentinisch-deutschen Erbfällen‹, in: Jan Curschmann/ Harald Postel, Deutsch-Südamerikanische Rechtstage 1992, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 22, S. 121-146, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Hamburg (Gutachten). v. 16.03.82. ›EGBGB Art. 25; paraguayischer Cc Artt. 10, 11, 3283. 1. Quellen des Zivilrechts in Paraguay. 2. Erbstatut nach dem IPR von Argentinien und Paraguay.‹, IPG 1982 Nr. 30

OLG Düsseldorf. Az. 7 U 149/97 v. 05.06.98. ›Arg. Cc Art. 3283; uruguayisch. Codigo del Nino Art. 167; uruguayisch. Cc Artt. 1026, 1027; uruguayisch. Kindergesetz Art. 166; EGBGB Artt. 4, 25 Abs. 1, Abs. 2; BGB §§ 1754 Abs. 2, 1767 Abs. 1; AdoptivG 1976 Artt. 12 § 1 Abs. 1, 121 Abs. 5. Nach dem argentinischen Recht gilt für die Erbfolge das Recht des Domizils des Erblassers. Nach uruguayischem Recht sind die Wirkungen einer Adoption beschränkt auf 1. respektvolles Verhalten gegenüber den Adoptanten, 2. gegenseitige Unterhaltsverpflichtung und 3. gesetzliches Erbrecht in den Fällen und mit der Maßgabe, wie dies in dem Titel über die Intestaterbfolge im Zivilgesetzbuch beschrieben ist. Erbrechtsfolgen sind im Verhältnis zum Annehmenden nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Das (einfach) adoptierte Kind wird einem leiblichen Kind nicht allgemein gleichgestellt, sondern es treten nur die Rechtsfolgen ein, die der Cc gerade einem „Adoptivkind" zuordnet. Für das Erbrecht des Adoptierten sieht Art. 1027 uruguayischer Cc vor, daß Adoptivkinder und eheliche Geschwister des Erblassers diesen beerben, falls die im vorangegangenen Art. genannten Personen fehlen. Dabei handelt es sich um Verwandte in auf- und absteigender Linie, den Ehegatten und natürliche Kinder. Die Erbschaft teilt sich in einen Teil für eheliche Geschwister und einen anderen für die Adoptivkinder. Wenn nur noch Angehörige aus einer der beiden Gruppen vorhanden sind, dann fällt an diese Gruppe das gesamte Erbe. Adoptivkinder erben nach dem uruguayischen Recht jedoch nichts, wenn andere Verwandte vorhanden sind. Das Adoptivkind hat auch keinen Anspruch auf einen etwaigen Pflichtteil. Trotz der Adoption bleiben nach Art. 166 uruguayisches Kindergesetz die verwandschaftlichen Beziehungen zur früheren Familien bestehen.‹, Forum International (D) 1998, S. 131-135 = IPRax 1999, S. 380-383 = FamRZ 1998, S. 1627-1630 = MittRhNotK 1998, S. 427-429 = ZEV 1998, S. 487-489 = IPRspr. 1998 Nr. 118

Pfundstein, Tobias. ›Pflichtteil und ordre public. Angehörigenschutz im internationalen Erbrecht‹, Münchener Universitätsschriften, Bd. 231; zugl. Diss. München 2009, München, 2010

Tiedemann, Andrea. ›Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 34, Tübingen, 1993

A.V.4. Gesellschaftsrecht

Moeremans, Daniel. ›Internationales Privatrecht und Durchgriffshaftung in Argentinien‹, RIW/ AWD 1989, S. 778-783

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Acquarone, Maria. ›Argentinien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 1-19, Würzburg, 1995

Hassemer, Michael (Übers.). ›Patent- und Gebrauchsmustergesetz Nr. 24.481, modifiziert durch Gesetz Nr. 25.572‹, GRUR Int. 1998, S. 587-596

Kozel, Ingeborg. ›Südamerika: Forderungsabtretung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 3156, Köln, Berlin, 1994

Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht (Hrsg.). ›Rechtsquellen des MERCOSUR. Spanischer Text und deutsche Übersetzung der wichtigsten Verträge und Rechtsakte‹, Baden-Baden, 2000

Zschocke, Christian Oscar. ›Das Gesetz über die Handelsgesellschaften in Argentinien‹, BfAI AWSt Nr. B-1/88, Köln, 1988

B.I.3.a. Ratifikation

Piltz, Burghard. ›Internationales Kaufrecht. Das UN-Kaufrecht (Wiener Übereinkommen von 1980 in praxisorientierter Darstellung)‹, München, 1993

B.III.1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Rivero Sánchez, Juan Marcos. ›Das deutsche Schuldrecht. Vorbild oder Warnung für Reformprojekte in Lateinamerika und insbesondere in Costa Rica?‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1776; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1995, Frankfurt/ M. u.a., 1995

B.III.2.a. Vertragsrecht

Acquarone, Maria. ›Argentinien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 1-19, Würzburg, 1995

Bernuth, Johann Mathias von. ›Lauterkeitsrecht, Kartellrecht und Verbraucherschutz in der Ländern des Mercosur‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 5; zugl. Diss. München 2000, Baden-Baden, 2001

Gnielinski, Oliver. ›Das argentinische Verbraucherschutzrecht‹, Diss. Marburg 1996

Hernández-Bretón, Eugenio. ›Internationale Gerichtsstandsklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 21; zugl. Diss. Heidelberg 1991, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Kalbe, Anna Katharina. ›Die zivilrechtlich Haftung für Kreditkartenmißbrauch nach deutschem, chilenischem und argentinischem Recht‹, Diss. Mannheim 1997

Kozel, Ingeborg/ Kley, Britta. ›Argentinien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 8681, 2. Aufl., Köln, 2001

LG Darmstadt. Az. 18 O 848/92 v. 25.10.94. ›CISG Artt. 1 lit. a, 30, 53, 78; Argent. Cc Art. 622; EGBGB Art. 28 Abs. 2 S. 2; ZPO § 33. Nach Art. 622 argent. Cc werden von der Rechtsprechung Zinsen in Anlehnung an die jeweiligen Wechseldiskontsätze zugesprochen. Dieser beträgt derzeit 10%‹, IPRspr. 1994 Nr. 144

Moeremans, Daniel/ Renken, Cornelius. ›Der Vertragsabschluß mit argentinischen Partnern‹, ZVglRWiss 91 (1992), S. 87-95

Pacón, Ana María. ›Markenrecht und Verbraucherschutz in Lateinamerika. Eine Untersuchung am Beispiel von Argentinien, Brasilien, Mexiko und Peru‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 1; zugl. Diss. Augsburg 1996, Baden-Baden, 1999

Reyven, Juan José. ›Zur Aufwertung von Geld- und Wertschulden im argentinischen Recht‹, RabelsZ 45 (1981), S. 736-760

Schwonke, Martina. ›Verkehrsschutz bei der Stellvertretung im deutschen Recht und in den lateinamerikanischen Rechten unter besonderer Berücksichtigung des positiven Vertrauensschutzes‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 148; zugl. Diss. Göttingen 1989, Baden-Baden, 1990

Stoffmehl, Elke. ›Online-Shopping in Argentinien und Mexiko. Eine Untersuchung des Verbrauchervertragsrechts mit Blick auf das deutsche Recht unter Berücksichtigung europarechtlicher Bezüge‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 4225; zugl. Diss. Münster 2004, Frankfurt/ M. u.a., 2005

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

B.III.2.b. Deliktsrecht

de Alencar Xavier, Yanko Marcius. ›Die EG-Produkthaftungsrichtlinie - ein mögliches Modell für den Mercosur?‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2073; zugl. Diss. Osnabrück 1996, Frankfurt/ M. u.a., 1997

Franz, Martin. ›Die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten in Argentinien, Brasilien und Mexiko: Eine Untersuchung vor dem Hintergrund des TRIPS-Übereinkommens‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 12; zugl. Diss. München 2005, Baden-Baden, 2005

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungsmöglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

Junge, Ulf. ›Staatshaftung in Argentinien‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 100, Tübingen, 2002

Kalbe, Anna Katharina. ›Die zivilrechtlich Haftung für Kreditkartenmißbrauch nach deutschem, chilenischem und argentinischem Recht‹, Diss. Mannheim 1997

Kozel, Ingeborg/ Kley, Britta. ›Argentinien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 8681, 2. Aufl., Köln, 2001

B.III.3. Sachenrecht

Acquarone, Maria. ›Argentinien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 1-19, Würzburg, 1995

Ahrens, Helen. ›Kreditsicherheiten in Südamerika. Mobiliarsicherheiten nach den nationalen und internationalen Privatrechten der Länder des Cono Sur und ihre Bedeutung für den Rechtsverkehr mit Deutschland‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 18; zugl. Diss. Kiel 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Hamburg (Gutachten). ›Argent. Cc Artt. 2280 Abs. 1, 2412, 2766, 2767, 2768, 4016; BGB §§ 935, 937 Abs.1. 1. Nach argentinischem Recht ist ein gutgläubiger Erwerb gestohlener Sachen vom Nichtberechtigten nicht möglich. 2. Zur Ersitzung gestohlener oder veloren gegangener Sachen.‹, IPG 2003-2004 Nr. 10

Röthlisberger, Andreas. ›Traditionsprinzip und Konsensprinzip bei der Mobiliarübereignung; eine vergleichende Untersuchung zu den iberischen und lateinamerikanischen Kodifikationen‹, Schweizer Studien zum internationalen Recht, Bd. 28; zugl. Diss. Bern 1982, Bern, 1982

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

Thorn, Karsten. ›Der Mobiliarerwerb vom Nichtberechtigten‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 180; zugl. Diss. Trier 1996, Baden-Baden, 1996

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Fritsche, Karl. ›Personenstand und Familienname des Kindes einer getrennt lebenden Argentinierin (Fachausschuß-Nr.3057)‹, StAZ 1988, S. 142-143

Fritsche, Karl. ›Wirksamkeit einer in Paraguay geschlossenen Doppelehe, Legitimation, Familienname des Mannes, Name des Kindes nach Nichtehelicherklärung‹, StAZ 1992, S. 219-220

Nowak, Michael. ›Der Name der natürlichen Person‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2006; zugl. Diss. Gießen 1996, Frankfurt/ M. u.a., 1996

B.IV.3.b. Eherecht

Blaß, Rüdiger. ›Eheschließung, Ehescheidung, Ehenichtigkeit nach argentinischem Recht‹, Diss. Regensburg 1998

Fritsche, Karl. ›Wirksamkeit einer in Paraguay geschlossenen Doppelehe, Legitimation, Familienname des Mannes, Name des Kindes nach Nichtehelicherklärung‹, StAZ 1992, S. 219-220

Imhof, Ralf. ›Das Ehegüterrecht in Argentinien‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2433; zugl. Diss. Regensburg 1997, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Lichtenberg, Peter. ›Hinweise zum Ehegüterrecht bei Fällen mit Auslandsberührung‹, MittRhNotK 1980, S. 177-178

OLG Schleswig. Az. 12 WF 58/01 v. 23.04.01. ›Argentinisches bürgerliches Gesetzbuch Art. 159; EGBGB Artt. 14 Nr. 1, 17. Das argentinische Recht bestimmt in Art. 159 des argentinischen bürgerlichen Gesetzbuches, daß die Gültigkeit einer Ehe gemäß den Gesetzen des Eheschließungsortes beurteilt wird, auch wenn die Ehegatten ihren Wohnsitz verlassen haben, um sich nicht deren Bestimmungen zu unterwerfen.‹, IPRspr. 2001 Nr. 63 = FamRZ 2001, S. 1460 = NJW-RR 2002, S. 361

Piltz, Burghard. ›Neues materielles und internationales Scheidungsrecht in Argentinien‹, IPRax 1988, S. 320-322

Piltz, Burghard. ›Scheidung in Argentinien‹, IPRax 1987, S. 260-261

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Boehm, Ana-Sabine. ›Argentinien. Sieben Fragen zur Geltendmachung von Unterhalt‹, JAmt 2004, S. 574-575

DIV-Gutachten v. 21.09.1989, Az. LA 7. ›Zustimmung des Kindes zu einer Vaterschaftsanerkennung im Ausland, Einhaltung der 6-Monats-Frist‹, ZfJ 1990, S. 357

Heinrich, Gregor. ›Adoption in Lateinamerika‹, ZVglRWiss 85 (1986), S. 100-135

Köln (Gutachten). ›Uruguayischer Código del Nino Artt. 156-169; uruguayischer Cc Artt. 885, 1026, 1027; Abkommen über das internationale Privatrecht v. 19.3.1940 Artt. 5-7, 23, 25; argent. Gesetz Nr. 19.134 Artt. 32, 36, 37; argent. Adoptionsgesetz Nr. 13.255 Artt. 5, 8; argent. Gesetz Nr. 13.252 Art. 12 S. 1. 1. Zum uruguayischen Adoptionsrecht. 2. Zum argentinischen internationalen Adoptionsrecht. 3. Zum argentinischen materiellen Adoptionsrecht‹, IPG 1996 Nr. 36

Kornmacher, Stefan. ›Die Rechtsstellung des nichtehelichen Kindes im spanischsprachigen Lateinamerika‹, Deutsche Hochschuledition, Bd. 56; zugl. Diss. Kiel 1996, Neuried, 1996

Zankl, Wolfgang. ›Die erbrechtliche Stellung des unehelichen Kindes im romanischen Recht‹, ÖNZ 1994, S. 221-226

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Battes, Robert/ Korenke, Thomas. ›Entwicklungstendenzen des Familienrechts im Ausland - zu einem Jahresbericht‹, FuR 1996, S. 196-204

Baus, Matthias. ›Die nichteheliche Lebensgemeinschaft nach argentinischem Recht‹, RabelsZ 51 (1987), S. 98-110

Scherpe, Jens M./ Hömberg, Rudolf. ›Erste gesetzliche Regelungen zu Lebensgemeinschaften in Argentinien. Die Unión Civil in Buenos Aires‹, StAZ 2004, S. 38-40

B.IV.4. Erbrecht

Dörner, Heinrich. ›Nachlaßplanung in argentinisch-deutschen Erbfällen‹, Arbeitshefte des Lateinamerika-Zentrums, Bd. 9, Münster, 1994

Dörner, Heinrich. ›Nachlaßplanung in argentinisch-deutschen Erbfällen‹, in: Jan Curschmann/ Harald Postel, Deutsch-Südamerikanische Rechtstage 1992, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 22, S. 121-146, Frankfurt/ M. u.a., 1994

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Basedow, Jürgen/ Samtleben, Jürgen (Hrsg.). ›Wirtschaftsrecht des MERCOSUR - Horizont 2000. Tagung im Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht am 21.-22. Januar 2000‹, Wirtschaftsrecht des MERCOSUR, Bd. 4., Baden-Baden, 2001

Herdegen, Matthias. ›Investitionsschutz in Lateinamerika: Neuere Entwicklungen im Verfassungs- und Völkervertragsrecht‹, ZVglRWiss 94 (1995), S. 341-352

Müller, Bärbel Michèle. ›Regionalismus versus Multilateralismus - Mercosur als Beispiel für regionale Handelsabkommen‹, ZEuS 2007, S. 353-385

Perkams, Markus/ Secomb, Anne. ›Der Schutz deutscher Auslandsinvestitionen in Lateinamerika‹, Wi-Verw 2009, S. 31-48

Sester, Peter. ›Argentinische Staatsanleihen: Schicksal der „Hold Outs“ nach Wegfall des Staatsnotstands‹, NJW 2006, S. 2891-2892

Weinberg. ›Auslandskapitalinvestitionen in Argentinien‹, RIW/AWD 1980, S. 840-841

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Hujo, Katja. ›9 Jahre nach der strukturellen Rentenreform in Argentinien - Evaluierung und Perspektive‹, Deutsche Rentenversicherung 2003, S. 742-761

Lewis, David. ›Rentenreform und die Alternative eines Kapitaldeckungsverfahrens: Ansätze in Argentinien, Tschechien, Frankreich, Ghana, Großbritannien, Japan, den Niederlanden und Uruguay‹, ZIAS 1999, S. 326-353

Mesa-Lago, Carmelo. ›Die Renten der Sozialen Sicherheit in Lateinamerika nach drei Jahrzehnten der Reform‹, ZIAS 2009, S. 1-34

Pautassi, Laura C. ›Soziale Rechte und die Reform des Wohlfahrtsstaates in Argentinien‹, ZSR 1999, S. 569-582

Trappe, Friederike. ›Zur Nachhaltigkeit sozialer Sicherungssysteme. Eine Analyse am Beispiel des argentinischen Alterssicherungssystems‹, Regionalwissenschaft Lateinamerika, Bd. 8; zugl. Diss. Münster 2000, Münster, Hamburg, 2000

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Basedow, Jürgen. ›Internationale multimodale Gütertransporte. Rechtsvergleichung, Einheitsrecht, Kollisionsrecht‹, in: FS Rolf Herber (1999), S. 15-44, Hamburg, 1999

Küstner, Wolfram. ›Rechtsprobleme bei der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und Handelsvertretern in Argentinien‹, RIW/AWD 1987, S. 916-921

Mallmann, Dankwart. ›Lateinamerika - Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10458, Köln, 2004

Zwernemann, Dieter. ›Argentinien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der In-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

ternationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 40-45, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Acquarone, Maria. ›Argentinien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 1-19, Würzburg, 1995

Fromm, Hartmut. ›Haftungsfolgen bei der Verwaltung ausländischer Tochtergesellschaften‹, IPRax 1983, S. 87-93

Hövel, Angelika. ›Inflationsbereinigte Jahresabschlüsse ausländischer Tochterunternehmen mit Sitz in Hochinflationsländern und deren Einbeziehung in den internationalen Konzernabschluß deutscher Mutterunternehmen am Beispiel von Brasilien, Mexiko und Argentinien‹, Diss. Köln 1997

Jaeger, Gerold M. ›Grenzüberschreitende Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften im MERCOSUR und im EU-Recht‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 205; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2002, Baden-Baden, 2003

Kozel, Ingeborg/ Kley, Britta. ›Argentinien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 8681, 2. Aufl., Köln, 2001

Kuchmann, Sven. ›Die Haftung des Geschäftsführers einer deutschen GmbH und des Gerente einer argentinischen SRL im Rechtsvergleich‹, Internationalrechtliche Studien. Beiträge zum Internationalen Privatrecht, zum Einheitsrecht und zur Rechtsvergleichung, Bd. 52; zugl. Diss. Hamburg 2008, Frankfurt/ M. u.a., 2008

Mallmann, Dankwart. ›Fehlerhafte Handelsgesellschaften in Argentinien‹, ZfRV 33 (1992), S. 12-19

Mandry, Carlos A./ Berisso, Juan Carlos. ›Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Argentinien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Die Gründung einer Tochtergesellschaft im Ausland, ZGR-Sonderheft 3, S. 1-24, 3. Aufl., Berlin, New York, 1995

Manóvil, Rafael Mariano. ›Die Behandlung des Konzerns als gesellschaftsrechtliches Sonderproblem in Argentinien‹, in: Ernst-Joachim Mestmäcker/ Peter Behrens (Hrsg.), Das Gesellschaftsrecht der Konzerne im internationalen Vergleich, S. 249-278, Baden-Baden, 1991

Moeremans, Daniel. ›Die Durchgriffshaftung bei Kapitalgesellschaften. Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach deutschem und argentinischem Recht‹, Diss. Münster 1989

Moeremans, Daniel/ Renken, Cornelius. ›Die Einmann-GmbH und Gläubigerschutz in Argentinien‹, RIW/AWD 1991, S. 736-739

Stutz, D. ›Joint Ventures im argentinischen Recht‹, MittArgDJ 1994, S. 25-56

Veelken, Winfried. ›Der Schutz der Minderheitsgesellschafter in der abhängigen Gesellschaft in rechtsvergleichender Sicht‹, in: E.-J. Mestmäcker/ P. Behrens (Hrsg.), Gesellschaftsrecht der Konzerne im internationalen Vergleich; Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik, Bd. 101, S. 505-561, Baden-Baden, 1991

Zschocke, Christian. ›Die Verträge unternehmerischer Zusammenarbeit des argentinischen Rechts‹, zugl. Diss. Hamburg 1994, Sinzheim, 1995

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Alich, Stefan. ›Das Recht der Verwertungsgesellschaften in Lateinamerika. Eine Untersuchung der kollektiven Wahrnehmung von Musikrechten in Chile, Argentinien, Kolumbien und Mexiko unter urheberrechtlichen und kartellrechtlichen Gesichtspunkten‹, Schriftreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 16; zugl. Diss. München 2010, Baden-Baden, 2010

Aracama Zorraquin, Ernesto. ›Unterscheidungszeichen und vergleichende Werbung im argentinischen Recht‹, GRUR Int. 1992, S. 495-505

Bergwelt, Alexander v. ›Die Durchsetzbarkeit gewerblicher Schutzrechte in Lateinamerika am Beispiel Argentiniens, Brasiliens und Perus‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 338; zugl. Diss. München 1991, München, 1991

Bohn, Patricia. ›Parallelimportregelungen im Patent- und Markenrecht in Lateinamerika‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 17; zugl. Diss. München 2009, Baden-Baden, 2010

Correa, Carlos M. ›Veränderungen im lateinamerikanischen Patentrecht‹, GRUR Int. 1994, S. 799-807

Franz, Martin. ›Die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten in Argentinien, Brasilien und Mexiko - Eine Untersuchung vor dem Hintergrund des TRIPS-Abkommens‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 12; zugl. Diss. München 2005, Baden-Baden, 2005

Franz, Martin. ›Die unmittelbare Anwendbarkeit von TRIPS in Argentinien und Brasilien‹, GRUR Int. 2002, S. 1001-1012

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Hassemer, Michael. ›Gewerbliche Schutzrechte in Mercosur. Patent-, Muster-, Sorten-, und Kennzeichenschutz in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd.3; zugl. Diss. München 1999, Baden-Baden, 2000

Kozel, Ingeborg/ Kley, Britta. ›Argentinien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 8681, 2. Aufl., Köln, 2001

Leguizamón, Osvaldo. ›Die Hörmarke in den Ländern des Mercosur‹, GRUR Int. 2003, S. 397-398

Messerer, Walter. ›Neues argentinisches Warenzeichengesetz‹, MittDtPatentanw. 1982, S. 30-35

Messerer, Walter. ›Ausübungszwang für Patente in Argentinien‹, MittDtPatentanw. 1981, S. 74-76

Neubauer, Hans. ›Marktwirtschaftlicher Ansatz bei der Neuregelung des Technologietransfers nach Argentinien‹, GRUR Int. 1981, S. 662-625

Olivares Santibánez, María Christina. ›Markenschutz im lateinamerikanischen Recht‹, Diss. Göttingen 1981

Pacón, Ana María. ›Markenrecht und Verbraucherschutz in Lateinamerika. Eine Untersuchung am Beispiel von Argentinien, Brasilien, Mexiko und Peru‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 1; zugl. Diss. Augsburg 1996, Baden-Baden, 1999

Renck, Andreas W. ›Der Benutzungszwang im argentinischen Markenrecht unter Berücksichtigung rechtsvereinheitlichender Bestrebungen in Südamerika‹, GRUR Int. 1999, S. 132-142

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

Scheer, Stefan. ›Internationales Patent-, Muster- und Marken-Recht, Bd. 1 Argentinien bis Italien‹, 61. Aufl., Köln, 2002

Wittenzellner, Ursula. ›Grundzüge und Entwicklung des Markenrechts in Argentinien. Eine rechtsvergleichende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung des lateinamerikanischen Umfeldes und der Stellung Argentiniens als Schwellenland‹, Köln, 1987

Witthaus, Monica. ›Markenrecht im Mercosur. Das Protokoll zur Angleichung von Normen über Marken, Herkunftsangaben und Ursprungsbezeichnungen im Mercosur‹, GRUR Int. 2000, S. 688-693

Witthaus, Mónica. ›Schutz von transgenen Pflanzen in Argentinien und Brasilien. Patentrecht - Sortenschutz‹, GRUR Int. 2001, S. 128-141

Witthaus, Mónica. ›Vorläufiger Rechtsschutz in Argentinien: Anwendbarkeit des Art. 50 TRIPS bei Patentverletzungen: der Fall Ishihara Sangyo Kaisha gegen Magan Argentinia S.A.‹, GRUR Int. 2003, S. 223-336

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Alich, Stefan. ›Das Recht der Verwertungsgesellschaften in Lateinamerika. Eine Untersuchung der kollektiven Wahrnehmung von Musikrechten in Chile, Argentinien, Kolumbien und Mexiko unter urheberrechtlichen und kartellrechtlichen Gesichtspunkten‹, Schriftreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 16; zugl. Diss. München 2010, Baden-Baden, 2010

Aracama Zorraquin, Ernesto. ›Marken, die aus Farben bestehen, und ihr Schutz im argentinischen Recht‹, GRUR Int. 1996, in: FS Friedrich-Karl Beier (1996), S. 405-413

Aracama Zorraquin, Ernesto. ›Unterscheidungszeichen und vergleichende Werbung im argentinischen Recht‹, GRUR Int. 1992, S. 495-505

Bernuth, Johann Mathias von. ›Lauterkeitsrecht, Kartellrecht und Verbraucherschutz in der Ländern des Mercosur‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 5; zugl. Diss. München 2000, Baden-Baden, 2001

Bischoff-Everding, Peter. ›Wettbewerbsrecht im MERCOSUR‹, Wirtschaftsrecht des Mercosur, Bd. 5; zugl. Diss. Hamburg 2002, Baden-Baden, 2003

Cabanellas, Guillermo/ Etzrodt, Wolf. ›Das neue argentinische Kartellrecht vom 1.8.1980‹, RIW/AWD 1981, S. 155-160

Menke, Burkhart. ›Die vergleichende Werbung im argentinischen Recht‹, GRUR Int. 1996, S. 1193-1196

Ramos, Dante Marcelo. ›Das Wettbewerbsschutz-Protokoll des Mercosur. Eine Darstellung anhand der Wettbewerbsordnungen Argentiniens und Brasiliens und im Vergleich mit der Europäischen Gemeinschaft‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2849; zugl. Diss. Hamburg 1999, Frankfurt/ M. u.a., 2000

Ramos, Dante Marcelo. ›Argentinien: Neues Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen‹, RIW/AWD 2000, S. 439-441

Schreiber, Till. ›Das argentinische Gesetz 25.156 zum Schutz des Wettbewerbs. Eine rechtsvergleichende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung des Protokolls zum Schutz des Wettbewerbs im MERCOSUR und der Rechtsprechung der Comisión Nacional de Defensa de la Competencia‹, Deutsches und europäisches Wirtschaftsrecht, Bd. 8; zugl. Diss. Köln 2003, Frankfurt/ M. u.a., 2003

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Diaz, José Ignacio Gutiérrez. ›Elektronische Vertragsform und Urkundenform im Akkreditivgeschäft. Rechtsvergleich Deutschland, USA und Lateinamerika‹, Schriften des Rechtszentrums für Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Bd. 29; zugl. Diss. Köln 2006, Baden-Baden, München, 2007

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

González, Vazquez M. ›Neue Chancen für ausländische Banken in Argentinien‹, Mitteilungsblatt der Argentinisch-Deutschen Juristenvereinigung, Bd. 1 (1994), S. 13-15

Schütz, Alexander. ›Das neue argentinische Scheckrecht‹, Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft, Bd. 112; zugl. Diss. Münster 1997, Berlin, 1997

Sester, Peter. ›Argentinische Staatsanleihen: Schicksal der „Hold Outs" nach Wegfall des Staatsnotstands‹, NJW 2006, S. 2891-2892

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Abásolo, Ezequiel. ›Argentinische rechtshistorische Forschung 1989-2004‹, ZNR 2008, S. 242-258

Bulygin, Eugenio/ Valdés, Ernesto Garzón. ›Argentinische Rechtstheorie und Rechtsphilosophie heute‹, Berlin, München, 1987

Goncalves, Guilherme. ›Rechtssoziologische Interpretationen des Rechtsdiskurses in Lateinamerika. Eine postkoloniale Kritik‹, Juridikum 2010, S. 311-325

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.3.a. Ratifikation

Grigera Naon, H. ›Argentinien nach der Ratifizierung des New Yorker Abkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedssprüchen von 1958‹, in: Ottoarndt Glossner (Hrsg.), Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit 1988, S. 111-119, Heidelberg, 1988

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Samtleben, Jürgen. ›Das Internationale Prozess- und Privatrecht des Mercosur. Ein Überblick‹, RabelsZ 63 (1999), S. 3-69

Samtleben, Jürgen. ›Föderale Gerichtsverfassung in Brasilien und Argentinien - zwei unterschiedliche Modelle‹, RabelsZ 2002, S. 250-267

Stürner, Rolf. ›Das deutsche Zivilprozeßrecht und seine Ausstrahlung auf andere Rechtsordnungen‹, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht e.V., Bd. 5, S. 3-40, Bielefeld, 1991

Zuppi, A. L. ›Die Immunität ausländischer Staaten vor argentinischen Gerichten‹, RIW/AWD 2007, S. 340-348

C.III. Internationale Zuständigkeit

Dörner, Ulf. ›Der Vertragsgerichtsstand nach dem Protokoll von Buenos Aires‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 97; zugl. Diss. Köln 2003, Frankfurt/ M. u.a., 2004

Hernández-Bretón, Eugenio. ›Internationale Gerichtsstandsklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 21; zugl. Diss. Heidelberg 1991, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Eine neue Konvention zum Schutz von Adoptivkindern - Das Interamerikanische Übereinkommen über das auf die Minderjährigen-Adoption anwendbare Recht vom 24.05.1984‹, StAZ 1985, S. 124-129

Olano, Oscar. ›Der Sitz der Gesellschaft im internationalen Zivilverfahrensrecht des MERCOSUR - de lege lata et de lege ferenda‹, in: FG Anton K. Schnyder (2002), S. 151-166, Zürich u.a., 2002

Samtleben, Jürgen. ›Gerichtsstandsklauseln im MERCOSUR. Erstes Vorlageverfahren vor dem MERCOSUR-Gericht‹, IPRax 2008, S. 52-55

Tiedemann, Andrea. ›Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 34, Tübingen, 1993

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

KG. Az. 3 UF 4688/78 v. 25.07.78. ›ZPO § 606 b Nr. 1; EGBGB Artt. 27, 17; GG Art. 3; BGB § 156. 1. Argentinien würde mit großer Wahrscheinlichkeit die im Ausland ausgesprochene Scheidung einer Ehe mit argentinischer Beteiligung anerkennen, wenn diese Ehe im Ausland (hier: Spanien) geschlossen worden ist und kein Anhalt für die Annahme besteht, daß durch die Ehescheidung außerhalb Argentiniens argentinisches Recht umgangen werden sollte. 2. Das argentinische Recht verweist in einem solchen Fall verdeckt auf deutsches materielles Eherecht zurück, sofern das Domizilrecht entscheidet. Diese Zurückverweisung führt hier nach Art. 27 EGBGB zur Anwendung deutschen materiellen Eherechts.‹, NJW 1980, S. 535-536

Möllring, Eva. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Südamerika‹, Diss. Göttingen 1984/85

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.V. Verfahren und Beweis

Baars, Alf/ Böckel, Margret. ›Argentinische Auslandsanleihen vor deutschen und argentinischen Gerichten‹, ZBB 2004, S. 445-464

Böckel, Margret. ›Einstweiliger Rechtsschutz im MERCOSUR‹, Wirtschaftsrecht des MERCOSUR, Bd. 6; zugl. Diss. Hamburg 2005/2006, Baden-Baden, 2006

DIV-Gutachten v. 23.06.1993, Az. LP 3. ›Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen, keine Vollstreckbarerklärung eines deutschen Titels‹, ZfJ 1993, S. 447

Henninger, Michael. ›Die Frage der Beweislast im Rahmen des UN-Kaufrechts. Zugleich eine rechtsvergleichende Grundlagenstudie zur Beweislast‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 448; zugl. Diss. München 1994, München, 1995

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Grigera Naón, Horacio/ Samtleben, Jürgen. ›Schiedsgerichtsbarkeit in Argentinien‹, RIW/AWD 1983, S. 721-731

Lehmann, Julia. ›Neues von der Schiedsgerichtsbarkeit des Mercosur. Ein Integrationsmotor à la Luxemburg?‹, EuZW 2001, S. 622-625

C.VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht

Beckmann, Jochen. ›Internationales Insolvenzrecht im Mercosur‹, Wirtschaftsrecht des Mercosur, Bd. 3, Baden-Baden, 2000

Nitsche, Thomas M. ›Konzernfolgeverantwortung nach lex fori concursus‹, Schriften zum Insolvenzrecht, Bd. 12; zugl. Diss Hannover 2005

Radzyminski, Alejandro P. ›Das argentinische internationale Insolvenzrecht‹, ZVglRWiss 89 (1990), S. 466-497

C.IX. Sonstiges

Brandi-Dohrn, Anselm. ›Das neue Gesetz zur Begrenzung der Prozeßkostenlast in Argentinien (ley No. 24.432; B.O. 10-1-95)‹, RIW/AWD 1996, S. 209-212

Gebel, Anja C. ›Ombudsinstitutionen in Lateinamerika - Die Kunst des Überzeugens und politische Machtinteressen‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 562; zugl. Diss. Hamburg 2008, Frankfurt/ M. u.a., 2008

Sievers, Nadja. ›Mediation als alternative Konfliktlösungsmöglichkeit auch in Deutschland? Eine rechtsvergleichende Untersuchung am Beispiel der argentinischen mediación previa‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3060; zugl. Diss. Hamburg 2000, Frankfurt/ M., 2001

Armenien

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Mindach, Christel (Übers.). ›Zivilgesetzbuch der Republik Armenien, Abschnitt 12 - Internationales Privatrecht‹, IPRax 2009, S. 96-100

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Mindach, Christel. ›Zum Stand der IPR-Kodifikation in der GUS‹, IPRax 2009, S. 94-96

A.IV.3.b. Eherecht

Ostrovska, Kateryna. ›Rückverweisungen im internationalen Ehe-scheidungs- und Ehegüterrecht des postsowjetischen Rechtsraumes‹, IPRax 2006, S. 518-522

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. ›Bekanntmachung über den Schutz des gewerblichen Eigentums in Armenien vom 6. Juli 1994‹, PMZ 1994, S. 443-445

N.N. ›Bekanntmachung über den Schutz des gewerblichen Eigentums in Armenien‹, PMZ 1994, S. 223-224

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Knieper, Rolf/ Chanturia, Lado/ Schramm, Hans-Joachim. ›Das Privatrecht im Kaukasus und in Zentralasien. Bestandsaufnahme und Entwicklung‹, Berlin, 2010

B.III.2.a. Vertragsrecht

Ziegenhagen, Ivailo. ›Chancen im armenischen Wohnungsmarkt‹, WiRO 2007, S. 174-177

B.III.2.b. Deliktsrecht

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungsmöglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

B.III.3. Sachenrecht

Ziegenhagen, Ivailo. ›Chancen im armenischen Wohnungsmarkt‹, WiRO 2007, S. 174-177

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Heinemann, Renate. ›Vatersnamen in Armenien, keine Vatersnamen in Georgien‹, StAZ 1997, S. 80

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Tiede, Wolfgang/ Sprachmüller, Demid. ›Einführung in das armenische Gesellschaftsrecht‹, WiRO 2010, S. 193-224

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Gavrilov, Eduard P. ›Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet des Urheberrechts und gewerblichen Rechtsschutzes in Rußland und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)‹, GRUR Int. 1994, S. 392-396

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Nersisyan, Susanna. ›Urheberrecht in Armenien: Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft‹, GRUR Int. 2005, S. 206-215

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Tiede, Wolfgang/ Köhler, Rafael/ Powolot, Rita. ›Einführung in das Sicherungsrecht der Republik Armenien‹, WiRO 2010, S. 360-366

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Hecker, Hellmuth. ›Die Staatsangehörigkeit in den Republiken vor Gründung, während des Bestehens und nach Zerfall der Sowjetunion - Teil 2: Die Staatsangehörigkeit in den zwölf Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten‹, StAZ 2000, S. 129-145

Knieper, Rolf/ Chanturia, Lado/ Schramm, Hans J. (Hrsg.). ›Grundlagen der Zivilrechtsordnung in den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens in Theorie und Praxis - Materialien einer Konferenz an der Universität Bremen vom 29. und 30. März 2007‹, Berlin, 2008

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Boguslawskij, Mark M. ›Die Regelung der Staatenimmunität in der Gesetzgebung der GUS-Staaten‹, IPRax 2002, S. 43-49

Spitsa, Natalia/ Lowitzsch, Jens. ›Gerichtssystem und Gerichtsreform in Armenien‹, WiRO 2000, S. 240-243

C.V. Verfahren und Beweis

Mkrtumjan, Arman. ›Das Gerichtssystem der Republik Armenien und einige Probleme bei der Anwndung der neuen Zivilprozessordnung‹, in: Mark M. Boguslawskij/Alexander Trunk (Hrsg.), Reform des Zivil- und Wirtschaftsprozessrechts in den Mitgliedstaaten der GUS, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht e.V., Bd. 16, S. 51-59, Bielefeld, 2004

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Mindach, Christel. ›Anerkennung und Vollstreckung von Drittlandsschiedssprüchen in Handelssachen in den GUS-Mitgliedsstaaten‹, IPRax 2011, S. 303-312

Aserbaidschan

A. Internationales Privatrecht

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Mindach, Christel. ›Zum Stand der IPR-Kodifikation in der GUS‹, IPRax 2009, S. 94-96

A.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Acar, Gültekin/ Lorenz, Moritz. ›Das Ehe- und Kindschaftsrecht der Republik Aserbaidschan in der deutschen Gerichtspraxis‹, IPRax 2003, S. 372-377

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. ›Bekanntmachung über den Schutz des gewerblichen Eigentums in Aserbaidschan‹, PMZ 1994, S. 224

Ongerbayeva, Gulzada/ Mammadov, Rufat. ›Republik Aserbaidschan: Gesetz über den Schutz ausländischer Investitionen‹, WiRO 2007, S. 213-217

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Knieper, Rolf/ Chanturia, Lado/ Schramm, Hans-Joachim. ›Das Privatrecht im Kaukasus und in Zentralasien. Bestandsaufnahme und Entwicklung‹, Berlin, 2010

B.III.2.a. Vertragsrecht

Mammadov, Rufat. ›Verbraucherschutzrecht in Aserbaidschan‹, WiRO 2006, S. 333-338

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Baenitz, Angela. ›Aserbaidschanisches Namensrecht‹, StAZ 1997, S. 247

Gaaz, Berthold. ›Zum Recht des Kindesnamens in Europa‹, StAZ 2008, S. 365-369

Neunzig, Werner. ›Legalisation aserbaidschanischer Personenstandsurkungen‹, StAZ 2000, S. 87

B.IV.3.b. Eherecht

Ksiks, Fadlallah. ›Wie man islamisch heiratet. Die islamische Ehe nach der Rechtsteilung von Qur'an und Sunna‹, Düsseldorf, 2010

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Rubanov, A. A. ›Grundsätzliche Fragen der rechtlichen Regelung ausländischer Investitionen in Rußland und den anderen unabhängigen Staaten‹, ROW 1993, S. 199-202

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Ongerbayeva, Gulzada/ Mammadov, Rufat. ›Republik Aserbaidschan: Gesetz über den Schutz ausländischer Investitionen‹, WiRO 2007, S. 213-217

B.VI.3. Islam

Bälz, Kilian Rudolf. ›Islamisches Kreditwesen. Religion, Wirtschaft und Recht im Islam‹, ZVglRWiss 3 (2010), S. 272-292

Kellner, Martin. ›Islamische Rechtsmeinungen zu medizinischen Eingriffen an den Grenzen des Lebens. Ein Beitrag zur kulturübergreifenden Bioethik‹, Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt, Bd. 29; zugl. Diss. Wien 2007, Würzburg, 2010

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Hecker, Hellmuth. ›Die Staatsangehörigkeit in den Republiken vor der Gründung, während des Bestehens und nach dem Zerfall der Sowjetunion. Teil 1: Verfassungen, Familiengesetzbücher, Einzelvorschriften 1918-1991‹, StAZ 1997, S. 157-171

Hecker, Hellmuth. ›Die Staatsangehörigkeit in den Republiken vor Gründung, während des Bestehens und nach Zerfall der Sowjetunion - Teil 2: Die Staatsangehörigkeit in den zwölf Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten‹, StAZ 2000, S. 129-145

Knieper, Rolf/ Chanturia, Lado/ Schramm, Hans J. (Hrsg.). ›Grundlagen der Zivilrechtsordnung in den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens in Theorie und Praxis - Materialien einer Konferenz an der Universität Bremen vom 29. und 30. März 2007‹, Berlin, 2008

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Boguslawskij, Mark M. ›Die Regelung der Staatenimmunität in der Gesetzgebung der GUS-Staaten‹, IPRax 2002, S. 43-49

Kobylenkova, Anna. ›Das neue Zivilprozessrecht in Aserbeidschan‹, in: Mark M. Boguslawskij/Alexander Trunk (Hrsg.), Reform des Zivil- und Wirtschaftsprozessrechts in den Mitgliedstaaten der GUS, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht e.V., Bd. 16, S. 61-64, Bielefeld, 2004

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Mindach, Christel. ›Anerkennung und Vollstreckung von Drittlandsschiedssprüchen in Handelssachen in den GUS-Mitgliedsstaaten‹, IPRax 2011, S. 303-312

C.IX. Sonstiges

Reichenbecher, Zeno. ›Rechtsexport oder Rechtsformberatung im Südkaukasus‹, DRiZ 2010, S. 290-294

Äthiopien

A. Internationales Privatrecht

A.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Nelle, Dietrich. ›Neue familienrechtliche Entwicklungen am Horn von Afrika (Äthiopien, Eritrea, Dschibuti, Somalia und Sudan)‹, StAZ 2004, S. 93-103

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Eshete, Mandefro (Übers.). ›Gesetz Nr. 123/1995 über Erfindungen, kleine Erfindungen und Geschmacksmuster‹, GRUR Int. 2000, S. 531-536

Eshete, Mandefro (Übers.). ›Verordnung des Ministerrats Nr. 12/1997 über Erfindungen, kleine Erfindungen und Geschmacksmuster‹, GRUR Int. 2000, S. 536-544

Eshete, Mandefro (Übers.). ›Verordnung des Ministerrates Nr. 121/1993 über Technologietransfer‹, GRUR Int. 2000, S. 544-547

Nelle, Dietrich. ›Äthiopien: Neues Staatsangehörigkeitsrecht‹, StAZ 2004, S. 234-237

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Denissow, W. N. ›Rechtssysteme in Entwicklungsländern‹, Berlin (Ost), 1981

Dilger, Konrad. ›Die Rolle des islamischen Rechts im ostafrikanischen Raum. Ein Beitrag zur Rechtsentwicklung in Somalia, in der Volksrepublik Jemen und in Äthiopien‹, Jb.f.Afr.R. 2 (1981), S. 3-40

Scholler, Heinrich. ›Recht und Sprichwort in Ähtiopien‹, in: Heinrich Scholler (Hrsg.), Rechtssprichwort und Erzählgut - Europäische und afrikanische Beispiele, zugl. Schriften zum internationalen Recht, Bd. 135; S. 89-108, Berlin, 2002

Scholler, Heinrich. ›Die Rezepion westlichen Rechts in Äthiopien. Ein Beitrag zur Rezeptions- und Implementierungstheorie‹, Jb.f.Afr.R. 2 (1981), S. 119-140

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

AG Rottweil. Az. 4 GRI 12/99 v. 30.09.02. ›Genfer Flüchtlingsabk. v. 1951 Art. 12; EGBGB Artt. 5 Abs. 1, 10 Abs. 2; BGB §§ 1355 Abs. 2, 1600c, 1617c Abs. 1 Satz 1; PStG §§ 45, 47. Das äthiop. und eritreische Namensrecht kennt in der Praxis die Aufteilung der Namen in Vor- und Familiennamen nicht. In der Praxis führt in Äthiopien jeder einen Vornamen und fügt, um Verwechslungen zu vermeiden, den Namen des Vaters an. In der Praxis werden somit nicht Vor- und Familiennamen, sondern Eigennamen geführt.‹, IPRspr. 2003 Nr. 4

AG Tübingen. Az. 9 GR 27/00 v. 29.05.00. ›EGBGB Art. 10 Abs. 3. Das äthiopische Namensrecht kennt keine Vor- und Familiennamen. Der Name einer Person setzt sich zusammen aus dem Eigennamen und dem angfügten Eigennamen des Vaters.‹, StAZ 2001, S. 112-113

Kubitz, Joachim. ›Namensführung von äthiopischen Staatsangehörigen‹, StAZ 2000, S. 180

Ockenfuß, Hans Jürgen. ›Äthiopisches Namensrecht‹, StAZ 1994, S. 158-160

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Schifferdecker, Alfred. ›Vornamen in Äthiopien‹, StAZ 1990, S. 23

Stamm, Wolfgang. ›Äthiopisches Namensrecht‹, StAZ 1999, S. 211-212

Stenz, Heinz. ›Namensführung äthiopischer Kinder‹, StAZ 1985, S. 142

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Nelle, Dietrich. ›Neue familienrechtliche Entwicklungen am Horn von Afrika (Äthiopien, Eritrea, Dschibuti, Somalia und Sudan)‹, StAZ 2004, S. 93-103

B.IV.3.b. Eherecht

Balanowski, Manfred. ›Eheschließung äthiopischer Staatsangehöriger im islamischen Zentrum in Moskau‹, StAZ 1999, S. 20

OLG Celle. Az. 10 UF 178/90 v. 10.09.90. ›Äthiop. BGB Artt. 641 Abs. 1 und 2, 674. Dem äthiopischen Recht ist eine Wohnungszuweisung außerhalb eines laufenden Scheidungsverfahrens fremd.‹, Nds.Rpfl. 1991, S. 6-7; FamRZ 1991, S. 439-441 m.Amn. Henrich = NJW-RR 1991, S. 713-714; IPRspr. 1990 Nr. 89

OLG Frankfurt/ M. Az. 5 UF 14/97 v. 31.07.97. ›Äthiop. ZGB Artt. 623 Abs. 2, 671; EGBGB Art. 18; BGB §§ 1361, 1570; Nach äthiop. - für Eritrea anzuwendendem - Recht kann zwar eine Ehe auf religiöse Art geschlossen werden, jedoch haben Urteile religiöser Gerichte, die die Ehe scheiden, keine Wirkung für den Staat. Religiöse Scheidungsurteile können nach Artt. 623 Abs. 2, 671 äthiop. ZGB, das für Eritrea anzuwenden ist, nur als Scheidungsgründe geltend gemacht werden.‹, FamRZ 1998, S. 1431-1432 = IPRspr. 1997 Nr. 191

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

LG Bielefeld. Az. 3 T 294/89 v. 03.05.89. ›Äthiop. ZGB Art. 803; EGBGB Artt. 22, 23; BGB § 1748. Nach Art. 803 Abs. 1 äthiopisches ZGB müssen der Vater und die Mutter der Adoptierten der Adoption zustimmen, soweit sie am Leben und bekannt sind. Eine Ersetzung der Zustimmung eines Elternteils im Falle einer gröblichen Pflichtverletzung und wegen Gleichgültigkeit wie nach § 1748 BGB ist im äthiopischen ZGB nicht vorgesehen.‹, IPRspr. 1989 Nr. 149 = FamRZ 1989, S. 1338-1339

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Striewe, Peter. ›Ausländisches und Internationales Privatrecht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft‹, Osnabrücker Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 4; zugl. Diss. Osnabrück 1985, Köln u.a., 1986

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Äthopien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 32-34, Heidelberg, 1997

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Demissew, Sebel. ›Grundzüge des äthiopischen Urheberrechts - Schutzvoraussetzungen, Urheberschaft, Schutzinhalt‹, GRUR Int. 2003, S. 686-695

Demissew, Sebel. ›Grundzüge des äthiopischen Urheberrechts - Schranken, Schutzdauer, Urhebervertragsrecht, verwandte Schutzrechte, Sanktionen‹, GRUR Int. 2003, S. 901-914

Demissew, Sebel. ›Ausgewählte Fragen des äthiopischen Urheberrechts im Vergleich zum deutschen Recht unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung‹, Urheberrechtliche Abhandlungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, Bd. 46; zugl. Diss. München 2002, München, 2003

Eshete, Mandefro. ›Patent- und gebrauchsmusterrechtliche Entwicklungen in Äthiopien‹, GRUR Int. 2000, S. 512-530

Eshete, Mandefro. ›Grundzüge des äthiopischen Patentrechts im Vergleich zum deutschen und europäischen Patentrecht‹, Schriften zum gewerblichen Rechtsschutz, Bd. 112; zugl. Diss. München 2000, Köln u.a., 2000

Eshete, Mandefro. ›Das äthiopische Patentgesetz. Eine Notwendigkeit?‹, RiAf 2002, S. 17-31

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Eshete, Mandefro. ›Lizenz- und Technologietransferverträge in Äthiopien, Kenia und Tansania. Vergleichende Darstellung mit dem deutschen und europäischen Recht‹, GRUR Int. 2000, S. 975-989

B.VI.3. Islam

Dilger, Konrad. ›Die Rolle des islamischen Rechts im ostafrikanischen Raum. Ein Beitrag zur Rechtsentwicklung in Somalia, in der Volksrepublik Jemen und in Äthiopien‹, Jb.f.Afr.R. 2 (1981), S. 3-20

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Nelle, Dietrich. ›Äthiopien: Neues Staatsangehörigkeitsrecht‹, StAZ 2004, S. 234-237

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Australien

A. Internationales Privatrecht

A.III.2.a. Vertragsrecht

München (Gutachten). v. 25.07.84. ›1. Allgemeines zur australischen Rechtsordnung. 2. Statut der Beweislast nach australischem IPR. 3. Vertragliches Leistungsstörungsrecht. 4. Vergütungsanspruch und Zurückbehaltungsrecht des Beauftragten.‹, IPG 1984 Nr. 5

A.III.2.b. Deliktsrecht

Deißner, Susanne. ›Internationale Zuständigkeit und Deliktsstatut in Australien - Neuere Entwicklungen in Anpassung an moderne Gegebenheiten‹, IPRax 2005, S. 47-57

Hoffmann, Bernd von. ›Außervertragliche Schuldverhältnisse: Art. 38 n.F. (Unerlaubte Handlungen), Rz. 59‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1992

Riegl, Werner. ›Streudelikte im Internationalen Privatrecht‹, Diss. Augsburg 1986

Witzleb, Normann. ›Internationale Zuständigkeit für Ehrverletzungen im Internet. Die australische Perspektive‹, RabelsZ 69 (2005), S. 124-149

A.IV.3.b. Eherecht

Jahn, André. ›Kollisionsrechtliche Fragen des Widerrufs eines Testamentes durch Heirat in angloamerikanischen Rechtsordnungen‹, IPRax 2008, S. 149-154

Luhn, Christopher. ›Privatautonomie und Inhaltskontrolle von Eheverträgen - Ein kritischer Vergleich des deutschen und des australischen Rechts mit Bezügen zum Internationalen Privatrecht‹, Studien zum Vergleichenden und Internationalen Recht, Bd. 150; zugl. Diss. Heidelberg 2007, Frankfurt/ M. u.a., 2008

Schotten, Günther. ›Das internationale Privatrecht in der notariellen Praxis‹, München, 1995

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

DIV-Gutachten v. 01.08.1988, Az. LA 8. ›Vaterschafts- und Unterhaltsklage gegen Kindesväter, nichteheliche Lebensgemeinschaft, Anerkennung der Vaterschaft vor deutschen Konsulaten, AUG‹, ZfJ 1988, S. 554-555

Ingendae, Michaela. ›Auslegung von Einheitsrecht am Beispiel internationaler Kindesentführungen: die Rechtspraxis des HKÜ in Deutschland und Australien‹, Studien zum internationalen Privat- und Zivilprozessrecht sowie zum UN-Kaufrecht, Bd. 16; zugl. Diss. Kiel 2006, Hamburg, 2006

A.IV.4. Erbrecht

Böhmer, Martin. ›Der Erb- und Pflichtteilsverzicht im anglo-amerikanischen Rechtskreis‹, ZEV 1998, S. 251-255

Flick, Hans/ Piltz, Detlev Jürgen (Hrsg.). ›Der Internationale Erbfall‹, 2. Aufl., München, 2008

Jahn, André. ›Kollisionsrechtliche Fragen des Widerrufs eines Testamentes durch Heirat in angloamerikanischen Rechtsordnungen‹, IPRax 2008, S. 149-154

Passau (Gutachten). ›Succession Act 1981 secs. 9, 26. 1. Nachlasssplatung bei der Erbfolge nach einer australischen Erblasserin. 2. Formgültigkeit eines Testaments nach dem Recht von Queensland. 3. Auslegung von auf der Grundlage australischen Rechts getroffenen testamentarischen Anordnungen nach deutschem Recht. 4. Wirksamkeit einer Erbausschlagung.‹, IPG 2002 Nr. 26

Wagner, Stefan. ›Die Testierfähigkeit im Internationalen Privatrecht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 31; zugl. Diss. Gießen 1995, Frankfurt/ M., 1996

A.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Goller, Monika. ›Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenrisiko bei grenzüberschreitenden Beschäftigungsverhältnissen - Soziale Sicherheit und Arbeitgeberhaftung im internationalen Sozialrecht Deutschlands und Australiens‹, Studien aus dem Max-Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Sozialrecht, Bd. 40; zugl. Diss. Regensburg 2007, Baden-Baden, 2007

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. ›Australien: Das neue Produkthaftungsgesetz‹, PHi 1993, S. 72-76

B.I.3.a. Ratifikation

Piltz, Burghard. ›Internationales Kaufrecht. Das UN-Kaufrecht (Wiener Übereinkommen von 1980 in praxisorientierter Darstellung)‹, München, 1993

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Leins, Sarah. ›Anwaltschaftsrecht und Anwaltsgesellschaft in Australien. Eine Studie vor dem Hintergrund gemeinschaftlicher Berufsausübung und körperschaftlicher Kooperationsformen im Schnittpunkt von Gesellschaftsrecht und Berufsrecht‹, Schriftenreihe des Instituts für Anwaltsrecht an der Universität zu Köln, Bd. 64; zugl. Diss. München 2004, Bonn, 2004

B.III.1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Grenzebach, Philipp. ›Rechtsvereinheitlichung und Stellvertretung - Vereinheitlichungsvorschläge zum Recht der Stellvertretung vor dem Hintergrund von Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung unter Konzentration auf das Deutsche Recht und das Com-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

mon Law‹, Studien zum Zivilrecht, Bd. 48; zugl. Diss. Münster 2007, Hamburg, 2008

Linhart, Karin M. ›Rechtsenglisch - ein Studien- und Arbeitsbuch‹, München u.a., 2007

Spitz, Volker. ›Das Recht der Ureinwohner auf Land am Beispiel des australischen Rechts.‹, zugl. Diss. Augsburg 1992, Aachen, 1995

B.III.2.a. Vertragsrecht

Bücker, Marc. ›Alliance Contracting - Streitverzicht beim Bauvertrag. Probleme und Lösungsmöglichkeiten zum Streitverzicht beim australischen Alliance Contracting‹, NZBau 2007, S. 609-611

Friedl, Birgit. ›Haftung bei Abbruch von Vertragsverhandlungen im deutschen und anglo-australischen Recht‹, ZVglRWiss 97 (1998), S. 161-185

Graziano, Thomas Kadner. ›„Alles oder nichts" oder anteilige Haftung bei Verursachungszweifeln? Zur Haftung für perte d'une chance/loss of a chance und eine Alternative. Zugleich Anmerkungen zu den Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts vom 13. Juni 2007, des belgischen Hof van Cassatie vom 5. Juni 2008, des Supreme Judicial Court of Massachusetts vom 28. Juli 2008 und des High Court of Australia vom 21. April 2010‹, ZEuP 2010, S. 171-200

Habersack, Mathias/ Giglio, Francesco. ›Sittenwidrigkeit der Bürgschaft wegen krasser finanzieller Überforderung des Bürgen? Eine rechtsvergleichende und europarechtliche Skizze‹, WM 2001, S. 1100-1106

Hofmann, Christian. ›Australisches Vertragsrecht: Eine Einführung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsquellenlehre‹, ZVglRWiss 104 (2005), S. 395-426

Hök, Götz-Sebastian. ›Risiken in Bauverträgen und ihre Handhabung. Eine rechtsvergleichende Betrachtung‹, ZfBR 2009, S. 515-528

Kellam, Jocelyn/ O'Keefe, Roger. ›Australien: Produkthaftung aufgrund von Zusicherungen nach Teil V und Teil VA des Trade Practices Act 1974 (Cth)‹, PHi 1997, S. 52-61

Mäsch, Gerald. ›Chance und Schaden. Zur Dienstleisterhaftung bei unaufklärbaren Kausalverläufen‹, Jus Privatum, Beiträge zum Privatrecht, Bd. 92, Tübingen, 2004

München (Gutachten). v. 25.07.84. ›1. Allgemeines zur australischen Rechtsordnung. 2. Statut der Beweislast nach australischem IPR. 3. Vertragliches Leistungsstörungsrecht. 4. Vergütungsanspruch und Zurückbehaltungsrecht des Beauftragten.‹, IPG 1984 Nr. 5

Rösler, Hannes. ›Haftung von Medientauschbörsen und ihrer Nutzer in Nordamerika, Australien und Europa‹, MMR 2006, S. 503-511

Yates, Angelika. ›Verbraucherschutz und Produkthaftung in Australien‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10484, Köln, 2004

B.III.2.b. Deliktsrecht

Boyn, Monica. ›Aktuelle Tendenzen im australischen Umwelthaftungsrecht - Abkehr von Rylands v. Fletcher‹, PHi 1995, S. 52-57

Boyn, Monica. ›Umwelthaftung in Australien (Teil 2)‹, PHi 1993, S. 139-142

Boyn, Monica. ›Umwelthaftung in Australien (Teil 1)‹, PHi 1993, S. 102-108

Burst, Silke. ›Pönale Momente im ausländischen Privatrecht und deutscher ordre public‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1576; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Clark, Stuart. ›Reform des australischen Haftungsrechts (Teil 2)‹, PHi 2004, S. 144-151

Friedl, Birgit. ›Haftung bei Abbruch von Vertragsverhandlungen im deutschen und anglo-australischen Recht‹, ZVglRWiss 97 (1998), S. 161-185

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungsmöglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

Hacks, Susanne/ Ring, Ameli/ Böhm, Peter. ›Schmerzensgeld-Beträge: über 1100 Urteile zur Höhe des Schmerzensgeldes mit den neuesten Entscheidungen deutscher und ausländischer Gerichte‹, 15. Aufl., München, 1991

Helth, Ulrich. ›Persönlichkeitsschutz in Australien‹, GRUR Int. 2006, S. 99-108

Helth, Ulrich. ›Der Schutz der kommerziellen Aspekte der Persönlichkeit im australischen Recht‹, Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht, Bd. 10; zugl. Diss. Dresden 2006, Baden-Baden, 2007

Holtappel, Ulrike. ›Ersatz für hypothetischen Erwerb bei Verkürzung der Lebenserwartung (Berücksichtigung der „lost years") nach englischem, australischem, kanadischem und südafrikanischem Recht verglichen mit der Rechtslage in Deutschland‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 260; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1990, München, 1990

Kellam, Jecelyn/ Giblett, Ray. ›Australien: Erstes Grundsatzurteil zum neuen Produkthaftungsrecht nach Part VA‹, PHi 2000, S. 60-68

Kellam, Joachim. ›Produkthaftung in Australien: Neue Entwicklungen‹, PHi 1991, S. 176-179

Kellam, Jocelyn. ›Aktuelle australische Rechtsprechung. Entscheidungen im Produkthaftungsrecht‹, PHI 2010, S. 58-61

Kellam, Jocelyn. ›Australisches Produkthaftungsrecht und Beweislastverteilung‹, PHI 2010, S. 134-137

Kellam, Jocelyn. ›Die Produkthaftung im asiatisch-pazifischen Raum‹, PHi 1998, S. 2-9

Kellam, Jocelyn. ›Die Reform der Produkthaftung in Australien‹, PHi 1990, S. 118-125

Kellam, Jocelyn. ›Explodierende Glasflaschen - Eine rechtsvergleichende Untersuchung im Rahmen der Produkthaftung‹, VersR 1991, S. 970-977

Kellam, Jocelyn/ Wesch, Susanne. ›Produkthaftung und Schäden am Produkt selbst. Eine vergleichende Analyse der Rechtslage in England, Australien und Deutschland‹, PHi 1996, S. 184-194

Mäsch, Gerald. ›Chance und Schaden. Zur Dienstleisterhaftung bei unaufklärbaren Kausalverläufen‹, Jus Privatum, Beiträge zum Privatrecht, Bd. 92, Tübingen, 2004

Müller-Rostin, Wolf. ›Neue Entwicklungen bei der Passagierhaftpflichtgrenzen in der internationalen Luftfahrt‹, TranspR 1996, S. 5-10

Reihlen, Irmgard. ›Die Haftung von Rechtsanwälten und Notaren gegenüber Drittbegünstigten für Fehler bei der Testamentserrichtung: Eine vergleichende Darstellung der Rechtslage in England und Deutschland unter Berücksichtigung der in Australien, Kanada, Neuseeland und Kalifornien ergangenen Rechtsprechung‹, Schriftenreihe des Institus für Anwaltsrecht an der Universität zu Köln, Bd. 4; zugl. Diss. Bonn 1992, Essen, 1992

Reiter, Heinrich. ›Der Personenschaden aus Straßenverkehrsunfällen. Systemwandel in Australien‹, Diss. Bayreuth 1987

Sieber-Fazakas, Eszter/ Kellam, Jocelyn. ›Vergleich der Gesetzgebung und Rechtsprechung im Produkthaftungsrecht in Deutschland, Österreich, England und Australien‹, PHi 2008, S. 140-145 und S. 186-196

Taylor, Gregory Denning. ›Ehren- und Persönlichkeitsschutz im aus-tralischen Common Law. Ein Vergleich mit dem deutschen Recht‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3195; zugl. Diss. Marburg 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2001

Witzleb, Normann. ›Internationale Zuständigkeit für Ehrverletzungen im Internet. Die australische Perspektive‹, RabelsZ 69 (2005), S. 124-149

Yates, Angelika. ›Verbraucherschutz und Produkthaftung in Australien‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10484, Köln, 2004

B.III.3. Sachenrecht

Böcker, Vera. ›Gesellschaft im Wandel . Die neuen Landrechte der Ureinwohner Australiens‹, Münsteraner Studien zur Rechtsvergleichung, Bd. 88; zugl. Diss. Münster 2002, Münster, 2002

Esposito, Antonio. ›Die Entstehung des australischen Grundstückregisterrechts (Torrenssystem): Eine Rezeption Hamburger Partikularrechts?!‹, Jurstische Reihe TENEA/www.jurawelt.com, Bd. 98; zugl. Diss. Marburg 2005, Berlin, 2005

Fountoulakis, Christiana. ›Interzession naher Angehöriger, eine rechtsvergleichende Untersuchung im deutschen und angelsächsischen Rechtskreis‹, Abhandlungen zum schweizerischen Recht, Bd. 695; zugl. Diss. Basel 2003, Bern, 2005

Münnich, Lutz. ›Landrecht der Ureinwohner Australiens‹, Münsteraner Studien zur Rechtsvergleichung, Bd. 13, Münster, 1996

Spellenberg, Ulrich. ›Sicherheit im Grundstücksverkehr - Publicité foncière, Grundbuch und Torrens-Systeme‹, in: FS Werner Lorenz (1991), S. 779-804, Tübingen, 1991

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Giesen, Dieter. ›Probleme künstlicher Befruchtungsmethoden beim Menschen - Zum Argumentationsstand über das Machbare im Bereich moderner Fortpflanzungstechniken in Großbritannien und Australien‹, JZ 1985, S. 652-661

Schirmer, Günter. ›Status und Schutz des frühen Embryos bei der „In-vitro"-Fertilisation‹, Recht und Medizin, Bd. 15; zugl. Diss. Passau 1987, Frankfurt/ M., Bern, New York, Paris, 1987

Turner, J. Neville. ›Moderne Entwicklungen des Familienrechts in England und Australien‹, StAZ 1984, S. 124-126

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Aeschlimann, Sabine. ›Familiengerichtsbarkeit im internationalen Vergleich. Unter Berücksichtigung der Rechtsordnungen der USA, Australiens, Neuseelands und der Schweiz‹, Schriftenreihe zum Familienrecht, Bd. 14; zugl. Diss. Basel 2008, Bern, 2009

B.IV.3.b. Eherecht

App, Michael. ›Überlegungen um eine Bewährungsfrist für die Ehe von Einwanderern in Australien‹, FamRZ 1991, S. 38

Hahne, Meo-Micaela. ›Der 7. Kontinent: Ehe und Familie in Ozeanien‹, in: Colloquia für Dieter Schwab, S. 9-23, Bielefeld, 2000

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Heun, Stefanie Lore. ›Gleichgeschlechtliche Ehen in rechtsvergleichender Sicht unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in den USA, in Kanada und Australien‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 110, zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1998, Berlin, 1999

Jakob, Dominique. ›Die eingetragene Lebenspartnerschaft im Internationalen Privatrecht‹, Schriften der Deutschen Notarrechtlichen Vereinigung, Bd. 13; zugl. Diss. München 2001, Köln, 2002

Kubitz, Joachim. ›Wirksamkeit der Eheschließung von Deutschen in Australien; Legitimation und Name ihres nichtehelichen Kindes‹, StAZ 1993, S. 324-325

Luhn, Christopher. ›Privatautonomie und Inhaltskontrolle von Eheverträgen - Ein kritischer Vergleich des deutschen und des australischen Rechts mit Bezügen zum Internationalen Privatrecht‹, Studien zum Vergleichenden und Internationalen Recht, Bd. 150; zugl. Diss. Heidelberg 2007, Frankfurt/ M. u.a., 2008

Schotten, Günther. ›Das internationale Privatrecht in der notariellen Praxis‹, München, 1995

Turner, J. Neville. ›Moderne Entwicklungen des Familienrechts in England und Australien‹, StAZ 1984, S. 124-126

Wipperführt, Robert. ›Gültigkeit einer in der australischen Botschaft in Brüssel geschlossenen Ehe eines Australiers mit einer Deutschen - Legitimation des nichtehelichen Kindes?‹, StAZ 1981, S. 306

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Weilburg. Az. 2 F 174/93 v. 22.06.94. ›Haager Kindesentführungsübereinkommen Artt. 3, 13a, 13b. Die Übertragung der Personensorge (custody) beinhaltet nach australischem Recht lediglich die Ausübung der täglichen Sorge und Aufsicht über das Kind sowie die damit im Zusammenhang stehenden Entscheidungen. Die sonstigen Sorgerechtsbefugnisse, insbesondere das Recht zur Aufenthaltsbestimmung, stehen dem bzw. den Elternteilen zu, der bzw. die Inhaber der Vormundschaft (guardianship) sind.‹, NJW-RR 1995, S. 8-9 = IPRspr. 1994 Nr. 103 = FamRZ 1995, S. 242-244

Battes, Robert/ Korenke, Thomas. ›Entwicklungstendenzen des Familienrechts im Ausland - zu einem Jahresbericht‹, FuR 1996, S. 196-204

BayObLG. Az. 1 Z 25/79 v. 05.02.80. ›Austr. FamRG (Family Law Act v. 12.6.1975) Teil V Nr. 39 Abs. 3 lit. a und c, Nrn. 54, 63 Abs. 1, 104 Abs. 4 lit. b. 1. Anträge betreffend das Sorgerecht sowie Unterhalt einer Partei oder ehelicher Kinder müssen grundsätzlich nach Ablauf von 12 Monaten nach Erlaß des vorläufigen Scheidungsurteils gestellt werden. 2. Zur Anerkennung ausländischer Entscheidungen. 3. In Australien gilt die internationale Aufenthaltszuständigkeit.‹, IPRspr. 1980 Nr. 172 = BayObLGZ 1980, S. 52-58 = FamRZ 1980, S. 883-886 = FRES 6, 33-44 = BayJMBl. 1980, S. 75 = IPRax 1981, S. 183 (Bericht)

Bokelmann, Victoria/ Bokelmann, Michael. ›Zur Lage der für andere übernommenen Mutterschaft in Deutschland - Rechtsvergleich mit Reformvorschlägen‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3802; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 2002, Frankfurt/ M. u.a., 2003

Dietrich, Silvia. ›Mutterschaft für Dritte. Rechtliche Probleme der Leihmutterschaft unter Berücksichtigung entwicklungspsychologischer und familiensoziologischer Erkenntnisse und rechtsvergleichender Erfahrungen‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 835, Frankfurt/ M., Bern, New York, Paris, 1989

DIV-Gutachten v. 06.03.1989, Az. LA 8. ›Australien: Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen, Anschrift-Ermittlung (Auskunftei)‹, ZfJ 1989, S. 252-253

Marinopoulos, Alioska. ›Entscheidungsrecht bei gemeinsamer elterlicher Sorge getrennt lebender Ehegatten in Deutschland und Australien‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3697; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 2002, Frankfurt/ M. u.a., 2003

OLG Stuttgart. Az. 17 UF 396/95 v. 03.01.96. ›Austr. Family Law Act 1975 secs. 63E, 70A I; Haager KindesEntfÜbk. Artt. 3a, 3b, 5a, 12, 13 Abs. 2; SorgeRÜbkAG § 8 Abs. 2. Bestandteil der Personensorge für ein Kind ist die Macht, den Wohnsitz ('residence') des Kindes zu bestimmen. Üben mehrere Personen die Personensorge für das Kind aus, ist für die Verlegung des Wohnsitzes des Kindes die schriftliche Einwilligung aller Inhaber der Personensorge erforderlich.‹, FamRZ 1996, S. 688-689

Turner, J. Neville. ›Moderne Entwicklungen des Familienrechts in England und Australien‹, StAZ 1984, S. 124-126

Voegeli, Wolfgang. ›Das Finanzamt als Unterhaltsbehörde. Zur Reform des Kindesunterhaltsrechts in Australien‹, RabelsZ 54 (1990),S. 323-348

Voegeli, Wolfgang. ›Erste Ergebnisse der Reform des Kindesunterhaltsrechts in Australien‹, FuR 1991, S. 285-288

Voß, S. ›Neues australisches Kindes-Unterhaltsrecht‹, FuR 1990, S. 350-356

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Scherpe, Jens M. ›Einführung - Nichteheliche Lebensgemeinschaften als Problem für den Gesetzgeber‹, in: Jens M. Scherpe/ Nadjama Yassari (Hrsg.), Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. The Legal Status of Cohabitants, Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 81, S. 1-11, Tübingen, 2005

Schlüter, Wilfried/ Heckes, Jasmin/ Stommel, Sonja. ›Die gesetzliche Regelung von außerehelichen Partnerschaften gleichen und verschiedenen Geschlechts im Ausland und die deutschen Reformvorhaben‹, DEuFamR 2000, S. 1-18

Stintzing, Heike. ›Nichteheliche Lebensgemeinschaft und rechtliche Regelung - ein Widerspruch? Eine konzeptionelle Betrachtung des deutschen und australischen Rechts unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Problematik‹, Schriften zum internationalen Recht, Bd. 61; zugl. Diss. Konstanz 1991, Berlin, 1992

Stintzing, Heike. ›Rechtsprobleme der nichtehelichen Lebensgemeinschaft: Neue Entwicklungen im australischen Recht‹, FuR 1993, S. 137-145

B.IV.4. Erbrecht

Böhmer, Martin. ›Der Erb- und Pflichtteilsverzicht im anglo-amerikanischen Rechtskreis‹, ZEV 1998, S. 251-255

Glomb, Kerstin. ›Gibt es einen Pflichtteil nach australischem Recht?‹, ZEV 2005, S. 151-154

Knapp, Helmut. ›Gesetzliches Erbrecht nichtehelicher, verschiedengeschlechtlicher Lebenspartner. Unter Berücksichtigung des israelischen, mexikanischen, brasilianischen, australischen und französischen Rechts‹, Mikrofiche-Ausgabe 2001; zugl. Diss. Konstanz 2001

Neumann, Torsten. ›Internationale Erbfälle Deutschland - Australien‹, Internationales Erbschaftsrecht und Nachlassplanung, Bd. 13; zugl. Diss. Osnabrück 2005, Köln, 2006

Passau (Gutachten). ›Succession Act 1981 secs. 9, 26. 1. Nachlassspaltung bei der Erbfolge nach einer australischen Erblasserin. 2. Formgültigkeit eines Testaments nach dem Recht von Queensland. 3. Auslegung von auf der Grundlage australischen Rechts getroffenen testamentarischen Anordnungen nach deutschem Recht. 4. Wirksamkeit einer Erbausschlagung.‹, IPG 2002 Nr. 26

Rebmann, Kristina. ›Australische Family Provision und deutsches Pflichtteilsrecht. Eine rechtsvergleichende Darstellung‹, Studien zum Erbrecht, Bd. 5; zugl. Diss. Hamburg 2009, Hamburg, 2009

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

App, Michael. ›Kapitalanlagen und Investitionen in Australien‹, KaRS 1989, S. 287-289

Goessler, Donna. ›Australien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 2749, Köln, Berlin, 1994

Mayer, Horst. ›Investitionen, Kapitalanlagen in Australien‹, Schriftenreihe des Internationalen Fachinstituts für Steuer- und Wirtschaftsrecht e.V., Bd. 1, Köln, 1984

Thiele, Dominic. ›Die australischen Marktzugangsbedingungen und ihre Vereinbarkeit mit Welthandelsrecht‹, zugl. Diss. Münster 2005, Aachen, 2005

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Bieback, Karl-Jürgen. ›Arbeitsrechtlicher Schutz atypischer Arbeitsverhältnisse im englischen, australischen und deutschen Arbeitsrecht‹, in: FS Albert Gnade (1992), S. 791-808, Köln, 1992

Buhr, Petra. ›Sozialhilfe im internationalen Vergleich: Ein Rezensionsessay‹, NDV 1997, S. 384-390

Desch, Wolfram. ›Arbeitsrecht in Australien: Vom System der zentralisierten Zwangsschlichtung zum Enterprise Bargaining‹, zugl. Diss. Berlin 2005, Baden-Baden, 2005

Desch, Wolfram/ Riley, Joellen. ›Erschütterung des australischen Arbeitsrechts? Die Work Choices Reform 2006‹, ZIAS 2006, S. 225-243

Gamillscheg, Franz. ›Kollektives Arbeitsrecht - Ein Lehrbuch. Band 1: Grundlagen, Koalitionsfreiheit, Tarifvertrag, Arbeitskampf und Schlichtung‹, München, 1997

Goller, Monika. ›Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenrisiko bei grenzüberschreitenden Beschäftigungsverhältnissen - Soziale Sicherheit und Arbeitgeberhaftung im internationalen Sozialrecht Deutschlands und Australiens‹, Studien aus dem Max-Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Sozialrecht, Bd. 40; zugl. Diss. Regensburg 2007, Baden-Baden, 2007

König, Marco. ›Deregulierung unhd Flexibilisierung des Arbeitsrechts in Australien und Deutschland - Ein Vergleich‹, Diss. Hagen 2001

Mayer, Udo. ›Das australische Arbeitsrechtssystem - auf dem Weg zu europäischen Ufern?‹, in: FS Albert Gnade (1992), S. 809-826, Köln, 1992

Münch-Heubner, Peter L. ›Der Umbau des Sozialstaats: Das australische Modell als Vorbild für Europa?‹, Aktuelle Analysen/ Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Bd. 43, München, 2006

Perlet, Claudine. ›Soziale Sicherung gegen Arbeitslosigkeit in Australien. Geschichte, Gesamtsystem, Reformtrends‹, Schriftenreihe Arbeitsförderungsrecht in Europa und im internationalen Vergleich, Bd. 7; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1998, Baden-Baden, 1999

Riley, Joellen/ Wendeling-Schröder, Ulrike. ›Australische Gewerkschaften. Kollektiver Akteur aus eigenem Recht oder Interessenvertreter des Einzelnen?‹, NZA 2002, S. 890-893

Ruland, Franz/ Schaub, Eberhard/ Schliehe, Ferdinand/ Huck, Klaus. ›Systeme der Invaliditätsbemessung. Vergleichende Studie in 20 Industriestaaten im

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Auftrag der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (Genf)‹, RV 1996, S. 461-494

Schlachter, Monika. ›Außergerichtliche Konfliktlösung im Arbeitsverhältnis. Verwirklichung von Chancengleichheit auf dem Verhandlungswege in Australien und Deutschland‹, Studien zum ausländischen, vergleichenden und internationalen Arbeitsrecht, Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft, Bd. 13, Baden-Baden, 2002

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Beyer, Alexander Christian. ›Eine Rechtsvergleichung der vorvertraglichen Anzeigepflicht des Versicherungsnehmers im englischen, australischen und deutschen Versicherungsrecht unter besonderer Berücksichtigung aktueller Reformbemühungen‹, Diss. Köln 2008

Coyne, Chris. ›Reform des australischen Haftungsrechts - Der australische Versicherungsmarkt (Teil 1)‹, PHi 2004, S. 108-113

Detzer, Klaus. ›Australien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 46-49, Heidelberg, 1997

Figert, Horst. ›Die Circular-Indemnity-Klausel im australischen und deutschen Recht‹, VersR 1998, S. 147-162

Hawke, Fred. ›Australien: Aktuelle Situation von Claims-Made-Policen nach § 54 Insurance Contracts Act von 1984‹, PHi 2000, S. 114-122

Hopffgarten, Alexander von. ›Australien. Rechtstipps für Exporteure‹, 2. Aufl., Köln, 2007

Kobras, Michael/ Steinhauer, Michael. ›Vertriebsverträge im Rechtsverkehr mit Australien. Eine vergleichende Analyse‹, RIW/AWD 2010, S. 214-220

Müller-Rostin, Wolf. ›Neue Entwicklungen bei der Passagierhaftpflichtgrenzen in der internationalen Luftfahrt‹, TranspR 1996, S. 5-10

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Fedke, Tibor. ›Corporate Governance in international agierenden Konzernen: Vergleichende Untersuchung des Organisationsgefüges zwischen Konzernobergesellschaft und Tochterunternehmen im australischen und deutschen Recht‹, Schriften zum Wirtschaftsrecht, Bd. 197; zugl. Diss. Berlin 2005, Berlin, 2006

Fritzemeyer, Wolfgang. ›Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Australien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Die Gründung einer Tochtergesellschaft im Ausland, ZGR-Sonderheft 3, S. 25-53, 3. Aufl., Berlin, New York, 1995

Fritzemeyer, Wolfgang/ Strohmaier, Dagmar. ›Länderbericht Australien‹, in: Rembert Süß/ Thomas Wachter (Hrsg.), Handbuch des internationalen GmbH-Rechts, S. 355-378, Bonn u.a., 2006

Fromm, Hartmut. ›Haftungsfolgen bei der Verwaltung ausländischer Tochtergesellschaften‹, IPRax 1983, S. 87-93

Grüb, Michael. ›Voluntary Company Administration. Ein Verfahren zur Behandlung angeschlagener Unternehmen in Ländern des Common Law, dargestellt am Beispiel des australischen Rechts‹, RIW/AWD 1997, S. 291-297

Herrmann, Rüdiger. ›Funktion, Kontrolle und Haftung der Leitungsorgane von Aktiengesellschaften in Deutschland, der Schweiz, Aus-tralien und den USA‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1824; zugl. Diss. Hagen 1995, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Horn, Janpeter. ›Patronatserklärungen im common law und im deutschen Recht. Eine rechtsvergleichende Darstellung der Verwendung von comfort letters und Patronatserklärungen im englischen, australischen und deutschen Recht‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2663; zugl. Diss. Kiel 1999, Frankfurt/ M. u.a., 1999

Kilian, Matthias. ›Die ILP - Modell für das deutsche Recht? Eine neue Form der Anwaltskapitalgesellschaft im australischen Recht‹, NZG 2004, S. 71-73

Leins, Sarah. ›Anwaltschaftsrecht und Anwaltsgesellschaft in Australien. Eine Studie vor dem Hintergrund gemeinschaftlicher Berufsausübung und körperschaftlicher Kooperationsformen im Schnittpunkt von Gesellschaftsrecht und Berufsrecht‹, Schriftenreihe des Instituts für Anwaltsrecht an der Universität zu Köln, Bd. 64; zugl. Diss. München 2004, Bonn, 2004

Lenhardt, Matthias. ›„Insolvent Trading" - Insolvenzbedingte Durchgriffshaftung der Geschäftsleiter von Kapitalgesellschaften in Australien‹, Diss. Rostock 1998

Luttermann, Claus. ›Gesellschafts- und Bilanzrechtsreform in Australien. Perspektiven regionaler „IFRS" und Europäisches Bilanzrecht‹, RIW/AWD 2007, S. 825-831

Niedostadek, Oliver. ›Die Proprietary Company - das Recht der australischen private company‹, Münsteraner Studien zur Rechtsvergleichung, Bd. 112; zugl. Diss. Münster 2004, Münster, 2004

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Blumenstock, Tilman. ›Rechtliche Regelungen und Stand der rechtspolitischen Diskussion zu Multimedia und Internet im Ausland‹, in: Horst-Peter Götting (Hrsg.), Multimedia, Internet und Urheberrecht, S. 169-196, Dresden, 1998

Cornish, W.R./ McGonigal, Peter. ›Die urheber- und kartellrechtliche Beurteilung von Parallelimporten in Australien‹, GRUR Int. 1980, S. 25-29

Dreier, Thomas. ›„Highways to Change" - Der Bericht der australischen Copyright Convergence Group zum Urheberrecht im neuen Kommunikationsumfeld‹, GRUR Int. 1995, S. 837-839

Eisenreich, Klaus. ›Der Schutz des Urheberpersönlichkeitsrechts in Großbritannien, Kanada und Australien‹, GRUR Int. 1988, S. 36-42

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Kortas, Wolfgang. ›Ideen und Urheberrecht in Australien im Vergleich zum englischen und deutschen Recht‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 498; zugl. Diss. München 1994, München, 1996

Lewinski, Silke von. ›Die urheberrechtliche Vergütung für das Verleihen und Vermieten von Werkstücken (§ 27 UrhG). Eine rechtsvergleichende Untersuchung‹, Urheberrechtliche Abhandlungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, Heft 24, München, 1990

Neumeister, Achim. ›Entwicklung und Grundzüge des Patentrechts in Australien‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 293; zugl. Diss. München 1990, München, 1991

Ryan, Desmond James. ›AIPPI und die Entwicklung des Schutzes von geistigem Eigentum in Australien und Neuseeland‹, in: AIPPI (Hrsg.), AIPPI und die Entwicklung des gewerblichen Rechtsschutzes 1897-1997, S. 455-466, Basel, 1997

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

Spranger, Tade Matthias. ›Neuste Entwicklungen bei der Patentierung biotechnologischer Erfindungen in Australien‹, GRUR Int. 2005, S. 469-472

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Buck, Holger. ›Das Recht des unlauteren Wettbewerbs in Australien‹, GRUR Int. 2006, S. 374-384

Cornish, W.R./ McGonigal, Peter. ›Die urheber- und kartellrechtliche Beurteilung von Parallelimporten in Australien‹, GRUR Int. 1980, S. 25-29

Ellinger, E. Peter. ›Aspekte des Antitrustrechts in Australien‹, in: Wolfgang Holl/ Ulrich Klinke (Hrsg.), Internationales Privatrecht, Internationales Wirtschaftsrecht, Referate e. Symposiums d. A. v. Humboldt-Stiftung, 26.-30.09.83 in Ludwigsburg, S. 219-227, Köln u.a., 1985

Frischen, Manuela. ›Unlauterer Wettbewerb und Verbraucherschutz in Australien - Eine Untersuchung der Generalklausel gegen irreführendes und täuschendes Verhalten in sec. 52 Trade Practises Act 1974‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 432; zugl. Diss. München 1993, München, 1994

Harland, David. ›Zur Verbraucherklage gegen irreführende Werbung in Australien‹, GRUR Int. 1992, S. 193-195

Strohmaier, Dagmar. ›Die Zusammenarbeit von Australien uund Neuseeland auf dem Gebiet des Kartellrechts - Ein Mosaikstein auf dem Weg zu einem Weltkartellrecht?‹, Diss. Augsburg 2000

Tonke, Christian. ›Australien - Neues Kartellgesetz‹, WuW 1986, S. 881-882

Tonke, Christian. ›Verbesserte Zusammenarbeit Neuseelands mit Australien durch Novelle des Wettbewerbsgesetzes‹, WuW 1990, S. 24-25

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Moreno Borchart, Catharina. ›Zivilrechtliche Haftung des Emittenten und seiner Organe für fehlerhafte Kapitalmarktinformationen in Deutschland und Australien‹, Studien zum Bank- und Kapitalmarktrecht, Bd. 2, Baden-Baden, 2008

Reich, Norbert. ›Die Einrichtung eines Bankenombudsmanns in Australien: Ein Modell für selbstverwalteten Verbraucherschutz?‹, WM 1992, S. 809-813

Unger, Mark. ›Das australische Übernahmerecht. Darstellung und rechtsvergleichende Analyse mit dem WpÜG‹, Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht, Bd. 122; zugl. Diss. Hamburg 2007, Baden-Baden, 2008

B.VII. Fallsammlungen und Rechtsprechungsberichte

Figert, Horst. ›Die Circular-Indemnity-Klausel im australischen und deutschen Recht‹, VersR 1998, S. 147-162

Horn, Janpeter. ›Patronatserklärungen im common law und im deutschen Recht. Eine rechtsvergleichende Darstellung der Verwendung von comfort letters und Patronatserklärungen im englischen, australischen und deutschen Recht‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2663; zugl. Diss. Kiel 1999, Frankfurt/ M. u.a., 1999

Kellam, Jecelyn/ Giblett, Ray. ›Australien: Erstes Grundsatzurteil zum neuen Produkthaftungsrecht nach Part VA‹, PHi 2000, S. 60-68

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Hecker, Hellmuth. ›Das Staatsangehörigkeitsrecht von Australien und Ozeanien‹, Sammlung geltender

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Staatsangehörigkeitsgesetze, Bd. 37, Frankfurt/ M., 1980

Köbler, Gerhard. ›Rechtsenglisch: deutsch-englisches und englisch-deutsches Rechtswörterbuch für jedermann‹, 7. Aufl., München, 2007

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Knöfel, Oliver L. ›Internationales Zivilverfahrensrecht „Down Under". Australisch-neuseeländisches Binnenmarktprozessrecht‹, RIW/AWD 2009, S. 603-608

C.III. Internationale Zuständigkeit

BayObLG. Az. 1 Z 25/79 v. 05.02.80. ›Austr. FamRG (Family Law Act v. 12.6.1975) Teil V Nr. 39 Abs. 3 lit. a und c, Nrn. 54, 63 Abs. 1, 104 Abs. 4 lit. b. 1. Anträge betreffend das Sorgerecht sowie Unterhalt einer Partei oder ehelicher Kinder müssen grundsätzlich nach Ablauf von 12 Monaten nach Erlaß des vorläufigen Scheidungsurteils gestellt werden. 2. Zur Anerkennung ausländischer Entscheidungen. 3. In Australien gilt die internationale Aufenthaltszuständigkeit.‹, IPRspr. 1980 Nr. 172 = BayObLGZ 1980, S. 52-58 = FamRZ 1980, S. 883-886 = FRES 6, 33-44 = BayJMBl. 1980, S. 75 = IPRax 1981, S. 183 (Bericht)

Deißner, Susanne. ›Internationale Zuständigkeit und Deliktsstatut in Australien - Neuere Entwicklungen in Anpassung an moderne Gegebenheiten‹, IPRax 2005, S. 47-57

Witzleb, Normann. ›Internationale Zuständigkeit für Ehrverletzungen im Internet. Die australische Perspektive‹, RabelsZ 69 (2005), S. 124-149

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

BayObLG. Az. I Z 48/82 v. 28.01.83. ›ZPO § 328 Abs. 1 Nr. 4. Ist die Ehe dt. Staatsangehöriger im Ausland (hier: Australien) in einem Verfahren geschieden worden, das erst nach Rechtshängigkeit eines deutschen Scheidungsverfahrens in Gang gesetzt worden ist, so steht der Anerkennung dieses Scheidungsurteils der ordre public gem. § 328 Abs. 1 Nr. 4 ZPO entgegen. Unerheblich ist, ob dem ausländischen Gericht die Rechtshängigkeit des dt. Verfahrens bekannt gewesen ist oder nicht (Ergänzung zu OLG München NJW 1964, S. 979). Im Anerkennungsverfahren ist nicht zu prüfen, ob das dt. Scheidungsverfahren zulässig ist.‹, IPRax 1983, S. 245-246

Hoffmann, Graciela. ›Urteilsanerkennung im deutsch-australischen Rechtsverkehr‹, Schriftenreihe Studien zum internationalen Privat- und Zivilprozessrecht sowie zum UN-Kaufrecht, Bd. 39; zugl. Diss. Passau 2009, Hamburg, 2010

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Hoffmann, Graciela. ›Urteilsanerkennung im deutsch-australischen Rechtsverkehr‹, Schriftenreihe Studien zum internationalen Privat- und Zivilprozessrecht sowie zum UN-Kaufrecht, Bd. 39; zugl. Diss. Passau 2009, Hamburg, 2010

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.V. Verfahren und Beweis

Bechtold, Kurt. ›Das australische Familiengericht‹, Schriftenreihe der wissenschaftlichen Gesellschaft für Personenstandswesen und verwandte Gebiete m.b.H., Neue Folge, Bd. 25, Frankfurt/ M., 1986

BGH. Az. XII ZB 50/06 v. 02.09.09. ›Haager UnterhAVÜ Artt. 4, 5 Nr. 1, 6, 7, 10, 12; AVAG §§ 1 Abs. 1, 6, 15 Abs. 1; BGB §§ 1361 Abs. 4 Satz 4, 1580, 1605; FamFG §§ 40, 53, 57, 86; GG Art. 103 Abs. 1; GVG § 177; StPO § 114a; ZPO §§ 296, 328, 530, 574, 620, 643, 722, 794 Abs. 1 Nr. 3a, 834, 921. Nach austr. Verfahrensrecht ist ein Ausschluss wegen Ungebühr (contempt of court) möglich. Ein solcher Ausschluss ist möglich, wenn einer vorherigen gerichtlichen Anordnung, die zur Vorbereitung der endgültigen Entscheidung dient, nicht nachgekommen wird.‹, FamRZ 2009, S. 2069-2074 m. Anm. Peter Gottwald

Finlay, Henry A. ›Die Aufgabe des Richters in familienrechtlichen Konflikten‹, in: Hideo Nakamura (Hrsg.), Familiengerichtsbarkeit, Institut für Vergleichendes Zivilrecht, Veröffentlichung Nr. 13, S. 49-68, Tokyo, 1984

Harland, David. ›Zur Verbraucherklage gegen irreführende Werbung in Australien‹, GRUR Int. 1992, S. 193-195

Schulz, Andrea. ›Zuständigkeit und gerichtliches Ermessen in Mehrrechtssystemen: zur Verfahrensabgabe über Jurisdiktionsgrenzen am Beispiel der USA, Kanada und Australiens‹, RabelsZ 69 (2005), S. 419-456

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Buck, Holger/ Sonnenberg, Dirk. ›Außergerichtlicher Rechtsschutz durch den Bank-Ombudsmann: Das britisch-australische Modell‹, ZBB 1993, S. 15-22

Holder, Daniel M. ›Vertraulichkeit im Schiedsverfahren nach deutschem Recht unter Berücksichtigung der Rechtslage in England, Australien, Schweden und Neuseeland‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 4872; zugl. Diss. Köln 2008, Frankfurt/ M. u.a., 2009

C.VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht

Ede, Christine. ›Die Insolvenz des australischen Kindergartenbetreibers A.B.C. Learning Center Group. Erste Schlussfolgerungen aus der Insolvenz einer „gemeinnützigen" Organisation‹, ZInsO 2009, S. 312-315

LG Hamburg. Az. 302 O 279/91 v. 02.07.92. ›Austr. Bankruptcy Act 1966 sec. 58 Abs. 1, 120 Abs. 1a; ZPO §§ 286, 294, 937 Abs. I; KO 14, 29, 32 Nr. 2, 36, 37, 41, 237; BGB § 516. Nach austr. Recht ist eine entgeltliche oder unentgeltliche Vereinbarung unter Ehegatten über Vermögensgegenstände der Ehepartner auch gegenüber dem Antragsteller als Konkursverwalter nichtig, wenn sie mit Rücksicht auf die Ehe in den letzten zwei Jahren vor Konkurseröffnung geschlossen worden ist.‹, RIW/AWD 1993, S. 147-148 = IPRspr. 1992 Nr. 268

C.IX. Sonstiges

Eckardt, Tobias. ›Mediation in Australien‹, ZfRV 1998, S. 177-185

Trenczek, Thomas. ›Stand und Zukunft der Mediation: Konfliktvermittlung in Australien und Deutschland‹, SchiedsVZ 2008, S. 135-142

Australien / New South Wales

A. Internationales Privatrecht

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

München (Gutachten). ›Haager AdoptÜ Art. 23; kambodschanisches Gesetz über die Ehe und Familie (GEV) Art. 114; EGBGB Artt. 3 Abs. 2, 4, 5 Abs. 1, 22, 25; BGB §§ 1754 Abs. 1, 1924 Abs. 1; FGG §§ 16a, 43b Abs. 1. 1. Erbstatut; Rückverweisung hinsichtlich in Deutschland belegenen unbeweglichen Vermögens nach dem Recht von New-South-Wales (Australien). 2. Erbrecht des Adoptivkindes. 3. Zur Wirksamkeit einer Dekretadoption.‹, IPG 2003-2004 Nr. 30

B. Sachrecht

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

BayObLG. Az. 3 Z 73/89 v. 08.06.89. ›BGB § 1618; EGBGB Art. 10. Eine zweite Einbenennung ist nicht möglich. Das Recht von Neu-Süd-Wales/Australien kennt das Rechtsinstitut der Einbenennung nicht. Soweit ein ausländisches Recht den Eltern eines minderjährigen nichtehelichen Kindern die Möglichkeit gibt, dessen Namen beliebig zu ändern, kann eine derartige Erklärung der Eltern, jedenfalls wenn sie erst nach Eintritt der Volljährigkeit abgegeben wird, nicht als Einbenennung qualifiziert werden.‹, IPRspr. 1989 Nr. 15 = StAZ 1990, S. 14-15 = FamRZ 1990, S. 93-94 = DAVorm 1990, S. 14-15 = ZfJ 1989, S. 431-432

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Aubel, Tobias. ›Vermögensausgleich bei nichtehelicher Lebensgemeinschaft. Gesellschaftsrechtliche Analogien im deutschen, schweizerischen und französischen Recht verglichen mit einer sondergesetzlichen Regelung in New South Wales‹, in: Michael R. Will (Hrsg.), Das Recht Deutschlands und der Schweiz im Dialog III, Schriftenreihe deutscher Jura-Studenten in Genf, Bd. 11, S. 50-73, Genf, 1995

Dienst-Rohloff, Sigrid. ›Die Entwicklung des „Rechts der nichtehelichen Lebensgemeinschaft" in New South Wales/ Australien‹, Diss. Regensburg 1988

Reng, Ingo. ›Unterhaltsansprüche aufgrund nichtehelicher Lebensgemeinschaft. Internationales Privatrecht und ausländisches materielles Recht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 22; zugl. Diss. Regensburg 1992, Frankfurt/ M., 1994

Schatte, Gisela. ›Die Rechtslage der nichtehelichen Lebensgemeinschaft in Australien - unter besonderer Berücksichtigung des de Facto Relationships Act 1984 (New South Wales)‹, FamRZ 1987, S. 14-23

Voß, Sabine. ›Ein Gesetzesvorschlag für die vermögens- und unterhaltsrechtliche Auseinandersetzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Deutschland - nach dem Beispiel des De Facto Relationships Act von 1984 von Neusüdwales/ Australien‹, Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft, Bd. 71; zugl. Diss. Münster 1992, Münster, 1993

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Musil, Ariane. ›Der Ausgleich arbeitsbedingter Schäden abhängig Beschäftigter in New South Wales und Deutschland‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2993, Frankfurt/ M. u.a., 2000

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IX. Sonstiges

Kilian, Matthias. ›Anwaltsrecht in den Antipoden. Berufsrecht im australischen Bundesstaat New South Wales‹, AnwBl. 2002, S. 686-692

Australien / Northern Territory

B. Sachrecht

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Reng, Ingo. ›Unterhaltsansprüche aufgrund nichtehelicher Lebensgemeinschaft. Internationales Privatrecht und ausländisches materielles Recht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 22; zugl. Diss. Regensburg 1992, Frankfurt/ M., 1994

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Australien / Queensland

B. Sachrecht

B.IV.4. Erbrecht

Passau (Gutachten). ›Succession Act 1981 secs. 9, 26. 1. Nachlassspaltung bei der Erbfolge nach einer australischen Erblasserin. 2. Formgültigkeit eines Testaments nach dem Recht von Queensland. 3. Auslegung von auf der Grundlage australischen Rechts getroffenen testamentarischen Anordnungen nach deutschem Recht. 4. Wirksamkeit einer Erbausschlagung.‹, IPG 2002 Nr. 26

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Figert, Horst. ›Die Circular-Indemnity-Klausel im australischen und deutschen Recht‹, VersR 1998, S. 147-162

Australien / South Australia

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

Australien / Tasmania

B. Sachrecht

B.III.2.a. Vertragsrecht

Köln (Gutachten). ›Fair Trading Act 1990 (Tas) secs. 12, 16 lit. k, 41 Abs. 1, 5; Trade Practices Act 1975 (Cth) secs. 53 lit. g, 87 Abs. 2; EGBGB Artt. 27, 28 Abs. 2 Satz 2, 29 Abs. 2, 35. 1. Zu der Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in einen Automietvertrag. 2. Nach der Parol Evidence Rule sind die Parteien an alle in einem Vertrag abgedruckten Klauseln gebunden. Nach der Regel aus L'Estrange v. Graucob gilt dies aufgrund der Unterschrift des Klägers unabhängig von einer Kenntnis dieser Klauseln. 3. Zu der Frage, ob dennoch hinreichend auf die Klauseln hingewiesen werden muss. 4. Zu der Auslegung eines Hinweises auf Allgemeine Geschäftsbedingungen in einem Vertragsformular.‹, IPG 2003-2004 Nr. 3

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Reng, Ingo. ›Unterhaltsansprüche aufgrund nichtehelicher Lebensgemeinschaft. Internationales Privatrecht und ausländisches materielles Recht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 22; zugl. Diss. Regensburg 1992, Frankfurt/ M., 1994

Australien / Western Australia

A. Internationales Privatrecht

A.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Wengler, Wilhelm. ›Neue Kollisionsnormen für Fair Trading - Gesetze in Australien‹, IPRax 1989, S. 121-122

B. Sachrecht

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Figert, Horst. ›Die Circular-Indemnity-Klausel im australischen und deutschen Recht‹, VersR 1998, S. 147-162

Bahamas

B. Sachrecht

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Arnold, Hans-Henning. ›Rechtsordnung und Rechtspflege der Bahamas‹, ZVglRWiss 82 (1983), S. 97-141

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Faetan, Nathalie. ›Bahamas. Sieben Fragen zur Geltendmachung von Unterhalt‹, JAmt 2009, S. 240-241

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Bahamas‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 50, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

BGH. Az. IV a ZR 196/82 v. 13.06.84. ›Zur Rechtsfigur des „trust" im angelsächsischen Recht.‹, IPRspr. 1984 Nr. 121 = BGHWarn 1984 Nr. 199 = RIW/ AWD 1985, S. 154 = WM 1984, S. 1125 = DB 1984, S. 2192 = IPRax 1985, S. 221 = MDR 1985, S. 212

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.3.a. Ratifikation

OLG Düsseldorf. Az. 7 U 134/99 v. 31.03.00. ›Haager ZPÜbk. Art. 17; Dt.-brit. Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20.03.1928 Art. 14; BGB §§ 17, 24; ZPO § 110. 1. Nach engl. Recht hat ein Kläger ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit grundsätzlich Sicherheit für die Prozeßkosten zu leisten. Allerdings ist ein Kläger der im Ausland wohnt nicht schlechthin zur Sicherheitsleistung verpflichtet. 2. Das dt.-brit. Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20.03.1928 ist im Verhältnis zu den Bahamas weiter anzuwenden.‹, IPRax 2001, S. 228-230

Bahrain

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Elwan, Omaia. ›Gesetz über die Zivil- und Handelsprozeßordnung. Das anwendbare Recht auf Fragen des Personalstatuts von Nichtmuslimen‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 106-107, Hamburg, Würzburg, 1999

Elwan, Omaia (Übers.). ›Dekretgesetz Art. 16‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 107, Hamburg. Würzburg, 1999

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

A.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Elwan, Omaia. ›Bahrainische Kollisionsbestimmungen über das Personalstatut‹, IPRax 1986, S. 59-60

A.IV.3.b. Eherecht

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Haager EheWÜbk. Art. 2; Verfassung des Staates Bahrain vom 26.05.1973 Art. 105; bahrain. Gesetz über die Zivil- und Handelsprozessordnung vom 22.06.1971 Art. 21; ägypt. ZGB Art. 13; kanad. Divorce Act 1968 sec. 5; kanad. Divorce Act 1985 secs. 3, 8; GG Art. 3; EGBGB Artt. 4, 6, 14, 17. 1. Kollisionsrecht. 2. Ehescheidungsrecht. 3. Bahrainisches Scheidungskollisionsrecht. 4. Kanadisches Scheidungskollisionsrecht. 5. Weiterverweisung. 6. Kanad. Scheidungsrecht. 7. Scheidungsgründe‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 2, Frankfurt/ M., 2005

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Baumann, Herbert/ Ebert, Matthias (Hrsg.). ›Die Verfassungen der Mitgliedsländer der Liga der Arabischen Staaten‹, Verfassungen der Länder Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens, Bd. 1, Berlin, 1995

Ebert, Hans-Georg (Übers.). ›Bahrain: Verfahren der Eheschließung und Scheidung‹, StAZ 2008, S. 117-121

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Krüger, Hilmar. ›Überblick über das Zivilrecht der Staaten des ägyptischen Rechtskreises‹, Recht van de Islam 14 (1997), S. 67-131

Krüger, Hilmar. ›Arabische Staaten: Übersicht über die wichtigsten Gesetzesbestimmungen‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4591, 6. Aufl., Köln, 1996

B.III.2.a. Vertragsrecht

Klaiber, Sven/ Ranjbar, Reza. ›Die Forderungsabtretung in den MENA-Staaten‹, RIW/AWD 2007, S. 522-529

Krüger, H. ›Zum Recht der Forderungsabtretung in der arabischen Welt‹, in: FS Ulrich Spellenberg (2010), S. 605-617

Trappe, Johannes/ Meyer-Reumann, Rolf. ›Vertrags- und Schari'a Recht in den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 199-236, Stuttgart, 1990

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Ebert, Hans-Georg. ›Bahrain: Familienrechtliche Neuerungen‹, StAZ 2008, S. 104-106

B.IV.3.b. Eherecht

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Bahrain. Zivil- und Handelsprozessordnung Artt. 17, 21; jordan. ZGB Nr. 43/1976 vom 1.8.1976 Art. 14; jordan. Personenstandsgesetz Nr. 61/1976 Artt. 85ff., 90, 93, 97, 102, 107, 134, 135, 136, 161; EGBGB Artt. 14, 17, 30, 220 Abs. 1; FamRÄndG Art. 7 § 1.1. Bahrainisches Familienrecht. 2. Jordanisches Familienrecht. 3. Privatscheidung‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 1, Frankfurt/ M., 2005

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Haager EheWÜbk. Art. 2; Verfassung des Staates Bahrain vom 26.05.1973 Art. 105; bahrain. Gesetz über die Zivil- und Handelsprozessordnung vom 22.06.1971 Art. 21; ägypt. ZGB Art. 13; kanad. Divorce Act 1968 sec. 5; kanad. Divorce Act 1985 secs. 3, 8; GG Art. 3; EGBGB Artt. 4, 6, 14, 17. 1. Kollisionsrecht. 2. Ehescheidungsrecht. 3. Bahrainisches Scheidungskollisionsrecht. 4. Kanadisches Scheidungskollisionsrecht. 5. Weiterverweisung. 6. Kanad. Scheidungsrecht. 7. Scheidungsgründe‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 2, Frankfurt/ M., 2005

Ksiks, Fadlallah. ›Wie man islamisch heiratet. Die islamische Ehe nach der Rechtsteilung von Qur'an und Sunna‹, Düsseldorf, 2010

Scholz, Peter. ›Islam-rechtliche Eheschließung und deutscher ordre public‹, StAZ 2002, S. 321-334

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

DIV-Gutachten v. 08.03.1989. ›Anerkennung durch einen islamischen Vater (Bahrain), Unterhaltsansprüche, Erbrecht‹, ZfJ 1989, S. 252

B.IV.4. Erbrecht

Ebert, Hans-Georg. ›Das Erbrecht arabischer Länder‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 18, Frankfurt/ M. u.a., 2004

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Küppers, Norbert F. ›Aufenthalts- und Arbeitsrecht in den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 437-464, Stuttgart, 1990

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Abderrahmane, Ben. ›Handelsvertreterrecht in den Ländern des „Arab Gulf Cooperation Council"‹, RIW/AWD 1990, S. 365-369

Amereller, Florian. ›Das Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler in der MENA-Region‹, Köln, 2007

BfAI (Hrsg.). ›Handelsvertreterrecht in Bahrain‹, Köln, 1986

Detzer, Klaus. ›Bahrain‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 51-55, Heidelberg, 1997

Krüger, Hilmar. ›Anmerkungen zum Recht der Handelsvertreter und Eigenhändler in den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 237-276, Stuttgart, 1990

Krüger, Hilmar. ›Handelsvertreterrecht auf der Arabischen Halbinsel‹, in: FS Gerhard Kegel (1987), S. 269-301, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, 1987

Krüger, Hilmar. ›Handelsvertreterrecht in den arabischen Golfstaaten‹, RIW/AWD 1993, S. 993-996

Seiler, Otto J. ›Seetransport zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 333-354, Stuttgart, 1990

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Grabau, Fritz-René. ›Der Gesellschaftsvertrag im klassischen Islamrecht und das geltende Gesellschaftsrecht der islamischen Staaten‹, ZVglRWiss 89 (1990), S. 330-357

Lacher, Jörg S./ Meyer-Reumann, Rolf. ›Die Joint Venture Company (JVC) in den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 87-134, Stuttgart, 1990

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Meyer-Laucke, Wilfried/ Meyer-Reumann, Rolf. ›Der gewerbliche Rechtsschutz in den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 501-554, Stuttgart, 1990

N.N. ›Hinweis auf die Warenzeichengesetzgebung‹, PMZ 1995, S. 204

Schackel, Torsten/ Meyer-Reumann, Rolf. ›Warenzeichenschutz der Vereinigten Arabischen Emirate und in der Golfregion‹, RIW/AWD 1993, S. 996-1002

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Amereller, Florian. ›Hintergründe des „Islamic Banking". Rechtliche Problematik des riba-Verbotes in der Shari'a und seine Auswirkungen auf einzelne Rechtsordnungen arabischer Staaten‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 71; zugl. Diss. Mainz 1994, Berlin, 1995

Eicher, Karlheinz. ›Claims und Change Orders im Anlagengeschäft mit den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 555-582, Stuttgart, 1990

Eisemann, Frédéric/ Schütze, Rolf A. ›Das Dokumentenakkreditiv im Internationalen Handelsverkehr‹, 3. Aufl., Heidelberg, 1989

Krüger, Hilmar. ›Arabische Staaten: Recht der Bankgarantien‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 2582, Köln, Berlin, 1994

Schütze, Rolf A. ›Bankgarantien und Dokumentenakkreditive im deutsch-arabischen Geschäftsverkehr‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 277-298, Stuttgart, 1990

B.VI.3. Islam

Bälz, Kilian Rudolf. ›Islamisches Kreditwesen. Religion, Wirtschaft und Recht im Islam‹, ZVglRWiss 3 (2010), S. 272-292

Kellner, Martin. ›Islamische Rechtsmeinungen zu medizinischen Eingriffen an den Grenzen des Lebens. Ein Beitrag zur kulturübergreifenden Bioethik‹, Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt, Bd. 29; zugl. Diss. Wien 2007, Würzburg, 2010

Reinhardt, Klaus. ›Das Shari´a-Recht der arabischen Golfstaaten‹, RIW/AWD 1997, S. 747-749

Reissner, Johannes. ›Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: Saudi-Arabien und die kleineren Golfstaaten‹, in: Werner Ende/ Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, S. 531-543, 4. Aufl., München, 1996

Trappe, Johannes/ Meyer-Reumann, Rolf. ›Vertrags- und Schari'a Recht in den arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 199-236, Stuttgart, 1990

Yassari, Nadjma. ›Die islamische Brautgabe im deutschen Kollisions- und Sachrecht (zu BGH, 9.12.2009 - XII ZR 107/08, unten S. 85, Nr. 8)‹, IPRax 2011, S. 63-68

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Krüger, Hilmar. ›Staatsangehörigkeitsrecht‹, StAZ 1986, S. 21-25

Krüger, Hilmar/ Küppers, Norbert F. ›Bahrain: Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts‹, StAZ 1990, S. 24

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Krüger, Hilmar. ›Gesetzesübersichten: Arabische Staaten‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7056, 7. Aufl., Köln, 1999

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Bälz, Kilian. ›Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile und Schiedssprüche in den Arabischen Golfstaaten‹, RIW/AWD 2011, S. 118-125

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Bälz, Kilian. ›Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile und Schiedssprüche in den Arabischen Golfstaaten‹, RIW/AWD 2011, S. 118-125

Dilger, Konrad. ›Schiedsgerichtsbarkeit und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in den Golfstaaten‹, in: K.-H. Böckstiegel (Hrsg.), Vertragspraxis u. Streiterl. im Wirtschaftsverkehr mit arab. Staaten; Schriftenreihe d. dt. Inst. f. Schiedsgerichtswesen, Bd. 2, S. 101-122, Köln u.a., 1981

Krüger, Hilmar. ›Zur Einrede der Schiedsgerichtsbarkeit in Bahrain‹, RIW/AWD 1989, S. 821-822

Triebel, Volker B./ Al-Hejailan, Salah. ›Internationale Schiedsgerichtsbarkeit nach den Rechten der arabischen Golfstaaten‹, in: Henning von Boehmer (Hrsg.), Deutsche Unternehmen in den arabischen Golfstaaten, S. 583-614, Stuttgart, 1990

Bangladesch

A. Internationales Privatrecht

A.IV.4. Erbrecht

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Genfer Flüchlingskonvention vom 28.07.1951 Artt. 1, 12; Bangladeschischer Succession Act 1925 secs. 4-19; bangladeschischer Code of Civil Procedure 1908 secs. 13, 14; 19; Indian Succession Act 1925 sec. 4; EGBGB Artt. 4, 25; AslyVerfG § 3; BGB §§ 2353, 2369. 1. Erbrecht von Bangladesch. 2. Erbrechtliche Kollisionsnormen. 3. IPR bei Flüchlingen. 4. Renvoi des IPR von Bangladesch‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 1, Frankfurt/ M., 2005

B. Sachrecht

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Krömer, Karl. ›Bangladeschisches Namensrecht‹, StAZ 1995, S. 20-21

Neumann, Gerhard. ›Bangladeschische Personenstandsurkunden‹, StAZ 1996, S. 23-24

B.IV.3.b. Eherecht

AG Hamburg. Az. 268 F 32/99 v. 27.05.99. ›Muslim Family Laws Ordinance 1961 Secs. 7, 8; EGBGB Artt. 14 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2, 17. Nach sec. 7 der trotz der Abtrennung von Bangladesch weiterhin geltenden Muslim Family Laws Ordinance 1961 kann die Ehe durch Verstoßung (talaq) des Ehemannes aufgelöst werden. Dies kann gem. sec. 8 auch durch die ordnungsgemäß bevollmächtigte Ehefrau geschehen‹, FamRZ 2000, S. 958 = IPRSpr. 1999 Nr. 61

Justizministerium NRW. Az. II B. 169/81 v. 29.07.83. ›Muslim Family Law Ordinance 1961 sec. 6; Muslimes Marriages and Divorces (Registration) Act 1974 i.V.m. den Rules 1975 sec. 1 (2, sec. 6 (2), (3), Nr. 20 (Rules). Zu den Wirksamkeitsvoraussetzungen von Eheschließungen und Scheidungen nach dem Recht von Bangladesh.‹, IPRspr. 1983 Nr. 2

Kantonsgericht St. Gallen. Az. GVP 1995 Nr. 44 v. 14.09.95. ›Schweiz. IPR-G Artt. 27, 65 Abs. 1; ZGB Art. 122 Abs. 3. In Bangladesch richtet sich die Auflösung der Ehe zwischen Muslimen nach der Muslim Family Laws Ordinance von 1961. Die Ordinance erlaubt es dem Ehemann, die Ehe durch einfache Verstoßung aufzulösen. Der Ehefrau steht dieses Recht nicht zu, es kann ihr aber vom Ehemann delegiert werden. Die Ordinance fügt den herkömmlichen Regeln drei Voraussetzungen hinzu: Der Ehemann muß erstens den in bestimmter Form ausgesprochenen Talaq dem Vorsitzenden der zuständigen „Union Parishad" anzeigen, zweitens der Ehefrau eine Kopie davon zustellen und drittens eine Frist von 90 Tagen abwarten. Der Vorsitzende ist gehalten, ein Schiedsgericht zu bestellen und eine Versöhnung anzustreben. Er hat aber keine Entscheidungskompetenz und nicht einmal die Befugnis, eine Scheidungsurkunde auszustellen. Der Talaq ist selbst dann gültig,

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

wenn er nichts unternimmt. Ob ein Talaq als ausländische Scheidung in der Schweiz anerkannt werden kann, richtet sich nach Art. 65 IPR-G. Der in dieser Norm verwendete Begriff der Ehescheidung geht über den des schweiz. Zivilrechts hinaus. Die Scheidung im Ausland braucht nicht in einem zivilgerichtlichen Verfahren ausgesprochen worden zu sein. Es genügt jedes andere im betreffenden Staat anerkannte Verfahren, auch wenn es sich vor Verwaltungsbehörden oder vor einem religiösen Gericht abwickelte. Eine einseitige Willenserklärung kann aber nur dann als Ehescheidung aufgefasst werden, wenn eine öffentliche Behörde daran mitwirkte. Erforderlich hierfür ist nur eine geringe behördliche Mitwirkung, die auch rein registrierende oder beurkundende Natur haben mag. Voraussetzung für die Anerkennung eines Talaq als ausländische Scheidung in der Schweiz ist weiterhin, daß die Ehefrau der Verstossung zustimmt oder sich dieser nicht wirdersetzt und sich nicht auf die Verweigerungsgründe von Art. 27 Abs. 2 lit. a (gehörige Ladung) und lit. b IPR-G (Verletzung wesentlicher Verfahrensgrundsätze, formeller Ordre public) beruft. In der Schweiz können Scheidungshandlungen nur von den zuständigen Gerichten ausgehen. Der vor einer ausländischen Botschaft ausgesprochene Talaq oder die von einer religiösen Institution in der Schweiz verfügte Annulation einer Ehe ist absolut ungültig.‹, SJZ 1997, S. 464

Kraus, Helga. ›Anerkennungsfähigkeit einer telefonischen Ferntrauung bangladeschischer Staatsangehöriger‹, StAZ 2004, S. 80

B.IV.4. Erbrecht

Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.). ›Genfer Flüchlingskonvention vom 28.07.1951 Artt. 1, 12; Bangladeschischer Succession Act 1925 secs. 4-19; bangladeschischer Code of Civil Procedure 1908 secs. 13, 14; 19; Indian Succession Act 1925 sec. 4; EGBGB Artt. 4, 25; AslyVerfG § 3; BGB §§ 2353, 2369. 1. Erbrecht von Bangladesch. 2. Erbrechtliche Kollisionsnormen. 3. IPR bei Flüchlingen. 4. Renvoi des IPR von Bangladesch‹, in: Elwan, Omaia/ Menhofer, Bruno/ Otto, Dirk (Hrsg.), Gutachten zum ausländischen Familien- und Erbrecht: Naher Osten und Mittlerer Osten, Afrika und Asien, Nr. 1, Frankfurt/ M., 2005

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Bangladesch‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 56-57, Heidelberg, 1997

B.VI.3. Islam

Ahmed, Munir D. ›Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: Bangladesh‹, in: Werner Ende/ Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, S. 359-366, 4. Aufl., München, 1996

Ebert, Hans-Georg. ›Die Qadrî-Pâshâ-Kodifikation. Islamisches Personalstatut der hanafitischen Rechtsschule‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 23, Frankfurt/ M. u.a., 2010

Barbados

B. Sachrecht

B.III.3. Sachenrecht

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

OLG Hamm. Az. 4 UF 135/98 v. 18.01.99. ›Children Act (1989) Part I sec. 1, Part I sec. 2, EGBGB Artt. 5 Abs. 3, 21; ZPO §§ 606 a, 623. Nach sec. 2 (1) des Part I des Children Act 1989 - der das für den Staat Barbados anzuwendende materielle Recht darstellt - haben beide Eltern die Verantwortung für das Kind, wenn sie bei der Geburt verheiratet waren. Nach Part I sec. 1 (1) des Children Act 1989 ist oberste Richtschnur für die Entscheidung des Gerichtes das Wohl des Kindes. Deshalb sind gem. Part I sec. 1 (3) dieses Gesetzes bei den Anordnungen, die das Gericht trifft, inbesondere die feststellbaren Wünsche und Gefühle des Kindes, die wahrscheinliche Auswirkung einer Änderung seiner Verhältnisse, sein Alter, sein Geschlecht, seine Herkunft und sonstige Besonderheiten zu berücksichtigen‹, FamRZ 1999, S. 1519-1520 = IPRspr. 1999 Nr. 71

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Barbados‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 58-59, Heidelberg, 1997

Mallmann, Dankwart. ›Lateinamerika - Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10458, Köln, 2004

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

DIV-Gutachten v. 14.07.1994, Az. LE 4. ›Klage auf Vaterschaftsfeststellung und Unterhalt auf Barbados; Unterhaltsklage aufgrund Anerkennung eines deutschen Titels in England‹, ZfJ 1994, S. 486

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Hummer, Waldemar. ›(Schieds-)gerichtsbarkeit in der Karibik: Von der Ad-hoc-Schiedsgerichtsbarkeit in der CARICOM/CCM zum „Karibischen Gerichtshof" in der CSME‹, Völkerrecht und internationale Beziehungen, Bd. 2, Münster, 2007

Belgien

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Süß, Rembert. ›Neues internationales Erbrecht in Belgien: Einführung und Gesetzestext‹, ZErb 2006, S. 289-295

A.I.3.a. Ratifikation

Rammeloo, Stephan. ›Das neue EG-Vertragskollisionsrecht‹, zugl. Diss. Groningen 1991, Köln u.a., 1992

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Francq, Stéphanie. ›Das belgische IPR-Gbuch‹, RabelsZ 70 (2006), S. 235-278

A.III.2.a. Vertragsrecht

Cockfield. ›Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 15.1.1985 betr. das Übereinkommen vom 19.6.1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (EuIPR) 85/111/EWG‹, IPRax 1985, S. 178-179

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 20‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Foriers, Paul Alain/ Grégoire, Michèle. ›Die Forderungsabtretung, insbesondere zu Sicherungszwecken, im belgischen Recht‹, in: Walther Hadding/ Uwe H. Schneider (Hrsg.), Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, in ausländischen Rechtsordnungen, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Schriften des Instituts für deutsches und internationales Recht der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Bd. 120, S. 135-155, Berlin, 1999

Hamburg (Gutachten). v. 26.01.81. ›1. Schuldstatut nach belgischem IPR. 2. Wirksamwerden von fremdsprachigen allgemeinen Geschäftsbedingungen im belgischen Recht.‹, IPG 1980-81 Nr. 3

Kieninger, Eva-Maria/ Storme, Matthias E. ›Das neue belgische Recht des Eigentumsvorbehalts‹, RIW/AWD 1999, S. 94-105

Pirrung, Jörg. ›Die Einführung des EG-Schuldvertragsübereinkommens in die nationalen Rechte‹, in: Christian v. Bar (Hrsg.), Europäisches Gemeinschaftsrecht und Internat. Privatrecht; Osnabrücker Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 26, S. 21-76, Köln u.a., 1991

Quay, Ulrich. ›Der Consulting-Vertrag im Internationalen Privatrecht‹, Internationalrechtliche Studien, Bd. 11; zugl. Diss. Freiburg/Brsg. 1999, Frankfurt/ M. u.a., 2000

Ruthig, Josef. ›Vollmacht und Rechtsschein im IPR‹, Mannheimer rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 20; zugl. Diss. Mannheim 1996, Heidelberg, 1996

Schack, Haimo. ›Der Erfüllungsort im deutschen, ausländischen und Internationalen Privat- und Zivilprozeßrecht‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 124, Frankfurt/ M., 1985

Walter, Christoph von. ›Die Konkurrenz vertraglicher und deliktischer Schadensersatznormen im deutschen, ausländischen und internationalen Privatrecht‹, Diss. Regensburg 1977

A.III.2.b. Deliktsrecht

Hoffmann, Bernd von. ›Außervertragliche Schuldverhältnisse: Art. 38 n.F. (Unerlaubte Handlungen), Rz. 37‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1992

Schohe, Gerrit. ›Die Haftung juristischer Personen für ihre Organe im internationalen Privatrecht‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 53; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1988, Berlin, 1991

Wagner, Rolf/ Berentelg, Maria. ›Straßenverkehrsunfälle Deutscher in den Nachbarstaaten‹, MDR 2010, S. 1353-1359

Walter, Christoph von. ›Die Konkurrenz vertraglicher und deliktischer Schadensersatznormen im deutschen, ausländischen und internationalen Privatrecht‹, Diss. Regensburg 1977

A.III.3. Sachenrecht

Hamburg (Gutachten). v. 01.07.80. ›Belg. Cc Artt. 711, 1583; C.com. Artt. 8, 272. 1. Das Sachenstatut von Motorschiffen nach belgischem Recht, insbesondere zur Möglichkeit eines Statutenwechsels. 2. Eigentumserwerb an Motorschiffen nach belgischem Recht.‹, IPG 1980-81 Nr. 20

Kieninger, Eva-Maria. ›Mobiliarsicherheiten im Europäischen Binnenmarkt. Zum Einfluß der Warenverkehrsfreiheit auf das nationale und internationale Sachenrecht der Mitgliedsstaaten‹, Europäisches Privatrecht, Bd. 1; zugl. Diss. Berlin 1995, Baden-Baden, 1996

Mangold, Werner. ›Die Abtretung im europäischen Kollisionsrecht: unter besonderer Berücksichtigung des spanischen Rechts‹, Studien zum vergleichenden

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

und internationalen Recht, Bd. 62; zugl. Diss. Heidelberg 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2001

A.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Lenaerts, Koen. ›Der Staatsangehörigkeitsgrundsatz im belgischen Internationalen Privatrecht‹, in: Erik Jayme/ Heinz-Peter Mansel (Hrsg.), Nation und Staat im Internationalen Privatrecht, S. 165-193, Heidelberg, 1988

A.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Pintens, Walter. ›Die Anwendung des belgischen, französischen und niederländischen Namensrechts durch den deutschen Standesbeamten‹, StAZ 1984, S. 188-191

Pintens, Walter/ Verbeke, Alain. ›Neue Entwicklungen im internationalen Privatrecht der romanischen Rechtsfamilie - Name und Adoption‹, StAZ 1989, S. 173-180

A.IV.3.b. Eherecht

Beitzke, Günther. ›Eheschließung vor einem belgischen Militärstandesbeamten (insb. zu OLG Hamm v. 14.11.1985, IPRax 1987, S. 31)‹, IPRax 1987, S. 17-19

Ghorain, P.-Fr./ Themsche, Hélène van/ Bouckaert, Frans/ Burght, Denis van der. ›Belgien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 21-53, Würzburg, 1995

Jayme, Erik. ›Zum gesetzlichen Güterstand in einer deutsch-belgischen Ehe‹, IPRax 1981, S. 184

Könnecke, Berthold. ›Eheschließung von Polen vor einem katholischen Geistlichen in Belgien; Nichtigerklärung durch die katholische Kirche‹, StAZ 1989, S. 57-58

OLG Saarbrücken. Az. 9 UF 70/79 v. 10.12.80. ›EGBGB Art. 17; belg. Cc Artt. 229, 231, 299; belg. Cjud Artt. 1275, 1277. Beantragen bei einer gemischt-nationalen Ehe beide Ehegatten die Scheidung, so ist das Scheidungsstatut nicht einheitlich zu bestimmen; vielmehr ist jeder Antrag nach dem jeweiligen Heimatrecht zu beurteilen. Die auf das ausländische (hier: belgische) Heimatrecht des Ehemannes gestützte Widerklage der deutschen Ehefrau ist, wenn diese die Scheidung nach deutschem Recht verlangt, unzulässig. Das deutsche Gericht spricht bei der Anwendbarkeit belgischen Rechts die Scheidung aus, obwohl nach belgischem Recht die Wirksamkeit des Scheidungsurteils von der Eintragung des Urteilstenors in das belgische Standesregister abhängt, da sich insoweit das Scheidungsverfahren nach der deutschen lex fori richtet.‹, IPRspr. 1981 Nr. 70 = IPRax 1982, S. 160

Passau (Gutachten). ›EuEheGVVO Artt. 2 Abs. 1 lit. a 5. u. 6. Fall, 15 Abs. 1, 19; belg. Cc Artt. 15, 232 Abs. 1; belg. Code judiciaire Art. 638; belg. Gesetz vom 27.06.1960 über die Zulässigkeit der Ehescheidung, wenn mindestens einer der Ehegatten Ausländer ist Artt. 1, 2, 3; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 14, 17 Abs. 1 Satz 1. 1. Zur Scheidung nach belgischem Recht; versteckte Rückverweisung auf die lex fori im belgischen internationalen Scheidungsrecht. 2. Scheidungsvoraussetzungen nach belgischem Sachrecht.‹, IPG 2003-2004 Nr. 19

Pintens, Walter. ›Die Problematik des Versorgungsausgleichs im belgischen und niederländischen Familien-, Sozial- und Kollisionsrecht‹, in: Franz Zacher (Hrsg.), Der Versorgungsausgleich im int. Vergleich u. in d. zwischenstaatl. Praxis, Schriftenreihe f. int. u. vergl. Sozialrecht, Bd. 11, S. 587-603, Berlin, 1985

Pintens, Walter. ›Binationales Ehegüterrecht aus belgischer Sicht - Gestaltungsmöglichkeiten und Gefahren‹, IJVO 3 (1992/93), S. 1-17

Rigaux, François. ›Ehescheidung aus dem Alleinverschulden eines Ehegatten - Vorbehalt nach Art. 27 Anhang VIII des Status der Beamten der Europäischen Gemeinschaften - Fragen der Qualifikation (zu EuGH v. 5.2.1981, IPRax 1983, S. 289-292)‹, IPRax 1983, S. 276-278

Sauveplanne, Jean Georges. ›Kodizill und Kort Geding. Oder: Ungelöste Qualifikationsprobleme (zu EuGH v. 31.03.1982, IPRax 1983, S. 77)‹, IPRax 1983, S. 65-67

Schotten, Günther. ›Das internationale Privatrecht in der notariellen Praxis‹, München, 1995

Sieberichs, Wolf. ›Qualifikation der deutschen Lebenspartnerschaft als Ehe in Belgien‹, IPRax 2008, S. 277-278

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Budzikiewicz, Christine. ›Materielle Statuseinheit und kollisionsrechtliche Statusverbesserung. Zu der Rechtsstellung des ausserehelich geborenen Kindes unter Berücksichtigung der Folgen für das Kollisionsrecht der Legitimation‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 185; zugl. Diss. Köln 2006, Tübingen, 2006

DIV-Gutachten v. 06.03.1991, Az. LB 1. ›Belgien: Ehelichkeitsanfechtung bzw. ursprüngliche Nichtehelichkeit eines scheinehelichen Kindes, „maßgeblicher Vorgang" (Übergangsrecht) gem. Art. 220 EGBGB‹, ZfJ 1991, S. 272-273

DIV-Gutachten v. 22.06.1988, Az LB 1. ›Anerkennung eines Ehebruchkindes, Übergangsvorschriften der belgischen Familienrechtsreform‹, ZfJ 1988, S. 466

DIV-Gutachten v. 23.08.1991, Az. LB 2. ›Marokko/ Belgien: Status des Kindes aus einer belgisch/ marokkanischen Ehe, Anerkennung der Vaterschaft noch vor Anfechtung der Ehelichkeit (BGH in DAVorm. 1987, S. 359)‹, ZfJ 1991, S. 540-541

Eschbach, Sigrid. ›Die nichteheliche Kindschaft im Internationalen Privatrecht: Geltendes Recht und Reform‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 56; zugl. Diss. Hamburg 1996, Tübingen, 1997

Jayme, Erik/ Pintens, Walter. ›Deutsch-belgische Legitimationen‹, StAZ 1980, S. 5-8

LG Bonn. Az. 5 T 108/84 v. 16.10.84. ›Belg. Cc Art. 331 bis Abs. 4. Nach belgischem Legitimationsstatut treten die Wirkungen der Legitimation erst mit der Eintragung im belgischen Zivilstandsregister ein.‹, IPRspr. 1984 Nr. 106 = StAZ 1984, S. 344

Thümmel, Roderich C. ›Das internationale Privatrecht der nichtehelichen Kindschaft‹, Schriften zum internationalen Recht, Bd. 27; zugl. Diss. Tübingen 1981/82, Berlin, 1983

Voss, Karl Ulrich. ›Belgien: Kindschaft praeter und contra legem‹, IPRax 1986, S. 120-124

A.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Pintens, Walter/ Scherpe, Jens M. ›Gleichgeschlechtliche Ehen im belgischen internationalen Privatrecht‹, StAZ 2004, S. 290-292

Sieberichs, Wolf. ›Qualifikation der deutschen Lebenspartnerschaft als Ehe in Belgien‹, IPRax 2008, S. 277-278

A.IV.4. Erbrecht

BayObLG. Az. 1 Z BR 163/94 v. 26.10.95. ›Belg. Cc Artt. 102 ff., 147, 711, 893, 900, 913, 915, 1002 ff., 1009; EGBGB Artt. 25, 26; BGB § 2369. Die Erbfolge in bewegliches Vermögen richtet sich nach belg. IPR nach dem Recht des letzten Domizils. Der Erblasser kann nach belg. Recht über sein Vermögen durch Testament verfügen. Dem Bedachten können nur Vermächtnisse zugewandt werden. Wendet der Erblasser dem Bedachten sein gesamtes Vermögen zu, haftet dieser für Nachlaßschulden und dem Vermächtnis kommt dingliche Wirkung zu. In Uganda kann ein Testament maschinenschriftlich in Gegenwart von zwei Zeugen errichtet werden, die die eigenhändige Unterschrift des Erblassers beglaubigen.‹, RPfleger 1996, S. 199-203 = BayObLGZ 1995, S. 366-378 = IPRspr. 1995 Nr. 120

Erauw, Johan. ›Das neue „privilegium Belgicum" - Eine Überraschung im belgischen internationalen Erbrecht‹, IPRax 1982, S. 260-261

Flick, Hans/ Piltz, Detlev Jürgen (Hrsg.). ›Der Internationale Erbfall‹, 2. Aufl., München, 2008

Ghorain, P.-Fr./ Themsche, Hélène van/ Bouckaert, Frans/ Burght, Denis van der. ›Belgien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 21-53, Würzburg, 1995

Gottwald, Peter/ Stangl, Burkhard. ›Ausländische Wertpapierdepots im deutschen Nachlaß‹, ZEV 1997, S. 217-222

Heckel, Martin. ›Das Fiskuserbrecht im Internationalen Privatrecht: Eine rechtsvergleichende Untersuchung im Hinblick auf ein künftiges europäisches Erbkollisionsrecht‹, Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung, Bd. 2; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2005, Tübingen, 2006

Herweg, Cornelia. ›Die Vereinheitlichung des Internationalen Erbrechts im Europäischen Binnenmarkt‹, Deutsches, Europäisches und Vergleichendes Wirtschaftsrecht, Bd. 36; zugl. Diss. Konstanz 2003, Baden-Baden, 2004

Hustedt, Volker/ Sproten, Bernard. ›Erbrecht in Belgien‹, in: Rembert Süß/ Ulrich Haas (Hrsg.), Erbrecht in Europa, S. 263-320, Baden-Baden, 2004

OLG Köln. Az. 2 Wx 41/91 v. 24.02.94. ›Belg. Cc Artt. 3 Abs. 2, 102; franz. Cc Art. 3 Abs. 2; EGBGB Artt. 3 Abs. 3, 4 Abs. 1, 25; BGB §§ 1922, 1923. Das belg. IPR kennt die sog. Nachlaßspaltung. Es verweist hinsichtlich der Immobilien eines Erblassers auf das Recht des Belegenheitsstaates, im übrigen auf das Recht des Staates des gewöhnlichen Aufenthaltes. Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes ist dabei derjenige, an dem der Erblasser dauernden Aufenthalt hatte und der Daseinsmittelpunkt desselben war.‹, IPRax 1994, S. 376-377 = IPRspr. 1992 Nr. 158 = FamRZ 1992, S. 860-862

OLG Köln. Az. 2 Wx 49/85 v. 19.02.86. ›Haager Test.Übk. Art. 1. Nach belgischem Kollisionsrecht gilt der Grundsatz der Nachlaßspaltung auch für die testamentarische Erbfolge. Das vom Erblasser gewählte Recht wird jedoch bei der Auslegung des Testaments berücksichtigt.‹, NJW 1986, S. 2199-2200 = IPRspr. 1986 Nr. 110 = OLGZ 1986, S. 289 = RPfleger 1986, S. 224 = JMBl.NRW 1986, S. 188 = DNotZ 1986, S. 719

Pfundstein, Tobias. ›Pflichtteil und ordre public. Angehörigenschutz im internationalen Erbrecht‹, Münchener Universitätsschriften, Bd. 231; zugl. Diss. München 2009, München, 2010

Schlotter, Jochen Nikolaus. ›Erbrechtliche Probleme in der Société Privée Européenne. IPR-Harmonisierung im einheitlichen europäischen Rechtsraum‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 66; zugl. Diss. Heidelberg 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2002

Süß, Rembert. ›Neues internationales Erbrecht in Belgien: Einführung und Gesetzestext‹, ZErb 2006, S. 289-295

A.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Bieber, Ulrich/ Schmitt, Volker. ›Das Alterssicherungssystem Belgiens‹, DRV 2007, S. 462-480

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

A.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Pulkowski, Florian. ›Subunternehmer und Internationales Privatrecht - Der Subunternehmer als Quasi-Verbraucher im Europäischen Kollisionsrecht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 101; zugl. Diss. Heidelberg 2004, Frankfurt/ M. u.a., 2004

A.V.4. Gesellschaftsrecht

Passau (Gutachten). ›Belg. Cc Artt. 450, Abs. 3, 1596; Belg. Code de commerce Buch I, Titel IX, Artt. 54, 60, 63, 197. 1. Veräußert eine Gesellschaft ein Grundstück, so beurteilt sich die Vertretungsmacht eines für die Gesellschaft auftretenden Organs nicht nach dem Sachenrechtsstatut, sondern nach dem Gesellschaftsstatut. Dies gilt auch für die Frage eines etwaigen Selbstkontrahierungsverbots. 2. Zur organschaftlichen Vertretungsmacht bei belgischen Aktiengesellschaften. 3. Zum Selbstkontrahierungsverbot nach belgischem Recht.‹, IPG 1999 Nr. 3

A.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Bernhard, Peter. ›Das Internationale Privatrecht des unlauteren Wettbewerbs in den Mitgliedsstaaten der EG‹, Baden-Baden, 1994

A.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Merkt, Hanno. ›Investitionsschutz durch Stabilisierungsklauseln. Zur intertemporalen Rechtswahl in State Contracts‹, Abhandlungen zum Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 16; zugl. Diss. Münster 1988, Heidelberg, 1990

A.VI. Fragen des allgemeinen Teils, des interlokalen, des intertemporalen und des interpersonalen Rechts

DIV-Gutachten v. 22.06.1988, Az LB 1. ›Anerkennung eines Ehebruchkindes, Übergangsvorschriften der belgischen Familienrechtsreform‹, ZfJ 1988, S. 466

Fiedler, Patrick. ›Stabilisierungsklauseln und materielle Verweisung im Internationalen Vertragsrecht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 61; zugl. Diss. Heidelberg 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2002

Heeder, Oliver. ›Fraus legis. Eine rechtsvergleichende Untersuchung über den Vorbehalt der Gesetzesumgehung in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und Belgien unter besonderer Berücksichtigung des internationalen Privatrechts‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 44; zugl. Diss. Regensburg 1997, Frankfurt/ M. u.a., 1998

A.VII. Fallsammlungen

Houtte, Hans van. ›Das belgische Internationale Privatrecht - Übersicht der Jahre 1989-1995‹, IPRax 1997, S. 192-200

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Behrens, Peter. ›Belgien‹, in: Peter Behrens (Hrsg.), Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung im internationalen und europäischen Recht, S. 380-569, 2. Aufl., Berlin, New York, 1997

Blumenthal, Hannelore (Übers.). ›Gesetz über die zivilrechtlichen Aspekte des Schutzes von Rechten des geistigen Eigentums vom 9. Mai 2007‹, PMZ 2010, S. 308-312

Blumenthal, Hannelore (Übers.). ›Gesetz über die gerichtsverfahrensrechtlichen Aspekte des Schutzes von Rechten des geistigen Eigentums vom 10. Mai 2007‹, PMZ 2010. S. 313-318

Blumenthal, Hannelore (Übers.). ›Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie vom 11. März 1996 über den rechtlichen Schutz von Datenbanken in belgisches Recht vom 31. August 1998‹, PMZ 1999, S. 205-209

Fellmann, Walter/ Büren-von Moos, Gabrielle von. ›Grundriß der Produktehaftpflicht‹, Bern, 1993

Freyer, Helge. ›Belgien: Kartellrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 1764, Köln, Berlin, 1993

Freyer, Helge. ›EG-Produkthaftung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 0350, 2. Aufl., Köln, Berlin, 1992

Ghorain, P.-Fr./ Themsche, Hélène van/ Bouckaert, Frans/ Burght, Denis van der. ›Belgien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 21-53, Würzburg, 1995

Henrich, Dieter/ Schwab, Dieter (Hrsg.). ›Der Schutz der Familienwohnung in Europäischen Rechtsordnungen‹, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 2, Bielefeld, 1995

Hill-Arning, Susanne/ Hoffman, William C. ›Produkthaftung in Europa: EG-Produkthaftungsrichtlinie, nationale Produktionshaftungsgesetze, weitergeltendes Deliktsrecht, Verfahrensrecht und Kosten‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 46, Heidelberg, 1995

Kätker, Rüdiger (Übers.). ›Gesetz vom 23. Juni 1994 zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie vom 14. Mai 1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen in belgisches Recht‹, PMZ 1995, S. 237-238

Lewinski, Silke von (Übers.). ›Gesetz zur Umsetzung der europäischen Richtlinie vom 14. Mai 1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen in das belgische Recht‹, GRUR Int. 1995, S. 389-391

N.N. ›Einheitliches Benelux-Markengesetz‹, GRUR Int. 1997, S. 29-36

N.N. ›Belgien: Gesetz vom 14. Juli 1991 über die Handelspraktiken und die Informationen und den Schutz des Verbrauchers‹, GRUR Int. 1992, S. 623-638

N.N. ›Gesetz betreffend den Rechtsschutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen vom 10. Januar 1990‹, PMZ 1990, S. 418-420

N.N. ›Königlicher Erlaß vom 2.12.1986 über die Anmeldung, Erteilung und Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten‹, PMZ 1988, S. 118-123

Pintens, Walter. ›Belgien: Neues Staatsangehörigkeitsrecht‹, StAZ 1985, S. 224-228

S.v.L. (Übers.). ›Belgien: Gesetz über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte vom 30. Juni 1994, in der Fassung vom 3. April 1995‹, GRUR Int. 1996, S. 233-243

Schennen, Detlef (Übers.). ›Übereinkunft der Benelux-Staaten zur Änderung des einheitlichen Benelux-Markengesetzes‹, PMZ 1994, S. 450-454

B.I.3.a. Ratifikation

Piltz, Burghard. ›Die Rechtsprechung zum Haager Einheitlichen Kaufrecht‹, RIW/AWD 1986, S. 167-172

Schlechtriem, Peter/ Magnus, Ulrich. ›Internationale Rechtsprechung zu EKG und EAG, Eine Sammlung belgischer, deutscher, italienischer, israelischer und niederländischer Entscheidungen zu den Haager Einheitlichen Kaufgesetzen‹, Baden-Baden, 1987

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Bierwagen, Rainer M. ›Zur Lage der ausländischen Anwälte in Brüssel nach Umsetzung der Niederlassungsrichtlinie in Belgien‹, BRAK-Mitteilungen 2002, S. 157-162

Convent, Frederic. ›Das Zivil- und Handelsrecht Belgiens in der Rechtsliteratur‹, ZEuP 2000, S. 733-740

Heeder, Oliver. ›Fraus legis. Eine rechtsvergleichende Untersuchung über den Vorbehalt der Gesetzesumgehung in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und Belgien unter besonderer Berücksichtigung des internationalen Privatrechts‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 44; zugl. Diss. Regensburg 1997, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Henkes; André. ›Das Richterbild in Belgien - Konvergenzen zum deutschen Richterbild‹, DRiZ 1995, S. 335-344

Hummer, Waldemar (Hrsg.). ›Neueste Entwicklungen im Zusammenspiel von Europarecht und nationalem Recht der Mitgliedstaaten. Ein Handbuch für Theorie und Praxis‹, Wien, 2010

Lazarus, Marc. ›Handbuch belgisches Recht: Leitfaden für wichtige Alltagsfragen‹, 2. Aufl., Eupen, 2008

Pintens, Walter. ›Menschenrechte und Zivilrecht - Kindschaftsrecht in Belgien und in den Niederlanden‹, in: Hans-Leo Weyers (Hrsg.), Menschenrechte und Zivilrecht, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 192, S. 63-77, Baden-Baden, 1999

Storme, Matthias. ›Verjährung und Verfassung. Belgische Erfahrungen‹, in: Oliver Remien (Hrsg.), Verjährungsrecht in Europa, S. 143-176, Tübingen, 2011

B.III.1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Bar, Christian von. ›Die Überwindung der Lehre von den Quasiverträgen in den Privatrechten der Europäischen Union‹, in: FS Hans Stoll (2001), S. 93-112, Tübingen, 2001

Hadding, Walther/ Schneider, Uwe H. (Hrsg.). ›Die Vertretung verselbständigter Rechtsträger in europäischen Ländern‹, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Bd. 142, Berlin, 2002

Hadding, Walther/ Schneider, Uwe H. (Hrsg.). ›Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung in der Bundesrepublik Deutschland und in ausländischen Rechtsordnungen - Beiträge zu den Wirksamkeitsvoraussetzungen einer Forderungsabtretung in Belgien, der BRD, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Japan, d. Niederlanden, Österreich, Schweiz, Spanien und USA‹, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Bd. 47, Berlin, 1986

Kocks, Christoph. ›Belgien: Recht für Handwerker‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 9135, Köln, 2001

Lerche, Holger. ›Konkurrenz von Einheitsrecht und nationalem Privatrecht - Perspektiven für ein Europäisches Zivilgesetzbuch‹, Studien zum Internationalen Privat- und Zivilprozessrecht sowie zum UN-Kaufrecht, Bd. 21; zugl. Diss. Bielefeld 2006, Hamburg, 2007

Noda, Ryuichi. ›Die Risikoverteilung bei einer fehlerhaften Übermittlung von Willenserklärungen durch Telegraphen - Ein Vergleich des europäischen, US-amerikanischen und japanischen Rechts im 19. Jahrhundert‹, in: Rolf Knütel/ Shigeo Nishimura (Hrsg.), Hundert Jahre Japanisches Zivilgesetzbuch, Schriftenreihe Japanisches Recht, Bd. 38, S. 247-281, Köln, 2004

B.III.2.a. Vertragsrecht

Amsberg, York-Gero von. ›Anspruchskonkurrenz, Cumul und Samenloop. Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Konkurrenz von Ersatzansprüchen aus Vertrag und Delikt im belgischen, niederländischen und deutschen Recht und ihrer Funktion in der Rechtssprechung‹, Europäische Hochschul-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

schriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1531; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Bernstorff, Christoph Graf von. ›Die Forderungsabtretung in den EU-Staaten‹, RIW/AWD 1994, S. 542-547

Bischof, Pirmin. ›Produkthaftung und Vertrag in der EU. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten (Freizeichnungs-, Rechtswahl- und Gerichtsstandsklauseln) im Produkthaftungsrecht der Europäischen Union‹, Schriften zum Europarecht, Bd. 13; zugl. Diss. Bern 1993, Bern, Zürich, 1994

Calme, Sandie. ›Gefahrübergang beim Kaufvertrag und Eigentumsvorbehalt im belgischen und luxemburgischen Recht‹, VersRAI 2010, S. 45-48

Christian, Brawenz. ›Die Prospekthaftung nach allgemeinem Zivilrecht‹, Diskussionsreihe Bank & Börse, Bd. 1; zugl. Diss. Wien 1991, Wien, 1991

Fiedler, Patrick. ›Stabilisierungsklauseln und materielle Verweisung im Internationalen Vertragsrecht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 61; zugl. Diss. Heidelberg 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2002

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 20‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Fischer, Gerfried/ Lilie, Hans. ›Ärztliche Verantwortung im europäischen Rechtsvergleich‹, Hallesche Schriften zum Recht, Bd. 7, Köln u.a., 1999

Foriers, Paul Alain. ›Wirksamkeitsvoraussetzungen für Forderungsabtretungen, insbesondere zu Sicherungszwecken, in Belgien‹, in: Walther Hadding/ Uwe Schneider (Hrsg.), Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Bd. 47, S. 9-48, Berlin, 1986

Foriers, Paul Alain/ Grégoire, Michèle. ›Die Forderungsabtretung, insbesondere zu Sicherungszwecken, im belgischen Recht‹, in: Walther Hadding/ Uwe H. Schneider (Hrsg.), Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, in ausländischen Rechtsordnungen, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Schriften des Instituts für deutsches und internationales Recht der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Bd. 120, S. 135-155, Berlin, 1999

Franck, Christiaan. ›Die Abtretung und Verpfändung von Forderungen in Belgien nach dem Gesetz vom 6. Juli 1994‹, RIW/AWD 1995, S. 598-599

Freyer, Helge. ›Verjährung im Ausland. EU-Staaten, Norwegen, Schweiz‹, 2. Aufl., Witten, 2003

Ghorain, P.-Fr./ Themsche, Hélène van/ Bouckaert, Frans/ Burght, Denis van der. ›Belgien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 21-53, Würzburg, 1995

Glineur, Pol. ›Belgien‹, in: Hanns Ullrich/ Eberhard Körner (Hrsg.), Der internationale Softwarevertrag, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 47; S. 409-433, Heidelberg, 1995

Graziano, Thomas Kadner. ›„Alles oder nichts" oder anteilige Haftung bei Verursachungszweifeln? Zur Haftung für perte d'une chance/loss of a chance und eine Alternative. Zugleich Anmerkungen zu den Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts vom 13. Juni 2007, des belgischen Hof van Cassatie vom 5. Juni 2008, des Supreme Judicial Court of Massachusetts vom 28. Juli 2008 und des High Court of Australia vom 21. April 2010‹, ZEuP 2010, S. 171-200

Hamburg (Gutachten). ›Belg. Cc Artt. 1290, 1291, 1298; belg. Code de commerce Art. 444; belg. Konkursgesetz 1997 Artt. 16, 17. 1. Zu den Formen der Aufrechnung im belgischen Recht. 2. Voraussetzungen der Aufrechnung nach Eröffnung des Konkursverfahrens; insbesondere zum Begriff der Konnexität und zur Frage, wann diese bei Forderungen aus formell verschiedenen Verträgen bestehen kann.‹, IPG 2000/2001 Nr. 45

Hamburg (Gutachten). v. 22.08.85. ›Belg. Cc Artt. 1144 ff., 1184. Rechte des Bestellers vor und nach Abnahme des Werkes.‹, IPG 1985-1986 Nr. 4

Hamburg (Gutachten). v. 26.01.81. ›1. Schuldstatut nach belgischem IPR. 2. Wirksamwerden von fremdsprachigen allgemeinen Geschäftsbedingungen im belgischen Recht.‹, IPG 1980-81 Nr. 3

Hanotiau, Bernard/ Lefebvre, Paul. ›Vertriebsrecht in Belgien‹, in: Michael Martinek/ Franz-Jörg Semler/ Stefan Habermeier (Hrsg.), Handbuch des Vertriebsrechts, S. 1209-1224, 2. Aufl., München, 2003

Hecke, Georges A. van. ›Die Haftung des Kreditgebers nach belgischem Recht‹, ZfRV 27 (1986), S. 81-86

Herfurth, Ulrich. ›Geschäftspraxis in Europa. Rechtsgrundlagen für unternehmerisches Handeln‹, Unternehmenspraxis in der EU, Bd. 7, Bonn, 1997

Hoffmann, Elisabeth. ›Die Haftung des Kreditgebers nach belgischem Recht‹, WM 1986, S. 1073-1076

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Hofmann, Christian. ›Das Haftungsregime für Kartenzahlungssysteme im europäischen Rechtsvergleich - Eine Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund des Vorschlags für eine Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt‹, ZVglRWiss 106 (2007), S. 174-202

Hök, Götz-Sebastian. ›Handbuch des internationalen und ausländischen Baurechts‹, Berlin, 2005

Jacobs, Constanze. ›Die Sachmängelgewährleistung im deutschen und belgischen Kaufrecht nach Umsetzung der Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie‹, Studien zum Vergleichenden und Internationalen Recht, Bd. 128; zugl. Diss. Köln 2005, Frankfurt/ M. u.a., 2006

Jacobs, Constanze. ›Die Sachmängelgewähr im deutschen und belgischen Kaufrecht nach Umsetzung der Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 128; zugl. Diss. Köln 2005, Frankfurt/ M. u.a., 2006

Kampf, Achim. ›Belgien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10442, Köln, 2004

Kämpf, Hanno M. ›Gewährleistung und Verbraucherschutz. Europa auf dem Weg zu einem einheitlichen Zivilrecht‹, zugl. Diss. Gießen 2006, Baden-Baden, 2007

Kieninger, Eva-Maria/ Storme, Matthias E. ›Das neue belgische Recht des Eigentumsvorbehalts‹, RIW/AWD 1999, S. 94-105

Kocks, Christoph. ›Belgien: Produkthaftungs- und Gewährleistungsrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 9711, Köln, 2003

Köln (Gutachten). ›Belg. Cc Artt. 2244, 2247, 2262, 2262bis, 2277; belg. Gesetz vom 10. Juni 1998 Artt. 5, 10. 1. Zur Anwendbarkeit der lex causae auf die Urteilsverjährung. 2. Zur Verjährung rechtskräftig festgestellter Ansprüche, insbesondere tenorierter Zinsen nach belgischem Recht. 3. Intertemporaler Anwendungsbereich der zehnjährigen Verjährungsfrist des durch das Gesetz vom 10.6.1998 eingefügten Art. 2262bis Abs. 1 S. 1 Cc belge. 4. Zur Verjährung von Zinsen, die nach der Urteilsverkündung fällig werden. 5. Verjährungsunterbrechung durch im Ausland gestellten Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel.‹, IPG 2000/2001 Nr. 4

Köln (Gutachten). v. 19.06.87. ›Belg. Cc Artt. 1659, 2071. 1. Zur Bestellung eines Mobiliarpfandrechts. 2. Der Kauf mit Wiederkaufsvorbehalt.‹, IPG 1987-1988 Nr. 22

Köln (Gutachten). v. 26.03.87. ›Belg. Cc Artt. 1108 ff.; 1984 ff.; 1382. 1. Rechtsfolgen der Verschmelzung von Aktiengesellschaften. 2. Nichtigkeit eines Vertrages bei Irrtum über die Person. 3. Grund und Umfang der Haftung des Spediteurs nach Ausbleiben der Lieferung. 4. Anspruch auf Zahlung von Fautfracht nach englischem Recht.‹, IPG 1987-1988 Nr. 18

Lohse, Martin. ›Das Verhältnis von Vertrag und Delikt. Eine rechtsvergleichende Studie zur vertragsautonomen Auslegung von Art. 5 Nr. 1 und Art. 5 Nr. 3 GVÜ‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 291; zugl. Diss München 1990, München, 1991

Lurger, Brigitta. ›Grundfragen der Vereinheitlichung des Vertragsrechts in der Europäischen Union‹, Wien u.a., 2002

Lutter, Marcus. ›Der Letter of Intent. Zur rechtlichen Bedeutung von Absichtserklärungen‹, Köln u.a., 1982

Magnus, Ulrich. ›Europäische Kaufrechtsvereinheitlichung‹, RabelsZ 45 (1981), S. 144-168

Mäsch, Gerald. ›Chance und Schaden. Zur Dienstleisterhaftung bei unaufklärbaren Kausalverläufen‹, Jus Privatum, Beiträge zum Privatrecht, Bd. 92, Tübingen, 2004

Micklitz, Hans-W. ›Divergente Ausgangsbedingungen des Verbraucherrechts in Ost und West‹, in: Hans-W. Micklitz (Hrsg.), Rechtseinheit oder Rechtsvielfalt in Europa? Rolle und Funktionen des Verbraucherrechts in der EG und in den MOE-Staaten, Schriftenreihe der Vereinigten Institute für europäisches Wirtschafts- und Verbraucherrecht e.V., Bd. 1, S. 3-22, Baden-Baden, 1996

OLG Düsseldorf. Az. 3 W 434/98 v. 28.06.00. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 36, 46, 47; Belg. Cc Artt. 2244, 2262; BGB § 242. Bereits titulierte Zinsen verjähren gem. Art. 2262 belg. Cc innerhalb von 10 Jahren. Diese Frist beginnt 10 Tage nach Verkündung des Gesetzes zu laufen und darf 30 Jahre nicht überschreiten. Die Verjährung kann gem. Art. 2244 belg. Cc durch Antrag auf Erteilung einer Vollstreckungsklausel unterbrochen werden.‹, IPRspr. 2000 Nr. 153 = RIW/ AWD 2001, S. 303

OLG Koblenz. Az. 6 U 1441/92 v. 19.10.95. ›EuGVÜ Artt. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1; EGBGB Artt. 27 ff., 33 Abs. 2, 37 Nr. 3, 220 Abs. 1; BGB § 396. Nach belg. Recht bedarf die für sich formfreie Forderungsabtretung zur ihrer Rechtswirksamkeit gegenüber dem Schuldner und Dritten der Annahme (acceptation) der Abtretung durch den Schuldner und zwar entweder durch öffentliche Urkunde (acte authentique) oder durch Zustellung der Abtretung (signification) durch den Gerichtsvollzieher. Die Aktiengesellschatt belg. Rechts wird durch einen mehrköpfigen Verwaltungsrat als Kollektivorgan gesetzlich vertreten. Jedoch kann zusätzlich ein abgeordneter Verwalter mit dem Recht der Alleinvertretung bestellt werden. Nach belg. Recht ist der abgeordnete Verwalter, der mehrere Aktiengesellschaften vertritt, im Falle entgegengesetzter Interessen zur Doppelvertretung nicht befugt.‹, IPRspr. 1995 Nr. 34

OLG Köln. Az. 27 U 99/95 v. 15.05.96. ›Belg. Cc Artt. 1139, 1650; belg. C.com. Art. 25; EuGVÜ Artt. 18 ff.; EGBGB Artt. 28 Abs. 1, 31, 32. Nach belg. Recht kann die Annahme eines Vertragsangebotes konkludent erfolgen. Dies gilt insbesondere im kaufmännischen Geschäftsverkehr.‹, RIW/AWD 1996, S. 778-779

Passau (Gutachten). ›Belg. Cc Artt. 450, Abs. 3, 1596; Belg. Code de commerce Buch I, Titel IX, Artt.

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

54, 60, 63, 197. 1. Veräußert eine Gesellschaft ein Grundstück, so beurteilt sich die Vertretungsmacht eines für die Gesellschaft auftretenden Organs nicht nach dem Sachenrechtsstatut, sondern nach dem Gesellschaftsstatut. Dies gilt auch für die Frage eines etwaigen Selbstkontrahierungsverbots. 2. Zur organschaftlichen Vertretungsmacht bei belgischen Aktiengesellschaften. 3. Zum Selbstkontrahierungsverbot nach belgischem Recht.‹, IPG 1999 Nr. 3

Philippe, Denis/ Herring, Rod Alexander. ›Vertragsanpassungs- und Härteklauseln in Langzeitverträgen - belgisches Recht im internationalen Vergleich‹, RIW/AWD 2001, S. 270-273

Ranieri, Filippo. ›Europäisches Obligationenrecht‹, 2. Aufl., Wien, New York, 2003

Rauscher, Thomas. ›Verpflichtung und Erfüllungsort in Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ unter besonderer Berücksichtigung des Vertragshändlervertrages‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 41; zugl. Diss. München 1983, München, 1984

Ruland, Yorick M. ›Die Causa der Obligation: rechtshistorische und rechtsvergleichende Perspektive nach Einführung des Nieuw Burgerlijk Wetboek in den Niederlanden‹, Beiträge zur Neueren Privatrechtsgeschichte, Bd. 13; zugl. Diss. Augsburg 2002/ 2003, Köln u.a., 2004

Ruthig, Josef. ›Vollmacht und Rechtsschein im IPR‹, Mannheimer rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 20; zugl. Diss. Mannheim 1996, Heidelberg, 1996

Salger, Hanns-Christian (Hrsg.). ›Handbuch der europäischen Rechts- und Wirtschaftspraxis‹, Herne, Berlin, 1996

Schack, Haimo. ›Der Erfüllungsort im deutschen, ausländischen und Internationalen Privat- und Zivilprozeßrecht‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 124, Frankfurt/ M., 1985

Schwartze, Andreas. ›Europäische Sachmängelgewährleistung beim Warenkauf. Optionale Rechtsangleichung auf der Grundlage eines funktionalen Rechtsvergleichs‹, Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 68, Tübingen, 2000

Theisinger, Kurt/ Heyerick, Marc. ›Neues Landpachtrecht in Belgien‹, AgrarR 1990, S. 311-313

Vahle, Oliver. ›Erwachsenenschutz im belgischen und deutschen Recht. Zugleich ein Beitrag zum Verständnis des Art. 24 EGBGB‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3168; zugl. Diss. Heidelberg 2000, Frankfurt/ M. u.a., 2001

Walter, Christoph von. ›Die Konkurrenz vertraglicher und deliktischer Schadensersatznormen im deutschen, ausländischen und internationalen Privatrecht‹, Diss. Regensburg 1977

Weber, Michael. ›Produkthaftung im belgischen Recht‹, Schriftenreihe Verbraucherschutz, Produktsicherheit, Umweltschutz, Bd. 7; zugl. Diss. Hannover 1996, Karlsruhe, 1998

Weber, Michael. ›Entlastungsbeweis der „unvermeidbaren Unkenntnis" im vertraglichen und deliktischen Produkthaftungsrecht‹, PHi 1994, S. 225-227

Westphalen, Friedrich Graf von. ›Handbuch des Kaufvertragsrechts in den EG-Staaten einschl. Österreich, Schweiz und UN-Kaufrecht‹, Köln, 1992

B.III.2.b. Deliktsrecht

Amsberg, York-Gero von. ›Anspruchskonkurrenz, Cumul und Samenloop. Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Konkurrenz von Ersatzansprüchen aus Vertrag und Delikt im belgischen, niederländischen und deutschen Recht und ihrer Funktion in der Rechtssprechung‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1531; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Bar, Christian von. ›Schmerzensgeld in Europa‹, in: FS Erwin Deutsch (1999), S. 27-44, Köln u.a., 1999

Bar, Christian von. ›Der Einfluß des Verfassungsrechts auf die westeuropäischen Deliktsrechte‹, RabelsZ 59 (1995), S. 203-228

Bar, Christian von. ›Die Billigkeitshaftung in den kontinentalen Rechten der Europäischen Union‹, in: FS Egon Lorenz (1994), S. 73-93, Karlsruhe, 1994

Bar, Christian von. ›Gemeineuropäisches Deliktsrecht, Erster Band: Die Kernbereiche des Deliktsrechts, seine Angleichung in Europa und seine Einbettung in die Gesamtrechtsordnungen‹, München, 1996

Bar, Christian von. ›Die Haftung von Nebentätern, Teilnehmern und Beteiligten in den kontinentalen Deliktsrechten der Europäischen Union‹, in: FS Hideo Nakamura (1996), S. 17-40, Tokyo, 1996

Beysen, Erwin. ›Der privatrechtliche Schutz des Softwareherstellers vor Programmpiraterie. Eine Untersuchung der Rechtsgrundlagen nach deutschem, französischem und belgischem Recht‹, Studien zur Rechtswissenschaft, Bd. 135; zugl. Diss. Osnabrück 2003, Hamburg, 2003

Beysen, Erwin. ›Der Wegfall von Einkünften aus Schwarzarbeit: ein ersatzfähiger Schaden im Sinne des französischen und des belgischen Deliktsrechts?‹, VersRAI 2004, S. 41-48

Beysen, Erwin. ›Neue Entwicklungen in der belgischen höchstrichterlichen Rechtsprechung zur deliktischen Äquivalenztheorie‹, VersRAI 2004, S. 10-15

Bischof, Pirmin. ›Produkthaftung und Vertrag in der EU. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten (Freizeichnungs-, Rechtswahl- und Gerichtsstandsklauseln) im Produkthaftungsrecht der Europäischen Union‹, Schriften zum Europarecht, Bd. 13; zugl. Diss. Bern 1993, Bern, Zürich, 1994

Burst, Silke. ›Pönale Momente im ausländischen Privatrecht und deutscher ordre public‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1576; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Deruyck, Filiep. ›Verbandsdelikt und Verbandssanktion: Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach belgischem und deutschem Recht‹, zugl. Diss. Gießen 1990

Fischer, Gerfried/ Lilie, Hans. ›Ärztliche Verantwortung im europäischen Rechtsvergleich‹, Hallesche Schriften zum Recht, Bd. 7, Köln u.a., 1999

Fontaine, Marcel. ›Die Staatshaftung im belgischen Recht‹, in: 25 Jahre Karlsruher Forum (1983), S. 23-25

Fredericq, Simon. ›Vorschlag einer Dienstleistungsrichtlinie: Überlegungen zur Sondersituation des medizinischen Bereichs aus Sicht des belgischen und französischen Rechts‹, in: Erwin Deutsch/ Jochen Taupitz (Hrsg.), Haftung der Dienstleistungsberufe, S. 81-92, Heidelberg, 1993

Freyer, Helge. ›EG-Produkthaftung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 0350, 2. Aufl., Köln, Berlin, 1992

Godt, Christine. ›Haftung für Ökologische Schäden. Verantwortung für Beeinträchtigungen des Allgemeingutes Umwelt durch individualisierbare Verletzungshandlungen‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 189; zugl. Diss. Bremen 1995, Berlin, 1997

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungsmöglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

Hacks, Susanne/ Ring, Ameli/ Böhm, Peter. ›Schmerzensgeld-Beträge: über 1100 Urteile zur Höhe des Schmerzensgeldes mit den neuesten Entscheidungen deutscher und ausländischer Gerichte‹, 15. Aufl., München, 1991

Hartmann, Rainer. ›Schadensersatzansprüche bei Sachschäden aus Kraftfahrzeugunfällen und ihre Regulierung im französischen und belgischen Recht‹, Diss. Frankfurt/ M. 1972

Hein, Jan von. ›Rechtswahlfreiheit im Internationalen Deliktsrecht‹, RabelsZ 64 (2000), S. 595-613

Hering, Manfred. ›Der Verkehrsunfall in Europa‹, Karlsruhe, 1989

Hill-Arning, Susanne/ Hoffman, William C. ›Produkthaftung in Europa: EG-Produkthaftungsrichtlinie, nationale Produktionshaftungsgesetze, weitergeltendes Deliktsrecht, Verfahrensrecht und Kosten‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 46, Heidelberg, 1995

Kocks, Christoph. ›Das belgische Verbrauchersicherheitsgesetz‹, PHi 1998, S. 178-183

Kocks, Christoph. ›Belgien: Produkthaftungs- und Gewährleistungsrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 9711, Köln, 2003

Kocks, Christoph. ›Grundzüge des belgischen Produkthaftungs- und Gewährleistungsrechts‹, PHi 1990, S. 182-196

Köln (Gutachten). v. 13.04.81. ›Belg. Cc Artt. 1384, 2262. 1. Die Haftung des Unternehmers für den durch seine Ange- stellten verursachten Schaden. 2. Entschädigung für Nutzungsausfall eines PkW. 3. Anspruch auf Ersatz für merkantilen Minderwert. 4. Zum Sachverständigengutachten aufgrund des belgischen RDR-Systems.‹, IPG 1980-81 Nr. 7

Lemor, Ulf D. ›Haftungsrecht und Schadenregulierung in Belgien‹, SVR 2009, S. 55-58

Lentz, Ralph. ›Straßenverkehrsangelegenheiten in Belgien‹, DAR 2003, S. 347-356

Lohse, Martin. ›Das Verhältnis von Vertrag und Delikt. Eine rechtsvergleichende Studie zur vertragsautonomen Auslegung von Art. 5 Nr. 1 und Art. 5 Nr. 3 GVÜ‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 291; zugl. Diss München 1990, München, 1991

Mäsch, Gerald. ›Chance und Schaden. Zur Dienstleisterhaftung bei unaufklärbaren Kausalverläufen‹, Jus Privatum, Beiträge zum Privatrecht, Bd. 92, Tübingen, 2004

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Band 2: West-Europa‹, 5. Aufl., Bonn, 2007

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Nölle, Jens-Uwe. ›Die Eigenhaftung des GmbH-Geschäftsführers für Organisationspflichtverletzungen‹, zugl. Diss. Bremen 1995, Regensburg, 1995

OLG Köln. Az. 3 U 75/89 v. 08.03.94. ›Belg. BGB Art. 1382; EGBGB Artt. 14, 19, 38; BGB §§ 823, 847. Nach belgischem Recht muß der Schädiger den Eltern des bei einem Verkehrsunfall getöteten Kindes dafür Ersatz leisten, daß das Kind im Hause und im landwirtschaftlichen Betrieb seiner Eltern nicht mehr mitarbeiten kann und deshalb eine zu bezahlende Ersatzkraft eingestellt werden muß. Nach der belgischen Rechtsprechung stellt auch der Verlust künftiger Vorteile einen ersatzpflichtigen Schaden dar, der von den durch den Verlust des Rechtes auf Unterhalt mittelbar geschädigten Eltern eines getöteten Kindes geltend gemacht werden kann.‹, FamRZ 1995, S.

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

1200-1202 = IPRspr. 1994 Nr. 47 = NZV 1995, S. 448-449

Posch, Willibald. ›Produkthaftung - Zum Stand der Vereinheitlichungsbestrebungen in den Europäischen Gemeinschaften und im Europarat‹, in: Peter Borer u.a. (Hrsg.), Produktehaftung Schweiz - Europa - USA; Schweizerische Beiträge zum Europarecht, Bd. 29, S. 75-110, Bern, 1986

Prévault, Jaques. ›Zwangsvollstreckung in den Staaten der Europäischen Union‹, in: FS Erwin Deutsch (1999), S. 987-994, Köln u.a., 1999

Rambach, Peter H. M. ›Die deliktische Haftung Minderjähriger und ihrer Eltern im französischen, belgischen und deutschen Deliktsrecht‹, zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1993/94, Antwerpen, 1994

Salger, Hanns-Christian (Hrsg.). ›Handbuch der europäischen Rechts- und Wirtschaftspraxis‹, Herne, Berlin, 1996

Schirmer, Helmut. ›Referat III‹, in: Fachgespräch ADAC/ HUK-Verband; Ungleicher Schadenersatz für Verkehrsopfer in Europa?, S. 24-37

Schwarz, Gilbert. ›Unfallregulierung im Europäischen Ausland‹, NJW 1991, S. 2058-2069

Walter, Christoph von. ›Die Konkurrenz vertraglicher und deliktischer Schadensersatznormen im deutschen, ausländischen und internationalen Privatrecht‹, Diss. Regensburg 1977

Weber, Michael. ›Produkthaftung im belgischen Recht‹, Schriftenreihe Verbraucherschutz, Produktsicherheit, Umweltschutz, Bd. 7; zugl. Diss. Hannover 1996, Karlsruhe, 1998

Weber, Michael. ›Entlastungsbeweis der „unvermeidbaren Unkenntnis" im vertraglichen und deliktischen Produkthaftungsrecht‹, PHi 1994, S. 225-227

Wezel, Wolfdietrich. ›Referat I‹, in: Fachgespräch ADAC/ HUK-Verband; Ungleicher Schadenersatz für Verkehrsopfer in Europa?, S. 1-12

Wiesener, Jan Nils Patrick. ›Der Gegendarstellungsanspruch im deutschen internationalen Privat- und Verfahrensrecht. Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der internationalverfahrensrechtlichen und kollisionsrechtlichen Behandlung der übrigen Ansprüche gegen Eingriffe durch Massenmedien‹, zugl. Diss. Bayreuth 1998, Berlin, 1999

B.III.2.c. Sonstige gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag; ungerechtfertigte Bereicherung)

Bar, Christian von. ›Geschäftsbesorgung im Sinne des Rechts der Geschäftsführung ohne Auftrag‹, in: FS Peter Schlechtriem (2003), S. 699-719, Tübingen, 2003

B.III.3. Sachenrecht

Bar, Christian von (Hrsg.). ›Sachenrecht in Europa. Systematische Einführungen und Gesetzestexte, Bd. 4‹, Osnabrück, 2001

Bernstorff, Christoph Graf von. ›Das Hypothekenrecht in den EU-Staaten‹, RIW/AWD 1997, S. 181-188

Bernstorff, Christoph Graf von. ›Der Eigentumsvorbehalt in den EG-Staaten‹, RIW/AWD 1993, S. 365-372

Boehringer, Walter. ›Das deutsche Grundbuchsystem im internationalen Vergleich‹, BWNotZ 1987, S. 25-28

Bonomi, Andrea. ›Der Eigentumsvorbehalt in Österreich und Italien unter Berücksichtigung anderer europäischer Rechtssysteme. Eine rechtsvergleichende und kollisionsrechtliche Untersuchung‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 63; zugl. Diss. Innsbruck 1990, Berlin, 1993

Bucher, Eugen. ›Die Eigentums-Translativwirkung von Schuldverträgen: Das „Woher" und „Wohin" dieses Modells des Code civil‹, ZEuP 1998, S. 615-669

Callewaert, Johan. ›Zum Recht der Besitzlosen Mobiliarsicherheiten in Belgien: Eigentumsvorbehalt und Auflösungsklausel‹, RIW/AWD 1989, S. 683-686

Drobnig, Ulrich. ›Die Verwertung von Mobiliarsicherheiten in einigen Ländern der Europäischen Union‹, RabelsZ 60 (1996), S. 40-57

Ghorain, P.-Fr./ Themsche, Hélène van/ Bouckaert, Frans/ Burght, Denis van der. ›Belgien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 21-53, Würzburg, 1995

Hamburg (Gutachten). v. 01.07.80. ›Belg. Cc Artt. 711, 1583; C.com. Artt. 8, 272. 1. Das Sachenstatut von Motorschiffen nach belgischem Recht, insbesondere zur Möglichkeit eines Statutenwechsels. 2. Eigentumserwerb an Motorschiffen nach belgischem Recht.‹, IPG 1980-81 Nr. 20

Hök, Götz-Sebastian. ›Handbuch des internationalen und ausländischen Baurechts‹, Berlin, 2005

Kampf, Achim. ›Belgien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10442, Köln, 2004

Kieninger, Eva-Maria. ›Mobiliarsicherheiten im Europäischen Binnenmarkt. Zum Einfluß der Warenverkehrsfreiheit auf das nationale und internationale Sachenrecht der Mitgliedsstaaten‹, Europäisches Privatrecht, Bd. 1; zugl. Diss. Berlin 1995, Baden-Baden, 1996

Kieninger, Eva-Maria/ Storme, Matthias E. ›Das neue belgische Recht des Eigentumsvorbehalts‹, RIW/AWD 1999, S. 94-105

Kocks, Christoph. ›Immobilienrecht in Europa: Belgien‹, in: Susanne Frank/ Thomas Wachter (Hrsg.), Handbuch Immobilienrecht in Europa: Zivil- und steuerrechtliche Aspekte des Erwerbs, der Veräußerung und der Vererbung von Immobilien, S. 11-83, Heidelberg, 2004

Kocks, Christoph. ›Novellierung des flämischen Bodensanierungsrechts‹, PHi 2001, S. 24-30

Kocks, Christoph. ›Das neue flämische Bodensanierungsrecht‹, PHi 1995, S. 220-225

Köln (Gutachten). v. 19.06.87. ›Belg. Cc Artt. 1659, 2071. 1. Zur Bestellung eines Mobiliarpfandrechts. 2. Der Kauf mit Wiederkaufsvorbehalt.‹, IPG 1987-1988 Nr. 22

Kreimer, Rolf. ›Die geschichtliche Entwicklung des Hypothekenrechts in Belgien‹, Münsteraner Schriften zur Rechtsvergleichung; Bd. 46; zugl. Diss. Münster 1998, Münster, 1999

Mangold, Werner. ›Die Abtretung im europäischen Kollisionsrecht: unter besonderer Berücksichtigung des spanischen Rechts‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 62; zugl. Diss. Heidelberg 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2001

OLG Köln. Az. 11 U 190/87 v. 17.08.88. ›GVG § 184; ZPO § 527; BGB § 1006; belg. Cc Artt. 711, 938, 1315 Abs. 1, 1350 Nr. 2, 1889, 2279 Abs. 1, 2230. Zur Beweislast bei der Vermutung des Eigentums des mittelbaren Besitzers an Mobilien.‹, IPRax 1990, S. 46-47 = IPRspr. 1988 Nr. 57

Salger, Hanns-Christian (Hrsg.). ›Handbuch der europäischen Rechts- und Wirtschaftspraxis‹, Herne, Berlin, 1996

Schober, Bernd G. ›Die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer im französischen Recht. Eine Untersuchung des französischen Rechts mit rechtsvergleichenden Hinweisen zum belgischen, deutschen, schweizerischen, englischen und angloamerikanischen Recht‹, Hamburg, 1986

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

B.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Pintens, Walter. ›Entwicklungen im belgischen Familien- und Erbrecht‹, FamRZ 2004, S. 1420-1423

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Breemhaar, Willem. ›Das belgische Transsexuellengesetz‹, StAZ 2008, S. 268-273

Gaaz, Berthold. ›Zum Recht des Kindesnamens in Europa‹, StAZ 2008, S. 365-369

Justizministerium NRW. Az. -3465E-II B. 165 /83 v. 11.07.84. ›Belg. Cc Artt. 102, 214 Abs. 1. Nach belgischem Recht ist Wohnsitz der Ort der Hauptniederlassung (principal établissement - Art. 102). Die Ehewohnung wird durch gemeinsame Übereinkunft der Eheleute bestimmt (Art. 214 Abs. 1).‹, IPRspr. 1984 Nr. 185

Nowak, Michael. ›Der Name der natürlichen Person‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2006; zugl. Diss. Gießen 1996, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Pintens, Walter. ›Neues Namensrecht in Belgien‹, StAZ 1988, S. 4-6

Pintens, Walter. ›Das belgische Gesetz zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters‹, FamRZ 1990, S. 1328-1329

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Bar, Christian von. ›Subjektive Familienrechte im Europäischen Deliktsrecht‹, in: FS Ulrich Drobnig (1998), S. 3-17, Tübingen, 1998

Breuer, Kai. ›Ehe- und Familiensachen in Europa. Das internationale Mandat mit Länderberichten‹, FamRZ-Buch, Bd. 26, Bielefeld, 2008

N.N. ›Unterhaltsbedarf im Ausland, Verbrauchergeldparität‹, DAVorm 1992, S. 36

Pintens, Walter. ›Privatautonomie im belgischen und französischen Familienrecht‹, in Sibylle Hofer/ Dieter Schwab/ Dieter Henrich (Hrsg.), From Status to Contract? Die Bedeutung des Vertrages im europäischen Familienrecht, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 9, S. 125-141, Bielefeld, 2005

Pintens, Walter. ›Reformen im belgischen Familienrecht‹, FamRZ 2006, S. 1312-1314

Pintens, Walter. ›Belgisches Familien- und Erbrecht 2006-2007‹, FamRZ 2007, S. 1491-1495

Pintens, Walter. ›Entwicklungen im belgischen Familienrecht 2008-2009‹, FamRZ 2009, S. 1535-1536

Pintens, Walter. ›Entwicklungen im belgischen Familienrecht 2009-2010‹, FamRZ 2010, S. 1488-1489

B.IV.3.b. Eherecht

AG Kassel. Az. 765 III 72/97 v. 26.01.98. ›EGBGB Artt.11, 13 Abs. 1; PStG §§ 46, 47; EheG § 23; ZPO § 638. Die in einer finn. Seemannskirche in Antwerpen geschlossene Ehe entspricht nicht dem belgischen Grundgesetz und nicht dem belg. bürgerlichen Gesetzbuch, wonach eine religiöse Eheschließung nur möglich ist, wenn eine standesamtliche Trauung vorangegangen ist. Die Eheschließung in der finn. Seemannskirche in Antwerpen ist nach finn. Recht voll wirksam‹, StAZ 1998, S. 181-182 = IPRspr. 1998 Nr. 59

Becker, Michael. ›Das Gesetz über die gesetzliche Lebensgemeinschaft in Belgien‹, MittRhNotK 2000, S. 155

Brühl, Günter. ›Entwicklungen des Familienrechts im Ausland‹, FamRZ 1985, S. 992-996

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Dethloff, Nina/ Maschwitz, Alexandra. ›Ehemündigkeit in Europa. Ein Beitrag zur Entwicklung gesamteuropäischer Prinzipien‹, StAZ 2010, S. 162-173

DIV-Gutachten v. 07.04.1989, Az. LB. ›Ermittlung der wirtschaftlichen Verhältnisse‹, ZfJ 1989, S. 289

DIV-Gutachten v. 08.03.1989/ Az. LI 8. ›Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen in Belgien, Höhe des Einkommens (Tabelle), Lebenshaltungskosten‹, ZfJ 1989, S. 249

Dopffel, Peter/ Buchhofer, Bernd. ›Unterhaltsrecht in Europa - eine zwölf-Länder-Studie - Scheidung - Unterhalt - Verfahren - Zwangsvollstreckung‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 35, Tübingen, 1983

Dutoit, Bernard. ›Rechtsvergleichende Betrachtungen über die einverständliche Scheidung‹, ZfRV 21 (1980), S. 252-263

Ferid, Murad. ›Das neue belgische Ehegüterrecht‹, MittBayNotK 1977, S. 221-223

Forkert, Meinhard. ›Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 118; zugl. Diss. Köln 2002, Tübingen, 2003

Ghorain, P.-Fr./ Themsche, Hélène van/ Bouckaert, Frans/ Burght, Denis van der. ›Belgien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 21-53, Würzburg, 1995

Henrich, Dieter. ›Zur Zukunft des Güterrechts in Europa‹, FamRZ 2002, S. 1521-1526

Hustedt, Volker. ›Grundzüge des belgischen Ehegüter- und Erbrechts‹, MittRhNotK 1996, S. 337-354

Jakob, Dominique. ›Die eingetragene Lebenspartnerschaft im Internationalen Privatrecht‹, Schriften der Deutschen Notarrechtlichen Vereinigung, Bd. 13; zugl. Diss. München 2001, Köln, 2002

Jodocy, Ingrid. ›Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht - Länderbericht Belgien‹, FamRB international 2007, S. 99-106

Justizministerium NRW. Az. -3465E-II B. 165 /83 v. 11.07.84. ›Belg. Cc Artt. 102, 214 Abs. 1. Nach belgischem Recht ist Wohnsitz der Ort der Hauptniederlassung (principal établissement - Art. 102). Die Ehewohnung wird durch gemeinsame Übereinkunft der Eheleute bestimmt (Art. 214 Abs. 1).‹, IPRspr. 1984 Nr. 185

KG. Az. 17 UF 3819/93 v. 21.12.93. ›Belg. Cc Artt. 231, 232; ZPO § 261 Abs. 3 S. 1. Nach Art. 232 belg. Cc kann eine Scheidung erst nach einer mehr als fünfjährigen faktischen Trennung verlangt werden, wenn das Ehescheidungsverlangen nicht i.S.d. Art. 231 belg. Cc auf Mißhandlungen oder schwere Eheverfehlungen gestützt werden kann.‹, IPRspr. 1994 Nr. 157 = FamRZ 1995, S. 1074-1075

Köln (Gutachten). ›Haager UnterhÜbk. Art. 8; belg. Cc Artt. 203, 203bis, 233, 275, 1121, 1134, 1165; belg Code de la procédure civile Artt. 23, 1287, 1288, 1298; franz. Cc Artt. 230, 232. 1. Eine Vereinbarung über Kindesunterhalt gem. Art. 1288 des belg. code de procédure civile, die von den Elternteilen im Rahmen einer Scheidung im gegenseitigen Einvernehmen nach belgischem Recht geschlossen wurde, wirkt grundsätzlich nicht zu Lasten des Kindes, dessen Unterhaltsanspruch gegen die Eltern gem. Art. 203 des belg. Cc hiervon unberührt bleibt. 2. Die Rechtskraft eines belgischen Scheidungsurteils, in dessen Rahmen eine solche Vereinbarung zwischen den Eltern homologiert wurde (Art. 1298 des belg. code de procédure civile), erstreckt sich lediglich auf die Eltern als Prozessparteien des Scheidungsverfahrens.‹, IPG 2002 Nr. 23

Könnecke, Berthold. ›Eheschließung von Polen vor einem katholischen Geistlichen in Belgien; Nichtigerklärung durch die katholische Kirche‹, StAZ 1989, S. 57-58

Mankowski, Peter/ Hoffmann, Friederike. ›Scheidung ausländischer gleichgeschlechtlicher Ehen in Deutschland?‹, IPRax 2011, S. 247-254

Mauch, F. ›Übersicht zum Güter- und Erbrecht einiger ausgewählter Staaten‹, BWNotZ 2001, S. 25-43

OLG Düsseldorf. Az. 5 UF 65/94 v. 09.11.94. ›Belg. Cc Art. 301. Zu den Voraussetzungen des belgischen Geschiedenenunterhalts.‹, FamRZ 1995, S. 885-886

OLG Düsseldorf. Az. 3 VA 6/80 v. 23.05.80. ›EGBGB Art. 13 Abs. 1; belg. koordinierte MilitärGe Art. 99; CIEC-Empfehlung v. 08.09.1976. Die Nichtableistung des Wehrdienstes ist in Belgien kein Ehehindernis.‹, IPRspr. 1980 Nr. 54 = StAZ 1980, S. 308

OLG Hamm. Az. 15 W 466/84 v. 14.11.85. ›EheG § 15 a Abs. 1 (a.F.); belg. Cc Artt. 88, 89; PStG §§ 45, 48. Belgische Offiziere der in der Bundesrepublik stationierten belgischen Streitkräfte, denen nach belgischem Recht die Funktion eines Standesbeamten zur Eheschließung zusteht, gelten dazu ermächtigt, ohne daß sie dafür deutschen Stellen ausdrücklich benannt werden müßten. Die Trauungsbefugnis belgischer Offiziere erstreckt sich auch auf Familienangehörige von Soldaten der belgischen Streitkräfte.‹, IPRax 1987, S. 31-33 = IPRspr. 1985 Nr. 60 = OLGZ 1986, S. 135 = FamRZ 1986, S. 678 = StAZ 1986, S. 69

OLG Saarbrücken. Az. 9 UF 70/79 v. 10.12.80. ›EGBGB Art. 17; belg. Cc Artt. 229, 231, 299; belg. Cjud Artt. 1275, 1277. Beantragen bei einer gemischt-nationalen Ehe beide Ehegatten die Scheidung, so ist das Scheidungsstatut nicht einheitlich zu bestimmen; vielmehr ist jeder Antrag nach dem jeweiligen Heimatrecht zu beurteilen. Die auf das ausländische (hier: belgische) Heimatrecht des Ehemannes gestützte Widerklage der deutschen Ehefrau ist, wenn diese die Scheidung nach deutschem Recht verlangt, unzulässig. Das deutsche Gericht spricht bei der Anwendbarkeit belgischen Rechts die Scheidung aus, obwohl nach belgischem Recht die Wirksamkeit des Scheidungsurteils von der Eintragung des Urteilstenors in das belgische Standesregister abhängt, da sich insoweit das Scheidungsverfahren nach der deutschen lex fori richtet.‹, IPRspr. 1981 Nr. 70 = IPRax 1982, S. 160

OLG Stuttgart. Az. 19 VA 6/99 v. 04.11.99. ›Türk. IPR-G Art. 12 Abs. 1 Satz 1; türk. ZGB Art. 92; EGBGB Art. 13 Abs. 1; BGB § 1309. Das türk. Recht knüpft gem. Art. 12 Abs. 1 Satz 1 türk. IPR-G für die Voraussetzungen der Eheschließung an das Heimatrecht jedes Beteiligten an. Nach Art. 92 türk. ZGB besteht ein Eheverbot der Schwägerschaft in gerader Linie, auch wenn die Ehe, aus der sich die Schwägerschaft ergibt, für nichtig erklärt oder durch Tod oder durch Scheidung aufgelöst ist. Eine Befreiungsmöglichkeit ist nicht vorgesehen. Ein Eheverbot bei Schwägerschaft besteht auch in Luxemburg, Griechenland, Großbritannien, Portugal und der Schweiz. Ein Eheverbot mit Befreiungsmöglichkeit gibt es in Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Polen und Ungarn. Generell kein Eheverbot bei Schwägerschaft gilt in Rumänien, Finnland, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechien und in den Niederlanden.‹, FamRZ 2000, S. 821-823 = IPRspr. 1999 Nr. 51

Passau (Gutachten). ›EuEheGVVO Artt. 2 Abs. 1 lit. a 5. u. 6. Fall, 15 Abs. 1, 19; belg. Cc Artt. 15, 232 Abs. 1; belg. Code judiciaire Art. 638; belg. Gesetz vom 27.06.1960 über die Zulässigkeit der Ehescheidung, wenn mindestens einer der Ehegatten Ausländer ist Artt. 1, 2, 3; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 14, 17 Abs. 1 Satz 1. 1. Zur Scheidung nach belgischem Recht; versteckte Rückverweisung auf die lex fori im belgischen internationalen Scheidungsrecht. 2. Scheidungsvoraussetzungen nach belgischem Sachrecht.‹, IPG 2003-2004 Nr. 19

Pintens, Walter. ›Scheidung und nachehelicher Unterhalt in Belgien‹, in: Sibylle, Hofer/ Henrich, Dieter/ Schwab, Dieter (Hrsg.), Scheidung und nachehelicher Unterhalt im europäischen Vergleich, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 8, S. 27-55, Bielefeld, 2005

Pintens, Walter. ›Eheliche Gemeinschaft, Partnerschaft und Vermögen im europäischen Vergleich: Das belgische Recht‹, in: Dieter Henrich (Hrsg.), Eheliche Gemeinschaft, Partnerschaft und Vermögen im europäischen Vergleich, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 6; S. 19-34, Bielefeld, 1999

Pintens, Walter. ›Die belgische Reform des Scheidungsverfahrensrechts und des Rechts eines Kindes auf Anhörung‹, FamRZ 1995, S. 1043-1045

Pintens, Walter. ›Der Schutz der Familienwohnung nach belgischem Recht‹, in: Dieter Henrich/ Dieter Schwab (Hrsg.), Der Schutz der Familienwohnung in Europäischen Rechtsordnungen; Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 2, S. 1-22, Bielefeld, 1995

Pintens, Walter. ›Die Problematik des Versorgungsausgleichs im belgischen und niederländischen Familien-, Sozial- und Kollisionsrecht‹, in: Franz Zacher (Hrsg.), Der Versorgungsausgleich im int. Vergleich u. in d. zwischenstaatl. Praxis, Schriftenreihe f. int. u. vergl. Sozialrecht, Bd. 11, S. 587-603, Berlin, 1985

Pintens, Walter. ›Binationales Ehegüterrecht aus belgischer Sicht - Gestaltungsmöglichkeiten und Gefahren‹, IJVO 3 (1992/93), S. 1-17

Pintens, Walter/ Scherpe, Jens M. ›Gleichgeschlechtliche Ehen in Belgien‹, StAZ 2003, S. 321-323

Rauscher, Thomas. ›Immobiliarzwangsvollstreckung bei fremdem Güterstand. Vollstreckungstitel und Anteilspfändung, insbesondere bei jugoslawischem und italienischem Güterrecht‹, RPfleger 1988, S. 89-94

Reinhard, Hans-Joachim. ›Rechtsordnungen mit Versorgungsausgleich im Sinne des Art. 17 Abs. 3 EGBGB. Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kanadischen, niederländischen, belgischen und spanischen Rechts‹, Studien aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Bd. 14; zugl. Diss. Würzburg 1994, Baden-Baden, 1995

Schotten, Günther. ›Das internationale Privatrecht in der notariellen Praxis‹, München, 1995

Thomas, P./ Gotzen, R. ›Betrachtungen über den Güterstand der Landwirte in Belgien‹, AgrarR 1993, Beilage 1/ 1993, S. 4-5

Verschraegen, Bea. ›Die einverständliche Scheidung in rechtsvergleichender Sicht‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 142, Berlin, 1991

Wipperführt, Robert. ›Gültigkeit einer in der australischen Botschaft in Brüssel geschlossenen Ehe eines Australiers mit einer Deutschen - Legitimation des nichtehelichen Kindes?‹, StAZ 1981, S. 306

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Bargen, Iska von. ›Namensführung einer Niederländerin nach Eheschließung mit einem Belgier in Belgien; Legitimation des Kindes‹, StAZ 1991, S. 77-78

Beitzke, Günther. ›Nochmals: Zur Anerkennung einer in Belgien durchgeführten Adoption‹, StAZ 1984, S. 346-347

Bingel, Gerhard. ›Adoption eines belgischen Kindes‹, StAZ 1986, S. 17-19

Brühl, Günter. ›Entwicklungen des Familienrechts im Ausland‹, FamRZ 1985, S. 992-996

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Budzikiewicz, Christine. ›Materielle Statuseinheit und kollisionsrechtliche Statusverbesserung. Zu der Rechtsstellung des ausserehelich geborenen Kindes unter Berücksichtigung der Folgen für das Kollisionsrecht der Legitimation‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 185; zugl. Diss. Köln 2006, Tübingen, 2006

Coester, Michael. ›Entwicklungslinien im europäischen Nichtehelichkeitsrecht‹, ZEuP 1993, S. 536-553

DIV-Gutachten v. 03.11.1989, Az. LB 1. ›Belgien: Ehelichkeitsanfechtung bei belgischer Staatsangehörigkeit, Zuständigkeit deutscher Gerichte bei gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland (§ 640 a II ZPO), Anwendung deutschen Rechts gem. Art. 19 I 4 EGBGB‹, ZfJ 1990, S. 69

DIV-Gutachten v. 04.05.1982, Az LF2. ›Beurkundung über die Anerkennung der Mutterschaft bei ausländischen Vätern‹, DAVorm 1982, S. 746

DIV-Gutachten v. 06.03.1991, Az. LB 1. ›Belgien: Ehelichkeitsanfechtung bzw. ursprüngliche Nichtehelichkeit eines scheinehelichen Kindes, „maßgeblicher Vorgang" (Übergangsrecht) gem. Art. 220 EGBGB‹, ZfJ 1991, S. 272-273

DIV-Gutachten v. 10.09.1990, Az. LB 1. ›Belgien: Kind einer deutschen Mutter und eines belgischen Vaters, Staatsangehörigkeit, UVG-Leistungen, nur abhängig vom Wohnsitz des Kindes, Doppel-Staater‹, ZfJ 1990, S. 676

DIV-Gutachten v. 18.11.1991, Az. LB 1. ›Anrechnung von belgischem Kindergeld‹, ZfJ 1992, S. 201

DIV-Gutachten v. 21.01.1988, Az. LB 1. ›Unterhaltsverpflichtung/Leistungsfähigkeit eines in Belgien lebenden Kindesvaters, Selbstbehalt, Weigerung gegen Blutentnahme: Beweiswürdigung‹, ZfJ 1988, S. 198

DIV-Gutachten v. 21.09.1982, Az IA/ 2.109, LI8, LB1. ›Anerkennung der Mutterschaft bei italienischen und belgischen Vätern‹, DAVorm 1983, S. 468-469

DIV-Gutachten v. 23.08.1991, Az. LB 2. ›Marokko/ Belgien: Status des Kindes aus einer belgisch/ marokkanischen Ehe, Anerkennung der Vaterschaft noch vor Anfechtung der Ehelichkeit (BGH in DAVorm. 1987, S. 359)‹, ZfJ 1991, S. 540-541

DIV-Gutachten v. 25.02.1991, Az. LB1/ N 2.235. ›Vorgeburtliche Vaterschaftsanerkennung und Kindeszustimmung im deutsch-belgischen Verhältnis‹, ZfJ 1993, S. 439-441

DIV-Gutachten v. 26.10.1987, Az. LB 1. ›Belgien: Anrechnung von belgischem Kindergeld nach § 1615 g BGB‹, ZfJ 1988, S. 37

DIV-Gutachten v. 28.10.1993, Az. LB 1. ›Nach Art. 374 des belg. Zivilgesetzbuches steht demjenigen Elternteil das Sorgerecht zu, der die Sorge tatsächlich ausübt.‹, ZfJ 1994, S. 42-43

Dopffel, Peter (Hrsg.). ›Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 23, Tübingen, 1990

Gerlo, Johan. ›Das Gleichheitsprinzip im belgischen Abstammungs- und Adoptionsrecht‹, in: Bea Verschraegen (Hrsg.), Gleichheit im Familienrecht unter Berücksichtigung des Einflusses von Verfassungen und internationalen Übereinkommen, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 3, S. 141-151, Bielefeld, 1997

Gründler, Bettina. ›Die Obsorge nach Scheidung und Trennung der Eltern im europäischen Rechtsvergleich‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 3465; zugl. Diss. Graz 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2002

Gutkess, Stephanie. ›Vom Anerkennungssystem zur Aufgabe des Nichtehelichenstigmas: Entwicklungslinien im belgischen und französischen Zuordnungsrecht seit Normierung des Code Napoléon‹, Diss. Göttingen 1995

Jayme, Erik/ Pintens, Walter. ›Deutsch-belgische Legitimationen‹, StAZ 1980, S. 5-8

Klinkhardt, Horst. ›Neues belgisches Kindschaftsrecht‹, ZfJ 1988, S. 542-544

Klinkhardt, Horst. ›Einige Erfahrungen mit der Geltendmachung der Unterhaltsansprüche nichtehelicher Kinder im Ausland‹, ZfJ 1984, S. 161-169 u. S. 209-216

Kubitz, Joachim. ›Legitimation eines deutschen Kindes durch Eheschließung der Mutter mit einem Belgier in Belgien, obwohl die Vaterschaft vorher in Deutschland anerkannt war‹, StAZ 1992, S. 80-81

LG Aachen. Az. 3 T 398/81 v. 02.06.82. ›Belg. Cc Art. 331. Nach belgischem Recht ist die Legitimation von Ehebruchskindern ausgeschlossen.‹, IPRspr. 1982 Nr. 3 = StAZ 1983, S. 347

Meulders-Klein, Marie-Thérèse. ›Die Reform des Abstammungs- und Adoptionsrechts in Belgien‹, FamRZ 1989, S. 696-702

N.N. ›Mutterschaftsanerkennung‹, DAVorm 1990, S. 599

N.N. ›Belgien: Reform des belgischen Kindschaftsrechts‹, ZfJ 1988, S. 409

N.N. ›Bundesverwaltungsamt: Merkblätter für Auslandstätige und Auswanderer‹, ZfJ 1988, S. 137-142

OLG Köln. Az. 14 UF 117/02 v. 14.11.02. ›Belg. Cc Artt. 315, 332; EGBGB Artt. 16, 4, 19, 20, 224. Nach belg. Recht beträgt die Frist für die Anfechtung der Vaterschaft ein Jahr ab der Geburt des Kindes bzw. ihrer Entdeckung. Die Anfechtung wird mit einer Anfechtungsklage gem. Art. 315 belg. Cc des Vaters gegen die Mutter geltend gemacht. Bei der Frist gem. Art. 332 belg. Cc handelt es sich um eine Ausschlußfrist.‹, FamRZ 2003, S. 1857-1858 = IPRspr. 2002 Nr. 97

Pintens, Walter. ›Die Reform des belgischen Kindschaftrechts aus vergleichender Sicht‹, FamRZ 1997, S. 457-464

Pintens, Walter. ›Familiäre Solidarität - Die Begründung und die Grenzen der Unterhaltspflicht unter Verwandten im belgischen Recht‹, in: Dieter Schwab/ Dieter Henrich (Hrsg.), Familiäre Solidarität - Die Begründung und die Grenzen der Unterhaltspflicht unter Verwandten im europäischen Vergleich; Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 5, S. 29-38, Bielefeld, 1997

Pintens, Walter. ›Die Entwicklungen des belgischen Kindschaftsrechts‹, in: Dieter Schwab (Hrsg.), Entwicklungen des europäischen Kindschaftsrechts, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 1, S. 1-34, 2. Aufl., Bielefeld, 1996

Pintens, Walter. ›Menschenrechtskonvention und Privatrecht - Auswirkungen in Belgien‹, RabelsZ Bd. 63 (1999), S. 696-708

Pintens, Walter. ›Die väterliche Anerkennung eines nichtehelichen Kindes und die Verwirklichung des Gleichheitssatzes im belgischen Recht‹, StAZ 1991, S. 251-254

Pintens, Walter. ›Die Neuregelung der Adoptionsvermittlung in Flandern‹, FamRZ 1990, S. 246-247

Pintens, Walter. ›Die Festellung der mütterlichen und väterlichen Abstammung im neuen belgischen Abstammungsrecht‹, ZfRV 29 (1988), S. 259-271

Pintens, Walter. ›Auf dem Wege zu einem europäischen Kindschaftsrecht. Das Beispiel Belgien‹, Schriftenreihe deutscher Jura-Studenten in Genf, Bd. 2, Genf, 1992

Pintens, Walter. ›Belgien: Neues Abstammungs- und Adoptionsrecht‹, StAZ 1988, S. 20-24

Spickhoff, Andreas/ Schwab, Dieter/ Henrich, Dieter/ Gottwald, Peter (Hrsg.). ›Streit um die Abstammung. Ein europäischer Vergleich‹, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 11, Bielefeld, 2007

Voss, Karl Ulrich. ›Belgien: Kindschaft praeter und contra legem‹, IPRax 1986, S. 120-124

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Dethloff, Nina. ›Registrierte Partnerschaften in Europa‹, ZEuP 2004, S. 59-74

Krömer, Karl. ›Fortführung des Familienbuchs der Eltern in Spalte 9 hinsichtlich einer Eheschließung mit einem gleichgeschlechtlichen Partner in Belgien‹, StAZ 2005, 239-240

Pintens, Walter. ›Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Belgien‹, in: Jens M. Scherpe/ Nadjama Yassari (Hrsg.), Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. The Legal Status of Cohabitants, Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 81, S. 277-305, Tübingen, 2005

Pintens, Walter. ›Partnerschaft im belgischen und niederländischen Recht‹, FamRZ 2000, S. 69-77

Räther, Philipp C. ›Der Schutz gleich- und verschiedengeschlechtlicher Lebensgemeinschaften in Europa‹, Untersuchungen zum europäischen Privatrecht, Bd. 16; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2001/2002, Berlin, 2003

Scherpe, Jens M. ›Einführung - Nichteheliche Lebensgemeinschaften als Problem für den Gesetzgeber‹, in: Jens M. Scherpe/ Nadjama Yassari (Hrsg.), Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. The Legal Status of Cohabitants, Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 81, S. 1-11, Tübingen, 2005

Schlüter, Wilfried/ Heckes, Jasmin/ Stommel, Sonja. ›Die gesetzliche Regelung von außerehelichen Partnerschaften gleichen und verschiedenen Geschlechts im Ausland und die deutschen Reformvorhaben‹, DEuFamR 2000, S. 1-18

Venger, Sonja. ›Gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse nichtehelicher Lebensgemeinschaften: Zur Notwendigkeit und inhaltlichen Ausgestaltung eines solchen Gesetzes im Rechtsvergleich mit den Regelungen in Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Katalonien‹, Juristische Reihe TENEA, Bd. 81; zugl. Diss. Konstanz 2004, Berlin, 2004

Winkler von Mohrenfels, Peter. ›Der Pacte civil de solidarité: ein Modell für das deutsche Familienrecht?‹, in: FS Hans Jürgen Sonnenberger (2004), S. 155-164, München, 2004

Wölfl, Thomas. ›Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft - Das Recht in Deutschland und dem europäischen Ausland (Teil 1 und 2)‹, Studien zum Familienrecht, Bd. 3; zugl. Diss. Marburg 2004, Hamburg, 2005

B.IV.3.e. Vormundschaft; Pflege

Heldrich, Andreas. ›Die Betreuung behinderter Volljähriger durch Bestellung eines Repräsentanten oder Beistands in Frankreich, Belgien, der Schweiz und England (Stand: 28. Oktober 1976)‹, in: Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Gutachten zu einer Neuordnung des Entmündigungs-, des Vormundschafts- und des Pflegschaftsrechts, S. 75-85, Bonn, 1986

Vahle, Oliver. ›Typenmehrheit bei der Minderjährigenadoption? Das Beispiel Belgien‹, ZfJ 1999, S. 11-14

B.IV.4. Erbrecht

BayObLG. Az. 1 Z BR 163/94 v. 26.10.95. ›Belg. Cc Artt. 102 ff., 147, 711, 893, 900, 913, 915, 1002 ff., 1009; EGBGB Artt. 25, 26; BGB § 2369. Die Erbfolge in bewegliches Vermögen richtet sich nach belg. IPR nach dem Recht des letzten Domizils. Der Erblasser

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

kann nach belg. Recht über sein Vermögen durch Testament verfügen. Dem Bedachten können nur Vermächtnisse zugewandt werden. Wendet der Erblasser dem Bedachten sein gesamtes Vermögen zu, haftet dieser für Nachlaßschulden und dem Vermächtnis kommt dingliche Wirkung zu. In Uganda kann ein Testament maschinenschriftlich in Gegenwart von zwei Zeugen errichtet werden, die die eigenhändige Unterschrift des Erblassers beglaubigen.‹, RPfleger 1996, S. 199-203 = BayObLGZ 1995, S. 366-378 = IPRspr. 1995 Nr. 120

DIV-Gutachten v. 09.01.1991, Az. LB 1. ›Belgien: Beerbung eines belg. Vaters, gem. belg. Kindschaftsrechtsreform v. 31.3.1987, Gleichstellg. ehel. mit nichtehel. Kindern im Erbrecht, Erbe erst durch Annahme, Haftungsbeschränkung, Annahme unter Vorbehalt, Zustimmung d. Famlienrates (vgl. a. § 1822 BGB), Veröff. i. Staatsanz., Ausschl. SchErsAnsprüche gegen Schädiger‹, ZfJ 1991, S. 181-182

Gotzen, R. ›Das landwirtschaftliche Sondererbrecht in Belgien‹, AgrarR 1990, Beilage II, S. 8-10

Hustedt, Volker. ›Grundzüge des belgischen Ehegüter- und Erbrechts‹, MittRhNotK 1996, S. 337-354

Hustedt, Volker/ Sproten, Bernard. ›Erbrecht in Belgien‹, in: Rembert Süß/ Ulrich Haas (Hrsg.), Erbrecht in Europa, S. 263-320, Baden-Baden, 2004

Mauch, F. ›Übersicht zum Güter- und Erbrecht einiger ausgewählter Staaten‹, BWNotZ 2001, S. 25-43

Peter, Manfred. ›Der Ehegattennießbrauch im Erbrecht der europäischen Länder des romanischen Rechtskreises‹, Diss. Köln 1972

Pintens, Walter. ›Belgisches Familien- und Erbrecht 2006-2007‹, FamRZ 2007, S. 1491-1495

Pintens, Walter. ›Das Spannungsverhältnis zwischen Familienerbrecht und Testierfreiheit im belgischen Recht‹, in: Dieter Henrich/ Dieter Schwab (Hrsg.), Familienerbrecht und Testierfreiheit im europäischen Vergleich, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 7, S. 15-32, Bielefeld, 2001

Pintens, Walter. ›Entwicklungen im belgischen Familien- und Erbrecht‹, FamRZ 2004, S. 1420-1423

Pintens, Walter. ›Neuste Entwicklungen im belgischen Erbrecht‹, MittRhNotK 1984, S. 56-59

Winkler, Wolfgang. ›Die landwirtschaftliche Vererbung in Belgien‹, AgrarR 1989, S. 190-192

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Jugel, Hans-Peter. ›Zum Begriff des Wirtschaftsrechts in Westeuropa. Eine rechtshistorische und rechtsvergleichende Untersuchung zur Entstehung und Entwicklung der Begriffe „Wirtschaftsrecht", „Droit économique", „Economisch recht" und „Sociaal-economisch recht" in Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden‹, Diss. Tübingen 1995

Zwernemann, Dieter. ›Informationshandbuch Wirtschaftsrecht, Bd. 1: Die Staaten Europas‹, München, 1991

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Birk, Rolf. ›Die Tarifautonomie in rechtsvergleichender Sicht‹, RdA 1995, S. 71-76

Birk, Rolf/ Abele, Roland/ Kasel-Seibert, Corinne/ Maurer, Helmut. ›Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - Vergleichender Überblick über das Recht der EG-Staaten, Österreichs und der Schweiz‹, ZIAS 1987, S. 45 ff. u. S. 159 ff

Blumberg, Jean-Pierre/ Schödermeier, Martin. ›Die neue Rolle des Kommissars im belgischen Gesellschafts- und Arbeitsrecht‹, RIW/AWD 1986, S. 962-966

Bohr, Marc. ›Rechtliche Regelungen des Streiks und wirtschaftliche Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich und Italien: eine rechtsvergleichende Untersuchung im Hinblick auf die Frage nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einer expliziten Gewährleistung des Streikrechts‹, Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Bd. 119; zugl. Diss. Würzburg 1992, Berlin, 1992

Buhr, Petra. ›Sozialhilfe im internationalen Vergleich: Ein Rezensionsessay‹, NDV 1997, S. 384-390

EuGH. Az. C 301/93 v. 22.09.94. ›Belg. Königliche Verordnung v. 19.11.1970 Art. 23 Abs. 1. Eine nach dieser Verordnung gewährte Invaliditätsrente darf nur bis zur Höhe ihres jährlichen Betrags mit einer oder mehreren Alters- oder Invaliditätsrenten, die gemäß belgischen oder ausländischen Rechtsvorschriften gewährt werden, kumuliert werden‹, Slg. 1994, S. 4361-4378

Francke, Katja. ›Die betriebliche Mitwirkung der Arbeitnehmer in Belgien unter Berücksichtigung vergleichender Aspekte zum deutschen Betriebsverfassungsrecht‹, Schriften zum Arbeitsrecht und Wirtschaftsrecht, Bd. 3; zugl. Diss. Göttingen, Frankfurt/ M. u.a., 1997

Fuchs, Maximilian. ›Struktur und Legitimation der gesetzlichen Unfallversicherung: Eine rechtsvergleichende Betrachtung‹, Revue IVSS 1997, S. 19-34

Hinrichs, Oda. ›Kündigungsschutz und Arbeitnehmerbeteiligung bei Massenentlassungen. Europarechtliche Aspekte und Impulse‹, Studien zum ausländischen, vergleichenden und internationalen Arbeitsrecht, Bd. 11; zugl. Diss. Halle 2001, Baden-Baden, 2001

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Jorens, Yves. ›Das belgische Sozialversicherungssystem auf dem Prüfstand. Die Antworten auf die aktuellen Herausforderungen‹, Sozialer Fortschritt 1997, S. 8-12

Kibler, Franz. ›Outplacement - ein neues Instrument der Personalwirtschaft. Erfahrungen aus dem belgischen Recht‹, RdA 1996, S. 366-374

Kötter, Ute. ›Die Steuerung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung: eine vergleichende Untersuchung des deutschen und des belgischen Rechts‹, Studien aus dem Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Sozialrecht, Bd. 21; zugl. Diss. München 1997, Baden-Baden, 2000

Kukat, Klaus. ›Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeziehungen in Belgien‹, RIW/AWD 1980, S. 197-205

LAG Baden-Württemberg. Az. 11 Sa 49/02 v. 15.10.02. ›Belg. Ges. v. 3.7.1978 über den Arbeitsvertrag Art. 82; EGBGB Artt. 27 Abs. 3, 30, 220 Abs. 1 ; EGBGB n.F. §§ 27 ff; BGB § 616 Abs. 2; KSchG §§ 7, 23. Das belg. Recht kennt keinen Kündigungsschutz im Sinne des dt. KSchG. Der Arbeitgeber braucht nur eine gestaffelte Kündigungsfrist einzuhalten (Art. 82 belg. Ges. über den Arbeitsvertrag). Wird die Frist nicht eingehalten, erhält der Arbeitnehmer als Entschädigung das Gehalt, das er erhalten hätte, wenn er fristgerecht gekündigt worden wäre (indemnité compensatoire de préavis).‹, IPRspr. 2003 Nr. 46a

Meeussen, Ingrid. ›Niederlassung von Rechtsanwälten aus EU-Ländern in Belgien‹, Forum International (D) 1998, S. 189-191

Müllender, Hubert S. ›Die arbeitsrechtlichen Wettbewerbsverbote in Belgien‹, RIW/AWD 1981, S. 755-762

Müller-Trawinski, Matthias/ Bachmann, Hanns-Martin. ›Belgisches Arbeitsrecht‹, Köln, 2009

Pauw, Roland de. ›Die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im Sozialversicherungssystem Belgiens‹, in: Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG, Hrsg.), Die soziale Unfallversicherung in Europa: Günther Sokoll zum 60. Geburtstag, S. 141-148, Bielefeld, 1997

Rebhahn, Robert. ›Abfindung statt Kündigungsschutz? - Rechtsvergleich und Regelungsmodelle‹, RdA 2002, S. 272-291

Reinhard, Hans-Joachim. ›Rechtsordnungen mit Versorgungsausgleich im Sinne des Art. 17 Abs. 3 EGBGB. Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des kanadischen, niederländischen, belgischen und spanischen Rechts‹, Studien aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Bd. 14; zugl. Diss. Würzburg 1994, Baden-Baden, 1995

Ruland, Franz/ Schaub, Eberhard/ Schliehe, Ferdinand/ Huck, Klaus. ›Systeme der Invaliditätsbemessung. Vergleichende Studie in 20 Industriestaaten im Auftrag der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (Genf)‹, RV 1996, S. 461-494

Samoy, Ilse. ›Das allgemeine Antidiskriminierungsrecht in Belgien: Stand der Gesetzgebung und der Rechtsprechung‹, in: Jahrbuch junger Zivilrechtswissenschaftler 2005 (2006), S. 265-279

Schmitt-Schönenberg, Michael. ›Kündigungsfristen für Angestellte und Handlungsreisende im belgischen Arbeitsrecht‹, RIW/AWD 1987, S. 677-679

Schulte, Bernd. ›Erwerbsminderungsrenten in europäischen Nachbarländern‹, DRV 2010, S. 82-101

Trenner, Claus. ›Internationale Gerichtsstände in grenzüberschreitenden Arbeitsvertragsstreitigkeiten unter besonderer Berücksichtigung individualvertraglicher Gerichtsstandsvereinbarungen‹, Konstanzer Schriften zur Rechtswissenschaft, Bd. 177; zugl. Diss. Konstanz 2000, Konstanz, 2001

Walser, Christina. ›Belgien: Flexibles Renteneintrittsalter für Männer und Frauen‹, ZIAS 2007, S. 113-118

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Beaufay, Philippe. ›Besonderheiten der Versicherungsaufsicht in Belgien‹, VersW 1995, S. 28-29

BGH. Az. VIII ZR 185/92 v. 09.03.94. ›EuGVÜ Art. 17 Abs. 1.Ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben hat in Belgien auch hinsichtlich des Schweigens die gleiche Bedeutung wie in Deutschland.‹, RIW/AWD 1994, S. 508-510

Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH). ›Die Handelsvertretergesetze in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen und der Schweiz‹, 2. Aufl., Berlin, 2010

Ceux, Emile. ›Das neue belgische Versicherungsgesetz‹, VersRAI 1993, S. 21 -24

Geck, Hans-Ulrich. ›Die Regelung des Feuerhaftungsrisikos in der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich und Belgien‹, Versw 1990, S. 1510-1515

Hanotiau, Bernard/ Lefebvre, Paul. ›Vertriebsrecht in Belgien‹, in: Michael Martinek/ Franz-Jörg Semler/ Stefan Habermeier (Hrsg.), Handbuch des Vertriebsrechts, S. 1209-1224, 2. Aufl., München, 2003

Heirich, Gabriele/ Neidhart, Hermann/ Zwerger, Walter. ›Schadensfälle im Ausland - Für 24 europäische Länder: Haftungsgrundlagen, Versicherungspraxis, Abwicklung von Sach- und Personenschäden sowie die gerichtliche Geltendmachung von Ersatzansprüchen aus Verkehrsunfällen‹, 2. Aufl., München, 1987

Herber, Rolf. ›Seehandelsrecht. Systematische Darstellung‹, Berlin, New York, 1999

Herring, Rod Alexander. ›Das künftige belgische Handelsvertreterrecht‹, RIW/AWD 1994, S. 629-633

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Kampf, Achim. ›Belgien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10442, Köln, 2004

Koch, Victoria. ›Der Fonds de commerce. Bestandteile, Verkauf und Verpfändung unter besonderer Berücksichtigung seiner Entstehungsgeschichte‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1873; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1995, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Köln (Gutachten). v. 03.02.86. ›Belg. Cc Artt. 2262 ff.. Verjährung der Ansprüche eines Kaufmannes aus einem Werkvertrag.‹, IPG 1985-1986 Nr. 2

Köln (Gutachten). v. 26.03.87. ›Belg. Cc Artt. 1108 ff.; 1984 ff.; 1382. 1. Rechtsfolgen der Verschmelzung von Aktiengesellschaften. 2. Nichtigkeit eines Vertrages bei Irrtum über die Person. 3. Grund und Umfang der Haftung des Spediteurs nach Ausbleiben der Lieferung. 4. Anspruch auf Zahlung von Fautfracht nach englischem Recht.‹, IPG 1987-1988 Nr. 18

Limmer, Peter. ›Die Handelsregister in den Ländern der Europäischen Union‹, Notarius international 1997, S. 31-40

Magnus, Ulrich. ›Die Gestalt eines Europäischen Handelsgesetzbuches‹, in: FS Ulrich Drobnig (1998), S. 57-80, Tübingen, 1998

Mathys, Hans Beat. ›Bestätigungsschreiben und Erklärungsfiktion‹, Zürich, 1997

Möller, Doris. ›Europäisches Firmenrecht im Vergleich‹, EWS 1993, S. 22-26

Moons, Eric J./ Müller-Trawinski, Matthias. ›Belgien - Vertragshändlerrecht‹, BfAI: AWSt, Köln, 2005

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

OLG Hamm. Az. 2 W 29/82 v. 18.10.82. ›Nach belgischem Recht ist die widerspruchslose Annahme von Rechnungen mit aufgedruckten AGB unter Kaufleuten im Rahmen einer laufenden Geschäftsverbindung grundsätzlich als Einverständniserklärung des Käufers zu werten, insbesondere wenn die AGB schon in vorangegangenen Rechnungen enthalten waren.‹, NJW 1983, S. 523-525 = IPRspr. 1982 Nr. 19 = WM 1982, S. 1445 = RIW/AWD 1983, S. 56, 207 = DB 1983, S. 102 = ZIP 1983, S. 187

OLG Köln. Az. 27 U 99/95 v. 15.05.96. ›Belg. Cc Artt. 1139, 1650; belg. C.com. Art. 25; EuGVÜ Artt. 18 ff.; EGBGB Artt. 28 Abs. 1, 31, 32. Nach belg. Recht kann die Annahme eines Vertragsangebotes konkludent erfolgen. Dies gilt insbesondere im kaufmännischen Geschäftsverkehr.‹, RIW/AWD 1996, S. 778-779

Salger, Hanns-Christian (Hrsg.). ›Handbuch der europäischen Rechts- und Wirtschaftspraxis‹, Herne, Berlin, 1996

Scholtissek, Wolfgang. ›Formblätter für den belgischen Konzernabschluß‹, RIW/AWD 1995, S. 1004-1006

Stöve, Elisabeth. ›Gerichtsstandsvereinbarungen nach Handelsbrauch, Art. 17 EuGVÜ und § 38 ZPO. Unter besonderer Berücksichtigung des kaufmännischen Bestätigungsschreibens, des Konnossements und der Faktura‹, Hamburger Beiträge zum Handels-, Schiffahrts- und Wirtschaftsrecht, Bd. 20; zugl. Diss. Hamburg 1992, Heidelberg, 1993

Stumpf, Herbert. ›Fallstricke beim Abschluß von Verträgen mit belgischen Vertragshändlern‹, RIW/ AWD 1993, S. 542-544

Zwernemann, Dieter. ›Belgien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 60-66, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Bartsch, Brigitta. ›Änderungen im belgischen Gesellschaftsrecht‹, EWS 1992, S. 229-231

Behrens, Peter. ›Belgien‹, in: Peter Behrens (Hrsg.), Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung im internationalen und europäischen Recht, S. 380-569, 2. Aufl., Berlin, New York, 1997

Belgische Nationalbank - Bilanzzentrale/ (Hrsg.). ›Jahresabschluß der Unternehmen in Belgien. Vollständiges bzw. verkürztes Schema in deutscher Sprache‹, Brüssel, 1992

Bernstorff, Christoph Graf von. ›Das Unternehmensrecht in Europa: das europäische Gesellschaftsrecht und das nationale Recht in Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich und Griechenland (Teil 1)‹, EWS 1998, S. 397-405

Bervoets, Cécile M. ›Die Übertragung von Anteilen einer belgischen GmbH (société privée à responsibilité limitée (SPRL)/ besloten venootschap met beperkte aansprakelijkheid (BVBA)‹, in: Susanne Kalss (Hrsg.), Die Übertragung von GmbH-Geschäftsanteilen in 14 europäischen Rechtsordnungen, Schriftenreihe zum Gesellschaftsrecht, Bd. 3, S. 141 -154, Wien, 2003

Beysen, Erwin. ›Corporate Governance im belgischen Gesellschaftsrecht‹, RIW/AWD 2006, S. 114-121

Blaurock, Uwe (Hrsg.). ›Das belgische Kapitalgesellschaftsrecht‹, Ausländische Aktiengesetze, Bd. 9, 2. Aufl., Baden-Baden, 1999

Blumberg, Jean-Pierre/ Schödermeier, Martin. ›Die neue Rolle des Kommissars im belgischen Gesellschafts- und Arbeitsrecht‹, RIW/AWD 1986, S. 962-966

Callewaert, Johan. ›Die Rechtsfähigkeit der privatrechtlichen Gesellschaften in Frankreich und Belgien, im Lichte der klassischen Vermögenstheorie‹, Diss. Würzburg 1988

Dabin, Léon/ Benoit-Moury, Anne. ›Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Belgien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Die Gründung einer Tochtergesellschaft im Ausland, ZGR-Sonderheft 3, S. 54-89, 3. Aufl., Berlin, New York, 1995

Dabin, Léon/ Benoit-Moury, Anne. ›Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Belgien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Die Gründung einer Tochtergesellschaft im Ausland, ZGR-Sonderheft 3, S. 31-68, 2. Aufl., Berlin, New York, 1988

Demeyere, Luc. ›Corporate Governance in Belgien‹, RIW/AWD 2003, S. 913-922

Deruyck, Filiep. ›Verbandsdelikt und Verbandssanktion: Eine rechtsvergleichende Untersuchung nach belgischem und deutschem Recht‹, zugl. Diss. Gießen 1990

Drüke, Heiner. ›Die Haftung der Muttergesellschaft für Schulden der Tochtergesellschaft‹, Abhandlungen zum deutschen und europäischen Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd. 69; zugl. Diss. Bonn 1989, Köln u.a., 1990

Eggert, Stefan. ›Aktionärsrechte bei der nationalen Verschmelzung und Spaltung. Eine vergleichende Untersuchung des deutschen, französischen, belgischen und britischen Rechts‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 4665; zugl. Diss. Berlin 2007, Frankfurt/ M. u.a., 2007

Fischer, Claudia. ›Genossnschaftsrecht in Belgien‹, Kooperations- und genossenschaftswissenschaftliche Beiträge, Bd. 43; zugl. Diss. Münster 1998, Regensburg, 1999

Fischer-Zernin, Cornelius. ›Der Rechtsangleichungserfolg der ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 15; zugl. Diss. Hamburg 1984, Tübingen, 1986

Geens, Koen. ›Stand und Entwicklung des Konzernrechts in Belgien‹, ZGR 1992, S. 142-172

Geens, Koen. ›Stand und Entwicklung des Konzernrechts in Belgien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Konzernrecht im Ausland, S. 1-31, Berlin, New York, 1994

Ghorain, P.-Fr./ Themsche, Hélène van/ Bouckaert, Frans/ Burght, Denis van der. ›Belgien‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 21-53, Würzburg, 1995

Grigat, Ricarda. ›Die Vertretung verselbständigter Rechtsträger in europäischen Ländern. Teil 5. Belgien und Luxemburg‹, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Bd. 142; zugl. Diss. Mainz 2000, Berlin, 2001

Großfeld, Bernhard. ›Internationales und Europäisches Unternehmensrecht - Das Organisationsrecht transnationaler Unternehmen‹, 2. Aufl., Heidelberg, 1995

Hansen, Ulrike. ›Die verdeckten Sacheinlagen in Frankreich, Belgien und Deutschland und ihre Behandlung durch die zweite EU-Gesellschaftsrechtsrichtlinie‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1961; zugl. Diss. Bonn 1995, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Hein, Ulrich. ›Analyse der Neubewertungsverfahren im belgischen und französischen Bilanzrecht‹, Betriebswirtschaftliche Studien Rechnungs- und Finanzwesen, Organisation und Institution, Bd. 9, Frankfurt/ M., Bern, New York, Paris, 1988

Herberstein, Gabriele (Hrsg.). ›Die GmbH in Europa - 50 Länder im Vergleich‹, 2. Aufl., Wien, 2001

Herfurth, Ulrich. ›Geschäftspraxis in Europa. Rechtsgrundlagen für unternehmerisches Handeln‹, Unternehmenspraxis in der EU, Bd. 7, Bonn, 1997

Herring, Rod Alexander. ›Der Finanzplan und die Gründerhaftung in Belgien‹, RIW/AWD 1998, S. 840-842

Herring, Rod Alexander. ›Die neuen belgischen Vorschriften zum Ausschluß und Austritt von Gesellschaftern‹, RIW/AWD 1996, S. 644-646

Hirte, Heribert. ›Der Kampf um Belgien - Zur Abwehr feindlicher Übernahmen‹, ZIP 1989, S. 1233-1246

Hoffmann, Elisabeth. ›Das neue Recht der Handelsgesellschaften in Belgien‹, RIW/AWD 1985, S. 539-543

Hoffmann, Elisabeth. ›Die GmbH im belgischen Recht‹, GmbHR 1991, S. 515-520

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Hopt, Klaus J./ Reuter, Dieter (Hrsg.). ›Stiftungsrecht in Europa. Eine Einführung‹, Köln, 2002

Knorr, Elisabeth. ›Transformation der 7. EG-Richtlinie in Belgien‹, WPg 1989, S. 295-301

Kocks, Christoph/ Hennes, Guido. ›Länderbericht Belgien‹, in: Rembert Süß/ Thomas Wachter (Hrsg.),

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Handbuch des internationalen GmbH-Rechts, S. 379-412, Bonn u.a., 2006

Köln (Gutachten). v. 26.03.87. ›Belg. Cc Artt. 1108 ff.; 1984 ff.; 1382. 1. Rechtsfolgen der Verschmelzung von Aktiengesellschaften. 2. Nichtigkeit eines Vertrages bei Irrtum über die Person. 3. Grund und Umfang der Haftung des Spediteurs nach Ausbleiben der Lieferung. 4. Anspruch auf Zahlung von Fautfracht nach englischem Recht.‹, IPG 1987-1988 Nr. 18

Krahê, P.L. ›Vertretungsregeln und deren Nachweis bei Handelsgesellschaften des niederländischen, belgischen und französischen Rechts‹, MittRhNotK 1987, S. 65-73

Langefeld-Wirth, Klaus (Hrsg.)/ Vandeplas, Erna/ de Koster, Pieter. ›Joint Ventures im internationalen Wirtschaftsverkehr - Praktiken und Vertragstechniken internationaler Gemeinschaftsunternehmen‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 35, Heidelberg, 1990

Leistikow, Wolfrad M. ›Fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse der GmbH im französischen, belgischen, italienischen und deutschen Recht‹, Diss. Bonn 1987

Lutter, Marcus. ›Stand und Entwicklung des Konzernrechts in Europa‹, ZGR 1987, S. 324-369

Nölle, Jens-Uwe. ›Die Eigenhaftung des GmbH-Geschäftsführers für Organisationspflichtverletzungen‹, zugl. Diss. Bremen 1995, Regensburg, 1995

OLG Koblenz. Az. 6 U 1441/92 v. 19.10.95. ›EuGVÜ Artt. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1; EGBGB Artt. 27 ff., 33 Abs. 2, 37 Nr. 3, 220 Abs. 1; BGB § 396. Nach belg. Recht bedarf die für sich formfreie Forderungsabtretung zur ihrer Rechtswirksamkeit gegenüber dem Schuldner und Dritten der Annahme (acceptation) der Abtretung durch den Schuldner und zwar entweder durch öffentliche Urkunde (acte authentique) oder durch Zustellung der Abtretung (signification) durch den Gerichtsvollzieher. Die Aktiengesellschatt belg. Rechts wird durch einen mehrköpfigen Verwaltungsrat als Kollektivorgan gesetzlich vertreten. Jedoch kann zusätzlich ein abgeordneter Verwalter mit dem Recht der Alleinvertretung bestellt werden. Nach belg. Recht ist der abgeordnete Verwalter, der mehrere Aktiengesellschaften vertritt, im Falle entgegengesetzter Interessen zur Doppelvertretung nicht befugt.‹, IPRspr. 1995 Nr. 34

Passau (Gutachten). ›Belg. Cc Artt. 450, Abs. 3, 1596; Belg. Code de commerce Buch I, Titel IX, Artt. 54, 60, 63, 197. 1. Veräußert eine Gesellschaft ein Grundstück, so beurteilt sich die Vertretungsmacht eines für die Gesellschaft auftretenden Organs nicht nach dem Sachenrechtsstatut, sondern nach dem Gesellschaftsstatut. Dies gilt auch für die Frage eines etwaigen Selbstkontrahierungsverbots. 2. Zur organschaftlichen Vertretungsmacht bei belgischen Aktiengesellschaften. 3. Zum Selbstkontrahierungsverbot nach belgischem Recht.‹, IPG 1999 Nr. 3

Peeters, Tom L. ›Gesellschaftsrecht in Belgien: eine Einführung mit vergleichenden Tabellen‹, München, 1993

Philippe, Denis/ Herring, Rod Alexander. ›Die neuen Regelungen im belgischen Aktiengesellschaftsrecht‹, RIW/AWD 1997, S. 380-383

Planck, Marina. ›Aktionärsklagen im französischen und deutschen Recht, unter Einbeziehung der neueren Rechtsentwicklung in Belgien - Überlegungen insbesondere zur actio pro socio im Aktienrecht‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1729; zugl. Diss. Bonn 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1995

Price, Charles. ›Belgische Handelsgesellschaften‹, in: Maximilian Eiselsberg (Hrsg.), Gesellschaftsrecht in Europa, Schriftenreihe des österreichischen Notariats, Bd. 6, S. 207-220, Wien, 1997

Pühler, Roland. ›Das Verbot der Anteilsfinanzierung in Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden‹, Abhandlungen zum deutschen und europäischen Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd. 101; zugl. Diss. Bonn 1995, Köln u.a., 1996

Rodemann, Carsten. ›Stimmbindungsvereinbarungen in den Aktien- und GmbH-Rechten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgiens. Eine rechtsvergleichende Untersuchung‹, Abhandlungen zum deutschen und europäischen Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd. 111; zugl. Diss. Bonn 1997/98, Köln u.a., 1998

Schober, Bernd G. ›Die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer im französischen Recht. Eine Untersuchung des französischen Rechts mit rechtsvergleichenden Hinweisen zum belgischen, deutschen, schweizerischen, englischen und angloamerikanischen Recht‹, Diss. Hamburg 1986

Scholtissek, Wolfgang. ›Formblätter für den belgischen Konzernabschluß‹, RIW/AWD 1995, S. 1004-1006

Scholtissek, Wolfgang. ›Konzernrechnungslegung in Belgien‹, RIW/AWD 1990, S. 646-654

Scholtissek, Wolfgang. ›Rechnungslegung von Verschmelzungen und Spaltungen in Belgien‹, RIW/AWD 1994, S. 657-659

Skog, Rolf. ›Der Erwerb eigener Aktien - Reformbestrebungen in den EU-Mitgliedsstaaten‹, ZGR 1997, S. 306-333

Suttkus, Jörn Alexander. ›Der Konsortialvertrag in der deutschen, französischen und belgischen Rechtsordnung‹, Diss. Köln 2004

Thelen, Werner/ Trimborn, Michael. ›Haftungssituationen in der GmbH in den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz‹, GmbHR 1994, S. 782-797

Ullrich, Christine. ›Verdeckte Vermögensverlagerungen in den Aktien- und GmbH-Rechten Frankreichs, Belgiens und Deutschlands‹, Abhandlungen zum deutschen und europäischen Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd. 76; zugl. Diss Freiburg/ Brsg. 1994, Köln, 1994

Unger, Joachim. ›Unterkapitalisierung in Belgien und Frankreich‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 707; zugl. Diss. Bonn 1987, Frankfurt/ M. u.a., 1988

Vandeplas, Erna/ de Koster, Pieter. ›Joint Ventures nach belgischem Recht‹, in: Klaus Langenfeld-Wirth (Hrsg.), Joint Ventures im internationalen Wirtschaftsverkehr; Schriftenreihe Recht der internationalen Wirtschaft, Bd. 35, S. 221-246, Heidelberg, 1990

Vannerom, Johan. ›Keine Nachtragsliquidation nach belgischem Recht. Zu den Rechtsfolgen, wenn nach Auflösung einer Gesellschaft noch Vermögen zu Tage tritt‹, ZfRV 2007, S. 226-230

Verhoeven, Claudine. ›Das neue belgische Gesellschaftsgesetz. Eine Antwort auf die Europäische Herausforderung 1993?‹, DWir 1992, S. 6-13

Verhoeven, Claudine/ Schwartz, Carmen. ›Synopse: Das neue belgische Gesellschaftsgesetz und die entsprechenden Regelungen des deutschen Aktienrechts‹, RIW/AWD 1992, S. 624-633

Weisbrod, Christian. ›Europäisches Vereinsrecht: Eine rechtsvergleichende Studie‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1519, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Weisbrod, Christian. ›Das belgische Vereinsrecht‹, IWB 1994, Fach 5, Belgien, Gruppe 3, S. 57-60

Willemart, Stéphane. ›Haftungssituationen in der belgischen s.p.r.l.‹, GmbHR 1996, S. 192-194

Winkler, Wolfgang. ›Besondere Rechtsformen für die landwirtschaftliche Kooperative in den westeuropäischen Ländern‹, in: FS Karl Kroeschell (1987), S. 644-660, Frankfurt/ M., 1987

Wymeersch, Eddy. ›Gestaltungsfreiheit und Gesellschaftsrecht in Belgien‹, in: Marcus Lutter/ Herbert Wiedemann, Gestaltungsfreiheit im Gesellschaftsrecht: Deutschland, Europa und USA, 11. ZGR-Symposium, zugl. ZGR Sonderheft Nr. 13, S. 152-186, Berlin u.a., 1998

Wymeersch, Eddy. ›Die Sitzverlegung nach belgischem Recht‹, ZGR 1999, S. 126-146

Wymeersch, Eddy. ›Stiftungen im belgischen Recht‹, in: Klaus J. Hopt/ Dieter Reuter (Hrsg.), Stiftungsrecht in Europa, Schriftenreihe des Instituts für Stiftungsrecht, S. 275-286, Köln u.a., 2001

Wymeersch, Eddy. ›Das neue belgische Gesetz über „Corporate Governance"‹, ZGR 2004, S. 53-68

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Beier, Friedrich-Karl/ Muehlendahl, Alexander von. ›Der Grundsatz der internationalen Erschöpfung des Markenrechts in den Mitgliedstaaten der EG und ausgewählten Drittstaaten‹, MittDtPatentanw. 1980, S. 101-108

Bird, William E. ›Die „saisie contrefacon" nach französischem (bzw. belgischem) Recht in Patentstreitigkeiten‹, MittDtPatentanw. 2002, S. 404-406

Blumenthal, Hannelore. ›Benelux: Einheitliches Benelux-Gesetz über Muster oder Modelle‹, PMZ 2005, S. 23-29

Brötje, Sonja. ›Die bösgläubige Markenanmeldung. Unter Berücksichtigung der Rechtslage in Österreich, den Beneluxstaaten und dem Vereinigten Königreich‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 698; zugl. Diss. Osnabrück 2003, München, 2003

Feer Verkade, D. W. ›Angleichung des nationalen Markenrechts in der EWG: Benelux-Staaten‹, GRUR Int. 1992, S. 92-97

Fuld, Ludwig. ›Die Konventionen vom 9. September 1886 betreffend die Errichtung einer internationalen Union zum Schutze der literarischen und artistischen Werke‹, UFITA 103 (1986), S. 31-44

Glineur, Pol. ›Belgien‹, in: Hanns Ullrich/ Eberhard Körner (Hrsg.), Der internationale Softwarevertrag, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 47; S. 409-433, Heidelberg, 1995

Götting, Horst-Peter. ›Das deutsche Zugaberecht im Vergleich zur Reformgesetzgebung in Belgien, Frankreich und Schweden‹, Teil 1: GRUR Int. 1986, S. 687-701; Teil 2: GRUR Int. 1986, S. 788-800

Gotzen, Frank. ›Das Recht der Interpreten in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft‹, Schriftenreihe europäische Wirtschaft, Bd. 107, Baden-Baden, 1980

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Joliet, René. ›Der Patentlizenzvertrag im belgischen und französischen Zivilrecht‹, GRUR Int. 1982, S. 291-320

Kahlenberg, Sienna. ›Ein europäisches Geschmacksmusterrecht - Baustein im System des europäischen gewerblichen Rechtsschutzes‹, Berliner Hochschulschriften zum gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, Bd. 33; zugl. Diss. Berlin 1996, Berlin, 1997

Levin, Marianne. ›Der Schutz der Formengebung‹, GRUR Int. 1985, S. 713-730

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Liebrecht, Erhard E. ›Die Zweckübertragungslehre im ausländischen Urheberrecht‹, Urheberrechtliche Abhandlungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, Heft 19; zugl. Diss. Berlin 1983, München, 1983

Martin-Pérez de Nanclares, José. ›Die EG-Fernsehrichtlinie: Rechtsgrundlage, Kommentierung und Umsetzung in das Recht der EG-Mitgliedsstaaten sowie Österreichs und der Schweiz‹, Frankfurt/ M. u.a., 1995

N.N. ›Hinweis auf die Urheberrechtsgesetzgebung‹, PMZ 1995, S. 204

N.N. ›Gesetz betreffend den Rechtsschutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen vom 10. Januar 1990‹, PMZ 1990, S. 418-420

Prinz, Tillmann. ›Das Änderungsrecht des Bauwerkeigentümers an urheberrechtlich geschützten Bauwerken im deutschen, schweizerischen, französischen und belgischen Recht‹, zugl. Diss. Bielefeld 1993/94, Bielefeld, 1994

Reimer, Dietrich. ›Urheberrecht und freier Warenverkehr‹, GRUR Int. 1981, S. 70-78

Ruijsenaars, Heijo E. ›Die Zukunft des Designschutzes in Europa aus der Sicht des französischen und des Benelux-Rechts‹, GRUR Int. 1998, S. 378-385

Ruijsenaars, Heijo E. ›Neue Entwicklungen im Muster- und Markenrecht der Benelux-Länder‹, GRUR Int. 1992, S. 505-513

Salger, Hanns-Christian (Hrsg.). ›Handbuch der europäischen Rechts- und Wirtschaftspraxis‹, Herne, Berlin, 1996

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

Schneider-Brodtmann, Jörg. ›Das Folgerecht des bildenden Künstlers im europäischen und internationalen Urheberrecht‹, Heidelberger rechtsvergleichende und wirtschaftsrechtliche Studien, Bd. 25; zugl. Diss. Heidelberg 1995, Heidelberg, 1996

Schwarze, Jürgen. ›Fernsehen ohne Grenzen. Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für den Rundfunk, insbesondere über Satellit und Kabel‹, Schriftenreihe Europäisches Recht, Politik und Wissenschaft, Bd. 117, Baden-Baden, 1985

Steinhauser, Paul J.M. ›Der Schutz der Marke nach Art. 13 A Benelux - Warenzeichengesetz‹, GRUR Int. 1981, S. 546-551

Strowel, Alain. ›Das belgische Gesetz vom 30. Juni 1994 über die Computerprogramme: Entwicklung zu einem Urheberrecht sui generis?‹, GRUR Int. 1995, S. 374-382

Tsironis, Anastassios. ›Stoff- und Verfahrensschutz unter besonderer Berücksichtigung der Arzneimittelerfindung nach deutschem, griechischem und europäischen Patentrecht‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 185; zugl. Diss. München 1988, München, 1989

van Manen, Willem C. ›Große Marken fangen viel Wind - Benelux-Markenschutz und Meinungsäußerungsfreiheit‹, GRUR Int. 1986, S. 25-32

Vanhees, Hendrik. ›Urhebervertragsrecht in Belgien‹, GRUR Int. 1994, S. 202-211

Vanhees, Hendrik. ›Die neue belgische Regelung des Urhebervertragsrechts‹, GRUR Int. 1996, S. 779-790

Wachter, Thomas. ›Das neue belgische Urhebergesetz - eine Jahrhundertreform?‹, ZVglRWiss 96 (1997), S. 32-73

Wibbens, Stanley. ›Die Textilindustrie und das einheitliche Benelux-Gesetz betreffend Muster und Modelle‹, GRUR Int. 1980, S. 732-739

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Bergh, Roger van den. ›Wettbewerbsrechtliche Grenzen des Preiswettbewerbs nach belgischem Recht‹, GRUR Int. 1991, S. 192-202

Bodewig, Theo/ Henning-Bodewig, Frauke. ›Rabatte und Zugaben in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union‹, WRP 2000, S. 1341-1365

Bunnen, Louis van. ›Übereinstimmung, Verwechslungsgefahr und/oder Assoziation? Das EuGH- Urteil „Springende Raubkatze" aus belgischer Sicht‹, GRUR Int. 1998, S. 942-946

Busse, Aliki. ›Wettbewerbsbeschränkungen durch Musterschutz in Europa. Am Beispiel Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Englands und der Benelux-Staaten‹, zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1998, Frankfurt/ M., 1998

Freyer, Helge. ›Belgien: Kartellrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 1764, Köln, Berlin, 1993

Glineur, Pol. ›Belgien‹, in: Hanns Ullrich/ Eberhard Körner (Hrsg.), Der internationale Softwarevertrag, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 47; S. 409-433, Heidelberg, 1995

Henning-Bodewig, Frauke. ›Die Regelung der Werbung im belgischen Handelspraktikengesetz vom 14. Juli 1991‹, GRUR Int. 1994, S. 455-465

Herfurth, Ulrich. ›Geschäftspraxis in Europa. Rechtsgrundlagen für unternehmerisches Handeln‹, Unternehmenspraxis in der EU, Bd. 7, Bonn, 1997

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Hucke, Anja. ›Erforderlichkeit einer Harmonisierung des Wettbewerbsrechts in Europa‹, Schriftenreihe europäisches Recht, Politik und Wirtschaft, Bd. 243, Baden-Baden, 2001

Hudelmaier, Wolf. ›Die neuere Praxis zur vergleichenden Werbung in Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und USA‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 288; zugl. Diss. München 1990/91, München, 1991

Kampf, Achim. ›Belgien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10442, Köln, 2004

Kiourtsoglou, Konstantinos. ›Der Know-how-Vertrag im deutschen und europäischen Kartellrecht‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 252, München, 1990

Kocks, Christoph. ›Werberecht in Belgien‹, in: Peter Schotthöfer (Hrsg.), Handbuch des Werberechts in den EU-Staaten einschließlich Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und USA, S. 113-146, 2. Aufl., Köln, 1997

Meyer, Angelika. ›Die anlockende Wirkung der irreführenden Werbung‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 222, München, 1989

Reismann, Jutta. ›Vereinbarkeit des belgischen „Comité de Controle de l'Electricité et du Gaz" mit dem europäischen Kartellrecht‹, Diss. Münster 1992

Roderburg, Dominik. ›Das lauterkeitsrechtliche Irreführungsverbot in Deutschland und Belgien: Eine rechtsvergleichende Untersuchung‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 4488; zugl. Diss. Trier 2006, Frankfurt/ M. u.a., 2007

Rohlfing, Stephanie. ›Das kartellrechtliche Untersuchungsverfahren nach deutschem, französischem und europäischem Kartellrecht - und die Berücksichtigung der Verteidigungsrechte‹, Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 845, Frankfurt/ M. u.a., 1989

Sack, Rolf. ›Der Verkauf unter Selbstkosten in Handel und Handwerk - Zur Notwendigkeit einer Verbesserung des kartellrechtlichen Schutzes unter Berücksichtigung ausländischer Regelungen‹, BB 1988, Beilage 3 zu Heft 11, S. 1-31

Scheja, Katharina. ›Der Mittelstandsschutz im belgischen Gesetz über die Handelspraktiken. Eine rechtsvergleichende Studie zu mittelstandsschützenden Vorschriften des belgischen und deutschen Rechts des unlauteren Wettbewerbs‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1490, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Schmidt-Hermesdorf, Joachim. ›Internationale Rechtshilfe in Kartellsachen‹, RIW/AWD 1986, S. 180-186

Schotthöfer, Peter. ›Die vergleichende Werbung in den Mitgliedstaaten der EG, Österreich, Schweiz‹, RIW/AWD 1991, S. 973-977

Schotthöfer, Peter. ›Neuere Entwicklung im Werberecht in der EG und den europäischen Ländern‹, EuZW 1992, S. 760-764

Schotthöfer, Peter. ›Europäische Union: Werberecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 2583, Köln, Berlin, 1994

Schotthöfer, Peter (Hrsg.). ›Handbuch des Werberechts in den EU-Staaten einschließlich Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und USA‹, 2. Aufl., Köln, 1997

Schricker, Gerhard. ›Die Bekämpfung der irreführenden Werbung in den Mitgliedstaaten der EG‹, GRUR Int. 1990, S. 112-121

Schwarze, Jürgen. ›Fernsehen ohne Grenzen. Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für den Rundfunk, insbesondere über Satellit und Kabel‹, Schriftenreihe Europäisches Recht, Politik und Wissenschaft, Bd. 117, Baden-Baden, 1985

Bergh, Roger van den. ›Das neue belgische Gesetz über die Handelspraktiken und die Information und den Schutz des Verbrauchers‹, GRUR Int. 1992, S. 803-814

Bergh, Roger van den. ›Das ungelöste Problem der Kontrolle der Nachfragemacht in Belgien unter Berücksichtigung des neugefaßten deutschen Diskriminierungsverbots‹, GRUR Int. 1981, S. 681-687

Wohlgemuth, Frank K. ›Das belgische Kartellrecht‹, WuW 1994, S. 901-915

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Benoit-Moury, Anne/ Croes, Conny. ›Wandel- und Optionsanleihen in Belgien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Wandel- und Optionsanleihen in Deutschland und Europa, zugl. Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht, Sonderheft 16; S. 27-61, Berlin, 2000

Bernstorff, Christoph Graf von. ›Das internationale Wechsel- und Scheckrecht‹, 2. Aufl., Stuttgart, 1992

Brandl, Eva Maria. ›Die Umsetzung von Artt. 10 und 11 Wertpapierdienstleistungsrichtlinie in Frankreich, Italien, Belgien und Spanien‹, Diss. Regensburg 2001

Eggert, Stefan. ›Aktionärsrechte bei der nationalen Verschmelzung und Spaltung. Eine vergleichende Untersuchung des deutschen, französischen, belgischen und britischen Rechts‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 4665; zugl. Diss. Berlin 2007, Frankfurt/ M. u.a., 2007

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Hoffmann, Elisabeth. ›Die Garantie auf erstes Anfordern (garantie à première demande) im belgischen Recht‹, RIW/AWD 1996, S. 389-393

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Müller, Andreas. ›Bankenzulassung und -aufsicht in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika‹, Diss. Berlin 1997

OLG Düsseldorf. Az. 17 U 199/87 v. 14.12.88. ›ZPO § 293; belg. Cc Artt. 1965, 1967. Hat der Betreiber eines gesetzlich verbotenen, aber geduldeten Spielkasinos einem Teilnehmer am Roulettespiel für gewonnene Jetons einen Scheck ausgestellt, so kann er sich nach belg. Recht gegenüber dem Rückgriffsanspruch wegen Nichteinlösung des Schecks nicht auf den Spieleinwand berufen. Der Spielvertrag war schon vor Begebung des Schecks dadurch erfüllt, daß der Gewinner die eingesetzten Jetons nach belgischem Recht aufgrund eines antezipierten eigentumsübertragenden Konsenses der Mitspieler erworben hatte. Die Hingabe von Schecks wird auch im belg. Recht nur als Leistung erfüllungshalber verstanden.‹, WM 1989, S. 1762-1765 = IPRspr. 1988 Nr. 33

Thunis, Xavier. ›Haftung bei elektronischem Geldtransfer. Eine systematische Betrachtung auf Grundlage des belgischen, französischen und U.S.-amerikanischen Rechts‹, EDV u. Recht 1990, S. 132-141

B.VII. Fallsammlungen und Rechtsprechungsberichte

Ahrens, Hans-Jürgen. ›Internationale Rechtsprechung zum Genfer Einheitlichen Wechsel- und Scheckrecht. 4. Folge (1974-1984)‹, Materialien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Band 37, Tübingen, 1993

Beysen, Erwin. ›Neue Entwicklungen in der belgischen höchstrichterlichen Rechtsprechung zur deliktischen Äquivalenztheorie‹, VersRAI 2004, S. 10-15

Schlechtriem, Peter/ Magnus, Ulrich. ›Internationale Rechtsprechung zu EKG und EAG, Eine Sammlung belgischer, deutscher, italienischer, israelischer und niederländischer Entscheidungen zu den Haager Einheitlichen Kaufgesetzen‹, Baden-Baden, 1987

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Brüls, Christine. ›Zulassung zur belgischen Rechtsanwaltschaft‹, RIW/AWD 1996, S. 864-865

Groot, Gerard-René de. ›Staatsangehörigkeitsrecht im Wandel‹, Köln u.a., 1989

Houtte, Hans van. ›Das belgische Internationale Privatrecht - Übersicht der Jahre 1989-1995‹, IPRax 1997, S. 192-200

Pintens, Walter. ›Belgien: Neues Staatsangehörigkeitsrecht‹, StAZ 1985, S. 224-228

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.3.a. Ratifikation

OLG Saarbrücken. Az. 5 W 21/92 v. 15.06.92. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 34; CMR Art. 31. Zur Vollstreckung eines belg. Urteils in Deutschland.‹, RIW/AWD 1993, S. 418-420 = NJW-RR 1992, S. 1534 = IPRspr. 1992 Nr. 222

OLG Zweibrücken. Az. 3 W 13/92 v. 30.06.92. ›EuGVÜ Artt. 1, 27, 29, 34, 42, 55; belg. Konkursgesetz Art. 475; KO § 17. Zur Qualifikation eines Rechtsstreites als Konkurssache gem. Art. 1 Abs. 2. Nr. 2 bei der Erteilung einer Vollstreckungsklausel‹, EWS 1993, S. 264-265 = EuZW 1993, S. 165-166 = KTS 1993, S. 392 = IPRspr. 1992 Nr. 267

Wittibschlager, Martina. ›Rechtshängigkeit in internationalen Verhältnissen‹, Schriftenreihe des Instituts für Internationales Recht und Internationale Beziehungen, Bd. 64; zugl. Diss. Basel 1992, Basel, Frankfurt/ M., 1994

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Ehrecke, Thomas R. ›Das Gerichtssystem in Belgien‹, in: Maximilian Herberger/ Wolfgang Schild/ Stephan Weth (Hrsg.), Beiträge zum Europäischen Gerichtsverfassungsrecht, Saarbrücker Schriften zu Recht und Praxis, Bd. 1, S. 115-143, Saarbrücken, 2005

Lazarus, Marc. ›Handbuch belgisches Recht: Leitfaden für wichtige Alltagsfragen‹, 2. Aufl., Eupen, 2008

Schütze, Rolf A. ›Rechtsverfolgung im Ausland. Probleme des ausländischen und internationalen Zivilprozeßrechts‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 27, 3. Aufl., Heidelberg, 2002

Steinhauer, Curd. ›Im Westen viel Neues (Teil 1) - Der belgische Hohe Justizrat - ein Beispiel gelungener Justizreform‹, ÖRZ 2007, S. 270-272

Storme, Marcel. ›Das Prozeßrecht in Europa: e Diversitate Unitas‹, in: FS Ulrich Drobnig (1998), S. 177-194, Tübingen, 1998

Storme, Marcel. ›Im Westen viel Neues - Justizreformen in Belgien‹, ZZPInt 4 (1999), S. 117-124

Tsikrikas, Dimitrios. ›Kassation und Revision im europäischen Vergleich - eine rechtsvergleichende und rechtshistorische Skizze‹, ZZPInt 4 (1999), S. 171-204

C.III. Internationale Zuständigkeit

Hackl, Christine. ›Örtliche Zuständigkeit gemäß Art. 5 (1) und (3) des Brüsseler EG-Übereinkommens vom 27.9.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen‹, ZfRV 25 (1984), S. 1-25

Isenburg-Epple, Sabine. ›Die Berücksichtigung ausländischer Rechtshängigkeit nach dem Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen vom 27.9.1968‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 15; zugl. Diss. Heidelberg 1991, Frankfurt/ M. u.a., 1992

Jayme, Erik/ Pintens, Walter. ›Deutsch-belgische Legitimationen‹, StAZ 1980, S. 5-8

Mitzkus, Frank. ›Internationale Zuständigkeit im Vormundschafts-, Pflegschafts- und Sorgerecht‹, Schriftenreihe der wissenschaftlichen Gesellschaft für Personenstandswesen und verwandte Gebiete m.b.H., Neue Folge, Bd. 22; zugl. Diss. Bayreuth 1982, Frankfurt/ M., 1982

Protsch, Joachim. ›Der Gerichtsstand und die Vollstreckung im internationalen Speditions- und Frachtrecht‹, Bürgerliches Recht, Handels- und Verkehrsrecht, Bd. 16, Frankfurt/ M. u.a., 1989

Rauscher, Thomas. ›Verpflichtung und Erfüllungsort in Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ unter besonderer Berücksichtigung des Vertragshändlervertrages‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 41; zugl. Diss. München 1983, München, 1984

Rauscher, Thomas. ›Rechtshängigkeitseinwand bei belgischem Parallelverfahren‹, IPRax 1994, S. 188-191

Schack, Haimo. ›Der Erfüllungsort im deutschen, ausländischen und Internationalen Privat- und Zivilprozeßrecht‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 124, Frankfurt/ M., 1985

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Belgien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 233-235, Berlin, 2009

Stöve, Elisabeth. ›Gerichtsstandsvereinbarungen nach Handelsbrauch, Art. 17 EuGVÜ und § 38 ZPO. Unter besonderer Berücksichtigung des kaufmännischen Bestätigungsschreibens, des Konnossements und der Faktura‹, Hamburger Beiträge zum Handels-, Schiffahrts- und Wirtschaftsrecht, Bd. 20; zugl. Diss. Hamburg 1992, Heidelberg, 1993

Stumpf, Herbert. ›Fallstricke beim Abschluß von Verträgen mit belgischen Vertragshändlern‹, RIW/AWD 1993, S. 542-544

Wagner, Rolf/ Berentelg, Maria. ›Straßenverkehrsunfälle Deutscher in den Nachbarstaaten‹, MDR 2010, S. 1353-1359

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

BGH. Az. IX ZB 38/85 v. 23.01.86. ›EuGVÜ Art. 27 Nr. 2. Ein dt. Beklagter, der sich auf das Verfahren im Urteilsstaat nicht eingelassen hatte, konnte sich dann nicht verteidigen, wenn einmal die Einlassungsfrist von zwei Wochen, die das dt. Recht zwischen der Zustellung der Klageschrift und dem Termin zur mündlichen Verhandlung vorsieht, nicht gewahrt war und zum anderen auch objektiv die nach Zustellung der Ladung ihm verbleibende Zeit nicht ausreichte, für eine Verteidigung vor dem Gericht des Urteilsstaates zu sorgen.‹, NJW 1986, S. 2197

Jayme, Erik/ Pintens, Walter. ›Deutsch-belgische Legitimationen‹, StAZ 1980, S. 5-8

OLG Celle. Az. 18 WF 130/92 v. 21.10.92. ›Belg. Code Judiciare Artt. 700, 1254; deutsch-belg. Abk. über die gegenseitige Anerkennung u. Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen Artt. 2, 4, 15 Abs. 1. Zur Rechtshängigkeit eines Scheidungsverfahrens nach belgischem Recht.‹, NJW-RR 1993, S. 1413-1414 = IPRax 1994, S. 209-210 = FamRZ 1993, S. 439-440 = IPRspr. 1992 Nr. 213

OLG Hamm. Az. 20 W 28/92 v. 18.06.93. ›EuGVÜ Art. 27 Abs. 2. Gemäß Art. 27 Abs. 2 EuGVÜ wird eine Entscheidung nicht anerkannt, wenn dem Beklagten, der sich auf das Verfahren nicht eingelassen hat, das dieses Verfahren einleitende Schriftstück oder ein gleichwertiges Schriftstück nicht ordnungsgemäß und nicht so rechtzeitig zugestellt worden ist, daß er sich nicht verteidigen konnte.‹, RIW/AWD 1993, S. 764 = EWS 1993, S. 300 = IPRspr. 1993 Nr. 176

OLG Koblenz. Az. 2 U 123/91 v. 10.06.91. ›EuGVÜ Artt. 27 Nr. 2, 33 Abs. 3, 40 Abs. 1, 47 Ziff. 1; Haager Zust. Übk.. Erteilung einer Vollstreckungsklausel nach dem EuGVÜ für belgisches Versäumnisurteil.‹, RIW/AWD 1991, S. 667-669 = IPRspr. 1991 Nr. 207

OLG Köln. Az. 7 W 34/94 v. 06.10.94. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 34 Abs. 2; ZPO §§ 335 Abs. 2, 337 S. 2. Ein von den §§ 335 Abs. 2, 337 S. 2 ZPO abweichendes ausländisches Verfahren muß nicht mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar sein. In Belgien gilt das Zustellungsverfahren der „remise au parquet“.‹, EuZW 1995, S. 381-384

Rauscher, Thomas. ›Rechtshängigkeitseinwand bei belgischem Parallelverfahren‹, IPRax 1994, S. 188-191

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

DIV-Gutachten v. 22.07.1988, Az. LB 1. ›Vollstreckung aus deutschen Gerichtsentscheidungen (die nicht lediglich auf Zeugnis der Mutter beruhen) im Falle eines VU, Gerichts- und Anwaltskosten‹, ZfJ 1989, S. 378

Jayme, Erik/ Pintens, Walter. ›Deutsch-belgische Legitimationen‹, StAZ 1980, S. 5-8

Köln (Gutachten). ›Belg. Cc Artt. 2244, 2247, 2262, 2262bis, 2277; belg. Gesetz vom 10. Juni 1998 Artt. 5, 10. 1. Zur Anwendbarkeit der lex causae auf die Urteilsverjährung. 2. Zur Verjährung rechtskräftig festgestellter Ansprüche, insbesondere tenorierter Zinsen nach belgischem Recht. 3. Intertemporaler Anwendungsbereich der zehnjährigen Verjährungsfrist des durch das Gesetz vom 10.6.1998 eingefügten Art. 2262bis Abs. 1 S. 1 Cc belge. 4. Zur Verjährung von Zinsen, die nach der Urteilsverkündung fällig werden. 5. Verjährungsunterbrechung durch im Ausland gestellten Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel.‹, IPG 2000/2001 Nr. 4

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

N.N. ›Belgien: Verpflichtung zur Gewährung von Prozeßkostenhilfe, Haager Vollstreckungsübereinkommen von 1958‹, ZfJ 1992, S. 94

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Belgien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 233-235, Berlin, 2009

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.V. Verfahren und Beweis

Amend, Hubert. ›Organisation und Zuständigkeit der Jugendgerichte und Vormundschaftsgerichte in Westeuropa, Skandinavien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika; Ein rechtsvergleichender Überblick‹, Diss. Marburg 1970

DIV-Gutachten v. 11.02.1988, Az. LB 1. ›Ermittlung der wirtschaftlichen Verhältnisse‹, ZfJ 1988, S. 198

DIV-Gutachten v. 21.01.1988, Az. LB 1. ›Unterhaltsverpflichtung/Leistungsfähigkeit eines in Belgien lebenden Kindesvaters, Selbstbehalt, Weigerung gegen Blutentnahme: Beweiswürdigung‹, ZfJ 1988, S. 198

Eilers, Anke. ›Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes im europäischen Zivilrechtsverkehr‹, Schriften zum deutschen und europäischen Zivil-, Handels- und Prozeßrecht, Bd. 133; zugl. Diss. Bonn 1989/90, Bielefeld, 1991

Köln (Gutachten). ›Haager UnterhÜbk. Art. 8; belg. Cc Artt. 203, 203bis, 233, 275, 1121, 1134, 1165; belg Code de la procédure civile Artt. 23, 1287, 1288, 1298; franz. Cc Artt. 230, 232. 1. Eine Vereinbarung über Kindesunterhalt gem. Art. 1288 des belg. code de procédure civile, die von den Elternteilen im Rahmen einer Scheidung im gegenseitigen Einvernehmen nach belgischem Recht geschlossen wurde, wirkt grundsätzlich nicht zu Lasten des Kindes, dessen Unterhaltsanspruch gegen die Eltern gem. Art. 203 des belg. Cc hiervon unberührt bleibt. 2. Die Rechtskraft eines belgischen Scheidungsurteils, in dessen Rahmen eine solche Vereinbarung zwischen den Eltern homologiert wurde (Art. 1298 des belg. code de procédure civile), erstreckt sich lediglich auf die Eltern als Prozessparteien des Scheidungsverfahrens.‹, IPG 2002 Nr. 23

Kren Kostkiewicz, Jolanta. ›Staatenimmunität im Erkenntnis- und im Vollstreckungsverfahren nach schweizerischem Recht‹, Abhandlungen zum schweizer Recht, Bd. 609, Bern, 1998

Lüpfert, Johanna Adelheid. ›Konnexität im EuGVÜ. Rechtsvergleichende Studie mit einem Vorschlag zur Weiterentwicklung des deutschen Rechts‹, Schriften zum Prozeßrecht, Bd. 131; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1995/1996, Berlin, 1997

Mansel, Heinz-Peter. ›Streitverkündung und Interventionsklage im Europäischen internationalen Zivilprozeßrecht (EuGVÜ/ Lugano-Übereinkommen)‹, in: Peter Hommelhoff/ Erik Jayme/ Stephan Mangold (Hrsg.), Europäischer Binnenmarkt IPR und Rechtsangleichung, S. 161-262, Heidelberg, 1995

OLG Düsseldorf. Az. 3 W 148/98 v. 09.04.98. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 34, 46, 47; HZÜ Art. 5 Abs. 2. Nach dem belgischen Recht wird der Prozeß durch die Zustellung des „dagvaarding", nämlich der Ladung zum Termin mit Angabe der Klagegründe, eingeleitet‹, RIW/AWD 1999, S. 464-466 = IPRax 2000, S. 307-308 = IPRspr. 1998 Nr. 181

OLG Frankfurt/ M. Az. 1 W 93/04 v. 30.03.05. ›EuGVO Artt. 34, 45, 46; AVAG § 22; BGB § 1579. Bei einem nach belgischem Recht eingelegten Pourvoi en Cassation handelt es sich um einen „ordentlichen Rechtsbehelf" i. S. d. Art. 46 EuGVO.‹, NJW-RR 2005, S. 1375-1376 = IPRspr. 2005 Nr. 166

OLG Köln. Az. 14 UF 117/02 v. 14.11.02. ›Belg. Cc Artt. 315, 332; EGBGB Artt. 16, 4, 19, 20, 224. Nach belg. Recht beträgt die Frist für die Anfechtung der Vaterschaft ein Jahr ab der Geburt des Kindes bzw. ihrer Entdeckung. Die Anfechtung wird mit einer Anfechtungsklage gem. Art. 315 belg. Cc des Vaters gegen die Mutter geltend gemacht. Bei der Frist gem. Art. 332 belg. Cc handelt es sich um eine Ausschlußfrist.‹, FamRZ 2003, S. 1857-1858 = IPRspr. 2002 Nr. 97

OLG Zweibrücken. Az. 3 W 165/04 v. 10.05.05. ›EMRK Artt. 6; EuGVO Artt. 34 Nr. 1 u. 2, 43, 45 Abs. 1; EuZVO Artt. 7 Abs. 2 Satz 2, 19 Abs. 2 lit. b; belg. Code judiciaire v. 10.10.1967 Artt. 55, 1048; AVAG §§ 1 Abs. 1 Nr. 2 lit. b, 3 Abs. 3, 11 Abs. 1 Satz 1; GG Art. 103 Abs. 1; ZPO §§ 188, 568. Gegen das von einem belg. Gericht erlassene Versäumnisurteil kann gem. Art. 1048 i.V.m. Art. 55 belg. Code judiciaire binnen einer sechswöchigen Frist Einspruch eingelegt werden. Die Wiedereinsetzung in die Rechtsmittelfrist ist nach belg. Recht nur innerhalb eines Jahres nach Erlass der Entscheidung möglich.‹, IPRspr. 2005 Nr. 151

Pintens, Walter. ›Menschenrechtskonvention und Privatrecht - Auswirkungen in Belgien‹, RabelsZ Bd. 63 (1999), S. 696-708

Pintens, Walter. ›Die belgische Reform des Scheidungsverfahrensrechts und des Rechts eines Kindes auf Anhörung‹, FamRZ 1995, S. 1043-1045

Rüßmann, Helmut. ›Moderne Elektrotechnologie und Informationsbeschaffung im Zivilprozeß‹, in: Peter F. Schlosser (Hrsg.), Die Informationsbeschaffung für den Zivilprozeß - Die verfahrensmäßige Behandlung von Nachlässen, ausländisches Recht und Internationales Zivilprozeßrecht, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht e.V., Bd. 8, S. 137-205, Bielefeld, 1996

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Belgien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 233-235, Berlin, 2009

Spellenberg, Ulrich. ›Örtliche Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs‹, ZVglRWiss 79 (1980), S. 89-131

Thalhammer, Hans. ›Die einstweilige Anordnung im deutschen und europäischen Kartellverfahrensrecht‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 105, München, 1986

Verschraegen, Bea. ›Die einverständliche Scheidung in rechtsvergleichender Sicht‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 142, Berlin, 1991

Weckesser-Georgi, Beate. ›Die letztinstanzliche Überprüfung der Behandlung ausländischen Rechts in zivilgerichtlichen Verfahren‹, zugl. Diss. Berlin 2005, Berlin, 2006

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Berger, Klaus Peter. ›Die Regelung der gerichtlichen Anfechtbarkeit internationaler Schiedssprüche in europäischen Schiedsgerichtsgesetzen‹, RIW/AWD 1989, S. 850-857

Bühler, Michael. ›Staatsgerichtliche Aufhebungskontrolle am Schiedsort? Zur Reform Belgiens‹, IPRax 1987, S. 253-257

Dasser, Felix. ›Internationale Schiedsgerichte und lex mercatoria: rechtsvergleichender Beitrag zur Diskussion über ein nicht-staatliches Handelsrecht‹, Schweizer Studien zum internationalen Recht, Bd. 59, Zürich, 1989

Haas, Ulrich. ›Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer und internationaler Schiedssprüche‹, Schriften zum Prozeßrecht, Bd. 99; zugl. Diss. Regensburg 1990, Berlin, 1991

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Kohl, Berthold Johannes. ›Vorläufiger Rechtsschutz in internationalen Handelsschiedsverfahren‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1017; zugl. Diss. Trier 1990, Frankfurt/ M. u.a., 1990

OLG Frankfurt. Az. 26 Sch 06/06 v. 24.10.06. ›Belg. Cc Artt. 1156, 1157, 1162; Belg. Cjud Art. 1677; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 27, 32 Abs. 1 Nr. 1; ZPO §§ 293, 1032 Abs. 2, 1062. Nach Art. 1677 belg. Cjud ist eine Schiedsvereinbarung durch ein schriftliches, von den Parteien unterzeichnetes Instrument oder durch andere Dokumente, die für die Parteien verbindlich sind und ihre Absicht, ein Schiedsgericht anzurufen, widerspiegeln, zu errichten. In Rechtsprechung und Literatur in Belgien ist insoweit anerkannt, dass eine Schiedsklausel soweit wie möglich für wirksam erachtet werden soll, wenn der Wunsch der Parteien, Streitigkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, eindeutig festgestellt werden kann. Ist eine Schiedsklausel nicht eindeutig formuliert, richtet sich deren Auslegung nach den allgemeinen Vorschriften des belg. Cc. Nach Art. 1156 belg. Cc soll das Gericht bei der Auslegung einer Klausel, deren Wortlaut nicht eindeutig ist, losgelöst von diesem die gemeinsame Absicht der Parteien (also deren wirklichen Willen) erforschen. Wenn eine Vertragsbestimmung mehrdeutig ist, sollte das Gericht sich eher für die Bedeutung entscheiden, die der Bestimmung Wirkung verleihen würde, als für die Bedeutung, bei der das nicht der Fall wäre (Art. 1157 belg. Cc). Schließlich sollen mehrdeutige Begriffe so ausgelegt werden, wie es am besten passt und logisch am ehesten mit der Bedeutung, dem Gegenstand und/oder den anderen Bestimmungen des Vertrags in Einklang zu bringen ist. Damit ist für die Frage der Wirksamkeit einer Schiedsklausel nach belg. Recht zunächst zu prüfen, ob sie überhaupt wirksam vereinbart wurde und im Übrigen ausreichend klar und bestimmt ist, insbesondere die geltende Schiedsordnung und das Schiedsgericht bestimmbar sind. Dabei ist durch Auslegung der wirkliche Wille der Parteien zu erforschen, wobei der internationalen Praxis entsprechend unklare Abreden generell möglichst großzügig zugunsten der Wirksamkeit von Schiedsabreden auszulegen sind. Nur wenn gleichwohl Zweifel verbleiben, gehen diese bei Vereinbarung einer Schiedsklausel in AGB zu Lasten des Verwenders (Art. 1162 belg. Cc).‹, IPRspr. 2006 Nr. 216

OLG Frankfurt/ M. Az. 26 Sch 3/06 v. 20.07.07. ›Belg. C.proc.civ. Art. 1677; EGBGB Artt. 27, 31 Abs. 2, 32 Abs. 1 Nr. 1; AGBG § 3; BGB §§ 119 Abs. 1, 123, 139, 142 Abs. 1, 305c; ZPO §§ 293, 1031 Abs. 3, 1032 Abs. 2, 1040 Abs. 1 S. 2, 1062. Nach Art. 1677 belg. C.proc. civ. ist eine Schiedsvereinbarung durch ein schriftliches, von den Parteien unterzeichnetes Dokument, das für die Parteien verbindlich ist und das ihre Absicht, ein Schiedsgericht anzurufen, wiederspiegelt, zu errichten.‹, IPRspr. 2007 Nr. 219

OLG Stuttgart. Az. 5U 3/86 v. 22.12.86. ›Dt.-belg. Anerk.- u. Vollstreckungsabk. Art. 13 Abs. 1; UN-SchiedsAVÜ Artt. III, V Abs. 1 lit. b); EuGVÜ Art. 1 Abs. 4; Verf.ordnung d. IHK Art. 18 Abs. 2, 3 i.V. m. Art. 2 Abs.8. Zur Anerkennungsfähigkeit eines Schiedsspruches gemäß Art. 13 Abs. 1 des deutsch-belgischen Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommens und Artt. 3 ff. des UN-Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.‹, IPRax 1987, S. 369-372

Rensmann, Thilo. ›Anationale Schiedssprüche: eine Untersuchung zu den Wirkungen anationaler Schiedssprüche im nationalen Recht‹, Schriften zum

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Internationalen Recht, Bd. 86; zugl. Diss. Bonn 1996, Berlin, 1997

Schilf, Sven. ›Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 138, Tübingen, 2005

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Belgien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 233-235, Berlin, 2009

Solomon, Dennis. ›Die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen in der internationalen privaten Schiedsgerichtsbarkeit‹, München, 2006

Storme, Marcel. ›Das Territorium im Recht. Die Stellung der Schiedsgerichtsbarkeit im belgischen Recht‹, in: FS Walther J. Habscheid (1989), S. 317-323, Bielefeld, 1989

Verbist, Herman. ›Reform des belgischen Rechts der Schiedsgerichtsbarkeit.(Das Gesetz vom 19. Mai 1998)‹, BB 1998, Beilage 9, S. 4-9

C.VII. Zustellung

Gerth, Axel. ›Fehlende Übersetzung der Klageschrift als Anerkenntnishindernis nach dem EuGÜbk (Urteilsanmerkung)‹, RIW/AWD 1987, S. 541-545

KG. Az. 14 W 1844/85 v. 09.07.85. ›Belg. C.jud. Artt. 37, 40 Abs. 2. Zur Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstückes nach belgischem Recht.‹, IPRspr. 1985 Nr. 176 = RIW/AWD 1986, S. 637

Kondring, Jörg. ›Vom stillen Ende der Remise au Parquet in Europa‹, RIW/AWD 2007, S. 330-335

Kondring, Jörg. ›Die Heilung von Zustellungsfehlern im internationalen Zivilrechtsverkehr‹, Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft, Bd. 96; zugl. Diss. Münster 1995, Berlin, 1995

Moons, Eric J. H. ›Zustellung im deutsch-belgischen Rechtsverkehr‹, RIW/AWD 1989, S. 903-906

Nagel, Heinrich. ›Zustellung von Versäumnisurteilen im Verhältnis der Bundesrepublik zu Belgien (insb. zu belg. Cass. v. 7.5.1982, J.T. 1983, S. 649)‹, IPRax 1986, S. 116-117

OLG Koblenz. Az. 2 U 1072/89 v. 30.11.90. ›GVÜ Artt. 21 Abs. 1, 27 Abs. 3; Cjud Art. 40. Nach belgischem Prozeßrecht gilt eine Zustellung an eine Person, die in Belgien weder einen Wohnort noch einen Aufenthaltsort hat, nicht bereits mit der Aushändigung der Klageschrift als bewirkt, sondern erst mit der Aushändigung derselben an den Staatsanwalt des angerufenen Gerichts.‹, IPRspr. 1990 Nr. 194 = RIW 1991, S. 63 = EuZW 1991, S. 158

OLG Köln. Az. 16 W 27/01 v. 12.11.01. ›EuGVO Artt. 34 Nr. 2, 66 Abs. 2 lit. a; EuGVÜ Artt. 16 Nr. 1 lit. a; 27 Nr. 2, 36 Abs. 1, 37, 46, 47; EMRK Art. 6 Abs. 1; belg. Cc Artt. 1047, 1050; AVAG §§ 11, 12 Abs. 1, 15 Abs. 1, 22 Abs. 2; ZPO § 546 Abs. 1 Nr. 2. Das belg. Recht erlaubt in Mietangelegenheiten den Weg einer vereinfachten Zustellung der Ladung mittels eines Gerichtsbriefs per Einschreiben mit Rückschein. Gegen die Zustellung können die Rechtsmittel des Einspruchs nach Art. 1047 belg. Cc und der Berufung nach Art. 1050 belg. Cc eingelegt werden.‹, IPRspr. 2005 Nr. 148a

OLG Köln. Az. 16 W 23/01 v. 23.01.02. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 31, 34 Abs. 2, 36, 37, 46; belg. Cc Artt. 1153 ff., 1155, 1907; AVAG i.d.F v. 19.2.2001 §§ 11, 12 Abs. 1. Nach belg. Recht hat die Zustellung der Klage den Verzug des Schuldners zur Folge. Insbes. muss eine fällige Geldschuld, die eingeklagt wird, vom Augenblick der Zustellung an verzinst werden. Das belg. Prozessrecht fingiert bei Auslandszustellungen eine Zustellung im Inland, wenn das zuzustellende Schriftstück vom Zustellungsorgan (Gerichtsvollzieher) an die für dessen Weiterleitung ins Ausland zuständige Stelle (Staatsanwalt) zur Weiterleitung ins Ausland übergeben wird (remise au parquet).‹, IPRspr. 2002 Nr. 185

OLG Köln. Az. 7 W 34/94 v. 06.10.94. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 34 Abs. 2; ZPO §§ 335 Abs. 2, 337 S. 2. Ein von den §§ 335 Abs. 2, 337 S. 2 ZPO abweichendes ausländisches Verfahren muß nicht mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar sein. In Belgien gilt das Zustellungsverfahren der „remise au parquet“.‹, EuZW 1995, S. 381-384

OLG Köln. Az. 13 W 11/91 v. 08.07.91. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 31, 32, 34, 36 Abs. 2, 37, 46; AVAG §§ 11, 12. Das Zustellzeugnis des Rechtspflegers, aus dem sich ergibt, daß ein bestimmtes Schriftstück (hier: Ladung eines belgischen Gerichts - „Citation“) ausweislich einer Postzustellungsurkunde dem Empfänger persönlich übergeben wurde, genügt dem Formerfordernis des Art. 46 Nr. 2 EuGVÜ.‹, OLGZ 1993, S. 68-70 = RIW/AWD 1993, S. 149-150 = VersR 1992, S. 214 = IPRspr. 1991 Nr. 208

OLG Köln. Az. 13 W 73/88 v. 12.04.89. ›In Belgien gilt das Zustellungsverfahren der „remise au parquet“. Nach diesem System, das Auslandszustellungen als im Inland erfolgt fingiert, beginnen Fristen schon dann zu laufen, wenn die für die Auslandszustellung erforderlichen Handlungen im Gerichtsstaat vorgenommen sind, so daß Versäumnisurteile ohne den Nachweis ergehen können, daß dem Beklagten die Mitteilung über das anhängige Verfahren bzw. den Verhandlungstermin zugegangen ist.‹, IPRspr. 1989 Nr. 213 = OLGZ 1990, S. 381 = NJW-RR 1990, S. 127 = RIW/AWD 1990, S. 229 = VersR 1989, S. 727

Wiehe, Herbert. ›Zustellungen, Zustellungsmängel und Urteilsanerkennung am Beispiel fiktiver Inlandszustellungen in Deutschland, Frankreich und den USA‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 407; zugl. Diss. Bonn 1993, München, 1993

C.VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht

Ackmann, Hans-Peter. ›Schuldbefreiung durch Konkurs? Eine rechtshistorische, rechtsvergleichende und rechtspolitische Untersuchung zur Reformbedürftigkeit des Rechtes der freien Nachforderung (§ 164 Abs. 1 KO)‹, Schriften zum deutschen und europäischen Zivil-, Handels- und Prozeßrecht, Bd. 96, Bielefeld, 1983

BGH. Az. IX ZR 178/84 v. 11.07.85. ›Zur Rechtsstellung des „curateur“ (Konkursverwalter) belgischen Rechts im deutschen Konkursverfahren. Zur konkursrechtlichen Zulässigkeit einer Aufrechnung nach belgischem Recht.‹, JZ 1986, S. 91-96 = IPRspr. 1985 Nr. 218 = BGHZ 95, S. 256 = NJW 1985, S. 2897 = RIW/AWD 1985, S. 729 = WM 1985, S. 1004 = RPfleger 1985, S. 412 = DB 1985, S. 2187

Brüls-Dehin, Christine. ›Die Neuregelung der belgischen Vergleichsordnung‹, RIW/AWD 1999, S. 338-342

Demeyere, Luc/ Everaert, Jost. ›Die neue belgische Gesetzgebung über das Vergleichs- und Konkursverfahren‹, Zeitschrift f. Insolvenzrecht 1999, S. 165-191

DIV-Gutachten v. 03.02.1993, Az. LB 1. ›Belgien: Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen, keine Unterstützung durch Jugendbehörden, Pfändung von Arbeitslosengeld (Freibeträge)‹, ZfJ 1993, S. 378

DIV-Gutachten v. 09.01.1990, Az. LB 1. ›Belgien: Vollstreckung aus deutschen Titeln in Belgien‹, ZfJ 1990, S. 451

DIV-Gutachten v. 11.08.1993, Az. LB 1. ›Selbstbehalt in Belegien, Rente‹, ZfJ 1993, S. 500

DIV-Gutachten v. 17.10.1989, Az. LB 1. ›Belgien: Vollstreckung/Arrest gegen einen in Deutschland stationierten belgischen Militärangehörigen, Soldpfändung, Frist zur Klageerhebung, (vgl. auch § 926 ZPO), Art. 34 III Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, Hilfe durch deutsche Botschaft‹, ZfJ 1990, S. 68-69

DIV-Gutachten v. 25.06.1992, Az. LB 1. ›Zwangsvollstreckung aus deutschen Gerichtsentscheidungen und aus Versäumnis-Entscheidungen, Voraussetzungen, Zustellung, Prozeßkostenhilfe nur für Gerichtskosten, nicht vollständig für Anwaltskosten, belgische Übersetzungen‹, ZfJ 1992, S. 490

DIV-Gutachten v. 27.11.1989, Az. LB 1. ›Haager Vollstreckungsabkommen, Lohnpfändung in Belgien‹, ZfJ 1990, S. 355-356

DIV-Gutachten v. 28.09.1988, Az. LB 1,/ LE 4. ›Vollstreckung in Belgien bzw. Großbritannien‹, ZfJ 1988, S. 553

Drobnig, Ulrich. ›Die Verwertung von Mobiliarsicherheiten in einigen Ländern der Europäischen Union‹, RabelsZ 60 (1996), S. 40-57

Gärtner, Joachim. ›Probleme der Auslandsvollstreckung von Nichtgeldleistungen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 281, München, 1991

Hamburg (Gutachten). ›Belg. Cc Artt. 1290, 1291, 1298; belg. Code de commerce Art. 444; belg. Konkursgesetz 1997 Artt. 16, 17. 1. Zu den Formen der Aufrechnung im belgischen Recht. 2. Voraussetzungen der Aufrechnung nach Eröffnung des Konkursverfahrens; insbesondere zum Begriff der Konnexität und zur Frage, wann diese bei Forderungen aus formell verschiedenen Verträgen bestehen kann.‹, IPG 2000/2001 Nr. 45

Hergenröder, Curt Wolfgang/ Alsmann, Christine. ›Das Privatinsolvenzrecht in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden‹, ZVI 2009, S. 177-187

Hesterberg, Horst/ Schmitz, Marc. ›Effektivität und Erfolge in der Zwangsvollstreckung: vergleichende Betrachtungen für Belgien und Deutschland‹, DGVZ 2006, S. 84-86

Hoffmann, Elisabeth. ›Konkursrecht in Belgien‹, RIW/AWD 1984, S. 850-854

Hoffmann, Elisabeth. ›Grundzüge des belgischen Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts‹, Bern, München, 1996

Houtte, Hans van. ›Das belgische Internationale Privatrecht - Übersicht der Jahre 1989-1995‹, IPRax 1997, S. 192-200

Kampf, Achim. ›Neuregelung des Internationalen Insolvenzrechts in Belgien‹, IPRax 2006, 620-624

Keppelmüller, Rudolf C. ›Österreichisches Internationales Konkursrecht‹, Wien, 1997

Köln (Gutachten). v. 28.10.82. ›Belg. C.com. Artt. 444 ff.. Vertretungsmacht und Rechtsstellung des Konkursverwalters nach belgischem Recht.‹, IPG 1982 Nr. 40

Kren Kostkiewicz, Jolanta. ›Staatenimmunität im Erkenntnis- und im Vollstreckungsverfahren nach schweizerischem Recht‹, Abhandlungen zum schweizer Recht, Bd. 609, Bern, 1998

Leutner, Gerd. ›Die vollstreckbare Urkunde im europäischen Rechtsverkehr‹, Schriften zum Prozeßrecht, Bd. 133; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 1996, Berlin, 1997

LG Aachen. Az. 43 O 106/03 v. 16.12.05. ›EuGVO Artt. 1 Abs. 2 lit. b, 23, 27, 28, 33 Abs. 1, 66 Abs. 1; EuInsVO Artt. 1, 3 Abs. 1, 4; belg. Cc Art. 574 Abs. 2; belg. loi sur les faillites v. 8.8.1997 Artt. 16, 24, 101, 102, 103, 104; BGB § 371 Satz 1; ZPO § 256 Abs. 1. Die Zuständigkeit des belg. Insolvenzgerichts kann sich aus Art. 574 Satz 2 des belg. Cc ergeben. Art. 24 des belg. lois sur les faillites verbietet die Einzelzwangsvollstreckung in das Vermögen des Schuldners nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Das

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

belg. Insolvenzverfahren ergreift, von den in Art. 16 loi sur les faillites aufgezählten Ausnahmen abgesehen, das gesamte Vermögen des Schuldners, also sämtliche Aktiva und Passiva; dazu zählen auch die ihm erteilten Bürgschaften. Der Gläubiger darf aber ein ihm zustehendes Aussonderungsrecht, wenn der Insolvenzverwalter es bestreitet, außerhalb des Insolvenzverfahrens gerichtlich durchsetzen. Ein Aussonderungsrecht besteht nicht nur hinsichtlich der in Art. 101-104 loi sur les faillites aufgezählten Sachen und Rechte; auch ein schuldrechtlicher Herausgabeanspruch kann zur Aussonderung berechtigen, sofern die Sache innerhalb des Schuldnervermögens individualisierbar und bei wertender Betrachtung ihm nicht zuzuordnen ist.‹, IPRspr. 2005 Nr. 131

LG Aachen. Az. 6 T 28/93 v. 27.08.93. ›Belg. C.com. Art. 444; ZPO §§ 237, 240. Mit Konkurseröffnung verliert der Gemeinschuldner die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über sein Vermögen. An seine Stelle tritt der Konkursverwalter.‹, RIW/AWD 1994, S. 685-686 = MDR 1993, S. 1235 = IPRspr. 1993 Nr. 203

LG Düsseldorf. Az. 6 O 658/93 v. 30.08.94. ›Belg. C. com. Artt. 444, 479; ZPO § 240; KO § 237. Mit der Konkurseröffnung verliert der Gemeinschuldner nach Art. 444 belg. C.com. die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über sein Vermögen. An seine Stelle tritt der „Curateur" (Konkursverwalter), zu dessen Befugnissen auch die Forderungseinziehung gehört (Art. 479 C.com.)‹, IPRspr. 1994 Nr. 200 = ZIP 1994, S. 1616-1617

OLG Düsseldorf. Az. 3 W 434/98 v. 28.06.00. ›EuGVÜ Artt. 27, 28, 36, 46, 47; Belg. Cc Artt. 2244, 2262; BGB § 242. Bereits titulierte Zinsen verjähren gem. Art. 2262 belg. Cc innerhalb von 10 Jahren. Diese Frist beginnt 10 Tage nach Verkündung des Gesetzes zu laufen und darf 30 Jahre nicht überschreiten. Die Verjährung kann gem. Art. 2244 belg. Cc durch Antrag auf Erteilung einer Vollstreckungsklausel unterbrochen werden.‹, IPRspr. 2000 Nr. 153 = RIW/AWD 2001, S. 303

OLG Köln. Az. 16 W 6/00 v. 07.04.00. ›EuGVÜ Artt. 26, 27, 28, 37, 38, 39; belg. ZPO Art. 40; AVAG §§ 6 ff., 11, 12, 37; ZPO §§ 709, 750; BGB §§ 232, 239. Gem. Art. 40 belg. ZPO hat der Gerichtsvollzieher eine Kopie aller Unterlagen an den Antragsgegner zu senden und den Einlieferungsschein seiner Zustellungsurkunde beizufügen.‹, IPRspr. 2000 Nr. 151

Rauscher, Thomas. ›Immobiliarzwangsvollstreckung bei fremdem Güterstand. Vollstreckungstitel und Anteilspfändung, insbesondere bei jugoslawischem und italienischem Güterrecht‹, RPfleger 1988, S. 89-94

Remien, Oliver Robert Matthias. ›Rechtsverwirklichung durch Zwangsgeld: Vergleich - Vereinheitlichung - Kollisionsrecht‹, Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 54; zugl. Diss. Hamburg 1990, Tübingen, 1992

Riegel, Ralf. ›Grenzüberschreitende Konkurswirkungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und den Niederlanden: Anerkennung, anwendbares Recht, Tatbestandswirkungen‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 283; zugl. Diss. Bonn 1990, München, 1991

Schmitz, Marc. ›Das freiberufliche Gerichtsvollziehersystem in Belgien‹, Forderung & Vollstreckung 2008, S. 37-40

Wiesbauer, Bruno. ›Die Konkursabkommen mit Belgien, Frankreich und Italien‹, ÖJZ 1988, S. 12-17

Wiórek, Piotr Marcin. ›Das Prinzip der Gläubigergleichbehandlung im Europäischen Insolvenzrecht‹, Heidelberger Schriften zum Wirtschaftsrecht und Europarecht, Bd. 25; zugl. Diss. Heidelberg 2005, Baden-Baden, 2005

C.IX. Sonstiges

Beysen, Erwin. ›Das Rechtsanwaltshonorar im belgischen Zivilprozess: ein ersatzfähiger Schaden der obsiegenden Prozesspartei?‹, VersRAI 2006, S. 59-64

Groß, Frank. ›Die Haftung des Advokaten in Belgien‹, ZAP 2005, S. 774-778

Koch, Matthias. ›Unvereinbare Entscheidungen im Sinne der Artt. 27 Nr. 3 und 5 EuGVÜ und ihre Vermeidung‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1366; zugl. Diss. Hamburg 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Maier, Jochen/ Kocks, Christoph. ›Das anwaltliche Gebührenrecht in Belgien. Eine Orientierungshilfe für den im deutsch - belgischen Rechtsverkehr tätigen Anwalt‹, BRAK - Mitteilungen 1995, S. 190-194

Schwachtgen, André. ›Die Notare in den Benelux-Staaten und in Großbritannien‹, MittBayNotK, Sonderheft 1990, S. 5-6

Steinhauer, Curd. ›Im Westen viel Neues (Teil 2) - Die richterliche Aus- und Fortbildung im Königreich Belgien‹, ÖRZ 2008, S. 15-17

Vuylsteke, Bram. ›Das belgische Notargesetz‹, Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis 2001, S. 174-181

Belize

B. Sachrecht

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Kochinke, Clemens I.M. ›Das rechtliche Umfeld von Investitionen in Belize‹, RIW/AWD 1986, S. 520-525

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Belize‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 67, Heidelberg, 1997

Mallmann, Dankwart. ›Lateinamerika - Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10458, Köln, 2004

Benin

B. Sachrecht

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Denissow, W. N. ›Rechtssysteme in Entwicklungsländern‹, Berlin (Ost), 1981

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Leonberg. Az. XVI 15/83 v. 05.12.83. ›FGG § 43 b; EGBGB Artt. 11, 22 Abs. 1 (a.F.). Hat eine deutsche Staatsangehörige ein Kind durch in der Volksrepublik Benin nach beninischem Recht ausgesprochene Adoption angenommen, so besteht ein Rechtsschutzbedürfnis für eine erneute Vornahme der Adoption, da eine beninische Adoption nur schwache Wirkungen entfaltet und von deutscher Seite nicht anerkennungsfähig ist. Für die Zweitadoption reicht es aus, wenn die Einwilligung des Vaters und des gesetzlichen Vertreters des Kindes in der beninischen Ortsform abgegeben wurden.‹, IPRax 1986, S. 306-307

B.IV.4. Erbrecht

Gbaguidi, Ahonagnon Noel. ›Erbrecht an Grund und Boden in Benin - Betrachtungen zur Ermittlung des Erbstatuts in einem Mehrrechtsstaat‹, Diss. Bayreuth 1993

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Benin‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 68, Heidelberg, 1997

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Nwauche, E. S. ›Die Reform des Gewerblichen Rechtsschutzes in Nigeria und die Perspektive Afrikas südlich der Sahara‹, GRUR Int. 2000, S. 829-853

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

B.VI.3. Islam

Sivers, Peter von. ›Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: Maghreb und Westafrika‹, in: Werner Ende/ Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, S. 409-426, 4. Aufl., München, 1996

Bermuda Inseln

B. Sachrecht

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Bermuda‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 69, Heidelberg, 1997

Mallmann, Dankwart. ›Lateinamerika - Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10458, Köln, 2004

Bhutan

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Hecker, Hellmuth (Übers.). ›Bhutan: Staatsangehörigkeitsgesetz vom 10. 6. 1985‹, StAZ 1998, S. 217-218

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Hecker, Hellmuth. ›Die Staatsangehörigkeit von Bhutan‹, StAZ 1998, S. 202-206

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Bolivien

A. Internationales Privatrecht

A.I.3.a. Ratifikation

Neuhaus, Heinrich. ›Die Konventionen der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) über Internationales Privatrecht in der Sicht eines Europäers (Konventionen von Montevideo (1979) und von Panama (1975))‹, ZfRV 23 (1982), S. 287-301

Samtleben, Jürgen. ›Neue interamerikanische Konventionen zum Internationalen Privatrecht‹, RabelsZ 56 (1992), S. 1-114

A.III.2.b. Deliktsrecht

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 17‹, in:

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.III.2.c. Sonstige gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag; ungerechtfertigte Bereicherung)

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 17‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Fritsche, Karl. ›Ehenamen einer Deutschen nach Eheschließung mit einem Bolivianer 1980 in Bolivien; Familiennamen der in Bolivien geborenen Kinder‹, StAZ 1990, S. 300-301

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Kozel, Ingeborg. ›Südamerika: Forderungsabtretung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 3156, Köln, Berlin, 1994

Lewinski, Silke von/ Schlatter, S. (Übers.). ›Andenpakt - Kommission des Abkommens von Cartagena. Beschluß 351 - Gemeinsame Regelung über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 17. Dezember 1993‹, GRUR Int. 1996, S. 713-718

Schlattes, S. E. (Übers.). ›Andenstaaten: Beschluß Nr. 344 - Gemeinsame Regelungen über den Gewerblichen Rechtsschutz‹, GRUR Int. 1994, S. 917-931

B.I.3.a. Ratifikation

Castro Montenegro, Jorge. ›Die Regelung des Patent- und Lizenzrechts im Andenpakt. Systematische Darstellung mit Hinweisen auf das deutsche Patentrecht‹, Regionalwissenschaft Lateinamerikas, Bd. 2; zugl. Diss. Münster 1992, Münster, Hamburg, 1993

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Eine neue Konvention zum Schutz von Adoptivkindern - Das Interamerikanische Übereinkommen über das auf die Minderjährigen-Adoption anwendbare Recht vom 24.05.1984‹, StAZ 1985, S. 124-129

B.III.2.a. Vertragsrecht

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 17‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Grötsch, Michael/ Wiethaup, Gerd. ›Die Sicherung und Durchsetzbarkeit von Forderungen nach bolivianischem Recht‹, RIW/AWD 1987, S. 797-798

Schwonke, Martina. ›Verkehrsschutz bei der Stellvertretung im deutschen Recht und in den lateinamerikanischen Rechten unter besonderer Berücksichtigung des positiven Vertrauensschutzes‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 148; zugl. Diss. Göttingen 1989, Baden-Baden, 1990

B.III.3. Sachenrecht

Röthlisberger, Andreas. ›Traditionsprinzip und Konsensprinzip bei der Mobiliarübereignung; eine vergleichende Untersuchung zu den iberischen und lateinamerikanischen Kodifikationen‹, Schweizer Studien zum internationalen Recht, Bd. 28; zugl. Diss. Bern 1982, Bern, 1982

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Fritsche, Karl. ›Ehenamen einer Deutschen nach Eheschließung mit einem Bolivianer 1980 in Bolivien; Familiennamen der in Bolivien geborenen Kinder‹, StAZ 1990, S. 300-301

Heinen, Hans Peter. ›Namensführung der Ehefrau in Bolivien‹, StAZ 1993, S. 398-401

Jauß, Wolfgang. ›Ehenamen eines Deutschen, der nach seinem früheren bolivianischen Heimatrecht einen Doppelnamen führt‹, StAZ 1995, S. 116

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Brühl. Az. 80 XVI K 3/99 v. 26.11.99. ›FGG § 16 a; PStG § 45 Abs. 2; GG Art. 3. Bei einer bolivianischen Adoption handelt es sich nicht um eine schwache, sondern um eine Volladoption. Sie kommt in ihren Wirkungen der Annahme als Kind gleich‹, IPRax 2001, S. 141-142

DIV-Gutachten v. 30.08.1990, Az. B2, B3. ›Bolivien/ Brasilien: Scheinehelichkeit nach bolivianischem und brasilianischem Recht. Namensführung bei Doppelstaatern. Anerkennung der Vaterschaft unter den drei Alternativen des Art. 20 I EGBGB; Art. 19, 14, 10 EGBGB‹, ZfJ 1990, S. 596-597

Fuchs, Angelika. ›Auslandsadoptionen vor inländischen Gerichten (zu AG Brühl, 26.11.1999 - 80 XVI K 3/99 und OGH, 22.12.1999 - 3 Ob 321/99y)‹, IPRax 2001, S. 116-119

Heinrich, Gregor. ›Adoption in Lateinamerika‹, ZVglRWiss 85 (1986), S. 100-135

Kornmacher, Stefan. ›Die Rechtsstellung des nichtehelichen Kindes im spanischsprachigen Lateinamerika‹, Deutsche Hochschuledition, Bd. 56; zugl. Diss. Kiel 1996, Neuried, 1996

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Paust, Sebastian. ›Vermögensrechtliche Beziehungen zwischen den Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Eine rechtsvergleichende Betrachtung unter Einbeziehung des deutschen, spanischen, portugiesischen und lateinamerikanischen Rechts‹, Deutsch-Spanische Rechtsschriften; zugl. Diss. Regensburg 1991, Baden-Baden, 1992

Striewe, Peter. ›Ausländisches und Internationales Privatrecht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft‹, Osnabrücker Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 4; zugl. Diss. Osnabrück 1985, Köln u.a., 1986

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Herdegen, Matthias. ›Investitionsschutz in Lateinamerika: Neuere Entwicklungen im Verfassungs- und Völkervertragsrecht‹, ZVglRWiss 94 (1995), S. 341-352

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Mesa-Lago, Carmelo. ›Die Renten der Sozialen Sicherheit in Lateinamerika nach drei Jahrzehnten der Reform‹, ZIAS 2009, S. 1-34

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Mallmann, Dankwart. ›Lateinamerika - Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10458, Köln, 2004

Zwernemann, Dieter. ›Bolivien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 70-72, Heidelberg, 1997

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Bohn, Patricia. ›Parallelimportregelungen im Patent- und Markenrecht in Lateinamerika‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 17; zugl. Diss. München 2009, Baden-Baden, 2010

Correa, Carlos M. ›Veränderungen im lateinamerikanischen Patentrecht‹, GRUR Int. 1994, S. 799-807

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Markowski, Andreas. ›Der gewerbliche Rechtsschutz in den Ländern der Andengemeinschaft‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 11; zugl. Diss. München 2003, Baden-Baden, 2004

Olivares Santibánez, María Christina. ›Markenschutz im lateinamerikanischen Recht‹, Diss. Göttingen 1981

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Böttcher, Georg. ›Kartell- und Lauterkeitsrecht in den Ländern der Andengemeinschaft‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 10; zugl. Diss. München 2003, Baden-Baden, 2004

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Goncalves, Guilherme. ›Rechtssoziologische Interpretationen des Rechtsdiskurses in Lateinamerika. Eine postkoloniale Kritik‹, Juridikum 2010, S. 311-325

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

Fuchs, Angelika. ›Auslandsadoptionen vor inländischen Gerichten (zu AG Brühl, 26.11.1999 - 80 XVI K 3/99 und OGH, 22.12.1999 - 3 Ob 321/99y)‹, IPRax 2001, S. 116-119

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Eine neue Konvention zum Schutz von Adoptivkindern - Das Interamerikanische Übereinkommen über das auf die Minderjährigen-Adoption anwendbare Recht vom 24.05.1984‹, StAZ 1985, S. 124-129

Möllring, Eva. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Südamerika‹, Diss. Göttingen 1984/85

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Samtleben, Jürgen. ›Schiedsgerichtsbarkeit in den Andenpaktstaaten, Teil I u. II‹, RIW/AWD 1984, S. 600-604 u. 860-874

C.IX. Sonstiges

Gebel, Anja C. ›Ombudsinstitutionen in Lateinamerika - Die Kunst des Überzeugens und politische Machtinteressen‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 562; zugl. Diss. Hamburg 2008, Frankfurt/ M. u.a., 2008

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Bosnien und Herzegowina

A. Internationales Privatrecht

A.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Jessel-Holst, Christa. ›Neue Entwicklungen im Bereich des Familienrechts der jugoslawischen Nachfolgestaaten - unter besonderer Berücksichtigung der Neukodifikation in der Republika Srpska (Bosnien und Herzegowina) vom Jahre 2002‹, FamRZ 2004, S. 847-854

A.IV.3.b. Eherecht

BayObLG. Az. 2 Z BR 17/92 v. 02.04.92. ›Jugosl. Gesetz v. 15.07.1982 zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit anderen Staaten Artt. 36-38; jugosl. GG über die Ehe v. 03.04.1946 Artt. 7, 8; EGBGB Art. 15; GBO § 20. Nach jugosl. IPR ist eine Rechtswahl möglich. Das Kollisionsrecht Jugoslawiens sieht hinsichtlich der güterrechtlichen Wirkungen einer Ehe keine Rück- oder Weiterverweisung vor. Diese Regel gilt auch in den ehemaligen jugosl. Teilrepubliken. Die Republiken und autonomen Gebiete Jugoslawiens haben die Artt. 7, 8 des früher in Jugoslawien als Bundesrecht geltenden Grundgesetzes über die Ehe übernommen. Nach dem Recht Kroatiens, Mazedoniens, Bosnien-Herzegowinas, Montenegros, Serbiens und Sloweniens ist danach grundsätzlich nur das während der Ehe durch Arbeit erworbene Vermögen gemeinsames Vermögen. Das vor der Ehe erlangte Vermögen bleibt Alleineigentum des jeweiligen Ehegatten.‹, DNotZ 1992, S. 575-578 = BayObLGZ 1992, S. 85-88 = MittRhNotK 1992, S. 152-153 = RPfleger 1992, S. 341-342 = IPRspr. 1992 Nr. 87

OLG Stuttgart. Az. 17 UF 104/96 v. 18.03.97. ›Bosn. Familienges. v. 29.5.1979 Artt. 55, 60 ff., 66; jugosl. Ges. v. 15.7.1982 zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit den Vorschriften anderer Länder in bestimmten Beziehungen (IPR-G) Artt. 61 Abs. 2, 89; EGBGB Artt. 14 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1; ZPO § 606 Abs. 1 Nr. 4. Es ist davon auszugehen, dass das jugosl. IPR-G von der Republik Bosnien und Herzegowina übernommen worden ist. Nach dessen Art. 61 Abs. 2 sind die jugosl. Gerichte in Ehesachen ausschließlich zuständig, wenn der beklagte Ehegatte Jugoslawe ist und einen Wohnsitz in Jugoslawien unterhält. Nach Art. 89 Abs. 1 IPR-G scheidet die Anerkennung einer ausländischen Gerichtsentscheidung aus, wenn in der Sache, die ergangen ist, eine ausschließliche Zuständigkeit der jugosl. Gerichte besteht. Das Anerkennungshindernis besteht nicht ausnahmslos. Nach Art. 89 Abs. 2 IPR-G bedeutet die ausschließliche Zuständigkeit der jugosl. Gerichte kein Hindernis für die Anerkennung einer ausländischen Gerichtsentscheidung, wenn sich der Beklagte der Anerkennung nicht widersetzt. Nach Art. 55 bosn. Familienges. setzt die Scheidung schwere und dauerhafte Zerrüttung der Ehebeziehungen voraus. In Artt. 60 ff bosn. Familienges. ist ein Versöhnungsversuch vorgesehen. Er ist bei Aufenthalt eines Ehepartners im Ausland entbehrlich, Art. 66 bosn. Familienges..‹, IPRspr. 1997 Nr. 165

Westenburger, Helmut. ›Die Anwendbarkeit des Art. 13 EGBGB bei der Eheschließung bosnischer Staatsangehöriger‹, StAZ 1995, S. 248-249

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

BayObLG. Az. 1 Z BR 35/01 v. 26.03.02. ›MSA Art. 2 Abs. 2 Satz 2; jugosl. Ges. zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit den Vorschriften anderer Staaten (jugosl. IPR) v. 15.7.1982 Art. 44; Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina Artt. 142 ff.; EGBGB Artt. 7, 14, 21, 22, 23; BGB § 1748. Das Internationale Privatrecht von Bosnien und Herzegowina sieht in Art. 44 für die Voraussetzungen einer binationalen Adoption vor, daß die Rechte beider Staaten kumulative Anwendung finden. Nach Art. 142 Abs. 1 i.V. m. Artt. 153 ff. des Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina ist die Ersetzung der Einwilligung des Vaters hinsichtlich einer Adoption des Kindes nicht möglich. Die Gültigkeit der Annahme an Kindes statt hängt von der Einwilligung der Eltern des Angenommenen ab, Artt. 142 Abs. 1, 154 Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina. Im Falle der „nicht vollen Annahme" kann die Zustimmung eines Elternteils entbehrlich sein, Art. 149 Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina.‹, BayObLGZ 2002, S. 99-107 = FamRZ 2002, S. 1282-1285 = IPRspr. 2002 Nr. 112

LG Rottweil. Az. 4 T 129/94 v. 03.02.95. ›Jugosl. IPR-G Art. 41. Nach Art. 41 jugosl. IPR-Ges ist für die Anerkennung, Bestätigung oder Anfechtung der Vaterschaft bzw. Mutterschaft das Recht des Staates anzuwenden, dessen Staatsangehörigkeit die Person, deren Vaterschaft oder Mutterschaft anerkannt, bestätigt oder angefochten wird, zur Zeit der Geburt des Kindes besaß. Nach dem Recht aller früheren jugosl. Teilrepubliken bestehen keine Unterschiede zwischen Kindern, deren Eltern verheiratet, und Kindern, deren Eltern dies nicht sind. In Bosnien-Herzegowina wird ein voreheliches Kind bereits durch das Vaterschaftsanerkenntnis wie ein eheliches Kind legitimiert. Daher entfällt eine (nochmalige) Legitimation durch die nachfolgende Eheschließung.‹, NJW-RR 1995, S. 967

A.IV.4. Erbrecht

Hamburg (Gutachten). ›Jugosl. Gesetz über die Regelung von Kollisionen der Gesetze mit den Vorschriften anderer Staaten bei bestimmten Verhältnissen 1982 Art. 30; kroat. Gesetz über die Beerbung Artt. 9, 10, 21, 23, 133. 1. Recht von Bosnien-Herzegowina als Erbstatut. 2. Gesetzliche Erbfolge; Erhöhung des Erbteils im Bedarfsfall (Noterbrecht).‹, IPG 1999 Nr. 39

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Celic, Katja/ Sarcevic, Edin (Übers.). ›Gesetz vom 16. Dezember 1997 über die bosnisch-herzegowinische Staatsangehörigkeit‹, WGO 1998, S. 337-348

Pürner, Stefan. ›Föderation Bosnien und Herzegowina: Privatisierungsgesetz‹, WiRO 1998, S. 182-186

Pürner, Stefan. ›Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina: Gesetz über den Verbraucherschutz‹, WiRO 2004, S. 145-150

Pürner, Stefan (Übers.). ›Bosnien und Herzegowina (Gesamtstaat): Gesetz über die Politik direkter ausländischer Investitionen in Bosnien und Herzegowina‹, WiRO 1999, S. 25-29

Pürner, Stefan (Übers.). ›Föderation Bosnien und Herzegowina: Bankengesetz‹, WiRO 1999, S. 337-344

Pürner, Stefan (Übers.). ›Gesetz über die Unternehmen vom 23. Juli 1998 (SL RS 43/1999) - Auszug -‹, WiRO 1999, S. 263-270

Pürner, Stefan (Übers.). ›Gesetz über die öffentlichen und privaten Stiftungen vom 30. April 1998 (SN FBiH 16/1998)‹, WiRO 2000, S. 315-319

Pürner, Stefan (Übers.). ›Bosnien und Herzegowina: Gesetz über ausländische Anlagen‹, WiRO 1995, S. 466-470

B.I.3.a. Ratifikation

OLG Köln. Az. 27 UF 23/94 v. 29.06.94. ›Haager ZPÜbk. Artt. 18, 19; ZPO §§ 328 Abs. 1, 722, 723 Abs. 2 S. 2. Bosnien-Herzegowina ist durch Abgabe einer Rechtsnachfolgeerklärung Vertragspartei des Haager ZPÜbk. geworden‹, IPRspr. 1994 Nr. 165 = FamRZ 1995, S. 306-307 = RIW/AWD 1995, S. 247 = IPRax 1996, S. 268-269

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Bernstorff, Christian Graf von. ›Vertrags-, Kauf-, Handels- und Gesellschaftsrecht in Osteuropa mit Hinweisen zu Investitionsbedingungen‹, Köln, 1999

Bernstorff, Christoph Graf von. ›Zivilrechtsentwicklung in Mittel- und Osteuropa‹, RIW/AWD 1998, S. 825-832

Kleine, Klaus. ›Die Rechtsentwicklung auf dem Balkan‹, in: FS Herwig Roggemann (2006), S. 327-332, Berlin, 2006

B.III.2.a. Vertragsrecht

OLG Frankfurt/ M. Az. 17 U 8/95 v. 14.01.04. ›Bosn. Verordnung mit Gesetzeskraft über die Übernahme des Gesetzes über das Zivilverfahren v. 11.4.1992; jugosl. Ges. über die Schuldverhältnisse v. 30.3.1978 (jugosl. Obligationengesetz) Artt. 142 bis 144; jugosl. Ges. über das Zivilverfahren v. 24.12.1976 (jugosl. ZivVfG) Artt. 46 Abs. 1, 48, 59, 70; slowen. Verfassungsgesetz zur Durchführung der Verfassungsurkunde über die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Slowenien v. 25.6.1991 Art. 1; EGBGB Artt. 27 Abs. 1, 28; ZPO §§ 21, 23, 38 Abs. 2. Art. 70 jugosl. ZivVfG bestimmt, dass die Parteien, sofern nicht eine ausschließliche Zuständigkeit begründet ist, ein örtlich unzuständiges Gericht als Gerichtsstand vereinbaren können, sofern dieses nur sachlich zuständig ist. Die Gerichtsvereinbarung muss sich auf einen bestimmten Rechtsstreit oder mehrere Rechtsstreitigkeiten beziehen, die aus einem bestimmten Rechtsverhältnis hervorgehen. Die Vereinbarung muss in Schriftform erfolgen, Art. 70 Abs. 3 jugosl. ZivVfG. Anforderungen an eine bestimmte Eigenschaft der vertragsschließenden Personen gibt es nicht. Das prorogierte Gericht muss nicht ausdrücklich genannt sein, sich aber nach den Umständen eindeutig ermitteln lassen, also bestimmbar sein. Der allgemeine Gerichtsstand einer juristischen Person ist nach Artt. 46 Abs. 1, 48 jugosl. ZivVfG bei dem Gericht an dem Ort begründet, an dem eine juristische Person ihren Sitz hat. Nach Art. 59 jugosl. ZivVfG besteht bei einer so genannten auswärtigen Geschäftsstelle einer juristischen Person aber wahlweise auch ein besonderer Gerichtsstand bei dem Gericht am Ort dieser Geschäftsstelle, wenn der streitgegenständliche Anspruch aus den Rechtsbeziehungen dieser Geschäftsstelle herrührt. Art. 142 Abs. jugosl. Obligationengesetz regelt, dass die durch irgendeine Vertragspartei festgelegten allgemeinen Bedingungen, sie es, dass sie in der Vertragsurkunde enthalten sind, sei es, dass der Vertrag auf sie verweist, die in dem nämlichen Vertrag zwischen den Parteien getroffenen Regelungen ergänzen und wie diese verbindlich sind. Von einer Ungültigkeit solcher allgemeiner Bedingungen ist nach Art. 143 Abs. 1 jugosl. Obligationengesetz nur auszugehen, wenn diese gerade dem Zweck des abgeschlossenen Vertrags oder guten Geschäftsbräuchen zuwiderlaufen. Art. 143 Abs. 2 jugosl. Obligationengesetz regelt, dass ein Gericht die Anwendung einzelner Bestimmungen, die der anderen Partei Einwendungsrechte entziehen oder aufgrund derer irgendeine Partei vertragliche Rechte oder Fristen verliert oder die sonst ungerecht oder übertrieben streng gegen irgend jemanden sind, ablehnen kann.‹, IPRspr. 2004 Nr. 97

Vodicar, Ales. ›Schadensersatz bei Vertragsverletzungen. Eine rechtsvergleichende Betrachtung des deutschen Rechts und der Rechtsordnung der Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens‹, Studien zum Zivilrecht, Bd. 50; zugl. Diss. Augsburg 2007, Hamburg, 2008

B.III.2.b. Deliktsrecht

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Band 1: Ost-Europa‹, 5. Aufl., Bonn, 2006

Neidhart, Hermann. ›Die westlichen Balkanstaaten - auf dem langen Weg nach Europa. Aktuelles zum

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Verkehrsrecht in sieben Ländern Südosteuropas‹, DAR 2008, S. 568-579

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Vucic, Aleksandra. ›Geldersatz für seelische Schmerzen im Recht der Nachfolgestaaten Jugoslawiens, unter besonderer Berücksichtigung des Angehörigenschmerzensgeldes‹, ZfRV 2003, S. 178-186

B.III.3. Sachenrecht

Hinteregger, Monika/ Boric, Tomislav (Hrsg.). ›Sicherungsrechte an Immobilien in Europa‹, Grazer Beiträge zum Recht der Länder Südosteuropas und der europäischen Integration, Bd. 1, Wien, 2009

Imamovic, Fatima. ›Die Auswirkungen des Wohn- und Eigentumsrechts in Bosnien-Hezregowina auf die Rückkehr der Minderheiten‹, Studien zum Völker- und Europarecht, Bd. 89; zugl. Diss. Köln 2010, Hamburg, 2011

Rericha, Roman/ Pestek, Edisa. ›Aktuelle Probleme der Verwertung von Pfandrechten an beweglichen Sachen in Bosnien und Herzegowina‹, WiRO 2008, S. 43-45

Zwitter-Tehovnik, Jasna/ Paunovic, Biljana. ›Muster: Antrag auf Eintragung einer Hypothek in der Föderation Bosnien-Herzegowina‹, Eastlex 2005, S. 121-122

B.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Jessel-Holst, Christa. ›Neue Entwicklungen im Bereich des Familienrechts der jugoslawischen Nachfolgestaaten - unter besonderer Berücksichtigung der Neukodifikation in der Republika Srpska (Bosnien und Herzegowina) vom Jahre 2002‹, FamRZ 2004, S. 847-854

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Gaaz, Berthold. ›Zum Recht des Kindesnamens in Europa‹, StAZ 2008, S. 365-369

Kubitz, Joachim. ›Namensführung eines bosnisch-herzegowinisch/deutschen Doppelstaaters‹, StAZ 1996, S. 338-339

Zuther, Jürgen. ›Bosnien-Herzegowina: Name des nichtehelichen Kindes nach Vaterschaftsanerkennung‹, StAZ 1997, S. 316-317

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Breuer, Kai. ›Ehe- und Familiensachen in Europa. Das internationale Mandat mit Länderberichten‹, FamRZ-Buch, Bd. 26, Bielefeld, 2008

B.IV.3.b. Eherecht

AG Böblingen. Az. 13 F 599/91 v. 16.01.92. ›Jugosl. Gesetz über Gesetzes- und Zuständigkeitskollisionen v. 27.02.1979 Art.16; Bosnien u. Herzegowina Ges. über die Familie v. 29.05.1979 Artt. 266, 267 Abs. 1. Kroatien hat das jugosl. IPR-G von 1982 als kroat. Gesetz nur mit wenigen formellen Änderungen übernommen, ebenso das jugosl. Bundesgesetz über Gesetzes- und Zuständigkeitskollisionen. Ein Auskunftsanspruch unter Ehegatten ist im bosnischen Recht wegen des Amtsermittlungsprinzips nicht vorgesehen.‹, IPRax 1992, S. 333 = IPRspr. 1992 Nr. 85

AG Leverkusen. Az. 34 F 247/03 v. 13.05.04. ›EuEheGVVO Art. 2; Bosn. Ges. über die Familie v. 29.5.1979 i.d.F. v. 20.12.1989 Artt. 55, 72 Abs. 2, 75; ZPO § 623 Abs. 2 Satz 2. Gem. Art. 55 des Bosn. Ges. über die Familie v. 29.5.1979 i.d.F. v. 20.12.1989 kann ein Ehegatte die Scheidung verlangen, wenn die Ehebeziehungen schwer und dauerhaft zerrüttet sind und dadurch das Zusammenleben unerträglich geworden ist. Art. 72 Abs. 2 des Bosn. Ges. über die Familie regelt die immer anzusprechende Möglichkeit der Aussöhnung. Nach Art. 75 des Bosn. Ges. über die Familie wird zusammen mit der Scheidung über die Obhut und Erziehung der gemeinsamen Kinder entschieden.‹, IPRspr. 2004 Nr. 134

BayObLG. Az. 2 Z BR 17/92 v. 02.04.92. ›Jugosl. Gesetz v. 15.07.1982 zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit anderen Staaten Artt. 36-38; jugosl. GG über die Ehe v. 03.04.1946 Artt. 7, 8; EGBGB Art. 15; GBO § 20. Nach jugosl. IPR ist eine Rechtswahl möglich. Das Kollisionsrecht Jugoslawiens sieht hinsichtlich der güterrechtlichen Wirkungen einer Ehe keine Rück- oder Weiterverweisung vor. Diese Regel gilt auch in den ehemaligen jugosl. Teilrepubliken. Die Republiken und autonomen Gebiete Jugoslawiens haben die Artt. 7, 8 des früher in Jugoslawien als Bundesrecht geltenden Grundgesetzes über die Ehe übernommen. Nach dem Recht Kroatiens, Mazedoniens, Bosnien-Herzegowinas, Montenegros, Serbiens und Sloweniens ist danach grundsätzlich nur das während der Ehe durch Arbeit erworbene Vermögen gemeinsames Vermögen. Das vor der Ehe erlangte Vermögen bleibt Alleineigentum des jeweiligen Ehegatten.‹, DNotZ 1992, S. 575-578 = BayObLGZ 1992, S. 85-88 = MittRhNotK 1992, S. 152-153 = RPfleger 1992, S. 341-342 = IPRspr. 1992 Nr. 87

BGH. Az. XII ZB 44/89 v. 30.09.92. ›EGBGB Artt. 17 Abs. 3, 220 Abs. 1, 2. Ein Versorgungsausgleich ist dem Scheidungsrecht von Bosnien-Herzegowina unbekannt.‹, NJW-RR 1993, S. 3-4 = FamRZ 1993, S. 416-417 = IPRspr. 1992 Nr. 106

Köln (Gutachten). ›Bosnisch-herzegowinisches IPR-G Art. 35 Abs. 1; Familiengesetz Artt. 55 ff.. 1. Ehescheidungsstatut nach Art. 14, 17 EGBGB und Art. 12 Genfer Flüchtlingskonvention, 2. Zerrüttung als alleinige Scheidungsvoraussetzung (Kein Widerspruch des Antragsgegners)‹, IPG 1997 Nr. 27

Köln (Gutachten). ›Ital. IPR-G Art. 38 Abs. 1 und 2; jugosl. Gesetz vom. 15.7.1982 zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit den Vorschriften anderer Staaten für bestimmte Verhältnisse der SFRJ Art. 44 Abs. 2; bosnisch-herzegowinisches Gesetz über die Familie v. 29.5.1979 Art. 148 Abs. 1; ital. Cc Artt. 291, 300. 1. Zustimmungserfordernisse bei Adoption (anwendbares Recht gem. Art. 23 EGBGB), 2. Zu den Voraussetzungen einer (schwachen) Erwachsenenadoption ital. Rechts‹, IPG 1997 Nr. 31

OLG Düsseldorf. Az. 1 UF 76/94 v. 20.12.94. ›Gesetz betreffend die Entscheidung über Gesetzes- und Zuständigkeitskollisionen in Status-, Familien- und Erbbeziehungen v. 27.2.1979 Art. 16; Gesetz über die Ehe vom 04.02.1975 für die Wojwodina Artt. 46, 47; Gesetz über die Familie vom 29.05.1975 für Bosnien-Herzogowina Artt. 266, 267; EGBGB Art. 15 Abs. 1. Nach Art. 16 des Gesetzes betreffend die Entscheidung über Gesetzes- und Zuständigkeitskollisionen in Status-, Familien- und Erbbeziehungen vom 27.2.1979 kommt es bei der Frage, welche Teilrechtsordnung des Staates Jugoslawiens auf die allgemeinen Wirkungen der Ehe anzuwenden ist, auf den gemeinsamen Wohnsitz oder die gemeinsame Republik-Staatsangehörigkeit an. Gemäß Art. 46 bleibt das Vermögen, welches zur Zeit der Eheschließung einem der beiden Ehegatten gehört, sein Sondereigentum. Das gemeinschaftliche Vemögen, welches die Ehegatten während der Ehe erworben haben, wird nach Art. 47 gemäß dem Beitrag eines jeden der Ehegatten geteilt. Die Höhe der Anteile bestimmt im Streitfalle das Gericht nach dessen Beitrag unter Würdigung aller Umstände. Dabei wird nicht nur das Arbeitseinkommen eines Ehegatten berücksichtigt, sondern auch die Hilfe eines Ehegatten dem anderen, seine Führung des Haushalts, Sorge für die Erhaltung des Vermögens und jede andere Art der Arbeit und Mitarbeit in der Verwaltung, Erhaltung und Mehrung des gemeinsamen Vermögens. Der Zugewinn der Ehegatten wird somit nicht durch die Differenz von Anfangs- und Endvermögen ermittelt. Die Bestimmung des Ausgleichs durch das Gericht erfolgt gem Art. 46 Abs. 2 im Streitfalle, d.h., sie kann jederzeit - unabhängig von einem Scheidungsverfahren - getroffen werden. Nach kroat. Recht ist im Zweifel davon auszugehen, daß das im Zeitpunkt der Trennung vorhandene gemeinschaftliche Vermögen beiden Ehegatten zu gleichen Teilen gehört. Bei Anwendung des Rechts von Bosnien-Herzogowina - Artt. 266 und 267 des Gesetzes über die Familie vom 29.5.1979 - ergibt sich kein Unterschied.‹, IPRspr. 1994 Nr. 75 = FamRZ 1995, S. 1203-1204

OLG Frankfurt. Az. 4 UF 4/90 v. 02.10.90. ›Kroat. Gesetz über die Ehe- und Familienbeziehungen vom 10.3.1978 Artt. 16, 279 ff., 382, 383, 385, 393; BGB § 1379. Güterrechtlicher Auskunftsanspruch bei Anwendung jugoslawischen Rechts.‹, NJW-RR 1991, S. 583-584 = IPRspr. 1990 Nr. 77 = IPRax 1992, S. 49

OLG Hamm. Az. 8 UF 334/94 v. 28.12.94. ›FGB v. Bosnien-Herzegowina Artt. 239, 241, 243, 251; Haager KindesunterhÜbk. Art. 8; EGBGB Art. 18 Abs. 4. Voraussetzungen für einen Anspruch auf nachehelichen Unterhalt sind schuldlose Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit. Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen sind auch andere gesetzliche Unterhaltspflichten zu berücksichtigen.‹, NJW-RR 1995, S. 520-521= FamRZ 1995, S. 886-887

OLG Köln. Az. 16 Wx 189/98 v. 02.12.98. ›Gesetz über die Staatsangehörigkeit der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Art. 3 Nr. 1; Staatsangehörigkeitsgesetz des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina Art. 37; bosn. Gesetz über die Familie Art. 39 Abs. 1, Abs. 2; EGBGB Art. 13 Abs 1, Abs. 3; FGG §§ 35b Abs. 1 Nr. 2, 43 Abs. 1. Nach dem Recht der ehmaligen Republik Jugoslawien wird die Staatsangehörigkeit durch Abstammung erworben. Gem. Art. 39 Abs. 1 des bosn. Gesetzes über die Familie kann eine Person, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet hat, die Ehe nicht schließen. Allerdings sieht Art. 39 Abs. 2 eine Befreiungsmöglichkeit vor. Aus gerechtfertigten Gründen kann einem über 16 Jahre alten Minderjährigen vom Gericht die Eheschließung gestattet werden, wenn diese Person geistig und körperlich zur Ausübung der Rechte und Pflichten aus der Ehe fähig ist‹, NJWE-FER 1999, S. 140 = IPRspr 1998 Nr. 67

OLG München. Az. 4 UF 36/91 v. 16.02.93. ›Jugosl. IPR-G Artt. 35-38; FamG Bosnien-Herzegowina Art. 77; bosn. Gesetz über Wohnverhältnisse Art. 66 Abs. 1, 4; jugosl. Obligationengesetz Artt. 324 Abs. 2, 336, 337, 341; EGBGB Artt. 6, 14 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Art. 4 Abs. 3, 15 Abs. 1. Für die Scheidung ist nach jugosl. Recht das Recht des Staates maßgebend, dessen Staatsangehörige beide Ehegatten im Zeitpunkt der Erhebung des Scheidungsantrages sind. Auch die ehel. Beziehungen persönlicher u. vermögensrechtlicher Natur richten sich nach dem gemeinsamen Heimatrecht der Parteien. Im Scheidungsverfahren kann das Gericht durch einstweilige Maßnahmen den Kindesunterhalt u. deren Unterbringung regeln. Mit Zuweisung der im Gesamthandseigentum der geschiedenen Eheleute stehenden Wohnung an einen Ehegatten entsteht die Verpflichtung, für alle Verbindlichkeiten der Nutzung u. des laufenden Unterhalts der Wohnung aufzukommen u. dem anderen Ehegatten einen Mietzins entsprechend der Größe des Miteigentumsanteils zu zahlen.‹, IPRspr. 1993 Nr. 59

OLG Stuttgart. Az. 17 UF 104/96 v. 18.03.97. ›Bosn. Familienges. v. 29.5.1979 Artt. 55, 60 ff., 66; jugosl. Ges. v. 15.7.1982 zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit den Vorschriften anderer Länder in bestimmten Beziehungen (IPR-G) Artt. 61 Abs. 2, 89; EGBGB Artt. 14 Abs. 1 Nr. 1, 17 Abs. 1; ZPO § 606 Abs. 1 Nr. 4. Es ist davon auszugehen, dass das jugosl. IPR-G von der Republik Bosnien und Herzegowina übernommen worden ist. Nach dessen Art. 61 Abs.

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

2 sind die jugosl. Gerichte in Ehesachen ausschließlich zuständig, wenn der beklagte Ehegatte Jugoslawe ist und einen Wohnsitz in Jugoslawien unterhält. Nach Art. 89 Abs. 1 IPR-G scheidet die Anerkennung einer ausländischen Gerichtsentscheidung aus, wenn in der Sache, die ergangen ist, eine ausschließliche Zuständigkeit der jugosl. Gerichte besteht. Das Anerkennungshindernis besteht nicht ausnahmslos. Nach Art. 89 Abs. 2 IPR-G bedeutet die ausschließliche Zuständigkeit der jugosl. Gerichte kein Hindernis für die Anerkennung einer ausländischen Gerichtsentscheidung, wenn sich der Beklagte der Anerkennung nicht widersetzt. Nach Art. 55 bosn. Familienges. setzt die Scheidung schwere und dauerhafte Zerrüttung der Ehebeziehungen voraus. In Artt. 60 ff bosn. Familienges. ist ein Versöhnungsversuch vorgesehen. Er ist bei Aufenthalt eines Ehepartners im Ausland entbehrlich, Art. 66 bosn. Familienges..‹, IPRspr. 1997 Nr. 165

Schmitz, Hans-Theo. ›Sind ordnungsgemäße Ehefähigkeitszeugnisse aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu erhalten?‹, StAZ 1994, S. 52-55

Westenburger, Helmut. ›Die Anwendbarkeit des Art. 13 EGBGB bei der Eheschließung bosnischer Staatsangehöriger‹, StAZ 1995, S. 248-249

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Berlin-Schöneberg. Az. 70 III 1055/93 v. 25.07.94. ›Gesetz über die Familie v. 29.05.79 v. Bosnien-Herzegowina Artt. 10, 82 Abs. 1; EGBGB Artt. 21 Abs. 1 S. 1, 14 Abs. 1 S. 1; PstG §§ 30, 31; Das Recht von Bosnien-Herzegowina stellt eheliche und nichteheliche Kinder gleich. Eine Eheschließung hat deshalb keine Legitimationswirkung.‹, StAZ 1995, S. 15-16 = IPRspr. 1994 Nr. 118

AG Leverkusen. Az. 34 F 247/03 v. 13.05.04. ›EuEheGVVO Art. 2; Bosn. Ges. über die Familie v. 29.5.1979 i.d.F. v. 20.12.1989 Artt. 55, 72 Abs. 2, 75; ZPO § 623 Abs. 2 Satz 2. Gem. Art. 55 des Bosn. Ges. über die Familie v. 29.5.1979 i.d.F. v. 20.12.1989 kann ein Ehegatte die Scheidung verlangen, wenn die Ehebeziehungen schwer und dauerhaft zerrüttet sind und dadurch das Zusammenleben unerträglich geworden ist. Art. 72 Abs. 2 des Bosn. Ges. über die Familie regelt die immer anzusprechende Möglichkeit der Aussöhnung. Nach Art. 75 des Bosn. Ges. über die Familie wird zusammen mit der Scheidung über die Obhut und Erziehung der gemeinsamen Kinder entschieden.‹, IPRspr. 2004 Nr. 134

AG Mannheim. Az. 1 C 379/88 v. 09.06.89. ›Gesetz über Gesetzes- u. Zuständigkeitskollisionen v. 27.2.1979 Art. 28 Abs. 1; Gesetz über Familie v. 29.5.1979. Ist für die Bestreitung der Vaterschaft jugoslawisches Recht maßgebend, so ist, wenn der Ehemann der Mutter aus Bosnien-Herzegowina, die Mutter des Kindes aus der autonomen Provinz Wojwodina stammt, bosnisches Recht anzuwenden. Art. 125 des Gesetzes über die Familie vom 29.5.1979 der Sozialistischen Republik Bosnien-Herzegowina setzt eine Ausschlußfrist für die Ehelichkeitsanfechtung durch den Vater von sechs Monaten ab dem Tag der Kenntnisnahme der Anfechtungstatsachen.‹, IPRspr. 1989 Nr. 124 = IPRax 1989, S. 311

AG Tübingen. Az. 2 GR 20/97 v. 04.07.97. ›EGBGB Art. 23 S.1, S. 2. Nach dem Recht von Bosnien-Herzegowina ist die Zustimmung der Mutter zu einem Vatershaftsanerkenntnis notwendig‹, StAZ 1998, S. 182

BayObLG. Az. 1 Z BR 200/96 v. 21.02.97. ›Jugosl. Gesetz vom 15.07.1982 zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit den Vorschriften anderer Staaten-Länder für bestimmte Verhältnisse Art. 44 S. 1; jugosl. Grundgesetz über die Annahme an Kindes Statt vom 01.04.1947 Artt. 4 S. 3, 5, 9; Gesetz über die Familie vom 29.05.1979 von Bosnien-Herzogowina §§ 142, 158 Abs. 1, 161; EGBGB Artt. 3 Abs. 1, 14 Abs. 1 Nr. 1, 22 Abs. 2; FGG §§ 19 Abs. 1, 20, 27 Abs. 1 S. 1, 29 Abs. 1 S. 1, 2 BGB § 1752 Abs. 1. Das Internationale Privatrecht von Jugoslawien kennt keine Zurück- oder Weiterverweisung. Nach dem bosnischen Gesetz über die Familie muß der Antrag zur Annahme an Kindes Statt vom Annehmenden ausgehen, und nicht vom Kind. Soweit der Anzunehmende das 10. Lebensjahr vollendet hat, ist neben der Einwilligung seiner Eltern auch seine eigene Zustimmung zur Adoption erforderlich. Gem. Art. 9 dieses Gesetzes haben der Adoptierungswillige und die Eltern des Anzunehmenden (bzw. sein Vormund) ihre Absicht (zur Annahme) der zuständigen Vormundschaftsbehörde mitzuteilen.‹, NJW-RR 1997, S. 644-645; FamRZ 1997, S. 841-842

BayObLG. Az. 1 Z BR 35/01 v. 26.03.02. ›MSA Art. 2 Abs. 2 Satz 2; jugosl. Ges. zur Lösung von Gesetzeskollisionen mit den Vorschriften anderer Staaten (jugosl. IPR) v. 15.7.1982 Art. 44; Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina Artt. 142 ff.; EGBGB Artt. 7, 14, 21, 22, 23; BGB § 1748. Das Internationale Privatrecht von Bosnien und Herzegowina sieht in Art. 44 für die Voraussetzungen einer binationalen Adoption vor, daß die Rechte beider Staaten kumulative Anwendung finden. Nach Art. 142 Abs. 1 i.V. m. Artt. 153 ff. des Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina ist die Ersetzung der Einwilligung des Vaters hinsichtlich einer Adoption des Kindes nicht möglich. Die Gültigkeit der Annahme an Kindes statt hängt von der Einwilligung der Eltern des Angenommenen ab, Artt. 142 Abs. 1, 154 Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina. Im Falle der „nicht vollen Annahme“ kann die Zustimmung eines Elternteils entbehrlich sein, Art. 149 Ges. über die Familie von Bosnien und Herzegowina.‹, BayObLGZ 2002, S. 99-107 = FamRZ 2002, S. 1282-1285 = IPRspr. 2002 Nr. 112

BGH. Az. XII ZR 158/93 v. 27.04.94. ›Bosnisch-herzegowinisches Gesetz über die Familie v. 29.05.1979 Art. 75; mazedonisches Gesetz über die Ehe v. 26.09.1973 Art. 56; MSA Artt. 1, 13; ZPO §§ 606 a Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 261 Abs. 3 Nr. 2. Nach Art. 75 des Gesetzes über die Familie und Art. 56 des Gesetzes über die Ehe besteht nach Scheidung der Ehe der Eltern kein Sorgerecht eines Elternteils kraft Gesetzes, vielmehr ist vom Gericht über das Sorgerecht zu entscheiden‹, IPRspr. 1994 Nr. 149 = BGHWarn 1994 Nr. 129 = NJW-RR 1994, S. 834-835 = Fam RZ 1994, S. 827-829 = MDR 1994, S. 1222 = LM Nr. 5 zu § 629a ZPO

BGH. Az. XII ZR 7/93 v. 11.05.94. ›Gesetz über die Familie v. 29.05.1979 der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina Art. 125; EGBGB Artt. 18 a. F., 19 n. F.. Die Anfechtung der Ehelichkeit eines Kindes richtet sich nach Art. 125 des Gesetzes über die Familie v. 29.05.1979 der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina. Dieser sieht eine Anfechtungsfrist von nur 6 Monaten ab Kenntnis der für die Nichtehelichkeit sprechenden Umstände vor.‹, StAZ 1994, S. 346-349 = IPRspr. 1994 Nr. 99 = NJW 1994, S. 2360-2362 = BGHWarn 1994, Nr. 154 = FamRZ 1994, S. 1027-1029 = FuR 1994, S. 304-307 = MDR 1994, S. 1223-1224 = JuS 1995, S. 77- 78 = ZfJ 1995, S. 290 -293 = DAVorm. 1994, S. 1053 (LS) = ZAR 1994, S. 188 (LS)

KG. Az. 1 W 193/01 v. 11.12.01. ›Gesetz des Staates Bosnien und Herzegowina über die Familie Art. 114; EGBGB Artt. 19, 23; BGB §§ 1592 ff.. Das Recht von Bosnien und Herzegowina enthält bezüglich der Vaterschaftsanerkennung keine über das deutsche Recht hinausgehenden Wirksamkeitserfordernisse. Gem. Art. 114 Gesetz des Staates Bosnien und Herzegowina über die Familie genügt für die Eintragung in das Geburtenbuch die Zustimmung der Mutter.‹, IPRspr. 2001 Nr. 88 = StAZ 2002, S. 241 = FamRZ 2002, S. 1725 (LS)

Kraus, Helga. ›Namensführung eines bosnisch-herzegowinischen Staatsangehörigen nach Ausspruch der Adoption durch ein deutsches Gericht. Fachausschuss-Nr. 3784, verhandelt am 6. und 7. April 2006‹, StAZ 2007, S. 151

Krömer, Karl. ›Rechtsstellung nichtehelicher Kinder in den ehemaligen Republiken von Jugoslawien‹, StAZ 1993, S. 362-363

LG Rottweil. Az. 4 T 129/94 v. 03.02.95. ›Jugosl. IPR-G Art. 41. Nach Art. 41 jugosl. IPR-Ges ist für die Anerkennung, Bestätigung oder Anfechtung der Vaterschaft bzw. Mutterschaft das Recht des Staates anzuwenden, dessen Staatsangehörigkeit die Person, deren Vaterschaft oder Mutterschaft anerkannt, bestätigt oder angefochten wird, zur Zeit der Geburt des Kindes besaß. Nach dem Recht aller früheren jugosl. Teilrepubliken bestehen keine Unterschiede zwischen Kindern, deren Eltern verheiratet, und Kindern, deren Eltern dies nicht sind. In Bosnien-Herzegowina wird ein voreheliches Kind bereits durch das Vaterschaftsanerkenntnis wie ein eheliches Kind legitimiert. Daher entfällt eine (nochmalige) Legitimation durch die nachfolgende Eheschließung.‹, NJW-RR 1995, S. 967

OLG München. Az. 26 UF 1345/89 v. 19.02.90. ›FamilienG der Teilrepublik Bosnien/Herzegowina vom 29.5.1979 Artt. 230, 231, 239. Abänderung eines jugoslawischen Urteils über Kindesunterhalt.‹, NJW-RR 1990, S. 649-650 = IPRspr. 1990 Nr. 185

OLG Stuttgart. Az. 16 U 8/92 v. 03.12.92. ›Familiengesetz der ehemaligen Teilrepublik Bosnien- Herzegowina Art. 125. Art. 125 des Familiengesetzes der ehemaligen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina räumt lediglich eine Anfechtungsfrist von sechs Monaten nach dem Tage der Kenntnisnahme der Tatsache ein, aus der geschlossen werden kann, daß der Kläger nicht der Vater des Kindes ist.‹, FamRZ 1993, S. 471-472 = IPRax 1993, S. 392-394 = DAVorm. 1993, S. 82-86 = IPRspr. 1992 Nr. 126

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Dethloff, Nina. ›Registrierte Partnerschaften in Europa‹, ZEuP 2004, S. 59-74

Reng, Ingo. ›Unterhaltsansprüche aufgrund nichtehelicher Lebensgemeinschaft. Internationales Privatrecht und ausländisches materielles Recht‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 22; zugl. Diss. Regensburg 1992, Frankfurt/ M., 1994

Sarcevic, Petar. ›Zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft im internationalen Privatrecht‹, StAZ 1981, S. 176-182

Striewe, Peter. ›Ausländisches und Internationales Privatrecht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft‹, Osnabrücker Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 4; zugl. Diss. Osnabrück 1985, Köln u.a., 1986

B.IV.3.e. Vormundschaft; Pflege

DIV-Gutachten v. 11.08.1993, Az. LJ 5. ›Bosnische Staatsangehörigkeit aller Beteiligten, unzulässiger Eintritt der Amtspflegschaft‹, ZfJ 1993, S. 500-501

B.IV.4. Erbrecht

Hamburg (Gutachten). ›Jugosl. Gesetz über die Regelung von Kollisionen der Gesetze mit den Vorschriften anderer Staaten bei bestimmten Verhältnissen 1982 Art. 30; kroat. Gesetz über die Beerbung Artt. 9, 10, 21, 23, 133. 1. Recht von Bosnien-Herzegowina als Erbstatut. 2. Gesetzliche Erbfolge; Erhöhung des Erbteils im Bedarfsfall (Noterbrecht).‹, IPG 1999 Nr. 39

Hamburg (Gutachten). ›Bosnisch-herzegowinisches Gesetz über die Beerbung Art. 129; Gesetz über das unstreitige Verfahren, Art. 119; ZPO § 12. Zur Frage der Erbunwürdigkeit nach dem Erbrecht von Bosnien-Herzegowina.‹, IPG 1999 Nr. 48

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Povlakic, Meliha. ›Grundzüge des Erbrechts in Bosnien und Herzegowina‹, in: Rudolf Welser (Hrsg.), Erbrechtsentwicklung in Zentral- und Osteuropa, Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Europäische Rechtsentwicklung und Privatrechtsreform an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Bd. 2, S. 141-161, Wien, 2009

Süß, Rembert. ›Erbrecht in Bosnien-Herzegowina‹, in: Rembert Süß/ Ulrich Haas (Hrsg.), Erbrecht in Europa, S. 321-322, Baden-Baden, 2004

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Krneta, Slavica. ›Bosnien und Herzegowina - Das Gesetz über die Außenhandelspolitik‹, GRUR 2000, S. 1052-1053

Pürner, Stefan. ›Föderation Bosnien und Herzegowina: Privatisierungsgesetz‹, WiRO 1998, S. 182-186

Schalast, Christoph. ›Privatisierung in der Föderation Bosnien und Herzegowina‹, ROW 1998, S. 192-194

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Braun, Helmut/ Martinovic, Danijela. ›Soziale Sicherungssysteme und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina‹, Südosteuropa-Mitteilungen 2007, S. 77-88

Pacic, Jasmin. ›Arbeitsrecht in Bosnien-Herzegowina‹, ZIAS 2007, S. 29-65

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Schmitt, Heike. ›Bosnien und Herzegowina‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 73-74, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Drobnig, Ulrich. ›Grundzüge des Stiftungsrechts in Mittel- und Osteuropa‹, in: Klaus J. Hopt/ Dieter Reuter (Hrsg.), Stiftungsrecht in Europa, Schriftenreihe des Instituts für Stiftungsrecht, S. 541-554, Köln u.a., 2001

Herberstein, Gabriele (Hrsg.). ›Die GmbH in Europa - 50 Länder im Vergleich‹, 2. Aufl., Wien, 2001

Kippenberg, Johannes. ›Bosnien und Herzegowina (Föderation): Gesetz über die öffentlichen und privaten Stiftungen‹, WiRO 2000, S. 313-314

Pürner, Stefan. ›Neues Gesellschaftsrecht der Föderation Bosnien-Herzegowina‹, IntSteuerR 1999, S. 665-670

Pürner, Stefan (Übers.). ›Bosnien und Herzegowina: Gesetz über ausländische Anlagen‹, WiRO 1995, S. 466-470

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Dragovic, Bojana. ›Der Patentschutz in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPs)‹, Diss. Bochum 2009

Krneta, Slavica. ›Der gegenwärtige Stand des Schutzes auf dem Gebiet des geistigen Eigentums in Bosnien und Herzogowina‹, GRUR Int. 1997, S. 826-828

B.VI.3. Islam

Ebert, Hans-Georg. ›Die Qadrî-Pâshâ-Kodifikation. Islamisches Personalstatut der hanafitischen Rechtsschule‹, Leipziger Beiträge zur Orientforschung, Bd. 23, Frankfurt/ M. u.a., 2010

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Hecker, Hellmuth. ›Jugoslawien und Nachfolgestaaten: Das Staatsangehörigkeitsrecht im Gebiete Jugoslawiens einst und jetzt‹, StAZ 1994, S. 90-99

Sarcevic, Edin. ›Zum neuen bosnisch-herzegowinischen Staatsangehörigkeitsgesetz‹, WGO 1998, S. 331-336

Schalast, Christoph. ›Wirtschaftsrechtsreform in Bosnien und Heregowina‹, ROW 1997, S. 146-149

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.III. Internationale Zuständigkeit

OLG Frankfurt/ M. Az. 17 U 8/95 v. 14.01.04. ›Bosn. Verordnung mit Gesetzeskraft über die Übernahme des Gesetzes über das Zivilverfahren v. 11.4.1992; jugosl. Ges. über die Schuldverhältnisse v. 30.3.1978 (jugosl. Obliagtionengesetz) Artt. 142 bis 144; jugosl. Ges. über das Zivilverfahren v. 24.12.1976 (jugosl. ZivVfG) Artt. 46 Abs. 1, 48, 59, 70; slowen. Verfassungsgesetz zur Durchführung der Verfassungsurkunde über die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Slowenien v. 25.6.1991 Art. 1; EGBGB Artt. 27 Abs. 1, 28; ZPO §§ 21, 23, 38 Abs. 2. Art. 70 jugosl. ZivVfG bestimmt, dass die Parteien, sofern nicht eine ausschließliche Zuständigkeit begründet ist, ein örtlich unzuständiges Gericht als Gerichtsstand vereinbaren können, sofern dieses nur sachlich zuständig ist. Die Gerichtsvereinbarung muss sich auf einen bestimmten Rechtsstreit oder mehrere Rechtsstreitigkeiten beziehen, die aus einem bestimmten Rechtsverhältnis hervorgehen. Die Vereinbarung muss in Schriftform erfolgen, Art. 70 Abs. 3 jugosl. ZivVfG. Anforderungen an eine bestimmte Eigenschaft der vertragsschließenden Personen gibt es nicht. Das prorogierte Gericht muss nicht ausdrücklich genannt sein, sich aber nach den Umständen eindeutig ermitteln lassen, also bestimmbar sein. Der allgemeine Gerichtsstand einer juristischen Person ist nach Artt. 46 Abs. 1, 48 jugosl. ZivVfG bei dem Gericht an dem Ort begründet, an dem eine juristische Person ihren Sitz hat. Nach Art. 59 jugosl. ZivVfG besteht bei einer so genannten auswärtigen Geschäftsstelle einer juristischen Person aber wahlweise auch ein besonderer Gerichtsstand bei dem Gericht am Ort dieser Geschäftsstelle, wenn der streitgegenständliche Anspruch aus den Rechtsbeziehungen dieser Geschäftsstelle herrührt. Art. 142 Abs. jugosl. Obligationengesetz regelt, dass die durch irgendeine Vertragspartei festgelegten allgemeinen Bedingungen, sie es, dass sie in der Vertragsurkunde enthalten sind, sei es, dass der Vertrag auf sie verweist, die in dem nämlichen Vertrag zwischen den Parteien getroffenen Regelungen ergänzen und wie diese verbindlich sind. Von einer Ungültigkeit solcher allgemeiner Bedingungen ist nach Art. 143 Abs. 1 jugosl. Obligationengesetz nur auszugehen, wenn diese gerade dem Zweck des abgeschlossenen Vertrags oder guten Geschäftsbräuchen zuwiderlaufen. Art. 143 Abs. 2 jugosl. Obligationengesetz regelt, dass ein Gericht die Anwendung einzelner Bestimmungen, die der anderen Partei Einwendungsrechte entziehen oder aufgrund derer irgendeine Partei vertragliche Rechte oder Fristen verliert oder die sonst ungerecht oder übertrieben streng gegen irgend jemanden sind, ablehnen kann.‹, IPRspr. 2004 Nr. 97

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

OLG Köln. Az. 27 UF 23/94 v. 29.06.94. ›Haager ZPÜbk. Artt. 18, 19; ZPO §§ 328 Abs. 1, 722, 723 Abs. 2 S. 2. Bosnien-Herzegowina ist durch Abgabe einer Rechtsnachfolgeerklärung Vertragspartei des Haager ZPÜbk. geworden‹, IPRspr. 1994 Nr. 165 = FamRZ 1995, S. 306-307 = RIW/AWD 1995, S. 247 = IPRax 1996, S. 268-269

Schütze, Rolf A. ›Die Verbürgung der Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Bosnien-Herzegowina (zu OLG Köln, 29.06.1994 - 27 UF 23/94)‹, IPRax 1996, S. 254-255

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

AG München. Az. 535 F 6924/01 v. 05.03.02. ›EGBGB Artt. 17, 14 Abs. 1 Nr. 1; ZPO §§ 13, 328, 606a Abs. 1 Nr. 1, 722, 723. Die Republik Bosnien-Herzegowina ist nicht Mitgliedstaat im Sinne des AVAG. Die Gegenseitigkeit mit der Republik Bosnien-Herzegowina für Unterhaltsurteile ist verbürgt. Die Republik Bosnien-Herzegowina würde bei Anerkennung dortiger Entscheidung und Durchführung eines gerichtlichen Anerkennungsverfahrens eine Anerkennung aussprechen, auch wenn dies langwierig und eine Vollstreckung schwierig wäre.‹, FamRZ 2003, S. 463

Saula, Valerija. ›Anerkennung ausländischer Gerichtsentscheidungen in Bosnien und Herzegowina, insbesondere in der Republika Srpska‹, IPRax 2004, S. 361-367

Schütze, Rolf A. ›Die Verbürgung der Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Bosnien-Herzegowina (zu OLG Köln, 29.06.1994 - 27 UF 23/94)‹, IPRax 1996, S. 254-255

C.V. Verfahren und Beweis

Pürner, Stefan. ›Zur Gegenseitigkeit gem. § 328 I Nr. 5 ZPO im Verhältnis zu Bosnien und Herzegowina. Weitere Klarheit in einer eigentlich überflüssigen Frage‹, IPRax 2007, S. 34-35

C.IX. Sonstiges

Alder, Doris/ Schalast, Christoph. ›Einführung des Notariats in Bosnien-Herzegowina‹, OER 49 (2003), S. 266-273

Schalast, Christoph. ›Rechtsberatung und Rechtsstaat in Transformationsstaaten: das Beispiel der Notarausbildung und Notarzulassung in der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Republik Srpska‹, WiRO 2005, S. 321-326

Schalast, Christoph. ›Justizreform in Bosnien-Herzegowina - Vorbild für den Westbalkan?‹, WiRO 2003, S. 300-305

Schwarz, Axel. ›Die Hohen Räte der Justiz in Bosnien-Herzegowina‹, OER 49 (2003), S. 227-245

Botsuana

A. Internationales Privatrecht

A.IV.3.b. Eherecht

Wyk, Andreas Herculas van. ›Einige Probleme des Internationalen Eherechts im südlichen Afrika‹, in: Wolfgang Holl/ Ulrich Klinke (Hrsg.), Internationales Privatrecht, Internationales Wirtschaftsrecht, Referate e. Symposiums d. A. v. Humboldt-Stiftung Sept.83, S. 357-363, Köln u.a., 1985

B. Sachrecht

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Denissow, W. N. ›Rechtssysteme in Entwicklungsländern‹, Berlin (Ost), 1981

B.III.2.a. Vertragsrecht

Hazdra, Peter. ›Afrikanisches Gewohnheitsrecht und „modernes" staatliches Recht: eine Analyse des Spannungsverhältnisses unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Situation im südlichen Afrika‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 389, Frankfurt/ M. u.a., 1999

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Botsuana‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Ver-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

tragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 75, Heidelberg, 1997

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Nwauche, E. S. ›Die Reform des Gewerblichen Rechtsschutzes in Nigeria und die Perspektive Afrikas südlich der Sahara‹, GRUR Int. 2000, S. 829-853

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Jones, Christina. ›Rezeption europäischen Rechts in Malawi und Botswana: die Rolle der afrikanischen Informanten, Richter und Rechtsassessoren‹, VRÜ 1996, S. 347-374

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Brasilien

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. (Übers.). ›Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 108-121, Hamburg, Würzburg, 1999

A.I.3.a. Ratifikation

Neuhaus, Heinrich. ›Die Konventionen der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) über Internationales Privatrecht in der Sicht eines Europäers (Konventionen von Montevideo (1979) und von Panama (1975))‹, ZfRV 23 (1982), S. 287-301

Samtleben, Jürgen. ›Neue interamerikanische Konventionen zum Internationalen Privatrecht‹, RabelsZ 56 (1992), S. 1-114

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Araujo, Nadia de. ›Internationale Verträge und die brasilianische Rechtsprechung: Anwendbares Recht, ordre public und Gerichtstandsvereinbarungen‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 99-117, Baden-Baden, 2002

Araujo, Nadja de. ›Die Auswirkungen des neuen brasilianischen Zivilgesetzbuches auf das brasilianische Internationale Privatrecht‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 155-172, Aachen, 2004

Jayme, Erik. ›Portugal, Macau, Brasilien - Rechtsvergleichung und Internationales Privatrecht. 10. Jahrestagung der Deutsch-Lusitanischen Juristenvereinigung in Bochum‹, IPRax 2002, S. 151-152

Samtleben, Jürgen. ›Die Entwicklung des Internationalen Privat- und Prozessrechts im MERCOSUR‹, IPRax 2005, S. 376-383

Samtleben, Jürgen. ›Das Internationale Prozess- und Privatrecht des Mercosur. Ein Überblick‹, RabelsZ 63 (1999), S. 3-69

A.III.1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Lima Marques, Claudia. ›Das neue brasilianische Zivilgesetzbuch von 2002 - Bemerkungen zum neuen Unternehmensrecht und der Quellendialog mit dem Verbraucherschutzgesetzbuch von 1990‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 127-154, Aachen, 2004

A.III.2.a. Vertragsrecht

Bergdolt, Christoph. ›Internationale Schuldverträge und ihre Durchsetzung im brasilianischen Recht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 7; zugl. Diss. Hamburg 1988, Frankfurt/ M. u.a., 1988

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 16‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Geiben, Nikolaus. ›Der Vorvertrag im Internationalen Privatrecht: Unter besonderer Berücksichtigung des Immobilienerwerbs im portugiesischen und brasilianischen Recht‹, Studien zum Vergleichenden und Internationalen Recht, Bd. 135; zugl. Diss. Heidelberg 2005, Frankfurt/ M. u.a., 2007

LG Amberg. Az. 2 O 371/78 v. 17.03.81. ›brasil. Ges. Nr. 2597 v. 12.9.1955; BGB § 434. Tauscht ein Deutscher seinen in Deutschland gelegenen Grundbesitz gegen Ländereien in Brasilien, so kann er von diesem Vertrag zurücktreten, falls der Eigentumserwerb in Brasilien durch öffentlich-rechtliche Bestimmungen eingeschränkt und die Durchsetzung der Eigentumsrechte ungewiß ist.‹, IPRax 1982, S. 29

Samtleben, Jürgen. ›Vertragsgestaltung und Rechtsverfolgung im deutsch-brasilianischen Handelsverkehr‹, in: Bernd Bendref (Hrsg.), Rechtsverkehr zwischen Deutschland und Brasilien; Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 12, S. 43-67, Frankfurt/ M. u.a., 1991

A.III.2.b. Deliktsrecht

Nordmeier, Carl Friedrich. ›Divergenz von Delikts- und Unterhaltsstatut bei tödlich verlaufenden Straßenverkehrsunfällen: österreichischer Trauerschadensersatz und brasilianisches pretium doloris vor dem Hintergrund der Europäisierung des Kollisionsrechts (zu OGH, 25.3.2009 - 2 Ob 150/08k)‹, IPRax 2011, S. 292-298

A.III.3. Sachenrecht

Ahrens, Helen. ›Kreditsicherheiten in Südamerika. Mobiliarsicherheiten nach den nationalen und internationalen Privatrechten der Länder des Cono Sur und ihre Bedeutung für den Rechtsverkehr mit Deutschland‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 18; zugl. Diss. Kiel 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

A.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Grünewald, Andreas. ›Brasilien‹, in: Jürgen Basedow/ Jens M. Scherpe (Hrsg.), Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht, S. 27-30, Tübingen, 2004

Könnecke, Berthold. ›Ehefähigkeit einer von einem deutschen Staatsangehörigen durch ein deutsches Gericht geschiedenen Brasilianerin; Familienname der Frau nach Scheidung; Personenstand und Familienname eines zu erwartenden Kindes‹, StAZ 1988, S. 18-19

Könnecke, Berthold. ›Ehenamensführung einer deutschen Frau, die 1955 mit einem schweizerisch-brasilianischen Doppelstaater in Brasilien die Ehe geschlossen hat‹, StAZ 1985, S. 316

Krömer, Karl. ›Anwendung des Art. 10 Abs. 1 EGBGB, wenn das ausländische IPR auf das deutsche Recht zurückverweist‹, StAZ 1996, S. 373-374

Sturm, Fritz/ Sturm, Gudrun. ›Der renvoi im Namensrecht‹, in: FS Erik Jayme (2004), S. 919-934, München, 2004

A.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Rechsteiner, Beat W. ›Internationales Familien- und Erbrecht in Brasilien und Deutschland‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 96-160, Aachen, 2004

A.IV.3.b. Eherecht

AG Groß-Gerau. Az. 72 F 27/02 E1 v. 23.05.02. ›Brasil. EGZGB Art. 7; brasil. ZPO Art. 483; BGB §§ 1306, 1314. Art. 483 der brasil. ZPO sieht vor, dass ein von einem ausländischen Gericht ergangenes Urteil in Brasilien keine Wirkung habe, bevor es nicht durch das oberste Bundesgericht homologiert wurde. Nach Art. 7 des brasil. EGZGB findet das brasil. Gesetz auf die Ehehindernisse und auf die Formalitäten der Eheschließung dann Anwendung, wenn eine Ehe in Brasilien geschlossen wird, im Umkehrschluss aber ansonsten nicht, sondern die Gültigkeit der Ehe richtet sich hinsichtlich Ehehindernissen und Formfragen ausschließlich nach dem Recht des Eheschließungsortes.‹, StAZ 2002, S. 343-344 = IPRspr. 2002 Nr. 65

AG Seligenstadt. Az. 32 F 695/5 S v. 17.01.08. ›EuEheVO Artt. 3 Abs. 1 lit. a Spiegelstrich 5, 6 lit. a, 11 Abs. 2, 19; Brasil. Cc Artt. 1566, 1577 § 1, 1580 § 2; Brasil. EG zum Cc Art. 7 § 7; Ndl. Gesetz vom 25.03.1981 über das Kollisionsrecht der Eheauflösung Art. 1 Abs. 1 lit. a, Art. 3 Abs. 3; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 5 Abs. 1 Satz 2, 14 Abs. 1 Nr. 2, 17 Abs. 1, ZPO § 261 Abs. 1. Nach brasil. Recht setzt die direkte Ehescheidung voraus, dass die Eheleute zum Zeitpunkt der Rechtshängigkeit des Scheidungsanstrags zwei Jahre faktisch getrennt gelebt haben. Im brasil. Recht wird das Ehetrennungsverfahren als eine Art Vorstufe zum Ehescheidungsverfahren angesehen. Die „Umwandlung“ geschieht nahezu automatisch und auf Grundlage des Ehetrennungsverfahrens. Nach dem ndl. Gesetz vom 25.03.1981 über das Kollisionsrecht der Eheauflösung ist bei der Ehescheidung auf das gemeinsame Heimatrecht abzustellen. Für Doppelstaater bestimmt Art. 3 Abs. 3 des Gesetzes: „Besitzt eine Partei die Staatsangehörigkeit von mehr als einem Land, dann gilt als Heimatrecht das Recht des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und zu dem sie, alle Umstände in Betracht gezogen, die stärkste Verbindung hat.“ Die ältere Bestimmung des Art. 7 § 7 des brasil. EG zum Cc, wonach die Ehefrau den Wohnsitz des Ehemannes teilt, ist mit der Einführung der Möglichkeit getrennter Wohnsitze der Ehegatten nicht mehr vereinbar.‹, IPRax 2008, S. 443-444

Jayme, Erik. ›Zum Verhältnis von Rückverweisung und Vorfrage bei der Eheschließung einer in Deutschland geschiedenen Brasilianerin‹, IPRax 2003, S. 339-340

Kampe, Petra. ›Eheschließung eines Deutschen und einer in Deutschland geschiedenen Brasilianerin in Dänemark; Namensführung der Ehegatten und der gemeinsamen Kinder. Fachausschuss-Nr. 3787, verhandelt am 6. und 7. April 2006‹, StAZ 2007, S. 125-127

Könnecke, Berthold. ›Ehefähigkeit einer von einem deutschen Staatsangehörigen durch ein deutsches Gericht geschiedenen Brasilianerin; Familienname der Frau nach Scheidung; Personenstand und Familienname eines zu erwartenden Kindes‹, StAZ 1988, S. 18-19

Nordmeier, Carl Friedrich. ›Die Reform des brasilianischen Ehegüterrechts und ihre Bedeutung für deutsch-brasilianische Sachverhalte, insbesondere in Scheidungsfällen‹, StAZ 2009, S. 71-76

OLG Frankfurt. Az. 1 UF 30/08 v. 05.11.09. ›Brasil. FamGB Artt. 1572, 1580 § 2; brasil. Einführungsges. 1942 Art. 7 § 2; EGBGB Artt. 13, 17. Nach brasil. Recht kann die Scheidung der Ehe von einem oder beiden Ehegatten beantragt werden, wenn sie nach-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

gewiesener Weise mehr als zwei Jahre faktisch getrennt gelebt haben (Art. 1580 § 2 brasil. FamGB). Der klare Wortlaut des Art. 1580 § 2 brasil. FamGB lässt keine Auslegung dahingehend zu, dass es nicht auf eine faktische Trennung von mindestens zwei Jahren ankomme, sondern dass es ausreiche, wenn Gründe für eine gerichtliche Trennung nach Art. 1572 brasil. FamGB vorlägen. Während Art. 1572 brasil. FamGB lediglich die Voraussetzungen für den Ausspruch einer gerichtlichen Trennung regelt und dabei eine faktische Trennung von einem Jahr oder das Vorliegen einer schweren Geisteskrankheit zur Bedingung macht, regelt Art. 1580 brasil. FamGB ausschließlich die Scheidungsvoraussetzungen. In Art. 1580 brasil. FamGB heißt es wörtlich: „Ein Jahr nach Rechtskraft des Trennungsurteils oder der Entscheidung, welche die vorläufige Trennung angeordnet hat, kann jeder der Ehegatten die Umwandlung in die Scheidung verlangen. § 1: Die Umwandlung der gerichtlichen Trennung in die Scheidung erfolgt durch Urteil ohne Angabe des Grundes, welcher der Entscheidung zugrunde liegt. § 2: Die Scheidung kann von einem oder beiden Ehegatten beantragt werden, wenn sie nachgewiesener Weise mehr als als zwei Jahre faktisch getrennt gelebt haben." Bei der zweijährigen Trennungszeit handelt es sich um eine Mindestfrist. Sie muss bereits bei Einleitung des Verfahrens verstrichen sein, ein Ablauf der Frist während des anhängigen Scheidungsverfahrens ist hingegen nicht ausreichend. Nach brasil. Recht ist für im Ausland geschlossene Ehen nach der allgemeinen Regel des Art. 7 § 1 des Einführungsges. von 1942 zu verfahren, wonach für die materiell-rechtlichen Voraussetzung der Eheschließung das Recht des Landes anzuwenden ist, in dem die Verlobten ihren Wohnsitz haben. Das kanad. Gesetz regelt die Rechtsfolgen der Eheschließung, bei der eine der Parteien bereits verheiratet ist, nicht ausdrücklich. In Anlehung an das engl. Recht, dessen Recht als maßgeblich für die Rechtspraxis in Kanada angesehen wird, werden in der Rechtsprechung in Kanada Eheschließungen, bei denen einer Eheschließenden bereits verheiratet war, als von Anfang an nichtig angesehen. Die Rechtsfolge der Nichtigkeit einer Eheschließung bei noch bestehender Ehe einer der Parteien tritt ex lege ein.‹, FamRZ 2010, S. 1560-1561

Samtleben, Jürgen. ›Güterstand und Erbfolge in deutsch-brasilianischen Fällen‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 225-249, Aachen, 2004

Schotten, Günther. ›Das internationale Privatrecht in der notariellen Praxis‹, München, 1995

Villela, Joao Baptista/ Correa de Oliveira, Jose Lamartine/ Dölemeyer, Hans-Joachim/ Samtleben, Jürgen. ›Erbfolge, Güterrecht und Steuer in deutsch-brasilianischen Fällen, Beiträge zur 3. Jahrestagung 1984 der DBJV, mit ausgewählten Gutachten des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 4, Frankfurt/ M. u.a., 1986

Weishaupt, Axel. ›Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 3; zugl. Diss. Hamburg 1979/80, Tübingen, 1981

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Bielefeld. Az. 2 XVI 39/87 v. 08.03.88. ›EGBGB Artt. 22, 23; BGB §§ 1746 Abs. 1 Satz 4 , 1757; brasil. EG zum Cc Art. 7. Kindesrecht und Rückverweisung im internationalen Adoptionsrecht.‹, IPRax 1989, S. 172 = IPRspr. 1988 Nr. 112

Jayme, Erik. ›Schwache Adoption durch deutsche Annehmende im Ausland - Anerkennung oder Transformation? (zu AG Schöneberg v. 5.11.1982, IPRax 1983, S. 190-191)‹, IPRax 1983, S. 169-170

Lima Marques, Claudia. ›Kulturelle Identität und Quellendialog im brasilianischen internationalen Adoptionsrecht nach Inkrafttreten des neuen brasilianischen Zivilgesetzbuches von 2002‹, in: FS Erik Jayme (2004), S. 505-526, München, 2004

Lima Marques, Claudia. ›Die Reform des internationalen Adoptionsrechts in Brasilien‹, in: Erik Jayme (Hrsg.), 2. Deutsch-lusitanische Rechtstage, Seminar in Heidelberg 20.-21.11.1992, S. 32-49, Baden-Baden, 1994

A.IV.4. Erbrecht

Nordmeier, Carl Friedrich. ›Zulässigkeit und Bindungswirkung gemeinschaftlicher Testamente im Internationalen Privatrecht unter besonderer Berücksichtigung der Rechte portugiesischsprachiger Länder‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 201; zugl. Diss. Heidelberg 2007/ 2008, Tübingen, 2008

Samtleben, Jürgen. ›Güterstand und Erbfolge in deutsch-brasilianischen Fällen‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 225-249, Aachen, 2004

Tiedemann, Andrea. ›Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 34, Tübingen, 1993

Villela, Joao Baptista/ Correa de Oliveira, Jose Lamartine/ Dölemeyer, Hans-Joachim/ Samtleben, Jürgen. ›Erbfolge, Güterrecht und Steuer in deutsch-brasilianischen Fällen, Beiträge zur 3. Jahrestagung 1984 der DBJV, mit ausgewählten Gutachten des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 4, Frankfurt/ M. u.a., 1986

A.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Inglez de Souza, Marcelo Junqueira. ›Durchsetzung und Wirksamkeit der Rechte des Geistigen Eigentums in Brasilien. Ein Vergleich mit der Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union zur Ermittlung des brasilianischen Rechtssystems‹, Studien zum Gewerblichen Rechtsschutz und zum Urheberrecht, Bd. 60; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2008, Hamburg, 2009

A.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Heinrich, Gregor. ›Die neuere Entwicklung des Wechsel- und Scheckrechts in Brasilien - Probleme bei der Übernahme des Genfer Einheitsrechts‹, RabelsZ 48 (1984), S. 372-387

A.VI. Fragen des allgemeinen Teils, des interlokalen, des intertemporalen und des interpersonalen Rechts

Araujo, Nadia de. ›Internationale Verträge und die brasilianische Rechtsprechung: Anwendbares Recht, ordre public und Gerichtstandsvereinbarungen‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 99-117, Baden-Baden, 2002

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Gutbrod, Max Bernhard. ›Die Neufassung des brasilianischen Handelsvertretergesetzes‹, RIW/AWD 1993, S. 472-474

Huf, Peter Michael (Übers.). ›Die brasilianische Verfassung von 1988‹, Kölner Schriften zur Literatur und Gesellschaft der portugiesischsprachigen Länder, Bd. 4, Köln, 1991

Kozel, Ingeborg. ›Südamerika: Forderungsabtretung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 3156, Köln, Berlin, 1994

Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht (Hrsg.). ›Rechtsquellen des MERCOSUR. Spanischer Text und deutsche Übersetzung der wichtigsten Verträge und Rechtsakte‹, Baden-Baden, 2000

N.N. ›Das brasilianische Verbraucherschutzgesetz‹, PHi 1994, S. 143-146

Sanden, Andreas (Hrsg.). ›Das Unternehmen im neuen Zivilgesetzbuch Brasiliens: Übersetzung mit Einführung‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 31, Aachen, Herzogenrath, 2004

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Jayme, Erik. ›Portugal, Macau, Brasilien - Rechtsvergleichung und Internationales Privatrecht. 10. Jahrestagung der Deutsch-Lusitanischen Juristenvereinigung in Bochum‹, IPRax 2002, S. 151-152

Jayme, Erik/ Schindler, Christian (Hrsg.). ›Rechtsentwicklungen in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten‹, Baden-Baden, 2002

Kayser, Hartmut-Emanuel. ›Die Rechte der indigenen Völker Brasiliens - historische Entwicklung und gegenwärtiger Stand‹, Diss. Frankfurt/ M. 2005

Menke, Fabiano. ›Die elektronische Signatur im deutschen und brasilianischen Recht. Eine rechtsvergleichende Studie‹, Der elektronische Rechtsverkehr, Bd. 22; zugl. Diss. Kassel 2008, Baden-Baden, 2009

Samtleben, Jürgen. ›Rechtspraxis und Rechtskultur in Brasilien und Südamerika‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 40, Aachen, 2010

Sanden, Andreas (Hrsg.). ›Das Unternehmen im neuen Zivilgesetzbuch Brasiliens: Übersetzung mit Einführung‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 31, Aachen, Herzogenrath, 2004

Schmidt, Jan Peter. ›Zivilrechtskodifikation in Brasilien. Strukturfragen und Regelungsprobleme in historisch-vergleichender Perspektive‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 226; zugl. Diss. Regensburg 2009, Tübingen, 2009

B.III.1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Lima Marques, Claudia. ›Das BGB und das brasilianische Zivilgesetzbuch von 1916‹, in: Erik Jayme/ Peter Mansel (Hrsg.), Auf dem Wege zu einem gemeineuropäischen Privatrecht: 100 Jahre BGB und die lusophonen Länder; Symposium in Heidelberg, 29.-30.11.1996, S. 73-97, Baden-Baden, 1997

Rivero Sánchez, Juan Marcos. ›Das deutsche Schuldrecht. Vorbild oder Warnung für Reformprojekte in Lateinamerika und insbesondere in Costa Rica?‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1776; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1995, Frankfurt/ M. u.a., 1995

Sarlet, Ingo Wolfgang. ›Soziale Grundrechte und Privatrecht behandelt am Beispiel Brasiliens‹, in: FS Claus-Wilhelm Canaris, Bd. 2 (2007), S. 771-794, München, 2007

Sarlet, Ingo Wolfgang. ›Die Einwirkung der Grundrechte auf das brasilianische Privatrecht‹, in: Jörg Neuner (Hrsg.), Grundrechte und Privatrecht aus rechtsvergleichender Sicht, S. 81-104, Tübingen, 2007

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

B.III.2.a. Vertragsrecht

Bergdolt, Christoph. ›Internationale Schuldverträge und ihre Durchsetzung im brasilianischen Recht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 7; zugl. Diss. Hamburg 1988, Frankfurt/ M. u.a., 1988

Bernuth, Johann Mathias von. ›Lauterkeitsrecht, Kartellrecht und Verbraucherschutz in der Ländern des Mercosur‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 5; zugl. Diss. München 2000, Baden-Baden, 2001

BGH. Az. IX ZR 146/95 v. 25.04.96. ›Brasil. C.proc. civ. Art. 88 Abs. 3; brasil. Cc Art. 950; brasil. C.com. Art. 430; ZPO §§ 328 Abs. 1 Nr. 5, 23, 29, 39. Nach brasil. Recht reicht ein Vertragsangebot als zuständigkeitsbegründende „Rechtshandlung" für den Gerichtsstand des Vertragsschlusses gem. Art. 88 Abs. 3 C.proc.civ. aus. Nach Art. 950 brasil. Cc und Art. 430 brasil. C.com. muß - vorbehaltlich abweichender Vereinbarung - Zahlung am Wohnsitz des Schuldners geleistet werden. Nach überwiegender Ansicht in Brasilien ist der Erfüllungsort allein auf der Grundlage des Art. 950 brasil. Cc und Art. 430 C. com. zu bestimmen.‹, RIW/AWD 1996, S. 966-967 = WM 1996, S. 2037-2038

Carvalho, Ana Paula Gambogi. ›Verbraucherverträge im Internet: rechtsvergleichende Studie zum deutschen und brasilianischen Recht‹, Schriftenreihe des Instituts für Europäisches Wirtschafts- und Verbraucherrecht e.V., Bd. 19; zugl. Diss. Bremen 2005, Baden-Baden, 2005

Dagnese, Nataleao/Ayub, Carlos Eduardo. ›Besonderheiten der brasilianischen Verrechnungspreispraxis‹, IWB 2005, S. 295-308

Ferreira da Silva, Jorge Cesa. ›Der Diskriminierungsschutz im brasilianischen Vertragsrecht‹, in: Jörg Neuner (Hrsg.), Grundrechte und Privatrecht aus rechtsvergleichender Sicht, S. 289-309, Tübingen, 2007

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 16‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Fischer, Marie Claudia. ›Das Recht der Kreditsicherheiten in Brasilien‹, Die gelbe Reihe, Bd. 37, Mainz, 1983

Förschner, Petra. ›Die Haftungsregeln des brasilianischen Verbraucherschutzgesetzes. Ansprüche aus Produkthaftung, Dienstleistungshaftung und Gewährleistung und ihre Durchsetzung im Prozeß im Vergleich zum deutschen Recht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 23; zugl. Diss. Augsburg 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Geiben, Nikolaus. ›Der Vorvertrag im Internationalen Privatrecht: Unter besonderer Berücksichtigung des Immobilienerwerbs im portugiesischen und brasilianischen Recht‹, Studien zum Vergleichenden und Internationalen Recht, Bd. 135; zugl. Diss. Heidelberg 2005, Frankfurt/ M. u.a., 2007

Gloger, Christian. ›Die Haftung von GmbH-Gesellschaftern im brasilianischen Verbraucherschutzrecht‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 237-292, Aachen, 2004

Grieben, Nikolaus. ›Vorverträge in Brasilien vor und nach dem neuen Código Civil von 2002‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 173-216, Aachen, 2004

Hernández-Bretón, Eugenio. ›Internationale Gerichtsstandsklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 21; zugl. Diss. Heidelberg 1991, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Jayme, Erik. ›LG Stuttgart I - Gutachten zum brasilianischen Kaufrecht für Immobilien‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 221-228, Baden-Baden, 2002

Kasznar Fekete, Elisabeth/ Francisco Leonardos, Gabriel. ›Der Zusammenhang zwischen dem Verbraucherschutz, der Markenschutzgesetzgebung und dem unlauteren Wettbewerb in Brasilien‹, in: Arne Rathjen (Hrsg.), Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherschutz in Deutschland und Brasilien, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 26, S. 49-71, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Mannheimer, Sergio Nelson. ›Verbraucherschutzgesetzgebung in Brasilien‹, in: Erik Jayme (Hrsg.), Deutsch-Lusitanische Rechtstage: Symposium in Heidelberg 29.-30.11.1991, S. 71-81, Baden-Baden, 1993

Müller-Silva, Roger/ Bon-Martins, Nilva del. ›Rechtsvergleichender Überblick über das Konsumentenrecht Brasiliens und der Schweiz‹, in: Martin Ecker (Hrsg.), Recht des Stärkeren - Recht des Schwächeren: Analysen und Perspektiven, S. 279-312, Zürich u.a., 2005

Pacón, Ana María. ›Markenrecht und Verbraucherschutz in Lateinamerika. Eine Untersuchung am Beispiel von Argentinien, Brasilien, Mexiko und Peru‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 1; zugl. Diss. Augsburg 1996, Baden-Baden, 1999

Rathjen, Arne (Hrsg.). ›Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherschutz in Deutschand und Brasilien‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 26, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Samtleben, Jürgen. ›Vertragsgestaltung und Rechtsverfolgung im deutsch-brasilianischen Handelsverkehr‹, in: Bernd Bendref (Hrsg.), Rechtsverkehr zwischen Deutschland und Brasilien; Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 12, S. 43-67, Frankfurt/ M. u.a., 1991

Schwonke, Martina. ›Verkehrsschutz bei der Stellvertretung im deutschen Recht und in den lateinamerikanischen Rechten unter besonderer Berücksichtigung des positiven Vertrauensschutzes‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 148; zugl. Diss. Göttingen 1989, Baden-Baden, 1990

Sester, Peter. ›Bieterverfahren und Projektverträge im brasilianischen Recht‹, RIW/AWD 2010, S. 269-280

Siebeneichler de Andrade, Fábio. ›Vertraglicher Verbraucherschutz. Brasilianische und deutsche Regelungen im Vergleich‹, Schriften zum Internationalen Recht, Bd. 129; zugl. Diss. Regensburg 2000, Berlin, 2002

Tôrres-Jaeger, Ana Augusta. ›Schutz des Darlehensnehmers bei Abtretung von Darlehensforderungen im Lichte des Bankgeheimnisses. Eine vergleichende Untersuchung der Rechtslage in Deutschland und Brasilien‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 5051; zugl. Diss. Heidelberg 2009, Frankfurt/ M. u.a., 2010

B.III.2.b. Deliktsrecht

Bothe, Michael (Hrsg.). ›Umweltrecht in Deutschland und Brasilien‹, Beiträge zur 7. Jahrestagung 1988 der DBJV; Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 10, Frankfurt/ M. u.a., 1990

de Alencar Xavier, Yanko Marcius. ›Die EG-Produkthaftungsrichtlinie - ein mögliches Modell für den Mercosur?‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2073; zugl. Diss. Osnabrück 1996, Frankfurt/ M. u.a., 1997

Erichsen, Sven. ›Der ökologische Schaden im internationalen Umwelthaftungsrecht‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1408; zugl. Diss. Heidelberg 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Förschner, Petra. ›Die Haftungsregeln des brasilianischen Verbraucherschutzgesetzes. Ansprüche aus Produkthaftung, Dienstleistungshaftung und Gewährleistung und ihre Durchsetzung im Prozeß im Vergleich zum deutschen Recht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 23; zugl. Diss. Augsburg 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Franz, Martin. ›Die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten in Argentinien, Brasilien und Mexiko: Eine Untersuchung vor dem Hintergrund des TRIPS-Übereinkommens‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 12; zugl. Diss. München 2005, Baden-Baden, 2005

Godt, Christine. ›Haftung für Ökologische Schäden. Verantwortung für Beeinträchtigungen des Allgemeingutes Umwelt durch individualisierbare Verletzungshandlungen‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 189; zugl. Diss. Bremen 1995, Berlin, 1997

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungsmöglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Lörler, Sighart. ›Das Staatshaftungsrecht im deutsch-brasilianischen Rechtsvergleich‹, ZVglRWiss 99 (2000), S. 51-56

Polido, Walter A./ Prandini, Fernando L./ Pinkuss, Michael L. ›Umwelthaftpflichtversicherung in Brasilien‹, PHi 1994, S.60

Rathjen, Arne. ›Neue Tendenzen im brasilianischen Internetrecht‹, MittDBJV 2005, S. 12-21

Rathjen, Arne (Hrsg.). ›Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherschutz in Deutschand und Brasilien‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 26, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Schmidt, Axel. ›Brasilien: Produktehaftung in Richtung EG? Konsequenzen für Haftungsadressaten und Versicherer‹, VersW 1990, S. 294-296

B.III.3. Sachenrecht

Ahrens, Helen. ›Kreditsicherheiten in Südamerika. Mobiliarsicherheiten nach den nationalen und internationalen Privatrechten der Länder des Cono Sur und ihre Bedeutung für den Rechtsverkehr mit Deutschland‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 18; zugl. Diss. Kiel 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Deutsch-Brasilianische Handelskammer (Hrsg.). ›Bodenrecht in Brasilien‹, Sao Paulo, 2001

Jayme, Erik. ›LG Stuttgart I - Gutachten zum brasilianischen Kaufrecht für Immobilien‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 221-228, Baden-Baden, 2002

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Rechsteiner, Beat. ›Beschränkungen des Grundstückserwerbs durch Ausländer in Brasilien‹, RIW/ AWD 1985, S. 31-35

Röthlisberger, Andreas. ›Traditionsprinzip und Konsensprinzip bei der Mobiliarübereignung; eine vergleichende Untersuchung zu den iberischen und

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

lateinamerikanischen Kodifikationen‹, Schweizer Studien zum internationalen Recht, Bd. 28; zugl. Diss. Bern 1982, Bern, 1982

Schimmelpfeng-Pimentel, Britta. ›Erwerb von landwirtschaftlichem Grundbesitz in Brasilien durch Ausländer‹, ZVglRWiss 84 (1985), S. 137-153

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

BayObLG. Az. 1 Z 26/83 v. 07.07.83. ›Brasil. Verfassung i.d.F. der Änderung Nr. 1 v. 17.10.1969 Art. 145 Abs. 1 c. Brasilianer durch Geburt sind die im Ausland Geborenen, deren Vater Brasilianer oder deren Mutter Brasilianerin ist, auch wenn diese nicht im Dienste Brasiliens stehen, sobald sie bei der zuständigen brasilianischen Dienststelle im Ausland registriert worden sind. Nach brasilianischem Recht führt ein eheliches Kind den Namen des Vaters oder den Namen beider Eltern, und zwar je nach den Angaben bei der Anmeldung der Geburt.‹, IPRspr. 1983 Nr. 13 = BayObLGZ 1983, S. 168 = StAZ 1984, S. 67, 337

Grünewald, Andreas. ›Brasilien‹, in: Jürgen Basedow/ Jens M. Scherpe (Hrsg.), Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht, S. 27-30, Tübingen, 2004

Kampe, Petra. ›Eheschließung eines Deutschen und einer in Deutschland geschiedenen Brasilianerin in Dänemark; Namensführung der Ehegatten und der gemeinsamen Kinder. Fachausschuss-Nr. 3787, verhandelt am 6. und 7. April 2006‹, StAZ 2007, S. 125-127

Könnecke, Berthold. ›Ehenamensführung einer deutschen Frau, die 1955 mit einem schweizerisch/ brasilianischen Doppelstaater in Brasilien die Ehe geschlossen hat‹, StAZ 1985, S. 316

Könnecke, Berthold. ›Ehefähigkeit einer von einem deutschen Staatsangehörigen durch ein deutsches Gericht geschiedenen Brasilianerin; Familienname der Frau nach Scheidung; Personenstand und Familienname eines zu erwartenden Kindes‹, StAZ 1988, S. 18-19

Kraus, Helga. ›Legitimation eines brasilianischen nichtehelichen Kindes durch einen deutschen Vater‹, StAZ 1997, S. 243-244

Krömer, Karl. ›Namensführung des 1972 in Brasilien geborenen Kindes eines Deutschen und einer Brasilianerin‹, StAZ 2003, S. 308-309

Krömer, Karl. ›Familienname eines brasilianischen Kindes nach Adoption durch ein deutsch/ brasilianisches Ehepaar‹, StAZ 1997, S. 18

Kubitz, Joachim. ›Name nach Eheschließung im brasilianischen Recht‹, StAZ 1997, S. 286

Lamsfuß, Dieter. ›Familienname der brasilianischen Ehefrau‹, StAZ 1992, S. 221-222

Neumann, Helga. ›Brasilien: Name der Ehegatten‹, StAZ 2008, S. 150

Nowak, Michael. ›Der Name der natürlichen Person‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2006; zugl. Diss. Gießen 1996, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Paul, Wolf. ›De capitis deminutione silvicolarum. Versuch über Art. 6 des brasilianischen Código Civil‹, in: FS Günther Jahr (1993), S. 477-495, Tübingen, 1993

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Brandao Machado, Lais. ›Das Familienrecht in Brasilien und Deutschland - Direito de Familia Comparado‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 33-65, Aachen, 2004

Gozzo, Debora. ›Das brasilianische Familienrecht im Wandel - von 1916 bis 2002‹, iFamZ 2007, S. 51-53

Villela, J. B. ›Berichte über familienrechtliche Entwicklungen im Jahre 1986 in Brasilien‹, JFamL 26 (1987/88), S. 1-253

Villela, Joao Baptista. ›Die brasilianische Zivilrechtsgesetzgebung und das Familienrecht in historischer Entwicklung‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 10-32, Aachen, 2004

Villela, Joao Baptista/ Sztajn, Rachel. ›Landesbericht Brasilien‹, in: Jochen Taupitz (Hrsg.), Zivilrechtliche Regelungen zur Absicherung der Patientenautonomie am Ende des Lebens. Eine internationale Dokumentation, Berlin, 2000

B.IV.3.b. Eherecht

AG Seligenstadt. Az. 32 F 695/5 S v. 17.01.08. ›EuEheVO Artt. 3 Abs. 1 lit. a Spiegelstrich 5, 6 lit. a, 11 Abs. 2, 19; Brasil. Cc Artt. 1566, 1577 § 1, 1580 § 2; Brasil. EG zum Cc Art. 7 § 7; Ndl. Gesetz vom 25.03.1981 über das Kollisionsrecht der Eheauflösung Art. 1 Abs. 1 lit. a, Art. 3 Abs. 3; EGBGB Artt. 4 Abs. 1, 5 Abs. 1 Satz 2, 14 Abs. 1 Nr. 2, 17 Abs. 1, ZPO § 261 Abs. 1. Nach brasil. Recht setzt die direkte Ehescheidung voraus, dass die Eheleute zum Zeitpunkt der Rechtshängigkeit des Scheidungsanstrags zwei Jahre faktisch getrennt gelebt haben. Im brasil. Recht wird das Ehetrennungsverfahren als eine Art Vorstufe zum Ehescheidungsverfahren angesehen. Die „Umwandlung“ geschieht nahezu automatisch und auf Grundlage des Ehetrennungsverfahrens. Nach dem ndl. Gesetz vom 25.03.1981 über das Kollisionsrecht der Eheauflösung ist bei der Ehescheidung auf das gemeinsame Heimatrecht abzustellen. Für Doppelstaater bestimmt Art. 3 Abs. 3 des Gesetzes: „Besitzt eine Partei die Staatsangehörigkeit von mehr als einem Land, dann gilt als Heimatrecht das Recht des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und zu dem sie, alle Umstände in Betracht gezogen, die stärkste Verbindung hat.“ Die ältere Bestimmung des Art. 7 § 7 des brasil. EG zum Cc, wonach die Ehefrau den Wohnsitz des Ehemannes teilt, ist mit der Einführung der Möglichkeit getrennter Wohnsitze der Ehegatten nicht mehr vereinbar.‹, IPRax 2008, S. 443-444

Albuquerque Pinto, Alexandre. ›Die Folgen der Ehescheidung nach deutschem und brasilianischem Recht‹, zugl. Diss. München 2002, München, 2003

DIV-Gutachten v. 09.09.1991, Az. LB 3. ›Vaterschaftsanerkennung und Legitimation durch Heirat der Kindeseltern nach brasilianischem Recht, Scheidung nach brasilianischem Recht, Günstigkeitsprinzip‹, ZfJ 1991, S. 601-602

Dollinger-Richter, Magdalena. ›Vom Unauflöslichkeitsprinzip zur Ehescheidung. Die jüngste Entwicklung des Eherechts in Spanien, Portugal, Kolumbien und Brasilien‹, Diss. Berlin 1992

Hamburg (Gutachten). ›Brasil. Zivilgesetzbuch (Código Civil) Artt. 159, 230, 235, 256, 269, 271, 1777; EinfG. zum brasil. Zivilgesetzbuch (Lei de Introducao ao Código Civil - Decreto-lei 4657/42) Art. 7 § 4; brasil. Lei do Divórcio (Ldi) Artt. 7, 31, 43; brasil. Zivilprozessgesetzbuch (Código de Processo Civil) Art. 1121; EGBGB Artt. 4, 11, 14, 15, 28 Abs. 1, 40 Abs. 2; BGB § 311b. Im Rahmen eines Trennungs- und Scheidungsverfahrens gewährt das brasilianische Recht keinen Ausgleichsanspruch für Rechtsverluste durch Verbindung von Fahrnis mit Grundstücken, die im Eigentum Dritter stehen.‹, IPG 2003-2004 Nr. 16

Hoffmann, Matei Ion. ›Die Beendigung der ehelichen Gemeinschaft und Konkubinat in Brasilien. Eine rechtsvergleichende Betrachtung unter Berücksichtigung des französischen Rechts‹, Diss. Marburg 1979

Kampe, Petra. ›Eheschließung eines Deutschen und einer in Deutschland geschiedenen Brasilianerin in Dänemark; Namensführung der Ehegatten und der gemeinsamen Kinder. Fachausschuss-Nr. 3787, verhandelt am 6. und 7. April 2006‹, StAZ 2007, S. 125-127

Könnecke, Berthold. ›Ehefähigkeit einer von einem deutschen Staatsangehörigen durch ein deutsches Gericht geschiedenen Brasilianerin; Familienname der Frau nach Scheidung; Personenstand und Familienname eines zu erwartenden Kindes‹, StAZ 1988, S. 18-19

Lichtenberg, Peter. ›Hinweise zum Ehegüterrecht bei Fällen mit Auslandsberührung‹, MittRhNotK 1980, S. 177-178

Nazo, Georgette. ›Die Familie in der neuen brasilianischen Verfassung‹, FamRZ 1990, S. 720-722

Nordmeier, Carl Friedrich. ›Die Reform des brasilianischen Ehegüterrechts und ihre Bedeutung für deutsch-brasilianische Sachverhalte, insbesondere in Scheidungsfällen‹, StAZ 2009, S. 71-76

OLG Frankfurt. Az. 1 UF 30/08 v. 05.11.09. ›Brasil. FamGB Artt. 1572, 1580 § 2; brasil. Einführungsges. 1942 Art. 7 § 2; EGBGB Artt. 13, 17. Nach brasil. Recht kann die Scheidung der Ehe von einem oder beiden Ehegatten beantragt werden, wenn sie nachgewiesener Weise mehr als zwei Jahre faktisch getrennt gelebt haben (Art. 1580 § 2 brasil. FamGB). Der klare Wortlaut des Art. 1580 § 2 brasil. FamGB lässt keine Auslegung dahingehend zu, dass es nicht auf eine faktische Trennung von mindestens zwei Jahren ankomme, sondern dass es ausreiche, wenn Gründe für eine gerichtliche Trennung nach Art. 1572 brasil. FamGB vorlägen. Während Art. 1572 brasil. FamGB lediglich die Voraussetzungen für den Ausspruch einer gerichtlichen Trennung regelt und dabei eine faktische Trennung von einem Jahr oder das Vorliegen einer schweren Geisteskrankheit zur Bedingung macht, regelt Art. 1580 brasil. FamGB ausschließlich die Scheidungsvoraussetzungen. In Art. 1580 brasil. FamGB heißt es wörtlich: „Ein Jahr nach Rechtskraft des Trennungsurteils oder der Entscheidung, welche die vorläufige Trennung angeordnet hat, kann jeder der Ehegatten die Umwandlung in die Scheidung verlangen. § 1: Die Umwandlung der gerichtlichen Trennung in die Scheidung erfolgt durch Urteil ohne Angabe des Grundes, welcher der Entscheidung zugrunde liegt. § 2: Die Scheidung kann von einem oder beiden Ehegatten beantragt werden, wenn sie nachgewiesener Weise mehr als als zwei Jahre faktisch getrennt gelebt haben.“ Bei der zweijährigen Trennungszeit handelt es sich um eine Mindestfrist. Sie muss bereits bei Einleitung des Verfahrens verstrichen sein, ein Ablauf der Frist während des anhängigen Scheidungsverfahrens ist hingegen nicht ausreichend. Nach brasil. Recht ist für im Ausland geschlossene Ehen nach der allgemeinen Regel des Art. 7 § 1 des Einführungsges. von 1942 zu verfahren, wonach für die materiell-rechtlichen Voraussetzung der Eheschließung das Recht des Landes anzuwenden ist, in dem die Verlobten ihren Wohnsitz haben. Das kanad. Gesetz regelt die Rechtsfolgen der Eheschließung, bei der eine der Parteien bereits verheiratet ist, nicht ausdrücklich. In Anlehung an das engl. Recht, dessen Recht als maß-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

geblich für die Rechtspraxis in Kanada angesehen wird, werden in der Rechtsprechung in Kanada Eheschließungen, bei denen einer Eheschließenden bereits verheiratet war, als von Anfang an nichtig angesehen. Die Rechtsfolge der Nichtigkeit einer Eheschließung bei noch bestehender Ehe einer der Parteien tritt ex lege ein.‹, FamRZ 2010, S. 1560-1561

OLG Hamm. Az. 11 WF 15/01 v. 11.05.01. ›Brasil. ZGB Art. 258; EGBGB Artt. 14, 15. Das brasilianische Recht kennt keinen Zugewinnausgleich. Im Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft nach Art. 258 brasil. ZGB ist während der Ehe erworbenes Gut verwaltetes Gesamtgut geworden.‹, IPRspr. 2001 Nr. 57 = FamRZ 2002, S. 459

Puschmann, Gisela. ›Ehe und Kindschaft in deutsch-brasilianischen Fällen (Scheidung, Sorgerecht, Unterhalt)‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 161-189, Aachen, 2004

Schotten, Günther. ›Das internationale Privatrecht in der notariellen Praxis‹, München, 1995

Siebeneichler de Andrade, Fábio. ›Portugiesisches und brasilianisches Güterrecht im Vergleich‹, in: Dieter Henrich (Hrsg.), Eheliche Gemeinschaft, Partnerschaft und Vermögen im europäischen Vergleich, Beiträge zum europäischen Familienrecht, Bd. 6, S. 199-221, Bielefeld, 1999

Vaz Ferreira, Eduardo/ Ramos Mañé de Tanzer, Mercedes. ›Gesetzliche Regelung der „wilden Ehe" in Lateinamerika‹, in: FS Imre Zajtay (1982), S. 509-526, Tübingen, 1982

Wachsmann, Monika. ›Gültigkeit der in Dänemark geschlossenen Ehe eines Deutschen und einer Brasilianerin‹, StAZ 2003, S. 145-146

Weishaupt, Axel. ›Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 3; zugl. Diss. Hamburg 1979/80, Tübingen, 1981

Weishaupt, Axel-Raimund. ›Brasilien. Einführung der notariellen Trennung und Scheidung‹, StAZ 2007, S. 244-246

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Berlin-Schöneberg. Az. 70 III 534/82 v. 05.11.82. ›Brasil. Gesetz Nr. 4655 über die Adoptionslegitimation vom 02.06.65 § 2. Der Adoptierende muß das Kind gemäß § 2 mindestens drei Jahre lang vor der Adoption in Sorge gehabt haben.‹, IPRspr. 1982 Nr. 107 = IPRax 1983, S. 190, 169

DIV-Gutachten 1993, Az. LB 3. ›Unterhaltsansprüche und Lebenshaltungskosten‹, ZfJ 1995, S. 265

DIV-Gutachten v. 06.2.1990, AZ LB., N/ 9.240. ›Pflegegeld gem. §§ 5, 6 JWG für ein nach brasilianischem Recht adoptiertes Kind, § 1751 Abs. 4 BGB (keine Pflegegeldberechtigung); Erziehungsgeld‹, ZfJ 1990, S. 310-311

DIV-Gutachten v. 09.09.1991, Az. LB 3. ›Vaterschaftsanerkennung und Legitimation durch Heirat der Kindeseltern nach brasilianischem Recht, Scheidung nach brasilianischem Recht, Günstigkeitsprinzip‹, ZfJ 1991, S. 601-602

DIV-Gutachten v. 22.04.1991, Az. LB 3. ›Geltandmachung von Unterhaltsansprüchen, Unterhaltspflicht von Großeltern anteilig, keine „verschärfte Unterhaltspflicht", keine Anwendung der Regelunterhaltsvorschriften‹, ZfJ 1991, S. 602

DIV-Gutachten v. 30.08.1990, Az. B2, B3. ›Bolivien/ Brasilien: Scheinehelichkeit nach bolivianischem und brasilianischem Recht. Namensführung bei Doppelstaatern. Anerkennung der Vaterschaft unter den drei Alternativen des Art. 20 I EGBGB; Art. 19, 14, 10 EGBGB‹, ZfJ 1990, S. 596-597

DIV-Gutachten v. 30.10.1989, Az. N/ 9.500. ›Adoption eines brasilianischen Kindes durch deutsches Ehepaar, Frist/Verzicht/Ersetzung der Einw.Erkl. der Mutter (§§ 1747 III, 1750 IV, 1747 I, 1748 BGB, Art. 23 EGBGB)‹, ZfJ 1990, S. 61

Hamburg (Gutachten). ›Brasil. Cc Artt. 92, 145, 147, 178, 338, 344, 347, 348, 357, 362, 366; brasil. Constituicao Federal Art. 227; Statut des Kindes und des Heranwachsenden Artt. 20, 26; Gesetz über die öffentlichen Register Artt. 59, 60, 113; Gesetz Nr. 8560 über die Vaterschaftsfeststellung Art. 1. 1. Anerkennung der Vaterschaft durch Eintragung im Geburtenregister nach brasilianischem Recht. 2. Möglichkeiten der Anfechtung der Vaterschaft. 3. Anfechtungsfrist.‹, IPG 1999 Nr. 35

Heinrich, Gregor. ›Adoption in Lateinamerika‹, ZVglRWiss 85 (1986), S. 100-135

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Deutsch-Brasilianische Adoptionsfälle - Theorie und Praxis‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 190-224, Aachen, 2004

Kraus, Helga. ›Legitimation eines brasilianischen nichtehelichen Kindes durch einen deutschen Vater‹, StAZ 1997, S. 243-244

Krömer, Karl. ›Familienname eines brasilianischen Kindes nach Adoption durch ein deutsch/ brasilianisches Ehepaar‹, StAZ 1997, S. 18

LG Berlin. Az. 84 T 128/85 v. 23.10.85. ›EGBGB Art. 22; BGB §§ 1741, 1752; brasil. Cc Artt. 368 ff., 374, 375, 376 bis 378. Über die in Brasilien nach den Artt. 368 ff des brasilianischen BGB durch deutsche Eheleute vorgenommene Adoption eines brasilianischen Kindes darf kein Randvermerk zum Eintrag des Kindes im deutschen Geburtenbuch erfolgen. Zur „einfachen Adoption" nach brasilianischem Recht.‹, NJW-RR 1986, S. 803-804 = IPRspr. 1985 Nr. 209 = StAZ 1986, S. 70

Lima Marques, Claudia. ›Gleichheit zwischen Kindern im aktuellen brasilianischen Recht - Postmodernes Recht?‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 65-98, Baden-Baden, 2002

OLG Zweibrücken. Az. 3 W 149/84 v. 08.01.85. ›Brasil. Cc Artt. 323, 336, 368 ff., 376, 379, 380, 396. Zur „schwachen Adoption" nach brasilianischem Recht.‹, StAZ 1985, S. 132-134 = IPRspr. 1985 Nr. 201

Puschmann, Gisela. ›Ehe und Kindschaft in deutsch-brasilianischen Fällen (Scheidung, Sorgerecht, Unterhalt)‹, in: Gisela Puschmann (Hrsg.), Familien- und Erbrecht in Deutschland und Brasilien - Entwicklungen und Neuansätze, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 30, S. 161-189, Aachen, 2004

VG München. Az. M 7 K 91.1030 v. 04.12.91. ›RuStAG § 6; FGG § 16 a. Zur Adoption nach brasilianischem Recht.‹, StAZ 1992, S. 351-352 = IPRspr. 1991 Nr. 226

Zankl, Wolfgang. ›Die erbrechtliche Stellung des unehelichen Kindes im romanischen Recht‹, ÖNZ 1994, S. 221-226

B.IV.3.d. Verlöbnis; nichteheliche Lebensgemeinschaft

Hoffmann, Matei Ion. ›Die Beendigung der ehelichen Gemeinschaft und Konkubinat in Brasilien. Eine rechtsvergleichende Betrachtung unter Berücksichtigung des französischen Rechts‹, Diss. Marburg 1979

Martins, Renata Rocho de Mello. ›Eheähnliche Lebensgemeinschaften im brasilianischen Recht‹, StAZ 2006, S. 227-231

Paust, Sebastian. ›Vermögensrechtliche Beziehungen zwischen den Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Eine rechtsvergleichende Betrachtung unter Einbeziehung des deutschen, spanischen, portugiesischen und lateinamerikanischen Rechts‹, Deutsch-Spanische Rechtsschriften; zugl. Diss. Regensburg 1991, Baden-Baden, 1992

B.IV.3.e. Vormundschaft; Pflege

DIV-Gutachten v. 11.7.1989, Az. LB. ›IPR-Adoption: Brasilien/Deutschland, Ehewirkungsstatut, gesetzliche Vertretung ausländischer Kinder (Art. 3 Haager MSA)‹, ZfJ 1989, S. 418-419

B.IV.4. Erbrecht

Knapp, Helmut. ›Gesetzliches Erbrecht nichtehelicher, verschiedengeschlechtlicher Lebenspartner. Unter Berücksichtigung des israelischen, mexikanischen, brasilianischen, australischen und französischen Rechts‹, Mikrofiche-Ausgabe 2001; zugl. Diss. Konstanz 2001

Mannheimer, Sergio N./ Scheuer, Gabriele. ›Das Erbrecht der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft in Brasilien‹, FamRZ 1996, S. 566-568

Rechsteiner, Beat. ›Das Erbrecht Brasiliens. Eine Übersicht‹, ZEV 2007, S. 212-215

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Basedow, Jürgen/ Samtleben, Jürgen (Hrsg.). ›Wirtschaftsrecht des MERCOSUR - Horizont 2000. Tagung im Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht am 21.-22. Januar 2000‹, Wirtschaftsrecht des MERCOSUR, Bd. 4., Baden-Baden, 2001

Berkemeier, Astrid. ›Technologietransfer-Verträge nach Brasilien im Spannungsfeld zwischen Privatautonomie und staatlichen Wirtschaftsinterventionen‹, RIW/AWD 1986, S. 433-439

Berkemeier, Astrid. ›Brasiliens Autarkiepolitik auf dem Gebiet der Elektronik‹, ZVglRWiss 84 (1985), S. 229-256

Carvalhosa, Modesto/ Ferreira Cesarino Junior, Antonio u.a. ›Industrialisierung und Recht in Brasilien: Materialien zum Kolloquium: Der Einfluß der Industrialisierung auf die Entwicklung des Rechts: das Beispiel Brasilien‹, Schriftenreihe der Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Bd. 109, Frankfurt/ M., 1981

Gregory, Denise/ Berardinelli Arraes de Oliveira, Maria Fátima. ›Direktinvestitionen in Brasilien: Neue Rahmenbedingungen für das Auslandskapital‹, Europa América Latina: Analysen und Berichte, Bd. 18, Rio de Janeiro, 2005

Herdegen, Matthias. ›Investitionsschutz in Lateinamerika: Neuere Entwicklungen im Verfassungs- und Völkervertragsrecht‹, ZVglRWiss 94 (1995), S. 341-352

Hoffmann, Ernst-Jürgen. ›Neue Entwicklungen im brasilianischen Energierecht‹, in: GS Franz Jürgen Säcker (2006), S. 209-213, Berlin, 2006

Jaeger Junior, Augusto. ›Das neue brasilianische Bürgerliche Gesetzbuch und das Unternehmensrecht‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 217-236, Aachen, 2004

Kayser, Gunter/ u.a. ›Deutsche Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern: Erfahrungen deutscher Unternehmen in Brasilien, Indien, Indonesien, Kolumbien, Mexiko und Tunesien‹, Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 3, München, 1981

Lima Marques, Claudia. ›Das neue brasilianische Zivilgesetzbuch von 2002 - Bemerkungen zum neuen

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Unternehmensrecht und der Quellendialog mit dem Verbraucherschutzgesetzbuch von 1990‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 127-154, Aachen, 2004

Müller, Bärbel Michèle. ›Regionalismus versus Multilateralismus - Mercosur als Beispiel für regionale Handelsabkommen‹, ZEuS 2007, S. 353-385

Perkams, Markus/ Secomb, Anne. ›Der Schutz deutscher Auslandsinvestitionen in Lateinamerika‹, WiVerw 2009, S. 31-48

Porst, Gunter. ›Investitionsland Brasilien‹, Private Auslandsinvestitionen in Lateinamerika, Bd. 11, Hamburg, 1991

Samtleben, Jürgen. ›Vertragsgestaltung und Rechtsverfolgung im deutsch-brasilianischen Handelsverkehr‹, in: Bernd Bendref (Hrsg.), Rechtsverkehr zwischen Deutschland und Brasilien; Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 12, S. 43-67, Frankfurt/ M. u.a., 1991

Schöpe, Annika. ›Public Private Partnerships: Eine ökonomische Analyse des Zusammenwirkens von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zur Bereitstellung von Infrastruktur am Beispiel Brasiliens‹, Saarbrücken, 2007

Sester, Peter. ›Bieterverfahren und Projektverträge im brasilianischen Recht‹, RIW/AWD 2010, S. 269-280

Sester, Peter. ›Unabhängige Regulierungsagenturen im brasilianischen Wirtschaftsrecht‹, RabelsZ 2010, S. 360-392

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Alvares da Silva, Antonio. ›Die Arbeitsgerichtsbarkeit in Brasilien‹, in: Astrid Berkemeier (Hrsg.), Arbeitsrecht in Brasilien. Beiträge zur 5. Jahrestagung 1986 der DBJV; zugl. Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, S. 101-120, Frankfurt/ M., 1990

Arruda, Roberto Thomas. ›Kollektives Arbeitsrecht in der Praxis‹, in: Astrid Berkemeier (Hrsg.), Arbeitsrecht in Brasilien. Beiträge zur 5. Jahrestagung 1986 der DBJV; zugl. Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, S. 88-100, Frankfurt/ M., 1990

Arruda, Roberto Thomas/ Costa, José Rubens. ›Arbeitsrecht in Brasilien‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 9, Frankfurt/ M. u.a., 1990

Bertrao, Kaizo Ivakami/ Barreto de Oviveira, Francisco Eduardo. ›Das brasilianische Sozialversicherungssystem‹, Rev. IVSS 2001, S. 119-132

Campos, Manuel. ›Arbeits- und Sozialpolitik in Brasilien‹, BArbBl 2006, S. 14-17

Gerstenberger, Björn. ›Das Rentensystem in Brasilien - reformiert und reformbedürftig‹, Orientierungen 2007, S. 35-40

Kocher, Eva. ›Gewerkschaftsorganisation, Arbeitsrecht und Staat - Brasilien zwischen Korporativismus und Neoliberalismus‹, ZIAS 1996, S. 323-337

Lavinas, Lena. ›Vom Bedürftigkeitsnachweis zum Grundeinkommen - Sonderfall und Paradox Brasilien‹, Rev. IVSS 2006, S. 127-154

Matijascic, Milko/ Kay, Stephen J. ›Soziale Sicherheit am Scheideweg - Effektive Rentenreform in Lateinamerika‹, Rev. IVSS 2006, S. 3-32

Mesa-Lago, Carmelo. ›Die Renten der Sozialen Sicherheit in Lateinamerika nach drei Jahrzehnten der Reform‹, ZIAS 2009, S. 1-34

Nazari Golpayegani, Isabel. ›Der Aufbau betrieblicher Mitbestimmung in Brasilien‹, Diss. Berlin 2000

Rubens Costa, José. ›Individualarbeitsrecht in Brasilien‹, in: Astrid Berkemeier (Hrsg.), Arbeitsrecht in Brasilien. Beiträge zur 5. Jahrestagung 1986 der DBJV; zugl. Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, S. 121-153, Frankfurt/ M., 1990

Rüdiger, Dorothee Susanne. ›Folgen der Globalisierung für das brasilianische Arbeitsrecht‹, ZIAS 2002, S. 293-311

Sarlet, Ingo Wolfgang. ›Rechtsschutz und Soziale Rechte in Südamerika - ein Überblick anhand einiger Beispiele‹, ZIAS 2005, S. 217-262

Schwarzer, Helmut. ›Sozialstaatliche Rentenreformen in Lateinamerika. Der Fall Brasilien‹, Entwicklung und Finanzierung, Bd. 13; zugl. Diss. Berlin 2001, Frankfurt/ M. u.a., 2003

Spilger, Andreas Michael. ›Grundzüge des brasilianischen Arbeitsrechts‹, RIW/AWD 1984, S. 448-455

Vieira de Figueiredo, Fernando. ›Aktuelle Aspekte des Arbeitsrechts in Brasilien‹, in: Astrid Berkemeier (Hrsg.), Arbeitsrecht in Brasilien. Beiträge zur 5. Jahrestagung 1986 der DBJV; zugl. Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, S. 154-169, Frankfurt/ M. u.a., 1990

Würtele, Werner. ›Die brasilianischen Gewerkschaften in der „Neuen Republik“‹, in: Astrid Berkemeier (Hrsg.), Arbeitsrecht in Brasilien. Beiträge zur 5. Jahrestagung 1986 der DBJV; zugl. Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, S. 1-61, Frankfurt/ M. u.a., 1990

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Basedow, Jürgen. ›Internationale multimodale Gütertransporte. Rechtsvergleichung, Einheitsrecht, Kollisionsrecht‹, in: FS Rolf Herber (1999), S. 15-44, Hamburg, 1999

Dagnese, Nataleao/Ayub, Carlos Eduardo. ›Besonderheiten der brasilianischen Verrechnungspreispraxis‹, IWB 2005, S. 295-308

Engelhardt, Rolf. ›Brasilianischer Rückversicherungsmarkt öffnet seine Pforten‹, VW 2007, S. 539

Gutbrod, Max Bernhard. ›Die Neufassung des brasilianischen Handelsvertretergesetzes‹, RIW/AWD 1993, S. 472-474

Gutbrod, Max Bernhard. ›Handelsvertreter und Vertragshändler nach brasilianischem und deutschem Recht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 17; zugl. Diss. München 1992, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Herber, Rolf. ›Seehandelsrecht. Systematische Darstellung‹, Berlin, New York, 1999

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Lederle. ›Bilanzierung in Brasilien‹, ZBF 1984, S. 247 ff, Köln, 1984

Mallmann, Dankwart. ›Lateinamerika - Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10458, Köln, 2004

Pinho, Francisco. ›Das brasilianische Versicherungssystem‹, VersW 1991, S. 67-69

Polido, Walter A./ Prandini, Fernando L./ Pinkuss, Michael L. ›Umwelthaftpflichtversicherung in Brasilien‹, PHi 1994, S.60

Polido, Walter Antonio. ›Das brasilianische Verbraucherschutzgesetz - Konsequenzen für den Versicherer‹, PHi 1994, S. 136-142

Sester, Peter. ›Brasilianisches Handels- und Wirtschaftsrecht‹, RIW-Schriftenreihe, Frankfurt/ M., 2010

Zwernemann, Dieter. ›Brasilien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 75-81, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Berger, Dora. ›Der Schutz des außenstehenden Aktionärs in Deutschland und Brasilien‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 6; zugl. Diss. Hamburg 1987, Frankfurt/ M. u.a., 1988

Burkhardt, W. ›Gesellschaftsrechtliche Fragen bei der Gründung einer brasilianischen Tochtergesellschaft‹, RIW/AWD 1985, S. 551-555

Clausen, Tilmann. ›Ausgewählte Rechtsfragen bei der Gründung von Joint Ventures in Osteuropa (Polen und Ungarn) und Lateinamerika (Brasilien und Mexiko)‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1909; zugl. Diss. Göttingen 1995, Frankfurt/ M. u.a., 1996

Curschmann, Jan/ Jolowicz, Claudio. ›Länderbericht Brasilien‹, in: Rembert Süß/ Thomas Wachter (Hrsg.), Handbuch des internationalen GmbH-Rechts, S. 413-438, Bonn u.a., 2006

Curschmann, Jan/ Jolowicz, Claudio. ›Das neue brasilianische GmbH-Recht‹, GmbHR 2003, S. 1185-1197

Filho, Calixto Salomao. ›Die Einmanngesellschaft in Brasilien‹, in: Erik Jayme (Hrsg.), Deutsch-Lusitanische Rechtstage: Symposium in Heidelberg 29.-30.11.1991, S. 51-63, Baden-Baden, 1993

Florence, Francisco. ›Das brasilianische Gesellschaftsrecht‹, Ausländische Aktiengesetze, Bd. 3, 4. Aufl., Baden-Baden, 2005

Fromm, Hartmut. ›Haftungsfolgen bei der Verwaltung ausländischer Tochtergesellschaften‹, IPRax 1983, S. 87-93

Gloger, Christian. ›Haftungsbeschränkung versus Gläubigerschutz in der GmbH. Rechtsvergleichende Studie zum deutschen und brasilianischen Recht‹, Abhandlungen zum deutschen und europäischen Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd. 158; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2005/2006, Köln u.a., 2007

Gloger, Christian. ›Die Haftung von GmbH-Gesellschaftern im brasilianischen Verbraucherschutzrecht‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 237-292, Aachen, 2004

Hartard, Matthias/ Forthaus, Fernanda Tinelli. ›Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung im brasilianischen Recht nach dem Zivilgesetzbuch vom 11.1.2003‹, RIW/AWD 2005, S. 524-528

Hofstetter, Karl. ›Sachgerechte Haftungsregeln für multinationale Konzerne: zur zivilrechtlichen Verantwortlichkeit von Muttergesellschaften im Kontext internationaler Märkte‹, Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 59, Tübingen, 1995

Hövel, Angelika. ›Inflationsbereinigte Jahresabschlüsse ausländischer Tochterunternehmen mit Sitz in Hochinflationsländern und deren Einbeziehung in den internationalen Konzernabschluß deutscher Mutterunternehmen am Beispiel von Brasilien, Mexiko und Argentinien‹, Diss. Köln 1997

Jaeger Junior, Augusto. ›Das neue brasilianische Bürgerliche Gesetzbuch und das Unternehmensrecht‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 217-236, Aachen, 2004

Jaeger, Gerold M. ›Grenzüberschreitende Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften im MERCOSUR und im EU-Recht‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 205; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2002, Baden-Baden, 2003

Keller, Markus/ Cabus Klötzle, Marcelo. ›Corporate Governance im Ländervergleich Deutschland-Brasi-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

lien. Hintergründe und Auswirkungen der Unternehmensfinanzierung auf kapitalmarktbasierte Kontrollmechanismen‹, in: Nikolaus Schweickart (Hrsg.), Lateinamerika-Management: Konzepte - Prozesse - Erfahrungen, S. 179-206, Wiesbaden, 2004

Köhler, Claudio. ›Nebenabreden im GmbH- und Aktienrecht: Zulässigkeit und Wirkung‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 15, Frankfurt/ M. u.a., 1992

Konder Comparato, Fábio. ›Die Konzerne im brasilianischen Aktiengesetz‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Konzernrecht im Ausland, S. 32-54, Berlin, New York, 1994

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Lautenschleger, Nilson. ›Minderheitenschutz bei Umwandlungsmaßnahmen - Reform oder Durchbruch: eine Rechtstudie anhand des deutschen und brasilianischen Aktienrechts‹, Diss. München 2005

Lautenschleger, Nilson/ Schwartzmann, Lara. ›Gesellschaftsrechtliche Voraussetzungen des Verkaufs von Aktiva einer Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung‹, RIW/AWD 2002, S. 517-522

Lima Marques, Claudia. ›Das neue brasilianische Zivilgesetzbuch von 2002 - Bemerkungen zum neuen Unternehmensrecht und der Quellendialog mit dem Verbraucherschutzgesetzbuch von 1990‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Portugiesisch - Weltsprache des Rechts, S. 127-154, Aachen, 2004

Mangoldt, Henning von. ›Das Gesellschaftsrecht Brasiliens im Blick deutscher Investoren‹, Albrecht von Gleich (Hrsg.), Schriftenreihe Private Auslandsinvestitionen in Lateinamerika, Heft 9, Hamburg, 1981

Manóvil, Rafael Mariano. ›Die Behandlung des Konzerns als gesellschaftsrechtliches Sonderproblem in Argentinien‹, in: E.-J. Mestmäcker/ P. Behrens (Hrsg.), Gesellschaftsrecht der Konzerne im internationalen Vergleich; Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik, Bd. 101, S. 249-278, Baden-Baden, 1991

Moreland, Allen D. ›Honorarzahlungen durch angegliederte Unternehmen in Brasilien‹, RIW/AWD 1993, S. 319-322

Rothmann, Gerd W. ›Die Behandlung des Konzerns als gesellschaftsrechtliches Sonderproblem in Brasilien‹, in: Ernst-Joachim Mestmäcker/ Peter Behrens (Hrsg.), Das Gesellschaftsrecht der Konzerne im internationalen Vergleich, S. 217-248, Baden-Baden, 1991

Rothmann, Gerd Willi. ›Zivil-, straf- und steuerrechtliche Verantwortlichkeit der Gesellschaftsorgane im brasilianischen Recht‹, Die AG 1989, S. 347-354

Salles, Ricardo C./ Harries, Heinrich. ›Die Haftung des Staates für staatliche Gesellschaften im brasilianischen Recht‹, RIW/AWD 1983, S. 650-652

Sester, Peter. ›Selbstlisting und Fusion der beiden brasilianischen Börsen BOVESPA und BM&F‹, RIW/AWD 2008, S. 681-686

Sester, Peter. ›Entwicklungslinien des brasilianischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrechts‹, RIW/AWD 2010, S. 97-104

Thomas, Jürgen. ›Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Brasilien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Die Gründung einer Tochtergesellschaft im Ausland, S. 69-106, 2. Aufl., Berlin, New York, 1988

Thomas, Jürgen. ›Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Brasilien‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Die Gründung einer Tochtergesellschaft im Ausland, ZGR-Sonderheft 3, S. 90-126, 3. Aufl., Berlin, New York, 1995

Veelken, Winfried. ›Der Schutz der Minderheitsgesellschafter in der abhängigen Gesellschaft in rechtsvergleichender Sicht‹, in: E.-J. Mestmäcker/ P. Behrens (Hrsg.), Gesellschaftsrecht der Konzerne im internationalen Vergleich; Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik, Bd. 101, S. 505-561, Baden-Baden, 1991

Zeitoune, Marcia. ›Gläubigerschutz im brasilianischen und deutschen Aktien- Konzernrecht: Haftung der Muttergesellschaft für Verbindlichkeiten ihrer Tochtergesellschaften‹, Schriftenreihe der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 16, Frankfurt/ M. u.a., 1993

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Baiocchi, Enzo. ›Die Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie in Brasilien unter besonderer Berücksichtigung der Softwarepiraterie‹, GRUR Int. 2005, S. 876-886

Becker, Till. ›Das Patentrecht und Lizenzvertragsrecht Brasiliens‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 2; zugl. Diss. Münster 1985, Frankfurt/ M. u.a., 1986

Bergwelt, Alexander v. ›Die Durchsetzbarkeit gewerblicher Schutzrechte in Lateinamerika am Beispiel Argentiniens, Brasiliens und Perus‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 338; zugl. Diss. München 1991, München, 1991

Bohn, Patricia. ›Parallelimportregelungen im Patent- und Markenrecht in Lateinamerika‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 17; zugl. Diss. München 2009, Baden-Baden, 2010

Calcagnotto, G. ›Informatikgesetz und Technologieschutz in Brasilien‹, Frankfurt/ M. u.a., 1988

Correa, Carlos M. ›Veränderungen im lateinamerikanischen Patentrecht‹, GRUR Int. 1994, S. 799-807

Curschmann, Jan. ›Warenzeichenlizenzen in Brasilien, Das brasilianische Warenzeichenrecht und Lizenzrecht in Theorie und Praxis‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 3; zugl. Diss. Hamburg 1985, Frankfurt/ M. u.a., 1986

Dannemann, Gert Egon. ›Die neue brasilianische Gesetzgebung zum gewerblichen Rechtsschutz‹, in: Arne Rathjen (Hrsg.), Neue Aspekte des Wahlrechts und gewerblichen Rechtsschutzes in Brasilien und Deutschland, Schriften der Deutsch-Brasilienaischen Juristenvereinigung, Bd. 27, S. 113-122, Frankfurt/ M. u.a., 1999

de Sousa Borda, Ana Lucia. ›Schutz der geographischen Herkunftsangaben in Brasilien‹, GRUR Int. 2003, S. 510-519

Franz, Martin. ›Die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten in Argentinien, Brasilien und Mexiko - Eine Untersuchung vor dem Hintergrund des TRIPS-Abkommens‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 12; zugl. Diss. München 2005, Baden-Baden, 2005

Franz, Martin. ›Die unmittelbare Anwendbarkeit von TRIPS in Argentinien und Brasilien‹, GRUR Int. 2002, S. 1001-1012

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Hahn, Michael (Hrsg.). ›Informatikgesetz und Technologieschutz in Brasilien. Beiträge zur 4. Jahrestagung 1985 des DBJV‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 5, Frankfurt/ M., 1988

Hassemer, Michael. ›Gewerbliche Schutzrechte in Mercosur. Patent-, Muster-, Sorten-, und Kennzeichenschutz in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd.3; zugl. Diss. München 1999, Baden-Baden, 2000

Hoeren, Thomas/ Hoffmann, Marie Luise. ›Technologie- und Materialtransfer zwischen deutschen und brasilianischen LifeScience-Unternehmen‹, MittDt-Patentanw. 2009, S. 386-390

Kasznar, Elisabeth. ›Arbeitnehmererfindungen: Recht und Wirklichkeit in Brasilien‹, GRUR Int. 1984, S. 726-746

Kockläuner, Reinhard. ›Aufstellen und Rückbeziehung von Unteransprüchen‹, MittDtPatentanw. 1987, S. 210-215

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Leguizamón, Osvaldo. ›Die Hörmarke in den Ländern des Mercosur‹, GRUR Int. 2003, S. 397-398

Leonardos, Gabriel F. ›Vertrieb und Schutz von Computer-Software in Brasilien‹, GRUR Int. 1988, S. 921-923

Liesegang, Roberto/ Dittberner, Jürgen. ›Die neuesten rechtlichen Entwicklungen in Brasilien‹, in: Arne Rathjen (Hrsg.), Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherschutz in Deutschland und Brasilien, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 26, S. 73-90, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Olivares Santibánez, María Christina. ›Markenschutz im lateinamerikanischen Recht‹, Diss. Göttingen 1981

Pacón, Ana Maria. ›Aktuelle Tendenzen im gewerblichen Rechtsschutz Lateinamerikas: Verstärkung und Harmonisierung des Schutzes‹, GRUR Int. 1994, S. 888-900

Pacón, Ana María. ›Markenrecht und Verbraucherschutz in Lateinamerika. Eine Untersuchung am Beispiel von Argentinien, Brasilien, Mexiko und Peru‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 1; zugl. Diss. Augsburg 1996, Baden-Baden, 1999

Rathjen, Arne. ›Neue Tendenzen im brasilianischen Internetrecht‹, MittDBJV 2005, S. 12-21

Rathjen, Arne (Hrsg.). ›Neue Aspekte des Wahlrechts und gewerblichen Rechtsschutzes in Brasilien und Deutschland. Beiträge zur 16. Jahrestagung 1997 der DBJV‹, Schriften der Deutsch-Brasiliansischen Juristenvereinigung, Bd. 27, Frankfurt/ M. u.a., 1999

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

Witthaus, Monica. ›Markenrecht im Mercosur. Das Protokoll zur Angleichung von Normen über Marken, Herkunftsangaben und Ursprungsbezeichnungen im Mercosur‹, GRUR Int. 2000, S. 688-693

Witthaus, Mónica. ›Schutz von transgenen Pflanzen in Argentinien und Brasilien. Patentrecht - Sortenschutz‹, GRUR Int. 2001, S. 128-141

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Bernuth, Johann Mathias von. ›Lauterkeitsrecht, Kartellrecht und Verbraucherschutz in der Ländern des Mercosur‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 5; zugl. Diss. München 2000, Baden-Baden, 2001

Bischoff-Everding, Peter. ›Wettbewerbsrecht im MERCOSUR‹, Wirtschaftsrecht des Mercosur, Bd. 5; zugl. Diss. Hamburg 2002, Baden-Baden, 2003

Dill, Cato. ›Das Recht gegen unlauteren Wettbewerb in den Ländern Südamerikas‹, Berliner Hochschulschriften zum gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, Bd. 12; zugl. Diss. Berlin 1990, Frankfurt/ M. u.a., 1991

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Kasznar Fekete, Elisabeth/ Francisco Leonardos, Gabriel. ›Der Zusammenhang zwischen dem Verbraucherschutz, der Markenschutzgesetzgebung und dem unlauteren Wettbewerb in Brasilien‹, in: Arne Rathjen (Hrsg.), Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherschutz in Deutschland und Brasilien, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 26, S. 49-71, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Ramos, Dante Marcelo. ›Das Wettbewerbsschutz-Protokoll des Mercosur. Eine Darstellung anhand der Wettbewerbsordnungen Argentiniens und Brasiliens und im Vergleich mit der Europäischen Gemeinschaft‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2849; zugl. Diss. Hamburg 1999, Frankfurt/ M. u.a., 2000

Schreiber, Till. ›Das argentinische Gesetz 25.156 zum Schutz des Wettbewerbs. Eine rechtsvergleichende Darstellung unter besonderer Berücksichtigung des Protokolls zum Schutz des Wettbewerbs im MERCOSUR und der Rechtsprechung der Comisión Nacional de Defensa de la Competencia‹, Deutsches und europäisches Wirtschaftsrecht, Bd. 8; zugl. Diss. Köln 2003, Frankfurt/ M. u.a., 2003

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Carvalhosa, Modesto/ Ferreira Cesarino Junior, Antonio/ Konder Comparato, Fábio/ Nusdeo, Fábio. ›Industrialisierung und Recht in Brasilien: Materialien zum Kolloquium: Der Einfluß der Industrialisierung auf die Entwicklung des Rechts: das Beispiel Brasilien‹, Schriftenreihe der Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Bd. 109, Frankfurt/ M., 1981

Diaz, José Ignacio Gutiérrez. ›Elektronische Vertragsform und Urkundenform im Akkreditivgeschäft. Rechtsvergleich Deutschland, USA und Lateinamerika‹, Schriften des Rechtszentrums für Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Bd. 29; zugl. Diss. Köln 2006, Baden-Baden, München, 2007

Heinrich, Gregor. ›Die neuere Entwicklung des Wechsel- und Scheckrechts in Brasilien - Probleme bei der Übernahme des Genfer Einheitsrechts‹, RabelsZ 48 (1984), S. 372-387

Huber, Bertram/ Wald, Arnoldo. ›Fünfzehn Jahre Anpassung von Geldschulden im brasilianischen Recht‹, RabelsZ 45 (1981), S. 761-777

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Ludewig, Hans-Peter. ›Die Duplicata. Ein Wertpapier des brasilianischen Handels‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 1; zugl. Diss. Hamburg 1984, Frankfurt/ M., Bern, New York, 1985

Sester, Peter. ›Institutionelle Reformen in heranreifenden Kapitalmärkten. Der brasilianische Aktienmarkt‹, zugl. Diss. Berlin 2009, Berlin, 2009

Sester, Peter. ›Selbstlisting und Fusion der beiden brasilianischen Börsen BOVESPA und BM&F‹, RIW/AWD 2008, S. 681-686

Sester, Peter. ›Die brasilianische Kapitalmarktaufsicht. Status und Kompetenzen der Comissao de Valores Mobiliários im nationalen Finanzsystem‹, SZW 2009, S. 26-44

Sester, Peter. ›Entwicklungslinien des brasilianischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrechts‹, RIW/AWD 2010, S. 97-104

Tôrres-Jaeger, Ana Augusta. ›Schutz des Darlehensnehmers bei Abtretung von Darlehensforderungen im Lichte des Bankgeheimnisses. Eine vergleichende Untersuchung der Rechtslage in Deutschland und Brasilien‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 5051; zugl. Diss. Heidelberg 2009, Frankfurt/ M. u.a., 2010

Vahl, Susanne. ›Die Umwandlung von Auslandsschulden in Investitionen: Rechtsgrundlagen und Praxis in Brasilien‹, Schriftenreihe der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 13; zugl. Diss. Augsburg 1990, Frankfurt/ M. u.a., 1991

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Böker, Heinrich. ›Die Stellung des Anwalts im brasilianischen Recht‹, Münsteraner Studien zur Rechtsvergleichung, Bd. 66; zugl. Diss. Münster 2000, Münster, 2000

Goncalves, Guilherme. ›Rechtssoziologische Interpretationen des Rechtsdiskurses in Lateinamerika. Eine postkoloniale Kritik‹, Juridikum 2010, S. 311-325

Grünewald, Andreas. ›Brasilien‹, in: Jürgen Basedow/ Jens M. Scherpe (Hrsg.), Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht, S. 27-30, Tübingen, 2004

Martonio, Mont' Alverne Branco Lima. ›Staat und Justiz in Brasilien. Zur historischen Entwicklung der Justizfunktion in Brasilien: Kolonialgerichtsbarkeit in Bahia, Richterschaft im Kaiserreich und Verfassungsgerichtsbarkeit in der Republik‹, Schriften der DBJV, Bd. 28; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1998, Frankfurt/ M., 1999

Roschmann, Christian/ Ramos de Silva, Elaine. ›Einführung in die portugiesisch-brasilianische Rechtssprache‹, München u.a., 2001

Samtleben, Jürgen. ›Brasilianisches Staatsangehörigkeitsrecht zwischen ius soli und ius sanguinis‹, StAZ 2009, S. 268-271

Samtleben, Jürgen. ›Brasilianisches Staatsangehörigkeitsrecht zwischen ius soli und ius sanguinis‹, VRÜ 2009, S. 73-79

Weishaupt, Axel. ›Brasilien: Staatsangehörigkeitserwerb bei Geburt im Ausland‹, StAZ 2008, S. 325

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Schlabrendorff, Fabian von/ Rützel, Stefan (Übers.). ›Gesetz Nr. 9.307 vom 23. September 1996, betreffend das Schiedsverfahren‹, IPRax 1998, S. 399-403

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Alvim, Arruda. ›Der Einfluß der brasilianischen Verfassung von 1988 auf das Zivilprozeßrecht‹, in: FS Karl-Heinz Schwab (1990), S. 11-15, München, 1990

Barbosa Moreira, José Carlos. ›Der Einfluß des deutschen Zivilprozeßrechts in Portugal und Brasilien‹, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht e.V., Bd. 5, S. 387-399, Bielefeld, 1991

Henckel, Hans-Joachim. ›Zivilprozeß und Justizalternativen in Brasilien: Recht, Rechtspraxis, Rechtstatsachen; Versuch einer Beschreibung‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 14; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 1990, Frankfurt/ M., Bern, New York, Paris, 1991

Leal, Márcio Flavio Mafra. ›Die Kollektivklage zur Durchsetzung diffuser Interessen. Eine rechtsdogmatische und rechtsvergleichende Untersuchung in Brasilien und Deutschland‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 4989; zugl. Diss. Freiburg/ Brsg. 2009, Frankfurt/ M. u.a., 2010

Leal, Márcio Flavio Mafra. ›Die jüngsten Reformen des braslianischen Código de processo civil‹, ZZPInt 14.2009 (2010), S. 185-200

Paul, Wolf (Hrsg.). ›Die brasilianische Verfassung von 1988, ihre Bedeutung für Rechtsordnung und Gerichtsverfassung Brasiliens im Licht der VI. Jahrestagung der DBJV‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 8, Frankfurt/ M., Bern, New York, Paris, 1989

Samtleben, Jürgen. ›Die Entwicklung des Internationalen Privat- und Prozessrechts im MERCOSUR‹, IPRax 2005, S. 376-383

Samtleben, Jürgen. ›Das Internationale Prozess- und Privatrecht des Mercosur. Ein Überblick‹, RabelsZ 63 (1999), S. 3-69

Samtleben, Jürgen. ›Föderale Gerichtsverfassung in Brasilien und Argentinien - zwei unterschiedliche Modelle‹, RabelsZ 2002, S. 250-267

Scherer de Mello Aleixo, Pedro. ›Das Grundrecht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz in der brasilianischen Rechtsordnung‹, in: Jörg Neuner (Hrsg.), Grundrechte und Privatrecht aus rechtsvergleichender Sicht, S. 311-326, Tübingen, 2007

Stürner, Rolf. ›Das deutsche Zivilprozeßrecht und seine Ausstrahlung auf andere Rechtsordnungen‹, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht e.V., Bd. 5, S. 3-40, Bielefeld, 1991

C.III. Internationale Zuständigkeit

Araujo, Nadia de. ›Internationale Verträge und die brasilianische Rechtsprechung: Anwendbares Recht, ordre public und Gerichtstandsvereinbarungen‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 99-117, Baden-Baden, 2002

Bergdolt, Christoph. ›Internationale Schuldverträge und ihre Durchsetzung im brasilianischen Recht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 7; zugl. Diss. Hamburg 1988, Frankfurt/ M. u.a., 1988

BGH. Az. IX ZR 229/91 v. 03.12.92. ›Brasil. C.proc. civ. Art. 88 Abs. 3; ZPO §§ 39 Abs. 1, 328 Abs. 1 Nr. 1. Nach Art. 88 Abs. 3 der brasil. Zivilprozeßordnung ist das brasil. Gericht für solche Klagen international zuständig, die ihren Ursprung in Tatsachen finden, die in Brasilien eingetreten sind, oder in Handlungen, die dort vorgenommen wurden.‹, NJW 1993, S. 1073-1076 = BGHZ 120, S. 334-336 = ZZP 107 (1994), S. 67-75 = JR 1994, S. 275-281 = WM 1993, S. 524-529 = IPRax 1994, S. 204-209 = MDR 1993, S. 473-475 = Leitsatz in EWiR 1993, S. 195-196 = EuZW 1993, S. 584 = IPRspr. 1992 Nr. 229

BGH. Az. IX ZR 146/95 v. 25.04.96. ›Brasil. C.proc. civ. Art. 88 Abs. 3; brasil. Cc Art. 950; brasil. C.com. Art. 430; ZPO §§ 328 Abs. 1 Nr. 5, 23, 29, 39. Nach brasil. Recht reicht ein Vertragsangebot als zuständigkeitsbegründende „Rechtshandlung" für den Gerichtsstand des Vertragsschlusses gem. Art. 88 Abs. 3 C.proc.civ. aus. Nach Art. 950 brasil. Cc und Art. 430 brasil. C.com. muß - vorbehaltlich abweichender Vereinbarung - Zahlung am Wohnsitz des Schuldners geleistet werden. Nach überwiegender Ansicht in Brasilien ist der Erfüllungsort allein auf der Grundlage des Art. 950 brasil. Cc und Art. 430 C. com. zu bestimmen.‹, RIW/AWD 1996, S. 966-967 = WM 1996, S. 2037-2038

DIV-Gutachten v. 31.08.1989, Az. LB 3. ›Anerkennung einer brasilianischen Volladoption, internationale Zuständigkeit, ordre public‹, ZfJ 1989, S. 551-552

Dörner, Ulf. ›Der Vertragsgerichtsstand nach dem Protokoll von Buenos Aires‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 97; zugl. Diss. Köln 2003, Frankfurt/ M. u.a., 2004

Hernández-Bretón, Eugenio. ›Internationale Gerichtsstandsklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedin-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

gungen‹, Studien zum vergleichenden und internationalen Recht, Bd. 21; zugl. Diss. Heidelberg 1991, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Eine neue Konvention zum Schutz von Adoptivkindern - Das Interamerikanische Übereinkommen über das auf die Minderjährigen-Adoption anwendbare Recht vom 24.05.1984‹, StAZ 1985, S. 124-129

Olano, Oscar. ›Der Sitz der Gesellschaft im internationalen Zivilverfahrensrecht des MERCOSUR - de lege lata et de lege ferenda‹, in: FG Anton K. Schnyder (2002), S. 151-166, Zürich u.a., 2002

Samtleben, Jürgen. ›Gerichtsstandsklauseln im MERCOSUR. Erstes Vorlageverfahren vor dem MERCOSUR-Gericht‹, IPRax 2008, S. 52-55

Schack, Haimo. ›Anmerkung zu BGH - IX ZR 229/ 91 v. 03.12.1992‹, ZZP 107 (1994), S. 75-80

Schindler, Christian. ›Betrachtungen zum brasilianischen Zuständigkeitsrecht in Zivil- und Handelssachen‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 119-139, Baden-Baden, 2002

Tiedemann, Andrea. ›Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 34, Tübingen, 1993

Winkler v. Mohrenfels, Peter. ›Anmerkung zum Urteil des BGH v. 03.12.1992 - IX ZR 229/91‹, JR 1994, S. 281-283

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

DIV-Gutachten v. 31.08.1989, Az. LB 3. ›Anerkennung einer brasilianischen Volladoption, internationale Zuständigkeit, ordre public‹, ZfJ 1989, S. 551-552

Jayme, Erik. ›Schwache Adoption durch deutsche Annehmende im Ausland - Anerkennung oder Transformation? (zu AG Schöneberg v. 5.11.1982, IPRax 1983, S. 190-191)‹, IPRax 1983, S. 169-170

Schack, Haimo. ›Anmerkung zu BGH - IX ZR 229/ 91 v. 03.12.1992‹, ZZP 107 (1994), S. 75-80

Winkler v. Mohrenfels, Peter. ›Anmerkung zum Urteil des BGH v. 03.12.1992 - IX ZR 229/91‹, JR 1994, S. 281-283

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

DIV-Gutachten v. 30.04.1992, Az. LB 3. ›Brasilien: Geltendmachung übergeleiteter (UVG-) Ansprüche, unbekannter Aufenthalt des Schuldners‹, ZfJ 1992, S. 438

Jayme, Erik. ›Zur Anerkennung einer deutschen Volljährigenadoption in Brasilien‹, FS Jan Kropholler (2008), S. 321

Kampe, Petra. ›Eheschließung eines Deutschen und einer in Deutschland geschiedenen Brasilianerin in Dänemark; Namensführung der Ehegatten und der gemeinsamen Kinder. Fachausschuss-Nr. 3787, verhandelt am 6. und 7. April 2006‹, StAZ 2007, S. 125-127

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Möllring, Eva. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Südamerika‹, Diss. Göttingen 1984/ 85

Rechsteiner, Beat. ›Die neuere brasilianische Rechtsprechung zur Anerkennung ausländischer Scheidungsurteile‹, RabelsZ 49 (1985), S. 138-154

Samtleben, Jürgen. ›Zur Anerkennung ausländischer Schiedssprüche in Brasilien‹, SchiedsVZ 2009, S. 109-117

Schindler, Christian. ›Betrachtungen zum brasilianischen Zuständigkeitsrecht in Zivil- und Handelssachen‹, in: Erik Jayme/ Christian Schindler (Hrsg.), Rechtsentwicklung in Portugal, Brasilien und Macau - Tagungsreferate, Beiträge, Gutachten, S. 119-139, Baden-Baden, 2002

Schindler, Christian. ›Durchbrechungen des Spiegelbildprinzips bei der Anerkennung ausländischer Entscheidungen unter vergleichender Berücksichtigung des portugiesischen und brasilianischen Rechts‹, Schriften der Deutsch-Lusitanischen Juristenvereinigung; zugl. Diss. Heidelberg 2004, Aachen, 2004

Schlabrendorff, Fabian von/ Rützel, Stefan. ›Das neue brasilianische Schiedsverfahrensgesetz‹, IPRax 1998, S. 376-378

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.V. Verfahren und Beweis

Böckel, Margret. ›Einstweiliger Rechtsschutz im MERCOSUR‹, Wirtschaftsrecht des MERCOSUR, Bd. 6; zugl. Diss. Hamburg 2005/ 2006, Baden-Baden, 2006

Förschner, Petra. ›Die Haftungsregeln des brasilianischen Verbraucherschutzgesetzes. Ansprüche aus Produkthaftung, Dienstleistungshaftung und Gewährleistung und ihre Durchsetzung im Prozeß im Vergleich zum deutschen Recht‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 23; zugl. Diss. Augsburg 1994, Frankfurt/ M. u.a., 1994

Guerra Filho, Willis Santiago. ›Die notwendige Streitgenossenschaft und die Gewährung des rechtlichen Gehörs Drittbetroffener bei Statusurteilen. Eine rechtsvergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des brasilianischen, deutschen und italienischen Rechts‹, zugl. Diss. Bielefeld 1994/ 95, Bielefeld, 1994

Hamburg (Gutachten). v. 01.08.80. ›Brasil. ZPO Artt. 90, 219, 301, 867. 1. Zur Rechtshängigkeit nach brasilianischem Prozeßrecht. 2. Maßnahmen der einstweiligen Sicherung in Brasilien.‹, IPG 1980-81 Nr. 51

Kasznar Fekete, Elisabeth/ Francisco Leonardos, Gabriel. ›Der Zusammenhang zwischen dem Verbraucherschutz, der Markenschutzgesetzgebung und dem unlauteren Wettbewerb in Brasilien‹, in: Arne Rathjen (Hrsg.), Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherschutz in Deutschland und Brasilien, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 26, S. 49-71, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Rathjen, Arne. ›Neue Tendenzen im brasilianischen Internetrecht‹, MittDBJV 2005, S. 12-21

Scherer de Mello Aleixo, Pedro. ›Das Grundrecht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz in der brasilianischen Rechtsordnung‹, in: Jörg Neuner (Hrsg.), Grundrechte und Privatrecht aus rechtsvergleichender Sicht, S. 311-326, Tübingen, 2007

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Kozel, Ingeborg. ›Brasilien. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4147, Köln, Berlin, 2000

Lehmann, Julia. ›Neues von der Schiedsgerichtsbarkeit des Mercosur. Ein Integrationsmotor à la Luxemburg?‹, EuZW 2001, S. 622-625

Liesegang, Roberto/ Dittberner, Jürgen. ›Die neuesten rechtlichen Entwicklungen in Brasilien‹, in: Arne Rathjen (Hrsg.), Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherschutz in Deutschland und Brasilien, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 26, S. 73-90, Frankfurt/ M. u.a., 1998

Rechsteiner, Beat. ›Die neuere brasilianische Rechtsprechung zur Anerkennung ausländischer Schiedssprüche‹, ZfRV 26 (1985), S. 100-105

Samtleben, Jürgen. ›Zur Anerkennung ausländischer Schiedssprüche in Brasilien‹, SchiedsVZ 2009, S. 109-117

Samtleben, Jürgen. ›Das neue brasilianische Gesetz über Schiedsgerichtsbarkeit‹, RIW/AWD 1998, S. 33-35

Samtleben, Jürgen. ›Schiedsgerichtsbarkeit in Brasilien‹, RIW/AWD 1981, S. 376-385

Samtleben, Jürgen. ›Aktuelle Fragen der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit in Brasilien‹, RIW/AWD 1989, S. 769-778

Samtleben, Jürgen. ›Schiedsverfahren in Brasilien. Der Fall „Lloyd Brasileiro v. Ivarans Rederi" vor dem Oberen Bundesgericht.‹, BB 1994, Beil. 5, S. 4-7

Schilf, Sven. ›Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 138, Tübingen, 2005

Schlabrendorff, Fabian von/ Rützel, Stefan. ›Das neue brasilianische Schiedsverfahrensgesetz‹, IPRax 1998, S. 376-378

Sester, Peter/ Benevenuto, Rachel. ›Schiedsgerichtsbarkeit im brasilianischen Handels- und Gesellschaftsrecht‹, RIW/AWD 2010, S. 680-688

C.VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht

Beckmann, Jochen. ›Internationales Insolvenzrecht im Mercosur‹, Wirtschaftsrecht des Mercosur, Bd. 3, Baden-Baden, 2000

Botschaft der BRepD in Brasilia (Hrsg.). ›Merkblatt über die Durchsetzung von Ansprüchen in Brasilien‹, ZfJ 1990, S. 354-355

Dill, Cato. ›Grundzüge des braslianischen Konkurs- und Vergleichsrechts‹, RIW/AWD 1986, S. 22-27

Löb, Michael/ Rosenboom, Torsten. ›Das neue brasiliansiche Konkursgesetz‹, MittDBJV 2005, S. 4-11

Neuss, Jobst Joachim. ›Reform des Vergleichsverfahrens in Brasilien durch das Gesetz Nr. 7.274 v. 10.12.1984‹, IPRax 1985, S. 369-370

Neuss, Jobst Joachim. ›Grundzüge des brasilianischen Konkursrechts‹, in: Bernd Bendref (Hrsg.), Rechtsverkehr zwischen Deutschland und Brasilien; Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 12, S. 69-89, Frankfurt/ M. u.a., 1991

OLG Düsseldorf. Az. 21 U 244/90 v. 06.07.93. ›Brasil. C.proc.civ. Art. 836 Abs. 1. Die Vollstreckung aus einem außergerichtlichen Titel erfolgt nach Art. 836 Abs. 1 brasil. C.proc.civ.‹, IPRspr. 1993 Nr. 129

Ramos Rui Alvez, Fernando. ›Sanierung von Unternehmen, Konkurse und Vergleiche in Brasilien - Die Realität der Rückzahlung von Krediten‹, in: Ralf Schmitt (Hrsg.), Das Unternehmen in der Krise, S. 117-144, Aachen, 2005

Rechsteiner, Beat W. ›Die internationale Durchsetzung von Geldforderungen nach brasilianischem Recht‹, RIW/AWD 2009, S. 695-701

Sanden, Andreas. ›Das neue Insolvenzrecht in Brasilien‹, in: Ralf Schmitt (Hrsg.), Das Unternehmen in der Krise, S. 168-181, Aachen, 2005

C.IX. Sonstiges

Gebel, Anja C. ›Ombudsinstitutionen in Lateinamerika - Die Kunst des Überzeugens und politische Machtinteressen‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 562; zugl. Diss. Hamburg 2008, Frankfurt/ M. u.a., 2008

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Putthoff, Michael. ›Generalbundesanwaltschaft in Brasilien. Brasilien - eine Erfahrung, die unter die Haut geht‹, JuS-Magazin 2008, S. 28-29

Brunei Darussalam

B. Sachrecht

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Brunei‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 83, Heidelberg, 1997

B.VI.3. Islam

Schumann, Olaf. ›Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: Südostasien‹, in: Werner Ende/ Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, S. 367-407, 4. Aufl., München, 1996

Bulgarien

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Jessel-Holst, Christa (Übers.). ›Gesetzbuch über das Internationale Privatrecht vom 4. Mai 2005‹, RabelsZ 71 (2007), S. 457-493

Jessel-Holst, Christa (Übers.). ›Neues bulgarisches internationales Vertragsrecht‹, IPRax 2004, S. 158-160

N.N. ›Erlaß Nr. 1336 über die Anwendung von Art. 136 Abs. 1 des Familiengesetzbuchs v. 21.04.1986‹, RabelsZ 51 (1987), S. 234

N.N. ›Familienkodex v. 18.05.1985, Auszug‹, RabelsZ 51 (1987), S. 228-233

A.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Maesch, Petja. ›Kodifikation und Anpassung des bulgarischen IPR an das Europäische Recht‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 252; zugl. Diss. Frankfurt/ O. 2009, Tübingen, 2010

Popov, Ljubomir. ›Die Rechtsstellung des Ausländers in Bulgarien‹, Baden-Baden, 1980

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Internationales Privatrecht (Textdokumentation mit Einführung)‹, WiRO 2006, S. 147-154

Zidarova, Jordanka/ Stanceva-Minceva, Vessela. ›Gesetzbuch über das Internationale Privatrecht der Republik Bulgarien‹, RabelsZ 71 (2007), S. 398-456

A.III.2.a. Vertragsrecht

Gerdjikov, Ognjan/ Takoff, Christian. ›Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, im bulgarischen Recht‹, in: Walther Hadding/ Uwe H. Schneider (Hrsg.), Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, in ausländischen Rechtsordnungen, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Schriften des Instituts für deutsches und internationales Recht der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Bd. 120, S. 627-642, Berlin, 1999

Jessel-Holst, Christa. ›Zur Übernahme des Römischen EG-Schuldvertragsübereinkommens in Bulgarien‹, IPRax 2004, S. 150-153

Mindach, Christel. ›Osteuropa: Verjährung beim Warenkauf, UN-Verjährungsübereinkommen‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 6217, Köln, 1998

A.III.2.b. Deliktsrecht

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 24‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Hoffmann, Bernd von. ›Außervertragliche Schuldverhältnisse: Art. 38 n.F. (Unerlaubte Handlungen), Rz. 89‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1992

A.III.2.c. Sonstige gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag; ungerechtfertigte Bereicherung)

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 24‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.III.3. Sachenrecht

Conju. ›Die Kollisionsnormen nach dem Sachenrecht der VR Bulgarien‹, Pravna misal 23 (1979) S. 64 ff

A.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Jessel-Holst, Christa. ›Die Neuregelung des bulgarischen Internationalen Familienrechts im Familienkodex von 1985‹, RabelsZ 51 (1987), S. 35-59

Zidarova, Jordanka/ Stanceva-Minceva, Vessela. ›Gesetzbuch über das Internationale Privatrecht der Republik Bulgarien‹, RabelsZ 71 (2007), S. 398-456

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

Krömer, Karl. ›Namensführung eines polnischen Kindes nach Nichtehelicherklärung durch ein deutsches Amtsgericht und Anerkennung der Vaterschaft durch einen Bulgaren‹, StAZ 1995, S. 18-20

A.IV.4. Erbrecht

Ivanova, Stela. ›Bulgarien. Materielles Erbrecht und Kollisionsvorschriften bei einer Erblasserin mit Wohnsitz in Deutschland. Rechtsgutachten zum bulgarischen Recht erstattet am 15.10.2009 im Rahmen eines Nachlassverfahrens vor einem deutschen Amtsgericht‹, JbOstR 51 (2010), S. 197-204

A.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Zacher, Hans F. ›Sozialrecht in Sozialistischen Ländern Osteuropas; Die Rechtsentwicklung in den sozialistischen Staaten 1981 (Länderberichte)‹, JbOstR 23 (1982)

A.V.4. Gesellschaftsrecht

Drobnig, Ulrich. ›Das internationale Gesellschaftsrecht nach der Privatisierung der Wirtschaft in den osteuropäischen Ländern‹, in: Christian von Bar (Hrsg.), Perspektiven des IPR nach dem Ende der Spaltung Europas, Osnabrücker Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 37, S. 111-124, Köln u.a., 1993

A.VII. Fallsammlungen

Jessel-Holst, Christa. ›Rechtsprechung des obersten Gerichts der Volksrepublik Bulgarien im Jahre 1977‹, WGO 1981, S. 290-302

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

ALBABUL-Einpersonengesellschaft mbH (Hrsg.). ›Wirtschaftsgesetzgebung Bulgariens (WGB): Ausgewählte Gesetzgebungsakte Bulgariens auf dem Gebiet des Wirtschafts-, Handels- und Gesellschaftsrechts in deutscher Sprache‹, Sofia, 1996

Blumenthal, Hannelore (Übers.). ›Bulgarien: Gesetz über Topographien integrierter Schaltkreise‹, PMZ 2001, S. 271-275

Brunner, Georg/ Schmid, Karin/ Westen, Klaus. ›Wirtschaftsrecht der osteuropäischen Staaten - WOS. Systematische Sammlung der Rechtsetzungsakte. (Loseblattsammlung)‹, Baden-Baden, 1991

Chivarov, Georgi (Übers.). ›Gesetz über Patente vom 18. März 1993‹, PMZ 1994, S. 7-18

Chivarov, Georgi/ Kowal-Wolk (Übers.). ›Gesetz über Patente vom 18. März 1993‹, GRUR Int. 1993, S. 940-951

Daskalov, Waltschin/ Kalss, Susanne. ›GmbH-Mustervertrag Bulgarien. Deutsch-bulgarisch mit Einführung, Kommentar und Gesetzestext‹, Schriftenreihe des FOWI, Bd. 4, Wien, 1993

Goleva, Polja. ›Neue Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbarkeit‹, WiRO 1993, S. 131-133

Jessel-Holst, Christel (Übers.). ›Eigentumsgesetz vom 6. November 1951 - Auszug -‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 370-376, Berlin, 1996

Jessel-Holst, Christel (Übers.). ›Gesetz über die wirtschaftliche Betätigung ausländischer Personen und den Schutz ausländischer Investitionen‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 382-384, Berlin, 1996

Jessel-Holst, Christel (Übers.). ›Gesetz über das Eigentum an und die Nutzung von landwirtschaftlichem Boden‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 376-381, Berlin, 1996

Jessel-Holst, Christina. ›Bulgarien: Gesetz über ausländische Investitionen‹, WiRO 1992, S. 86-90

Maurer, Dagmar (Übers.). ›Bulgarien: Gesetz über Geschmacksmuster‹, PMZ 2001, S. 265-271

Mindach, Christel. ›Bulgarien: Investitionsgesetz 1992‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: A-6/ 92, Köln, 1992

Moecke, Hans-Jürgen. ›Bulgarien: Privatisierungsrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4634, 2. Aufl., Köln, Berlin, 1996

N.N. ›Bulgarien: Gesetz über ausländische Investitionen 1991 vom 14.6.1991‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: A-16/ 91, Köln, Berlin, 1991

N.N. ›Inkrafttreten eines neuen Familiengesetzbuches am 01.07.1985 (Bulgarien)‹, RabelsZ 50 (1986), S. 395-397

N.N. ›Erlaß Nr. 535 über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen bulgarischen juristischen Personen und ausländischen juristischen und natürlichen Personen v. 25.03.1980‹, RabelsZ 49 (1985), S. 734-740

N.N. ›Erlaß Nr. 56 über die wirtschaftliche Tätigkeit‹, BfAI, AWSt Nr. A-11/89, Köln, 1989

N.N. ›Dekret Nr. 535 v. 25. März 1980 über gemischte Gsellschaften - Verordnung Nr. 25 v. 22. Mai 1979 über die Verbesserung der Leitung der Außenhandelsgesellschaften mit Durchführungsverfügung v. 8.6.1979‹, BfAI AWSt Nr. 125/80, Köln, 1980

Roggemann, Herwig/ Kuss, Klaus-Jürgen. ›Unternehmensumwandlung und Privatisierung in Osteuropa‹, Berlin, 1993

Schell, Jürgen (Übers.). ›Bulgarien: Gesetz über die Eintragung von Patenten und Gebrauchsmustern (Gesetz Nr. 27 vom 2. April 1993, zuletzt geändert durch das Gesetz Nr. 59 vom 20. Juli 2007)‹, PMZ 2008, S. 197-216

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Schell, Jürgen (Übers.). ›Bulgarien: Gesetz über Marken und geografische Angaben‹, PMZ 2001, S. 255-265

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Gesetz über das Eigentum‹, WiRO 2006, S. 51-57

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Gesetz über die Streitschlichtung‹, WiRO 2005, S. 215-216

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Investitionsförderungsgesetz‹, WiRO 2004, S. 364-368

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Gesetz über das staatliche Eigentum und Gesetz über das Gemeindeeigentum (Enteignungsrecht)‹, WiRO 2005, S. 242-247

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien. Gesetz über die besonderen Pfandrechte‹, WiRO 2007, S. 373-379

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien - Gesetz über den Schutz vor Diskriminierungen‹, WiRO 2004, S. 269-275

Schrameyer, Klaus. ›Neufassung des Privatisierungsgesetzes‹, WiRO 1994, S. 430-437

Schrameyer, Klaus. ›Das neue bulgarische Preisgesetz‹, ROW 1996, S. 172-176

Schrameyer, Klaus (Übers.). ›Gesetz über Schuldverhältnisse und Verträge vom 1. Januar 1950 - Auszug -‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 369-370, Berlin, 1996

Schulze, Ulrich W. (Hrsg.). ›Die Wettbewerbs- und Kartellgesetze der osteuropäischen Staaten‹, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 29, Berlin, Wien, 1994

Sprachendienst des dt. Patentamtes (Übers.). ›Gesetz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes vom 31.03.1990‹, PMZ 1992, S. 10

B.I.3.a. Ratifikation

Piltz, Burghard. ›Internationales Kaufrecht. Das UN-Kaufrecht (Wiener Übereinkommen von 1980 in praxisorientierter Darstellung)‹, München, 1993

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Bernstorff, Christian Graf von. ›Vertrags-, Kauf-, Handels- und Gesellschaftsrecht in Osteuropa mit Hinweisen zu Investitionsbedingungen‹, Köln, 1999

Bernstorff, Christoph Graf von. ›Zivilrechtsentwicklung in Mittel- und Osteuropa‹, RIW/AWD 1998, S. 825-832

Evtimov, Erik. ›Rechtsprobleme der Assoziierung der Mittel- und Osteuropäischen Länder und der Voraussetzungen für ihren Beitritt zur Europäischen Union‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2487, Frankfurt/ M. u.a., 1999

Hummer, Waldemar (Hrsg.). ›Neueste Entwicklungen im Zusammenspiel von Europarecht und nationalem Recht der Mitgliedstaaten. Ein Handbuch für Theorie und Praxis‹, Wien, 2010

Mindach, Christel. ›Das bulgarische Privatisierungsrecht - ein Überblick‹, WR 1993, S. 264-266

Stalev, Stojan. ›Der Stand der Angleichung des bulgarischen Rechts an das Recht der Europäischen Union‹, in: FS Georg Brunner (2001), S. 505-511, Baden-Baden, 2001

Tassev, Christina. ›Recht und Rechtspflege in Bulgarien nach dem Sozialismus‹, JbOstR 37 (1996), S. 81-108

B.III.1. Schuld- und vermögensrechtliche Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Pfaff, Dieter. ›Grundfragen des Schadensersatzes nach dem Recht der osteuropäischen Staaten‹, in: Studien des Instituts für Ostrecht München, Bd. 37, S. 63-79, Bonn, 1990

Stalev, Zivko. ›Der Schadensersatz nach bulgarischem Recht‹, in: Studien des Instituts für Ostrecht München, Bd. 37, S. 81-106, Bonn, 1990

B.III.2.a. Vertragsrecht

Brockhoff, Bernd. ›Maßnahmen der AGV zur Unterstützung von Verbraucherorganisationen in den Ländern Mittel- und Osteuropas‹, in: Hans-W. Micklitz (Hrsg.), Rechtseinheit oder Rechtsvielfalt in Europa? Rolle und Funktionen des Verbraucherrechts in der EG und in den MOE-Staaten, Schriftenreihe der Vereinigten Institute für europäisches Wirtschafts- und Verbraucherrecht e.V., Bd. 1, S. 241-244, Baden-Baden, 1996

Dimitrova, Sorniza. ›Der Unternehmenskauf nach bulgarischem Recht im Überblick‹, WiRO 1998, S. 367-369

Dimitrova, Sorniza. ›Franchising nach deutschem und bulgarischem Recht - Die Beurteilung der Bezugs- und Querlieferungsbindungen‹, WuW 1998, S. 954-958

Doytchinova, Alexandra/ Nikolova, Sonya. ›Vorvertrag über Immobilienkauf in Bulgarien‹, Eastlex 2006, S. 22- 26

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 24‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Georgiev, Emil. ›Formen und vertragliche Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit‹, RabelsZ 49 (1985), S. 688-696

Gerdjikov, Ognjan/ Takoff, Christian. ›Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, im bulgarischen Recht‹, in: Walther Hadding/ Uwe H. Schneider (Hrsg.), Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, in ausländischen Rechtsordnungen, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Schriften des Instituts für deutsches und internationales Recht der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Bd. 120, S. 627-642, Berlin, 1999

Goleminov, Tschudomir. ›Einige Fragen im Zusammenhang mit den Privatisierungsverträgen in der Republik Bulgarien‹, in: Herwig Roggemann/ Emil Konstantinov (Hrsg.), Wege zur Privatisierung in Bulgarien. Rechtsvergleich und Rechtspraxis, S. 55-67, Berlin, 1994

Marenkov, Dmitry/ Mindach, Christel/ Semianova, Xenia. ›Bulgarien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7838, 3. Aufl., Köln, 2008

Micklitz, Hans-W. ›Divergente Ausgangsbedingungen des Verbraucherrechts in Ost und West‹, in: Hans-W. Micklitz (Hrsg.), Rechtseinheit oder Rechtsvielfalt in Europa? Rolle und Funktionen des Verbraucherrechts in der EG und in den MOE-Staaten, Schriftenreihe der Vereinigten Institute für europäisches Wirtschafts- und Verbraucherrecht e.V., Bd. 1, S. 3-22, Baden-Baden, 1996

Mindach, Christel. ›Osteuropa: Verjährung beim Warenkauf, UN-Verjährungsübereinkommen‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 6217, Köln, 1998

N.N. ›Allgemeine Bedingungen für Außenhandelsverträge‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 128/80, Köln, 1980

Paschke, Marian/ Pavlova, Venelina. ›Der Unternehmenskauf nach bulgarischem Recht‹, WGO 2005, S. 172-187

Popov, Ljubomir. ›Die Haftung der bulgarischen Wirtschaftsorganisationen für Vertragsverletzungen bei der Ausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland‹, RabelsZ 49 (1985), S. 696-704

Schrameyer, Klaus. ›Haftung des bulgarischen Staats für Umweltlasten bei privatisiertem Vermögen‹, WiRO 2003, S. 240-241

Schrameyer, Klaus. ›Das neue bulgarische Preisgesetz‹, ROW 1996, S. 172-176

Tacheva, Maia. ›Rechtsbehelfe des Käufers im Warenkaufrecht: Eine rechtsvergleichende Untersuchung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG), des englischen Sale of Goods Act, des bulgarischen Kaufrechts und des deutschen Kaufrechts vor und nach dem Schuldrechtsmodernisierungsgesetz‹, Frankfurter wirtschaftsrechtliche Studien, Bd. 69; zugl. Diss. Frankfurt/ M. 2004, Frankfurt/ M., 2005

Takoff, Christian. ›Ein Überblick über das bulgarische Vertragsrecht‹, ZEuP 2009, S. 138-151

B.III.2.b. Deliktsrecht

Hacks, Susanne/ Ring, Ameli/ Böhm, Peter. ›Schmerzensgeld-Beträge: über 1100 Urteile zur Höhe des Schmerzensgeldes mit den neuesten Entscheidungen deutscher und ausländischer Gerichte‹, 15. Aufl., München, 1991

KG. Az. 12 U 80/80 v. 05.05.80. ›EGBGB Art. 12; Bulg. Gesetz über Verträge und Verbindlichk. v. 22.11.1950 Artt. 45 bis 54. Das auf Verkehrsunfälle anzuwendende bulgarische Recht.‹, IPRspr. 1980 Nr. 37 = OLGZ 1981, 378 = NJW 1981, S. 1162 = MDR 1981, S. 318 = DAR 1981, S. 58 = VersR 1981, S. 839

Mindach, Christel. ›Bulgarien: Verbraucherschutz und Produkthaftung‹, PHi 2000, S. 211-220

Mott, Randy M. ›Abfallhaftung in Mittel- und Osteuropa. Die Pflichten von Eigentümern, Anlagenbetreibern und Abfallerzeugern‹, PHi 2008, S. 226-234

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Band 1: Ost-Europa‹, 5. Aufl., Bonn, 2006

Neidhart, Hermann. ›Neu in der EU: Bulgarien und Rumänien - niedrige Standards beim Schadenersatz und hohe Rechtsunsicherheit‹, DAR 2007, S. 573-576

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Posch, Willibald. ›Produkthaftung - Zum Stand der Vereinheitlichungsbestrebungen in den Europäischen Gemeinschaften und im Europarat‹, in: Peter Borer u.a. (Hrsg.), Produktehaftung Schweiz - Europa - USA; Schweizerische Beiträge zum Europarecht, Bd. 29, S. 75-110, Bern, 1986

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Neues zu Amtshaftungsansprüchen‹, WiRO 2008, S. 84-85

Stoimenov, Dimitar. ›Einführung in das bulgarische Deliktsrecht‹, VersRAI 2007, S. 59-64

B.III.3. Sachenrecht

Bucher, Eugen. ›Die Eigentums-Translativwirkung von Schuldverträgen: Das „Woher" und „Wohin" dieses Modells des Code civil‹, ZEuP 1998, S. 615-669

Daskalov, Waltschin/ Thurner, Mario. ›Rechtliche Grundlagen der Kreditsicherung in Bulgarien - Teil 2: Die Hypothek‹, WiRO 1996, S. 244-248

Daskalov, Waltschin/ Thurner, Mario. ›Rechtliche Grundlagen der Kreditsicherung in Bulgarien - Teil 1: Das Pfand‹, WiRO 1996, S. 207-213

Djilianov, Plamen. ›Die Hypothek als dingliche Kreditsicherheit nach dem bulgarischen Recht‹, WGO 2006, S. 402-414

Djilianov, Plamen. ›Dingliche Kreditsicherheiten nach dem bulgarischen Recht: das Pfand, der Eigen-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

tumsvorbehalt und die Sicherungsübereignung‹, IHR 2005, S. 232-244

Dounavski, Deyan. ›Das Registerpfand nach bulgarischem Recht‹, Eastlex 2006, S. 161-164

Hilmer, Boryana. ›Immobilienerwerb durch Ausländer in Bulgarien - Gegenwart und Perspektiven‹, WiRO 2005, S. 338-341

Hinteregger, Monika/ Boric, Tomislav (Hrsg.). ›Sicherungsrechte an Immobilien in Europa‹, Grazer Beiträge zum Recht der Länder Südosteuropas und der europäischen Integration, Bd. 1, Wien, 2009

Klemm, Martin/ Kraeva, Katerina. ›Kreditsicherheiten in Bulgarien‹, Eastlex 2008, S. 84-87

Marenkov, Dmitry/ Mindach, Christel/ Semianova, Xenia. ›Bulgarien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7838, 3. Aufl., Köln, 2008

N.N. ›Anmerkungen zum Immobilienerwerb durch Ausländer in Bulgarien‹, WiRO 1993, S. 209

Neidenowa, Maya. ›Sachenrecht und Investitionen in Bulgarien aus vergleichender Sicht‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 325-337, Berlin, 1996

Roggemann, Herwig. ›Eigentum in Ost und West - Zur Entwicklung eines Rechtsinstituts aus vergleichender Sicht‹, in: Herwig Roggemann (Hrsg.), Eigentum in Osteuropa: Rechtspraxis in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa mit Einführungen und Rechtstexten, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 38, S. 17-58, Berlin, 1996

Schrameyer, Klaus. ›Erwerb von Grundeigentum in Bulgarien durch Ausländer‹, WiRO 2005, S. 241-242

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Gesetz über das Eigentum‹, WiRO 2006, S. 51-57

Schrameyer, Klaus. ›Das bulgarische Registerpfandrecht nach dem Gesetz über die besonderen Pfandrechte‹, OER 53 (2007), S. 216-219

Schrameyer, Klaus. ›Zur Änderung des bulgarischen Eigentumsgesetzes‹, WiRO 1996, S. 339-340

Schrameyer, Klaus. ›Erwerb von Grundeigentum durch Ausländer in Bulgarien‹, WiRO 1993, S. 261-266

Schrameyer, Klaus. ›Die Eigentumsordnung der bulgarischen Verfassung im Spiegel des Verfassungsgerichts‹, WiRO 1995, S. 456-463

Schrameyer, Sabine. ›Immobilienerwerb und -nutzung in Osteuropa: Bulgarien‹, JbOstR 38 (1997), S. 461-480

Stoimenov, Dimitar/ Ivanov, Boris. ›Grundeigentum und Sicherheiten in Bulgarien‹, Schriftenreihe des Verbandes Deutscher Pfandbriefbanken, Bd. 35, Berlin, 2008

Velinov, Ivan. ›Das Eigentum in den Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung‹, RabelsZ 49 (1985), S. 711-715

B.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

AG Karlsruhe. Az. XVI 26/89 v. 25.04.90. ›Bulg. Gesetz über die Personen und die Familie Art. 6; Bulg. Familienkodex vom 18.05.1985 Artt. 54, 61, 62. 1. Die Änderung des sog. Vatersnamens ist im bulgarischen Recht ersichtlich automatische Rechtsfolge der Adoption eines Kindes durch einen Mann. 2. Der bulgarische Vatersname ist weder dem Vor- noch dem Familiennamen zuzurechnen, sondern ist dritter Namensbestandteil. 3. Die nach bulgarischem Recht erfolgte Adoption ist als ausländische Entscheidung anzuerkennen.‹, StAZ 1990, S. 264-265 = IPRspr. 1990 Nr. 240

Gaaz, Berthold. ›Zum Recht des Kindesnamens in Europa‹, StAZ 2008, S. 365-369

Martin, Heiko. ›Namensführung eines ehelichen Kindes, das die deutsche und die bulgarische Staatsangehörigkeit besitzt‹, StAZ 1988, S. 17-18

Nowak, Michael. ›Der Name der natürlichen Person‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 2006; zugl. Diss. Gießen 1996, Frankfurt/ M. u.a., 1996

OLG Dresden. ›Bulg. FamGB Art. 103; ZPGB Art. 266; EGBGB Art. 10; BGB § 1355 Abs. 5; PStG §§ 15c Abs. 1 S. 1, 45 Abs. 2, 48 Abs. 1, 49; FGG §§ 21, 22 Abs. 1, 27 Abs. 1 S. 1, 29 Abs. 1 S. 3, Abs. 2. Gemäß Art. 103 bulg. FamGB und Art. 266 ZPGB ist für die Fortführung des Familiennamens nach Auflösung der Ehe eine richteliche Entscheidung nötig.‹, StAZ 2004, S. 170

OLG Hamm. Az. 15 W 31/79 v. 02.10.80. ›PStG § 47. Der Vatersname nach bulgarischem Recht darf im deutschen Geburtenbuch nicht ohne ausreichende Kennzeichnung zusammen mit Vor- oder Familienname an der dafür vorgesehenen Stelle eingetragen werden.‹, IPRspr. 1980 Nr. 9 = FamRZ 1981, S. 361 = FRES 7, S. 303 = StAZ 1981, S. 190 = RPfleger 1981, S. 20

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Breuer, Kai. ›Ehe- und Familiensachen in Europa. Das internationale Mandat mit Länderberichten‹, FamRZ-Buch, Bd. 26, Bielefeld, 2008

Brühl, Günter. ›Entwicklungen des Familienrechts im Ausland‹, FamRZ 1983, S. 858-863

Jessel-Holst, Christa. ›Das Unterhaltsrecht in Bulgarien‹, in: Das Unterhaltsrecht in Osteuropa, Schriftenreihe des Instituts für Ostrecht München, Bd. 36, S. 37-71, Bonn, 1989

B.IV.3.b. Eherecht

Ivanova, Stela. ›Grundzüge des bulgarischen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht‹, FamRB int. 2008, S. 83-90

Popov, Ljubomir. ›Eherecht der Volksrepubik Bulgarien‹, Leske-Loewenfeld, Das Ehrerecht der europäischen und der außereuropäischen Staaten; Teil 1, 9. Lieferung: Die europäischen Staaten

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Karlsruhe. Az. XVI 26/89 v. 25.04.90. ›Bulg. Gesetz über die Personen und die Familie Art. 6; Bulg. Familienkodex vom 18.05.1985 Artt. 54, 61, 62. 1. Die Änderung des sog. Vatersnamens ist im bulgarischen Recht ersichtlich automatische Rechtsfolge der Adoption eines Kindes durch einen Mann. 2. Der bulgarische Vatersname ist weder dem Vor- noch dem Familiennamen zuzurechnen, sondern ist dritter Namensbestandteil. 3. Die nach bulgarischem Recht erfolgte Adoption ist als ausländische Entscheidung anzuerkennen.‹, StAZ 1990, S. 264-265 = IPRspr. 1990 Nr. 240

Buseva, Tania. ›Verbrauchergeldparität im Verhältnis zu Bulgarien und Bemessung des Unterhalts für in Bulgarien lebende Kinder‹, FamRZ 1997, S. 264-268

Conradi, Jeanette. ›Erfahrungen in Adoptionsfällen mit Osteuropa und der GUS‹, ZfJ 1996, S. 225-230

DIV-Gutachten v. 28.1.1993. ›Zustimmung zur Vaterschaftsanerkennung nach ausländischen Rechten‹, ZfJ 1995, S. 271-272

Held, Robert. ›Adoptionsrecht in Bulgarien‹, StAZ 1986, S. 299-300

OLG Koblenz. Az. 11 UF 614/97 v. 16.07.98. ›Bulg. FamG Artt. 82 Abs. 1, 84, 85; BGB § 1606; Die Unterhaltsansprüche nichtvolljähriger (d. h. vom 14. bis zum 18. Lebensjahr) bzw. minderjähriger (d. h. bis zum vollendeten 14. Lebensjahr) Kinder richten sich nach Art. 82 Abs. 1 und Art. 85 Abs. 2 des bulg. FamG. Unterhaltsansprüche volljähriger Kinder richten sich nach Art. 82 Abs. 2 und 3 FamG. Die Volljährigkeit tritt mit Vollendung des 18. Lebensjahrs ein. Gem Art. 84 FamG bestimmt sich das Maß des Unterhalts nach den Bedürfnissen des Unterhaltsberechtigten und den Möglichkeite des Unterhaltspflichtigen. Es sind grundsätzlich beide Eltern im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterhaltspflichtig. Der das Kind betreuende Elternteil schuldet einen geringeren Barunterhalt, abhängig von dem notwendigen Maß der Betreuung. Nach Art. 85 FamG wird die Höhe des Unterhalts innerhalb der vom Ministerrat festgelegten Grenzen bestimmt. Die Ministerratsverordnung ist nach Auffassung von Rechsprechung und Lehre veraltet und wird nicht mehr angewandt. Volljährige Kinder haben einen Unterhaltsanspruch nach Art. 82 Abs. 2 und 3 FamG, wenn folgende Voraussetzungen kumuliativ vorliegen: Das Kind muß Schüler bzw. Student an einer Mittel-, Fach-, oder Hochshule sein, ein Alter von bis zu 20 Jahren, bzw. 25 Jahre bei Studenten an Fachhochschulen oder Hochschulen haben, sich nicht aus seinen Einkünften und/ oder seinem Vermögen unterhalten können und die Unterhaltsgewährung darf den Eltern keine besonderen Schwierigkeiten machen. Art. 85 FamG bezieht sich nicht auf volljährige Kinder, so daß die Ministerratsverordnung hier auch formal nicht gilt. Feste Richtbeträge gibt es auch hier nicht‹, FamRZ 1998, S. 1532-1533

Stahl, Natahlie. ›Bulgarien. Sieben Fragen zur Geltendmachung von Unterhalt‹, JAmt 2009, S. 172-174

B.IV.4. Erbrecht

Bonfils, Dieter. ›Gesetzliche Erbfolge, Erbrecht des Staates und Testierfreiheit im Erbrecht der Sowjetunion, der osteuropäischen Länder und der DDR‹, Diss. Göttingen 1969

Ivanova, Stela. ›Bulgarien. Materielles Erbrecht und Kollisionsvorschriften bei einer Erblasserin mit Wohnsitz in Deutschland. Rechtsgutachten zum bulgarischen Recht erstattet am 15.10.2009 im Rahmen eines Nachlassverfahrens vor einem deutschen Amtsgericht‹, JbOstR 51 (2010), S. 197-204

Schrameyer, Sabine. ›Das Erbgesetz in der Fassung von 1992. Bulgarien‹, JbOstR 36 (1995), S. 281-298

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Beck, Dieter. ›Das Recht der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen - Handel und Kooperation‹, Baden-Baden, 1984

Benedek, Wolfgang. ›Fragen des bulgarischen Beitrittsersuchens zum GATT‹, RIW/AWD 1987, S. 449-450

Borggräfe, Joachim/ Dimitrova, Sorniza. ›Neue Investitionsmöglichkeiten in Bulgarien durch den Erwerb von Konzesionen‹, WiRO 1998, S. 241-245

Dimitrova, Sorniza. ›Beteiligungsmöglichkeiten ausländischer Personen am Privatisierungsprozeß in Bulgarien‹, RIW/AWD 1998, S. 938-941

Djilianov, Plamen. ›Umwandlung und Privatisierung staatlicher und gemeindlicher Unternehmen nach dem bulgarischen Recht‹, Deutsches und internationales Wirtschaftsrecht, Bd. 3; zugl. Diss. Hamburg 1995, Münster, Hamburg, 1995

Ehrlich, Daniela. ›Bulgarien: Neuerungen in der Investitionsgesetzgebung‹, Eastlex 2008, S. 176-180

Georgiev, Emil. ›Formen und vertragliche Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit‹, RabelsZ 49 (1985), S. 688-696

Gerdzikov, Ognjan/ Dziljanov, Plamen. ›Möglichkeiten und Rechstformen der wirtschaftlichen Betätigung von Ausländern in Bulgarien‹, WGO 1993, S. 89-108

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Glöckner, Martin. ›Die Reform der bulgarischen Rechtsordnung seit dem Regierungswechsel im Frühjahr 1997 im Überblick‹, WiRO 1999, S. 201-206

Goleva, Polja. ›Änderungen im bulgarischen Recht der ausländischen Investitionen‹, WiRO 1997, S. 102-103

Goranov, Nikola. ›Überblick über die normativen Grundlagen der aktuellen Wirtschaftsreformen in Bulgarien‹, WGO 1988, S. 297-306

Goranov, Nikola. ›Regelung der Wirtschaftstätigkeit in Bulgarien‹, IWB 1989, Bulgarien, Gruppe 3, S. 15-16

Kemper, Manfred/ Rüster, Lothar. ›Rechtliche Regelung der sozialistischen ökonomischen Integration‹, Berlin, 1983

Knüpfer, Werner. ›Privatisierung in den osteuropäischen Ländern und ihre Rechtsgrundlagen: Darstellung, kritische Analyse, Vergleich‹, in: Wolfgang Seiffert (Hrsg.), Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht Osteuropas im Zeichen des Übergangs zur Marktwirtschaft, Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 1, S. 53-83, München, 1992

Konstantinov, Emil. ›Rahmenbedingungen der Privatisierung in Bulgarien‹, in: Herwig Roggemann/ Emil Konstantinov (Hrsg.), Wege zur Privatisierung in Bulgarien. Rechtsvergleich und Rechtspraxis, S. 14-45, Berlin, 1994

Kuss, Klaus-Jürgen. ›Neue Entwicklungen im Investitionsrecht der osteuropäischen Staaten‹, JbOstR 30 (1989), S. 9-48

Kuss, Klaus-Jürgen/ Roggemann, Herwig. ›Das Investitionsrecht der Osteuropäischen Staaten und der DDR‹, Berlin, 1990

Moecke, Hans-Jürgen. ›Bulgarien: Privatisierungsrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 4634, 2. Aufl., Köln, Berlin, 1996

Neidenowa, Maya. ›Die Entwicklung der bulgarischen Gesetzgebung zum Schutz privater Auslandsinvestitionen1989 bis 1997. Ein Beitrag zur Transformation des bulgarischen Wirtschaftsrechts‹, Quellen zur Rechtsvergleichung aus dem Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 53; zugl. Diss. Berlin 1999, Berlin, 2001

Pfeffer, Joachim. ›Der rechtliche Rahmen des Wirtschaftsverkehrs mit den RGW-Ländern‹, Köln, Berlin, Bonn, 1987

Pfuhl, Eberhard. ›Rechtsformen der Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu den Volksdemokratien‹, OER 1 (1955), S. 9-26

Pirinski, Georgi. ›Möglichkeiten und Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmen der Volksrepublik Bulgarien mit Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland‹, RabelsZ 49 (1985), S. 680-688

Popov, Todor. ›Probleme und Perspektiven der Privatisierung in Bulgarien‹, WiRO 1993, S. 126-130

Radev, Jaroslaw. ›Bulgarisches Wirtschaftskooperationsrecht‹, RabelsZ 49 (1985), S. 678-680

Riedel, Sabine. ›Arbeitslosigkeit in der erweiterten EU: Strategien zur Arbeitsmarktpolitik in Polen, Ungarn, Bulgarien und der Republik Makedonien‹, SWP-Studie, Berlin, 2003

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Investitionsförderungsgesetz‹, WiRO 2004, S. 364-368

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarisches Gesetz über die öffentlichen Aufträge‹, WiRO 2005. S. 46-47

Seifert, Frank. ›Fragen beim Kauf eines ehemals staatlichen oder kommunalen Unternehmens in Bulgarien‹, RIW/AWD 1994, S. 377-381

Seiffert, Wolfgang. ›Das Problem der sogenannten Direktbeziehungen im RGW‹, OER 30 (1984), S. 55-61

Stalev, Stoyan. ›Die Transformation der Rechts- und Wirtschaftsordnung in Bulgarien‹, ZEuP 1996, S. 444-451

Stalev, Stoyan. ›Die Transformation der Rechts- und Wirtschaftsordnung in Bulgarien‹, ROW 1995, S. 97-100

Strasburger, Jörg Peter. ›Entwicklung der Privatisierung in Recht und Praxis Bulgariens‹, WiRO 1995, S. 125-129

Zwernemann, Dieter. ›Informationshandbuch Wirtschaftsrecht, Bd. 1: Die Staaten Europas‹, München, 1991

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Aladschov, Ivan L. ›Schutz der Aktionäre bei Veränderung des Grundkapitals der AG‹, WiRO 2001, S. 109-110

Bosien, Renate. ›Das deutsch-bulgarische Sozialversicherungsabkommen‹, Die Angestelltenversicherung 1999, S. 295-301

Dimova-Hölzl, Raya. ›Alterssicherung in Bulgarien. Ein Überblick über das bulgarische Rentenversicherungssystem‹, ZfSH/SGB 2009, 514-524

Hacker, Björn. ›Sozialpolitik in Mittelosteuropa. Unterschiedliche Reformstrategien mit liberalem Hintergrundrauschen‹, IPuG 2009, S. 36-49

Hainz, Bernhard/ Tinhofer, Andreas (Hrsg.). ›Arbeits- und Sozialrecht in Mittel- und Osteuropa‹, Wien, 2004

Jessel-Holst, Christa. ›Das Sozialversicherungs- und Versorgungsrecht Bulgariens‹, JbOstR 23 (1982), S.

Kirceva, Elena. ›Das bulgarische Arbeitsgesetzbuch von 1986‹, WGO 1988, S. 59-84

Schönfelder, Bruno. ›Sozialpolitik in den sozialistischen Ländern‹, München, 1987

Schrameyer, Sabine. ›Das novellierte bulgarische Arbeitsgesetzbuch‹, WiRO 1993, S. 334-338

Sredkova, Krassimira. ›Die bulgarische Arbeitsgesetzgebung auf dem Wege der Reformen‹, ZIAS 1995, S. 253-262

Vassilev, Atanas. ›Privatisierung und Rechtsnachfolge im Arbeitsverhältnis‹, in: Herwig Roggemann/ Emil Konstantinov (Hrsg.), Wege zur Privatisierung in Bulgarien. Rechtsvergleich und Rechtspraxis, S. 91-98, Berlin, 1994

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Bosien, Renate. ›Das deutsch-bulgarische Sozialversicherungsabkommen‹, Die Angestelltenversicherung 1999, S. 295-301

Buseva, Tania. ›Die Angleichung des bulgarischen Gesellschaftsrechts an das Recht in der Europäischen Union‹, in: Marian Paschke (Hrsg.), 100 Jahre Handelsgesetzbuch: 100 Jahre Rechtsentwicklung in der Republik Bulgarien und der Bundesrepublik Deutschland, ; Deutsches und internationales Wirtschaftsrecht, Bd. 18, S. 81-92, Hamburg, 1999

Buseva, Tania. ›Die jüngste Entwicklung der bulgarischen Gesetzgebung auf dem Gebiet des Handels- und Gesellschaftsrechts‹, WGO 1996, 233-240

Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH). ›Die Handelsvertretergesetze in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen und der Schweiz‹, 2. Aufl., Berlin, 2010

Clemens, Markus. ›Bulgarien: Handelsgesetzbuch‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 1715, Köln, Berlin, 1993

Gavrilova, Ralitza Rumenova / Guerginov, Boyko. ›Handwerksrecht in Bulgarien‹, Eastlex 2008, S. 140-141

Goleva, Polja. ›Rechtsprechung des Obersten Gerichts der Republik Bulgarien zu Fragen der Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung im Jahre 1994 und ihrer Eintragung in das Handelsregister‹, WGO 1995, S. 307-312

Heirich, Gabriele/ Neidhart, Hermann/ Zwerger, Walter. ›Schadensfälle im Ausland - Für 24 europäische Länder: Haftungsgrundlagen, Versicherungspraxis, Abwicklung von Sach- und Personenschäden sowie die gerichtliche Geltendmachung von Ersatzansprüchen aus Verkehrsunfällen‹, 2. Aufl., München, 1987

Loeber, Dietrich A. ›Vereinheitlichung des Warenlieferungsrechts im Außenhandel der COMECON-Länder‹, OER 6 (1960), S. 35-73

Mindach, Christel. ›Ungarn, Bulgarien: Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 1542, Köln, Berlin, 1993

Neidhart, Hermann. ›Unfall im Ausland. Schadensregulierung für 44 Länder von Albanien bis Zypern: Abwicklung von Sach- und Personenschäden, Anwaltskosten, Haftungsgrundlagen, Versicherungsrecht und Regulierungspraxis, außergerichtliche und gerichtliche Wege zum Schadensersatz‹, München, 1995

Schmitt, Heike. ›Bulgarien‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 84-87, Heidelberg, 1997

Sessig, Franz-Joachim/ Schubert, Herrmann/ Höffner, Eckard/ Scheele, Michael. ›Das bulgarische Buchhaltungs- und Bilanzrecht‹, WiRO 1997, S. 286-289

Yanev, Nikolay/ Guerginov, Boyko. ›Aktuelle Rechtslage und geplante Änderungen des bulgarischen Handelsregisterrechts‹, Eastlex 2010, S. 164-167

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Aladschov, Ivan. ›Vermögensrechte der Aktionäre im bulgarischen Recht‹, WiRO 2002, S. 146-148

Aladschov, Ivan L. ›Bulgariens Aktiengesellschaften in der Transformation‹, JbOstR 42 (2001), S. 141-153

Aladschov, Ivan L. ›Die Rechte der Aktionäre in Deutschland und in Bulgarien - Eine rechtsvergleichende Darstellung mit dem Schwerpunkt des Schutzes der Minderheitsaktionäre‹, zugl. Diss. Hannover 2000, Stuttgart, 2000

Aladschov, Ivan L. ›Minderheitenrechte der Aktionäre im bulgarischen Handelsgesetz‹, WiRO 2001, S. 70-73

Aladschov, Ivan L. ›Besonderheiten einer AG-Gründung nach bulgarischem und deutschem Recht‹, WiRO 2001, S. 14-17

Aladschov, Ivan L. ›Schutz der Aktionäre bei Veränderung des Grundkapitals der AG‹, WiRO 2001, S. 109-110

Aladschov, Ivan L. ›Die GmbH im bulgarischen Recht‹, OER 48 (2002), S. 105-122

Aladschov, Ivan L. ›Verwaltungsstruktur der Aktiengesellschaft im bulgarischen Handelsrecht‹, WiRO 2001, S. 336-338

Bacvarova, Olga. ›Die Einbringung von Rechten an gewerblichem Eigentum und Know-How in eine »gemischte Gesellschaft« nach dem Erlaß Nr. 535‹, RabelsZ 49 (1985), S. 716-722

Boevsky, Ivan/ Kramer, Jost W. ›Das bulgarische Genossenschaftswesen in der Transformation. Tradition und Neubeginn‹, ZgGenW 1996, S. 200-209

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Buseva, Tania. ›Unternehmensgruppen in Bulgarien‹, in: Klaus J. Hopt/ Christa Jessel-Holst/ Katharina Pistor (Hrsg.), Unternehmensgruppen in mittel- und osteuropäischen Ländern, Entstehung, Verhalten und Steuerung aus rechtlicher und ökonomischer Sicht; Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 76, S. 253-268, Tübingen, 2003

Buseva, Tania. ›Die jüngste Entwicklung der bulgarischen Gesetzgebung auf dem Gebiet des Handels- und Gesellschaftsrechts‹, WGO 1996, 233-240

Daskalov, Waltschin. ›Verantwortlichkeit und Haftung der Leitungsgremien der Aktiengesellschaft nach bulgarischem Recht‹, in: Susanne Kalss (Hrsg.), Vorstandshaftung in 15 europäischen Ländern, Schriftenreihe zum Gesellschaftsrecht (START-FWF), Bd. 5, S. 303-356, Wien, 2005

Daskalov, Waltschin. ›Der Sorgfaltsmaßstab für die Mitglieder der Führungsgremien der Kapitalgesellschaften nach dem bulgarischen Recht‹, in: FS Peter Doralt (2004), S. 95-122, Wien, 2004

Daskalov, Waltschin. ›Das neue bulgarische Umgründungsrecht (Verschmelzungen, Spaltungen und Umwandlungen von Handelsgesellschaften) im Überblick‹, RIW/AWD 2005, S. 270-278

Daskalov, Waltschin. ›Das Kaduzierungsverfahren nach dem bulgarischen Recht‹, WiRO 2003, S. 269-272

Daskalov, Waltschin. ›Die GmbH gemäß dem bulgarischen Gesellschaftsrecht‹, Wien, 1993

Daskalov, Waltschin/ Kalss, Susanne. ›GmbH-Mustervertrag Bulgarien. Deutsch-bulgarisch mit Einführung, Kommentar und Gesetzestext‹, Schriftenreihe des FOWI, Bd. 4, Wien, 1993

Daskalov, Waltschin/ Metodiev, Boris. ›Unternehmensgründung in Bulgarien‹, Wien, 2006

Dimitrova, Albena. ›Zum Mindestinhalt des GmbH-Gesellschaftsvertrages nach dem bulgarischen Recht‹, RIW/AWD 1995, S. 817-825

Dimitrova, Sorniza. ›Der Unternehmenskauf nach bulgarischem Recht im Überblick‹, WiRO 1998, S. 367-369

Dimitrow, Wenzeslaw. ›Aktiengesellschaften - Hindernisse ihrer Einführung und Entwicklungsmöglichkeiten in Bulgarien‹, in: Georg Brunner, Dieter Pfaff (Hrsg.), Wandlungen in der Eigentumsverfassung der sozialistischen Länder Südosteuropas, S. 99-108, München, 1990

Doytchinova, Alexandra/ Andonova, Elena. ›Der ausländische Geschäftsführer in Bulgarien‹, Eastlex 2008, S. 124-129

Dshiljanov, Plamen. ›Die neue Regelung der Wirtschaftstätigkeit in Bulgarien‹, JR 1990, S. 401-405

Dshiljanov, Plamen. ›Firmenleitung und -verfassung nach der neuen Regelung der Wirtschaftstätigkeit in Bulgarien‹, WGO 1990, S. 143-153

Dziljanov, Plamen St. ›Grundzüge des neuen bulgarischen Genossenschaftsrechts‹, WGO 1993, S. 37-48

Gerdzikov, Ognjan/ Dziljanov, Plamen. ›Möglichkeiten und Rechstformen der wirtschaftlichen Betätigung von Ausländern in Bulgarien‹, WGO 1993, S. 89-108

Glasmacher, Peter. ›Möglichkeiten grenz- und systemüberschreitender Unternehmenskooperation durch westliche Beteiligungen an Unternehmen in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Polen und Bulgarien‹, Frankfurt/ M., Bern, New York, 1986

Goleva, Polja. ›Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung (Joint Ventures) in Bulgarien‹, ROW 1992, S. 353-357

Goleva, Polja. ›Rechtsprechung des Obersten Gerichts der Republik Bulgarien zu Fragen der Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung im Jahre 1994 und ihrer Eintragung in das Handelsregister‹, WGO 1995, S. 307-312

Herberstein, Gabriele (Hrsg.). ›Die GmbH in Europa - 50 Länder im Vergleich‹, 2. Aufl., Wien, 2001

Hristov, Stoil/ Künnemann, Ulf. ›Organisationsformen nach bulgarischem Gesellschaftsrecht‹, WiRO 2006, S. 171-175

Jessel-Holst, Christa. ›Bulgarien (Betr.: Wirtschaftliche Erwerbstätigkeit Privater)‹, in: Friedrich-Christian Schröder (Hrsg.), Rechtsformen der privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit in Osteuropa, S. 58-78, Berlin, 1992

Karschev, Ivo. ›Kapitalanlagegesellschaften in Bulgarien‹, WiRO 2005, S. 76-78

Kaufmann, Alexander/ Patscheva, Stefana. ›Bulgarien: Verschmelzung in gesellschafts- und steuerrechtlicher Hinsicht‹, Eastlex 2009, S. 14-19

Koschier, Marco. ›Überblick über das bulgarische Bilanzrichtliniengesetz‹, IWB 1992, Fach 5, Bulgarien, Gruppe 2, S. 21-24

Kracmarov, Elisej. ›Gewinn- und Verlustverteilung, Beendigung und Liquidation der gemischten Gesellschaften‹, RabelsZ 49 (1985), S. 723-726

Lagler, Michael/ Doytchinova, Alexandra. ›Länderbericht Bulgarien‹, in: Rembert Süß/ Thomas Wachter (Hrsg.), Handbuch des internationalen GmbH-Rechts, S. 439-463, Bonn u.a., 2006

Messmann, Stefan. ›Konzeptionelle Änderungen in der Joint-Venture-Gesetzgebung der osteuropäischen Länder - Übergang zum Integrationssystem‹, ZGR 1990, S. 612-632

Metodiev, Boris. ›Checkliste: GmbH-Gründung in Bulgarien‹, Eastlex 2004, S. 30-32

Mindach, Christel. ›Bulgarien: Investitionsgesetz 1992‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: A-6/ 92, Köln, 1992

Moecke, Hans-Jürgen. ›Rechtsfragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach den Joint-Venture-Reformen in Osteuropa‹, ZVglRWiss 89 (1990), S. 308-329

Nikolova, Sonya/ Patscheva, Stefana. ›Muster. Antrag auf Eintragung einer GmbH‹, Eastlex 2007, S. 165-169

Paschke, Marian/ Pavlova, Venelina. ›Der Unternehmenskauf nach bulgarischem Recht‹, WGO 2005, S. 172-187

Pavlova-Mirtcheva, Rumyana. ›Die Änderungen im GmbH-Recht Bulgariens nach dem EU-Beitritt‹, GmbHR 2008, S. 475-477

Pfaff, Dieter. ›Vertragsgestaltungen gemischter Gesellschaften in Bulgarien‹, RIW/AWD 1981, S. 668-677

Popov, Todor. ›Probleme und Perspektiven der Privatisierung in Bulgarien‹, WiRO 1993, S. 126-130

Sárközy, Tamás. ›Die „juristische" Person in den sozialistischen Ländern‹, RabelsZ 47 (1983), S. 1-21

Schmitz, Frank N. ›Das bulgarische Privatisierungsrecht von 1992‹, IntSteuerR 1993, S. 29-32

Schmitz, Frank N. ›Gesellschaftsrecht in Bulgarien‹, München, 1996

Schrameyer, Klaus. ›Neufassung des Privatisierungsgesetzes‹, WiRO 1994, S. 430-437

Schrameyer, Sabine. ›Handelsgesellschaften in Bulgarien‹, in: Erhardt Gralla/ Hans Jürgen Sonnenberger (Hrsg.), Handelsgesellschaften in Osteuropa, S. 7-43, München, 1993

Seifert, Frank. ›Fragen beim Kauf eines ehemals staatlichen oder kommunalen Unternehmens in Bulgarien‹, RIW/AWD 1994, S. 377-381

Sessig, Franz-Joachim/ Schubert, Herrmann/ Höffner, Eckard/ Scheele, Michael. ›Das bulgarische Buchhaltungs- und Bilanzrecht‹, WiRO 1997, S. 286-289

Stalev, Zivko. ›Die bulgarische juristische Person mit Auslandsbeteiligung‹, RabelsZ 49 (1985), S. 705-711

Tadsher, Vitali. ›Gemischte Gesellschaften in Bulgarien‹, Sofia, 1987

Todev, Tode/ Brazda, Johann. ›Hundert Jahre Genossenschaftswesen in Bulgarien‹, ZgGenW 1990, S. 264-275

Todev, Tode/ Brazda, Johann. ›Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Genossenschaftswesen in Bulgarien‹, ZgGenW 1994, S. 47-55

Velinov, Ivan. ›Das Eigentum in den Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung‹, RabelsZ 49 (1985), S. 711-715

Yanev, Nikolay/ Guerginov, Boyko. ›Aktuelle Rechtslage und geplante Änderungen des bulgarischen Handelsregisterrechts‹, Eastlex 2010, S. 164-167

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Bacvarova, Olga. ›Die Einbringung von Rechten an gewerblichem Eigentum und Know-How in eine »gemischte Gesellschaft« nach dem Erlaß Nr. 535‹, RabelsZ 49 (1985), S. 716-722

Barta, Janusz. ›Arbeitnehmerurheberrecht im sozialistischen Europa‹, in: Manfred Rehbinder (Hrsg.), Das Urheberrecht im Arbeitsverhältnis; Schriften zum schweizerischen Arbeitsrecht, Heft 22, S. 35-100, Bern, 1983

Blakeney, Michael/ Westkamp, Guido/ Gibson, Johanna. ›Zur Durchsetzbarkeit von Immaterialgüterrechten in Bulgarien‹, WiRO 2006, S. 271-276

Boytha, György. ›Die Entwicklung der Regelung von Urheberverträgen in verschiedenen Ländern‹, UFITA 110 (1989), S. 5-33

Chivarov, Georgi/ Kowal-Wolk, Tatjana. ›Das neue bulgarische Patentrecht‹, GRUR Int. 1993, S. 910-918

Czychowski, Christian. ›Das Urhebervertragsrecht als wesentlicher Bestandteil des Urheberrechts in den Staaten Zentral- und Osteuropas. Eine Untersuchung der neuen Urheberrechtsgesetze in den Staaten Polen, Rußland, Bulgarien und Slowenien‹, Schriften zum internationalen Recht, Bd. 83; zugl. Diss. Berlin 1996, Berlin, 1997

Dietz, Adolf. ›Bulgarisches Urheberrecht und acquis communautaire‹, in: FS Rudolf Kraßer (2004), S. 699-706, München, 2004

Dietz, Adolf. ›Das Patentrecht der südosteuropäischen Staaten‹, Weinheim, Basel, 1983

Dimov, Diman. ›Das neue bulgarische Markengesetz‹, GRUR Int. 2000, S. 129-136

Eminescu, Jolanda. ›Aktuelle Probleme des Urheberrechts der europäischen sozialistischen Länder‹, GRUR Int. 1980, S. 387-396

Goranov, Nikola. ›Die Änderung des Werkes und der Grundsatz der Unverletzlichkeit im Urheberrecht der DDR, der UdSSR und Bulgariens‹, OER 30 (1984), S. 1-20

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Kontrollexpertise Inst.f. Erfindung u.R. ›Prognosemethoden schutzunfähig.‹, GRUR Int. 1988, S. 856

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

Kresbach, Georg/ Grögerova, Veronika. ›Die Gemeinschaftsmarke nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union‹, ÖBl 2007, S. 153-156

Marenkov, Dmitry/ Mindach, Christel/ Semianova, Xenia. ›Bulgarien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7838, 3. Aufl., Köln, 2008

N.N. ›Zum Inhalt des neuen bulgarischen Patentgesetzes‹, WiRO 1993, S. 362

Schell, Jürgen (Übers.). ›Bulgarien: Gesetz über die Eintragung von Patenten und Gebrauchsmustern (Gesetz Nr. 27 vom 2. April 1993, zuletzt geändert durch das Gesetz Nr. 59 vom 20. Juli 2007)‹, PMZ 2008, S. 197-216

Schrameyer, Sabine. ›Das bulgarische Patentgesetz‹, ROW 1993, S. 279-281

Stefanov, Stefan. ›Die Neuregelung des Gebrauchsmusterschutzes in Bulgarien‹, in: FS Gert Kolle und Dieter Stauder (2005), S. 539-551, Köln u.a., 2005

Stefanov, Stefan. ›Der Know-how-Schutz nach bulgarischem Wettbewerbsrecht‹, GRUR Int. 1999, S. 921-928

Stefanov, Stefan. ›Die Durchsetzung von gewerblichen Schutzrechten in Bulgarien‹, GRUR Int. 2003, S. 336-348

Vida, Alexander. ›Das Warenzeichen in der Wirtschaft der sozialistischen Länder‹, Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtschutz, Bd. 71, Köln u.a., 1987

Wandtke, Artur-Axel (Hrsg.). ›Urheberrecht in Mittel- und Osteuropa: Handbuch mit Einführungen und Rechtstexten. Teil 1: Bulgarien, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowenien‹, Berlin, 1997

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Bakardjieva, Antonina. ›Das neue Wettbewerbsrecht in Bulgarien‹, GRUR Int. 1999, S. 395-407

Barkardjieva, Antonina. ›Das Recht des unlauteren Wettbewerbs in Bulgarien‹, GRUR Int. 1994, S. 671-676

Buseva, Tania. ›Unternehmensgruppen in Bulgarien‹, in: Klaus J. Hopt/ Christa Jessel-Holst/ Katharina Pistor (Hrsg.), Unternehmensgruppen in mittel- und osteuropäischen Ländern, Entstehung, Verhalten und Steuerung aus rechtlicher und ökonomischer Sicht; Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 76, S. 253-268, Tübingen, 2003

Chivarov, Gueorgui. ›Wettbewerbsrecht und Verbraucherschutz in Bulgarien‹, in: Friedrich-Karl Beier/ Eva-Marina Bastian/ Annette Kur (Hrsg.), Wettbewerbsrecht und Verbraucherschutz in Mittel- und Osteuropa, Schriftenreihe zum gewerblichen Rechtsschutz, Bd. 87, S. 98-104, Köln, 1992

Dietz, Adolf. ›Die Einführung von Gesetzen gegen den unlauteren Wettbewerb in ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas‹, GRUR Int. 1994, S. 649-670

Dilek, Vania. ›Der Wettbewerbsschutz in Bulgarien und in der Russischen Föderation während des Übergangs vom Dirigismus zur Privatautonomie‹, Saarbrücker Studien zum Privat- und Wirtschaftsrecht, Bd. 42; zugl. Diss. Saarbrücken 2004, Frankfurt/ M. u.a., 2004

Dimitrov, Miroslav. ›Wirksamer Rechtsschutz gegen unlauteren Wettbewerb in der Übergangsperiode von der Plan- zur Marktwirtschaft, untersucht am Beispiel des bulgarischen Wettbewerbsrechts: eine rechtspolitische Untersuchung der neuen Wettbewerbsgesetzgebung mitvergleichenden Hinweisen auf das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht‹, Diss. Halle 1996

Dimitrov, Miroslav. ›Die Neuregelung des Wettbewerbsrechts in Bulgarien‹, GRUR Int. 1994, S. 676-680

Karschev, Ivo. ›Ermittlungsverfahren nach dem bulgarischen Kartellrecht‹, WiRO 2006, S. 44-48

Karschev, Ivo. ›Fusionskontrolle nach der bulgarischen Wettbewerbspolitik‹, WiRO 2006, S. 328-333

Karschev, Ivo. ›Bulgarisches Wettbewerbsrecht. Kontrolle einseitiger Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen‹, WiRO 2009, S. 5-10

Markov, Metodi. ›Bulgarisches Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs aus dem Jahre 1998‹, Monatshefte für osteurop. Recht 1999, S. 93-100

Peneva-Gädeke, Kalina. ›Neues bulgarisches Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs‹, WiRO 2009, S. 293-298

Schmitz, Frank N. ›Wettbewerbsrecht in Bulgarien‹, WiRO 1995, S. 375-377

Schrameyer, Klaus. ›Das neue bulgarische Preisgesetz‹, ROW 1996, S. 172-176

Schulze, Ulrich W. ›Wettbewerbs- und Kartellrecht in Osteuropa‹, WGO 1991, S. 281-290

Thiel, Matthias. ›Das Wettbewerbs- und Kartellrecht in Osteuropa‹, OER 41 (1995), S. 99-120

Verny, Arsène. ›Wettbewerbs- und Kartellrecht in Bulgarien‹, WiRO 1993, S. 381-383

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Aladschov, Ivan. ›Vermögensrechte der Aktionäre im bulgarischen Recht‹, WiRO 2002, S. 146-148

Buseva, Tania. ›Unternehmensgruppen in Bulgarien‹, in: Klaus J. Hopt/ Christa Jessel-Holst/ Katharina Pistor (Hrsg.), Unternehmensgruppen in mittel- und osteuropäischen Ländern, Entstehung, Verhalten und Steuerung aus rechtlicher und ökonomischer Sicht; Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 76, S. 253-268, Tübingen, 2003

Buseva, Tania. ›Die jüngste Entwicklung der bulgarischen Gesetzgebung auf dem Gebiet des Handels- und Gesellschaftsrechts‹, WGO 1996, 233-240

Daskalov, Waltschin. ›Das Kaduzierungsverfahren nach dem bulgarischen Recht‹, WiRO 2003, S. 269-272

Daskalov, Waltschin. ›Das neue Devisenrecht in Bulgarien‹, WiRO 2000, S. 407-409

Gouberkova, Daniela. ›Der Weg zu einem Kapitalmarkt nach europäischem Vorbild in Bulgarien. Verhaltens- und Informationspflichten im Gesetz gegen den Marktmissbrauch mit Finanzinstrumenten‹, Schriften des Augsburg Center for Global Economic Law and Regulation - Arbeiten zum Internationalen Wirtschaftsrecht und zur Wirtschaftsregulierung, Bd. 42; zugl. Diss. Augsburg 2010/2011, Baden-Baden, 2011

Holzwarth, Winfried. ›Kriterien für die Kreditvergabe der Banken bei Investitionen in Osteuropa‹, in: Wolfgang Seiffert (Hrsg.), Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht Osteuropas im Zeichen des Übergangs zur Marktwirtschaft, Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 1, S. 85-99, München, 1992

Karschev, Ivo. ›Kapitalanlagegesellschaften in Bulgarien‹, WiRO 2005, S. 76-78

Podlesak, Thomas/ Metodiev, Boris. ›Das bulgarische Bankgeheimnis‹, Eastlex 2008, S. 57-60

Schrameyer, Klaus. ›Neufassung des Privatisierungsgesetzes‹, WiRO 1994, S. 430-437

B.VII. Fallsammlungen und Rechtsprechungsberichte

Jessel-Holst, Christa. ›Rechtsprechung des obersten Gerichts der Volksrepublik Bulgarien im Jahre 1977‹, WGO 1981, S. 290-302

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Hecker, Hellmuth. ›Die Staatsangehörigkeit in der Gesetzgebung Osteuropas‹, WGO 1992, S. 377-382

Köbler, Gerhard. ›Rechtsbulgarisch: deutsch-bulgarisches und bulgarisch-deutsches Rechtswörterbuch‹, Interlex, Bd. 13; Arbeiten zur Rechts- und Sprachwissenschaft, Bd. 57, Gießen, 2006

Ries, Gerhard. ›West-Ost Verpflanzung von Privatrecht - eigene Erfahrungen in Bulgarien‹, in: Michael R. Will (Hrsg.), Voyage ouest-est de modèles juridiques, Schriftenreihe deutscher Jura-Studenten in Genf, Bd. 12, S. 17-34, Genf, 1996

Tscholakov, Radomir. ›Privater Rundfunk in Bulgarien‹, ROW 1995, S. 269-275

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Goleva, Polja. ›Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit‹, WiRO 1994, S. 53-54

Rechberger, Walter H. (Hrsg.). ›Das neue Zivilverfahrensgesetz Bulgariens‹, Schriftenreihe des Center of Legal Competence, Bd. 28, Berlin, Wien u.a., 2008

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Datcheva, Dessislava. ›Mehr Rechtsstaat und Effizienz der bulgarischen Justiz durch die 3. Verfassungsänderung und die neuen Regeln des Gerichtsverfassungsgesetzes?‹, OER 53 (2007), S. 69-71

Glöckner, Martin. ›Die Reform der bulgarischen Rechtsordnung seit dem Regierungswechsel im Frühjahr 1997 im Überblick‹, WiRO 1999, S. 201-206

Ivanova, Stela. ›Drei Aspekte der bulgarischen Justizreform‹, WiRO 2006, S. 369-371

Rechberger, Walter H./ Oberhammer, Paul (Hrsg.). ›Das neue Zivilverfahrensgesetz Bulgariens‹, Schriftenreihe des Center of Legal Competence, Bd. 28, Wien, 2008

Stalev, Stoyan. ›Das Gerichtssystem in Bulgarien auf dem Reformweg‹, ROW 1995, S. 256-259

Stürner, Rolf. ›Das deutsche Zivilprozeßrecht und seine Ausstrahlung auf andere Rechtsordnungen‹, Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Internationales Verfahrensrecht e.V., Bd. 5, S. 3-40, Bielefeld, 1991

C.III. Internationale Zuständigkeit

Musseva, Boriana. ›Das neue internationale Zivilverfahrensrecht Bulgariens in Zivil- und Handelssachen‹, IPRax 2007, S. 256-261

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Bulgarien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 235-237, Berlin, 2009

Tschipev, Theodor. ›Die internationale Zuständigkeit bulgarischer Gerichte und die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile in Bulgarien‹, in: Erik Jayme (Hrsg.), Ein internationales Zivilverfahrensrecht für Gesamteuropa, S. 45-52, Heidelberg, 1992

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

AG Berlin-Schöneberg. Az. 70 III 489/86 v. 10.02.87. ›EGBGB a.F. Art. 22. Die in Bulgarien durch ein Gericht ausgesprochene Adoption eines bulgarischen Kindes durch den Ehemann der Kindesmutter ist

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

auch im deutschen Rechtsbereich wirksam.‹, StAZ 1987, S. 141

AG Karlsruhe. Az. XVI 26/89 v. 25.04.90. ›Bulg. Gesetz über die Personen und die Familie Art. 6; Bulg. Familienkodex vom 18.05.1985 Artt. 54, 61, 62. 1. Die Änderung des sog. Vatersnamens ist im bulgarischen Recht ersichtlich automatische Rechtsfolge der Adoption eines Kindes durch einen Mann. 2. Der bulgarische Vatersname ist weder dem Vor- noch dem Familiennamen zuzurechnen, sondern ist dritter Namensbestandteil. 3. Die nach bulgarischem Recht erfolgte Adoption ist als ausländische Entscheidung anzuerkennen.‹, StAZ 1990, S. 264-265 = IPRspr. 1990 Nr. 240

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Cipev, Theodor. ›Die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Bulgarien‹, WGO 1991, S. 109-114

Jessel-Holst, Christa. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen sowie Rechtshilfe in Zivilsachen nach dem bulgarischen Recht‹, WGO 1983, S. 255-267

Marenkov, Dmitry/ Mindach, Christel/ Semianova, Xenia. ›Bulgarien. Rechtstipps für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7838, 3. Aufl., Köln, 2008

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Bulgarien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 235-237, Berlin, 2009

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Tschipev, Theodor. ›Die internationale Zuständigkeit bulgarischer Gerichte und die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile in Bulgarien‹, in: Erik Jayme (Hrsg.), Ein internationales Zivilverfahrensrecht für Gesamteuropa, S. 45-52, Heidelberg, 1992

Wietzorek, Michael. ›Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Bulgarien‹, Eastlex 2007, S. 120-123

C.V. Verfahren und Beweis

BGH. Az. IV a ZR 92/81 v. 11.11.81. ›Bulg. Zivilprozeßkodex v. 8.2.1952. In Bulgarien wird von einem ausländischen Kläger eine Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten des Beklagten nicht verlangt.‹, IPRspr. 1981 Nr. 143 = NJW 1982, S. 1223 = MDR 1982, S. 470 = WM 1982, S. 194 = RIW/AWD 1982, S. 213 = RPfleger 1982, S. 115 = LM Nr. 10 zu § 110 ZPO = IPRax 1982, S. 116 (Bericht)

Farkas, Jozsef. ›Gerichtskostenfreiheit in den europäischen sozialistischen Ländern‹, OER 28 (1982), S. 30-41

Metodiev, Boris. ›Bulgarien: Neues Zivilprozessrecht‹, Eastlex 2008, S. 95-97

Mindach, Christel. ›Bulgarien: Verbraucherschutz und Produkthaftung‹, PHi 2000, S. 211-220

Rechberger, Walter H./ Oberhammer, Paul (Hrsg.). ›Das neue Zivilverfahrensgesetz Bulgariens‹, Schriftenreihe des Center of Legal Competence, Bd. 28, Wien, 2008

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Bulgarien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 235-237, Berlin, 2009

Stahl, Natahlie. ›Bulgarien. Sieben Fragen zur Geltendmachung von Unterhalt‹, JAmt 2009, S. 172-174

C.VI. Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedsvertrag

Goleva, Polja. ›Neue Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbarkeit‹, WiRO 1993, S. 131-133

Goleva, Polja. ›Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit‹, WiRO 1994, S. 53-54

Heger, Susanne. ›Internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Osteuropa‹, RIW/AWD 1999, S. 481-487

Kuss, Klaus-Jürgen. ›Neuere Entwicklungen und Perspektiven der Ost-West-Schiedsgerichtsbarkeit‹, RIW/AWD 1987, S. 584-589

Maskow, Dietrich. ›Die Anspruchsdurchsetzung über Schiedsgerichte in Osteuropa‹, ROW 1992, S. 269-272

Pfaff, Dieter. ›Reform der Schiedsgerichtsbarkeit in den ehemals sozialistischen Ländern Europas‹, WiRO 1996, S. 321-324

Schütze, Rolf A. ›Länderbericht Bulgarien‹, in: Rolf A. Schütze, Rechtsverfolgung im Ausland - Prozessführung vor ausländischen Gerichten und Schiedsgerichten, S. 235-237, Berlin, 2009

Stalev, Zivko. ›Das neue bulgarische Gesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit‹, in: Ottoarndt Glossner (Hrsg.), Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit 1988, S. 208-212

Strohbach, Heinz. ›Schiedsgerichtsbarkeit im Wandel - Zur Situation in den ehemaligen RGW-Mitgliedsländern‹, in: Wolfgang Seiffert (Hrsg.), Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht Osteuropas im Zeichen des Übergangs zur Marktwirtschaft, Schriftenreihe zum osteuropäischen Recht, Bd. 1, S. 101-112, München, 1992

Stumpf, Herbert. ›Ost-West-Schiedsgerichtsbarkeit: Schiedsgerichte mit Sitz in dritten Ländern‹, RIW/AWD 1987, S. 821-825

C.VIII. Insolvenz-, Vergleichs- und Zwangsvollstreckungsrecht

Daskalov, Waltschin/ Laleva, Pepe/ Metodiev, Boris. ›Bulgarisches Insolvenzrecht‹, Arbeitspapiere/ FOWI, Bd. 97, 3. Aufl., Wien, 2003

Daskalov, Waltschin/ Landjev, Boris. ›Das bulgarische Insolvenzrecht im Überblick (Teil 2)‹, WiRO 1996, S. 96-103

Daskalov, Waltschin/ Landjev, Boris/ Thurner, Mario. ›Das bulgarische Insolvenzrecht im Überblick (Teil 1)‹, WiRO 1996, S. 51-58

Daskalov, Waltschin/ Landjev, Boris/ Thurner, Mario. ›Das bulgarische Insolvenzrecht im Überblick (Teil 3)‹, WiRO 1996, S. 125-130

Daskalov, Waltschin/ Thurner, Mario. ›Das neue bulgarische Bankinsolvenzrecht im Überblick‹, WiRO 1996, S. 377-380

Gerdjikov, Ognjan/ Takoff, Christian. ›Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, im bulgarischen Recht‹, in: Walther Hadding/ Uwe H. Schneider (Hrsg.), Die Forderungsabtretung, insbesondere zur Kreditsicherung, in ausländischen Rechtsordnungen, Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen: Abt. B, Rechtswissenschaft, Schriften des Instituts für deutsches und internationales Recht der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Bd. 120, S. 627-642, Berlin, 1999

Goleva, Polja. ›Insolvenzrecht (4. Teil des Handelsgesetzbuches)‹, WiRO 1995, S. 14-20

Landjev, Boris/ Thurner, Mario/ Daskalov, Waltschin. ›Kurzgefaßte Darstellung des bulgarischen Insolvenzrechts. Unter rechtsvergleichender Berücksichtigung der österreichischen und deutschen Insolvenzgesetze‹, FOWI Arbeitspapiere, Bd. 29, Wien, 1995

Lowitzsch, Jens/ Neidenowa, Maya. ›Das bulgarische Insolvenzrecht‹, IWB, Fach 5, Bulgarien, Gruppe 3, S. 25-40

Metodiev, Boris. ›Neuerungen im bulgarischen Insolvenzrecht‹, WiRO 2003, S. 359-365

Neidenowa, Maya. ›Das Insolvenzrecht in Bulgarien‹, in: Jens Lowitsch (Hrsg.), Das Insolvenzrecht Mittel- und Osteuropas. Acht Länderanalysen sowie das Internationale Insolvenzrecht im Vergleich, Quellen zur Rechtsvergleichung, Bd. 63, S. 77-103, Berlin, 2004

Popova, Valentina. ›Das Insolvenzverfahren nach bulgarischem Recht‹, JbOstR 38 (1997), S. 37-54

Stoimenov, Dimitar/ Ivanov, Boris. ›Die Durchsetzung von Forderungen in der Zwangsvollstreckung und Insolvenz in Bulgarien‹, Schriftenreihe des Verbandes Deutscher Pfandbriefbanken, Bd. 41, Berlin, 2009

Wietzorek, Michael. ›Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Bulgarien‹, Eastlex 2007, S. 120-123

Zlatanov, Ivan. ›Die Insolvenzanfechtung im bulgarischen Recht‹, OER 52 (2006), S. 204-218

C.IX. Sonstiges

Datcheva, Dessislava. ›Mediation, gesetzliche Regelung und Praxis in Bulgarien‹, OER 53 (2007), S. 430-434

Kilian, Matthias/ Lemke, Stefanie. ›Rechtsanwaltschaft und Anwaltsrecht in Bulgarien‹, WiRO 2010, S. 204-211

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Gesetz über die Streitschlichtung‹, WiRO 2005, S. 215-216

Schrameyer, Klaus. ›Bulgarien: Neues zu Amtshaftungsansprüchen‹, WiRO 2008, S. 84-85

Schrameyer, Klaus. ›Die Reform der bulgarischen Justiz‹, WGO 2003, S. 187-189

Schrameyer, Klaus. ›Die bulgarische Juristenausbildung‹, OER 41 (1995), S. 251-253

Burkina Faso

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. (Übers.). ›Gesetz über Personenstand und Familie. Titel I. - Anwendung des Gesetzes und der räumlichen Kollisionsregeln‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 122-167, Hamburg, Würzburg, 1999

B. Sachrecht

B.III.3. Sachenrecht

Rünger, Mechthild. ›Traditionelle Bodenrechte und Entwicklungsplanung im ländlichen Sahel: eine rechtsvergleichende Studie der Länder Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Sudan und Tschad‹, Diss. Hamburg 1997

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Detzer, Klaus. ›Burkina Faso‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 88, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Münkner, Hans-H. ›Die rechtliche Regelung der Vorgenossenschaft‹, Marburg, 1981

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Nwauche, E. S. ›Die Reform des Gewerblichen Rechtsschutzes in Nigeria und die Perspektive Afrikas südlich der Sahara‹, GRUR Int. 2000, S. 829-853

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

B.VI.3. Islam

Sivers, Peter von. ›Die Stellung des Islams und des islamischen Rechts in ausgewählten Staaten: Maghreb und Westafrika‹, in: Werner Ende/ Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, S. 409-426, 4. Aufl., München, 1996

Burundi

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Jayme, Erik/ Pauwels, Johan/ Pintens, Walter/ Sparmann, Holger (Übers.). ›Personen- und Familiengesetzbuch. Titel I. - Über die Ausländer‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 168-173, Hamburg, Würzburg, 1999

B. Sachrecht

B.II. Allgemeine Einführungen und Gesamtdarstellungen

Denissow, W. N. ›Rechtssysteme in Entwicklungsländern‹, Berlin (Ost), 1981

B.IV.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Reichelt, Gerte. ›Das neue Personen- und Familiengesetzbuch Burundis v. 15.1.1980‹, ZfRV 23 (1982), S. 222-224

B.IV.3.a. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Brühl, Günter. ›Entwicklungen des Familienrechts im Ausland‹, FamRZ 1985, S. 992-996

Robbert, Jens. ›Familienrecht in Burundi. Von der traditionellen Familienordnung zum Familiengesetzbuch‹, Kulturanthropologische Studien, Bd. 24; zugl. Diss. Berlin 1992, Münster, Hamburg, 1993

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Lohse, Volker. ›Bashingantahe - traditionelle Gerichte in Burundi mit unterbrochener Tradition‹, VRÜ 2003, S. 590-609

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

Chile

A. Internationales Privatrecht

A.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

N.N. (Übers.). ›Zivilgesetzbuch‹, Jan Kropholler u.a. (Hrsg.), Außereuropäische IPR-Ge, S. 174-187, Hamburg, Würzburg, 1999

Samtleben, Jürgen (Übers.). ›Chile: Internationales Eherecht‹, StAZ 2004, S. 300

A.I.3.a. Ratifikation

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Eine neue Konvention zum Schutz von Adoptivkindern - Das Interamerikanische Übereinkommen über das auf die Minderjährigen-Adoption anwendbare Recht vom 24.05.1984‹, StAZ 1985, S. 124-129

Neuhaus, Heinrich. ›Die Konventionen der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) über Internationales Privatrecht in der Sicht eines Europäers (Konventionen von Montevideo (1979) und von Panama (1975))‹, ZfRV 23 (1982), S. 287-301

Samtleben, Jürgen. ›Neue interamerikanische Konventionen zum Internationalen Privatrecht‹, RabelsZ 56 (1992), S. 1-114

A.III.2.b. Deliktsrecht

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 18‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.III.2.c. Sonstige gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag; ungerechtfertigte Bereicherung)

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 18‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

A.III.3. Sachenrecht

Ahrens, Helen. ›Kreditsicherheiten in Südamerika. Mobiliarsicherheiten nach den nationalen und internationalen Privatrechten der Länder des Cono Sur und ihre Bedeutung für den Rechtsverkehr mit Deutschland‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 18; zugl. Diss. Kiel 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

A.IV.2. Personen-, Namens- und Geschäftsfähigkeitsrecht

Kubitz, Joachim. ›Namensführung einer asylberechtigten chilenischen Ehefrau‹, StAZ 1984, S. 316

Zinke, Kurt. ›Art. 19 und 27 EGBGB, $ 1616 BGB. Chilenisches Namensrecht. Hier: Rückverweisung‹, StAZ 1982, S. 223-224

A.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

DIV-Gutachten v. 21.08.1989, Az. LI. ›Ehelichkeit eines Kindes aus einer für nichtig erklärten Ehe chilenischen Rechts, Beurteilung der Ehelichkeit (Eheschließungsstatut), Nichtigkeits-Urteil (-Gründe)‹, ZfJ 1989, S. 546-547

München (Gutachten). v. 05.04.84. ›EGBGB Art. 22; FGB Costa Rica Artt. 103, 142 f.; chil. Cc Artt. 14, 15. 1. Statut der elterlichen Gewalt im IPR von Chile und Costa Rica. 2. Elterliche Gewalt der nichtehelichen Mutter nach dem Recht von Costa Rica. 2. Zustimmungserfordernisse zur Adoption im Recht von Costa Rica.‹, IPG 1984 Nr. 34

A.IV.4. Erbrecht

Köln (Gutachten). v. 03.10.88. ›Chil. Cc Art. 955. 1. Grundsätze des internationalen Erbrechts. 2. Erbrecht des Fiskus an im Ausland belegenem Nachlaß.‹, IPG 1987-1988 Nr. 49

Pfundstein, Tobias. ›Pflichtteil und ordre public. Angehörigenschutz im internationalen Erbrecht‹, Münchener Universitätsschriften, Bd. 231; zugl. Diss. München 2009, München, 2010

Tiedemann, Andrea. ›Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 34, Tübingen, 1993

A.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Källman, Eva. ›Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit in Chile‹, IHR 2006, S. 137-145

B. Sachrecht

B.I.1. Gesetzestexte und Texte von Staatsverträgen

Kozel, Ingeborg. ›Südamerika: Forderungsabtretung‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 3156, Köln, Berlin, 1994

N.N. ›Gesetz Nr. 18.443 vom 7.10. 1985 zur Änderung des Gesetzes Nr. 17.336 über das geistige Eigentum‹, PMZ 1988, S. 4

N.N. ›Chile: Neues Adoptionsgesetz‹, ZfJ 1989, S. 300

Oswald, Günter (Übers.). ›Gesetz Nr. 19.039 zur Festlegung von Vorschriften anwendbar auf die gewerblichen Privilegien und die Schutzrechte des gewerblichen Eigentums vom 24. Januar 1991‹, PMZ 1996, S. 470-477

Rissel, Dirk Roger. ›Chile: Neues Recht der Vaterschaftsfeststellung‹, StAZ 2005, S. 306

Weiß-Grimme, Antonie (Übers.). ›Gesetz Nr. 18.957 vom 22.2.1990 zur Änderung des Gesetzes Nr. 17.336 über das geistige Eigentum‹, PMZ 1992, S. 454

B.I.3.a. Ratifikation

Castro Montenegro, Jorge. ›Die Regelung des Patent- und Lizenzrechts im Andenpakt. Systematische Darstellung mit Hinweisen auf das deutsche Patentrecht‹, Regionalwissenschaft Lateinamerikas, Bd. 2; zugl. Diss. Münster 1992, Münster, Hamburg, 1993

Piltz, Burghard. ›Internationales Kaufrecht. Das UN-Kaufrecht (Wiener Übereinkommen von 1980 in praxisorientierter Darstellung)‹, München, 1993

B.III.2.a. Vertragsrecht

Firsching, Karl. ›Internationales Schuldrecht I, Vorbemerkungen zu Artt. 27-37 EGBGB n.F., Rz. 18‹, in: J. v. Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1987

Hopfenzitz, Thomas. ›Das chilenische Verbraucherschutzgesetz mit rechtsvergleichenden Bezügen zum deutschen Recht‹, Studien zur Rechtswissenschaft, Bd. 174; zugl. Diss. Augsburg 2005, Hamburg, 2005

Kozel, Ingeborg. ›Chile. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7651, 2. Aufl., Köln, 2000

Nelle, Hans Dietrich Max. ›Entstehung und Ausstrahlung des chilenischen Zivilgesetzbuches von Andrés Bello am Beispiel von Bestimmungen aus dem Kaufrecht - Ein Beitrag zum lateinamerikanischen Recht‹, Diss. Bonn 1988

Schwonke, Martina. ›Verkehrsschutz bei der Stellvertretung im deutschen Recht und in den lateinamerikanischen Rechten unter besonderer Berücksichtigung des positiven Vertrauensschutzes‹, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Bd. 148; zugl. Diss. Göttingen 1989, Baden-Baden, 1990

Valenzuela Riveros, Camillo. ›Chile‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 55-66, Würzburg, 1995

B.III.2.b. Deliktsrecht

Goecke, Klaus. ›Die unbegrenzte Haftung Minderjähriger im Deliktsrecht: Bewertung, Änderungsmöglichkeiten und Änderungsvorschlag auf der Grundlage einer rechtsvergleichenden Untersuchung‹, Schriften zum Bürgerlichen Recht, Bd. 192; zugl. Diss. Göttingen 1995/1996, Berlin, 1997

Kalbe, Anna Katharina. ›Die zivilrechtlich Haftung für Kreditkartenmißbrauch nach deutschem, chilenischem und argentinischem Recht‹, Diss. Mannheim 1997

B.III.3. Sachenrecht

Ahrens, Helen. ›Kreditsicherheiten in Südamerika. Mobiliarsicherheiten nach den nationalen und inter-

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

nationalen Privatrechten der Länder des Cono Sur und ihre Bedeutung für den Rechtsverkehr mit Deutschland‹, Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Bd. 18; zugl. Diss. Kiel 1993, Frankfurt/ M. u.a., 1993

Bucher, Eugen. ›Die Eigentums-Translativwirkung von Schuldverträgen: Das „Woher" und „Wohin" dieses Modells des Code civil‹, ZEuP 1998, S. 615-669

Kozel, Ingeborg. ›Chile. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 3404, Köln, 1995

Röthlisberger, Andreas. ›Traditionsprinzip und Konsensprinzip bei der Mobiliarübereignung; eine vergleichende Untersuchung zu den iberischen und lateinamerikanischen Kodifikationen‹, Schweizer Studien zum internationalen Recht, Bd. 28; zugl. Diss. Bern 1982, Bern, 1982

Strauch, Joachim. ›Der Eigentumsvorbehalt bei Warenlieferungen in das Ausland. Die Regelungen in wichtigen Exportländern‹, 7. Aufl., Offenbach/ M., 1997

Stumpf, Herbert (Hrsg.). ›Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübertragung im Ausland: Recht der Mobiliarsicherheiten im Ausland‹, RIW-Schriftenreihe, Bd. 8, 5. Aufl., Heidelberg, 1988

Valenzuela Riveros, Camillo. ›Chile‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 55-66, Würzburg, 1995

B.IV.3.b. Eherecht

OLG Bremen. Az. 5 UF 110/96 v. 23.09.98. ›Chil. Cc Artt. 174, 175, 223, 227, 321 Abs. 1 Nr. 1, 330; Chil. UnterhaltsG (Ley sobre Abandono de Familia y Pago de Pensiones Alimenticias) Art. 15; Chil. MinderjährigenG (Ley de Menores) Art. 46; Haager UnterhÜbk. Artt. 4, 15; EGBGB Art. 18 Abs. 5; BGB §§ 1577, 1611. Gem. Art. 321 Abs. 1 Nr.1 Cc wird dem Ehegatten Unterhalt geschuldet. Leben die Ehegatten getrennt, so bestimmt Art. 174 Cc, daß der Ehepartner, der keinen Grund zur gerichtlichen Trennung gegeben hat, verlangen kann, daß der andere nach den allgemeinen Vorschriften für seinen standesgemäßen Unterhalt sorgt. Gem. Art. 175 Cc hat der Ehepartner, der schuldhaft Grund zur gerichtlichen Trennung gegeben hat, Anspruch darauf, daß der andere Ehepartner ihn mit dem Notwendigen für einen bescheidenen Unterhalt versorgt. Direkt anwendbar sind diese Vorschriften nur, wenn ein gerichtliches Verfahren zur dauerhaften Trennung stattgefunden hat. In Rechtsprechung und Literatur besteht jedoch Einigkeit, daß auch bei bloß faktischer Trennung, also ohne gerichtliches Trennungsverfahren, bei begründetem Verlassen ein Anspruch auf standesgemäßen Unterhalt gegeben ist. Auch bei grundloser Trennung erkennt die Rechtsprechung der bedürftigen Ehefrau einen Unterhaltsanspruch zu und stützt sich dabei auf die Vorschriften, die für den Fall der gerichtlichen Trennung gelten. Nach Art. 330 Cc wird der angemessene oder notwendige Unterhalt nur in dem Maße geschuldet, wie die eigenen Mittel des Unterhaltsempfängers nicht ausreichen, um entsprechend seiner gesellschaftlichen Stellung zu leben oder um das Leben zu erhalten. Vorausgesetzt ist also die Bedürftigkeit des Unterhaltsbegehrenden. Das chilenische Unterhaltsrecht bestimmt in Art. 15 Chil. Unterhaltsgesetz, daß die Aufgabe einer Erwerbstätigkeit unterhaltsrechtlich nur dann beachtlich ist, wenn es dafür einen rechtfertigenden Grund gibt. Aus Art. 223 Cc i.V.m. Art. 46 Chil. Minderjährigengesetz ergibt sich, daß bei Trennung der Eltern grundsätzlich der Mutter das Sorgerecht zusteht. Nach Art. 227 Cc steht dem Elternteil, das das Sorgerecht nicht hat, das Recht zu, das Kind zu besuchen‹, NJW-RR 1999, S. 513-514 = DAVorm 1999, S. 244-248 = FamRZ 1999, S. 1429 = NJWE-FER 1999, S. 145 = IPRspr. 1998 Nr. 88

OLG Bremen. Az. 5 UF 110/96 v. 23.09.98. ›Chil. Cc Artt. 174, 175, 321, 330; Haager UnterhÜbk. Art.4; EGBGB Art. 18 Abs. 5; BGB §§ 1601, 1603: Die Geltenmachung von Unterhaltsansprüchen einer getrennt lebenden Ehefrau nach chilenischem Recht setzt nicht voraus, daß ein gerichtliches Verfahren zur dauerhaften Trennung durchgeführt wird. Der Unterhaltsanspruch bestimmt sich nach den Vorschriften, die für den Fall der gerichtlichen Trennung gelten. Der Ehepartner, der schuldhaft Grund zur Trennung gegeben hat, kann statt des standesgemäßen Unterhalts nur den notdürftigen Unterhalt beanspruchen. Bedürftigkeit und (ggf. fiktive) Leistungsfähigkeit sind Voraussetzungen eines Unterhaltsanspruchs. Die eigenmächtige Veränderung des Aufenthalts des Kindes durch die Mutter erfüllt nach chil. Recht keinen Verwirkungstatbestand. Verwirkung kann jedoch gegeben sein, wenn die Mutter ohne rechtfertigenden Grund das Umgangsrecht des Vaters vereitelt‹, FamRZ 1999, S. 1429

OLG Celle. Az. 22 W 87/01 v. 10.01.02. ›Chil. Cc Art. 994; chil. Eheges. Art. 19; EGBGB Artt. 17, 25 Abs. 1; BGB § 1931; FamRÄndG Art. 7 § 1. Durch eine divorcio perpetuo wird gem. Art. 19 chil. Eheges. die Ehe nicht aufgelöst, sondern nur die eheliche Gemeinschaft der Eheleute aufgehoben und eine Wiederheirat ausgeschlossen. Gem. Art. 994 chil. Cc haben gerichtlich getrennte Ehegatten keine Anteil an der gesetzlichen Erbschaft, wenn der überlebende Ehegatte durch seine Schuld Grund zur Trennung gegeben hat.‹, IPRSpr. 2002 Nr. 115

Riveros Ferrada, Carolina. ›Nachehelicher Unterhalt. Eine rechtsvergleichende Untersuchung zum deutschen, spanischen und chilenischen Recht‹, Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 5089; zugl. Diss. München 2010, Frankfurt/ M. u.a., 2010

Samtleben, Jürgen. ›Heirat und Scheidung im neuen chilenischen Ehegesetz‹, StAZ 2004, S. 285-290

Samtleben, Jürgen. ›„Scheidung auf chilenisch" - oder die Ehe vor dem unzuständigen Standesbeamten‹, StAZ 1998, S. 77-79

Valenzuela Riveros, Camillo. ›Chile‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 55-66, Würzburg, 1995

B.IV.3.c. Verwandtschaftsrecht (inkl. Kindschaftsrecht)

AG Kaufbeuren. Az. XVI 14/83 v. 31.01.84. ›FGG § 43b; EGBGB Art. 22; frz. Cc Art. 3 Abs. 3; chil. Cc Artt. 42, 43, 266 Nr. 5, 270, 271, 277. Besitzen die annehmenden Eheleute verschiedene Staatsangehörigkeiten (hier: Ehefrau Französin; Ehemann Deutscher), so sind für die Voraussetzungen der Adoption beide Heimatrechte kumulativ anzuwenden. Nach frz. internationalen Privatrecht ist Adoptionsstatut bei verschiedener Staatsangehörigkeit der Ehegatten das Ehewirkungsstatut, das durch den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt der Ehegatten bestimmt wird. Die Fragen, wer in die Adoption einwilligen muß und wer das Kind dabei gesetzlich vertreten kann, entscheidet das Heimatrecht des Kindes (hier: chilenisches Recht). Kraft einer Teilweiterverweisung des französischen Rechts sind die chilenischen Sachnormen über die Einwilligung und die gesetzliche Vertretung des Kindes anzuwenden.‹, IPRax 1984, S. 221 = IPRspr. 1984 Nr. 109 = StAZ 1984, S. 207

Boehm, Sabine. ›Südamerika: Chile und Peru. Sieben Fragen zur Geltendmachung von Unterhalt‹, JAmt 2010, S. 125-126

DIV-Gutachten v. 03.05.1993, Az. LC 2. ›Chile: Unterhaltsbedarf, Verbrauchergeldparität‹, ZfJ 1993, S. 380

Heinrich, Gregor. ›Adoption in Lateinamerika‹, ZVglRWiss 85 (1986), S. 100-135

Kornmacher, Stefan. ›Die Rechtsstellung des nichtehelichen Kindes im spanischsprachigen Lateinamerika‹, Deutsche Hochschuledition, Bd. 56; zugl. Diss. Kiel 1996, Neuried, 1996

OLG Bremen. Az. 5 UF 110/96 v. 23.09.98. ›Chil. Cc Artt. 174, 175, 223, 227, 321 Abs. 1 Nr. 1, 330; Chil. UnterhaltsG (Ley sobre Abandono de Familia y Pago de Pensiones Alimenticias) Art. 15; Chil. MinderjährigenG (Ley de Menores) Art. 46; Haager UnterhÜbk. Artt. 4, 15; EGBGB Art. 18 Abs. 5; BGB §§ 1577, 1611. Gem. Art. 321 Abs. 1 Nr.1 Cc wird dem Ehegatten Unterhalt geschuldet. Leben die Ehegatten getrennt, so bestimmt Art. 174 Cc, daß der Ehepartner, der keinen Grund zur gerichtlichen Trennung gegeben hat, verlangen kann, daß der andere nach den allgemeinen Vorschriften für seinen standesgemäßen Unterhalt sorgt. Gem. Art. 175 Cc hat der Ehepartner, der schuldhaft Grund zur gerichtlichen Trennung gegeben hat, Anspruch darauf, daß der andere Ehepartner ihn mit dem Notwendigen für einen bescheidenen Unterhalt versorgt. Direkt anwendbar sind diese Vorschriften nur, wenn ein gerichtliches Verfahren zur dauerhaften Trennung stattgefunden hat. In Rechtsprechung und Literatur besteht jedoch Einigkeit, daß auch bei bloß faktischer Trennung, also ohne gerichtliches Trennungsverfahren, bei begründetem Verlassen ein Anspruch auf standesgemäßen Unterhalt gegeben ist. Auch bei grundloser Trennung erkennt die Rechtsprechung der bedürftigen Ehefrau einen Unterhaltsanspruch zu und stützt sich dabei auf die Vorschriften, die für den Fall der gerichtlichen Trennung gelten. Nach Art. 330 Cc wird der angemessene oder notwendige Unterhalt nur in dem Maße geschuldet, wie die eigenen Mittel des Unterhaltsempfängers nicht ausreichen, um entsprechend seiner gesellschaftlichen Stellung zu leben oder um das Leben zu erhalten. Vorausgesetzt ist also die Bedürftigkeit des Unterhaltsbegehrenden. Das chilenische Unterhaltsrecht bestimmt in Art. 15 Chil. Unterhaltsgesetz, daß die Aufgabe einer Erwerbstätigkeit unterhaltsrechtlich nur dann beachtlich ist, wenn es dafür einen rechtfertigenden Grund gibt. Aus Art. 223 Cc i.V.m. Art. 46 Chil. Minderjährigengesetz ergibt sich, daß bei Trennung der Eltern grundsätzlich der Mutter das Sorgerecht zusteht. Nach Art. 227 Cc steht dem Elternteil, das das Sorgerecht nicht hat, das Recht zu, das Kind zu besuchen‹, NJW-RR 1999, S. 513-514 = DAVorm 1999, S. 244-248 = FamRZ 1999, S. 1429 = NJWE-FER 1999, S. 145 = IPRspr. 1998 Nr. 88

Rissel, Dirk Roger. ›Chile: Neues Recht der Vaterschaftsfeststellung‹, StAZ 2005, S. 306

Zankl, Wolfgang. ›Die erbrechtliche Stellung des unehelichen Kindes im romanischen Recht‹, ÖNZ 1994, S. 221-226

B.IV.3.e. Vormundschaft; Pflege

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Die Adoption chilenischer Kinder in Deutschland‹, IPRax 1994, S. 197-199

B.IV.4. Erbrecht

OLG Celle. Az. 22 W 87/01 v. 10.01.02. ›Chil. Cc Art. 994; chil. Eheges. Art. 19; EGBGB Artt. 17, 25 Abs. 1; BGB § 1931; FamRÄndG Art. 7 § 1. Durch eine divorcio perpetuo wird gem. Art. 19 chil. Eheges. die Ehe nicht aufgelöst, sondern nur die eheliche Gemeinschaft der Eheleute aufgehoben und eine Wiederheirat ausgeschlossen. Gem. Art. 994 chil. Cc haben gerichtlich getrennte Ehegatten keine Anteil an der gesetzlichen Erbschaft, wenn der überlebende Ehegatte durch seine Schuld Grund zur Trennung gegeben hat.‹, IPRSpr. 2002 Nr. 115

Valenzuela Riveros, Camillo. ›Chile‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 55-66, Würzburg, 1995

© sellier. european law publishers
www.sellier.de

B.V.1. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Herdegen, Matthias. ›Investitionsschutz in Lateinamerika: Neuere Entwicklungen im Verfassungs- und Völkervertragsrecht‹, ZVglRWiss 94 (1995), S. 341-352

Kozel, Ingeborg. ›Chile. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7651, 2. Aufl., Köln, 2000

B.V.2. Arbeits- und Sozialrecht

Eisen, Roland. ›(Teil-)Privatisierung der Sozialen Sicherung. „Das Modell Chile" als Muster- oder Glücksfall?‹, in: Winfried Schmähl (Hrsg.), Soziale Sicherung zwischen Markt und Staat, Schriften des Vereins für Socialpolitik Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; N.F.; 275, S. 141-174, Berlin, 2000

Ferreras Alonso, Fidel. ›Das chilenische Rentensystem: Mythos und Wirklichkeit‹, ZIAS 1999, S. 441-466

Fuchs, Maximilian. ›Die Privatisierung der Rentenversicherung in Chile‹, VRÜ 1983, S. 35-52

Krause, Matthias. ›Umstellung der Rentenversicherung auf Kapitaldeckung ohne Doppelbelastung? Das Beispiel Chile‹, Diskussionspapiere zu Staat und Wirtschaft 08/1999, Berlin, 1999

Mesa-Lago, Carmelo. ›Die Renten der Sozialen Sicherheit in Lateinamerika nach drei Jahrzehnten der Reform‹, ZIAS 2009, S. 1-34

Schmähl, Winfried. ›Teil-Privatisierung und vermehrte „Kapitalfundierung" der Alterssicherung: Der damit verbundene Transformationsprozeß, seine Auswirkungen in Chile und ehemals sozialistischen Ländern sowie die Rolle des Staates‹, in: Winfried Schmähl (Hrsg.), Soziale Sicherung zwischen Markt und Staat, Schriften des Vereins für Socialpolitik Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; N.F.; 275, S. 175-187, Berlin, 2000

Schulz-Weidner, Wolfgang. ›Die Alterssicherung in Chile‹, DRV 1998, S. 371-382

Steinmeyer, Heinz-Dietrich. ›Reformpläne zur Alterssicherung im internationalen Vergleich‹, DRV 1997, S. 474-486

Theisling, Mareike Laura. ›Die Auswirkung der Finanzkrise auf kapitalgedeckte Rentenversicherungssysteme. Das Fallbeispiel Chile‹,

B.V.3. Handels-, Transport- und Versicherungsrecht

Basedow, Jürgen. ›Internationale multimodale Gütertransporte. Rechtsvergleichung, Einheitsrecht, Kollisionsrecht‹, in: FS Rolf Herber (1999), S. 15-44, Hamburg, 1999

Friese, Franz-Josef. ›Voraussetzungen und Verfahren für Investitionen in Chile‹, RIW/AWD 1982, S. 629-634

Mallmann, Dankwart. ›Lateinamerika - Handelsvertreterrecht‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 10458, Köln, 2004

Zwernemann, Dieter. ›Chile‹, in: Klaus Detzer (Hrsg.), Ausländisches Recht der Handelsvertreter und Vertragshändler, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 54, S. 89-92, Heidelberg, 1997

B.V.4. Gesellschaftsrecht

Nelle, Dietrich/ Wilhelmy, Manfred/ Aldunate, Eduardo. ›Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Chile‹, in: Marcus Lutter (Hrsg.), Die Gründung einer Tochtergesellschaft im Ausland, ZGR-Sonderheft 3, S. 127-138, 3. Aufl., Berlin, New York, 1995

Scherg, Stefan. ›Das neue Aktienrecht in Chile‹, RIW/AWD 1984, S. 265-270

Tschepe/ Werner/ Grothoff. ›Gesellschaftsrecht in Chile‹, IWB 1982, Fach 8, Chile, Gruppe 3, S. 355 ff

Valenzuela Riveros, Camillo. ›Chile‹, in: Deutsches Notarinstitut (Hrsg.), Notarielle Fragen des internationalen Rechtsverkehrs, Bd. III/ 1, S. 55-66, Würzburg, 1995

B.V.5. Urheberrecht und gewerblicher Rechtsschutz

Alich, Stefan. ›Das Recht der Verwertungsgesellschaften in Lateinamerika. Eine Untersuchung der kollektiven Wahrnehmung von Musikrechten in Chile, Argentinien, Kolumbien und Mexiko unter urheberrechtlichen und kartellrechtlichen Gesichtspunkten‹, Schriftreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 16; zugl. Diss. München 2010, Baden-Baden, 2010

Bohn, Patricia. ›Parallelimportregelungen im Patent- und Markenrecht in Lateinamerika‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 17; zugl. Diss. München 2009, Baden-Baden, 2010

Castro Montenegro, Jorge L. ›Die Regelung des Patent- und Lizenzrechts im Andenpakt‹, zugl. Diss. Münster 1992, Münster, Hamburg, 1993

Correa, Carlos M. ›Veränderungen im lateinamerikanischen Patentrecht‹, GRUR Int. 1994, S. 799-807

Degmair, Stephan. ›Urheberrecht in Chile‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 9; zugl. Diss. München 2001, Baden-Baden, 2002

Fuchs, Tobias. ›Gewerbliche Schutzrechte in Chile: Der Schutz von Erfindungen, Layout-Designs (Topographien) integrierter Schaltkreise, Pflanzenzüchtungen, Designs und Kennzeichen in Chile‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 14; zugl. Diss. München 2005, Baden-Baden, 2006

Grützmacher, Rolf/ Laier, Hubert/ May, Dietmar. ›Der Internationale Lizenzverkehr. Genehmigungsvorschriften, Steuern, Devisenbestimmungen und Hinweise zur internationalen Lizenzpraxis‹, Schriftenreihe Recht der Internationalen Wirtschaft, Bd. 6, 8. Aufl., Heidelberg, 1997

Olivares Santibánez, María Christina. ›Markenschutz im lateinamerikanischen Recht‹, Diss. Göttingen 1981

Pacón, Ana Maria. ›Aktuelle Tendenzen im gewerblichen Rechtsschutz Lateinamerikas: Verstärkung und Harmonisierung des Schutzes‹, GRUR Int. 1994, S. 888-900

Schade, Jürgen. ›Patent-Tabelle: Übersicht über materielles und formelles Recht in 50 Ländern und regionalen Organisationen‹, 7. Aufl., Köln u.a., 1990

B.V.6. Unlauterer Wettbewerb und Kartellrecht

Alich, Stefan. ›Das Recht der Verwertungsgesellschaften in Lateinamerika. Eine Untersuchung der kollektiven Wahrnehmung von Musikrechten in Chile, Argentinien, Kolumbien und Mexiko unter urheberrechtlichen und kartellrechtlichen Gesichtspunkten‹, Schriftreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 16; zugl. Diss. München 2010, Baden-Baden, 2010

Tauber, Kathrin. ›Lauterkeits- und Kartellrecht in Mexiko und Chile‹, Schriftenreihe zum Wirtschaftsrecht Lateinamerikas, Bd. 13; Diss. München 2005, Baden-Baden, 2006

B.V.7. Zahlungsverkehr, Wertpapiere und Bankgeschäfte

Gesche, Bernardo. ›Die Geldentwertung in der Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsprechung Chiles‹, RabelsZ 45 (1981), S. 778-799

B.VIII. Sonstiges; insbes. Staatsangehörigkeit

Gaete Gonzales, Eugenio Alberto. ›Der Notar in Chile‹, ÖNZ 1997, S. 79-83

Goncalves, Guilherme. ›Rechtssoziologische Interpretationen des Rechtsdiskurses in Lateinamerika. Eine postkoloniale Kritik‹, Juridikum 2010, S. 311-325

Hecker, Hellmuth. ›Verlust der chilenischen Staatsangehörigkeit bei Einbürgerung in der Bundesrepublik‹, StAZ 1989, S. 309-310

C. Verfahrensrecht (inkl. Schiedsgerichtsbarkeit)

C.II. Gesamtdarstellungen; Allgemeines

Kozel, Ingeborg. ›Chile. Rechtstips für Exporteure‹, BfAI: AWSt, Bestell-Nr.: 7651, 2. Aufl., Köln, 2000

C.III. Internationale Zuständigkeit

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Eine neue Konvention zum Schutz von Adoptivkindern - Das Interamerikanische Übereinkommen über das auf die Minderjährigen-Adoption anwendbare Recht vom 24.05.1984‹, StAZ 1985, S. 124-129

Tiedemann, Andrea. ›Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika‹, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Bd. 34, Tübingen, 1993

C.IV.1. Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Deutschland

AG Plettenberg. Az. 4 XVI 8/90 v. 25.09.92. ›Chil. Minderjährigenschutzgesetz Nr. 16618 Art. 26 Nr. 1; EGBGB Artt. 22, 23; BGB §§ 1746, 1747, 1750, 1795; FGG Art. 16 a. Will ein ausländisches Ehepaar ein chil. Kind adoptieren, und ein chil. Gericht für Jugendsachen erklärt das Kind zum Zwecke der Ausreise zum verlassenen Kind, so hat dies zur Folge, daß die Mutter vom weiteren Adoptionsverfahren ausgeschlossen ist. Zur Adoption eines chilenischen Kindes in Deutschland.‹, IPRax 1994, S. 218-219 = IPRspr. 1992 Nr. 152

C.IV.2. Anerkennungsvoraussetzungen in dem genannten Land

Möllring, Eva. ›Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile in Südamerika‹, Diss. Göttingen 1984/85

Spellenberg, Ulrich. ›EGBGB - Internationales Verfahrensrecht in Ehesachen (§§ 606 ff ZPO, Rz. 249); Länderberichte‹, in: Julius von Staudinger, Kommentar zum BGB mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 12. Aufl., Berlin, 1990

C.V. Verfahren und Beweis

AG Plettenberg. Az. 4 XVI 8/90 v. 25.09.92. ›Chil. Minderjährigenschutzgesetz Nr. 16618 Art. 26 Nr. 1; EGBGB Artt. 22, 23; BGB §§ 1746, 1747, 1750, 1795; FGG Art. 16 a. Will ein ausländisches Ehepaar ein chil. Kind adoptieren, und ein chil. Gericht für Jugendsachen erklärt das Kind zum Zwecke der Ausreise zum verlassenen Kind, so hat dies zur Folge, daß die Mutter vom weiteren Adoptionsverfahren ausgeschlossen ist. Zur Adoption eines chilenischen Kindes in Deutschland.‹, IPRax 1994, S. 218-219 = IPRspr. 1992 Nr. 152

Henninger, Michael. ›Die Frage der Beweislast im Rahmen des UN-Kaufrechts. Zugleich eine rechtsvergleichende Grundlagenstudie zur Beweislast‹, Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung, Bd. 448; zugl. Diss. München 1994, München, 1995

Hohnerlein, Eva-Maria. ›Die Adoption chilenischer Kinder in Deutschland‹, IPRax 1994, S. 197-199

Pérez-Ragone, Alvaro J. D./ Nunez Ojeda, Raùl. ›Die Aufklärungs- und Mitwirkungspflicht der Parteien bei der Beweisbeschaffung im Zivilprozess. Der Vorschlag des chilenischen Reformentwurfs im Kontext der internationalen Diskussion‹, ZZPInt 14 (2010), S. 349-370

© sellier. european law publishers
www.sellier.de